

**Willy Klages**

**Offene Fragen der Geschichte**

**Band 18**

**Chronik von Februar  
bis August 2022**



<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von Februar bis August 2022	5-321
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	322-324

## **Danksagung und Widmung**

Es gibt mehr Leute, die kapitulieren, als solche, die scheitern.

*Henry Ford (1863-1947, amerikanischer Unternehmer)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Ernst-Ludwig von Aster, Annette Berger, Sucharit Bhakdi, Holger Douglas, Susan Dunham, Jürgen Elsässer, Felix Feistel, Michael Fitz, Stefan Frank, Sophia Fuchs, Daniele Ganser, Alfred Grosser, Irma Gutschke, Manfred Haferburg, Peter Haisenko, Klaus-Dieter Humpich, Oliver Janich, Vasko Kohlmayer, Richard Koller, Peter König, Sven Korte, Silke Looden, Michael Lüders, Herbert Ludwig, Alexander Markovics, Robert Wallace Malone, Karel Meissner, Heinz Meister, Elsa Mittmannsgruber, Adrian Müller, Albrecht Müller, Heinz Nawratil, Ralf Nestler, Swen Pförtner, Christof Plothe, Vladimir Putin, Klaus Retzlaff, Sven Reuth, Tobias Riegel, Helmut Roewer, Thomas Röper, Werner Rügemer, Ivo Sasek, Valentina Schacht, Andreas Schöfbeck, Anja Schrum, Georg Schuster, Astrid Stuckelberger, Tim Sumpf, Carlo Maria Vigano, Michael Wiesberg, Richard Williamson und Ernst Wolff.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

## Vorbemerkungen

Kein Unglück ist in Wirklichkeit so groß wie unsere Angst.

*Franz Werfel (1890-1945, österreichischer Schriftsteller)*

Die planmäßige Deindustrialisierung Deutschlands läßt notgedrungen den Verdacht aufkommen, daß spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Oktober 1990 die systematische Restabwicklung des Morgenthau-Plans eingeleitet wurde. Nach dem sog. "Morgenthau-Plan", der am 15. September 1944 in Quebec durch Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde, sollte das "Problem Deutschland" bereits endgültig und radikal erledigt werden, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der "Morgenthau-Plan" wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar teilweise aufgeschoben, da die Deutschen damals noch während des "Kalten Krieges" gebraucht wurden. Trotz alledem wurden schließlich wesentliche Bestandteile des "Morgenthau-Plans" nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenkten" damals zum Beispiel nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten finanziert, zu denen zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre zählen, um die klassischen demokratischen Strukturen weltweit durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität.

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "ausgewählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der

planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Um ihre totalitäre Öko-Diktatur zu realisieren, nehmen die skrupellosen Globalisten auch den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf.

"Das Abendland geht nicht zugrunde an den totalitären Systemen, auch nicht an seiner geistigen Armut, sondern an dem hündischen Kriechen seiner Intelligenz vor den politischen Zweckmäßigkeiten."

*Gottfried Benn (1886-1956, deutscher Arzt und Dichter)*

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Zunächst wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die demokratische Meinungsäußerung zwangsläufig auf der Strecke, denn Meinungsfreiheit steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.

## Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von Februar bis August 2022

**01.02.2022**

**BRD:** Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtet am 1. Februar 2022 (x1.083/...): >>Europaweiter Blackout: Nur noch eine Frage der Zeit?

Von *Tim Sumpf*

Knapp ein Euro pro Kilowattstunde müssen Neukunden mancher Energieversorger zahlen, wenn sie überhaupt einen neuen Anbieter finden. Steigende Preise für Gas und Strom sind jedoch ein hausgemachtes Problem. Und nicht die schlimmsten Folgen.

Die deutsche Energieversorgung steht an einem Wendepunkt: Die drei letzten deutschen Kernkraftwerke sollen Ende dieses Jahres vom Netz gehen. Zusammen mit weiteren, bereits stillgelegten Kraftwerken hinterlassen sie eine große Lücke.

Diese Lücke möchte die Regierung vor allem mit Windkraftanlagen und Solarstrom schließen. In Dunkelflauten, also wenn weder Sonne scheint noch Wind weht, sollen später Speicher die Stromversorgung sichern. Bis diese erforscht, gebaut und einsatzbereit sind, müssen Gaskraftwerke einspringen, doch die sind bereits ausgelastet. Entsprechend hoch sind Nachfrage und Preise.

Angesichts dessen warnen verschiedene Akteure - mehr oder weniger ernst - vor Versorgungslücken und dem daraus resultierenden Blackout. Darunter ist jedoch nicht der kleine Stromausfall nach einem Gewitter zu verstehen, sondern ein flächendeckender, deutschland- oder sogar europaweiter Stromausfall, der mindestens eine Woche andauert.

### **Brownout: Stromausfall mit Ansage**

Der Auslöser für einen Stromausfall ist in der Regel ein Leitungsdefekt, ein kaputter Trafo oder ein Blitzeinschlag. Der Auslöser für den Blackout ist ein instabiles Stromnetz, welches nicht mehr in der Lage ist, die Netzfrequenz von 50 Hertz stabil zu halten. Die Folge ist dann eine automatische Abschaltung der Kraftwerke, um größere Schäden zu verhindern.

Eine Möglichkeit, die Frequenz zu regulieren, ist, die Strommenge im Netz zu regulieren und entweder durch Zu- oder Abschaltung von Kraftwerken oder Verbrauchern Angebot und Nachfrage zu steuern. Die zunehmende Elektrifizierung von Alltag und Wirtschaft schränkt die Möglichkeiten jedoch ein. Um den nötigen Strom zu liefern, sind praktisch alle Kraftwerke schon zugeschaltet, so daß bei weiterem Regelbedarf Stromverbraucher abgeschaltet werden müssen. Diese gezielte Abschaltung heißt Brownout.

Bisher blieb diese Art Stromausfall deutschen Privathaushalten erspart. Gänzlich von den Auswirkungen verschont bleiben sie allerdings nicht. Wenn besonders energieintensive Industriebetriebe wie Aluminiumhütten ihre Produktion wegen Strommangel drosseln oder einstellen müssen, erhalten sie eine Entschädigung, die letztendlich die anderen Stromkunden zahlen. Werden hingegen Kraftwerke abgeschaltet, weil zu viel Strom im Netz ist, bekommen die Kraftwerksbetreiber eine Entschädigung.

In Zukunft ist jedoch damit zu rechnen, daß Stromrationierungen auch für Privathaushalte zum Alltag werden. Die von der Politik favorisierten Smartmeter werden dem gleichen Zweck dienen, sobald sie flächendeckend eingeführt sind. Sie sollen steuern, welches Gerät wann wie viel Strom bekommt. Mit anderen Worten, sie steuern Brownouts auf Geräte-Ebene: Der Fernseher bekommt Strom, die Waschmaschine jedoch nicht oder erst nachts, wenn alles schläft.

Der Vorteil eines Brownouts liegt darin, daß Betroffene idealerweise vorher informiert werden können, um beispielsweise ihre Arbeit zu speichern oder im industriellen Maßstab, um Produktionsmaschinen sicher herunterfahren zu können.

## **Energiewende treibt Strompreise**

Dabei gilt es eine Besonderheit des Stromnetzes zu verstehen und zu beachten: Da wir kaum über Stromspeicher verfügen, - sie reichen für etwa 30 bis 60 Minuten - muß immer gerade so viel Strom erzeugt werden, wie verbraucht wird. Das ist kein Hexenwerk, weil die Netzbetreiber einerseits die Leistungsfähigkeit des Stromnetzes kennen, andererseits sehr gut wissen, wie sich der Stromverbrauch entwickelt. Darüber hinaus haben große Kraftwerke die Fähigkeit, kurzfristige Lastspitzen wie beim Einschalten eines zusätzlichen Verbrauchers auszugleichen.

Um größere Schwankungen auszugleichen, gibt es verschiedene Kraftwerkstypen, die im Stromnetz unterschiedliche Aufgaben erfüllen: Kohle- und Kernkraftwerke sind/waren zuständig für die Grundversorgung mit Strom. Sie brauchen erhebliche Zeit, um angefahren zu werden. Daher laufen sie in der Regel im Dauerbetrieb, so daß etwa 90 Prozent der installierten Leistung zu jedem Zeitpunkt zur Verfügung stehen, die sogenannte gesicherte Leistung. Zum Vergleich, der Anteil gesicherter Leistung bei Wind und Solar beträgt jeweils unter fünf Prozent. Nachts und bei Windstille sind es genau null. Sie können daher nicht zur Grundversorgung dienen, egal wie groß die installierte Leistung ist.

Gaskraftwerke haben ebenfalls einen hohen Anteil gesicherter Leistung. Sie sind zuständig für die Spitzenlast. Das geht deshalb, weil sie schnell hochgefahren und auch schnell wieder abgeschaltet werden können.

Das Gleiche gilt für Wasserkraftwerke. Durch das Abschalten von Kohlekraftwerken muß der erforderliche Strom nun jedoch mit den Gaskraftwerken erzeugt werden. Das bedeutet, sie laufen nicht nur für die Spitzenlast, sondern auch für die Grundlast.

Das hat zur Folge, daß der Strom teurer ist, weil Gas teurer ist als Kohle. Gleichzeitig erhöht sich die Nachfrage nach Gas, was den Gaspreis in die Höhe schnellen läßt, der dann wiederum zu weiteren Preissteigerungen beim Strom führt. Hinzu kommen politisch gewollte Preissteigerungen, beispielsweise durch den CO<sub>2</sub>-Preis.

Gleichzeitig wirken sich steigende Energiepreise auch auf andere Bereiche aus. Jedes produzierende Unternehmen benötigt Energie, die Mehrkosten werden auf die Endpreise aufgeschlagen. Für den Einzelnen vermutlich deutlicher machen sich die Preissteigerungen bei Lebensmitteln bemerkbar. In der Vergangenheit hat sich der Nahrungsmittelpreis immer entlang der Energiepreise entwickelt.

## **Warnung vor dem großen Knall**

In den vergangenen Jahren häufen sich zudem auf nationaler und europäischer Ebene die Regeleingriffe. Netzbetreiber müssen immer öfter umverteilen, "redispatchen", um das Stromnetz stabil zu halten. 2021 erfolgten insgesamt 8.635 Regeleingriffe allein im Dezember 2021 waren es 1.036. Damit steht das Netz nach Angaben der Stromnetzbetreiber kurz vor dem Kollaps. Zum Vergleich, 2014 waren es 3.456 Eingriffe, im Jahr 2000 waren es sechs - jeweils im ganzen Jahr.

Goldman Sachs warnte bereits im September 2021 davor, daß Gas in Europa im Winter knapp und teuer werden würde. Der Energieversorger RWE hat seinerseits im Dezember vor Kraftwerksausfällen wegen Gasmangel gewarnt. Mit Wahrsagen oder Spekulation hat das wenig zu tun, ebenso wenig mit vermeintlichen Minderlieferungen aus Rußland.

Mit dem Wegfall der Hälfte der noch laufenden Kern- sowie mehreren Kohlekraftwerken muß der Strom aus anderen Quellen kommen. Ohne Sonne und Wind bleiben jedoch nur wenige, die für abgeschaltete Kraftwerke einspringen können - das sind Gaskraftwerke. Entsprechend teuer ist der daraus produzierte Strom. Das Problem ist also ein politisches und heißt Energiewende.

Während 2021 in Deutschland Kraftwerke mit einer installierten Gesamtleistung von 8,9 Gigawatt abgebaut wurden, kamen nur 2,56 GW Kraftwerksleistung hinzu. Auf das Jahr hochge-

rechnet und aufgrund der unterschiedlichen Kraftwerkstypen - gesicherte Leistung aus Kernkraft und Kohle versus unstete Leistung aus Wind und Solar - fehlen 61 Terawattstunden (TWh).

Die fehlende Energie entspricht etwa einem Zehntel des gesamtdeutschen Stromverbrauchs 2021. Wenn 2038 die letzten Kohlekraftwerke vom Netz gehen, fehlen in Deutschland 45 GW gesicherte Leistung oder etwa die Hälfte des Stroms.

### **"Kurz vor der Angst": Extrem kritische Situation im Januar 2022**

In den letzten drei Jahren wurden in Europa 23 Kohlekraftwerke abgeschaltet, die zusammen für eine Leistung von etwa 20 GW stehen. Zunächst fielen diese Abschaltungen nicht auf. Bedingt durch die Coronakrise und die damit verbundenen Maßnahmen und Einschränkungen sank der Stromverbrauch in der Wirtschaft und im privaten Sektor. Zum Sommer 2021 lief die Wirtschaft wieder an und mit ihr stieg der Stromverbrauch.

Anfang Januar verschärfte sich die Situation nach Angaben von Prof. Harald Schwarz von der BTU Cottbus dramatisch. Wie der Energie-Experte erklärte, konnten zu diesem Zeitpunkt weder Deutschland noch Frankreich ausreichend Strom erzeugen. Die dringend benötigten Reserven fand man in bulgarischen und rumänischen Kohlekraftwerken. Ein "kleiner Defekt" in Kroatien führte schließlich zur Auftrennung des europäischen Netzes, wobei es in Mitteleuropa zu einer Unterdeckung kam. Abschaltungen diverser Verbraucher konnten Schlimmeres verhindern. Gleichzeitig mußten in Südosteuropa Kraftwerke "in Größenordnungen" wegen einer Überspeisung abgeschaltet werden.

Die Ursache für den Strommangel war, daß in Deutschland weder Wind noch Sonne arbeiteten. Hinzu kommt, daß Frankreich mehrere Kernkraftwerke zu Wartungszwecken vom Netz genommen hat. Polen wiederum nutzt derzeit hauptsächlich Kohlestrom aus eher älteren Kraftwerken. Störungen sind an der Tagesordnung, so daß zuletzt andere europäische Länder immer wieder aushelfen mußten. Norwegische Kraftwerksbetreiber verkaufen ihren Strom indes lieber teuer nach Deutschland als im eigenen Land oder an direkte Nachbarn. Im Kosovo führten die hohen Importpreise für Strom bereits zu Brownouts.

### **Blackout-Folgen: weniger entspannt, mehr tödlich**

Ganz so "entspannt", wie es der WDR in einem Instagram-Beitrag auf dem Kanal "klima.neutral" beschreibt, dürfte es dabei weder im Brown- noch Blackout werden. So betrachtet der WDR Kerzen und Powerbanks durchaus als romantisch und gebe "ganz konkrete Tips, wie man sich bei einem Stromausfall verhalten soll."

Andere sehen die Situation wortwörtlich düsterer. Der Sicherheitsexperte Christian Endress, Chef der "Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft", erklärte gegenüber der "Bild-Zeitung": "Die direkten Auswirkungen werden im Verlust von Heizung im Winter, Kühlung im Sommer, elektrischem Licht, Telefon, Internet, Rundfunk-/TV-Empfang, der Lebensmittelbevorratung durch Kühlen oder Gefrieren sowie auch im möglichen Verlust der Trinkwasserversorgung liegen. Dann wäre unter anderem auch die Entsorgung von Fäkalien durch die Toilettenspülung nicht mehr gewährleistet."

Prof. Fritz Vahrenholt, ehemaliger Umweltsenator von Hamburg und mehrere Jahre in der Windenergiebranche tätig, ergänzte: "Ampeln fallen aus, Aufzüge, Tankstellen, Geldautomaten, Ladestationen für E-Autos, Computer stürzen ab. Es wird auch Menschenleben kosten." Lediglich die Deutsche Bahn werde noch fahren: "Sie hat ein eigenes Stromnetz, das im Wesentlichen aus dem Kohlekraftwerk Datteln gespeist wird", so Prof. Vahrenholt zu "Bild".

Dabei sei es keine Frage, ob der Blackout kommt, sondern lediglich wann, warnte unter anderem die österreichische Verteidigungsministerin Klaudia Tanner. "Wir müssen in nächster Zeit mit einem Blackout rechnen. ... Ein einsatzrealistisches Szenario wie ein europaweiter Stromausfall kann immer möglich sein", zitiert die "Welt". Entsprechend bereitet man sich in der Alpenrepublik auf den Ernstfall vor. Dazu gehören auch autarke Kasernen, die bei einem

Stromausfall monatelange weiter betrieben werden können und Anlaufpunkt für Helfer sind.

### **Kein Plan Blackout im Land der Energiewende**

Und in Deutschland? Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) attestierte bereits 2010 enorme Defizite bei der Blackout-Krisenvorsorge: Die Folgen eines längeren, bundesweiten Stromausfalls kämen einer nationalen Katastrophe gleich. "Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht 'beherrschbar', allenfalls zu mildern", schlußfolgerten die Experten bereits 2010.<sup>1</sup>

Weiter hieß es beim TAB: "Bereits nach wenigen Tagen (ist) im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden."

Im Klartext, nach wenigen Tagen könne man weder Plünderungen vermeiden, noch die Menschen mit dem Nötigsten versorgen.

### **Ideologie vor Technik**

Die deutsche Politik hat nach Fukushima einseitig beschlossen, alle Kernkraftwerke abzuschalten, obwohl diese praktisch CO2-freien Strom liefern können. Kurze Zeit später wurde eine Energiewende beschlossen, weg von CO2-emittierenden Kraftwerken hin zu den regenerativen Energien Wind und Sonne. Bis 2030 sollen 80 Prozent der Strombedarfs aus erneuerbaren Quellen stammen - auch, wenn die Sonne zeitweise nicht scheint und der Wind nicht weht.

Energieerzeuger sind letztendlich jedoch auch nur Wirtschaftsunternehmen. Sie sind nicht für die Versorgungssicherheit zuständig. Diese obliegt dem Staat, er muß mit seinen Entscheidungen einen Rahmen schaffen, in dem Kraftwerks- und Netzbetreiber agieren können und wollen.

Die Androhung, daß neue Gaskraftwerke bereits in wenigen Jahren überflüssig würden und abgeschaltet oder teuer umgerüstet werden müssen, läßt wenig Zuspruch von Investoren erwarten. Wer investiert schließlich in Kraftwerke, die frühestens 2028 fertig sind, aber spätestens 2040 abgeschaltet werden sollen?

Robert Jungnischke gilt als Experte für die Blackout-Vorsorge. Mit seinem Sachverständigen-Büro und Blog "blackout-vorsorge-beratung.de" berät er kleine und mittelständische Unternehmen, wie sie mit der zunehmenden Versorgungsunsicherheit umgehen und die Folgen eines Blackouts oder Brownouts so weit wie möglich vermeiden können.<<

Willy Klages (1953\*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Februar 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: Die vorsätzliche Zerstörung der deutschen Stromversorgung!**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ende des 20. Jahrhunderts besaßen die deutschen Energieversorgungsunternehmen aufgrund der grandiosen Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die sicherste Stromversorgung der Welt. In Deutschland gab es pro Jahr nur durchschnittliche Ausfallraten von etwa 12 Minuten. E.ON gehörte damals zu den besten privaten Energieunternehmen der Welt, welches weltweit über beachtliche Beteiligungen verfügte.

Die deutschen Energieversorgungsunternehmen zeichneten sich auch nach der vollständigen Privatisierung im Jahre 1988 nicht durch überhöhte Strompreise aus. Sie verzichteten zu Gunsten der Wirtschaft und auch im nationalen Interesse auf überzogene Profite.

Im Januar 1999 betrug die monatliche Strompreise bei einem Jahresverbrauch von 3.500



Kilowattstunden für Privathaushalte in Europa z.B. in Italien = 152 D-Mark, in Portugal = 129 D-Mark, in Dänemark = 95 D-Mark, in Deutschland = 94 D-Mark, in Frankreich = 86 D-Mark, in Schweden = 54 D-Mark und in Finnland = 51 D-Mark.

### **EU-Vorgaben, das Erneuerbare Energien Gesetz und planwirtschaftliche Maßnahmen**

Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft. Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" mußte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden.

Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland öffneten bzw. liberalisierten ihre Märkte fristgemäß für den Wettbewerb. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch weiterhin gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an, die besonders die deutsche Energiewirtschaft sehr schnell in den Grundfesten erschütterte.

Der EU-Wirtschaftsliberalismus zeichnete sich besonders durch ungehemmtes Gewinnstreben der einzelnen Unternehmen aus, während die Interessen der Allgemeinheit nur noch unbedeutend waren. Die verhältnismäßig kleinen deutschen Versorgungsunternehmen gerieten durch die überstürzte Marktliberalisierung in eine ungemein schwierige Lage, denn sie mußten sich plötzlich mit übermächtigen subventionierten ausländischen Staatsmonopolen auseinandersetzen. Rund 80 neue Anbieter und Dienstleister kamen später aus dem Ausland auf den deutschen Strommarkt, um ihre überschüssige Energie als Billigstrom zu verkaufen und strategische Beteiligungen in Deutschland zu erwerben.

Die in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Energieerzeugungsunternehmen wurden letzten Endes durch die EU-Vorgaben, das Erneuerbare Energien Gesetz sowie durch planwirtschaftliche Maßnahmen der deutschen Bundesregierung, wie z.B. durch die Vorrangspeisung von Wind- und Solarstrom, planmäßig ruiniert. Infolge dieser destabilisierenden politischen Maßnahmen wurde besonders der Betrieb von konventionellen Kraftwerken unrentabel.

E.ON, der ehemals größte nationale deutsche Stromerzeuger, verkaufte z.B. im Jahre 2018 sämtliche konventionellen Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke - außer den deutschen Kernkraftwerken - an den finnischen Staatskonzern Fortum.

### **Ausstieg aus der Atomenergie**

Am 13. Januar 1999 verständigte sich bereits die deutsche Bundesregierung - SPD und Bündnis 90/Die Grünen - auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden, um die bis 1990 in Deutschland aufgebaute leistungsfähige Nuklearindustrie systematisch zu zerstören. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde schließlich ab 2000 verboten.

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken damals fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Nach dieser Flutwelle an der japanischen Nordostküste beschloß der deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 im Rahmen der sogenannten Energiewende die Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022, obwohl die deutschen Kernkraftwerke damals weltweit zu den effektivsten und sichersten aller in Betrieb befindlichen Anlagen zählten.

### **Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. August 2016: >>>Die vergessenen Helden des Atomnotstands**

Der japanische Ex-Premier Naoto Kan schildert, was hinter den Kulissen der Fukushima-Krise geschah

*Albrecht Rothacher*

Dieses Buch ist so spannend, daß man es nicht mehr aus der Hand legen kann. Fünf Jahre nach der Fukushima-Katastrophe gibt es bereits viele bewegende Erfahrungsberichte (JF 10/15) und jede Menge Kritik an der Atompolitik. Aber dies ist ein authentischer Blick hinter die Kulissen, der erklärt, warum die ersten Reaktionen so zögerlich waren und der ultimative GAU verhindert werden konnte. So wurde der damalige Regierungschef Naoto Kan zum Helden wider Willen. Frank Rövekamp, Leiter des Ludwigshafener Ostasieninstituts, hat diesen technisch schwierigen und politisch heiklen Text in eine sehr lesbare deutsche Prosa übertragen - die erste Übersetzung des Buches überhaupt.

### **Es kann nicht sein, was nicht sein darf**

Daß Kan überhaupt einen Rechenschaftsbericht vorlegt, ist ungewöhnlich für einen japanischen Premier. Aber er war auch kein Durchschnittspolitiker, der, in einen politischen Klan geboren, einen Wahlkreis geerbt hatte, sondern konnte sich, einer Bürgerbewegung und einer linken Kleinpartei (Shaminren) entstammend, in 40 Jahren Parlamentsarbeit zum Regierungschef hocharbeiten.

Das japanische System funktioniert wunderbar - für alle minutiös geplanten und vorhergesehenen Abläufe. Bei Unvorhergesehenem, wenn energisches Improvisieren gefragt ist, läuft es völlig aus dem Gleis. Und für einen AKW- Maximalstörfall war bewußt nichts vorgesehen worden, ihn durfte es nicht geben. Und, wie Kan zugibt, wären solche Übungen durchgeführt worden, wäre dies vom Atomkartell (LDP-Langzeitregierung, Herstellern und Energiekonzernen) als Eingeständnis gewertet worden, daß es solche undenkbbaren Unfälle doch geben könnten.

Deshalb unterblieben sie - auch nach dem Bau von 54 AKWs innerhalb von 40 Jahren. Die gleiche Sorglosigkeit gab es bei den beiden Fukushima-Kraftwerken: unterschiedliche Reaktoren einschließlich eines mit Plutoniumbetrieb, drei Hersteller (General Electric, Toshiba, Hitachi) sowie kaum gesicherte Abklingbecken für Hunderte verbrauchte Brennelemente, denn auf eine Endlagerung für die nächsten 100.000 Jahre hatte man sich nicht einigen können. Und schließlich die Hauptsünde: Notstromaggregate, die, in einem Untergeschoß untergebracht, sogleich geflutet wurden und dauerhaft ausfielen. Mit dem Ausfall der Kühlsysteme war die Kernschmelze eigentlich programmiert.

Kan hielt die dann notwendige Massenevakuierung des Großraumes Tokio und des gesamten Nordteils der Hauptinsel Honshu (Tohoku) für unmöglich: 30 bis 50 Millionen Menschen binnen weniger Tage dauerhaft nach Südjapan zu transportieren - das wäre das Ende Japans gewesen. Dabei geht er auf die langfristige Unbewohnbarkeit der Hälfte Honshus und die globalen Folgen nach der Enthauptung der japanischen Finanz- und Exportindustrie, die alle ihre Entscheidungszentralen in Tokio konzentriert haben, nicht einmal ein. Ein solcher Evakuierungsplan wird nicht entworfen: er würde bei Bekanntwerden nur Panik auslösen. Wiederum kann nicht sein, was nicht sein darf.

Das tatsächliche Katastrophenmanagement verlief daher absehbar chaotisch. Vom Erdbeben am 11. März 2011 wurde Kan bei einer Ausschusßsitzung des Oberhauses überrascht, bei der er - wegen einer Spende eines "Ausländers", eines in Japan geborenen Koreaners - politisch gegrillt wurde. Zunächst stehen das Tohoku-Erdbeben und die folgende Tsunamikatastrophe zusammen mit 19.000 Toten, 2.500 Vermißten und 122.000 zerstörten Gebäuden im Vordergrund. Erst später wird klar, daß es auch in Fukushima Probleme gibt. Doch der AKW-Betreiber Tepco wiegelt ab.

Der Konzern ist regionaler Elektrizitätsmonopolist mit einem für ihn glänzenden und überaus einträglichen Geschäftsmodell. Sein Management pflegt die Geheimhaltung und ist mit Medien- und politischer Manipulation bestens vertraut - weniger allerdings mit den technischen Abläufen in AKWs, wie Kan bald feststellen muß. Auch bei der für Katastrophenfälle zustän-

digen Atomkontrollbehörde findet er an der Spitze nur verdiente Generalisten, die aber technisch ahnungslos sind. Auch im Wirtschaftsministerium Meti muß Kan lange suchen, bis er wirkliche Atomexperten findet. Er stellt schließlich seinen eigenen alternativen Beraterstab aus den technischen Hochschulen zusammen.

### **In letzter Minute das Schlimmste verhindert**

Als schließlich eine Wasserstoffexplosion der nächsten folgt, werden die Anwohner im Radius von drei, dann zehn und schließlich 20 Kilometern evakuiert. Allerdings unabhängig von der Windrichtung, die, für Tokio segensreich, stets von Südost nach Nordwest bläst. So werden viele Leute im Süden völlig überflüssig evakuiert, während viele im Nordwesten ohne jede Warnung noch tagelang überhöhte Strahlungs Dosen erhalten. Schließlich wird die Flutung durch Meerwasser eingeleitet.

Auch kann dank gesprengter Dächer mit Militärhubschraubern Kühlwasser auf die Reaktoren und Abklingbecken, die auszutrocknen drohen, geworfen werden. Über 100.000 Soldaten werden schließlich mobilisiert. Sie, die Feuerwehrleute, Polizisten und die Tepco-Arbeiter vor Ort sind die eigentlichen Helden jenes Dramas, die das Schlimmste für Japan und die Welt in letzter Minute mit viel Glück verhindert haben.

Kan besucht Fukushima während der Katastrophe, schließlich muß er die Entscheidungen treffen und verantworten. Normalerweise stört ein solcher Katastrophentourismus nur die Abläufe. Hier nicht. Er findet vor Ort alle Informationen, die er braucht und in Tokio nicht erhält. Schließlich besucht er auch das Tepco-Krisenzentrum - und auf dessen Monitoren, nur 15 Minuten Fußweg von seinem Büro entfernt, sieht er alle Daten und Vorgänge live, die seinem Amt nur verspätet und bürokratisiert geliefert werden.

Als Tepco dann die Situation in Fukushima für nicht länger kontrollierbar hält und den Rückzug anordnen will, befiehlt Kan das Ausharren: Bei einem Großfeuer oder einem Chemieunfall kann man sich zur Not zurückziehen, bei einer AKW-Havarie würden aber wegen der Kettenreaktionen immer höhere Temperaturen und Strahlungen entstehen - ohne absehbares Ende.

Die Reaktion des Auslands kommt nur am Rande vor. Hilfslieferungen, die "Operation Tomodachi" der US Army, die Tsunami-Opfer aus dem Pazifik fischte und als erste das Ausmaß der Verstrahlungen bekanntgab, sowie internationale Politikeranrufe (aus Europa nur Nicolas Sarkozy) werden höflich erwähnt.

Kan unternahm zwar einige vergebliche Versuche, eine überparteiliche Krisenregierung zu bilden, doch schon im September 2011 wurde er nach nur 15 Monaten Amtszeit nach einer Palastrevolte von seiner eigenen Demokratischen Partei (DPJ) gestürzt. Immerhin gelang es ihm noch, eine unabhängige AKW-Überwachung im Ministeriumsrank, die Überprüfung der japanischen Energiepolitik und einen Nachtragshaushalt für die Opfer und den Wiederaufbau auf den Weg zu bringen.

Kan hat sich seither vom bedingten Anhänger des Atomstroms ("Übergangstechnologie") zum entschiedenen Gegner gewandelt: Die Technologie sei unbeherrschbar, zu teuer und bei Katastrophen im dichtbesiedelten, erdbebengefährdeten Japan zu riskant. Dabei begrüßt Kan den deutschen Atomausstieg. Die Begründung Angela Merkels, wenn Japan als Hochtechnologie-land AKWs nicht meistern könne, seien sie wohl unsicher, ist im Lichte von Kans Darstellungen im tsunamifreien Deutschland jedoch nicht nachzuvollziehen.

*Naoto Kan: Als Premierminister während der Fukushima-Krise. Iudicium Verlag, München 2016 ...<<*

### **Die sogenannte Energiewende**

Die Umweltorganisation der Vereinten Nationen "UNEP" und die Weltorganisation für Meteorologie "WMO" gründeten im Jahre 1988 den Zwischenstaatlichen Ausschuß für Klimaänderungen "IPCC".

Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde schließlich am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen zur Rettung des Weltklimas.

Im Jahre 2000 wurde danach das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern und um die sog. Energiewende durchzusetzen.

Am 16.2.2005 trat nach der Ratifizierung durch die russische Duma das Kyoto-Protokoll in Kraft.

Der BDI berichtete im Jahre 2015, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Senkung der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen von etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro durchführen müßte.

Chinas Anteil am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß betrug im Jahre 2015 z.B. 28,1 %, USA = 16,0 %, Indien = 6,2 %, Rußland = 4,5 % und Japan = 3,7 %. Die Regierungen dieser Länder denken jedoch bis heute nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas schon deshalb kläglich scheitern müssen, denn klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn auch die großen Umweltsünder den CO<sub>2</sub>-Ausstoß drastisch verringern.

### **Riesenschwindel**

Die Energiewende zur angeblichen Klimarettung entpuppte sich sehr schnell als Riesenschwindel und entwickelte sich vor allem in der Bundesrepublik Deutschland zu einer totalitären Öko-Diktatur, die in erster Linie die Zerstörung der Energieversorgung, die Deindustrialisierung, die Auflösung des Nationalstaates sowie die "Befreiung" der Menschen von Eigentum, Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Identität anstrebt.

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee der deutschen Bundesregierung, im 21. Jahrhundert zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führte statt der angekündigten Rettung des Weltklimas zunächst lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der ehemals effektiven, hochmodernen, umweltbewußten deutschen Energiewirtschaft.

Der Strompreis stieg z.B. von 14 Cent pro kWh im Jahre 2000 auf 30,5 Cent im Jahre 2019 und steigt immer weiter. Aufgrund der hohen Strompreise können schon bald viele private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen und immer mehr Unternehmer werden ihre Betriebe wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern, so daß diese destabilisierende politische Energiewende schließlich den offensichtlich planmäßig angestrebten unaufhaltsamen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zusammenbruch Deutschlands einleiten wird.

Bei der Energiewende handelt es sich zweifelsfrei um ein ökonomisch unbezahlbares und hochgradig unsoziales sowie um ein völlig unsinniges Projekt, bei dem es nur sehr wenige Gewinner gibt.

In Deutschland kostete die vollkommen unsinnige Energiewende bereits mindestens 500 Milliarden Euro. Trotz dieser riesigen Kosten wurde das Klima in keinster Weise gerettet, sondern lediglich die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die stabile Stromversorgung in Deutschland systematisch zerstört.

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diente nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu. Bisher wurde jedoch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

Die Energiewende wurde in der Bundesrepublik Deutschland als wirksames Machtinstrument genutzt, um planwirtschaftliche Maßnahmen zu realisieren sowie um eine gigantische Umverteilung von Vermögen an einige Gewinner des elegant inszenierten Klimaschwindels zu ver-

wirklichen. Ferner wurde der weltweite Klimaschwindel genutzt, um unbequeme Konkurrenten, wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland, zu destabilisieren und um vermeintliche "klimageschädigte" Entwicklungsländer zu entschädigen.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 8. Januar 2010 über den Klimawandel: >>Nicht so leicht zu beurteilen

von *Michael Wiesberg*

Auf dem Forum der JF 50/09 ("Kopenhagen darf kein Erfolg werden") verwarf der frühere leitende FAZ-Redakteur und Journalist Klaus Peter Krause die These eines menschengemachten Weltklimawandels und wies auf die massenmanipulativen Möglichkeiten durch geschürte "Klimahysterie" hin. Heute setzt sich Michael Wiesberg kritisch mit Krauses Argumenten auseinander: Menschliches Wirtschaften sei sehr wohl für die Klimaerwärmung mitverantwortlich, und Forscher, die den Klimawandel bezweifeln, würden im "Weltklimarat" keineswegs ausgegrenzt.

Bei kaum einem Thema stoßen die Meinungen wohl gegensätzlicher aufeinander als bei der Frage, inwieweit die globale Erwärmung auf den Menschen beziehungsweise auf menschlich verursachte Kohlenstoffdioxid-Emissionen zurückgeführt werden kann. Das Gros der Klimaforscher hält diesen anthropogenen Einfluß für evident und kann hierfür auch eine Reihe von Argumenten ins Feld führen.

Eben diese Argumente haben mehr und mehr Politiker auf den Plan gerufen, die sich, siehe die gerade beendete Klimakonferenz in Kopenhagen, mit eher geringem Erfolg bemühen, Klimaschutzmaßnahmen möglichst global verbindlich zu machen. Diesen Klimaforschern steht eine wachsende, lautstarke Schar von "Klimaskeptikern" gegenüber, die so ziemlich alles in Frage stellt, was als wissenschaftlicher Konsens im Hinblick auf die globale Erwärmung angesehen wird.

Einen Eindruck von deren Argumenten gab Klaus Peter Krause neulich an dieser Stelle (JF 50/09). Darin sprach er, wie andere "Klimaskeptiker" auch, von einem "Kartell der geballten Interessen", von "Klimaschwindel", von dem Versuch, "den Menschen in den wohlhabenden Ländern eine drastische Senkung des Lebensstandards aufzuzwingen" und von einer "De-Industrialisierung", die durchgesetzt werden solle.

Die Behauptung eines Klimawandels "durch anthropogenes CO<sub>2</sub>" bezeichnet Krause schlicht als eine "Fiktion" oder "Schimäre". Um diese Behauptungen zu untermauern, wartet er mit einigen "Tatsachen" auf, auf die unter anderem im folgenden eingegangen werden soll - wohlwissend, daß hiermit wiederum nur einige wenige Aspekte dieser überaus komplexen Diskussion angesprochen werden können. Derartige "Tatsachen" verbreiten im übrigen auch andere "Klimaskeptiker" wie zum Beispiel der notorische "Öko-Optimist" Dirk Maxeiner oder der "Ex-ZDF-Wetterfrosch" Wolfgang Thüne.

Eine immer wieder angeführte "Tatsache" ist der verschwindend geringe Anteil von anthropogenem Kohlenstoffdioxid an der Atmosphäre, mittels dessen "Klimaskeptiker" suggerieren, er sei so vernachlässigenswert, daß es nicht lohne, darüber überhaupt ein Wort zu verlieren. Festzuhalten bleibt, daß mit diesen Zahlen noch nichts über deren Bedeutung ausgesagt ist. In der Tat beträgt der Anteil von Kohlendioxid an der Atmosphäre nur zirka 0,04 Prozent. Davon entstammen etwa 95 Prozent aus natürlichen Quellen und sind damit Teil eines natürlichen Kohlenstoffkreislaufs. Dies ist der Grund für die relative Konstanz der CO<sub>2</sub>-Konzentration der Atmosphäre durch die Jahrtausende hindurch.

Sie steigt merklich erst durch die zusätzliche Belastung mit Kohlendioxid aus fossilen Lagerstätten an, die großteils menschlich verursacht ist. Mit 388 ppm (parts per million) CO<sub>2</sub> in der Luft haben wir heute den höchsten Gehalt seit etwa 2,1 Millionen Jahren. Der Anteil am CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre, der aus dem Verbrauch fossiler Brennstoffe herrührt, läßt sich deshalb so eindeutig bestimmen, weil dessen Isotopen-Zusammensetzung eine andere ist. Mit

anderen Worten:

Dem geschlossenen Kohlendioxidkreislauf werden Jahr für Jahr riesige Mengen an Kohlendioxid fossiler Herkunft hinzugefügt. Ein Teil davon landet im Ozean, was die CO<sub>2</sub>-Konzentration in den Ozeanen seit Jahren mit schwer kalkulierbaren Folgen erhöht.

Es sind die übergroßen Mengen an Kohlendioxid aus fossilen Quellen, die das Faß zum Überlaufen bringen, eben weil das hochsensible Klimasystem (die Betonung liegt hier auf "-system") schon auf minimale Änderungen ganz empfindlich reagiert.

Es sind diese Mengen an Kohlendioxid aus fossilen Quellen, die - bildlich gesprochen - das Faß zum Überlaufen bringen, eben weil das hochsensible Klimasystem (die Betonung liegt hier auf "-system") schon auf minimale Änderungen empfindlich reagiert. Ergänzend sei angefügt, daß Wasserdampf zwar als wichtigstes Treibhausgas gilt, das im Zusammenspiel mit anderen Treibhausgasen wie Kohlendioxid, Methan oder FCKW gehörig "einheizt".

Im Unterschied zu CO<sub>2</sub> bleibt Wasserdampf aber nicht so lange in der Luft. Und genau das ist ein wichtiger Grund, weshalb Kohlendioxid als hauptsächlicher Motor der globalen Erwärmung angesehen wird und warum die überwältigende Zahl der Klimaforscher, die aktiv publizieren, der These zustimmt, daß menschlich verursachte Emissionen von Kohlendioxid zumindest teilweise für die Erwärmung der letzten Jahrzehnte verantwortlich gemacht werden müssen.

"Klimaskeptiker" freilich überzeugt das nicht, sie verweisen auf den Einfluß der Sonne oder der kosmischen Strahlung auf das Erdklima und haben als neuen Gewährsmann unter anderem den dänischen Physiker Henrik Svensmark auf den Schild gehoben: Seiner These nach soll das zunehmende Magnetfeld der Sonne für den globalen Anstieg der Temperaturen verantwortlich sein. Svensmark ist der Meinung, daß die Intensität kosmischer Strahlung die Temperaturveränderungen des Erdklimas besser erklären könnte als andere Faktoren.

Michael Miersch, mit Maxeiner immer auf der Fahndung nach vermeintlichen "Öko-Irrtümern", breitete diese Argumente vor kurzem in der Welt unter der Überschrift "Ein Physiker erschüttert die Klimatheorie" aus. Miersch behauptet, daß Svensmark von den "führenden Köpfen des Weltklimarates IPCC" (Intergovernmental Panel on Climate Change) "ausgegrenzt und diffamiert" werde.

Wie plausibel Svensmarks Erklärungsansatz ist oder nicht, kann hier nicht beurteilt werden. Allerdings soll darauf hingewiesen werden, daß viele Klimatologen diesem Ansatz Schwächen in der Beweisführung attestieren. Es gebe überdies Phänomene, die Svensmarks Modell nicht erklären könne. Dennoch finden sich genug Zeitgenossen, die der Meinung sind, daß das Problem globaler Erwärmung damit ad acta gelegt werden kann beziehungsweise der "Treibhausschwindel" damit evident sei.

Diese Meinung sehen sie auch durch den jüngsten Datendiebstahl vom Computerserver des Klimaforschungsinstituts CRU der britischen University of East Anglia bestätigt, der Datenmanipulationen dort beschäftigter Wissenschaftler aufgedeckt haben soll. Aus dem öffentlich gewordenen E-Mail-Verkehr des CRU will man "herauslesen" können, daß Gegner der These von einer globalen Erwärmung diskreditiert werden sollten, kritische Publikationen boykottiert und Daten mit "Tricks" beschönigt worden sein sollen.

Für so manchen "Klimaskeptiker" ist damit erhärtet, daß Klimaforscher korrupt sind und bewußt "Panik" verbreiten. Ihnen wird weiter unterstellt, im Zusammenspiel mit Medien und Politik vor allem darauf aus zu sein, als Propagandisten alternativer Technologien neue Forschungsgelder zu akquirieren.

Um hier nur auf den Verdacht einzugehen, daß "Analysen und Meinungen kritischer Wissenschaftler absichtsvoll unterdrückt" (Krause) worden seien: Darauf antwortete der Berner Klimaforscher Thomas Stocker in der Neuen Züricher Zeitung (2. Dezember), es sei "ja gerade die Stärke des IPCC-Begutachtungsprozesses, daß nicht ein einzelner Forscher darüber ent-

scheidet, was im nächsten Bericht steht und was nicht", sondern "Autorenteams". Danach erfolgt eine mehrstufige "externe Begutachtung durch Experten und Regierungen weltweit". Zitiert werden sämtliche relevanten Daten zu einem Gebiet, eben auch "kritische".

Am dritten IPCC-Bericht zum Beispiel, so Stocker, sei der bekannte "Klimaskeptiker" Richard Linzen (Massachusetts Institute of Technology) beteiligt gewesen, und zwar als "koordinierender Hauptautor". In diesem Zusammenhang muß weiter darauf hingewiesen werden, daß die CRU-Daten nur einen Bruchteil jener Daten darstellen, auf die sich das IPCC beruft. Es gibt eine Unzahl anderer Forschungsergebnisse, die zu ähnlichen oder gleichlautenden Schlüssen gekommen sind.

Im Zuge der Diskussion um den CRU-Datenklau ist auch wieder die Diskussion um die Feststellung ausgebrochen, daß sich das Erdklima in der Zeit von etwa 1995 bis 2005 nicht weiter erwärmt hat. Aus einer "gehackten" E-Mail soll hervorgehen, daß es für das Ausbleiben der Erderwärmung in dieser Zeit keine Erklärung gebe.

In diesem Zusammenhang fällt in der Regel auch der Name des deutschen Klimaforschers Mojib Latif. Er kam in einer Untersuchung über die mögliche Temperaturentwicklung bis zum Jahre 2025 zu dem Ergebnis, daß die Temperatur im Zeitraum zwischen 2005 und 2025 in etwa gleich bleiben werde.

Das heißt, der Erwärmungstrend ist in dieser Zeit nach Latif zwar unterbrochen, keineswegs aber beendet. Entsprechend spricht Latif von einer "Atempause". Zu verweisen ist im weiteren darauf, daß eine derart kurze Spanne vor dem Hintergrund des großen Zeitraums, der zu betrachten ist, statistisch gesehen wenig bis gar nichts besagt. Es handelt sich hier, wie es der Wissenschaftsjournalist John Rennie ausdrückte, um eine "zu geringe Abweichung", als daß von einer "Trendumkehr" die Rede sein könnte.

All dies wird "Klimaskeptiker" natürlich nicht davon abhalten, weiter ihre Behauptung vom "Treibhausschwindel" zu propagieren. Dabei werden auch weitgehende Spekulationen darüber angestellt, wozu dieser "Schwindel" dienen könnte. Für Klaus Peter Krause und andere ist klar, wohin die Reise gehen soll: "die Menschen" sollen "für eine neue Weltgesellschaft gefügig gemacht werden", sie sollen "durch autoritäre Regime" zum "vermeintlichen Glück" gezwungen werden. Dahinter ständen auch "Bestrebungen", "den Menschen in den wohlhabenden Ländern eine drastische Senkung des Lebensstandards aufzuzwingen und eine De-Industrialisierung durchzusetzen".

Eine "weltumspannende Klimadiktatur"? Wer sich den unverbindlichen Minimalkompromiß des gerade beendeten Kopenhagener Klimagipfels vor Augen hält, kann derartigen Verschwörungsszenarien nur noch verständnislos gegenüberstehen.

Um an dieser Stelle noch eine weitere Stimme hinzuzufügen: Der Wirtschaftspublizist Hartmut Bachmann sieht in der "Lüge (von) der Klimakatastrophe" das "gigantischste Betrugswerk der Neuzeit". Er nimmt für sich in Anspruch, so der "Klimaskeptiker" Christian Bartsch in einer rein affirmativen Rezension des Bachmann-Buchs in der JF 42/07, berufsbedingt "jahrelang Teilnehmer von Abspracherunden" mit den "Großen von Wirtschaft und Politik" zum Klimaschutz gewesen zu sein und direkt miterlebt zu haben, wie aus der "Klimakatastrophe" ein "lohnendes Geschäft und Machtinstrument für Politiker" gemacht wurde.

Bartsch teilt im übrigen die These, daß die Maßnahmen gegen die eingebildete Klimaerwärmung zur "Verarmung der Industrieländer" führten und in eine "weltumspannende Klimadiktatur" mündeten. Wer sich den unverbindlichen "Minimalkompromiß" des gerade beendeten Kopenhagener Klimagipfels vor Augen hält, kann derartigen Verschwörungsszenarien eigentlich nur noch verständnislos gegenüberstehen.

Ein Novum indes bleibt, daß Politik, Teile der Wirtschaft und Teile der Medien aufgrund von umstrittenen Daten und Erkenntnissen der Wissenschaft einig darin sind, daß wir an unserer Lebensweise etwas ändern müßten. Diese Unsicherheit im Hinblick auf die Daten ist, dies

muß hier kritisch angemerkt werden, von den Vertretern der These einer globalen Erwärmung nicht hinreichend problematisiert und öffentlich gemacht worden.

Der mangelnden "Kommunikation" auf diesem Gebiet versucht im deutschsprachigen Raum unter anderem Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung zu begegnen, der sich immer wieder explizit mit den Thesen der "Klimaskeptiker" auseinandersetzt und den Stand der Forschung allgemeinverständlich zu vermitteln sucht. Einen Eindruck von der Heftigkeit der Auseinandersetzungen, die Rahmstorf hier von Fall zu Fall führt, vermittelt zum Beispiel sein Schlagabtausch mit dem "Physikochemiker" und "Skeptiker" Siegfried Dittich.

Nicht in Abrede gestellt werden soll der Versuch, die These einer globalen Erwärmung politisch zu instrumentalisieren. Es hat sich, wie Florian Rötzer auf den Seiten des Internetmagazins Telepolis andeutete, unter den Themen "Ausbeutung der Ressourcen", "Zerstörung und Belastung der Umwelt", "Artenschwund" und anderen mehr zur "Speerspitze" derer entwickelt, die in der Tat eine Änderung unserer Lebensweise und Produktion verfolgen.

Daß diese Gruppierungen vor allem bei den Grünen und vielen Nichtregierungsorganisationen beheimatet sind, ist kein Geheimnis. Die Überspanntheit beginnt allerdings dann, wenn aus diesen bekannten Parteigängern einer "anderen Lebensweise" eine allgemeine Verschwörung ziseliert wird, gemäß der "die Menschen" für die "neue Weltgesellschaft gefügig" gemacht werden sollten. Hysterie ist nie ein guter Ratgeber für Erkenntnis.

*Michael Wiesberg, Jahrgang 1959, arbeitet als Publizist und Lektor. ...<<*

Die deutsche Bürgerinitiative "Gegenwind Saarland" berichtete über den Klimawandel (x1.048): >>**Wie die großen Ölfirmen die Umweltschutzbewegung erschufen**

Maurice Strong: Ein Name, der nur sehr wenigen Menschen etwas sagen wird. Und doch ist dieser Name engstens verwoben mit solchen "Großprojekten" wie der Stockholm Environmental Conference, die als Startschuß für die von den Internationalisten/Globalisten/Eliten (IGE) so "geliebten Agenden 21 und 2030". Maurice Strong war wohl eine der drei wichtigsten Personen, wenn es um die "moderne Umweltschutzbewegung" geht. Der Aufstieg des in Oak Lake, Manitoba (Kanada) geborenen Strong, der in bescheidenen Verhältnissen aufwuchs, das von ihm "aufgebaute Vermögen" und insbesondere sein politischer Einfluß sind schlicht bemerkenswert.

Allein die Anzahl an Umweltorganisationen, die er gründete, Konferenzen, denen er vorsah, Kampagnen, die er leitete, sind schier unzählbar.

So war er der Organisator der Stockholm Environmental Conference, Gründer des United Nations Environment Program, Generalsekretär des Rio Earth Summit, Gründer des Earth Council und der Earth-Charter-Bewegung, Vorsitzender des World Resources Institute, Kommissar der World Commission on Environment and Development, sowie Vorstandsmitglied zahlreicher Organisationen, vom International Institute for Sustainable Development bis zum Stockholm Environment Institute oder dem African-American Institute.

Aber das bemerkenswerteste an der Person Maurice Strong, dieser zentralen Figur der Umweltschutzbewegung des 20. Jahrhunderts, war sein eigentlicher persönlicher Hintergrund: Ein in enger Beziehung zum Rockefeller-Imperium stehender Millionär, der tief im Ölgeschäft des kanadischen Bundesstaates Alberta verwurzelt war und der die Drehtür zwischen öffentlichen Ämtern im Bereich Umwelt und großen Erdölfirmen zimal in Schwung brachte. Um zu verstehen, warum Strong zu diesem "globalen Spieler" werden konnte, muß man sich die Geschichte der Entstehung der Umweltschutzbewegung genauer anschauen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges benötigte das Thema der Bevölkerungskontrolle, das für die IGE schon immer von immenser Bedeutung war, ein neues Gesicht, eine neue Verpackung, eine neue "Verschlagwortung", die keine Assoziationen mehr mit der dahinstehenden Eugenik zuließ. Und dieses neue Gesicht war der Schutz der Erde vor seiner Ausbeu-



tung, Verschmutzung und einer ökologischen Katastrophe durch den Menschen. Unterstützt, finanziert und gefördert - wie fast immer - von der Rockefeller Familie, die diese Bewegung zu ihrem eigenen Zweck einspannte.

Im Jahre 1969 gab die damalige US-Regierung unter Präsident Nixon den Bericht Population Growth and the American Future (Bevölkerungswachstum und die amerikanische Zukunft) heraus. Geleitet wurde die damalige Kommission zur Erstellung des Berichts von niemand geringerem als von John D. Rockefeller III, die - wenn wundert es - zu folgendem Ergebnis kam:

Die Bevölkerung kann nicht unendlich weiter wachsen. Keiner stellt das in Frage und wir haben in unserem Befund gesagt, daß wir glauben, daß die Nation jetzt eine stabilisierte Bevölkerung(szahl) begrüßen und planen sollte. Die ganze Frage der Verschmutzung, der Umwelt und der Bevölkerung kam mit einer erstaunlich schnellen Geschwindigkeit in den Vordergrund. ...

Unterstützung bei der "Formung einer internationalen Umweltschutzbewegung" bekamen die notorischen Rockefellers von ihren "Ölfreunden" von der anderen Seite des Atlantiks, wie dem britischen Königshaus, die hinter BP stehen, und dem niederländischen Königshaus (Royal Dutch Shell).

Eine wichtige Person bei der "Überführung der Eugenik zur Bevölkerungskontrolle mittels des Umweltschutzes" war Julian Huxley. Bruder des "Schöne Neue Welt-Autors" Aldous Huxley und Enkel vom Darwinisten T. H. Huxley.

Julian Huxley war ein Verfechter der Eugenik und saß der British Eugenics Society von 1959 bis 1962 vor. Aber wie die anderen Eugeniker nach dem Zweiten Weltkrieg, verstand er, daß der in Mißkredit geratene Begriff der Eugenik ein neues Gesicht benötigte. So schrieb Julian Huxley, Gründungsvorsitzender der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), im Gründungsdokument der UNESCO über die "Notwendigkeit Wege zu finden wie man die Eugenik politisch wieder lebensfähig" machen kann:

Im Augenblick ist es wahrscheinlich, daß die indirekte Wirkung der Zivilisation dysgenisch statt eugenisch ist; und auf jeden Fall scheint es wahrscheinlich, daß das tote Gewicht der genetischen Dummheit, der physischen Schwäche, der geistigen Instabilität und der Krankheitsanfälligkeit, die bereits in der menschlichen Spezies existiert, eine zu große Belastung für den wirklichen Fortschritt sein wird.

Folglich, obwohl es vollkommen richtig ist, daß jede radikale eugenische Politik für viele Jahre politisch und psychologisch unmöglich sein wird, wird es für die UNESCO wichtig sein, zu sehen, daß das eugenische Problem mit größter Sorgfalt untersucht wird und daß die Öffentlichkeit über die Fragen, die auf dem Spiel stehen, so informiert werden, daß vieles, das jetzt undenkbar ist, zumindest denkbar werden kann. ...

Huxley fand in der UNESCO das perfekte Instrument, um die "undenkbaren" eugenischen Ideen wieder "hoffähig zu machen", als er 1948 die UNESCO als Sprungbrett zur Gründung der International Union for the Conservation of Nature und nochmal im Jahre 1961 bei der Gründung des World Wildlife Fund (WWF) nutzte. Neben Huxley waren weitere illustre Herren Mitbegründer des WWF, die keine Unbekannten sind:

- Prinz Bernhard der Niederlande, Mitbegründer der Bilderberger und ehemaliger "Mitarbeiter" des IG-Farben-Konglomerats im Dritten Reich
- Prinz Philip von England und
- Godfrey A. Rockefeller aus dem sattsam bekannten Rockefeller Imperium

Zusammen wollten sie "die öffentliche Meinung nutzen und die Welt über die Notwendigkeit des Naturschutzes unterrichten". All die Jahre der "Erziehung", daß die anwachsenden Weltbevölkerung eine Belastung für die Ressourcen der Erde sind, die von den gleichen Kräften finanziert wurden, die im letzten Jahrhundert alles dafür getan haben die Schlüsselressource

der Welt zu monopolisieren, lassen letztlich für Unbedarfte nur einen Schluß zu: daß die "Heilung" von der "Krankheit der Menschheit" nur über die multipolare Institution der Vereinten Nationen, dessen Hauptquartier nur durch die finanzielle Hilfe der Rockefeller Familie realisiert werden konnte, zu erreichen ist. Und der erste Schritt, um das "Heilmittel" zu finden, war das Organisieren der UN Conference on the Human Environment in Stockholm im Jahre 1972, der weltweit ersten internationalen Umweltschutzkonferenz.

Und wer könnte besser dafür geeignet gewesen sein, diese Konferenz zu leiten und die institutionellen Grundlagen für diese von den IGE unterstützte Bewegung zu schaffen, als ein "Mitarbeiter aus dem eigenen IGE-Stall"? Als Maurice Strong?

Sein ganzes Leben besaß Maurice Strong die Fähigkeit immer zur richtigen Zeit am richtigen Platz zu sein, um die richtigen Personen zu treffen und somit in der Hierarchie nach oben zu rutschen. Der 1929 während der Großen Depression geborene Strong verließ die Schule bereits im Alter von 14 Jahren und arbeitete dann als Pelzhändler für die Hudson's Bay Company, wo er erstmals auf "Wild" Bill Richardson traf, einem Prospektor dessen Frau, Mary McColl, zur Familie McColl-Frontenac gehörte, die wiederum eine der größten Ölfirmen in Kanada besaß.

Dank der Richardsons konnte Strong eine Vielzahl ungewöhnlicher Bekanntschaften schließen. So wurde er beispielsweise dem Schatzmeister der damals neuen UN, Noah Monod, vorgestellt. Unglaublicherweise schanzte Monod Strong nicht nur die Position als Junior Security Officer im UN-Hauptquartier zu, sondern ließ ihn sogar in seiner New Yorker Wohnung einziehen und er stellte Strong dem wichtigsten Mann in dessen gesamten Leben vor: David Rockefeller.

Ab diesem Zeitpunkt war Strong ein gemachter Mann. Wo immer Strong hinging, waren die Mannen um Rockefeller nicht weit und agierten verdeckt im Hintergrund.

Es war der Standard Oil-Veteran, Jack Gallagher, der Strong den Einstieg ins Ölgeschäft Albertas ermöglichte, nachdem Strong seine Stelle bei der UN beendet hatte und nach Kanada zurückkehrte. Und als Maurice Strong auch diesen neuen Job hinwarf, sein Haus verkaufte und nach Afrika reiste, arbeitete er plötzlich für CalTex in Nairobi, einer Firma aus dem Rockefeller-Konglomerat.

Als er 1954 diese Position kündigte, gründete er seine eigene Firma in Kanada, für die er Henrie Brunie (eine enge Freundin von John J. McCloy, einem engen Verbündeten der Rockefellers) als Managerin einstellte. Strong ernannte zudem zwei Standard Oil of New Jersey-Repräsentanten als Vorstandsmitglieder. Mit Ende 20 leitete er also seine eigene Firma und war bereits Millionär.

Wie sein ganzes Leben lang, zog Maurice Strong immense Vorteile aus diesen Beziehungen. Nachdem er als Organisator der UN-Umweltschutzkonferenz in Stockholm bestimmt worden war, wurde er auch zum Treuhänder der Rockefeller-Stiftung ernannt, die dann sein Büro für die Organisation der Stockholmer Konferenz bereitstellte und Barbara Wood (eine Vertraute der Carnegies) bzw. Rene Dubos (ein Eugeniker und Rockefeller-Mann) als Mitarbeiter zur Verfügung stellte. Strong beauftragte diese beiden den Bericht Only One Earth zu schreiben, quasi der Gründungstext für das Thema der Nachhaltigen Entwicklung, der bis heute als Schlüsseldokument der IGE dient, wenn es um das globale Ressourcenmanagement geht.

Noch heute gilt die Konferenz von Stockholm 1972 als Meilenstein in der Geschichte der modernen Umweltbewegung, die nicht nur zu den ersten regierungsseitig administrierten Umweltschutzaktionsplänen in Europa führte, sondern auch den Grundstein für ein neues UN-Programm legte: dem United Nations Environment Program (UNEP). Und logischerweise wurde Maurice Strong zum ersten Direktor der UNEP ernannt.

Bereits kurz nach dieser Ernennung wechselte Strong übrigens erneut die Seiten und verdingte sich wieder im Ölgeschäft.

Die IGE setzten in der Folge das UNEP als Waffe ein, um die nächste Stufe ihres Vormarsches zu erreichen: die Schaffung eines kohlenstoffbasierten Handelsregimes, das natürlich von ihnen selbst und ihren Bankerfreunden kontrolliert und manipuliert werden würde.

In den frühen 1990ern wurde die spätere Betrugsfirma Enron zum größten Händler im von der US-amerikanischen Umweltschutzbehörde EPA initiierten, 20 Milliarden US-Dollar schweren Cap-and-Trade-Programm für Schwefeldioxide. Ken Lay, Chef von Enron, begann bereits kurz darauf bei der damaligen US-Regierung unter Bill "Slick Willy" Clinton und seinem Vize Al Gore zu lobbyieren, daß ein ähnlicher Markt doch auch für Kohlenstoffdioxide geschaffen wird.

Mit Bezug auf Umweltschutzgruppen wie der Nature Conservancy, dessen Climate Change Project Beschränkungen bei der Emission von Kohlendioxid forderte, heuerte Enron Christoph Horner an. Horner, ein ehemaliger Mitarbeiter des Umweltausschusses unter Senator Joe Liebermann, sollte sich für einen internationalen Vertrag einsetzen, der die Emissionen einschränken und einen Handel mit Emissionsrechten ermöglichen würde.

Unterstützt wurde die Gruppe Enron/Horner von niemand geringerem als Goldman Sachs. Diese weltberühmte und berüchtigte Investmentfirma in New York, die die Drehtür zwischen Regierung/Finanzministerium und ihren eigenen Büroräumen wie keine zweite in Schwung gebracht hat, half unter anderem bei der Gründung der Chicago Climate Exchange als die erste Handelsplattform für Emissionen in Nordamerika.

Im Jahre 2004 gründete Al Gore, der die letzten beiden Jahrzehnte damit verbrachte für einen Emissionshandelsmarkt zu lobbyieren, die Firma Generation Investment Management. Eine Firma, die Kohlenstoff-Offsets verkauft - zusammen mit David Blood, dem ehemaligen CEO von Goldman Sachs Asset Management, der sich von Goldman Sachs trennte, um gemeinsam mit Gore Geschäfte machen zu können. Ende des Jahrzehnts wurde Al Gore gerne in der Presse als erster Kohlenstoff-Milliardär gefeiert.

Al Gore ist letztlich auch nichts anderes als ein Geschöpf des Öls, ein klassischer Öl-Mann. Sein Vater, Al Gore Senior, war ein enger Freund von Armand Hammer, dem Mann hinter Occidental Petroleum. Nachdem Gores Vater das Rennen um einen Sitz im US-Senat im Jahr 1970 verlor, arbeitete er für Hammer bei Occidental für ein Jahreslöh von 500.000 US-Dollar. Im Laufe der Jahre seiner Tätigkeit sammelte Gore Senior Occidental Aktien im Wert von Hunderttausenden an US-Dollar, die niemand geringerer als sein Sohn Al Gore Junior bei seinem Tod erbte.

Aber hier endet noch nicht die Verbindung der Gores und Occidental. Als man auf dem Grundbesitz Gores in Tennessee Zinkerz entdeckte, kaufte Hammer das Land auf und verkaufte es Gore exklusive der Schürfrechte, für die die Gores 20.000 US-Dollar im Jahr erhielten, zurück. Als 2013 Reporter bei der Buchvorstellung des neuen Buchs Gores zur Globalen Klimaerwärmung lieber den Verkauf seines Unternehmens Current TV an die katarische Regierung für 100 Millionen US-Dollar diskutieren wollten, war der Ex-Vize-Präsident der USA baß erstaunt.

Aber Al Gores und auch Maurice Strongs Geschichten sind nur Teil eines viel größeren Phänomens. Bereits 2006 wurde die United States Climate Action Partnership (USCAP) ins Leben gerufen, um "A Call for Action" (einen Aufruf zum Handeln) in der Öffentlichkeit nach einer Beschränkung des Kohlenstoffdioxidausstoßes zu erzielen. Diese Partnerschaft erstellte auch die Blaupause für die Gesetzgebung (Blueprint for Legislative Action), die wiederum Grundlage für den American Clean Energy and Security Act wurde, der das Ziel der Schaffung eines Emissionshandels nach europäischen Muster hat.

Und wer - glauben Sie - war Mitglied dieser United States Climate Action Partnership? BP, ConocoPhillips, General Motors ... Es hat sich herausgestellt, daß eine Kohlenstoffsteuer und der Emissionshandel einer aufmerksamen Öffentlichkeit nur äußerst schwer zu vermitteln

sind. Aber mit dem Pariser Abkommen von 2015 wurde der größte Schritt hin zu einer technokratischen Zukunft von Energiekontrolle und einer "Kohlenstoffrationierung" erzielt. Kein Wunder also, daß der Gipfel von den gleichen, bekannten Ölfirmen und Unternehmen gesponsert wurde, die bereits am Anfang dieses Artikels genannt wurden. ...<<

Der deutsche Kernenergetiker und Autor Manfred Haferburg berichtete am 28. Oktober 2019 über die längst gescheiterte Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x1.021): >>

Deutschland gehörte bis zum 11. März 2011 zu den Ländern, die auf Kernenergie setzten. ...

Dann kamen der Tsunami und die Wasserstoffexplosionen von Fukushima, begleitet von einem medialen Tsunami "Deutscher Angst". Die Grünen erlebten einen Aufschwung. In Baden-Württemberg standen Landtagswahlen an. Bundeskanzlerin Merkel änderte ihre Meinung und ließ acht von 17 deutschen Reaktoren per Behördenerlaß schließen ...

Deutschland, das einst die besten Kernkraftwerke der Welt konstruierte, baute und betrieb, kann heute noch nicht mal mehr die erforderlichen Komponenten bauen, geschweige denn einen Reaktor. ...

Nachdem in Deutschland die Kernenergie als politischer Feind weg ist, der Diesel in Agonie liegt, kommt die Kohle dran. 2038 soll das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen, die Grünen fordern beliebig frühere Termine. Die Gefahr ist groß, daß sie obsiegen, hüpft doch das halbe Land dafür. ...

In Deutschland entscheiden linke Politikwissenschaftler, rote Gewerkschaftsfunktionäre zusammen mit schrulligen Bischöfen und spinnerten Soziologen über die Zukunft der Energiepolitik. Mir ist nicht bekannt geworden, daß kompetente Vertreter der Netzbetreiber in der Kohlekommission waren. Das ist so ähnlich wie bei der Kernenergie-Ausstiegskommission. Da schlugen auch alle möglichen Berufsgruppen den Ausstieg vor, nur keine Ingenieure oder Fachleute. ...

Windenergie trägt ganze 3 Prozent zur Energieversorgung bei. ...

Die tatsächlich im ganzjährigen Betrieb im Mittel gelieferte nutzbare Leistung einer Windkraftanlage ist nur ein Viertel (25 Prozent), die einer Photovoltaikanlage ein Achtel (12 %) der installierten Leistung. Zum Vergleich: ein KKW erreicht über 90 Prozent Nutzung der installierten Leistung. Wie man sieht, lassen sich mancherlei Erfolgswahlen zu Wind- und Sonnenkraft in die Welt setzen. Aber die halbe Wahrheit bleibt hier eine ganze Lüge. ...

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, auch vom Dach des Bundestages: Ohne eine bezahlbare, großtechnisch nutzbare Speichertechnologie ist die Energiewende verloren. Und diese Speichertechnologie ist noch nicht erfunden. ...

Für eine der nicht seltenen zweiwöchigen Dunkelflauten würde man zur Stromversorgung Deutschlands 21 Terawattstunden Speicherkapazität benötigen. Es sind aber nur 0,04 Terawattstunden vorhanden. Das sind die 36 deutschen Pumpspeicherwerke - alle anderen Speicher tragen gar nicht meßbar bei. Um also die zweiwöchige Dunkelflaute zu beherrschen, benötigt man zusätzlich 17.500 Pumpspeicherwerke der gängigen Größe, die es nicht gibt und die man auch schon auf Grund geologischer Gegebenheiten in Deutschland nicht bauen kann.

...

Die Deutsche Energiewende leidet unter einem nicht korrigierbaren Konstruktionsfehler: Ohne eine bezahlbare großtechnische Speichertechnologie ist die stabile Versorgung eines Industriestaates mit Elektroenergie durch Wind- und Solar nicht zu gewährleisten. Diese Speichertechnologie ist noch nicht erfunden. Ohne eine bezahlbare, zuverlässige und großindustriell nutzbare Speichertechnologie muß die Energiewende scheitern.

Es sollte uns zu denken geben, daß kein einziges Land der Welt den deutschen Vorreitern folgt - so werden aus Vorreitern schnell vom Klimawahn gepackte Geisterreiter. ...

Deutschland hatte eine der zuverlässigsten Stromversorgungen der Welt und Stromausfälle waren unbekannt - der Strom kam in Deutschland seit mehr als 50 Jahren aus der Steckdose.

Durch die Energiewende wird nun die ganze Funktionalität des Netzes umgebaut. Das Netz muß jetzt in die Lage versetzt werden, den Strom von abertausenden kleinen Stromquellen wie Windräder und Solardächern "einzusammeln" und dann wieder an Millionen Kunden zu verteilen und dabei immer die 50 Umdrehungen pro Sekunde einzuhalten.

Die "erneuerbaren" Stromquellen sind dazu noch wetter- und tageszeitabhängig. Jetzt machen also nicht nur die Kunden im Stromnetz, was sie wollen, sondern auch noch die Stromerzeuger. Wo früher fünfmal im Jahr eingegriffen werden mußte, sind es heute tausende Male.

...

Die Energiewende ist ein politischer GAU, der Größte Anzunehmende Unsinn der Nachkriegsgeschichte. Und jetzt gießt die deutsche Regierung diesen GAU in Gesetzesform, genannt "Klimapaket". Der Verstoß gegen die Gesetze der Physik und Ökonomie wird in Deutschland Gesetz. ...

Die EEG-Umlage betrug im Jahr 2000 0,16 Cent. Im Jahr 2018 betrug sie 6,88 Cent. Das ist eine Steigerung von über 4.000 %. Zwischen 2000 und 2019 zahlten die Stromkunden mehr als 300 Milliarden Euro EEG-Kosten. Dieses Geld floß im Wesentlichen an die Investoren von Windkraft- und Solaranlagen sowie deren Geschäftspartner. Es wurde ein gigantisches Umverteilungssystem vom kleinen Mann zum wohlhabenden Investor geschaffen ...

Wer gegen den Wind spuckt, bekommt die Spucke ins Gesicht. Ihr spuckt gegen einen Orkan. Wenn Deutschland nicht vorher einen katastrophalen Blackout hinlegt, werdet Ihr bis 2030 eine ganze Billion Euro für die Energiewende ausgegeben haben, falls es den Euro dann noch gibt.

Für diese Summe werdet Ihr einen Energiesozialismus aufgebaut haben, in dem Stromzuteilungen für die Industrie und Bürger an der Tagesordnung sind. Die Deutschen sind mit der Energiewende ins Land der Träume einmarschiert. Das Erwachen wird ein Albtraum sein, für die Politik und die irregeleiteten Deutschen. Deutschland macht sich gerade auf den Weg: vom Land der Träume durchs Tal der Deindustrialisierung, auf in die dritte Welt. ...

Verteuern, verbieten, aussteigen - das sind seit einigen Jahren die Grundlagen deutscher Regierungspolitik. ... Und es wird gewendet, was das Zeug hält - Energiewende, Verkehrswende, Mobilitätswende, Agrarwende, Ernährungswende, jüngst sogar eine Glückswende - Deutschland hüpfte fröhlich in eine ökologische Kulturrevolution, die Jugend voran.

Dabei geht es der Politik wohl hauptsächlich um eins: um absolute Kontrolle. Es soll das ganze Leben der Bürger ökologisiert werden, vom Gedanken übers Vermögen, von der Mobilität bis hin zur Diät. Ach, und ehe ich es vergesse - mit einer als CO2-Steuer getarnten Obendrauf-Mehrwertsteuer soll ordentlich abgezockt werden. ... Derweilen verabschiedet sich die Industrie und die dazu gehörige Infrastruktur leise weinend aus dem Land. ...

Und was hat es gebracht, das viele ausgegebene Geld? ... Noch an keinem einzigen ganzen Tag haben Eure Windmühlen und Solarpaneele zur normalen Stromversorgung Deutschlands gereicht.

Der CO2-Spuren gas-Ausstoß ist nicht, wie geplant, gesunken. ...

Schon heute ist die Energiewende ein absurdes Geldumverteilungssystem von unten nach oben. Der kleine Mann bezahlt die Subventionen, die der wohlhabende Investor einstreicht. ... In den letzten Jahren hat sich eine Klimarettungsindustrie etabliert, die Milliarden wie nichts verschlingt.

... Ein paar Größenwahnsinnige fühlen sich wie Gott und wollen das Klima beherrschen. Dabei können sie noch nicht einmal das Wetter von morgen präzise vorhersagen. ...

Der größte Profiteur der Kostensteigerungen für Strom ist somit der Bundesfinanzminister. Die Energiewende ist aus ökonomischer Sicht ein absurdes Geldumverteilungssystem von unten nach oben, in der eine Billion Euro - sauer erarbeitet von Stromkunden und Steuerzahlern - an Investoren umverteilt wird und bei der der Staat hemmungslos abkassiert. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19696" berichtete am 28. August 2021 (x1.049/...): >>>Die Ursprünge der Klimapolitik - Ein Konglomerat aus Macht und Manipulation

Die Forderungen nach einer schärferen Klimapolitik werden immer lauter. Doch entspringt die Sorge unserer Politiker um das Klima tatsächlich der Sorge um unseren Planeten? Diese Sendung beleuchtet die Hintergründe der Klimapolitik, wodurch sich die regelrechte Klimahysterie besser einordnen läßt.

Bei Umweltkatastrophen, wie z.B. den massiven Überschwemmungen in Deutschland wird regelmäßig die Forderung nach einer schärferen Klimapolitik immer lauter. Ob die Sorge unserer Politiker um das Klima jedoch wirklich der Sorge um unseren Planeten entspringt, ist kritisch zu hinterfragen. Denn wenn man sich mit den Ursprüngen der Klimabewegung befaßt, ergibt sich bei genauem Hinsehen ein ganz anderes Bild. Kla.TV hat deshalb recherchiert, was es mit der lautstark propagierten Klimapolitik auf sich hat und wer vor allem ein derart großes Interesse daran hat, daß die drastischen Klimaziele umgesetzt werden.

Begonnen hat alles im Jahr 1909, als der britische Goldminen-Magnat Cecil Rhodes, Lord Milner und ein exklusiver Kreis der vermutlich einflußreichsten britischen Intellektuellen den "Round Table" gründeten. Ihr Ziel war es, die britische Vormachtstellung über die Welt wiederherzustellen bzw. zu erhalten. Den Mitgliedern war dabei sehr bewußt, daß sie nur dann entscheidenden Einfluß auf Politik und Wirtschaft nehmen könnten, wenn sie Presse-, Propaganda- und Bildungsstellen unter ihre Kontrolle bringen würden. Deshalb befand sich auch der Chefredakteur der Londoner Zeitung "Times", Geoffrey Dawson, nicht zufällig unter den Gründungsmitgliedern.

Elf Jahre später, im Jahr 1920, gründeten die Mitglieder des Round-Table weitere Organisationen: die britische Denkfabrik RIIA (Royal Institute of International Affairs) - auch bekannt unter dem Namen Chatham House - sowie dessen New Yorker Schwesterorganisation, den Council on Foreign Relations, kurz CFR.

Unter der Leitung dieser Denkfabriken sollte das Ziel verfolgt werden, eine "englischsprachige Weltregierung" durchzusetzen. Bis heute gehört Chatham House zu den weltweit führenden Denkfabriken, das eng verknüpft ist mit der Finanzelite und dem World Economic Forum. So hatte der derzeitige Direktor von Chatham House, Robin Niblett, ebenso eine führende Aufgabe beim WEF.

Auch zählen inzwischen sämtliche großen Weltkonzerne zu dessen Mitgliedern. Nachfolgend eine kleine Auswahl:

Nachrichtenagenturen und Medienkonzerne wie BBC und Thomson Reuters, die weltgrößten Rohstoffabbaukonzerne, Erdölunternehmen, Rüstungskonzerne, Versicherungskonzerne, Chemie- und Pharmakonzerne wie BASF und GlaxoSmithKline, die weltgrößten Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie Mobilfunk- und Internetkonzerne wie Vodafone und Google. Darüber hinaus gehören natürlich auch Konzerne und Einrichtungen aus dem Finanzsektor zu dessen Mitgliedern: Investment- und Großbanken wie Goldman Sachs, die Deutsche Bank, die italienische Zentralbank, die Weltbank sowie die City of London.

Geldgeber sind u.a. die Rockefeller-Stiftung, die Bill & Melinda Gates Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die NATO und die EU, außerdem noch George Soros und der Investmentbanker Sir Evelyn von Rothschild.

Letzterer, Sir Evelyn von Rothschild, war nicht nur Finanzberater von Königin Elizabeth II. Er ist auch Herausgeber des Londoner Wirtschaftsmagazins "The Economist" sowie der Zeitung "The Daily Telegraph" und unterhält eine Partnerschaft mit der führenden Londoner Wirtschaftszeitung "Financial Times" - das sind drei der einflußreichsten britischen Medien.

Die Mitglieder dieser elitären Denkfabriken haben es sich zur Aufgabe gemacht, sich auf internationaler Ebene mit aktuellen Fragen und Analysen des politischen Zeitgeschehens zu be-

fassen. Die Lösungsempfehlungen, die sie dabei erstellen, werden durch die international tätigen Mitglieder weltweit gezielt verbreitet.

Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, wie über Jahrzehnte hinweg ein riesiges Konglomerat an Macht, Einflußnahme und Manipulation etabliert wurde, womit wir bei den Urhebern der Klimaproblematik angekommen sind. Bezeichnenderweise konzentriert sich Chatham House seit über 20 Jahren vornehmlich auf die Werbung für radikale globale Klimaschutzmaßnahmen.

Begonnen hatte es damit, daß der inzwischen verstorbene Baron Edmond de Rothschild gemeinsam mit David Rockefeller und dem US-amerikanischen "Öl-Gigant" Maurice Strong im Jahr 1987 beim 4. World-Wilderness-Kongress erstmals die Behauptung in die Welt gesetzt hat, CO<sub>2</sub> verursache eine menschengemachte Erderwärmung, - das sogenannte "Global Warming".

Seitdem war Chatham House Sponsor von mindestens 70 Großveranstaltungen zu diesem Thema, wodurch der Klimaschutz weltweit immer mehr in den Fokus gerückt wurde. Da die Mitglieder bzw. Sponsoren von Chatham House zugleich auch Inhaber der größten Medienketten sind, können sie, wie durch deren Gründungsherren beabsichtigt, mit Leichtigkeit ihre Agenda in die Öffentlichkeit transportieren. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Wirtschaftszeitung "Economists", die Zeitung der Rothschilds. Sie gehört zu den vehementesten Verfechtern der menschengemachten Erderwärmung.

Äußerst verwunderlich dabei ist, daß gerade die Kreise, die am meisten für die globale Umweltverschmutzung verantwortlich sind - wie etwa Öl-, Chemie-, Rohstoff- und Rüstungskonzerne - am vehementesten den Umwelt- bzw. Klimaschutz fordern. Werden nicht gerade die Rohstoffe wie Öl und Kohle als Hauptschuldige für den Klimawandel angeführt?

Hinzu kommt, daß die Rüstungsindustrie für Atombombentests verantwortlich ist, welche nachweislich einen verändernden Einfluß auf unser Klima haben.

Daher könnten hinter dieser regelrechten Klimahysterie ganz andere Motive stecken, als einzig und allein die Sorge um die Zukunft unseres Planeten.

Wie in der Sendung "Klimaschutz - das neue Gesicht der Eugenik" ([www.kla.tv/18219](http://www.kla.tv/18219)). aufgezeigt wurde, ist in den Nachkriegsjahren der diskreditierte Begriff der Eugenik durch "Umweltschutz" bzw. "Ökologie" ersetzt worden.

Ziel der führenden Eugeniker war dabei, unter dem Deckmantel des Naturschutzes die Umwelt vor der "Pest" Menschheit zu schützen und das Bevölkerungswachstum "in Schach zu halten", also die Bevölkerung zu reduzieren.

Da durch die gegenwärtige Klimapolitik der technische Fortschritt und der damit verbundene Wohlstand gesenkt wird, würde dadurch genau dieses Ziel erreicht werden. Denn seit vielen Jahren wird genau von jenen Kreisen propagiert, daß die anwachsende Weltbevölkerung eine Belastung für die Ressourcen der Erde sei.

Einen weiteren äußerst interessanten Aspekt der Klimaagenda beleuchtete der Wirtschafts- und Finanzexperte Dirk Müller in der Sendung "One World - Darum ist den Eliten das Klima plötzlich so wichtig!" ([www.kla.tv/15173](http://www.kla.tv/15173)) In dieser legte er überzeugend dar, daß es zur Durchsetzung einer globalen EINE-Weltherrschaft unabdingbar ist, daß alle Völker einen gemeinsamen Gegner und damit ein gemeinsames Ziel haben, mit dem sich jeder identifizieren kann. Diese Bedrohung ist das ganze Umweltthema, insbesondere der Klimawandel, gegen den es gemeinsam vorzugehen gilt.

Unter diesem Deckmantel ist es möglich, persönliche und nationale Interessen aufzulösen, die Völker zu einen und eine wahre Klimadiktatur aufzurichten. Ebenso können die Freiheiten jedes Menschen drastisch eingeschränkt und reglementiert werden, bis hin zu einer planmäßigen Bevölkerungsreduktion.

So wissenschaftlich und überzeugend all die angeblichen Fakten über den menschengemach-

ten Klimawandel auch dargelegt werden, ist es existentiell, daß möglichst viele Menschen die Hintergründe und Ursprünge der globalen Klimaagenda durchschauen. Nur wer die wahren Wurzeln kennt bzw. diejenigen, die uns ihre Thesen verkaufen wollen, kann all die von Politik, Medien und Wissenschaft vorgebrachten Begründungen richtig einordnen. Denn ganz offensichtlich handelt es sich hier um die Agenda einer kleinen Elite, die nach wie vor die Manipulation über die Medien beherrscht und die Menschheit nach ihren eigenen Vorstellungen und Zielen manipuliert und steuert.<<

### **Die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung existieren nicht mehr**

Bis zum Jahre 2011 wurden etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt durch Kernkraftwerke und konventionelle Kohle- und Gaskraftwerke gewährleistet. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Die Stromerzeugung bestand damals aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast.

Diese konventionellen Stromerzeugungsanlagen, zu denen auch Pumpspeicherkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen zählen, gehören zu den regelbaren Stromerzeugern, denn sie lassen sich bedarfsgerecht betreiben. Aufgrund der Regelbarkeit dieser Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

### **Zerstörung der Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung**

Das Erneuerbare Energien Gesetz und weitere planwirtschaftliche Maßnahmen zerstörten letzten Endes die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grund- und Mittellaststromerzeugung wurde plötzlich allein den Gaskraftwerken aufgelegt.

Nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung ist es ab 2022/2023 vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der Kern- und Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien und Gaskraftwerke (ohne Gas) ersetzt werden kann.

### **Ungenügende Grund- und Mittellaststromerzeugung**

Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgehen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 66.400 Megawatt, etwa 80 % der Stromnachfrage, in Deutschland erforderlich sind, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, sind ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt - je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke - sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast vorhanden.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken.

### **Regenerative Energieträger**

Die derzeitige Energiewende setzt langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke (ohne Gas) und regenerative Energien.

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt jedoch von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich. Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb waren bis zum Jahr 2011 etwa 80 %



der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden. Diese "Schattenkraftwerke" sprangen dann ein, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung stand.

Der Betrieb von Windkraftwerken verursacht zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber Windkraftwerke ersetzen kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da aufgrund der Unregelbarkeit der regenerativen Energieträger der Strom niemals sekundengenau nach Bedarf produziert werden kann.

Auch der Neubau von zusätzlichen 100.000 Windkraftanlagen wäre wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Windkraftwerke sind nachweislich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen.

Die Tageszeitung "WESER-KURIER" berichtete am 18. April 2018 über den Streit um den Rückbau ausgedienter Windräder: >>Fundamente ausgedienter Windräder bleiben oft im Boden stecken

Von *Silke Looden*

Für die neue Generation der Windkraftanlagen muß die alte weichen. Der Rückbau ist nicht nur eine Frage des Recyclings der Rotorblätter. Das eigentliche Problem liegt unter der Erde. Der Entsorgung der Fundamente treibt die Kosten für die Betreiber in die Höhe. Nicht selten bleibt der Beton im Boden zurück. Umweltschützer fordern die komplette Entfernung der Altlasten.

Landkreise in Niedersachsen reagieren offenbar flexibel. Dabei steht der große Rückbau erst noch bevor. Allein in Niedersachsen dürfte in den nächsten Jahren die Hälfte der mehr als 6.000 Windkraftanlagen an Land durch neue ersetzt werden. "Der Rückbau steht unter dem Vorbehalt der Verhältnismäßigkeit", sagt der Bauamtsleiter im Cuxhavener Kreishaus, Andreas Eickmann.

Die hohen Kosten seien nicht ausschlaggebend dafür gewesen, daß die Fundamente im Landkreis Cuxhaven nur bis zu einer Tiefe von 2,5 Metern entfernt werden müssen. Vielmehr ginge vom Rückbau eine Gefahr für das Grundwasser aus. Die Pfahlgründungen reichten bis zu 40 Meter in die Tiefe und durchstießen verschiedene Wasser führende Schichten. Würden die Pfähle entfernt, bestünde nicht nur die Gefahr, daß Salzwasser ins Trinkwasser gelange, sondern auch Pestizide aus der Landwirtschaft. Eickmann: "Die Löcher sind eine Autobahn in den Untergrund."

Betreiber von Windkraftanlagen sind nach Baurecht verpflichtet, den alten Zustand wieder herzustellen, wenn die Anlagen ausgedient haben. "Bei einer Entfernung der Fundamente bis zu 2,5 Metern können die Flächen wieder landwirtschaftlich genutzt werden", betont Eickmann, "tiefer geht kein Pflug." Der teilweise Rückbau sei ebenfalls ausreichend, um den Niederschlag aufzunehmen.

Allerdings weiß auch der Bauamtsleiter, daß der große Rückbau erst noch bevorsteht. Die Flachgründungen älterer Anlagen, die derzeit durch neue, leistungsstärkere ersetzt werden, sind nicht das Problem, sondern die neueren Pfahlgründungen der großen Anlagen. Der Landkreis Wittmund, Heimat von Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD), sieht keinerlei Rückbauverpflichtung für Altfundamente, die vor der Änderung des Baugesetzes 2004 genehmigt wurden.

Zudem entfalle die Rückbauverpflichtung für alle Windparks mit Bebauungsplan. Die neuen Fundamente seien hingegen bis oberhalb der Pfahlgründung zu entfernen, so die Verwaltung. "Von den im Boden verbleibenden Betonpfählen gehen keine nennenswerten bodenbeeinträchtigende Wirkungen aus", erklärt Landkreissprecher Ralf Klöker. Bislang wurden im Kreisgebiet 119 alte Anlagen abgebaut.

## **Förderung endet 2020**

Umweltschützer vom Wattenrat in Ostfriesland kritisieren die für sie laxen Haltung der Behörden. Sprecher Manfred Knake meint: "Es darf vermutet werden, daß es nicht um die Einhaltung von geltendem Recht geht, sondern um die Schonung der Geldbeutel der Windkraftbetreiber, die jahrzehntelang satteste Renditen über das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) gezogen haben."

Es bleibe abzuwarten, ob die Grundeigentümer, auf deren Böden die Windkraftanlagen errichtet wurden, irgendwann für die Komplettentsorgung der Fundamente zur Kasse gebeten werden. Tatsächlich läuft die Förderung durch das EEG 2020 aus. Mit dem Ende der Förderung endet vielfach auch die Nutzungszeit für die Anlagen.

Die Branche geht davon aus, daß bundesweit jedes vierte Windrad, in Niedersachsen sogar jedes zweite Windrad abgebaut wird, um Platz für neue, größere und vor allem effizientere Anlagen zu machen. Ein ehemaliger Mitarbeiter der Umweltministeriums in Kiel sieht das Problem im nur teilweisen Rückbau der Fundamente vor allem in der Versiegelung.

## **Umweltaktivisten machen sich Sorgen**

Kuno Veit erklärte gegenüber dem NDR: "Wenn ich nur einen Meter vom Fundament abtrage, bleibt die Fläche versiegelt." Allein in Schleswig Holstein gehe es um drei Millionen Quadratmeter. Das niedersächsische Umweltministerium indes sieht keine Probleme beim Rückbau von Windkraftanlagen. Das Ministerium läßt keinen Zweifel daran, daß alle ab 2004 genehmigten Windkraftanlagen komplett zurück gebaut werden müssen.

Das schließe die Fundamente mit ein. Sprecherin Justina Lethen erklärt, daß die Landkreise Ausnahmen genehmigen können, wenn das Entfernen des Fundaments die Umwelt mehr belastet als das Verbleiben im Boden. Lethen: "Eine generelle Empfehlung gibt das Umweltministerium nicht." Für ältere Anlagen bestehe keine Rückbauverpflichtung.

In Internetforen machen sich Umweltaktivisten Sorgen. Sie befürchten, daß das Regenwasser nicht mehr durchsickern kann, daß Tiefwurzler keinen Halt mehr finden, daß vor allem Norddeutschland unbemerkt unterirdisch zubetoniert wird. 1.300 Personen haben eine Online-Petition unterschrieben, um den Rückbau von Windkraftanlagen im Landkreis Cuxhaven inklusive der Fundamente durchzusetzen - bislang ohne Erfolg.<<

Die Tageszeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 5. April 2021 über das Recycling alter Windkraftanlagen: >>**Recycling alter Windkraftanlagen**

## **Wie die Mühlen zermahlen werden**

Ausgediente Windräder samt ihrer Fundamente lassen sich recyceln. Doch vor allem bei den Materialien der Rotorblätter sind Experten noch skeptisch.

*Ralf Nestler*

Es ist noch nicht lange her, da wurden sie bestaunt, bekämpft und bejubelt. Inzwischen gehören Windräder vielerorts zum Landschaftsbild. Sie liefern gut ein Viertel des Stroms und sind so eine wesentliche Säule der Energiewende hierzulande. Doch immer mehr Anlagen sind am Ende ihrer ursprünglich geplanten Laufzeit angekommen und werden auf absehbare Zeit abgerissen. Dabei entsteht viel Abfall, der recycelt werden muß. Insbesondere die Rotorblätter erweisen sich als widerspenstig.

Rund 30.000 Windkraftanlagen stehen aktuell in Deutschland. Wie viele davon wann genau abgebaut werden, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Grundsätzlich erhalten Anlagen, die in den frühen 2000er-Jahren errichtet wurden, eine garantierte Einspeisevergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre. Diese Frist endet nun für rund 6.000 Windräder.

Warum es schwierig ist, sie ohne finanzielle Unterstützung weiterzubetreiben, erklärt Frederick Keil, Sprecher des Bundesverbands Windenergie: "Theoretisch kann eine Anlage über Jahrzehnte weiterlaufen, doch sobald es einen größeren Schaden gibt, beispielsweise am Ro-

tor, lohnt sich die Reparatur nicht mehr."

Zwar erwirtschaften sie weiter Geld, doch auch Wartung und Service müssen bezahlt werden. Ein altes Windrad erinnert also an ein altes Auto, bei dem man im Falle eines Motorschadens auch überlegt, ob sich die Reparatur lohnt.

Anders als beim Auto ist die Entsorgung eines Windrads je nach Bauweise und Standort erheblich teurer. Diese Summen müssen die Windmüller frühzeitig hinterlegen, damit die Anlagen in jedem Fall verschwinden, sollten sie unwirtschaftlich sein. Das könnte nun doch etwas länger dauern, denn in der EEG-Novelle vom Dezember wurde festgelegt, daß Ü-20-Windräder bis zu einem Cent pro Kilowattstunde zusätzlich zum Marktpreis erhalten, berichtet Keil. Wie viele Anlagen nun weitermachen, lasse sich noch nicht abschätzen, erklärt er.

### **Am besten ist ein geordneter Rückbau**

Das Betriebsende sollte ohnehin nur ein vorübergehendes sein, wünscht sich der Windlobby-Verband und setzt auf "Repowering", also die alte Anlage durch eine größere zu ersetzen. Statt ein oder zwei Megawatt, die die alten liefern, bringen die neuen vier und mehr Megawatt. Mehr Leistung auf gleichbleibender Fläche: "Das ist der Schlüssel zu Energiewende", sagt Keil.

"Die Standorte sind in der Bevölkerung akzeptiert, Zufahrtswege und Anschlüsse ans Leitungsnetz sind ebenfalls vorhanden." So sinnvoll Repowering für Betreiber und Stromkunden ist, das Entsorgungsproblem besteht auch dabei: Bevor sich hier ein neues Windrad dreht, muß das alte weg. ...

Am besten ist ein geordneter Rückbau, bei dem die Teile in umgekehrter Reihenfolge zum Aufbau abgenommen werden. Sprengungen sollten nach Ansicht von Fachleuten vermieden werden, damit es nicht zu Erschütterungen kommt. Auch die Fundamente werden entfernt, wenn sie nicht für die folgende Windkraftanlage genutzt werden. Teilweise sind zudem tiefreichende Betonpfähle vorhanden. Sie bleiben meist im Untergrund, weil beim Abriß das Bodengefüge zu sehr gestört würde.

Die größte Masse eines Windrads machen Stahl und Beton mit gut 60 beziehungsweise 30 Prozent aus. Beides findet sich vor allem im Fundament sowie im Turm, auf dem die Gondel mit ihren Rotorblättern sitzt. Der Stahl wird als Sekundärrohstoff verkauft und kann nach dem Einschmelzen wieder genutzt werden, auch für Windkraftanlagen.

### **Besonders reiner Beton zum Recyceln**

Der Beton wird zerkleinert und beispielsweise für den Straßenbau verwendet, sagt Markus Brunner vom Informationszentrum Beton. "Der alte Beton aus Windkraftanlagen ist nicht mit anderen Materialien verunreinigt und daher hervorragend für Recyclingbeton geeignet." Diesem werden die Bruchstücke beigemischt und so natürliche Kieslagerstätten geschont.

(Windkraftanlagen bleiben auch klimapolitisch umstritten: Mit Gegenwind aus den Bundesländern ist weiter zu rechnen)

"Das Interesse an solchen 'grünen' Baustoffen wird größer", sagt Brunner. Doch oft sei es wirtschaftlicher, mit dem Betonabbruch primäre Gesteinskörnung in nahe gelegenen Straßenbaustellen zu ersetzen als ihn in entfernte Betonwerke zu fahren, wo der Erlös kaum höher ist. Daß es beim Abbruch Tausender Windkraftanlagen schwierig werde, den Betonbruch loszuwerden, glaubt er nicht. "Dafür ist der Bedarf an diesem Rohstoff zu groß."

Die üblichen Elektromaterialien, wie Kupfer, diverse Kunststoffe und Schmierstoffe, können mit bekannten Verfahren recycelt oder abgetrennt und entsorgt werden. Hierbei müssen die Arbeiter teils hohe Sicherheitsvorkehrungen einhalten, damit keine Schadstoffe in die Umwelt gelangen. Aber dies gilt auch für Wartungen und ist nach Expertenansicht kein ernsthaftes Problem.

### **Verbundstoffe, Kleber und Balsaholz in den Rotorblättern**

Schwierig ist es indes mit den Rotorblättern. Sie bestehen maßgeblich aus glasfaserverstärkten

Kunststoffen (GFK) und kohlefaserverstärkten Materialien (CFK). Beides sind Verbundstoffe aus den genannten Fasern und einem Kleber wie Epoxidharz, hinzu kommen Stützelemente aus Balsaholz. Die Flügel werden vor Ort zersägt, um sie besser abtransportieren zu können. Dabei müssen die Arbeiter darauf achten, daß Stäube und Fasern nicht freigesetzt werden, etwa mittels Wassernebel.

Gelegentlich kursieren Bilder, auf denen Windradflügel auf einer Deponie vergraben werden. Die Botschaft: Die Reste der Anlagen werden einfach verbuddelt. Das ist in Deutschland spätestens seit 2005 verboten, wie der Bundesverband Windenergie klarstellt. Die zerkleinerten GFK-Rotorblätter werden zum Bremer Unternehmen Neocomp gebracht und dort zu rund fünf Zentimeter kleinen Stücken geschreddert.

Metallteile, wie Blitzableiter des Blattes, werden aussortiert. Die Fragmente werden verbrannt, um Wärme zu gewinnen. Die entstehende Glasasche kann als Rohsandersatz in der Zementherstellung genutzt werden. Durch 1.000 Tonnen Alt-GFK können auf diese Weise bis zu rund 450 Tonnen Kohle, 200 Tonnen Kreide und 200 Tonnen Sand eingespart werden, argumentiert der Windkraftverband.

In einer 2019 veröffentlichten Studie des Umweltbundesamtes warnen die Autoren, daß die Kapazitäten nicht ausreichen würden, wenn demnächst weit mehr Windräder demontiert würden. Der Bundesverband Windenergie widerspricht und verweist auch auf die neuen Einspeisesätze, die den Weiterbetrieb ermöglichen. Dadurch werde die Zahl der zurückgebauten Anlagen wahrscheinlich eher niedriger ausfallen als vom UBA angenommen.

"Die Auffassung, daß es beim Recycling der Rotorblätter zu Engpässen kommen könnte, da es bisher nur eine Anlage in Deutschland gibt, teilen wir nicht", erklärt BWE-Geschäftsführer Wolfram Axthelm: "Die Anlage hat ausreichend hohe, genehmigte Kapazitäten, die aktuell noch ungenutzt sind. Zudem zeigen uns die Gespräche mit den Entsorgungsunternehmen, dass, sobald mehr Anlagen zurückgebaut werden müssen, es Unternehmen geben wird, die sich diesem Markt aktiv zuwenden."

Auch kohlefaserverstärkte Materialien (CFK) können recycelt werden. Bei der Firma CarboNXT im norddeutschen Wischhafen werden sie nach dem Schreddern mittels Pyrolyse aufbereitet: Bei hoher Temperatur und unter Sauerstoffabschluß entweicht das Epoxidharz aus dem Verbund und reine Kohlenstofffasern bleiben übrig.

### **Skepsis gegenüber den recycelten Fasern**

Der Bedarf nach solchen Hightechfasern ist groß, man denke nur an Flugzeug- oder Automobilbau. Doch in der Industrie herrscht Skepsis, ob die recycelten Fasern genauso gut sind wie frische. "Das ist richtig, diese Erfahrung machen wir seit Langem", bestätigt CarboNXT. Es gebe jedoch ein Umdenken, seitdem Themen wie Nachhaltigkeit und Umweltschutz in den Vordergrund rücken.

"Wir sehen daher eine größere Bereitschaft gegenüber dem Einsatz von recycelten Materialien", heißt es. Das Unternehmen, das inzwischen zu Mitsubishi Chemical Advanced Materials gehört, hofft auf weitere Impulse aus der Politik. "Hier könnte zum Beispiel die Verpflichtung zum Einsatz von Recyclaten zu einem gewissen Anteil unterstützend wirken, so wie es in anderen Ländern bereits der Fall ist."

Die Rotorblätter enthalten zudem bis zu 15 Kubikmeter Balsaholz. Ein Spitzenwerkstoff, der sehr leicht ist und enorm druckfest in Faserrichtung. Daraus werden Stützelemente für die Windradflügel gefertigt, die zwischen den Glasfasermatten liegen.

"Aufgrund der geringen Dichte fällt das Balsaholz buchstäblich kaum ins Gewicht, der Volumenanteil ist aber beträchtlich", sagt Peter Meinlschmidt vom Fraunhofer-Institut für Holzforschung in Braunschweig. Weil das Holz mit dem GFK verklebt ist und sich schwer davon trennen läßt, wird es bisher einfach mit verbrannt.

### **Denkbar sind WPC-Dielen für den Terrassenbau**

"Der Brennwert von Balsa ist gering, das bringt eigentlich nichts", sagt der Forscher. Er und sein Team haben ein Verfahren entwickelt, um das Leichtholz herauszulösen und weiter zu nutzen. Sie haben Flügelteile in einen Schredder gesteckt, aus dem handtellergröße Balsastücke und etwas größere GFK-Bruchstücke flogen. Im Wasserbad lassen sich diese leicht trennen: Holz schwimmt, GFK sinkt ab. "95 Prozent des Balsaholzes haben wir so abgetrennt", berichtet Meinschmidt von aktuellen Tests.

Aus diesem Rohstoff lassen sich verschiedene Produkte herstellen, sagt der Forscher. Da wären einerseits Dämmstoffmatten, die ebenfalls am Braunschweiger Institut entwickelt wurden. Weiterhin kann das Holz feingemahlen und dann aufgeschäumt werden, um klebstofffreie Verpackungsmaterialien herzustellen. Oder man fertigt WPC-Dielen daraus, eine Mischung aus Holz und Polymer, die leicht und witterungsbeständig ist - etwa für Terrassen. Tests mit Industriepartnern seien vielversprechend, sagt Meinschmidt. Er hofft, daß damit künftig mehr Balsaholz aus alten Rotorblättern genutzt werden kann. ...

Damit Windkraftanlagen nicht nur klima-, sondern wirklich umweltfreundlich sind, sollten sie vollständig recycelbar sein. Dieses Ziel verfolgt auch die Industrie. Der Hersteller Vestas hat Anfang 2020 angekündigt, bis zum Jahr 2040 "abfallfreie" Windräder herzustellen. Der Verband Wind Europe unterstützt das Vorhaben. Bisher würden 85 bis 90 Prozent recycelt, das Ziel müßten aber 100 Prozent sein, auch um die EU-Bestrebungen einer echten Kreislaufwirtschaft zu erfüllen.<<

### **Fehlende Stromspeicher**

Die Windkraftwerke können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. In der Bundesrepublik Deutschland wird es auch in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben.

Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW vorhanden, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können. Ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher kann nachweislich keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit gewährleistet werden, denn nur aufgrund der Regelbarkeit von leistungsfähigen Großspeichern besteht die Möglichkeit, den erforderlichen Grundlaststrom sekundengenau nach Bedarf zu produzieren.

Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung von konventionellen "Schattenkraftwerken" wurden die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nachweislich vorsätzlich geschwächt. Da die Bundesrepublik Deutschland nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird dank des "Flutterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen der Industriestandort Deutschland schon bald nicht mehr existieren.

### **Rückkehr zur Realität, Recht, Vernunft und Wahrheit**

Bei der Energiewende ging es nie um die Rettung des Weltklimas, sondern es ging in erster Linie tatsächlich darum, durch planmäßig inszenierte Destabilisierungsmaßnahmen den flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes und damit die vollständige Zerstörung aller Gesellschaftsstrukturen in Deutschland zu realisieren. Das gegenwärtige gemeingefährliche Corona-Genexperiment wird offensichtlich lediglich genutzt, um von diesem eigentlichen Hauptziel abzulenken.

Der Bevölkerung darf nicht länger verschwiegen werden, daß sich eine unfaßbare Katastrophe entwickeln könnte, falls es zum Beispiel im Jahre 2023 in den Abklingbecken der 7 stillgelegten Kernkraftwerke, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von Radioaktivität kommen sollte.

Da die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht über die lebensgefährlichen Folgen der sogenannten Energiewende informiert ist, muß die Bevölkerung endlich umfassend aufgeklärt werden, bevor es zu spät ist. Hier geht es nicht darum, die Menschen in Panik zu versetzen, sondern das Volk hat ein Recht darauf, die Wahrheit über die gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren eines längeren totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes zu erfahren.

Die Menschen müssen endlich erkennen, daß sie durch fremdbestimmte Politiker, durch gleichgeschaltete Massenmedien und durch allmächtige Lobby-Organisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" werden.

Die Elektrifizierung zählt nicht umsonst zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand.

Ohne die Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung wird es für unsere Heimat keine Zukunft geben. Es geht gegenwärtig um Sein oder Nichtsein und ob nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben werden oder nicht.

Die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis Deutschlands wurde durch die eigenen Politiker bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß.

Für alle, die weiterhin die Realität ausblenden, wird sich spätestens während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls die uralte Lebensweisheit bewahrheiten:

**"Not lehrt beten"! ...<<**

**03.02.2022**

**BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 3. Februar 2022: >>Bis zu 241 Meter hohe Windräder - Umstrittener Windpark im Reinhardswald genehmigt**

Mit der neuen Windkraftanlage im nordhessischen Reinhardswald könnten rund 75.000 Haushalte mit Strom beliefert werden

*Sven Pfortner*

Es ist die bisher größte und gleichzeitig umstrittenste Windkraftanlage in Hessen: Im Reinhardswald sollen 18 Windräder gebaut werden. Naturschützer und Anwohner kämpften jahrelang dagegen. Für Umweltministerin Petra Hinz (Grüne) ist der Windpark alternativlos.

Das Regierungspräsidium Kassel hat sein OK gegeben und das bisher größte Windkraftanlagen-Projekt in Hessen genehmigt. Im nordhessischen Reinhardswald bei Bad Karlshafen und Trendelburg - Gottsbüren dürfen insgesamt 18 bis zu 241 hohe Windräder errichtet werden, wie die Behörde am Mittwoch mitteilte.

Mit Rotorblättern von 150 Metern Durchmesser sollen sie rund 300.000 Megawattstunden Energie im Jahr produzieren. Rein rechnerisch könnten damit bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 4.000 Kilowattstunden pro Jahr rund 75.000 Haushalte mit Strom versorgt werden.

Der Energieversorger EAM hatte bereits im August 2020 einen Antrag beim Dezernat für Immission und Strahlenschutz des Regierungspräsidiums Kassel eingereicht. Dem Genehmigungsverfahren "ging ein umfangreiches, hochkomplexes Verfahren voraus", teilte das Regierungspräsidium mit. Mehr als 30 Behörden und Stellen seien daran beteiligt gewesen, um den Immissionsschutz, die Auswirkungen auf Natur- und Artenschutz sowie den Wasser- und Denkmalschutz zu prüfen.

Wie der Windpark-Betreiber - die Energiegenossenschaft Reinhardswald bestehend aus der EAM, vier Kommunen sowie die Städtischen Werke Kassel und die Stadtwerke Eschwege - dem "Hessischen Rundfunk" sagte, sollen nach dem Erhalt der Genehmigung schon vorbereitende Bauarbeiten für das 142 Millionen Euro teure Projekt beginnen. Die Bauzeit betrage etwa zwei Jahre.

## **250 Buchen und mehrere Fichten - "äußerst geringe" Anzahl an Bäumen muß gefällt werden**

Der Windpark soll auf einer Fläche von rund sieben Kilometern im nördlichen Reinhardswald errichtet werden - mit ausreichend Abstand zu den "touristisch wertvollen Bereichen um den Urwald oder den Tierpark Sababurg", wie der Betreiber dem "Hessischen Rundfunk" mitteilte. Für die Windräder müßten laut der Energiegenossenschaft Reinhardswald mit rund 250 Buchen und mehreren Fichten eine "äußerst geringe" Anzahl an Bäumen gefällt werden. Durch Stürme, Dürresommer und den Borkenkäfer sei bereits ein Großteil der benötigten Fläche baumfrei.

Laut der hessischen Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) ist der Windpark alternativlos. Daher habe sie die Weichen für das Projekt gestellt, wie sie zur "Bild-Zeitung" sagte: "Die Windenergie leistet für die Energiewende und damit für den Erhalt der Natur einen entscheidenden Beitrag ... Ohne diese konsequente und engagierte Klimapolitik wird es bald gar keinen Wald mehr geben."

Von Anwohnern und Naturschützern hatte es immer wieder Widerstand gegen den geplanten Park gegeben. Sie befürchten, daß die Windräder den Lebensraum der im Reinhardswald lebenden Tiere bedrohe. Zudem könnte er dem Tourismus schaden.

Bernhard Klug von der "Schutzgemeinschaft Deutscher Wald" sagte zum hessischen Radiosender FFH: "Der Reinhardswald blutet." Man behalte sich rechtliche Schritte vor. Auch die Initiative "Pro Reinhardswald" kündigte an, gegen die Genehmigung des Windparks Klage einzureichen. Laut Regierungspräsidium waren 690 Einsprüche gegen das Vorhaben erhoben worden.

Der Reinhardswald ist mit 20.000 Hektar das größte zusammenhängende Waldgebiet in Hessen. Das Mittelgebirge ist Heimat für u.a. weißes Rotwild, seltene sowie geschützte Käfer- und Fledermausarten, Schwarzstörche und Wildkatzen, Wölfe und Luchse, Wildpferde und Wisente. Bis zu 600 Jahre alte Eichen und Buchen stehen in dem sogenannten "Märchenwald", der die Brüder Grimm zu einigen ihrer bekannten Märchen inspirierte.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Februar 2022: >>**Sie versündigen sich am "Märchenwald" der Gebrüder Grimm: 18 Windradmonster, 240 Meter hoch!**

Das "Rotkäppchen" weint, das "Schneewittchen" trauert: Der Reinhardswald im Norden von Hessen, bekannt als "Märchenwald" der Gebrüder Grimm, einer der schönsten und ältesten Kulturwälder Deutschlands, soll durch 18 Monsterwindräder verschandelt werden!

Das Regierungspräsidium Kassel hat das bisher größte jemals im "schwarz-grünen" Hessen beantragte Windkraftanlagen-Projekt ungeachtet aller Bürgerproteste genehmigt: Auf einer Länge von sieben Kilometern sollen die bis zu 240 Meter hohen Monster (so hoch wie der Frankfurter Messeturm) in den Waldboden bei Bad Karlshafen und Trendelburg - Gottsbüren einbetoniert werden. Die Rotoren haben einen Durchmesser von 150 Metern. Für diesen 18-fachen Irrsinn sollen Jahrhunderte alte Bäume (u.a. Eichen und Buchen) fallen.

### **Bürgerinitiative kündigt Klage an**

Gegen den sogenannten Windpark hatte es jahrelangen Widerstand von Anwohnern und Naturschützern gegeben (insgesamt 690 Einsprüche). Die Menschen in der Region fürchten nicht nur um den Lebensraum bedrohter Vögel wie Schwarzstorch oder Rotmilan und seltener Fledermausarten. Auch der "Märchenwald-Tourismus", von dem die Region im Norden Hessens lebt, bangt um seine Existenz.

STOPPT DIESEN WAHNSINN!<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 3. Februar 2022 (x1.059): >>**Der reuige Erfinder**

Während die Corona-mRNA-Spritze weltweit als Heilsbringer gehandelt wird, warnt einer ihrer Väter, Robert Malone, vor den unbekanntem Risiken.

Am 23. Januar 2022 fand eine große Demonstration in Washington, D.C. statt, die sich für eine Abschaffung der coronabedingten Pflichten einsetzte. Auf dieser Veranstaltung sprach unter anderem der mRNA-Architekt Dr. Robert Malone. Er ist einer der bekanntesten Kritiker der US-amerikanischen Coronapolitik und aufgrund seiner Expertise in der Impfstoffherstellung und Überwachung eine bedeutsame Stimme. Im Folgenden lesen Sie die deutsche Übersetzung seiner berührenden Rede.

Von *Robert Malone*

Im März 1963 kam ein großer Mann nach Washington. Er stand auf den Stufen des Lincoln Memorials und veränderte die Welt, indem er von Herzen über seinen Traum sprach. Einfache Worte, die auch heute noch nachhallen.

Wir alle stehen auf den Schultern von Giganten. Die einfachen Wahrheiten sind das, was am meisten zählt. Ehrliche Worte, die von Herzen kommen, können die Welt verändern.

Ich bin Arzt und Wissenschaftler, hoch qualifiziert und erfahren in der Entwicklung von Impfstoffen und anderen Medikamenten, aber ich war auch Zimmermann und Landarbeiter. In meinem Leben haben mir meine Frau, meine Familie, meine Freunde und meine geschätzten Pferde alles gegeben, was ich mir erhoffen konnte.

Es war kein einfaches Leben, und ich habe harte Zeiten erlebt. Auf meinem Weg bin ich von der Arroganz und Hybris der Jugend zu der Erkenntnis gelangt, daß Frieden und Glück wie ein Springbrunnen aus dem Engagement für Freundlichkeit, gute Arbeit und das Streben, anderen zu helfen, fließen.

Ich komme zu euch mit offenem Herzen, als Arzt, der sich der Heilung verschrieben hat, und bringe drei einfache Worte mit. Jedes von ihnen läutet wie eine Glocke in der Seele eines ehrlichen Menschen. Integrität. Würde. Gemeinschaft.

Integrität ist eine Verpflichtung zur Wahrheit, in dem, was Sie sagen, wie Sie leben und wie Sie andere behandeln.

Würde entspringt dem Respekt für uns selbst, füreinander und für die Welt, in der wir leben. Die Gemeinschaft ist das, was uns miteinander verbindet und unserem Leben Sinn und Zweck verleiht.

Der heilige Augustinus, der Arzt der römisch-katholischen Kirche, sagte einmal: "Die Wahrheit ist wie ein Löwe. Du brauchst sie nicht zu verteidigen. Laß sie frei. Sie wird sich selbst verteidigen."

Harry Truman, ein Kämpfer gegen Kriegstreiberei, sagte bekanntlich: "Ich sage einfach die Wahrheit, und sie denken, es sei die Hölle." Dies sind meine Wahrheiten, und ich glaube, daß sie selbstverständlich sind. Wir hätten die Reaktion der öffentlichen Gesundheit auf SARS-CoV-2 und Covid-19 nicht politisieren dürfen. Was die genetischen Covid-Impfstoffe betrifft, ist die Wissenschaft klar: Sie funktionieren nicht, und sie sind nicht völlig sicher.

Jetzt haben wir Omikron. Diese Impfstoffe wurden für den ursprünglichen Wuhan-Stamm entwickelt, ein anderes Virus. Ob sie sinnvoll waren, um unsere älteren und gebrechlichen Menschen vor dem ursprünglichen Virus zu schützen, ist irrelevant. Lassen Sie uns also aufhören, darüber zu streiten. Wir müssen nach vorne blicken.

Diese Impfstoffe verhindern nicht die Infektion mit Omikron, die Vermehrung des Virus oder die Ausbreitung auf andere. In unserem täglichen Leben, mit unseren Freunden, mit unseren Familien, wissen wir alle, daß dies wahr ist.

Diese genetischen Impfstoffe sind undicht, haben eine schlechte Haltbarkeit, und selbst wenn jeder Mann, jede Frau und jedes Kind in den Vereinigten Staaten geimpft wäre, könnten diese Produkte keine Herdenimmunität erreichen und Covid stoppen. Sie sind nicht völlig sicher, und das volle Ausmaß der Risiken bleibt unbekannt. Im Gegensatz dazu ist die natürliche Immunität, die ein gesundes Immunsystem nach der Infektion und der Genesung von Covid entwickelt, lang anhaltend, breit gefächert und schützt in hohem Maße vor Krankheiten und



Tod durch dieses Virus.

Wenn es ein Risiko gibt, muß es eine Wahl geben. Dies ist die grundlegende Wahrheit der modernen Bioethik. Alle medizinischen Verfahren, Impfstoffe und Medikamente bergen Risiken. Wir alle haben das Recht, diese Risiken zu verstehen und selbst zu entscheiden, ob wir diese Risiken in Kauf nehmen wollen. Dies zu leugnen, bedeutet, die Menschenwürde zu verweigern. Das Böse hat viele Wurzeln. Die Bereitschaft, die Menschenwürde zu verleugnen, ist eine der größten. In unserem Herzen und in unserer Seele wissen wir alle, daß dies wahr ist.

Obwohl ich ein Arzt bin, der sich dem hippokratischen Eid verpflichtet fühlt, bin ich vor allem ein Ehemann, Vater und Großvater. Ich bitte Sie, mir einen Moment Zeit zu geben, um zu Ihnen über unsere Kinder zu sprechen und über unsere grundlegende Verantwortung, sie zu schützen.

Vor allem müssen wir unsere Kinder fördern und schützen. Das ist die erste Aufgabe. Es ist Ihre Aufgabe. Es ist meine Aufgabe. Es ist nicht die Aufgabe der Kinder, uns zu schützen. Und in den letzten zwei Jahren haben unsere Gesellschaft und unser öffentliches Gesundheitswesen versagt, sie zu schützen. Viele Dinge, die unser öffentliches Gesundheitssystem von uns verlangt hat, haben unseren Kindern direkt geschadet.

Selbstverletzungen, Selbstmord und Drogenmißbrauch bei Kindern haben weltweit zugenommen. Ängste, Mobbing, Einschüchterung und Zwang sind zur Norm geworden. Der gemessene IQ der Kleinsten ist gesunken. Grundlegende Verzögerungen in der Kindheit sind leicht meßbar. Und es kommt zu körperlichen Schäden bei Kindern, weil ihnen genetische Impfstoffe gespritzt werden, um ältere Menschen vor einem Virus zu schützen.

Als Eltern sind Sie letztendlich dafür verantwortlich, Ihre Kinder zu schützen. Wenn sie durch diese genetischen Impfstoffe geschädigt werden, sind Sie derjenige, der sich um sie kümmern muß. Und Sie werden diese Last für den Rest Ihres und des Lebens Ihrer Kinder tragen.

Im Durchschnitt wird eins von zweitausend bis eins von dreitausend Kindern, die diese Impfstoffe erhalten, kurzfristig mit Impfschäden ins Krankenhaus eingeliefert. Erst im Laufe der Zeit werden wir wissen, welche Langzeitschäden auftreten können. Die Impfstoffe schützen unsere Kinder nicht davor, sich mit Omikron zu infizieren, und sie verhindern nicht, daß infizierte Kinder andere anstecken. Im Gegensatz dazu sind die Pharmaunternehmen und die Regierung fast vollständig vor Schäden geschützt, die diese Produkte bei ihnen verursachen könnten. Wenn Ihr Kind durch diese Impfstoffe geschädigt wird, werden Sie mit Ihrem Kummer und der Last der Pflege allein gelassen.

Diese genetischen Impfstoffe können Ihre Kinder schädigen. Sie können ihr Gehirn, ihr Herz, ihr Immunsystem und ihre Fähigkeit, in Zukunft Kinder zu bekommen, schädigen. Und viele dieser Schäden lassen sich nicht mehr reparieren.

Ich bitte Sie also, sich über die möglichen Risiken zu informieren, die Ihren Kindern durch diese experimentellen medizinischen Produkte entstehen können. Lassen Sie sich von niemandem sagen, was Sie tun sollen. Denken Sie selbst. Denn es liegt in Ihrer Verantwortung, Ihre Kinder zu schützen und zu erziehen. Wenn sie geschädigt werden, wird kein Gouverneur eines Bundesstaates, kein Beamter des Bundesgesundheitsamtes und kein Fernseharzt da sein, um Ihnen zu helfen. Sie, Ihre Familie und Ihr Kind werden die Last selbst tragen müssen.

Zum Schluß möchte ich Ihnen noch Hoffnung geben. Wir werden es schaffen. Ich glaube aufrichtig daran, daß wir die Auswirkungen des Massenwahns, der Massenbildung, der Auswirkungen der alten Medien und der von der Großindustrie geförderten Angst und psychologischen Manipulation, die die öffentliche Gesundheitspolitik zutiefst verzerrt haben, überwinden können. Omikron zerstört das anerkannte Narrativ, daß die Impfstoffe sicher und wirksam sind und daß eine frühzeitige medikamentöse Behandlung nicht funktioniert. Der dunkle Winter, der von unserem Präsidenten vorhergesagt und von den Angstmachern in den Medien

propagiert wurde, ist nicht eingetreten.

Vor Kurzem kehrte ich mit meiner Frau Jill von einer Europareise zurück, auf der ich mit Dr. Geert Vanden Bossche und Dr. Mattias Desmet zusammenarbeitete und von ihnen lernte. Sie haben mich wieder einmal daran erinnert, wie auch Sie alle, daß die Amerikaner im Grunde gute Menschen sind. Die Welt glaubt immer noch an das amerikanische Experiment der Selbstverwaltung. Die Oligarchen von Davos haben der ganzen Welt in den letzten zwei Jahren ihre grobe Inkompetenz vor Augen geführt.

Sie haben weder das Recht noch die Fähigkeit, Amerika und die Amerikaner zu regieren. Wir sind ein freies Volk und regieren uns seit fast 250 Jahren selbst auf der Grundlage einer Verfassung, die von selbstständigen Bauern, Händlern, Ladenbesitzern und Landbesitzern entwickelt wurde. Diese Vorväter lehnten eine ausländische Monarchie und Oligarchie ab und schufen und erkämpften statt dessen eine politische Struktur, die nach wie vor ein Vorbild für die Welt ist. Eine leuchtende Stadt auf dem Hügel. Ein Camelot.

Als ich noch ein Kind war, sagte ein brillanter junger Mann: "Frage nicht, was dein Land für dich tun kann; frage, was du für dein Land tun kannst."

Dies ist unser Land. Wir besitzen dieses wunderbare Geschenk, aber wir müssen es verteidigen, wenn wir es behalten wollen. Heute bitte ich Sie alle, seine Worte in Ihren Gedanken und Herzen zu bewahren. Wir alle können Führungspersönlichkeiten sein, und jetzt ist es an der Zeit, sich dieser Aufgabe zu stellen. Wir werden dies überleben, und wir werden diese Schwierigkeiten überwinden, wenn wir nur diese drei einfachen Worte in unseren Herzen bewahren können: Integrität, Würde, Gemeinschaft.

*Robert Wallace Malone ist ein international anerkannter Wissenschaftler/Arzt und der ursprüngliche Erfinder der mRNA-Impfung als Technologie, der DNA-Impfung und mehrerer nicht-viraler DNA- und RNA/mRNA-Plattform-Technologien. Derzeit ist er nicht stimmberechtigtes Mitglied des NIH-ACTIV-Ausschusses, der mit der Leitung der klinischen Forschung für eine Reihe von Medikamenten und Antikörperbehandlungen für COVID-19 beauftragt ist. Weitere Informationen unter [rwmalonemd.substack.com](http://rwmalonemd.substack.com).*

*Redaktionelle Anmerkung: Diese Übersetzung Beitrag erschien zuerst unter dem Titel "Dr. Robert Malones Rede vor dem Kapitol am 23. Januar 2022" auf dem Blog von Bastian Barucker.<<*

**07.02.2022**

**BRD: Das Internetportal "heise online" berichtet am 7. Februar 2022 (x1.071): >>Was die Querdenker eint**

*Georg Schuster*

Überlegungen zur außerparlamentarischen Opposition, die derzeit im Angebot ist

Der Präsident des Verfassungsschutzes Thomas Haldenwang hat sich Gedanken über eine Zukunft der radikaleren Segmente der Querdenkerbewegung gemacht: Er "hält es für denkbar, daß staatsfeindliche Extremisten, die derzeit gegen die Coronamaßnahmen mobil machen, sich nach dem Ende der Pandemie ein neues Thema suchten - dies könnte die Klimapolitik sein. Die Pandemie sei 'nur der Aufhänger' für diese radikalisierte Szene. Ob das jetzt Corona ist oder die Flüchtlingspolitik."

... Für seinen Job braucht Haldenwang keine Theorien. Er sieht vielmehr bürokratisch über alle Ursachen von Protest hinweg, macht sie unerheblich und nimmt ihn als ein potentiell Ordnungssystem, das zu beobachten ist.

Es wäre also fehl am Platz, von ihm Auskünfte darüber zu verlangen, ob Teile der Querdenker "nur nach Aufhängern" suchen, warum die austauschbar sein sollen, wieso sich andere Teile daran anhängen etc. Deshalb der Versuch einer Antwort auf die Frage, was diese neue Protestbewegung ausmacht und verbindet.

## **Zweckbündnis**

Aus der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015/16 ist sie nicht hervorgegangen, gleichwohl sind Migrationsgegner in ihr präsent. Sie spielen aber im linken esoterischen Abschnitt und in der bürgerbewegten Mitte des Spektrums der Pandemie-Proteste eine geringere Rolle als an seinem rechten Rand.

Was die Bewegten zusammengebracht hat, ist ihre Lesart der offiziellen Pandemie-Politik. Bei der geht es der Sache nach um den Widerspruch, der den Staat umtreibt, wenn er der Ökonomie zu ihrem Nutzen schaden muß, indem er zeitweise der Volksgesundheit den Vorrang einräumt.

Die Maßgabe dafür ist ein funktionierendes Gesundheitswesen, auf das ein moderner Kapitalismus angewiesen ist. Stockungen bei Arbeit und Erwerb, die dafür in Kauf zu nehmen sind, haben in dieser Wirtschaftsweise zur Folge, daß die vielen Leute in Existenznöte geraten, deren Einkommen über das Monatsende nicht hinausreichen.

Weitere Einschränkungen der Bürger, damit die Beschränkung des Geschäftslebens in Grenzen gehalten werden kann, kommen hinzu. Dies führen Querdenker und andere aber nicht auf dieses System zurück, sondern deuten die Lage als eine Mißachtung, die der Staat ihrem Recht auf Freiheit, Freizeit und Ansteckung entgegenbringt.

Sie sehen darin eine politische Agenda, die mit Gesundheit selbstredend nichts oder wenig zu tun habe. Darüber werden sich Esoteriker sogar mit Identitären einig, und die Bewegten verständigen sich auf Zweckbündnisse, die ein Auge nach rechts oder links zudrücken.

## **Das Freiheitsverständnis der Querdenker**

Trotz ein paar rauher und häßlicher Sitten in ihren Reihen betonen die Querdenker, daß sie der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft entstammen - und dies zu Recht. Die Freiheit, die sie meinen und die sie verbindet, ist der Widerhall dessen, was der demokratische Rechtsstaat unter diesem Titel proklamiert und ins Werk setzt. Lauter Konkurrenzbürger treiben sich unter seiner Obhut herum, deren gegensätzliche Interessen er im Namen dieses hohen Werts als Rechte bewilligt.

Folglich nehmen auch demokratische Untertanen für ihre widerstreitenden Anliegen den Titel in Anspruch. Kein Wunder, daß Impfgegner glauben, mit dem Ruf "Mein Körper, meine Freiheit, mein Recht!", der kein Virus beeindruckt, alles Nötige gesagt zu haben.

Neben der falschen Sicherheit, in der sie sich damit wiegen, übersehen sie allerdings, daß der Staat ihnen die private Sorge um ihre Gesundheit normalerweise zwar gerne zuschiebt (und dies für Normalverdiener, denen dazu die Mittel fehlen, mit einer Zwangsversicherung bezahlbar macht).

Im Fall einer Epidemie aber, wo die Infizierten selber zu einer Krankheitsursache werden, überlässt er die Gesundheit nicht dem persönlichen Ermessen, sondern verpflichtet es auf seine Prioritäten. Daran wird im Prinzip ersichtlich, was die Querdenker nicht oder ganz anders sehen wollen, wenn sie die Freiheit für ein naturgegebenes, den Staat bindendes Recht halten.

Von wegen: Es ist die ideologische Fassung seiner Konzessionen, mit denen er die kapitalistische Gesellschaft beherrscht und verwaltet.

## **Herrschaftskritik**

Auch die Opposition, die die Corona-Proteste entfalten, ging bei den demokratischen Verkehrsformen in die Lehre, mit dem sie sich anlegen. Deutsche Bürger sind es, wie andere Völkerschaften auch, gewohnt und werden darin angeleitet, sich die diversen Unzufriedenheiten, an denen im Kapitalismus kein Mangel herrscht, ziemlich eintönig zurechtzulegen.

Sie deuten sie als politisches Versagen oder Vergehen einer Staatsführung gegenüber dem bürgerlichen "Naturrecht" auf eine gute Herrschaft. Anleitung findet diese legitime Regierungskritik durch oppositionelle Politiker und Parteien, die mit der Vereinnahmung von

Unzufriedenheit einen Führungswechsel bewerkstelligen wollen.

In diesem Bemühen werden auch Inhalte und Forderungen hervorgebracht, die sich die staatsbürgerliche Kritik in ihrem Verlangen nach einer besseren Regierung gegebenenfalls einleuchten läßt. Das alternative Versprechen, mehr Demokratie zu wagen und mehr für Umwelt, sozialen Ausgleich oder die Rechte der Nation zu tun als die amtierende Mannschaft, ist deren Ablösung per Stimmzettel oft zuträglich.

Dies, wenigstens aber der Druck auf die Regierung zum Einlenken, erscheint gelegentlich so dringlich, daß sich Teile des Wahlvolks als Protestbewegung formieren. Die Rufe der Gelbwesten "Macron Demission!", die französische Impfgegner erneut skandieren und deren kanadische Übersetzung bei impfunwilligen Lkw-Fahrern "Trudeau got 2 gor!" heißt, drücken dieses Prinzip aus. Die inzwischen historische Parole "Merkel muß weg!" soll nach ihrer deutschen Besonderheit hin etwas näher betrachtet werden.

Sie steht für eine Opposition, die zunächst von rechts kam, aber auch auf linken Wegen erreicht werden kann, und die sich von keiner der etablierten Parlamentsparteien mehr repräsentiert sieht. Das kam ohne deren Beiträge nicht zustande.

Die Merkel-Kabinette aus Christ- und Sozialdemokraten haben schon in ihrer Zusammensetzung gezeigt, daß das, was für Deutschland wichtig ist, was "wir schaffen müssen", keine Alternative kennt. Zuvor schon hatte die Koalition unter Schröder bewiesen, daß rote und grüne Parteien, Stichwort Hartz-Gesetze, genauso regieren können wie schwarze.

Auch die grüne Opposition zählte sich seither zu den Anwälten der nationalen "Sachzwänge" und wurde dazu gezählt. Selbst die Linkspartei ringt unverdrossen um diese Anerkennung. Eine politisch radikalisierte Unzufriedenheit bekommt also etliche Anhaltspunkte für die Deutung, ihr Recht auf bessere Herrscher werde ihr durch diesen parlamentarischen Gleichklang seit Jahr und Tag verwehrt.

So nahm eben eine neue außerparlamentarische Opposition ihren Lauf, bei der ein paar rechte Alternativvorschläge für Deutschland mehr Gehör finden.

Zu der ausgebliebenen Beheimatung dieser Sorte von Protest hat die Corona-Politik noch einen spezifischen Beitrag geleistet und damit die Empörung über die "Alternativlosigkeit" befördert. Denn Leute, die die Besonderheiten der Pandemie und ihrer Abwehr bis dahin verpassen, daß sie eine Naturkatastrophe nur als Regierungsversagen wahrnehmen, bekommen auch die Seite der staatlichen Maßnahmen in den falschen Hals, die sich der zwingenden Logik der Virusbekämpfung verdankt.

In der darauf bezogenen Einmütigkeit der etablierten Parteien bei der Gesetzgebung, demonstrativ auch im Wahlkampf - und jetzt bei der Impfdebatte - finden sie den endgültigen Beweis für ihren trostlosen Befund: Ein Kartell von "Systemparteien", das auch nach der Wahl in neuer Zusammensetzung der alten Agenda folge, sei der Grund aller Übel und müsse politisch überwunden werden.

### **Neue "Aufhänger" der Querdenker**

Es soll hier nicht ausgeführt werden, wie sich die Überzeugtheit von einem Manöver der Mächtigen auch die passenden Theorien zulegt.

Vielleicht nur dieser Hinweis an die naserümpfenden Kritiker von "Verschwörungsnarrativen": Daß Merkel eine "Corona-Diktatur" errichtet haben soll, halten sie mit Recht für absurd. Daß aber der Kollege Xi Jinping genau das tut, nämlich unter dem Vorwand einer Virusbekämpfung die Parteimacht zementiert, steht als seriöse Überlegung in der Zeitung.

Was den Wechsel der Protestthemen betrifft, so herrscht hier keine Willkür in der Suche nach neuen "Aufhängern" (s.o.). Wenn, dann ist die beschriebene Sorte Herrschaftskritik dafür gut. Im Fall des Übergangs vom Thema Migration auf die Pandemie ging das ungefähr so: Der Sache nach begleitete die Merkel'sche "Willkommenskultur" den Versuch, die europäische Flüchtlingspolitik unter deutsche Regie zu stellen und mit der Grenzöffnung einen entsprech-

enden Handlungsbedarf hervorzubringen.

Gegner dieser "Kultur" bemängelten Gutmenschentum auf Steuerzahlerkosten. Oder sahen darin das Gebot "Sozial geht nur national!" mißachtet, weil sie die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft mit einem patriotischen Gemeinschaftswerk verwechseln und sich durch die Abwehr und Schlechterstellung von "Fremden" schon gut bedient sehen.

Der Protest beruhigte sich, ohne belehrt worden zu sein, als mit dem mangelnden Erfolg des deutschen Ordnungsanspruchs auch sein humanitärer Seitenarm versiegte und die Elendsmigration wieder bleiben kann, wo sie herkommt.

Wer von hier aus den Übergang auf die Corona-Politik gemacht hat und sie als "Plandemie" bezeichnet, gibt zu erkennen, daß er ihren Grund schon wieder bei einer schlechten Herrschaft angesiedelt sieht, die dem Volk Schaden zufügt. Gleiches auch dann, wenn die Kritik der Energie- und Klimapolitik auf den Vorwurf heruntergebracht wird, der behauptete Klimawandel sei entweder eine Übertreibung oder die Deutschen würden schon wieder, wie bei den Flüchtlingen, für ein Problem abgezockt, das andere verursachen.

Der Klartext der mitregierenden Grünen z.B., die mit postfossiler deutscher Spitzentechnik Zukunftsmärkte erobern und die Verbraucherpreise daran beteiligen wollen, bleibt dieser Sicht verschlossen.

Ob Teile der Querdenker, wie der Verfassungsschutz befürchtet, diesen Schritt gehen oder sich dazu anstiften lassen, wird man sehen. Aktivisten und Gefolge gibt es in dieser Bewegung allemal, für dieses Verhältnis ist aber die inhaltliche Übereinstimmung maßgeblich. Die Behauptung, Corona sei nur ein "Aufhänger", übergeht nicht nur das.

Sie bestreitet dieser Opposition den politischen Charakter und mutmaßt entweder einen leeren destruktiven Vorsatz oder erklärt sie zum Indiz einer "Anomie" und "Bindungslosigkeit", die sich die falschen Führer sucht. Diese Übergänge in die Psychoanalyse der Bewegung wären allerdings ein neues Thema.<<

**10.02.2022**

**BRD: Die Zeitschrift "Stern" berichtet am 10. Februar 2022: >>Naturschützer entsetzt - Grimms Märchenwald muß Wind-Industriepark werden - beim Abholzen herrscht Hektik**

von *Annette Berger*

Kaum war die Genehmigung bekannt geworden, wurden auch schon Bäume gefällt. Im Reinhardswald in Hessen haben Naturschützer den Kampf gegen einen Windpark verloren. Vorerst zumindest.

Sieht aus, als sollten schnell Fakten geschaffen werden in Deutschlands derzeit wohl umstrittensten Windpark-Projekt, im Reinhardswald in Hessen, auch bekannt als "Grimms Märchenwald". Mitte vergangener Woche hatte der Regierungspräsident in Kassel die ersten 18 Windkraft-Anlagen auf einem Höhenzug hinter der Sababurg genehmigt. Kurz darauf starteten auch schon die Baumfällarbeiten.

"Ich komme gerade aus dem Wald und bin schockiert", sagte an diesem Mittwoch Oliver Penner vom Aktionsbündnis Märchenland dem stern. Die Baumfällarbeiten seien weit vorangeschritten. Das Aktionsbündnis ist eine von mehreren Bürgerinitiativen, die den Bau des Windparks in dem historischen Wald verhindern wollen und bereits seit Jahren dagegen kämpfen.

Die aktuelle Lage rund um das Bäumefällen sei sehr intransparent. Auch, weil es gar keine Gelegenheit gegeben habe, eine eigentlich vorgesehene 14-tägige Frist für Einsprüche zu nutzen, kritisiert der Gegner des Windparks. "Am Tag der Genehmigung hat man mit den Fällarbeiten begonnen." Offenbar sollten schnell Tatsachen geschaffen werden. Gegner des Windparks monieren auch, die Genehmigung sei noch gar nicht rechtskräftig.

Naturschützer kämpfen mit neuen Klagen um den Reinhardswald

Nach Informationen der "Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen Zeitung" hatte die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Ende der Woche gemeinsam mit der Bürgerinitiative Oberweser-Bramwald eine Klage und einen Eilantrag beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht. Das Gericht hatte laut der "HNA" daraufhin gebeten, daß keine Bäume gefällt werden, bis über den Eilantrag entschieden sei. Doch hektisch gefällt wurde trotzdem. Die Windpark Reinhardswald GmbH betonte gegenüber der lokalen Presse sinngemäß, man agiere innerhalb des rechtlichen Rahmens.

Doch die Empörung ist groß in der Region. Dort, wo bislang ein Wald mit teils sehr alten Bäumen steht, der Heimat vieler - auch seltener - Tierarten ist, wird demnächst wohl permanent Baulärm zu hören sein. Es sei die "größte nordhessische Baustelle im Wald", haben Naturschützer Penner und seine Mitstreiter errechnet. Sie erstrecke sich über acht Kilometer Luftlinie. Die Bauzeit werde schätzungsweise zwei Jahre betragen.

Nach Meinung der schwarzgrünen Landesregierung in Hessen ist dieses Projekt jedoch nötig für den - globalen - Klimaschutz. Umweltministerin Priska Hinz von den Grünen hatte den Windpark in der vergangenen Woche gegenüber der "Bild-Zeitung" als alternativlos bezeichnet und gesagt: "Die Windenergie leistet für die Energiewende und damit für den Erhalt der Natur einen entscheidenden Beitrag." Ohne diese konsequente und engagierte Klimapolitik werde "es bald gar keinen Wald mehr geben."

Nabu bewertet den Eingriff in die Natur durch Windparks in Hessen als "möglichst gering". Schützenhilfe bekommt die grüne Ministerin teils auch von Vertretern der Umweltverbände. So betonte der Naturschutzbund Nabu auf eine Anfrage des stern, der Verband habe erreicht, daß zum Ausgleich im Reinhardswald ein mehr als 1.000 Hektar großer Naturwald gesichert und in Kürze als Naturschutzgebiet ausgewiesen werde. "Dort werden künftig gar keine Bäume mehr für die Holznutzung gefällt." In Hessen würden Flächen für Windparks so ausgewählt, daß "der Eingriff in die Natur möglichst gering gehalten wird".

Dennoch - im Reinhardswald dürfen 29 Hektar Wald für den Bau des Wind-Industrieparks gerodet werden. Manche der Bäume sind Medienberichten zufolge an die 200 Jahre alt. Die Planer und Befürworter sagen, es werde nur ein kleiner Teil des Waldes bebaut - und auch nur einer, an dem der Borkenkäfer ohnehin viele Bäume zerstört habe. Umweltschützer kontern, man könne solche Gebiete ja auch aufforsten und müsse sie nicht zubetonieren.

Daß man ausgerechnet ein Naturparadies zerstört oder zumindest nachhaltig schädigt, um etwas für den weltweiten Klimaschutz zu tun, das leuchtet vielen Menschen nicht ein. Wälder gelten als wichtiger CO<sub>2</sub>-Speicher. "Es gibt in der Region viel Protest gegen das Projekt. 90 Prozent der Menschen hier wollen die Windräder nicht", sagte auch Oliver Penner von "Rettet den Reinhardswald".

### **Jedes einzelne Windrad muß genehmigt werden**

Aus Sicht der Naturschützer ist die Sache allerdings noch lange nicht entschieden. Rechtlich gebe es sehr viele Einwände gegen die Windkraftanlagen, von denen jede einzelne geplant und genehmigt werden müsse. Die Gründe reichten von Trinkwasser- bis hin zu Brand- oder Denkmalschutz. Ein Großteil der Anlagen seien aus seiner Sicht nicht genehmigungsfähig, betonte Penner. Auch die Lärmbelastung der Anwohner durch den Bau des Windparks sei ein Thema.

Um den Reinhardswald tobe ein Kampf zwischen Klima- und Naturschutz, beschrieben es manche Medien, nachdem die Entscheidung in der vergangenen Woche bekannt geworden war. Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Windkraft in Deutschland deutlich auszubauen. Weil ein ständiger Streit um die Standorte der ungeliebten riesigen "Spargel" schwelt, weicht man, wie das Beispiel Reinhardswald zeigt, inzwischen auch auf Regionen aus, die eigentlich tabu sein sollten - bewaldete und artenreiche Gebiete in hügeligen Gegenden, die wichtige Rückzugsorte der Natur sind.

Im Gegensatz zum Nabu hält die Deutsche Wildtier Stiftung diese Art der Klimaschutz-Politik für falsch. "Wir kritisieren den Bau von Windkraftanlagen im Wald und anderen sensiblen Ökosystemen", sagte Sebastian Brackhane, der für diese Organisation die Windkraft-Problematik genau beobachtet, dem stern. Der Wald - ohnehin in Deutschland inzwischen auf nur noch ein Drittel der Landesfläche geschrumpft - sei ein naturnahes Ökosystem, der durch solche Industrieanlagen nachhaltig geschädigt werde. Gerade im Wald leben viele seltene Vogelarten und auch Fledermäuse, von denen hierzulande alle 25 Arten besonders geschützt sind.

"Beim Reinhardswald haben wir ein in sich geschlossenes, sehr naturnahes, zusammenhängendes Waldgebiet", sagte Brackhane. Zwar argumentierten die Befürworter, daß der Windpark Reinhardswald hauptsächlich auf sogenannten Fichtenkalamitätsflächen gebaut werden soll. "Aber auch diese können sich mit der Zeit und ohne Windkraft wieder zu naturnahen, artenreichen Wäldern entwickeln."

### **Tod durch Windräder: Fliegen Fledermäuse vorbei, platzen ihre Lungen**

Windräder bedeuteten den sicheren Tod vieler Tiere, erklärte der Experte. So würden Vögel beispielsweise durch die Rotoren erschlagen, bei vorbeifliegenden Fledermäusen würden die Lungen durch den von den Windrädern erzeugten Druckunterschied zerfetzt.

Generell sei Windenergie wichtig für den globalen Klimaschutz, betont auch die Deutschen Wildtier Stiftung. Die Anlagen sollten jedoch in Gebieten gebaut werden, die ohnehin schon bebaut und versiegelt sind oder landwirtschaftlich intensiv beackert würden, beispielsweise auf Maisfeldern.

Daß die Windindustrie heute teils so stark kritisiert werde, liege auch an ihrem Wandel, schätzt der Experte. Diese Branche sei früher ein Gebiet von Pionieren gewesen, stark motiviert vom Klimaschutz. Mittlerweile sei es eine knallharte Industrie mit finanziellen Interessen.<<

**11.02.2022**

**BRD:** Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 11. Februar 2022 (x1.126/...): >>**Intellektuelle Prostitution und Demagogie - Von Ursprung und Wesen des herrschenden Journalismus**

*"Noch ein Jahrhundert Zeitungen - und alle Worte stinken."*

(Friedrich Nietzsche, 1882)

Der Journalismus hat einen ungeheuren Einfluß auf das Bewußtsein der Menschen, auf ihr Denken, Urteilen und Verhalten. Im Bunde mit den Herrschenden ist er ein allmächtiges Instrument, die Bevölkerung eines Landes für die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ziele folgsam zu machen - und sei es zum Kriege. Die beiden Weltkriege des vorigen Jahrhunderts z.B. wären ohne die Medien in der Hand der Regierungen nicht möglich gewesen. Neben den politischen Kriegstreibern trifft die gleiche verbrecherische Schuld die willfähigen Journalisten, die das "Menschenmaterial" erst dafür zubereitet haben. Auch in der gegenwärtigen Corona-Krise erleben wir in breitem Maße ihre verruchten Manipulationen des Bewußtseins der gutgläubigen Menschen.

### **I. Vom Ursprung des Journalismus**

Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz hat in dem 2-Monats-Magazin "Cato" Nr. 6 vom Oktober/ November 2021 wesentliche Aspekte des modernen Journalismus geschildert und sie schon bei dem Renaissance-Publizisten Pietro Aretino ausgemacht, den er als den ersten Journalisten bezeichnet. Ein Historiker habe diesen den Cesare Borgia der Literatur genannt. Man könne auch sagen, so Bolz, Aretino habe literarisch das verwirklicht, was Machiavelli politisch gedacht habe. Der Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhardt habe von diesem Urvater der Journalistik ein prägnantes Bild entworfen. Er habe das Geschäftsmodell der modernen Publizistik begründet: Jenseits von Gut und Böse, also jenseits der Moral, sich aus-

schließlich der Ausmünzung seiner rhetorischen Fähigkeiten zu widmen.

"Alles, was geschieht", so Bolz, "steht im Dienst seiner rhetorischen Virtuosität. Alles, was er schreibt, zielt auf die schnelle, originelle Formel. Es geht ihm deshalb nicht mehr um Studium und Bildung, sondern nur noch um rasche Informations-Verarbeitung.

Aretino selbst hat es so formuliert: 'Es kommt darauf an, schnell zu arbeiten und selbständig zu schaffen; alles, was man sonst redet, ist Geschwätz.' Und man könnte geradezu von einer Ironie über die sokratische Ironie sprechen, wenn er die Wissenschaft seiner Unwissenheit preist, *la scienza della mia ignoranza*."

Insofern bestätige schon der erste Journalist alles, was Nietzsche später gegen den Journalismus vorgebracht habe - und das seien im wesentlichen die Urteile und Vorurteile, die auch heute noch das Bild von den Medien bestimmten: "hastigste Kenntnis und Ausnützung des Ephemeren (der Kurzlebigkeit, hl), ja des Augenblicklichen". Für Nietzsche definiere sich der Philosoph geradezu als der absolute Gegenspieler des Journalisten, dieses "Sklaven der drei M: des Moments, der Meinungen und der Moden".

"Doch das Souveränitätspotential, das in diesem Plötzlichkeitsstil liegt, hat Nietzsche verkannt. Nicht Sklaverei, sondern intellektuelle Prostitution ist das wesentliche Charakteristikum des Urjournalismus. Und tatsächlich findet sich bei Aretino schon eine kühle Selbstreflexion des Journalisten in der Hure.

Wenn man die Gespräche des 'göttlichen' Pietro Aretino, die *Ragionamenti del Divino* liest, wird rasch klar, daß die Kurtisane und die Kupplerin seine Rollenmodelle sind. Was den Journalismus nämlich mit der Prostitution verbindet, ist die souveräne Schauspielerei."

Ohne Meister und Vorbild, stolz darauf, nur sich selbst nachzuahmen, erschreibe sich Aretino Wohlstand und Weltruhm. Der Schriftsteller werde zum Freibeuter und lasse ein neues Genre entstehen: den Enthüllungs-, Skandal- und Sensationsjournalismus, der mit Schocks und öffentlichen Denunziationen arbeite.

Zum erstenmal werde hier die Publizität als Waffe des Einzelnen erkennbar. Aretino stilisiere sich als *Condottiere* (Söldnerführer) der Feder, der mutig gegen Autoritäten auftrete und unerschrocken den Kampf mit der Heuchelei aufnehme. Sein Ton sei dabei stets zynisch und obszön. Und gerade die Obszönität diene ihm als Deckmantel eines Angriffs auf religiöse und politische Autoritäten.

"Er sah sich mit Kaisern und Päpsten auf Augenhöhe. Und mit seinen Satiren hielt er sie in Schach, denn wie Klaus Thiele-Dohrmann es in einer Geschichte des Enthüllungsjournalismus am Beispiel Aretinos so schön formuliert: 'Blöße mindert Größe'. Die entzaubernde Enthüllung der Prominenz ist seither ein Kennzeichen des Skandaljournalismus. ... Er beherrschte nicht nur die öffentliche Meinung, sondern betrieb auch schon Imagepflege, eine Marketing seiner selbst - und dazu gehört ganz wesentlich, wie Aretino selbst in seinen Gesprächen sagt, 'die Kunst des Schmeicheln und Speichelleckens'."

Diesen neuen Typus des Intellektuellen könne man sich auch durch einen scharfen Bildkontrast verdeutlichen, wenn man etwa den Tod des Begründers des Renaissance-Humanismus, Petrarca, in seiner Studierstube 1374 mit dem Tod Aretinos 1556 vergleiche, wie ihn Anselm Feuerbach auf einem berühmten Bild verewigt habe - bei Wein und Obszönitäten:

So bestätige die Gestalt des Aretino in idealtypischer Weise die Einschätzung von Max Weber (1864-1920), daß die Journalisten zu einer Paria-Kaste gehörten, die gesellschaftlich immer nach ihren übelsten Vertretern beurteilt werde - und zwar gerade weil sie mit den "Mächtigen der Erde" verkehrten, "oft allgemein umschmeichelt, weil gefürchtet".

Norbert Bolz weist mit einem ironischen Unterton darauf hin, Max Weber habe allerdings in seinem Vortrag "Politik und Beruf" auch eine gewisse Ehrenrettung des Journalismus vorgenommen. Er vergleiche da die geistige Leistung eines guten, nämlich gleichsam auf Kommando produzierten und sofort wirksamen Zeitungsartikels mit der Arbeit eines Gelehrten. Es



sei eben keine Kleinigkeit, so Weber, "über alles und jedes, was der 'Markt' gerade verlangt, über alle denkbaren Probleme des Lebens, sich prompt und dabei überzeugend äußern zu sollen".

Gerade darin erweise sich, fügt Norbert Bolz an, die journalistische Laufbahn als Königsweg zur berufsmäßigen Politik.

Denn in der Tat gebärden sich die Politiker wie allwissende Gelehrte. Sie leben in der Anmaßung, aus ihrer Weisheit heraus wie in einem Obrigkeitsstaat alle Lebensgebiete der Menschen - das Wirtschafts- und das gesamte geistige Leben mit dem zentralen Bildungssystem - von oben reglementieren zu müssen und dadurch die Freiheitsrechte der dort tätigen Fachleute aufzuheben.

In dieser permanenten Anmaßung befindet sich auch der Journalist, der durch seine Kumpanei mit den Herrschenden das Volk ständig in der Illusion befestigt, diese autoritäre Bevormundung sei Demokratie.

Auch dies bestätige die Gestalt des Aretino, schließt Norbert Bolz: "Der Journalist ist der moderne Demagoge."

## **II. Organisierte Zerstörung der geistigen Empfänglichkeit**

Die Stimme eines journalistischen Insiders möge das Vorangehende ergänzen. Michael Klonovsky, in der DDR aufgewachsen, hat nach der "Wende" zunächst freiberuflich als Journalist gearbeitet, u.a. für Die Zeit, arbeitete 24 Jahre als Redakteur des Focus und schied 2016 aus dem Mainstream-Journalismus aus. Er gehört zu den wenigen Journalisten, die der eigene Betrieb nicht blind, sondern sehend gemacht hat. Auf hoher Reflexionsstufe brachte er auf seiner Webseite "acta diurna" radikal und schonungslos das Wesen des modernen Journalismus auf den Punkt. Seine Charakterisierung sei hier ohne Kommentar angefügt:

"Journalismus ist die organisierte Zerstörung der geistigen Empfänglichkeit der dem Journalismus ausgesetzten Bevölkerung. Von nichts Ahnung haben und über alles mitreden, das ist Journalismus. Das bißchen Investigative, das bißchen Schweinerei aufdecken ist angesichts der Schweinerei, die der Journalismus insgesamt verkörpert, absolut nebensächlich.

Die Medien zerren alles in ihr virtuelles Kolosseum, wo die Medienvertreter von ihren Schreibtisch-Logenplätzen herunterschauen und den Daumen heben oder senken. Meistens senken sie ihn. Journalisten müssen zwanghaft alles beurteilen, das heißt kritisieren, weil sie ihre eigene Niedertracht sonst nicht aushielten, sie müssen alles mit ihrem eigenen Schmutz besudeln, alles Originelle ist Journalisten verdächtig, alles Geistige wird von ihnen verachtet und verhöhnt.

Dazu noch der typisch deutsche Drang zur Kollektivmeinung! In Deutschland wird seit Jahrzehnten die Deutsche Einheitsmeinung gepflegt, sei es die nationalsozialistische, realsozialistische oder freiheitlich-sozialdemokratische, immer muß die gerade herrschende gegen jedermann durchgesetzt werden, sogar in einem Drecksblatt wie *V.I.P.*! Wenn heute in Deutschland ein Journalist schreibt, ein Autor sei umstritten, dann meint er das als Synonym für anrüchig, dabei ist Umstrittensein das mindeste, was man von einem Autor erwarten sollte.

Ich könnte niemals schlecht über jemanden schreiben, über den alle schlecht schreiben, einer muß ja die Gegenposition einnehmen, sonst kann sich keine intellektuelle Spannung aufbauen, wenn ich einen Leitartikel lese, baue ich innerlich sofort die Gegenposition auf, denn wo kein intellektuelles Feld existiert, gibt es kein Denken. Deutsche Journalisten lieben die Einheitsmeinung, je feiger, primitiver und denkfauler sie sind, desto größer ihre gespielte Entrüstung über Abweichler. Durch ein deutsches Journalistengehirn gequetscht zu werden, ist das Schlimmste, was einer Wirklichkeit passieren kann."<<

**12.02.2022**

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21610" berichtet am 12. Februar 2022 (x1.138/...): >>**Bhakdi: Der Beweis ist da - Impfung zerstört Immunsystem**

Bhakdi fordert ein weiteres Mal ein sofortiges Ende der Impfkampagne, denn er befürchtet ein Wiederaufflammen von tödlichen Infektionen wie Tuberkulose als direkte Folge der Schädigungen des Immunsystems durch gentechnische Injektionen.

Dr. Sucharit Bhakdi, emeritierter Professor für Medizinische Mikrobiologie und Immunologie und ehemaliger Lehrstuhlinhaber am Institut für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, fordert ein weiteres Mal ein sofortiges Ende der Impfkampagne, denn er befürchtet ein Wiederaufflammen von tödlichen Infektionen wie Tuberkulose als direkte Folge der Schädigungen des Immunsystems durch gentechnische Injektionen.

"Zunächst einmal möchte ich sagen, daß wir nicht über Einzelheiten streiten müssen. Die Fakten liegen auf dem Tisch, die Fakten wurden von Arne Burkhardt vor einer Woche vorgelegt, und diese Fakten sind vernichtend!

Alle genbasierten Impfstoffe, unabhängig vom Hersteller, führen zum gleichen Ergebnis bei den Geimpften! Er hatte 15 obduziert. In den letzten vier Tagen ist die Zahl auf 70 erhöht worden. Alles Personen, die nach der Impfung gestorben sind, ohne daß ein Zusammenhang mit der Impfung von den Behörden festgestellt wurde. Das waren also Menschen, die zu Hause gestorben sind, bei der Arbeit, im Auto, beim Sport und so weiter und so fort. Dies ist sehr, sehr wichtig.

Obduktionen wurden durchgeführt, weil die Angehörigen darauf bestanden haben, und es wurde nichts gefunden. Die Organe erschienen also normal, aber als Arne Burkhardt, Professor für Pathologie, einer der erfahrensten Professoren in Deutschland, der jetzt übrigens pensioniert ist, ebenso wie ich, hat sich diese Organe in den letzten sechs Monaten angeschaut.

Er hat Tag für Tag damit verbracht, sich diese Organe anzuschauen. Er hat etwas entdeckt, das so absolut vernichtend ist. Es gibt jetzt keinen Zweifel mehr was hier vor sich geht, und die Antwort liegt in den Organen dieser Menschen: In 90 % fand er klare Hinweise auf einen autoimmunen Selbstangriff durch Killer-Lymphozyten in den Geweben. Die wichtigsten davon waren das Herz (!) und die Lunge, und danach andere Gewebe wie Leber, et cetera, et cetera.

Und das ist jetzt auf der Website der Ärzte für COVID-Ethik veröffentlicht und verbreitet sich aktuell auf der ganzen Welt, weil diese Daten so vernichtend sind, daß man nicht anfangen muß, nach anderen Daten zu suchen um zu wissen, daß diese Impfstoffe junge wie alte Menschen umbringen. Sie töten die Jungen und die Alten! Und sie töten unsere Kinder! Und so weiß ich nicht, worüber wir noch reden.

Schaut euch diese Bilder an. Sieh dir diese Kugeln an, die verschossen werden auf die Menschen, die geimpft werden. Die Kinder, die ... Wir haben dieses Video gemacht und ich habe gesagt, wir sagen:

"Also gut, Kinder, stellt euch an die Wand. Das ist eine Wasserpistole und man wird mit dieser Wasserpistole auf euch schießen, und es wird nicht weh tun. Das Wasser mag in deine Augen gelangen und sie können brennen. Kati, die Augen können brennen, aber es wird nichts passieren und du schützt damit dich und du schützt deine Eltern und Großeltern."

Das ist doch alles Quatsch! Die Kinder werden wirklich an die Wand gestellt, und sie schießen! Diese verdammten Leute schießen, und sie bringen unsere Kinder um! Ich kann es nicht ertragen. Wir haben einen vierjährigen Sohn und wir werden aus diesem verdammten Land fliehen, weil wir es nicht zulassen werden, daß er erschossen wird.

Es ist nun bekannt, daß Autoimmunreaktionen, die zur Selbstzerstörung führen, durch diese Impfstoffe ausgelöst werden. Was Arne Burkhardt herausfand, war, daß bei 90 % - 90 Prozent

(!) der Verstorbenen im Alter von 28 bis 90 Jahren, Frauen und Männer, eins zu eins, die angeblich nicht wegen dieses Impfstoffs gestorben waren, fand er die gleichen pathologischen Befunde bei allen von ihnen. Und das beweist, daß der Impfstoff sie getötet hat. Nun, wenn der Impfstoff 90 Prozent dieser Menschen durch Selbstzerstörung des Herzens getötet hätte durch Autoimmun-Reaktionen ...

Wir können das nicht beweisen, aber der einzige gemeinsame Nenner war die Impfung mit diesem verdamnten genbasierten Impfstoff, der die Produktion dieser verdamnten Spikes in den Geweben ausgelöst hat. Es gibt keinen anderen Grund, daß sie gestorben sind. Es gibt keinen anderen Grund!

Jetzt hört alle gut zu: Vier dieser ersten 15 wurden nur einmal geimpft, und sie starben. Und das hat Arne Burkhardt herausgefunden, und ich sage Ihnen, Arne Burkhardt ist einer der erfahrensten Pathologen in Europa, und wenn er sagt, das ist so, ist es so.

Und er hat Bilder, die jetzt dokumentiert sind und niemals zerstört werden. Sie sind dort für jeden auf der Welt zu sehen und zu studieren. Wenn er sagt, daß Killer-Lymphozyten in den Körper eingedrungen sind, in die Herzen und in die Lungen und manchmal auch in andere Organe dieser Menschen, stellt sich die Frage: Warum zum Teufel dringen die Killer-Lymphozyten in die Organe ein?

Und die einzige Antwort ist, daß diese Organe die Ziele produzieren, die von diesen Killer-Lymphozyten gesehen werden. Und dieses Ziel ist das virale Protein, denn so hat die Immunologie seit den Anfängen der Menschheit funktioniert, und sie funktioniert auch jetzt noch so!

Jetzt schaut ihr Politiker und ihr Behörden euch diese Bilder an, schaut euch an diese Menschen, die gestorben sind, diese Menschen, die umgebracht wurden wegen Ihnen! Ich kann es nicht ertragen! Wie können wir weiter darüber debattieren? Der Beweis ist da, für die ganze Welt sichtbar.

Nun, lassen Sie mich Ihnen die nächste Sache sagen: Es ist völlig klar, daß die Mehrheit der Menschen, die geimpft werden, sei es ein oder zweimal geimpft werden, nach zweimaliger Impfung wird es natürlich schlimmer. Nach dem dritten Mal wird es schlimmer und schlimmer und schlimmer, weil das Immunsystem aggressiver und aggressiver wird.

Nun, zunächst sind durch die erste Injektion die Blutgefäße undicht geworden. Sie werden undicht, weil die Auskleidung der Gefäße zerkratzt und beschädigt wird, was wir schon vor einem Jahr gesagt hatten. Dann sickert die mRNA in Ihre Organe und der Herzmuskel und die Leber und die Lunge beginnen diese verdamnten Proteine zu produzieren und dann kommen die Killer-Lymphozyten, die jeder hat, jeder Mensch hat solche Killer-Lymphozyten, die dann die Organe zerstören. Das Herz zerstören, die Lunge, die Leber ...

Warum beendet ihr das nicht? Warum zwingt ihr nicht eure Politiker und eure Behörden das zu stoppen? Warum? Warum reden wir noch darüber?

Nun, die letzte Sache und dann bin ich fertig, hören Sie sehr genau zu: Das ist, was wir gesagt haben seit Monaten, indem wir darauf hingewiesen haben, daß diese verdamnten Impfstoffe natürlich in die Lymphknoten gelangen. Natürlich werden diese Lymphknotenzellen anfangen, diese verdamnten Spikes zu produzieren und natürlich diese Zellen, die die Spikes produzieren, sie werden getötet von den Killer-Lymphozyten, die wir alle haben. Was wird nun passieren? Fragezeichen?

Ihre Lymphozyten und die Zellen, die für die Immunkontrolle in Ihrem Körper verantwortlich sind, sterben ab. Sie sterben ab! Sie sterben in diesen armen Kindern, wenn sie geimpft worden sind. Sie sterben in diesen armen Menschen, Erwachsene zwischen 20 und 90 Jahren. Was passiert, wenn diese Wächter-Lymphozyten in Ihren Lymphknoten sterben? Sie sind verantwortlich für die Kontrolle von Viren, die schon in Ihrem Körper sind, wie Epstein Barr Virus, auf Deutsch Epstein Barr Virus, infektiöse Mononukleose.

Was, wenn man es nicht unter Kontrolle hat, explodieren wird. Okay! Herpesvirus, wenn du

das nicht unter Kontrolle hast, explodiert es und man bekommt eine Gürtelrose. Oh mein Gott, ist das so schwer zu verstehen? Ist es so schwierig?

Aber ich werde noch etwas anderes sagen: Es gibt so viel mehr verdammt gefährliche Infektionserreger, die in den Körpern von Milliarden von Menschen auf der Erde schlummern. Vor allem natürlich Tuberkulose! Wußten Sie, daß auch ich das Tuberkulose-Bakterium in mir trage? Aber ich halte es unter Kontrolle durch meine Lymphozyten in meinen Lymphknoten! Wenn ich diese Lymphozyten töte, denn sie werden von ihren Brüdern und Schwestern getötet, weil sie es wagen, dieses verdammte Protein zu bilden, wird mein Schutz gegen Tuberkulose zusammenbrechen!

Es gibt noch eine andere Krankheit namens Toxoplasmose, die in der ganzen Welt verbreitet ist. Besonders im Mittelmeerraum, und diese Toxoplasmose bricht aus, Gott steh' euch bei! Aber Gott helfe euch auch, wenn Tuberkulose ausbricht! Tuberkulose war einst die größte Todesursache der Menschheit.

Vor Monaten haben wir, die Ärzte für COVID-Ethik, eine Arbeit veröffentlicht, die Sie nachlesen können. "Impfung und Gürtelrose, was uns das sagt?" Und wir schrieben in diesem Aufsatz, daß wir befürchten, daß schlafende Infektionen mit Viren und Bakterien wie Tuberkulose explodieren werden. Aber wann sie explodieren, das weiß niemand! Tuberkulose braucht Zeit, um zu explodieren, diese Bakterien sind sehr langsam.

Erst vor zwei Tagen erhielt ich eine Mail von Kollegen hier in Deutschland und sie sagten: Seltsam, wir haben eine Patientin mit Symptomen in ihrem Unterleib, welche wir uns nicht erklären konnten. So etwas haben wir noch nie gesehen, und wir wußten nicht, was sie hatte. Sie hatte Fieber, sie hatte Schmerzen und sie litt. Punkt.

Aber nach etwa zwei Wochen, machten wir eine offensive Diagnostik und fanden heraus, daß sie Tuberkulose-Reaktivierung in ihrem gesamten Unterleib hatte. Und sie kämpft jetzt um ihr Leben, in diesem Moment, während wir miteinander sprechen! Denn Tuberkulose ist sehr schwierig zu behandeln, vor allem wenn sie multiresistent ist, was viele sind.

Ich sage voraus, wir haben das vorausgesagt, daß es wegen dieser verdammten Impfung zu einem Anstieg der Tuberkulose weltweit kommt, vor allem in den Ländern, in denen das Tuberkulose Bakterium in den Körpern der Menschen schlummert, und das ist Indien, Afrika, ganz Asien. Leider nicht unter den Politikern in Europa, die geimpft wurden, weil sie dann sehen würden, was es heißt, an Tuberkulose zu sterben.

Jetzt werde ich sehr emotional, denn mein Volk, die Thais, sind im Visier. Und die Menschen in Indien, und ich habe auch Wurzeln in Indien. Sie sind das Ziel. Und ich sage Ihnen, fragen Sie nicht danach, ob es sich um kurzfristige, mittelfristige oder langfristige handelt. Tuberkulose tötet dich auf lange Sicht, so, wie übrigens auch Tumore. Und Sie alle müssen wissen, daß es eine explosionsartige Zunahme von Krebs und Tumoren unter den Geimpften gibt, was niemand versteht. Aber es ist das gleiche Prinzip.

Die Lymphozyten in Ihrem Körper sind dafür verantwortlich, Tumorzellen unter Kontrolle zu halten. Und diese Tumorzellen entstehen jeden Tag, jede Stunde in Ihrem Körper. Und wenn du sie nicht früh erledigst, wirst du selbst erledigt. Also hören Sie auf, über Nebenwirkungen und Todesfälle zu reden. Fangen Sie an, nach diesen Signalen zu suchen. Fangt an, nach Viren zu suchen, Herpes, EBV, CMV, die die Kinder im Mutterleib töten. Alles klar? Tuberkulose, Toxoplasmose, Krebs. Und ich garantiere, Sie werden Dinge finden, die Sie entsetzen, wenn Sie nicht diesen Impfwahnsinn stoppen! Das ist es, was ich heute sagen wollte." <<

**13.02.2022**

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21620" berichtet am 13. Februar 2022 (x1.138/...): >>Whistleblowerin Dr. Astrid Stuckelberger: Verdeckte Steuerung der Länder durch die WHO

Wer immer sich gewundert hat, daß weltweit bei der Corona-P(1)andemie und den Corona-

Maßnahmen nahezu ein und derselbe Tenor herrscht, erhält in dem nachfolgenden Bericht der WHO-Whistleblowerin Dr. Astrid Stuckelberger eine plausible Erklärung für dieses Phänomen. Die WHO bestimmt über die Regierungen nahezu aller Länder! Dadurch besteht de facto längst eine Art Welt-Regierung.

Hören Sie nun selbst die spannenden Enthüllungen der WHO-Mitarbeiterin Dr. Astrid Stuckelberger.

Ich bin Dr. Astrid Stuckelberger. Seit mehr als 20 Jahren bin ich Expertin für Gesundheit, internationale Gesundheit, Forschungswissenschaft, Forschungsmethodik und Ethik. Ich habe einen Dokortitel im Bereich öffentliches Gesundheitswesen, bin Privatdozentin der Medizin an der medizinischen Fakultät von Genf, Lausanne und anderen medizinischen Fakultäten.

Ich bin Expertin bei der WHO, viele Male war ich Expertin; speziell für Pandemien von 2009 bis 2012 und habe sogar mit ihnen gearbeitet. Und ich habe häufig mit der WHO zusammengearbeitet hinsichtlich der Fragen zu Ethik, Pandemien, hinsichtlich sozialer Gesundheitsschäden und des Alterns. Es ist ein bißchen meine Familie, auch die UNO, andere Behörden, ILO, UNEP usw. Ich kenne mich da also sehr gut aus.

Während der Pandemie habe ich für die "Internationale(n) Gesundheitsvorschriften" gearbeitet und Kurse mit der Universität Georgetown und Pretoria entwickelt. Und das waren sehr gute Kurse - mit den Mitgliedstaaten, mit internationalen WHO-Experten und Epidemiologen.

Ich war für diese verantwortlich und rief ein Sommerseminar für Globale Gesundheit und Menschenrechte ins Leben. Und ich hatte drei Wochen bei der UNO und in einer davon ging es um "Internationale Gesundheitsvorschriften".

Von Bruce Plotkin, der nicht einmal Mitglied der WHO ist, sondern ein Berater der WHO für internationale Gesundheitsvorschriften, wurde ich dann zur WHO vorgeladen. Und er schimpfte mit mir wie mit einem Kind und sagte: "Astrid, du kannst an der Universität nicht 'Internationale Gesundheitsvorschriften' lehren." Wir hatten eine lange Diskussion. Mich begleitete auch eine Dame aus Tadschikistan, die in dem Kurs gesprochen hatte, und ich dachte: "Oh, mein Gott, was geht in der WHO vor, daß sie nicht wollen, daß wir das lehren?"

Mir wurde da klar, daß er keine Antwort hatte. Aber es lag klar auf der Hand, daß er keine Antwort hatte und daß da etwas faul war, etwas so Wichtiges zu verhindern, um etwas zu verhindern, das für die Ausbildung der Welt so wichtig ist. Jeder sollte geschult werden in Vorsorge, bereit zu sein für Pandemien, von den Bürgern bis hin zu allen Bereichen. Und das haben wir gelehrt - daß die Gesundheit nicht in den Händen der WHO liegt. Gesundheit liegt in ... (vielen) Händen. ... Es geht nicht um irgendein Gesundheitssystem, sondern um das Wirtschaftssystem, das Transportsystem, das Landwirtschaftssystem und alle Angehörigen der Gesundheitsberufe, das Personal in der medizinischen Grundversorgung, die Mütter.

Während dieser Zeit bei der WHO und auch danach habe ich deutlich gesehen, daß man nicht gewillt war, die Ausbildung und die Unterstützung der Ausbildung bei den Vereinten Nationen fortzusetzen, international und auch nicht vor Ort an der Universität Genf.

Und außerdem ging es eigentlich um einen Online-Kurs, es wäre also sehr leicht gewesen ihn durchzuführen, direkt mit Mitgliedstaaten online und dann zwei Wochen vor Ort. Und es war machbar, sogar Länder konnten von diesen Vorträgen und allem Gebrauch machen - alles war verfügbar.

Ich wollte - ich schlug vor, ein Buch zu machen, ein Ausbildungsbuch - Handbücher, so was mache ich gerne - und sie lehnten ab. Für mich ist das eindeutig ein Schwerpunkt in der Bildung, in der Weiterbildung. Und bei dieser Ausbildung ging es nicht nur um einen Vorsorgeplan. Es ging um Kommunikation, um eine transparente, ethisch einwandfreie Kommunikation, um den Menschen zu helfen, es zu verstehen.

Es ging um die Wissenschaft der Erkennung und der kontinuierlichen Einschätzung eines Erregers, der eine Pandemie auslöst. Es ging um das Überblicken eines solchen Notfalls, das

Respektieren der Menschenrechte, Überwachung und dann um Maßnahmen vor Ort. Also ein sehr umfassendes Schulungsprogramm. Und es ist ein Schock, daß sie das nicht fortsetzen. Ich denke, das ist ein Schlüssel!

Wenn man nicht weiß, was vor sich geht, wie jetzt gerade, dann gibt die Unwissenheit den Ton an. Es sind nicht nur die Medien, die Politisierung der Wissenschaft, sondern es sind die Menschen, die in Unkenntnis sind, deshalb ist es so schwierig. Kein Wunder also, daß heute niemand vorbereitet ist.

Die WHO ist eines der Organe unter dem Schirm der Vereinten Nationen, spezialisierter Programme, Behörden und bilateraler Aufsichtsbehörden. Es gibt also die WHO, die Internationale Arbeitsorganisation, die Vereinten Nationen für Menschenrechte, für Flüchtlinge, und dann gibt es noch die Menschenrechtskommission.

Da ist zum einen die WHO, die "Internationale Arbeitsorganisation" (ILO), der UN-Menschenrechtsrat, das UN-Flüchtlingskommissariat und dann die UN-Menschenrechtskommission.

Diese alle unterstehen der UN-Generalversammlung, die vom jetzigen Generalsekretär António Guterres bis 2022 geleitet wird, dem ehemaligen Leiter des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHRC).

Also sollte er als Generalsekretär ... und er kann uns als Generalsekretär im September sagen: "Wir, die WHO, müssen das untersuchen, denn da läuft etwas nicht, da wird etwas nicht angewandt; die internationalen Gesundheitsvorschriften sind verpflichtend, und sie werden nicht eingehalten."

Da ich in den Jahren 2009, 2012 intensiv mit der WHO und mit der Weltgesundheitsorganisation, der "Internationalen Gesundheitsvorschriften" im Rahmen des Umsetzungsplanes und sogar 2013 mit dem Hauptsitz der WHO-Europa zusammengearbeitet habe, habe ich gesehen, daß sie jetzt gegen alle Vorschriften verstoßen, die sie eingeführt haben.

Und an alle Menschen und Bürger, die jetzt zuhören: Sie können sich diese "Internationalen Gesundheitsvorschriften" ansehen. Ihre Artikel speziell zu den Menschenrechten schützen die Bewegungsfreiheit, sie schützen das Transportwesen und die Wirtschaft. Zweitens: Sie schützen Ihre privaten Daten. Und das wird jetzt nicht angewandt. Das ist, wie ich finde, alles eine Verletzung der "Internationalen Gesundheitsvorschriften".

Seit der Einführung dieser "Internationalen Gesundheitsvorschriften" im Jahre 2012 bis 2016, zu diesem Zeitpunkt veränderten sie die internationalen Vorschriften und übertrugen Tedros (Tedros Adhanom Ghebreyesus), dem Generaldirektor, immer mehr Macht, bis hin zu dem Punkt, daß einige Staaten seine Abberufung autorisiert haben und Leute intern sagten: "Er ist kein Experte, wir können ihn nicht in diesem Amt belassen." Das wurde gar nicht beachtet.

Also, der Chef der WHO hat viel mehr Macht bekommen. Nun, warum fügen sich die Mitgliedstaaten dem? Nun, die Mitgliedsstaaten ... das kann ich bereits bei mindestens vier Ländern belegen, haben mit ihren Präsidenten und Regierungen einen Vertrag als Unternehmensagentur unterzeichnet. Und ich kann Ihnen zitieren, daß die Schweiz spätestens 2014 unterzeichnet hat, und davor, denke ich, vielleicht England.

Die "City of London" spielt eine Schlüsselrolle darin, daß sie als Unternehmen eingetragen sind. Also ist die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft ein Unternehmen, das 2014 unterzeichnet hat und in Brüssel hinterlegt ist. Wir haben die Dokumente.

Ich habe mit Südafrika geredet und dort ist es genauso. Das Land Südafrika ist in New York als ein Unternehmen eingetragen unter dem Namen Council on International Educational Exchange (CIEE). Dann Frankreich, das als Unternehmen in Frankreich registriert ist, dann die Vereinigten Staaten. Man weiß, daß Washington als Unternehmen registriert ist bei der City of London und dem Vatikan im Jahre 1871. So war es; ich weiß nicht den heutigen Stand.

Wir haben also bereits vier Staaten, und ich denke, wir können das überall sehen:

Unsere Regierungen sind keine Demokratien. Unsere Regierungen sind Marionetten eines multinationalen Konzerns, der sein Geschäft mit Menschen macht.

Ich weiß, daß einige der Experten offen darüber gesprochen haben, - und sie sind weit mehr Experten als ich - Leute von der Wall Street. Sie sagten, daß jeder Mensch, der geboren wird, eine Sozialversicherungsnummer und eine Nummer hat, die direkt dem multinationalen Konzern an der Spitze weitergeleitet wird, welcher korrupt ist, und die Menschen wie allgemeine Güter benutzt, als Konsumgüter, Sozialpfandbriefe.

Und das ist meine Erklärung, die letzte Erklärung. Und das stammt von dem Anwalt Lin Wood (Lucian Lincoln "Lin" Wood Jr.) in den USA mit Cindy Powell, den beiden Anwälten um General Flynn und Präsident Trump.

Lin Wood verfügt über Dokumente und hat einige davon veröffentlicht, die belegen, daß einige Regierungen und z.B. der Oberste Gerichtshof bzw. ein paar Leute in Schlüsselpositionen erpreßt wurden: ihre Familien zu töten oder die Person selbst. Und wenn das nicht funktioniert, dann entführen sie sie, entführen ihre Kinder, töten die Kinder - das ist in den USA passiert - oder das Schlimmste, was sie verlangen, daß sie ein Kind mißbrauchen und das filmen oder daß sie ein Kind töten und das filmen. Sie haben also jegliche Art schrecklicher Korruption. Sie sind auch mit der Epstein-Bewegung verhandelt, also man kann sich vorstellen, was alles dahintersteckt.

Aber was ich damit sagen will, ist, daß die Regierungen in ein doppeltes, dreifaches Erpressungs-System verwickelt sind, und dies ist Teil dessen, was wir unbedingt zu untersuchen haben, was wir vor Gericht bringen müssen, damit wir unsere Freiheit wiedererlangen können.

Im WHO Management des Internationalen Gesundheitsnotstands gab es viele noch nie zuvor geschehene Dinge; vollkommen beispiellos. Die Tatsache, daß sie einen Test namens PCR verwendet haben, der ein Forschungsmittel, aber kein diagnostisches Mittel ist. Das ist niemals durch irgendeine Qualitätskontrolle beglaubigt worden, durch irgendeinen internationalen Konsens, lediglich durch die WHO selber. Also, das ist neu.

Eine weitere neue Sache ist, daß man die ganze Welt plötzlich in den Lockdown zwingt auf Grundlage eines Tests bzw. auf Grundlage dessen, was die WHO tut oder was die WHO den Medien sagt. Und ein drittes sind die Masken. Denn niemals hat es das bisher gegeben, das ist noch nie geschehen, daß sich die WHO für Masken ausgesprochen hat. Bis Juni gab es keine Masken. Ab Juni fördern sie diese und haben einen Beschluß gefaßt und gesagt: "Ok, Masken nur für Angestellte im Gesundheitswesen, nur für Ärzte."

Gut, das macht Sinn, ein bißchen zumindest. Oder für ältere Menschen, was nicht immer sinnvoll ist. Aber ab Oktober, so hieß es, sollten alle eine Maske tragen. Und sie diskutieren nicht mal über die Tauglichkeit der Masken, die Qualität der Masken, die Kennzeichnung. Wer hat die Qualität der Masken begutachtet? Und in der Tat schädigen die Masken die Menschen. Und wenn man durch zu viele Masken einatmet, entstehen eine bakterielle Lungenentzündung, Staphylokokken und ähnliche andere Dinge.

Das ist dokumentiert. Das ist sogar von Dr. Fauci dokumentiert, der gemeinsam mit vielen Wissenschaftlern in einem Journal 2008 einen Artikel dazu schrieb. Darin erklärte er, daß die Spanische Grippe mehr Menschen durch die Maske als durch die Grippe selbst umbrachte. Also, sehen Sie das Bild? Und jetzt machen sie mit dem Impfstoff weiter. So etwas hat es in der Geschichte der WHO noch nie gegeben.

Die WHO hat noch nie in ihrer Geschichte für Impfstoffe geworben und Propaganda dafür gemacht. Es ist also eine sehr merkwürdige politische Entscheidung, Propaganda für etwas zu machen, was nicht getestet, international nicht zugelassen, nicht untersucht wurde und dessen mittelfristige oder langfristige Auswirkungen wir nicht kennen. Und das ist der Punkt, an dem es schlimmer und schlimmer und schlimmer wird.

Was wir normalerweise mit Impfstoffen machen, ... starten wir mal mit SARS-CoV-1, als

nach SARS-CoV-1, einem Coronavirus, alle versuchten, einen Impfstoff herzustellen. Daher wurde natürlich eine Menge Geld für die Suche nach einem Impfstoff gegen das Coronavirus bereitgestellt. Der Impfstoff gegen die Corona-Familie ist dafür bekannt, daß er sehr leicht mutiert. Es ist eine Grippe und bekannt dafür, daß sie häufig mutiert. Also bis zum heutigen Tag, 20 Jahre später, hat niemand einen Impfstoff gegen das Coronavirus oder gegen SARS-CoV-1 gefunden.

Sogar Tierärzte haben gesagt, daß sie diesen Impfstoff ausprobiert haben - er funktioniert bei Tieren nicht. Und jetzt sehen Sie den Widerspruch: Wenn man nur etwas wissenschaftlichen Menschenverstand besitzt, und eins und eins zusammenzählt, dann merkt man: Heute stellen sie einen Impfstoff in drei Monaten her.

Wissen wir irgend etwas darüber? Wir gehen also hin, googeln und sehen, daß sogar Pfizer und AstraZeneca sagen: "Oh, wir haben keine Garantie, die Studien sind noch nicht abgeschlossen. Wir kennen die Ergebnisse noch nicht." Und wenn man noch etwas genauer liest, gibt es auch keine Daten zur untersuchten Population.

Es gibt keine Angaben zu ihrer Methodik. Für einen Wissenschaftler ist die Methodik jedoch ein Schlüssel. Man kann sehr korrumpiert werden, wenn man sich dahinter versteckt, daß die Leute für die Studie bezahlen - man wäre sofort aus dem Spiel. Und der zweite Punkt ist die Methodik: Wenn man einen Impfstoff oder eine Behandlung nicht an alten Menschen untersucht und testet und sie dann impft, macht das keinen Sinn, da man ja die Nebenwirkungen nicht kennt.

Und das geschieht seit langem systematisch in der Welt. Sie sehen also, sie haben den Impfstoff nicht einmal an schwangeren Frauen, Kindern und alten Menschen getestet. Und sehen Sie, was da passiert: Sie impfen schwangere Frauen, sie beabsichtigen Kinder zu impfen und alte Menschen - und zwar massiv. Und das ist nicht nur unmenschlich, es ist gefährlich! Es ist tödlich und es ist ein Verbrechen! Das ist wie eine Waffe!

In der UNO gibt es eine Biowaffenkonvention über biologische Toxizität. Und ich denke, wir sind auf dem besten Weg dorthin. Was sich jetzt gerade abspielt, hat es noch nie zuvor gegeben. Wir haben keine Rückinformation. Es ist nur eine Injektion. Wir wissen jetzt, daß es eine genetische Injektion ist. Es handelt sich um synthetische RNA, die noch nie zuvor verwendet wurde. Synthetische RNA hat Rezeptoren.

Die Spikes dringen in die Fortpflanzungsorgane des Körpers ein, sowohl beim Mann als auch bei der Frau. Sie gelangen also in ihr Fortpflanzungssystem und verändern potentiell die DNA. Und wir wissen nicht, wohin das führt, denn es hat solch einen Impfstoff noch nie gegeben - niemals zuvor! Und wir wissen, daß das Coronavirus die ganze Zeit am Mutieren ist. Das ergibt also keinen Sinn.

Professor Alexandra Henrion-Caude, eine Freundin von mir und Genetikerin - sie sagte: "Ich nenne das eine funktionelle Impfstoff-Injektion, einen genetischen Impfstoff." Denn funktionell bedeutet, daß es einen Motor der Veränderung gibt. Es ist nicht nur ein Impfstoff, der Antikörper bildet. Es ist ein Impfstoff, der eine Art funktionellen Motor hat, der etwas in Gang setzt und von dem wir nicht wissen, wohin das führt.

Aber drei Faktoren darin sind besonders gefährlich: Der Impfstoff löst eine sehr starke Autoimmun-Reaktionen aus, viel stärker, als man das bisher kannte.

Das Immunsystem, insbesondere bei jungen Menschen, kann durch diesen sehr starken RNA-Impfstoff getriggert (angestoßen, eine Lawine lostretend) werden.

Und des Weiteren setzt er sich auf die Rezeptoren der Fortpflanzungsorgane, d.h. man wird unfruchtbar, vollständig! Es ist wiederum der sterile, na ja der Krieg der Eugenik, den wir bereits bei anderen Impfstoffen, z.B. in Kenia, erlebt haben.

Und der letzte Punkt ist, daß sie tödlich ist.

Und heute haben wir Statistiken, die sind gewaltig. Das wird nicht unterstützt von den Medi-



en, aber wir sind am Sammeln. In den Medien wird dafür nicht geworben, aber wir sammeln. Wir sind Wissenschaftler, die sammeln. Und das ist absolut schrecklich. Es ist absolut schrecklich.

Es ist eine Hekatombe. Es ist unglaublich, wie viele junge Menschen Blutgerinnsel, Thrombosen haben - das vergaß ich zu sagen. Das Hauptproblem sind Thrombosen und Blutgerinnsel, die sich im Körper festsetzen, so daß das Blut nicht mehr gleichmäßig zirkuliert. Ich hoffe, daß es nicht zu spät sein wird, daß wir noch versuchen können, diese Menschen zu heilen.

Aber es ist ein Verbrechen gegen die Menschheit und es ist eine Biowaffe und daher sollten wir die Biowaffenkonvention der Vereinten Nationen aus der Abrüstungskonferenz anwenden. Sie zwingen bzw. eigentlich bezahlen sie die Regierungen - Leute persönlich oder erpressen sie vielleicht auch, daß sie den Menschen den Impfstoff aufzwingen. Wenn man also in ein Altenwohnheim kommt - mein Vater kam kürzlich vorübergehend in eines - mußte ich darauf bestehen, daß er nicht geimpft wird.

Er möchte es nicht. Respektieren Sie sein Recht. Ich mußte fortwährend kämpfen, um sicher zu stellen, daß er keine Impfung erhält. Denn die Regierung infiltriert die Staaten, dann die Krankenhäuser und Institutionen - es ist wie ein großes Netz an Organisationen, ein Organisationssystem, und es sickert weiter nach unten durch, ganz einfach. Und die Menschen befinden sich in einer Diktatur. Sie merken es nicht einmal. Sie sagen: "Oh, die Regierung hat Recht. Laßt uns der Regierung gehorchen."

Doch dieses Mal ist es eine korrupte Regierung, auf die eine oder andere Weise. Was Sie tun, ist, daß sie für einen Impfstoff bezahlen, der noch nie getestet wurde, für den es keine gültigen wissenschaftlichen Daten gibt, der von vielen, vielen Wissenschaftlern, die sich auf Impfstoffe spezialisiert haben, angefochten wurde. So etwas hat es vorher noch nie gegeben.

Gegen Coronaviren gibt es keinen wirksamen Impfstoff. Außerdem mutieren sie ständig, so daß es heute nicht mehr die gleiche Variante gibt. Außerdem wird man mit einem Impfstoff geimpft, der einen krank machen kann, denn in Israel infizieren sich 11 % von 100.000 Geimpften erneut mit einem Stamm, den wir nicht kennen. Der einzige Weg, dies herauszufinden, ist das Genom zu sequenzieren.

Es ist also ein wirklich großer Plan. Kompliziert, aber man kann sehen, daß das Finanzsystem... und ich kann Ihnen noch etwas sagen: Sie sind ... seit 2006 hat die IFFIm (International Finance Facility for Immunisation Company) eine Fremdfinanzierung durch Investoren, sie haben Wertpapiere für Impfstoffe am globalen Kapitalmarkt ausgegeben, wodurch mehr als 6,2 Milliarden Dollar durch 35 Wertpapier-Emissionen in acht Währungen erzielt wurden.

Sie halten das also für eine bahnbrechendes soziales Wertpapier, diese Impfstoff-Anleihen, und sie freuen sich darüber und denken, daß sie damit Leben retten, doch in Wirklichkeit spielen sie mit den Impfstoffen und dem menschlichen Leben wie Roulette im Casino. Und wir sind die Versuchskaninchen. Ich werde mich nicht impfen lassen.

In Wirklichkeit ist es aber ein Betrug, wenn man mit Geld um uns spielt! Wir sind nur kleine Marionetten, der Impfstoff ist ein Vorwand um Geld zu machen, um Kontrolle auszuüben und der Rest ist ihnen egal. Wir sind nur Teil eines Roulette-Spiels. Es ist ein gigantisches Risiko. Das ist wirklich ein Verbrechen gegen die Menschheit, eine Biowaffe.

Die WHO heute, so wie sie ist, respektiert weder ethische Empfehlungen, noch den ethischen Rahmen, den sie selber aufgebaut hat.

Ich war vier Jahre lang Mitglied der Ethikkommission, der Prüfungskommission, und zwar als eine Externe, denn man braucht immer einen externen Experten. Und wenn es um Ethik geht, gibt es vier ganz einfache Dinge: Tue Gutes, schade nicht, behandle alle gleich, und laß jeden selbst entscheiden - sie sind autonom. Das ist die Grundlage.

Nun, heute wendet die WHO nichts davon an. In den "Internationalen Gesundheitsvorschriften" steht drin, daß diese Ethik ein Menschenrecht ist, also achte den Menschen. Das ist das

Erste. Dann gibt es noch das Recht auf Wissenschaft, das nicht respektiert wird, das Recht auf Gesundheit wird ebenso nicht respektiert.

Was wir sehen, ist das Recht auf Krankheit, das Recht auf Behandlung, das sogar noch zensiert wird. Das Recht auf Impfung ist das einzige Recht, und das ist kein Menschenrecht. Was machen sie also heute? Und Sie können jetzt ein Jahr zurückblicken in der WHO. Alles, was sie gemacht haben seither, ist gegen die Menschen.

Es tut mir leid, das sagen zu müssen. Aber es ist alles andere, als die Menschen von einem Virus zu befreien. Noch heute, ein Jahr später, heißt es, das Virus sei tödlich. Es ist nicht das gleiche Virus. Sie nennen es Covid-19. Nein! Es hat 1.500 Varianten und Mutanten gegeben. Sie bewerben den Lockdown, sie bewerben die Masken. Die Maßnahmen, die ergriffen wurden, haben die öffentliche Wirtschaft und das öffentliche Leben, besonders die Restaurants in einen Lockdown gezwungen. Oder die Künste, die für viele Menschen heilsam sind - wenn man ins Museum geht, fühlt man sich gut -, über die ganzen Sportarten, auch den gesunden Teil, über alles, was gesund ist, wird der Lockdown verhängt, atmen mit einer Maske, was zu Krankheiten führt.

Die Tatsache, daß Sie gesund sind; sie haben die Rhetorik geändert. Sie sind krank. Sie sind die ganze Zeit krank. Sie müssen beweisen, daß Sie gesund sind. Und die einzige Möglichkeit, dies zu beweisen, ist der nicht-valide PCR-Test, und so geht das die ganze Zeit!

Die WHO agiert als Impfstoff-Verkäufer, als Propagandist. Das passiert unbemerkt. Und das Interessante ist, daß wir im Januar 2020 oder Dezember 2019, als es begann, nicht wußten, worauf sie damit hinauswollten. Aber dieser Plan war von Anfang an vorsätzlich bedacht, denn ihr Ziel war es, die Menschen mit diesem nicht stichhaltigen Test glauben zu lassen, daß sie krank sind und der einzige Ausweg die Impfung sei. Und drittens, daß Sie ansteckend sind. Selbst wenn Sie gesund sind, sind Sie ansteckend. Also sollten Sie sich einschließen und Ihre Maske aufsetzen.

Und selbst wenn Sie geimpft sind, müssen Sie weiterhin im Lockdown bleiben und die Maske tragen. Ist das nicht absurd? Wir befinden uns in einer ... Es ist ein Paradigmenwechsel im Gehirn, und wir müssen wirklich Gesundheit nachweisen.

WHO bedeutet ... WHO ist die Welt-Gesundheits-Organisation, nicht die "Welt-Krankheits-Organisation". Doch heute könnte man sagen, es ist die "Welt-Impf-Organisation". Denn sie haben mit GAVI (Impfallianz; eine öffentlich-private Partnerschaft) und den Mitgliedstaaten einen Plan ausgearbeitet, und der heißt: Impfstoffe zu verkaufen und diese sogar über Soziale Wirkungskredite zu finanzieren. Das ist der Punkt, an dem wir stehen.

Die Pandemie ist international und systemisch organisiert. Dieser Generaldirektor hat absolut keine Ahnung von Pandemie. Und das Problem ist, er zieht die Spezialisten, die ich zu SARS-CoV-1 kenne nicht zu Rate. Warum hat er nicht Gro Harlem Brundtland und Margaret Chan (Fung Fu-chun), zwei brillante Ärztinnen, geholt, um die Pandemie mit ihm zu managen. Wo sind sie? Wo ist ihre Stimme geblieben?

Die WHO hat ein Kommunikationsbüro und natürlich findet ihre Pressekonferenz, wie man weiß, regulär statt. Wegen des Lockdowns läuft viel online oder live. Normalerweise gibt es dabei einen sogenannten Schockraum, einen Raum einer speziellen Operation - ich besuche ihn immer mit Studenten, dort schaut man sich die ganze Welt an, was gibt es überall an Daten und dann wird das kommuniziert.

Was ich jetzt sehe, ist, es wird nicht kommuniziert. Sie diktieren einen Willen, nicht zu kommunizieren. Und es scheint - ja, nicht es scheint - sie ziehen nicht die Spezialisten zu Rate, die ich kenne. Ihre Live-Präsentationen sind sehr allgemein gehalten, verallgemeinernd; sie verändern Wörter, verändern Definitionen, geben keine präzisen Daten, keine präzise Wissenschaft.

Und was sehr schockierend ist, daß alle Medienstellen der Welt das Gleiche sagen, die glei-

chen Worte in den Läden, an den Flughäfen, in den Zeitungen und sie bezahlen die Medien, damit sie das bringen, was sie wollen. Das findet man im Covid-19-Gesetz. Also, wie könnte es da eine Debatte geben? Und dann bilden sie einfach einen Krisenstab aus Experten. Der Krisenstab in der Schweiz ist voller Interessenkonflikte.

Ich kann meine Kollegen, einen nach dem anderen aufzählen an der Universität Genf, im Institut, dem Tropeninstitut von Basel. Professor (Marcel) Tanner, er wurde durch die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung immens gefördert, die Universität Genf ebenso, die Universität Lausanne auch und die Wissenschaftler, die diese Pseudo-Pandemie leiten sollen, unterstützen in Wirklichkeit die Rhetorik der Presse, so wie es die Presse will, so wie es die Regierung will. Wir haben keine Debatte.

Wir haben Zensur. Zensur ist, wissen Sie das erste Zeichen einer Diktatur! Freiheit der Meinungsäußerung ist die Freiheit, die man daran erkennt, daß man frei reden kann. Und zur Zeit befinden wir uns in einem Science-Fiction-Streifen, im großen Stil! Die Politisierung einer neuen Wissenschaft, einer gefälschten Wissenschaft. Und das ist ziemlich dramatisch, denn es hat Konsequenzen für die Menschen, auf das Leben der Menschen, auf die Wirtschaft der Menschen. Menschen könnten gerettet werden - und sie zensieren Ärzte, sie zensieren Behandlungen, die funktionieren.

Die Menschen gehen in die Apotheken und beschlagnahmen den ganzen Vorrat an Ivermectin, das wirklich gut anschlägt. Sie gehen hin und stoppen Wissenschaftler, die dabei sind, eine gute Datenerfassung durchzuführen, indem sie sagen, daß diese nicht gültig sind, und sie stellen ihre eigenen Daten ein, die mit völligem Interessenkonflikt behaftet sind.

So hat die WHO zusammen mit den Medien, den Leitmedien, das System sehr gut analysiert. Und sie sind Kopf der internationalen Telekommunikationsagentur. Wenn man alles zusammenzählt, liegt das ganze System in ihren Händen. Und ich sage 'sie' - die stehen über Guterres (António Manuel de Oliveira Guterres: Generalsekretär der Vereinten Nationen und Vorsitzende des UN-Sekretariats).

Bill Gates ist Teil der GAVI. Darüber hinaus ist GAVI mit einem Vorstand besetzt, der in das System eingebunden ist und dieses fördert, und über GAVI hinaus wissen wir, daß die Rockefeller-Stiftung einen großen Anteil an der Finanzierung der globalen Gesundheit und des Wohlergehens hat. Das weiß jeder, daher kann ich das sagen.

Aber es gibt viele andere Behörden und Personen, die wir untersuchen müssen. Und was mich als Schweizer Bürgerin absolut schockiert, ist, daß GAVI, die "Globale Impfallianz" in ihrem Handeln, ihrer Entscheidung und in dem, was sie tut, völlige Immunität genießt.

Das heißt, sie haben eine höhere Immunität als die UN-Mitgliedstaaten, die Konsulate und Botschafter. Sie können jedes Verbrechen begehen, das sie wollen. Niemand kann ihr Büro, ihre Schränke oder ihren Computer inspizieren, und sie zahlen keine Steuern. Und wenn man einen Diplomatenpaß besitzt, genießt man diplomatische Immunität für sein Gepäck, für das, was man transportiert, was man kauft oder verkauft.

Und wie Sie wissen, haben wir eine geheime Bank in der Schweiz, so daß es auch sehr einfach ist, eine Menge finanzieller Dinge zu organisieren. Das ist die erste Sache - GAVI ist ein großer, großer Akteur, der mit der Schweizer Regierung, der Schweizer "FDA", Swissmedic einen Vertrag abgeschlossen hat. Sie entscheiden über unser Gesundheitssystem und Ihre Impfkampagne. Und ich vermute, daß sie das mit jedem Land der Welt gemacht haben.

Ich habe herausgefunden, daß die WHO, GAVI und die Schweizer Regierung Abkommen unterzeichnet haben darüber, wie die Pandemie zu managen ist, und zwar nicht nur die Immunität. Ebenso fand ich heraus, daß GAVI Partnerschaften mit bilateralen Behörden der Vereinten Nationen, wie der Weltbank und wahrscheinlich auch anderen, eingegangen ist.

Die Weltbank ist sehr wichtig, denn sie hat etwas geschaffen, was sich "IFFIm" nennt: "Internationale Finanzfazilität für Impfprogramme." Und dieser Mechanismus, das ist wirklich un-

glaublich, ist ein Mechanismus, der GAVI zu Fördergeldern und Spendern verhilft. Und diese Geber sind die Mitgliedstaaten.

So hat z.B. Italien über diesen Mechanismus Millionen für GAVI bereitgestellt. Sie haben einen Aktien- und Anleihemarkt, ein finanzielles System erschaffen, so daß jedes Mal, wenn das Land unsere Steuern an die IFFIm zahlt, sie in Wirklichkeit an GAVI gehen, um damit ihr Immunisierungsprogramm und den globalen Impf-Plan umzusetzen. ... Sie können den Plan unter WHO, 2016 finden.

Die öffentlich-private Partnerschaft zwischen GAVI und der WHO erstreckt sich also darüber hinaus. Sie erstreckt sich auf multinationale Konzerne und ebenso auf die Schaffung von Organen, die plötzlich mit dem Finanzsektor agieren. Ich möchte Ihnen nur ein paar Dinge nennen.

So hat die Weltbank zusammen mit GAVI und Bill Gates eine Partnerschaft für die Internationale Finanzierungsfazität für Impfungen, IFFIm, unterzeichnet, und diese IFFIm finanziert aktuell etwas namens CEPI, Koalition für Innovationen im Bereich der Epidemie Vorbeugung.

Und nur, daß Sie es wissen, diese ist führend in der Forschung im Bereich der Vorbereitungswissenschaft und Grundlage des Programms COVAX, das von Singapur und der Schweiz geleitet wird. Die WHO, GAVI und CEPI - d.h. eigentlich die Regierungen der Welt, Ihre Regierung, zahlt, damit die COVAX-Kampagne in der Welt umgesetzt wird.

Es wird mir immer klarer. Ich ... als Wissenschaftlerin muß ich Hypothesen aufstellen - aber es gibt Fakten. Wir müssen also die Hypothese überprüfen und untersuchen. Fakt ist, daß es eine große internationale, multinationale, vielleicht auch sehr kleine Gruppe von Leuten gibt, die über riesige Geldmengen verfügen, wahrscheinlich diejenigen, die das Geld in den privaten Notenbanken produzieren. Wie Sie wissen, sind viele der Banken privat und nicht öffentlich, und sie gehören nicht der Regierung. Ich denke, in den USA ist das so, in der Schweiz auch.

Also die Agenda dieser großen Koalition, die Familien - und Bill Gates ist Teil davon - machen keinen Hehl daraus, was sie tun wollen. Wenn man bedenkt, was Bill Gates 2015 in einer Fernsehansprache (Ted Talk) sagte, er sprach dort von einem Virus, einem schrecklichen Virus, einer Pandemie und von Entvölkerung. Er sagte, es gibt zu viele Menschen auf der Erde, wir müssen uns entvölkern. Das ist also eine Agenda, definitiv.

Aber das ist nichts Neues. Wenn Sie sich erinnern, diese Familien oder diese... viele Menschen haben bereits im Zweiten Weltkrieg mit Eugenik begonnen. Sie wollten eine Arische Rasse, sie wollten die Beste. Das war ihr Vorwand für die Entvölkerung. Und das gab es schon vor den anderen Kriegen, das ist also nicht neu.

Neu ist, daß wir heute deutlich sehen, daß sie versuchen, die Freiheiten der Menschen einzuschränken, die Freiheit der Menschen stört sie wirklich. Sie wollen jegliches Denken, jede Emotion und jedes Erkennen auslöschen. Übrigens ist dieser Nasen-Abstrich (auch) ein Novum, denn man kann den Speichel nehmen und die DNA testen.

Doch genau diese Stelle zu nehmen, ist Absicht. Eine der Absichten ist, daß dort die empfindlichsten Flimmerhäärchen sitzen, die täglich Ihr Gehirn und das gesamte Areal hinter Ihren Augen, die Zirbeldrüse regenerieren, usw. Und wenn man das berührt, berührt man auch das Gehirn. Wenn Sie diesen Bereich also in irgendeiner Weise verunreinigen, etwas dort hineinbringen oder sogar zerstören, kann das wirklich Folgen für Ihr Altern und Ihre Langlebigkeit haben.

Das ist für mich einer der Punkte auf ihrer Agenda: Sie tun alles, um in diesen Bereich einzudringen. Selbst das Temperaturmessen... Als mein Vater im Altersheim war, kam die Schwester mit dem Thermometer und setzte den Laser auf meine Stirn. Und ich sagte: "Halt! Was ist das?" Das hat es noch nie gegeben, sie setzen den Laser direkt zwischen deine Augen und

wissen nicht einmal, was sie tun. Sie benutzen unschuldige Menschen, indem sie ihnen ein Protokoll aufzwingen, das überall auf der Welt dasselbe ist.

Es ist also klar, sie wollen zerstören, eine Entvölkerung, sie wollen die Überlebenden so zerstören, daß sie mit einem völlig funktionsunfähigen Gehirn überleben und gehorchen werden. Sie wollen sogar Nanotechnologien unter die Haut plazieren, einen ID-Paß mit dem Impfstoff herstellen, damit man deutlich sieht, daß Technologie die Menschen leiten wird.

Und da dieser "Gesundheitsexperte", Bill Gates, in Wirklichkeit ein Technologie-Experte ist, der von Gesundheit keine Ahnung hat, hat er natürlich die Absicht, seine Technologie sehr fortschrittlich einzusetzen.

Man muß sich einmal ansehen, wie weit die Technologie heute fortgeschritten ist. Man kann per WLAN nanotechnologische Daten senden. Auch Ihre DNA können sie per WLAN senden. Das ist also auch eine sehr große Agenda: Es geht darum, mittels Technologie die Menschen zu kontrollieren.

Und vielleicht der letzte, aber sehr interessante und sehr wichtige Punkt ist, den Menschen ihr Glaubenssystem, ihre Spiritualität und ihre Menschlichkeit zu nehmen, denn sie schließen Kirchen, sie schließen Dinge, die Menschen spirituell machen. Sie sind dabei, alle Naturheilkundigen auszulöschen. Sogar in der Schweiz - man läßt Ärzte praktizieren, Heilpraktiker aber nicht.

Der Plan ist, damit weiterzumachen und ihn immer engmaschiger zu machen, bis sie jeden per Technologie, mit dem ID-Impfpaß kontrollieren. Das ist ihr Ziel. Sie wollen uns ... (und später alle) menschenähnlichen Wesen kontrollieren, Halb-Menschen, die Chips haben und von dieser Nanotechnologie kontrolliert werden, die wie Science-Fiction aussieht, aber bereits existiert.

Wie Sie wissen, gibt es diese elektronischen Tattoos. ... Ich schreibe viele Rezensionen über Innovationen im Bereich des Alterns, und elektronische Tätowierungen können Ihr Gehirn und Ihr Herz überwachen und noch viel mehr als das. Man kann sie implantieren und damit das Gehirn steuern. Deshalb machen sie das nämlich.

Das ist der erste Punkt, nämlich daß Wissenschaft und Technologie viel weiter sind, als was wir heute sehen. Unser Verstand ist linear, aber die Technologie ist exponentiell, das ist das "Moore'sche Gesetz" des Intel-Mitbegründers. Das wird also ewig so weitergehen, denn was sie tun, das können Sie jetzt sehen, ist, daß wir dachten, also die sich impfen ließen, dachten, daß die Impfung sie befreien würde.

Und im Gegenteil! Sie sind geimpft und abhängig von dem, was sie Mutation nennen, das benutzen sie als Trick. Sie sagen also, oh, jede Mutation - immer mit dem falschen Test. Es gibt eine Mutation und dann einen neuen Impfstoff. Die Menschen müssen sich jetzt also nicht nur zweimal impfen lassen, was bei der experimentellen Injektion ebenfalls ein Novum ist, sondern sie müssen auch weiterhin Masken tragen, sich abschirmen und Abstand halten.

Das ist keine Lösung. Sie denken, Sie könnten reisen, aber dann werden Sie einen ID-Impfpaß haben, der Sie zwingt, sich regelmäßig impfen zu lassen, damit man Sie mehr und mehr kontrollieren kann. Ihre Gesundheit, vielleicht ihre Beseitigung, das ist wirklich grausam. Fakt ist, das können wir sehen, daß der Plan für 2031 schon in den Papieren der Regierung steht - und man muß danach suchen - da ist bereits ein Plan.

Das andere Zeichen ist, daß die Johns-Hopkins-Universität einen Pandemie-Plan für SPARS 2025-2028 herausgegeben hat. Also, sie hören nicht auf. Sie werden so lange weitermachen, wie die Menschen ihnen glauben. Sie werden ihnen SPARS und alles andere vorgaukeln. Um jede Grippe wird ein dramatisches Tamtam gemacht.

Also jede Grippe: Du bist krank und wirst sterben. Und die Menschen haben solche Angst vor dem Tod. Sie denken, daß sie ihr Leben ... riskieren, für Leute, die sie belügen. Sie glauben einer Regierung, die sie anlügt. Sie nutzen also die Angst. Und diejenigen, die Angst haben

und sich nicht ändern, werden wahrscheinlich leider sterben.

Deshalb rufe ich die Menschen auf, aufzuwachen und ihre Gesundheit zurückzuerobern. Glaubst nicht an die Regierung, sie schafft eine immerwährende Pandemie!

Es ist eine ewige Pandemie. Das ist der schlimmste Alptraum, den man haben kann... sein ganzes Leben lang in fortwährender Angst zu sein, ... ständige Impfungen. ...Sie wissen schon. Also, Sie sehen, das ist es, was sie wollen, und sie tun es vor aller Augen. Das ist so verrückt.

Aber ich bin froh, daß die USA die Impfpflicht abgelehnt haben und auch der Europarat in seiner Resolution Ende Januar 2021. Das ist eine sehr wichtige Resolution zu Covid-19 und 7.3. Die 7.3 besagt, daß es keine Verpflichtung gibt und niemals geben wird, sich impfen zu lassen.

Und das ist Nürnberg ... Wissen Sie, der "Nürnberger Kodex" bedeutet, daß man Menschen als Versuchskaninchen nimmt und an ihnen experimentelle Injektionen durchführt. Die Pharma hat die Medizin schon so lange beherrscht, mehr als hundert Jahre und sogar noch früher, daß in der Fakultätsmedizin nur der Bildungsinhalt existiert von "du bist krank - Diagnose mit einer Maschine - und dann bekommst du eine Behandlung und die ist immer mit meinen Medikamenten".

Ich denke, dieses System muß zerschlagen werden und die Hauptakteure müssen vor Gericht gestellt werden.

Aber auch die Organisation, die eine Schlüsselrolle gespielt hat und die absichtlich Dinge vorangetrieben hat, von denen sie wußte, daß sie tödlich sind. Ich meine Krankenhäuser, Krankenhausdirektoren, die Geld erhalten und bestochen werden.

Das muß vor Gericht gebracht werden. Aber es gibt noch etwas, was wir tun müssen und das ist, unser Geld zurückzuholen! Die Millionen, Milliarden. Ich meine, die Schweiz hat 400 Mio. Schweizer Franken gegeben, das entspricht ungefähr dem Dollar, 400 - etwas mehr als 400 Mio. Dollar für den Pandemieplan, für die Koalition, für die Pandemie bereitgestellt. Und Italien hat auch einen großen Betrag gespendet, jedes Land hat gezahlt. Das muß zurückgegeben werden! All das Geld, das mit PCR-Tests, mit Impfstoffen, mit all dem Geld, das sie produzieren, gemacht wurde, muß zurückgezahlt werden.

Und die Menschen müssen eine Welt ohne Steuern haben, denn wir haben diesen multinationalen Konzernen Steuern gezahlt. Und wir schaffen eine Welt, die viel schöner, viel freier und regionaler ist. Wir bleiben international, aber wir müssen zu einer lokalen Verwaltung zurückkehren.<<

**15.02.2022**

**Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21641" berichtet am 15. Februar 2022 (x1.150/...): >>Deutschlands Atom- und Kohleausstieg: Totalkollaps vorprogrammiert?**

Mehrere Tage oder Wochen ohne Strom! Wer mag sich das vorstellen? Ist sich die Bundesregierung des Risikos eines Blackouts bewußt, und sind wir vorbereitet? Offenbar nicht, wie es diese Sendung zeigt. ...

Ich stehe hier vor einem Lausitzer Braunkohlekraftwerk. Angesichts des von der Regierung geplanten Atom- und Kohleausstiegs wird die Sicherstellung der Stromversorgung immer mehr in Frage gestellt. Das beschäftigt nicht nur die Regionen, in denen die Kraftwerke betrieben werden, wie hier in der Lausitz.

In ihrer Sendung "Droht der Winter-Blackout?" vom 23. November 2021 berichtete die Tagesschau von mehrstündigen Stromausfällen in einigen Städten Deutschlands. Vielleicht waren Sie, lieber Zuschauer, auch betroffen und standen hilflos dieser Situation gegenüber, in der nichts mehr geht? Erschrockenheit und Fragen standen im Raum: "Was ist jetzt passiert? Wie lange wird der Ausfall dauern?"

Solange es sich nur um einige Stunden handelt, ist ein Stromausfall sicher noch zu verschmerzen. Wenn die Lichter allerdings länger dauernd und großflächig ausgehen, dann "gute Nacht!" Das sieht dann nach einem Blackout aus. Was aber passiert bei einem Blackout? Um eine minimale Vorstellung der Auswirkungen zu vermitteln, reißen wir hier lediglich einige Szenarien an, wie sie z.B. ein Hersteller von Stromaggregaten beschreibt:

Erster stromloser Tag: Einsatzkräfte im Höchsteinsatz: Verkehrschaos durch ausgefallene Ampeln oder Bahnen, die mitten auf Kreuzungen zum Stehen kommen. Massive Probleme in Großbetrieben der Landwirtschaft (Ausfall von Lüftungs-, Fütterungs- und Melkanlagen)

Zweiter stromloser Tag: Enormer Ansturm auf Banken, keine Treibstoffversorgung mehr, kein Wasser mehr aus der Leitung, nicht mal die Toilettenspülung funktioniert, üble Geruchsbelastung und Hygieneprobleme.

Dritter stromloser Tag: Wegen überlasteter Netze kann man nicht mehr oder nur schwer telefonieren, immer knappere Lebensmittelversorgung, Raub und Plünderungen.

Vierter stromloser Tag: Beatmungsgeräte in Krankenhäusern fallen aus, Medikamente können nicht mehr nachgeliefert werden. Immer schlechter werdende hygienische Bedingungen, Notaufnahmen sind überfüllt und das Personal maßlos überfordert ...

Nach nur einer Woche ist die fehlende Stromversorgung auch für Atomkraftwerke ein Problem. Die Treibstoffreserven für das Notstromaggregat gehen zu Ende, Brennstäbe können nicht mehr gekühlt werden mit der Folge von Atomunfällen. Auch in abgeschalteten Atomkraftwerken brauchen die Brennelemente eine mindestens 5 Jahre dauernde Kühlung, um eine Kernschmelzung der Brennelemente zu vermeiden.

Doch egal, ob der Blackout ein paar Tage oder einige Wochen dauert: Ist der Strom wieder am Netz, dauert es trotzdem noch geraume Zeit, bis wieder ein "Normalzustand" herrscht.

Was uns derzeit hier in Deutschland noch weitestgehend vor der Katastrophe "Blackout" bewahrt, sind die letzten verbliebenen Atom- und Kohlekraftwerke. Sie mußten seit der Umstellung auf Wind- und Sonnenenergie immer häufiger eingesetzt werden, um bedrohliche Spannungsschwankungen innerhalb des Stromnetzes auszugleichen.

Dennoch schaltete die Regierung drei Atomkraftwerke planmäßig Ende 2021 ab und möchte Ende 2022 auch noch die allerletzten drei abschalten, obwohl Leitungen und Speichermöglichkeiten für die Sonnen- und Windenergie noch fehlen!!!

Das für solch einen Ausstieg notwendige neue Netz steht längst noch nicht.

Warnenden Stimmen von Energie-Experten z.B. Herbert Saurugg, Detlef Fischer, Jürgen Hambrecht oder Manfred Haferburg wird in den Medien kaum Gehör geschenkt - genauso wenig Politikern wie z.B. Steffen Kotré von der AfD oder Alexander Mitsch von der Werte-Union, die eine Gegenmeinung zum übereilten Atomausstieg vertreten.

Die Bundesregierung dürfte über einen Blackout sehr gut informiert sein. Bereits 2010 gab das Büro für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) eine Studie zu diesem Thema heraus. Das TAB ist vom deutschen Bundestag beauftragt, wissenschaftlich-technische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft umfassend und vorausschauend zu analysieren. Das Fazit besagter Studie deckt sich voll und ganz mit der Einschätzung vorhin genannter Energie-Experten:

"Die Folgeanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen in betroffenen Gebieten die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens-)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundsätzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Ein gesellschaftliches Risikobewußtsein sei trotz dieses Gefahren- und Katastrophenpotentials nur in Ansätzen vorhanden".

Seit Herausgabe dieser Studie ist jedoch nicht wirklich viel geschehen, um der Gefahr eines Blackouts entgegenzuwirken.

Hier liegt die Frage nahe, weshalb die Bundesregierung in vollem Wissen um die durchaus drohende Gefahr eines Blackouts die letzten Kraftwerke unbeirrt abschafft mit dem Risiko eines Totalkollapses und unserem Land das dringend benötigte Auffangnetz entzieht?

Bereits Franklin Roosevelt (1882-1945) war überzeugt: "In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, daß es auch auf diese Weise geplant war."

*Liebe Zuschauer, wir haben hier nur einen extrem kleinen Ausschnitt möglicher Folgen aufgezeigt. Wenn Sie mehr wissen wollen oder sich auf einen längeren Stromausfall vorbereiten möchten, können Sie sich in den angehängten Quellen unterhalb der Sendung weiter informieren.*

*Über Zusammenhänge, Hintergründe und Beweggründe für diese Entwicklung empfehlen wir auch die Sendung "Blackout - nächster Akt im globalistischen Planspiel?" (kla.tv 20150).<<*

**19.02.2022**

**Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21745" berichtet am 19. Februar 2022 (x1.049/...): >>Covid-Betrug - 80 Gründe für "Geld zurück!"**

Ivo Sasek faßt in der Langversion 80 brisante Faktenlagen zum Covid-Betrug beweisgewaltig zusammen und fordert ein weltweites "Krisen-Profit-Verbot"! Über 120 auserlesene und verifizierte Quellen aus aller Welt untermauern jedes einzelne "Geld-Zurück-Argument".

Die verschiedenen Pharmaunternehmen dürfen sträflicher Weise ihre Studien auf Wirksamkeit, Sicherheit und Verträglichkeit am Menschen bis ins Jahr 2024 nachreichen.

Pfizer ist als Betrügerin und mutwillige Massenmörderin aufgefliegen. Bei alledem konnte sie ihren Umsatz alleine im 3. Quartal 2021 auf \*24,1 Milliarden Dollar\* verdoppeln.

... darum braucht diese Welt ein generelles "Krisen-Profit-Verbot". Dieses muß über einen Welt-Entscheid herbeigeführt werden. Eine große Arbeit!

Vor dem 17.5.2021 befand sich noch auf verschiedenen Maskenverpackungen derselbe Hinweis, wie etwa bei den FFP2-Masken: "Nicht geeignet bei Partikeln radioaktiver Stoffe, Viren und Enzymen". Trotzdem hat man aller Welt solche Masken aufgezwungen. Doch wurde nach dem 17.5.2021 genau dieser Vermerk "schützt nicht gegen Viren" mutwillig entfernt - und zwar nicht nur von Maskenverpackungen, sondern in der Schweiz zum Beispiel auch aus den Registern der eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit EKAS. - Also all dies völlig bewußt bei fortgesetztem Maskenzwang.

Wißt ihr was? Das ist nichts Minderes als ein gigantischer Skandal - ein Weltbetrug - ein Gesundheitsskandal ohnegleichen!

Nicht eine Corona-Pandemie hat diese Welt nämlich fest im Griff, noch nicht einmal eine mittelschwere Grippe - sondern einzig eine nach Weltherrschaft strebende Korona, sprich Vereinigung von Funktionären, hat diese Welt fest im Griff.

Das ist nämlich ein Geheimbund, den wir da finanzieren. Gates ist dort nämlich regelmäßiger Teilnehmer. Und ihn treibt schon lange die unseriöse Idee, die Weltbevölkerung mit Impfungen zu reduzieren. - Hört ihn euch an:

Bill Gates: "Hier sehen wir ein Diagramm, das die gesamte Weltbevölkerung über die letzten paar Hundert Jahre darstellt. Und das ist auf den ersten Blick etwas beängstigend. Auf der Welt leben heute 6,8 Milliarden Menschen. Das steigt auf etwa 9 Milliarden an. Wenn wir bei den neuen Impfstoffen wirklich gute Arbeit leisten, könnten wir diese Zahl vielleicht um 10 oder 15 Prozent senken." "Das Virus ist nicht gefährlicher als eine Grippe, mit einer Sterblichkeitsrate von 0,14 bis 0,15 %.

Es gibt aber, konservativ geschätzt, mindestens 500.000 Tote nach Beginn der Impfung." Prof. Dr. Bergholz bezeichnete den Anstieg an Toten durch die Impfung im Vergleich zu den 20 Vorjahren als "dramatisch". Von etwa 20 Verstorbenen pro Jahr stieg die Zahl auf 1.230 in sieben Monaten.

Ebenso berichtet Prof. Dr. Kuhbandner, daß der Anstieg der Todesfälle zu 98 % deckungs-



gleich mit dem Anstieg der Impfungen einhergehe! Auch bezeugte er, daß es 2019, also vor der sog. "Pandemie" mehr Todesfälle gab als 2020 inmitten der sog. Pandemie - während der Pest weniger Tote als in der Pest.

Was die vergleichbar gemeldeten Todesfälle nach Corona-Impfbeginn im Vergleich zu den Todesfällen vor Impfbeginn betrifft, mußte auch das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) für das Jahr 2021 eine unfassbare Steigerung von gar ca. 24.000 % zugeben. Diesem Anstieg fehlte allerdings noch jede Dunkelziffer. Eine deutsche und eine amerikanische Dunkelziffer-Studie brachte ans Licht, daß sich bei Impfschäden maximal 1 bis 5 % der Geschädigten überhaupt melden. Somit dürften sich diese astronomisch angestiegenen Schädigungs- und Todeszahlen seit Covid-Impfbeginn nochmals um etwa 95 bis 99 % erhöhen.

Allein im Jahr 2021 brachen weltweit 108 Profi-Fußballspieler kurz nach der Corona-Impfung tot zusammen - mitten auf dem Spielfeld. Diejenigen, die Herzattacken überlebt haben, mußten ihre Karriere beenden.

Fordert aufgrund all dieser genannten Fakten und "faulen Produkte", daß man euch euer "Geld wieder zurückgibt!" Schon mit der Rückgabe der "Krisenprofite" von Seiten der 100 größten "Covid-Profiteure" wären nämlich die meisten Kollateralschäden weltweit gedeckt.

Der Umsatz von BioNTech, um nur gerade einen Pharmariesen von zahllos Weiteren zu nennen, hat sich 2021 im Vergleich zu 2019 um das 277-Fache erhöht. 30 Milliarden Umsatz haben sie letztes Jahr allein mit Covidspritzen reingeholt. Bei allen übrigen Beteiligten "Groß-Krisen-Profiteuren" bewegen sich die Krisenprofite in ähnlich astronomischen Höhen - und es gibt Hunderte, ja Tausende weitere verschiedene Nutznießer davon, die sich in Milliarden- bis Billionen-Profitbereichen bewegen.

Weil wir es aber mit skrupellosen Profiteuren zu tun haben, die es glänzend verstehen, Krisen nicht nur künstlich zu erzeugen, sondern aus diesen Krisen dann auch noch mächtig Profit schlagen - darum braucht diese Welt ein generelles "Krisen-Profit-Verbot".

Ein weltweites Krisen-Profit-Verbot entwaffnet nicht allein die Covid-Krisen-Profiteure, sondern mit ihnen auch gleich alle Kriegs-Profiteure, Umwelt-Katastrophen-Profiteure, Finanzkrisen-Profiteure, Klima-Krisen-Profiteure...

Denn wir, das vereinigte Volk, sind das noch ausstehende Weltgericht - wenn wir uns wie 1 Mann dazu aufmachen, uns mit einer Stimme erheben und das eben erklärte Krisen-Profit-Verbot unwiderruflich einfordern, dann glaube ich, wird der Himmel mächtig mit uns sein.

Von Ivo Sasek<<

**24.02.2022**

**BRD: Die Tageszeitung "Berliner Zeitung" berichtet am 24. Februar 2022: >>"Alarmsignal": Impffolgen: Krankenkasse BKK schreibt Brief an Paul-Ehrlich-Institut**

Die Krankenkasse BKK hat Millionen Versicherten-Daten ausgewertet. Die angegebenen Fallzahlen des Paul-Ehrlich-Instituts zu Impffolgen sind demnach zu niedrig.

Eine große deutsche Krankenkasse hat Zahlen zu Nebenwirkungen von Covid-Impfstoffen erfaßt. Das Ergebnis sei "ein erhebliches Alarmsignal". Nach Angaben der BKK ProVita liegt die Zahl der Nebenwirkungen um ein Vielfaches höher als die, als die durch das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) offiziell bekannt gegeben werden.

In einem Brief an das PEI (liegt der Berliner Zeitung vor) heißt es: "In unseren Augen liegt eine erhebliche Untererfassung der Impfnebenwirkungen vor". Der Vorstand der BKK ProVita, Andreas Schöfbeck, sagte der Welt dazu: "Gemäß unserer Berechnungen halten wir 400.000 Arztbesuche unserer Versicherten wegen Impfkomplicationen bis zum heutigen Tag für realistisch."

Die Krankenkasse hat die Daten von Millionen Versicherten der BKK-Gruppe analysieren lassen. Aufgrund der ausgewerteten Daten kommt Schöfbeck zudem zu dem Schluß, daß "Gefahr für das Leben von Menschen nicht ausgeschlossen werden kann". Schöfbeck hat sich

jetzt mit einem Brief an Prof. Dr. Klaus Cichutek, den Präsidenten des Paul-Ehrlich-Instituts gewandt. Das Schreiben ging auch an den GKV-Spitzenverband, die Bundesärztekammer, die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die Ständige Impfkommission und den BKK Dachverband. Die Berliner Zeitung veröffentlicht den Brief mit der Überschrift "Heftiges Warnsignal bei codierten Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung" im Wortlaut.

Der Brief im Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Cichutek, das Paul Ehrlich Institut hat mittels Pressemitteilung bekannt gegeben, daß für das Kalenderjahr 2021 244.576 Verdachtsfälle für Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung gemeldet wurden. Die unserem Haus vorliegenden Daten geben uns Grund zu der Annahme, daß es eine sehr erhebliche Untererfassung von Verdachtsfällen für Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung gibt. Dazu füge ich meinem Schreiben eine Auswertung bei.

Datengrundlage für unsere Auswertung sind die Abrechnungsdaten der Ärzte. Unsere Stichprobe erfolgt aus dem anonymisierten Datenbestand der Betriebskrankenkassen. Die Stichprobe umfaßt 10.937.716 Versicherte. Uns liegen bisher die Abrechnungsdaten der Ärzte für das erste Halbjahr 2021 und circa zur Hälfte für das dritte Quartal 2021 vor. Unsere Abfrage beinhaltet die gültigen ICD-Codes für Impfnebenwirkungen. Diese Auswertung hat ergeben, obwohl uns noch nicht die kompletten Daten für 2021 vorliegen, daß wir anhand der vorliegenden Zahlen jetzt schon von 216.695 behandelten Fällen von Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung aus dieser Stichprobe ausgehen.

Wenn diese Zahlen auf das Gesamtjahr und auf die Bevölkerung in Deutschland hochgerechnet werden, sind vermutlich 2,5-3 Millionen Menschen in Deutschland wegen Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung in ärztlicher Behandlung gewesen. Das sehen wir als erhebliches Alarmsignal an, das unbedingt beim weiteren Einsatz der Impfstoffe berücksichtigt werden muß.

Die Zahlen können in unseren Augen relativ leicht und auch kurzfristig validiert werden, indem die anderen Kassenarten (AOKen, Ersatzkrankenkassen etc.) um eine entsprechende Auswertung der ihnen vorliegenden Daten gebeten werden. Hochgerechnet auf die Anzahl der geimpften Menschen in Deutschland bedeutet dies, daß circa 4-5 Prozent der geimpften Menschen wegen Impfnebenwirkungen in ärztlicher Behandlung waren.

In unseren Augen liegt eine erhebliche Untererfassung der Impfnebenwirkungen vor. Es ist ein wichtiges Anliegen die Ursachen hierfür kurzfristig auszumachen. Unsere erste Vermutung ist, daß, da keine Vergütung für die Meldung von Impfnebenwirkungen bezahlt wird, eine Meldung an das Paul Ehrlich Institut wegen des großen Aufwandes vielfach unterbleibt. Ärzte haben uns berichtet, daß die Meldung eines Impfschadenverdachtsfalls circa eine halbe Stunde Zeit in Anspruch nimmt.

Das bedeutet, daß 3 Millionen Verdachtsfälle auf Impfnebenwirkungen circa 1,5 Millionen Arbeitsstunden von Ärztinnen und Ärzten erfordern. Das wäre nahezu die jährliche Arbeitsleistung von 1.000 Ärztinnen und Ärzten. Dies sollte ebenso kurzfristig geklärt werden.

Deshalb ergeht eine Durchschrift dieses Schreibens auch an die Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung. Der GKV-Spitzenverband erhält ebenso eine Abschrift dieses Schreibens mit der Bitte entsprechende Datenanalysen bei sämtlichen Krankenkassen einzuholen. Da Gefahr für das Leben von Menschen nicht ausgeschlossen werden kann, bitten wir Sie um eine Rückäußerung über die veranlaßten Maßnahmen bis 22. Februar 2022, 18 Uhr.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Schöffbeck Vorstand<<

**25.02.2022**

**BRD:** Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtet am 25. Februar 2022 (x1.137/...):

**>>Hohe Zeit für transatlantische Dumpfbacken**

Ein Artikel von *Albrecht Müller*

Zugegeben, es ist ausgesprochen schwierig, sich eine sachlich fundierte und abgewogene Meinung zur militärischen Intervention Rußlands und zur Entwicklung der Ukraine insgesamt zu bilden. Eine rationale Abwägung der Ursachen und der Umstände des schrecklichen Krieges in der Ukraine scheint nicht mehr möglich zu sein. So der Eindruck nach den Erklärungen von Scholz, Baerbock, Merz und der weitgehend mit ihnen korrespondierenden Medien.

Sie verweigern die Wahrnehmung des Zusammenhangs zwischen der Entscheidung Rußlands und dem Vorlauf transatlantischer und auch militärischer "Tätigkeit" in der Ukraine; sie personalisieren (Putin) in extremer Weise und übersehen die eingetretene gefährliche Konstellation:

Rußland ist in die Enge getrieben. Bis hierher und nicht weiter, lautet der gezogene Schlußstrich. Wenn man diese Konstellation erkannt hat, dann muß man um der Sache und des Friedens willen vorsichtig mit dem Problem umgehen. Statt dessen wird Öl ins Feuer gegossen.

Zur Information und zur Meinungsbildung der NachDenkSeiten-Leserinnen und -Leser verweise ich im Folgenden auf verschiedene wichtige Verlautbarungen - einige werden Sie schon kennen:

1. Bundeskanzler Scholz, Fernsehklärung vom 24.2.2022.
2. Außenministerin Baerbock in: Was nun, Frau Baerbock? Darin sichtbar auch die Haltung von zwei "bedeutenden" Journalistinnen/en.
3. Oppositionsführer Friedrich Merz: "Putin fühlt sich bedroht durch die Demokratiebewegung in der Ukraine und in Belarus", so Friedrich Merz, CDU-Parteivorsitzender, zur russischen Offensive.
4. Erklärung des russischen Präsidenten Putin vom 24.2.2022 mit seiner Begründung und Erklärung der militärischen Intervention: Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation am 24. Februar 2022 von Coop Anti-War Cafe Berlin.
5. Eine eigene Analyse, aufgeschrieben vor zweieinhalb Jahren als Kapitel III. 3. zur Manipulationsmethode "Geschichten verkürzt erzählen" in: Albrecht Müller: Glaube wenig. Hinterfrage alles. Denke selbst. Wie man Manipulationen durchschaut. - Dieses Kapitel, das Gedanken zur Erklärung des jetzigen Geschehens enthält, ist am Ende dieses Textes angefügt. In diesem Kapitel habe ich übrigens ein Foto abgebildet, daß die ganze Misere des Umgangs des Westens mit Rußland optisch zusammenfaßt:

Ich zitiere die einschlägige Passage:

Es wird bei der Beurteilung der russischen Politik und insbesondere des Präsidenten Putin alles Mögliche angeführt, aber nicht die Tatsache, daß Putin im September 2001 in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag, teilweise in Deutsch, weit reichende Angebote für die Zusammenarbeit gemacht hat. Das paßt nicht ins Bild, deshalb wird es nicht berichtet. Genauso wenig wie die betretenen Gesichter deutscher Kabinettsmitglieder von Joschka Fischer bis Otto Schily, denen man anmerkte, daß Ihnen diese Friedensofferte nicht in den Kram paßt, weil ihre amerikanischen Freunde sie auf Konfrontation eingestimmt hatten und haben.

Vermutlich ist die wichtigste Ursache des jetzigen Problems Ukraine/Rußland die Abhängigkeit Europas von den USA und die direkte Einflußnahme der USA auf einzelne Staaten Europas und Europa insgesamt. Wir machen auch in diesen gravierenden Fragen keine eigene Politik. Wir folgen der Grundlinie der USA, die da nüchtern betrachtet heißt: Rußland fertig machen.

Deshalb haben die USA große Mengen an Geld - 5 Milliarden \$ - in die politische Umgestaltung der Ukraine investiert. Deshalb haben sie mit anderen zusammen die Ukraine militärisch

kräftig ausgestattet, übrigens auch mit Hilfe der Milliarden-Summen, die Deutschlands Steuerzahler in der Ukraine "investiert" haben. Denn das ist ja wohl klar: Wer Euro oder Dollar liefert, braucht keine Waffen zu liefern. Die werden mit diesem Geld gekauft. Die ansonsten um Waffenlieferungen herum geführte Debatte ist schlicht ein Hebel dafür, die in Deutschland Regierenden zulasten der Steuerzahler gefügig zu machen.

Wichtig für die Debatte und die Bewertung der militärischen Intervention Rußlands, gegen die wir mit Recht anstreiten, ist die Erkenntnis, daß die militärische Intervention schon lange vor der russischen Intervention begonnen hat. Über diese empören wir uns zu Recht. Über die militärische und politische Intervention des Westens sollten wir uns genauso empören. Aber dazu sind die transatlantischen Dumpfbacken nicht willens und zur notwendigen Erkenntnis auch nicht fähig.

Auszug aus "Glaube Wenig. Hinterfrage alles. Denke selbst":

### 3. Geschichten verkürzt erzählen

Mit der Methode Geschichten verkürzt zu erzählen, werden viele Menschen unentwegt in die Irre geführt. Sie bestimmt über weite Strecken die öffentliche Debatte. Auf Basis dieser Manipulationen werden reihenweise politische Fehlentscheidungen getroffen und gedeckt. Typische Beispiele sind:

Wenn hierzulande über das Verhältnis zwischen dem Westen und Rußland berichtet und gesprochen wird, dann wird die Tatsache, daß West und Ost 1990 gemeinsam vereinbart haben, sich nicht mehr zu bedrohen und das Verhältnis auf die Idee der Gemeinsamen Sicherheit zu gründen, häufig weggelassen. Es war vereinbart worden abzurüsten. Jetzt wird so getan, als gäbe es diese Verabredungen nicht, ja als gäbe es die gesamte Entspannungs- und Friedenspolitik nicht.

Und natürlich wird auch vom Bruch der gegenseitigen Versprechen nichts erzählt. Nichts davon, daß schon die Ausdehnung der NATO bis an die russische Grenze ein übler Vertrauensbruch war. Nichts davon, daß und wie der Westen in der Amtszeit des russischen Präsidenten Jelzin in die inneren Verhältnisse Rußlands hinein zu regieren versucht hat. Von diesen unglaublichen Machenschaften hat Naomi Klein in ihrem Buch "Schock-Strategie" eindrucksvoll berichtet. Das Buch ist 2007 in Deutschland erschienen und wurde erstaunlich erfolgreich vergessen gemacht.

Es wird bei der Beurteilung der russischen Politik und insbesondere des Präsidenten Putin alles Mögliche angeführt, aber nicht die Tatsache, daß Putin im September 2001 in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag, teilweise in Deutsch, weitreichende Angebote für die Zusammenarbeit gemacht hat. Das paßt nicht ins Bild, deshalb wird es nicht berichtet. Genauso wenig wie die betretenen Gesichter deutscher Kabinettsmitglieder von Joschka Fischer bis Otto Schily, denen man anmerkte, daß ihnen diese Friedensofferte nicht in den Kram paßt, weil ihre amerikanischen Freunde sie auf Konfrontation eingestimmt hatten und haben.

Zweites Beispiel: Zum Syrien-Konflikt fängt die Geschichte damit an, daß man empört erzählt, der syrische "Diktator" - wahlweise "Machthaber" - lasse Faßbomben auf syrische Kinder werfen und die Russen würden wahllos syrische Städte einschließlich der Krankenhäuser bombardieren. Die Vorgeschichte wird nicht erzählt: Nicht, daß der Westen einen Regime Change in Syrien beschlossen hatte und zu diesem Zweck mit Hilfe verschiedener Golfstaaten auch Islamisten und Terroristen für den Einsatz in Syrien bezahlt und bewaffnet hat.

Es wird nicht berichtet, daß dieser Konflikt schon 2011 begonnen wurde und Rußland erst ab September 2015 und auf Bitten des syrischen Präsidenten intervenierte. Nicht erzählt wird, daß auch Deutschland von spätestens 2015 an mit dabei war, ab 2011 hat sich Deutschland schon an Sanktionen gegen Syrien beteiligt und mitgeholfen, das syrische Volk auszuhungern. Ganz selbstverständlich wird bei uns weder von den Medien noch von der Bundesregierung davon berichtet, daß Deutschland wegen der Nutzung der US-Stützpunkte in nahezu alle diese

Kriege involviert ist. Und es wird auch den Nachrichten nicht nachgegangen, daß Deutschland - zusammen mit Menschen, die sich berechtigt Flüchtlinge nennen - auch Islamisten aus Syrien aufgenommen hat.

Drittes Beispiel: Der Ukraine-Konflikt. Viele Medien - und auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier datieren die Ukraine-Krise auf die militärische Unterstützung Rußlands für die Aufständischen in der Ost-Ukraine und auf die Annexion der Krim. Weggelassen wird quasi alles Wichtige, was davor geschah: Die erwähnte Ausdehnung der NATO bis an die russische Grenze, der Versuch von EU und NATO, auch die Ukraine einschließlich der Krim und damit die Militärbasis Rußlands in Sewastopol in den Bereich der EU und der NATO einzu beziehen.

Es wird weggelassen, was die USA an Propaganda und - wie sie es nennen - demokratischer Aufbauarbeit in der Ukraine veranstaltet haben. Sie haben nach Auskunft der zuständigen US-Unterstaatssekretärin Victoria Nuland 5 Milliarden Dollar - Milliarden!, nicht Millionen - in der Ukraine eingesetzt.

Auch die westlichen Inszenierungen zum Maidan, die Umstände des Staatsstreichs gegen den amtierenden Präsidenten Viktor Janukowitsch und der Einfluß rechter Gruppen in der Ukraine werden bei der Erzählung nicht aufgenommen. Es wird auch nicht darüber aufgeklärt, welche Rolle die Außenminister von Polen, Frankreich und Deutschland, namentlich Steinmeier, im Februar 2014 in Kiew gespielt haben.

Man kann alle diese Interventionen ja rechtfertigen, aber man kann sie bei der Erzählung der Geschichte nicht einfach weglassen.

Noch ein Beispiel aus einer ganz anderen Welt: Eine bemerkenswerte Verkürzung machen nahezu alle bei der Diskussion von Freihandelsabkommen (TTIP, CETA) mit. Daß die weitere Erweiterung des Welthandels sinnvoll sei, wird von vornherein als richtig unterstellt. Dabei wird unterschlagen, daß wir jetzt ja schon einen beachtlichen Grad an Welthandel haben und die viel beschworene Globalisierung bei weitem nicht so neu ist, wie behauptet wird.

Außerdem wird verschwiegen, daß der nationale und internationale Verkehr immer größere Probleme bringt, daß er eine ökologische Belastung ist, daß wir der Lkw-Flotten schon gar nicht mehr Herr werden und daß der Verkehr darüber hinaus oft subventioniert ist, jedenfalls nicht die vollen Kosten trägt, also nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch fragwürdig ist. Wo ist die Diskussion um Verkehrsvermeidung geblieben? Und wo die Diskussion um die Dezentralisierung der Wirtschaftsräume? Sind das alles irrelevante Gedanken gewesen?

Wenn Sie die Geschehnisse, Argumentationen und Interpretationen durchschauen wollen, dann müssen Sie diese Methoden, im konkreten Fall die Methode einer verkürzten Erzählung einer Geschichte beherrschen. Prüfen Sie immer wieder, welche Tatsachen präsentiert werden und welche Veröffentlichungen miteinander in Konflikt geraten. Lassen Sie sich nicht von anderen mißbrauchen. Fragen Sie selbst nach der ganzen Geschichte. Auch hier hilft und animiert Naomi Kleins Buch auf vorbildliche Weise, die ganze Geschichte eines Vorgangs zu durchschauen.

**01.03.2022**

**BRD: Willy Klages (1953\*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. März 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>>Betreff: Die Energiewende oder die dümmste Energiepolitik der Welt!**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie konnte es eigentlich zu der angeblich dümmsten Energiepolitik der Welt kommen?

Der Mensch ist und bleibt im Gegensatz zu Tieren und Pflanzen ein vernunftbegabtes, geistiges und rational handelndes Lebewesen. Vor allem die geistigen Fähigkeiten und die

Vernunft unterscheiden die Menschen von allen anderen Lebewesen. Menschen besitzen nach wie vor aufgrund ihres Verstandes die Fähigkeit des richtigen Erkennens und Beurteilens und können jederzeit zwischen guten und schlechten Handlungen unterscheiden sowie ihre natürlichen Triebe unterdrücken und umformen.

Um die dümmste Energiepolitik der Welt richtig einordnen zu können, muß zunächst die Energiepolitik der zurückliegenden Jahrzehnte betrachtet werden:

### **Zivile Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland**

Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg gründeten am 25. März 1957 in Rom die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM).

Zu den Aufgaben der Europäische Atomgemeinschaft zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm damals 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft und durfte danach als Nichtmitglied der UNO an der zivilen Nutzung der Kernenergie teilnehmen.

In der Bundesrepublik Deutschland entstand danach in erstaunlich kurzer Zeit eine sehr leistungsfähige und erfolgreiche Nuklearindustrie. Am 17. Juni 1961 lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk in Kahl/Main bereits erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke seit 1961 von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der späteren Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.

Das deutsche Unternehmen Kraftwerk Union AG (KWU) baute seit den 1980er Jahren die wirtschaftlichsten und sichersten Kernkraftwerke (Druckwasserreaktoren), die weltweit exportiert wurden.

Nach dem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl/Ukraine am 26. April 1986 führte die straff geführte Antiatomkraftbewegung fast wöchentlich friedliche Demonstrationen oder gewalttätige Krawalle gegen den Bau von neuen Kernkraftwerken und gegen die Errichtung der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf durch. Infolge der zahllosen gewalttätigen Ausschreitungen wurde schließlich das Projekt "Wiederaufarbeitungsanlage" am 31. Mai 1989 eingestellt.

Im September 1989 wurde auch der Hochtemperaturreaktor THTR-300 in Hamm-Uentrop wegen "technischer Probleme" stillgelegt. Dieser neuartige Hochtemperaturreaktor zählte zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Da der Thorium-Reaktor abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen konnte, hätte man die hochradioaktiven Abfälle mehrheitlich sinnvoll nutzen und gleichzeitig die Energieversorgung Deutschlands jahrzehntelang sichern können.

### **Ausstieg aus der Kernenergie**

Nach dem Ende der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und des Hochtemperaturreaktors THTR-300 in Hamm-Uentrop im Jahre 1989 verständigte sich die deutsche Bundesregierung - SPD und Bündnis 90/Die Grünen - am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Kernenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden, um die bis 1989 in Deutschland aufgebaute leistungsfähige Nuklearindustrie systematisch zu zerstören. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde schließlich ab 2000 verboten.

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken damals fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Um-

gebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Nach dieser Flutwelle an der japanischen Nordostküste beschloß der deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 im Rahmen der sogenannten Energiewende die Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022, obwohl die deutschen Kernkraftwerke damals weltweit zu den effektivsten und sichersten aller in Betrieb befindlichen Anlagen zählten.

Die Bundesrepublik Deutschland blieb danach jedoch trotz Atomausstieg weiterhin Mitglied und großzügiger Beitragszahler der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), nahm aber nicht mehr an den Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Kernenergiebereich teil.

Der 2011 beschlossene deutsche Atomausstieg leitete zwangsläufig den Niedergang der damals modernsten und sichersten Stromversorgung der Welt ein. Die ehemals unglaublich leistungsfähige deutsche Nuklearindustrie wurde in den folgenden Jahren komplett zerschlagen. Das deutsche Unternehmen Kraftwerk Union AG (KWU), das einst die weltbesten Kernkraftwerke entwickelte und baute, existiert heute nicht mehr. Sämtliche Konstruktionspläne für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen und für die Thorium-Reaktortechnik wurden regelrecht verramscht und von französischen, britischen sowie chinesischen Investoren kostengünstig erworben.

### **Klimawandel**

Die Umweltorganisation der Vereinten Nationen "UNEP" und die Weltorganisation für Meteorologie "WMO" gründeten im Jahre 1988 den Zwischenstaatlichen Ausschuß für Klimaänderungen "IPCC". Der IPCC war in erster Linie ein politisches Instrument zur Bekämpfung einer angeblich bevorstehenden fiktiven Klimakatastrophe und sollte vor allem die menschengemachten Treibhausgase reduzieren, um den Klimawandel zu stoppen.

Albert (Al) Gore, (1948\*-, amerikanischer Politiker, Demokrat, Mitglied des "Komitees der 300", 1993-2001 US-Vizepräsident, unterlag 2000 bei den Präsidentschaftswahlen gegen G. W. Bush, erhielt 2007 den Friedensnobelpreis) und der kanadische UN-Funktionär und Unternehmer Maurice Strong (1929-2015, ab 1972 erster Generalsekretär des UN-Umweltprogramms, seit 1976 Unternehmer, u.a. auch als Treuhänder der Rockefeller Stiftung tätig) zählten zu den eigentlichen Begründern des IPCC.

Die aktuelle Klimaschutzpolitik der Ökoideologen beruht seit Jahrzehnten auf bisher unbewiesenen fiktiven Klimamodellen des IPCC. Nach Auffassung des selbsternannten "Weltklimarates" wird sich die Erde durch die menschengemachte Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Gehaltes in den nächsten Jahrzehnten dramatisch erwärmen. Nach Meinung der fanatischen Klimaschützer kann die Erde nur gerettet werden, wenn man den CO<sub>2</sub>-Verbrauch drastisch reduziert.

Das Klima wandelt sich, seit die Erde existiert. Der Klimawandel wird seit jeher hauptsächlich durch die Sonnenaktivitäten und durch die zyklischen Schwankungen der Erdumlaufbahn um die Sonne geprägt.

Das global freigesetzte CO<sub>2</sub> auf der Erde stammt zu 97 % aus der Natur (Ozeane = ca. 44 %, Bodenorganismen = ca. 29 %, Atmung der Landorganismen = ca. 24 %).

Nur 3 % des global freigesetzten CO<sub>2</sub> auf der Erde stammt demnach aus menschlicher Tätigkeit = Industrie, Landwirtschaft etc.

Ungeachtet der Tatsachen, daß zum Beispiel der "Treibhauseffekt" nicht existiert und der menschliche Anteil nur höchstens 3 % des global freigesetzten CO<sub>2</sub> auf der Erde beträgt, setzte die allgegenwärtige Umweltpropaganda die fiktiven Ursachen der vermeintlichen globalen "Klimakatastrophe" weltweit als einzige "Wahrheit" durch.

Der angeblich menschengemachte Klimawandel entwickelte sich schon bald zu einem vorzüglichen Herrschaftsinstrument, denn die systematische Erzeugung von Angst war seit jeher ein großartiges Machtmittel, um die Bevölkerung zu unterdrücken und zu drangsaliieren.

Da "glücklicherweise" niemand den menschengemachten "Treibhauseffekt" und andere neue menschengemachte "Umweltprobleme" nachweisen kann, erwiesen sich diese willkürlich

konstruierten fiktiven "Umweltgefahren" als ungemein wirksame Manipulationsinstrumente, um Industrienationen zu destabilisieren und um den Bevölkerungen bisherige Eigentums- und Freiheitsrechte zu entziehen.

Obgleich seriöse Wissenschaftler den angeblich menschengemachten Klimawandel als den größten Schwindel der Menschheitsgeschichte bezeichnen, belügt, betrügt, manipuliert und täuscht die verbrecherische Klimasekte weiterhin das leichtgläubige Volk, um ihre frei erfundenen Behauptungen und physikalische Unmöglichkeiten vor der Demaskierung zu schützen.

Al Gore, Strong und viele andere Klima-Lobbyisten machten z.B. gigantische Geschäfte mit dem Klimawandel. Al Gore beteiligte sich direkt am Emissionsrechtehandel und erhielt Provisionen für CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Gore wurde später von der US-Presse als der erste Kohlenstoff-Milliardär gefeiert.

Weitere erfolgreiche Profiteure des cleveren Klimaschutz-Geschäftsmodells waren z.B. der US-Starinvestor und Unternehmer Elon Musk, der US-Spekulant und Milliardär Warren Buffet, der indische Milliardär Vinod Khosla sowie der US-Filmregisseur und Unternehmer James Cameron.

### **EU-Vorgaben, das Erneuerbare Energien Gesetz und planwirtschaftliche Maßnahmen**

Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft. Die in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Energieerzeugungsunternehmen wurden danach durch die EU-Vorgaben, das Erneuerbare Energien Gesetz sowie durch planwirtschaftliche Maßnahmen der deutschen Bundesregierung, wie z.B. durch die Vorrangseinspeisung von Wind- und Solarstrom, planmäßig ruiniert. Infolge dieser destabilisierenden politischen Maßnahmen wurde besonders der Betrieb von konventionellen Kraftwerken unrentabel.

E.ON, der ehemals größte nationale deutsche Stromerzeuger, verkaufte z.B. im Jahre 2018 sämtliche konventionellen Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke - außer den deutschen Kernkraftwerken - an den finnischen Staatskonzern Fortum.

### **Energiewende**

Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen zur Rettung des Weltklimas.

Im Jahre 2000 wurde danach das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern und um die sog. Energiewende durchzusetzen.

Der BDI berichtete im Jahre 2015, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Senkung der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen von etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro durchführen müßte.

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee der deutschen Bundesregierung, im 21. Jahrhundert zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führte statt der angekündigten Rettung des Weltklimas zunächst lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der ehemals effektiven, hochmodernen, umweltbewußten deutschen Energiewirtschaft.

In der Bundesrepublik Deutschland kostete die vollkommen unsinnige Energiewende bereits mindestens 500 Milliarden Euro. Trotz dieser riesigen Kosten wurde das Klima in keinsten Weise gerettet, sondern lediglich die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die stabile Stromversorgung in Deutschland systematisch zerstört.

Der Strompreis stieg z.B. von 14 Cent pro kWh im Jahre 2000 auf 30,5 Cent im Jahre 2019 und steigt immer weiter. Aufgrund der hohen Strompreise können schon bald viele private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen und immer mehr Unternehmer werden ihre Betriebe wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern.

Bei der Energiewende handelt es sich zweifelsfrei um ein ökonomisch unbezahlbares und



hochgradig unsoziales sowie um ein völlig unsinniges Projekt, bei dem es nur sehr wenige Gewinner gibt.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland als wirksames Machtinstrument genutzt, um planwirtschaftliche Maßnahmen zu realisieren sowie um eine gigantische Umverteilung von Vermögen an einige wenige Gewinner des arglistig inszenierten Klimaschwindels zu verwirklichen. Ferner wurde der weltweite Klimaschwindel eingesetzt, um unbequeme Konkurrenten, wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Exporteure, durch enorme Wettbewerbsnachteile zu destabilisieren oder auszuschalten, um vermeintliche "klimageschädigte" Entwicklungsländer zu entschädigen oder ausländische Unternehmen zu begünstigen.

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diene nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu. Besonders Bundeskanzlerin Angela Merkel schaffte es innerhalb von 16 Jahren, den ehemals vorbildlichen Industriestandort Deutschland systematisch und vorsätzlich zu ruinieren.

### **Kohleausstieg bis 2038**

Im Januar 2019 schlug die sogenannte "Kohlekommission" der deutschen Bundesregierung vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens 12.500 Megawatt vom Netz zu nehmen.

Obleich die Bundesrepublik Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt, beschloß die deutsche Bundesregierung per Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020, die letzten Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 stillzulegen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit berichtete am 4. März 2021 über das Kohleausstiegsgesetz: >>Wann werden die Kohlekraftwerke abgeschaltet?

Die ersten Kraftwerke gehen 2020 vom Netz und **bereits Ende 2022 werden von den heute rund 40 Gigawatt Kohlekraftwerksleistung noch insgesamt lediglich 30 Gigawatt** (je 15 Gigawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) **in Betrieb sein**; 2030 dann nur noch insgesamt **17 Gigawatt** (8 Gigawatt Stein- und 9 Gigawatt Braunkohle). Bei einem entsprechenden Ausbau der erneuerbaren Energien auf - wie vereinbart - 65 Prozent, kann damit im Energiesektor das Klimaziel für 2030 erreicht werden. ...<<

Ab 2023 stehen nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) für die Grundlast zur Verfügung.

### **Windkraft- und Photovoltaikanlagen**

Die derzeitige Energiewende setzt langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke und regenerative Energien. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt jedoch nach wie vor von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich.

Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb waren bis zum Jahr 2011 etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden. Diese "Schattenkraftwerke" sprangen dann ein, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung stand.

Der Betrieb von Windkraft- und Photovoltaikanlagen verursacht zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber diese Anlagen ersetzen wegen fehlender Stromspeicher kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da aufgrund der Unregelbarkeit der regene-

rativen Energieträger der Strom niemals sekundengenau nach Bedarf produziert werden kann. Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung von konventionellen "Schattenkraftwerken" wurden die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nachweislich vorsätzlich geschwächt.

Auch wenn man kurzfristig zusätzlich weitere 100.000 Windkraftanlagen errichten würde, wären diese 100.000 Windkraftanlagen wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes und wegen der fehlenden Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen die Windkraft- und Photovoltaikanlagen keinen Strom, deshalb existieren diese Stromerzeuger eigentlich überhaupt nicht. Nach dem Kohleausstieg besteht die grundlastfähige, regelbare Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland nur noch aus einigen Gaskraftwerken, Pumpspeicherkraftwerken, Wasserkraftwerken und Biogasanlagen.

### **Fehlende Stromspeicher**

Die Windkraft- und Photovoltaikanlagen können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW vorhanden, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können.

Ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher können Windkraft- und Photovoltaikanlagen nachweislich keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit gewährleisten, denn nur aufgrund der Regelbarkeit von leistungsfähigen Großspeichern besteht die Möglichkeit, den erforderlichen Grundlaststrom sekundengenau nach Bedarf zu produzieren. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet jedoch die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es vermutlich in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik, so daß der Industriestandort Deutschland dank des "Flutterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen schon bald nicht mehr existieren wird.

### **Stabile deutsche Stromversorgung war bis 2011 gewährleistet**

Bis zum Jahre 2011 wurden etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von etwa 83.000 Megawatt durch Kernkraftwerke, konventionelle Kohle- und Gaskraftwerke gewährleistet. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Die Stromerzeugung bestand damals aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast.

### **Ungenügende Grund- und Mittellaststromerzeugung spätestens ab 2023**

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast zur Verfügung.

Das Erneuerbare Energien Gesetz und weitere planwirtschaftliche Maßnahmen sowie der Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle zerstörten letzten Endes die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellt Grund- und Mittellaststromerzeugung wurde plötzlich allein den Gaskraftwerken (ohne Gas) auferlegt.

Nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung ist es ab 2023 vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der abgeschalteten

Kern- und Kohlekraftwerke durch Windkraft- und Photovoltaikanlagen sowie Gaskraftwerke ersetzt werden kann.

Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgehen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 66.400 Megawatt, etwa 80 % der Stromnachfrage, in Deutschland erforderlich sind, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, sind ab 2023 tatsächlich nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt - je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke - sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast vorhanden.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken.

### **Flächendeckender Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes**

Eine im Winter typische tagelange Dunkelflaute genügt bereits, um einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Beispiel: Mitte Januar 2023 herrschen in Mitteleuropa 5-10 Grad Kälte und starke Schneefälle. In der Bundesrepublik Deutschland ist es seit Tagen windstill und neblig. Die Sonne ist nur selten zu sehen. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen fällt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse (starke Schneefälle, Windstille und Nebel verursachen tagelange Dunkelflauten) fast komplett aus.

Alle Speicherbecken der 36 deutschen Pumpspeicherkraftwerke sind längst leer.

Weil die bisherigen Stromlieferanten Frankreich, Belgien, Schweiz und Österreich vor allem mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom selbst und können während der Kältephase den dringend benötigten Strom von mehr als 50.000 Megawatt Strom nicht nach Deutschland liefern.

Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes in eine äußerst bedrohliche Situation, denn die Bundesrepublik Deutschland benötigt wesentlich mehr Strom, als es selbst produzieren kann. Die normale Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes beträgt 50 Hertz. Falls die Netzfrequenz z.B. wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung unter 47,5 Hertz sinkt, kommt es zwangsläufig zu einem flächendeckenden Stromausfall (Blackout) im gesamten Land.

Aufgrund einer konstanten Stromnachfrage von über 80.000 Megawatt wird die Lage in der Bundesrepublik Deutschland immer aussichtloser, die normale Netzfrequenz bei 50 Hertz zu halten. Da es die dringend erforderlichen konventionellen Reservekraftwerke zum Ausgleich von Netzschwankungen nicht mehr gibt, werden sofort große Industrieunternehmen und Hunderttausende von Privathaushalten vom Netz genommen, um die Gefahr eines nationalen Netzzusammenbruches (Blackouts) zu verhindern.

Die Notabschaltung der Stromverbraucher genügt jedoch wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung nicht, um die Netzstabilität zu erhalten. Die Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes sinkt trotzdem unaufhaltsam unter 47,5 Hertz, so daß es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall im gesamten Land kommt.

### **Folgen eines längeren flächendeckenden Stromausfalls**

Längere flächendeckende Stromausfälle lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Infolge des totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und chaotische Zustände auslösen. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands wird zwangsläufig kollabieren.

Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwas-

serentsorgung zusammen, Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.

Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Selbstmorde, Mißhandlungen, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität würden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

**Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt**

**Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.**

*Spruchwort aus China*

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich**. Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

### **Schlußbemerkungen**

Angesichts der deutschen Energiepolitik der letzten 33 Jahre handelt es sich zweifelsfrei nicht um die dümmste Energiepolitik der Welt, sondern um eine planmäßig inszenierte Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft. Aufgrund dieser völlig unsinnigen Destabilisierungspolitik ähnelt die Bundesrepublik Deutschland einem Irrenhaus, in dem anscheinend die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben. Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln wegen der ideologischen Energiewende an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen.

Diese Kritiker berücksichtigen leider nicht, daß die Deutschen bei entscheidenden Fragen nach wie vor kein Selbstbestimmungsrecht gegenüber den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges besitzen. Der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erklärte z.B. Ende November 2011 auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main: ***"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen. ..."***

Da es zu den Pflichten des Betreuers gehört, alle Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, wie es dessen Wohl entspricht, sind die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zwangsläufig auch für die ideologische Energiewende der betreuten deutschen Politiker und Parteien

verantwortlich.

Nach Jahrzehnten der Unfreiheit wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben, denn die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandsgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Es ist gegenwärtig nicht damit zu rechnen, daß die jahrzehntelange Zwangsbetreuung irgendwann aufgehoben wird, deshalb werden die betreuten Deutschen weiterhin keine politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte erhalten und gehorsame Befehlsempfänger bleiben.

Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges streben offensichtlich nicht das Wohl der Deutschen an, denn jeder vernünftige Mensch weiß, wer gegen Naturgesetze verstößt, verursacht zwangsläufig schwere Schäden, die oftmals nicht sofort, sondern erst nach einer gewissen Zeit eintreten.

Ohne die Rückkehr zur Realität, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird die ideologische Energiewende höchstwahrscheinlich mit einer noch nie dagewesenen Katastrophe enden. ...<<

Die deutsche Tageszeitung "Nordkurier" berichtet am 1. März 2022: >>**Krankenkassen-Chef nach Impf-Zweifeln fristlos gefeuert**

Die Krankenkasse BKK ProVita hat ihren Vorstandsvorsitzenden Andreas Schöfbeck entlassen. Er hatte kürzlich mit Skepsis an Corona-Impfungen für reichlich Wirbel gesorgt. Andreas Schöfbeck war seit 2001 Vorstand bei der BKK ProVita.

Drei dünne Sätze lang ist die Presse-Erklärung, mit der die Krankenkasse BKK ProVita am Dienstag die Trennung von ihrem langjährigen Vorstandsvorsitzenden Andreas Schöfbeck bekanntgegeben hat: "Auf seiner heutigen Sitzung hat der Verwaltungsrat der BKK ProVita beschlossen, sich mit sofortiger Wirkung vom bisherigen Vorstand Andreas Schöfbeck zu trennen", heißt es in der Mitteilung. Außer zur Nachfolge wurden keine weiteren Informationen genannt - begründet wurde dies mit "Persönlichkeitsschutz".

**Schöfbeck hatte öffentlich vor unterschätzten Impf-Nebenwirkungen gewarnt**

Daß der Vorgang bei der relativ kleinen Krankenkasse auf breite Aufmerksamkeit stößt, hängt damit zusammen, daß Schöfbeck in der vergangenen Woche mit einem Brief ans für Impfstoffe zuständige Paul-Ehrlich-Institut (PEI) und weitere Empfänger für bundesweiten Wirbel gesorgt hatte, nachdem zunächst die "Welt" darüber berichtet hatte.

Mit Verweis auf eine Analyse von Daten der mehr als 10 Millionen Versicherten der knapp 100 Betriebskrankenkassen (BKK) in Deutschland hatte Schöfbeck in dem Schreiben davor gewarnt, daß die Nebenwirkungen der Corona-Impfstoffe offenbar massiv unterschätzt wur-

den.

"Unsere Analyse zeigt, daß wir es hier mit einer deutlichen Untererfassung zu tun haben" hatte Schöpfbeck der "Welt" gesagt. Die offiziellen Zahlen zu den unerwünschten Impfnebenwirkungen müßten "dringend plausibilisiert werden".

### **Paul-Ehrlich-Institut wollte sich mit Schöpfbeck treffen**

Der Brief hatte heftige Gegenreaktionen ausgelöst. Der Virchow-Bund - ein vergleichsweise kleiner Verband niedergelassener Ärzte - hatte Schöpfbecks Warnungen als unzutreffend bezeichnet und die BKK ProVita als "Schwurbel-BKK" verunglimpft. Das PEI hatte das Schreiben hingegen deutlich ernsthafter behandelt und Vertreter der BKK ProVita - eine vergleichsweise kleine Versicherung in der Gruppe der Betriebskrankenkassen - um einen kurzfristigen Termin gebeten, um sich die Daten gemeinsam anzusehen. Dieser sollte ebenfalls am Dienstag stattfinden. Schöpfbeck war seit 2001 Vorstandsvorsitzender der BKK ProVita.<<

**02.03.2022**

**BRD:** Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 2. März 2022: >>**Nato-Mitgliedschaft: Habeck sieht Deutschland in "dienender Führungsrolle"**

Vizekanzler Robert Habeck (Grüne): "Je stärker Deutschland dient, um so größer ist seine Rolle"

WASHINGTON. Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) hat sich für mehr Verantwortung Deutschlands innerhalb der Nato ausgesprochen. Er sehe die Bundesrepublik künftig "in einer dienenden Führungsrolle", sagte der Grünen-Politiker am Dienstag bei einem Besuch in den USA.

"Je stärker Deutschland dient, um so größer ist seine Rolle." Von den USA habe er Rücken- deckung für diese Vision. Der Grundstein für eine "dienende Führungsrolle" könnten die Be- reitschaft zu höheren Militäraushaben sowie die Waffenlieferungen in die Ukraine legen.

### **Habeck fordert, Energiewende nicht außer Acht zu lassen**

Das Hilfspaket für die Bundeswehr über 100 Milliarden Euro, das Scholz am Sonntag ange- kündigt hatte, sei richtig. Es müßten aber auch ausreichend Mittel für die Energiewende be- reitgestellt werden.

"Aus meiner Sicht sind die Investitionen in die militärischen Kapazitäten und die Investitio- nen in Energieunabhängigkeit von Rußland zwei Seiten derselben Medaille", führte der Wirt- schaftsminister aus. Wenn erneuerbare Energien jetzt "Freiheitsenergien" seien, müsse diese Freiheit auch finanziert werden, sagte er mit Blick auf den Appell von FDP-Chef Christian Lindner zum Ausbau von Windkraft und Co.<<

**05.03.2022**

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21839" berichtet am 5. März 2022 (x1.073/...): >>**Israel: Covid-Impfgeschädigte erheben ihre Stimme (Kurzversion)**

Israel gilt als Musterland der Pandemiebekämpfung und Vorreiter bei den Impfungen gegen Covid-19. Große Teile der Bevölkerung haben sogar schon Booster erhalten - und die Folgen? Die Leitmedien schweigen darüber, doch in den sozialen Medien berichten Tausende von schwersten Nebenwirkungen, die sie erlitten haben, und von Todesfällen ihrer Angehörigen. Sehen Sie hier erschütternde Zeugnisse von einst gesunden Menschen, deren Leben nun in Scherben liegt.

#### 1. Anmoderation:

Israel wird uns in den Medien immer als Vorreiter in der Pandemiebekämpfung präsentiert. Das Land impfte schneller, breitflächiger und früher als alle anderen. Seit Einführung des digi- talen Impfpasses im Februar 2021 können Israels Bürger nur noch mit Nachweis einer Imp- fung oder Genesung ins Theater oder Kino gehen. Viele brauchen die Impfung, um überhaupt arbeiten gehen zu können.

Während Politik und Medien die Impfung nach wie vor als erfolgreichen Ausweg propagie-

ren, zeigt sich in den sozialen Netzwerken allerdings ein anderes Bild: Dort berichten Tausende von Menschen über schwerste Impf-Nebenwirkungen, teilweise bis hin zum Tode. In der Öffentlichkeit hört man darüber nichts. Auch gibt es in Israel keine offizielle Meldestelle für Impfnebenwirkungen für die Betroffenen.

Dies beunruhigte die zweifache Mutter Avital Livny und sie gab 40 schwer betroffenen Menschen eine Stimme. Sie berichten in der gut einstündigen Dokumentation mit dem Titel "The Testimonies-Project", zu Deutsch "Das Zeugnis-Projekt", was sie nach den Impfungen erlebt hatten. Sehen Sie im Folgenden eine Kurzfassung. Es ist ein Skandal, daß darüber nahezu nichts in den Leitmedien berichtet wird. Deshalb verbreiten Sie, verehrte Zuschauer, diese Sendung an Ihre Freunde und Bekannte!

## 2. Filmtext - gesprochenener Text

Shalom. Mein Name ist Avital. Ich bin Mutter von zwei Jungs. In den letzten Monaten habe ich von immer mehr Menschen gehört, die kurz nach der Pfizer-Impfung unter schweren Nebenwirkungen litten. Mir ist aufgefallen, daß keine Medien, kein Journalist, kein Reporter diese Ereignisse untersucht und die Daten veröffentlicht. Und dann beginnen sie, diesen experimentellen Impfstoff unseren Kindern zu verabreichen.

Da habe ich mich entschieden, diese Aufgabe zu übernehmen. Ich habe tausend Berichte gelesen und mit hunderten von Menschen gesprochen. Die meisten hatten wegen der Sensibilität dieses Themas Angst, sich zu exponieren. Doch einige Mutige waren bereit, sich öffentlich zu äußern. Hier also sind ihre Berichte: Das Testimonies Projekt, Erfahrungsberichte nach der Impfung.

Was Sie gerade gesehen haben, ist nur ein Teil der Geschehnisse. Das Israeli People's Committee, eine zivile Organisation, das diese Daten bereitgestellt hat, hat tausende solcher Zeugnisse gesammelt. Wenn Ihnen oder jemandem, den Sie kennen, so etwas passiert ist, dann melden Sie sich bitte bei uns. Und bitte, bitte teile dieses Video, oder füge deine eigene Geschichte hinzu. Denn du bist nicht allein. Wir haben tausende von Zeugenberichten. Es geht um unsere Kinder. Die Wahrheit MUSS ans Licht kommen. Unser besonderer Dank an "The Professional Ethics Front" für die juristische Beratung. Um Nebenwirkungen zu melden, besuche: [www.the-people-committee.com/contact](http://www.the-people-committee.com/contact)

### **Herzprobleme:**

Ich bin Nir Tal. Ich bekam die zweite Dosis. Eine Woche später. Ich fühlte Druck in meiner Brust, ein brennendes Gefühl, als würde mein Herz aus der Brust springen.

In der Notaufnahme wurde eine Myokarditis diagnostiziert. Meine Beine waren gelähmt. Mein Herz schlug unregelmäßig. Die linke Herzkammer war stark geschädigt.

Die gesamte linke Seite war wie gelähmt. Ich konnte weder Hand noch Bein spüren. Mein Kiefer war gekrampft, ich bekam immer wieder Kiefersperren. Dann kann ich nicht sprechen. Jetzt habe ich eine Herzkrankheit. Früher habe ich auf dem Bau gearbeitet, mit meinem Bruder. Doch plötzlich kann ich das nicht mehr.

Mein Name ist Elinor. Ich hatte die erste Dosis schon erhalten, mir war nichts passiert. Zwei Wochen darauf bekam ich die zweite Dosis. Vor etwa einem Monat bekam ich Schmerzen in der Brust. Ich mache Sport. Medikamente nehme ich nicht.

Ich kam mit Schmerzen in der Brust in die Notaufnahme. Sie diagnostizierten eine Perikarditis.

Mein linker Arm funktioniert immer noch nicht so ganz. Arme und Finger fühlen sich taub an. Ich habe Schmerzen im Arm und in der Brust. Ich nehme Tabletten für das Herz.

Ich heiße Yitzhak. Als ich geimpft wurde, ging es mir nicht gut. Nach der zweiten Dosis bekam ich Fieber, ich lag fast eine Woche lang im Bett. Etwa einen Monat später. Plötzlich pocht mein Herz wie wild, ich kann nicht sitzen bleiben. Wache um 5 Uhr oder 5:30 auf. Mein Herzschlag weckt mich.

Mein Name ist Esty. Vor der Impfung war ich ziemlich gesund. Nach der ersten Impfung konnte ich in den ersten Tagen nicht aufstehen, denn ich war fürchterlich müde, hatte heftig Kopfschmerzen, Übelkeit, war schwach. Ich suchte einen Kardiologen, Er sagte mir, daß er ein 24-Stunden-EKG machen will. Der Impfstoff sei kein Problem. Also bekam ich die zweite Dosis. Danach war das Herzproblem ständig. Diagnose: Vorhofflimmern.

Das Hauptproblem ist, daß ich so kraftlos bin. Ich kann nicht aufstehen.

Mein Name ist Naama. Ich bekam die erste Impfung und habe eine Woche nur geschlafen. Ich war mir nicht sicher, ob ich die zweite Impfung machen sollte. Und eine Stunde danach wurde aus mir ein anderer Mensch. Ich fühlte mich elend wie nie zuvor. Ich begann zu zittern, hatte entsetzliche Kopfschmerzen. Mein Herz schlug unregelmäßig. Ich habe den Blutdruck gemessen und er war gefährlich hoch.

Ich habe noch immer Kopfschmerzen, bin chronisch müde.

Ich bin Gavriel. Sie haben mir die Impfung verabreicht. Drei Stunden später hatte ich plötzlich Magenschmerzen, Druck im Bauch. Plötzlich wurde mir heiß, sehr heiß ... Sie brachten mich ins Krankenhaus. Sie sagten: "Ihre Hauptschlagader, da ist ein Loch in der Aorta am Herzen." Ich wurde am offenen Herzen operiert.

Vorher war ich stark wie ein Ochse. Jetzt bin ich die Hälfte dessen, was ich war. Manchmal nasse ich mich ein. Ich kann kaum meine Schnürsenkel zubinden.

Mein Name ist Avraham. Eine Woche nach der ersten Dosis, ich wachte mitten im Schlaf mit Herzklopfen auf. Ich fragte sie in der Notaufnahme, wo ich war, und ob ich die zweite Impfung auslassen sollte. Sie sagten: "Es hat nichts damit zu tun. Lassen Sie sich impfen." Also bekam ich den zweiten Schuß. Danach hatte ich sechs bis sieben Arrhythmie-Episoden.

Mein Name ist Marina. Ich wollte mich gar nicht impfen lassen. Doch ich mußte, denn jeder bei der Arbeit wurde geimpft. Also tat ich das und damit begannen die Probleme. Blutdruck ... Herzprobleme ... Asthma.

Mein Name ist Miryam. Ich bekam die erste Spritze. Ich fühlte mich danach sehr sehr schwach. Drei Wochen später bekam ich die zweite Impfung. Zwei Wochen später. Sie sagten, es sei eine Art Herzstillstand. Diagnose: Myokarditis, Lungeninfektion, Mastitis.

Ich kann nicht laufen. Meine Beine zittern ständig. Ich will geradeaus gehen, die Beine gehen zur Seite. Ich falle immer um, muß mich an den Wänden stützen. Ich war vorher nie krank, war der gesündeste Mensch.

Mein Name ist Meir Jacob. Vor zwei Monaten hat mein Sohn nun die zweite Pfizer-Spritze bekommen. Zwei Monate danach hat er sich schlafen gelegt. Gegen 23:30 Uhr fand ihn meine Ex-Frau tot neben seinem Bett. Im Bericht stand, er sei an einem Herzstillstand gestorben.

Mein Name ist Nimrod. Mein Vater, möge er in Frieden ruhen, war 76 Jahre alt. Er war ein aktiver, lebhafter Mensch. Eine Woche nach der Impfung erlitt er einen Herzstillstand.

Frau anonym: Mein Mann arbeitet in einem Regierungsbüro. 98 % der Mitarbeiter sind geimpft. Zwei seiner besten Freunde hatten einen Herzstillstand und starben. Das war drei oder vier Monate nach der Impfung. Beide waren gesund.

### **Blutungen und Fehlgeburten:**

Mein Name ist Inesa. Leider habe ich den Impfstoff nach einem Streit mit meinem Mann genommen. Das Ergebnis waren Einschränkungen.

Am darauffolgenden Tag bekam ich starke Schmerzen und blutete zwei Wochen lang. Ich hatte eine Woche nach der Impfung Schmerzen im linken Schulterblatt, die Seite der Injektion. Der Schmerz strahlte in den Nacken, den Kopf aus.

Ich brauchte nie Tabletten, war nie krank, hatte nie Grippe, Fieber, nichts. Mein Immunsystem ist einfach zusammengebrochen.

Hallo mein Name ist Meital. Ich hatte entschieden den Impfstoff zu nehmen, weil mein Mann mich dazu drängte.



Ich habe beide Spritzen erhalten. Nach der zweiten hatte ich eine Fehlgeburt. Eines Tages kam ich nach Hause und ging schlafen. Mein Mann weckte mich "Meital, wach auf, du blutest." Das ganze Bett war voller Blut. Eine riesige Blutlache. Und überall war Blut, Wände, Treppen. Ich ging zu meinem Arzt und bat um einen Blutgerinnseltest. Er verweigerte das.

Ich habe mit vielen, vielen Frauen gesprochen, viele Frauen hatten eine Fehlgeburt.

Mein Name ist Moriya. Nach der ersten Spritze habe ich nach meiner Periode zwei Wochen geblutet.

Nach der zweiten Spritze hatte ich eine Infektion im Mund, für zehn Tage. Mein ganzer Mund war voller Aphten. Ich war noch nie so krank, wie nach der zweiten Spritze. Ich wachte nachts auf, spuckte Blut.

Tovit: Nach der ersten Impfung blutete ich wieder stark, ich hatte Blutgerinnsel. Ich hatte starke Bauchschmerzen, stundenlang. Ich saß bereits im Rollstuhl. Sie machten alle möglichen Tests, invasive Vaginaltests. Ich blutete immer noch, seit fast drei Wochen, habe immer noch Blutgerinnsel. Und ich habe noch immer große Schmerzen.

Ich habe einen Monat lang geblutet.

### **Krankheitsausbruch:**

Mein Name ist Smadar. Ich hatte gerade die erste Spritze bekommen, und hatte sofort schwere Nebenwirkungen: Anaphylaktischer Schock. Mein Herz klopfte, ich dachte es springt aus meiner Brust raus. Ich hatte das Gefühl, Gesicht und Hals würden brennen, alles wurde rot. Ich wurde ohnmächtig. Sie brachten mich in die Notaufnahme. Mir wurde Adrenalin gespritzt, intravenös. Ich wurde für fünf Tage aufgenommen und hatte jeden Morgen einen weiteren Rückfall. Ich fühlte mich sehr, sehr schwach. Ich wurde im Rollstuhl entlassen.

Es dauerte zwei Monate, bis ich wieder in der Lage war, herumzulaufen. Extreme Müdigkeit. Große Schwäche. Plötzlich hatte ich Schmerzen im Kiefer. Ein Hausarzt diagnostizierte eine Nervenentzündung, Ich war plötzlich kurzatmig, hatte Atemnot. Vorher bin ich gerne gereist und gewandert. Ein Rheumatologe und ein Orthopäde diagnostizierten eine Fibromyalgie.

Mein Name ist Osnat. Ich habe mich impfen lassen. Zwei Tage darauf, fühlte ich mich unwohl. Ich habe Endometriose. Ich fühlte mich, als hätte ich meine Periode, den Eisprung und eine Geburt, alles gleichzeitig. Ich ertrug es nicht, meine eigene Haut zu berühren oder Menschen in meiner Nähe. Zwei Tage nach der zweiten Spritze bekam ich meine Periode. Ich hatte heftige Schmerzen. Ich konnte meine Beine nicht spüren. Der ganze Bereich fühlte sich an wie Beton. Die Endometriose wurde schlimmer.

Ich bin Antonia, Alonas Mutter. Sie ist vor der Covid-Sache problemlos zehn Kilometer durch die Stadt gelaufen. Sie hat sich impfen lassen. Ihr Bauch blähte sich auf, groß und riesig. Sie liegt seit fünf Monaten im Krankenhaus. Die Diagnose war sehr schlimm, eine Autoimmunerkrankung Sie war eine gesunde 34-jährige. Heute spricht sie nicht, geht nicht. Bewegt weder Arme noch Beine. Behinderungsgrad 100 %.

### **Blutgerinnsel:**

Mein Name ist Danny. Ich habe mich impfen lassen. Nach etwa sieben Tagen fühlte ich mich sehr müde und ich konnte nicht atmen, war geschwächt, kurzatmig. Am 8. Tag konnte ich keine Stufen mehr steigen.

Ich nehme nie Tabletten, auch nicht gegen Kopfschmerzen. Jetzt haben sie mir Blutverdünner verschrieben, für immer. Vor der Impfung konnte ich Felsen verschieben. Mauern einreißen. Ich konnte tun was ich wollte. Ich wurde ... zur Hälfte der Person die ich war. Ich bin kaputt.

Alex: Vor der Impfung war noch alles ok. Zwei Monate später, da hatte ich plötzlich Schmerzen in meinem linken Bein. Mein Bein war riesengroß. Ich konnte es nicht bewegen. Im Krankenhaus sagte der Arzt: "Sie haben ein Blutgerinnsel." Der Thrombus sei 1,2 bis 1,3 Meter lang. Vom Bein, ganz nach oben, bis zum Hauptvenenstrang.

Unsere Sekretärin ist ungefähr 35 Jahre alt. Und ich sehe ihr Bein, es war geschwollen, wie

meines. Ich fragte: "Wann hast du den Impfstoff bekommen?" "Vor zwei Monaten." Du mußt zum Arzt, es ist ein Gerinnsel.

Ich fühle mich wie ein kranker Mensch. Ich kann nicht trainieren, kann nicht in die Sauna gehen, nicht schwimmen, wandern. In meinem rechten Bein ein Blutgerinnsel.

Mein Name ist Limor, 38 Jahre. Mich impfen zu lassen war in meinem Arbeitsvertrag. Nach ungefähr zwei Monaten wachte ich eines Nachts auf mit starken Schmerzen im Bein. Ich ging mitten in der Nacht ins Krankenhaus. Am Morgen kam der Arzt, der die Tests gemacht hatte zu mir und er sagte, daß ich eine Durchblutungsstörung hätte. Mit zehn Jahren hatte ich einen Autounfall. Seitdem hatte ich keine Schmerzen mehr in den Beinen gehabt. Nach der Impfung war es wieder da. Mit Blutgerinnseln, Herzproblemen, Leber- und Schilddrüsenstörungen.

Es ist nicht mehr so wie vorher. Nach der Arbeit bin ich so müde, daß ich stundenlang schlafe. Mein Name ist Noga. Ich ging hin, um die erste Spritze zu bekommen. Eine Woche später fing ich an, mich müde zu fühlen, müde, immer müde und schwach. Nach zwei Wochen hatte ich kaum noch Kraft. In der dritten Woche schleppte ich mich dahin. Der Bluttest ergab, daß sie einen Herzinfarkt hatte. Sie fanden Blutgerinnsel im Bereich der rechten Herzkammer, zwischen der Lunge und der rechten Herzkammer - was sehr gefährlich ist.

Mir fehlen Folsäure, B12, Vitamin D. Ich hatte diese Mangelzustände vorher nie. Mein Hämoglobin ist niedrig. Klar, daß ich kaum zehn Minuten stehen kann. Denn bis dahin .... - Ich hatte keinerlei Probleme. Ich bin ein gesunder Mensch! Keine Vorerkrankungen! Ich habe bis zum Alter von 75 gearbeitet.

#### **Infektionen und Entzündungen:**

Mein Name ist Iris. Zwei Tage nach der zweiten Spritze hatte ich Schmerzen im rechten Bein, entsetzliche Schmerzen. Es war so schlimm, daß ich in den ersten Tagen kaum laufen konnte. Noch nie in meinem Leben habe ich solche Schmerzen erlebt. Meine Wirbelsäule war entzündet, zwischen den Wirbeln. Ich bin noch 50 % arbeitsfähig. Ich war ein sehr aktiver Mensch, habe zwölf Stunden am Tag gearbeitet. Jetzt arbeite ich bestenfalls vier oder fünf Stunden.

Es war genau zwei Tage nach der Impfung. Der Schmerz ist entsetzlich. Ich kann kaum auf die Straße gehen. Ich halte mich an den Bäumen fest.

Mein Name ist Anat. Ich hatte die erste Impfung erhalten. Zwei Wochen später lag ich nieder, fühlte mich schrecklich. 48 Stunden mit Schmerzen, Erbrechen, Fieber, Schüttelfrost. Zwei Wochen nach der zweiten Dosis fühlte ich mich wieder richtig schlecht. Ich bin in der Nacht aufgewacht und konnte mich nicht bewegen. Jede Zelle meines Körpers schmerzte. Erbrechen, absolute Schlappeheit.

Ich habe eine Freundin, die einen Verwandten im Ichilov-Spital hat. Es war ein Donnerstag, sie sagte: "Morgen wirst du den Professor im Ichilov sehen." Er sah sich meine Blutwerte an und sagte: "Sie haben das Multiple Entzündungs-Syndrom." (MIS)

#### **Hautprobleme:**

Mein Name ist Malka. Nach der zweiten Impfung bekam ich sofort Ausschlag am ganzen Körper. Ich wurde ins Krankenhaus eingeliefert, blutete am ganzen Körper. Ich hatte Wunden an den Beinen.

Mein Name ist Limor, 54 Jahre. Ungefähr vier Monate später - 3,5 Monate nach der zweiten Dosis hatte ich am ganzen Körper einen komischen Ausschlag. Mein ganzer Körper war rot und juckte. Es hat mein Immunsystem ruiniert. Zwei Monate zuvor, nach der zweiten Dosis, fühlte ich auch Schmerzen in den Beinen, starke.

Galit: Mein Mann hat nach der Impfung eine Gürtelrose bekommen. Drei Monate nach der Impfung.

Mein Name ist Ortal. Als alles anfang, wurde mein Mann geimpft. Seine Reaktion auf die zweite Dosis war. Er war zusammengerollt wie ein Fötus, mit hohem Fieber, Schüttelfrost, Schlappeheit. Und ungefähr anderthalb Wochen später waren seine Haare plötzlich - er fuhr

sich mit den Fingern durchs Haar und seine Hand war voller Haare. Er hatte niemals Haarausfall. War gesund, nicht krank. Außerdem hatte er plötzlich Arthritis und starke Schmerzen.

#### **Neurologische Probleme:**

Mein Name ist Chaya. Am 18. März erhielt ich den zweiten Schuß. Das war sonntags, gegen 8 Uhr. Gegen 9:30 Uhr war mein rechter Arm doppelt so dick. Geschwollen, riesig. Ich war allein, konnte nicht atmen. Gegen 13:30 Uhr war ich in einem Krankenhaus. Ärzte um mich herum ... Schlaganfall ...

ICH weiß, wer ich war und was ich nun bin. Schiefer Mundwinkel, manchmal kann ich mein rechtes Bein nicht spüren. Schreckliche Schlappeheit und Kopfschmerzen. Schlafmangel, unfähig zu funktionieren. In 40 Dienstjahren hatte ich keinen einzigen Krankheitstag.

Mein Name ist Ali. Ich habe die Impfung bekommen. Der 8. März, da habe ich den zweiten Schuß bekommen. Und ... in dieser Nacht begann es, ich bekam Schmerzen in den Ohren. Ich trage ein Hörgerät. Ich ging in die Notaufnahme, wurde stationär aufgenommen. "Sie haben da eine schwere Entzündung".

Am 27. März noch krankgeschrieben, telefonierte ich mit meinem Anwalt und sprach plötzlich schleppend. Ich fuhr rechts ran und rief den Arzt an. Sagte ihm: "Ich fahre mit dem Auto und eine Seite meines Körpers ist plötzlich kalt und taub." Das sei schwerwiegend und ich sollte damit sofort zur Notaufnahme fahren. Dort angekommen kam ein junger Arzt zu mir. Nach einigen Tests war klar: Schlaganfall.

Am 7. Juli kam der nächste Schlaganfall. Aus dem Krankenhaus entlassen, war meine linke Seite fast ganz gelähmt. Manchmal kann ich es kaum bewegen, manchmal überhaupt nicht.

Ich konnte nicht laufen, bin gestürzt, wenn ich versucht habe zu gehen.

Ich rauche und trinke nicht. Ich bin ein Athlet. Ich habe keine Vorerkrankungen. Und plötzlich zwei Schlaganfälle - so jung?

Ich bin Yechiel. Sieben Tage nach der ersten Injektion ging ich nachts schlafen. Ich hatte ein lautes Piepen im Kopf. Ungefähr sieben Tage nach der zweiten Impfung hörte ich wieder das Piepen. Später wurde mir klar, daß es Tinnitus war. Eine Woche später war es auch im rechten Ohr. Ein Schmerz, der nicht in Worte zu fassen ist. Sie machten einen Hörtest und stellten fest, daß ein schwerer Schaden vorliegt.

In den letzten sechs Monaten litt ich unter schrecklichsten Kopfschmerzen. Dazu Verwirrung, Gedächtnisprobleme. Ich kann mich auf Gespräche nicht konzentrieren, verliere den Faden. Außerdem mache ich Rechtschreibfehler.

Ich habe eine Gruppe gefunden, die auch diese Nebenwirkungen hatten. Das begann mit Menschen, die Ohrenprobleme hatten. Alle Leute berichteten von Zittern, Muskelkrämpfen, Spasmen im Schlaf. Es gibt einen funktionellen Neurologen, er diagnostizierte, daß meine linke Gehirnhälfte geschädigt sei.

Ronit: Es wurden Gleichgewichtsstörungen diagnostiziert. Schrecklicher Schwindel. Ich konnte kaum auf den Beinen stehen. Schwierigkeiten beim Sprechen, Taubheitsgefühl der linken Gesichtshälfte.

Sehr schwere Gedächtnisstörung. Ich sage Worte, die ich nicht sagen will. Ich denke das eine und sage das andere. Ich will die Schlüssel nehmen und ich nehme mir etwas Anderes. Ich bin verwirrt und desorientiert.

Mein Name ist Nurit. Nach der zweiten Spritze hatte ich 24 Stunden lang Fieber, Schüttelfrost und Schwäche. Ungefähr eine Woche später bekam ich alle möglichen Probleme. Wie elektrisches Kribbeln in der Wirbelsäule, starker Druck im Kopf. Drei Wochen später hatte ich starken Druck in den Nebenhöhlen und am Nasenrücken. Stechende Schmerzen wie Geburtswehen. Dann wanderte es in den unteren Rücken. Innerhalb einen Monats konnte ich nicht mehr auf den Beinen stehen. Taubheit der Füße, ständiges Zittern am ganzen Körper.

Zwei Monate lang war ich fast völlig dysfunktional. Ich denke, daß ich heute keine 50 % von

dem bin, was ich einmal war. Vorher habe ich den Tag mit einem 8 km-Morgenlauf begonnen und jetzt ist es eine Leistung auf den Beinen zu stehen.

Ich bin Orit. Ich habe den Impfstoff vor vier Monaten bekommen. Am dritten Tag war ich schwach, hatte Schüttelfrost, Herzklopfen, Sodbrennen, Bauchschmerzen, Schwindel. Mir wurde dann die zweite Dosis verabreicht. Drei Tage später bekam ich neurologische Symptome: Zittern, Muskelkrämpfe, Kribbeln, so was wie kleine Stromschläge. Ich habe das noch heute. Seither leide ich unter starker Erschöpfung.

Mein Name ist Gilad. Etwa eine Woche nach der Impfung fühlte ich Schwäche in jedem Teil des Körpers. Ich konnte meinen Körper nicht bewegen, weder Arme noch Beine. Ich war wie eine Mumie, konnte nichts tun.

Mein Name ist Ami. Ich hatte die erste Spritze bekommen. Es dauerte ungefähr fünf bis sieben Minuten, da hatte ich Gesichtslähmung, Gelenkschmerzen, Druck in den Augen und Sehstörungen.

Mein Name ist Rotem. Zwei Wochen nach jeder Impfdosis hatte ich visuelle neurologische Episoden, Augenmigräne. Für sechs Stunden wird das gesamte linke Sichtfeld verkleinert. Dazu hatte ich Kopfschmerzen.

Meine Schwester Sarah. Sie beschloß, sich impfen zu lassen. Ungefähr eine Woche danach bekam sie starke Kopfschmerzen. In dem CT sah man, daß sich im Gehirn Flüssigkeit gebildet hatte. Sie wurde mehrere Stunden operiert. Ein weiteres CT wurde gemacht und man entdeckte, daß in der OP die Aorta verletzt worden war. Es gab eine weitere Operation, ohne Erfolg. Ungefähr anderthalb Wochen später ... da starb sie. Sie war ein gesunder Mensch gewesen, ohne Vorerkrankungen.

Avital: Was Sie gerade gesehen haben, ist nur ein Teil der Geschehnisse. Das Israeli People's Committee, eine zivile Organisation, das diese Daten bereitgestellt hat, hat tausende solcher Zeugnisse gesammelt. Wenn Ihnen oder jemandem, den Sie kennen, so etwas passiert ist, dann melden Sie sich bitte bei uns. Und bitte, bitte teile dieses Video, oder füge deine eigene Geschichte hinzu.

Denn du bist nicht allein. Wir haben tausende von Zeugenberichten. Es geht um unsere Kinder. Die Wahrheit MUSS ans Licht kommen. Unser besonderer Dank an "The Professional Ethics Front" für die juristische Beratung. Um Nebenwirkungen zu melden, besuche: [www.the-people-committee.com/contact](http://www.the-people-committee.com/contact)<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21840" berichtet am 5. März 2022 \(x1.073/...\): >>Die Impfstoffhersteller müssen für impftote und -geschädigte Kinder haften](https://www.klagemauer.tv/21840) - ein Artikel von *Vasko Kohlmayer*

Seit der ausgerufenen Corona-Pandemie gab es noch zu keiner Zeit einen einzigen Grund, der die genbasierte Covid-Spritze für gesunde Kinder rechtfertigen könnte. Beweise von Experten hierfür sind genug vorhanden, werden jedoch unterschlagen und ignoriert. Was für ein Verbrechen an den Kindern läuft hier gerade ab?!

Während das Impfstoff-Narrativ in sich zusammenfällt, gibt es alle möglichen Eingeständnisse von verschiedenen Seiten des industriellen Impfstoff-Komplexes.

Eines der erstaunlichsten kommt von der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Es stammt von Dr. Soumya Swaminathan, der Chefwissenschaftlerin dieser korrupten Institution.

Dies ist, was Dr. Swaminathan vergangene Woche zu sagen hatte:

"Es gibt derzeit keine Beweise dafür, daß gesunde Kinder oder Jugendliche eine Booster-Impfung brauchen ... überhaupt keine Beweise."

Haben wir sie richtig verstanden? Es gibt überhaupt keine Beweise!

Was Dr. Swaminathan meint, ist, daß es keine medizinische oder wissenschaftliche Rechtfertigung gibt, Kinder zu boostern (Auffrischungsimpfungen zu verabreichen).

Keine ... null ... null!

Auch wenn Dr. Swaminathan es nicht gesagt hat, gilt genau das Gleiche für die ersten Grundimpfungen, die Kinder erhalten haben.

Mit anderen Worten, es gab niemals irgendeine Rechtfertigung für die Massenimpfungen von gesunden Kindern und Jugendlichen mit den Covid-19-Impfstoffen.

Die Gründe dafür waren offensichtlich:

- Gesunde Kinder haben nahezu kein Risiko für eine schwere Covid-Erkrankung.
- Die Impfstoffe verhindern weder eine Infektion noch eine Übertragung (oder gar schwer an Covid zu erkranken).
- Die Impfstoffe bergen ein erhebliches Risiko für schwere Nebenwirkungen.

Eine Vorstellung davon, wie gefährlich diese Impfstoffe für Kinder (und auch für alle Anderen) sind, erhalten Sie auf dieser Webseite (<https://www.saveusnow.org.uk/covid-vaccine-scientific-proof-lethal>), worin über tausend wissenschaftliche Studien aufgelistet sind, von Peer-Reviewed Fachzeitschriften (die Artikel wurden von wissenschaftlichen Experten begutachtet). Darin wurden die schweren Nebenwirkungen der Impfstoffe erörtert.

Und trotzdem haben Millionen von Kindern auf der ganzen Welt diese gefährlichen Nebenwirkungen erlitten. Viele dieser Kinder sind gestorben oder erlitten schwere Nebenwirkungen. Sehen Sie hier, was einige ihrer Eltern dazu gesagt haben:

"Der Tod und die Verletzungen dieser bedauernswerten gesunden Kinder waren völlig unnötig. Die Verletzungen und der Tod, die ihnen zugefügt wurden, stellen ein schweres Verbrechen dar.

Die Hauptverantwortlichen für dieses Verbrechen sind die Impfstoffhersteller, die Politiker und die Gesundheitsbehörden, die diese unsicheren experimentellen "Impfstoffe" für die Anwendung bei Kindern und Jugendlichen zugelassen haben. Und vergessen wir nicht die Medien."

Kürzlich forderte der kanadische Premierminister Justin Trudeau kanadische Kinder dazu auf, sich impfen zu lassen. Trudeau sprach zu den kanadischen Kindern:

"Ihr könnt euch impfen lassen, sobald ihr fünf Jahre alt seid. Ich weiß, daß ihr aufgeregt seid und daß ihr es kaum erwarten könnt. In einigen Orten des Landes könnt ihr sogar schon jetzt einen Termin für kurz nach eurem (fünften) Geburtstag vereinbaren ..."

Wie kann Trudeau wissen, daß Fünfjährige auf die Injektionen erpicht sind? Hat Trudeau keine eigenen Kinder? Hat schon einmal jemand ein Kind gesehen, das sich gerne eine Nadel in den Körper stechen läßt?

Es lohnt sich, den 15-Sekunden-Videoclip von Trudeau anzuschauen, um zu sehen, wie heimtückisch diese Impftreiber fünfjährige Kinder lächelnd dazu drängen, gefährliche und unwirksame Substanzen zu erhalten, die sie absolut nicht brauchen.

Justin Trudeaus Demagogie (ideologische Aufstachelung) wurde von US-Präsident Joe Biden getoppt, der in seiner Rede im Weißen Haus am 3. November des vergangenen Jahres folgendes sagte:

"Heute ist ein großer Tag für amerikanische Eltern, amerikanische Familien und amerikanische Kinder. Wir haben einen großen Schritt nach vorn gemacht, um unseren Weg aus dieser Pandemie weiter zu beschleunigen.

Nach monatelanger strenger und unabhängiger wissenschaftlicher Prüfung haben die Food and Drug Administration (US-Behörde für Lebens- und Arzneimittelüberwachung), - die FDA - und die Centers for Disease Control and Prevention (U.S. Seuchenschutzbehörden) - die CDC - den Impfstoff COVID-19 für Kinder im Alter von 5 bis 11 Jahren empfohlen ... Also, Eltern von Kindern ab fünf Jahren, bitte lassen Sie sie impfen ... Dieser Impfstoff ist sicher und wirksam. Also lassen Sie Ihre Kinder impfen, um sich selbst und andere zu schützen, um die Ausbreitung zu stoppen und um uns zu helfen, diese Pandemie zu besiegen."

Im Gegensatz zu den Behauptungen Bidens wissen wir heute, daß diese Impfstoffe weder eine

Infektion verhindern noch die Ausbreitung stoppen. Diese Impfstoffe wurden in einem überstürzten und undurchsichtigen Verfahren von korrupten Beamten der so genannten öffentlichen Gesundheitsbehörden "genehmigt", die von Pharmaunternehmen kontrolliert werden, und zwar durch die so genannte "Regulatory Capture". (Vereinnahmung einer Regulierungsbehörde)

Paradoxerweise forderte Joe Biden in derselben Rede Amerikas Senioren auf, sich nach mehreren Impfungen noch eine Auffrischungsimpfung geben zu lassen, zusätzlich zu den Impfungen, die er zuvor den amerikanischen Kindern aufgenötigt hat. Mit anderen Worten: Die ursprünglichen Impfstoffe - von denen anfangs behauptet wurde, sie seien zu 95 Prozent wirksam - hatten bei den Erwachsenen versagt, und dennoch waren die Impfbefürworter erpicht darauf, 5-Jährige mit denselben Impfstoffen zu versorgen.

Die Verursacher dieser Travestie (absurden Kampagne) gegen unsere Kinder müssen zur Verantwortung gezogen werden, damit so etwas nie wieder geschieht.<<

**07.03.2022**

**BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 7. März 2022 (x1.125/...): >>Die Verleugnung der gewaltigen Impfn Nebenwirkungen - Ist das Paul-Ehrlich-Institut ehrlich oder kriminell?**

Das dem Bundesgesundheitsministerium unterstehende Paul-Ehrlich-Institut (PEI), zuständig für die Zulassung von Impfstoffen und deren Sicherheit, hat auch in seinem 17. Sicherheitsbericht zur Corona-Lage wieder alles getan, um die Nebenwirkungen nach Impfung zu verharmlosen und - bis auf geringe Ausnahmen - einen kausalen Zusammenhang abzuleugnen. Dabei ist dieser von erfahrenen Pathologen exemplarisch nachgewiesen worden.

Und das immer mehr zutage tretende Ausmaß typischer und zu erheblichen Teilen schwerer und tödlicher Erkrankungen, die in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung auftreten, läßt gar keinen anderen Schluß mehr zu, als daß diese anschwellenden Krankheiten mit dem Impfstoff zusammenhängen.

Nach dem neuen Sicherheitsbericht vom 7.2.2022 wurden im Jahr 2021 insgesamt 244.576 Verdachtsfälle von Impfn Nebenwirkungen gemeldet, davon waren 29.786 schwerwiegend. 2.255 Personen starben im zeitlichen Zusammenhang zur Corona-Impfung - eine enorme Steigerung von 1.919 Todesfällen vom 30.11.2021 um 336 = 17,5 % innerhalb eines Monats, in dem die Impffzahlen nicht entsprechend gestiegen sind - abgesehen davon, daß doch das Impfen zuverlässig vor dem Tod schützen soll.

Es gibt auch einen starken Anstieg von 20 % der Entzündungen am Herzen und Herzbeutel - insgesamt 2.020 Fälle, 18 davon endeten tödlich. Die Anzahl der Fälle des Thrombose-mit-Thrombozytopenie-Syndroms stieg auf 278 an - 53 davon endeten tödlich. Mittlerweile gibt es 730 Fälle einer Thrombozytopenie oder Immunthrombozytopenie, 24 davon endeten tödlich. Auch die Fallzahlen beim Guillain-Barré-Syndrom stiegen auf 354 Fälle an, davon endeten 9 tödlich.

"Bei Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 12-17 Jahren traten 3.227 Nebenwirkungen auf. 8 Kinder in dieser Altersgruppe sind im Zusammenhang mit der Impfung verstorben. Damit haben wir in dieser Gruppe nun offiziell mehr "Impftote" als "Corona-Tote". Außerdem erlitten 10 Kinder bleibende Schäden durch die Impfung und es traten 147 Entzündungen am Herzen im Zusammenhang mit der Impfung auf. Auch vom Guillain-Barré-Syndrom werden die Kleinen nicht verschont - 6 Fälle sprechen hier für sich."

Bei Kindern unter 12 Jahren traten 505 Nebenwirkungen auf, in 103 Fällen traten Impfn Nebenwirkungen sogar bei Kindern unter 5 Jahren auf, obwohl es für diese Gruppe noch gar keinen Impfstoff gibt. "Das PEI gibt an, daß davon in 20 Fällen der Impfstoff über die Muttermilch transportiert wurde. Die anderen 83 Fälle werden nicht näher erläutert. Das läßt nur einen Schluß zu" - so *corona-blog*: "Es handelt sich um noch nicht geborene Babys, die im Mutter-

leib einen Schaden durch die Impfung (der Mutter) genommen haben."

### **Wann muß man eingreifen?**

Das PEI setzt die Zahl der Nebenwirkungen ins Verhältnis zu der hohen Zahl der Impfungen und behauptet:

"Die weltweiten Daten zeigen, daß die ganz überwiegende Mehrzahl der Nebenwirkungen der in Deutschland zugelassenen und bisher eingesetzten Impfstoffe vorübergehende lokale und systemische Reaktionen betreffen, wie sie auch schon in den klinischen Prüfungen vor der Zulassung beobachtet wurden.

Nach derzeitigem Kenntnisstand sind schwerwiegende Nebenwirkungen, die im Folgenden zusammengefaßt dargestellt werden, sehr selten und ändern nicht das positive Nutzen-Risiko-Verhältnis der Impfstoffe."

Abgesehen davon, daß der "positive Nutzen" der Impfstoffe in der Realität längst widerlegt ist, rechnet diese statistische Relation eiskalt rein quantitativ Menschenleben wie Hühner gegeneinander auf. - Es ist gleichgültig, in welcher hohen Zahl Impfungen erfolgt sind, allein knapp 250.000 im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung plötzlich auftretende Nebenwirkungen, 30.000 schwerwiegend, und 2.255 Todesfälle betreffen viele reale Menschen mit ihrem individuellen Schicksal an Leib und Leben. Das ist keine mathematisch-statistische, sondern eine zutiefst menschlich-moralische Frage. Es müßte sofort das Impfen gestoppt, und es müßten gründliche Untersuchungen der Fälle in ihrem möglichen kausalen Verhältnis zu den Impfstoffen durchgeführt werden.

Dies wäre um so mehr geboten, als sämtliche eingesetzten Impfstoffe erst eine vorläufige, bedingte "Not-Zulassung" erhalten haben, weil essentielle Studien fehlen, vor allem zu Sicherheit und Wirksamkeit. Die Welt schreibt dazu:

"Bis Juli 2021, so hatte die EMA frühzeitig klar gemacht, seien die Studien nachzureichen. Aber die Frist verstrich still und ereignislos. Statt dessen verlängerte die EMA im Oktober 2021 die 'bedingte Zulassung' in aller Diskretion um ein Jahr. Zunächst für Spikevax von Moderna und Anfang November für Comirnaty von Biontech. Das brachte in der wissenschaftlichen Fachwelt erste Irritationen auf, es gab Fragezeichen, auch den Verdacht der Geheimniskrämerei, inzwischen erweitert um offenes Befremden."

Offene Fragen gibt es demnach auch bei den Eigenschaften der mRNA-Präparate, was gerade mit Blick auf das nun bekannt gewordene Ausmaß an Nebenwirkungen beunruhigend erscheint:

"Es sind essentielle Fragen wie: Lagert sich der Wirkstoff im Gehirn ab? Gibt es Anreicherungen in der Niere? In den Lymphknoten? Im Herzen? Wird es bei trächtigen Tieren auf den Embryo übertragen?"

Fragen, "die die Hersteller bisher nicht beantwortet haben", so eine Expertin gegenüber der WELT, "was daran liegen könnte, daß die mRNA-Vakzine als klassische Impfstoffe zugelassen wurden", bei denen solche Fragen im Zulassungsverfahren keine Rolle spielten. "Tatsächlich", so die WELT, sind Präparate wie das von Biontech "jedoch gentherapeutische Produkte". Für ein Zulassungsverfahren müßten daher auch andere Regeln angewandt werden.

Gerade wegen der fehlenden Studien zu Sicherheit und Wirksamkeit der "Impfstoffe" hätte mit Beginn der Impfung ein unabhängiges Gremium eingerichtet werden müssen, welches das gesamte Impfprogramm sicherheitstechnisch überwacht, alle relevanten Daten transparent macht und ein Eingriffsrecht hat, einen vorläufigen Impfstopp zu verfügen, wenn die Nebenwirkungen und Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung ein Maß überschreiten, das einen kausalen Zusammenhang mit der Impfung besorgen läßt.

In den USA hat es solche Sicherheits-Gremien bei Impfungen immer gegeben, interessanterweise wurden sie beim Corona-Impfprogramm auch nicht eingerichtet. Dr. Peter McCullough, Kardiologe, stellvertretender Chefarzt am Baylor University Medical Center in Dallas, Texas,

und wissenschaftlicher Berater, der zu den fünf meist publizierenden medizinischen Forschern in den USA gehört, wies in einem Vortrag im Oktober 2021 empört darauf hin. Er hatte selbst bei mehr als zwei Dutzend therapeutischen Produkten den Vorsitz von Gremien zur Überwachung der Datensicherheit geführt.

"Als Vorsitzender eines Gremiums zur Überwachung der Datensicherheit habe ich einige kritische Entscheidungen getroffen, um ein Programm zu beenden, wenn es nicht sicher war", erklärte er. "Und ich kann Ihnen sagen, daß die Schwelle bei einigen wenigen Fällen liegt, die wir uns nicht erklären können. Bei fünf ungeklärten Fällen fangen wir an, uns sehr, sehr unwohl zu fühlen. Wenn wir 50 ungeklärte Todesfälle bei einer Produktfreigabe erreichen, ist es vorbei. Es ist weg. Wir schalten es ab und finden heraus, was falsch gelaufen ist. Bei neuen biologischen Produkten verlangen wir Sicherheit, Sicherheit, Sicherheit".

Er erwähnte die Impfkampagne gegen die Schweinegrippe im Jahr 1976, in der nach nur 10 Wochen bereits 25 % der 220 Millionen Menschen in den USA geimpft worden waren, als plötzlich 25 Todesfälle auftraten und von 550 Fällen mit dem Guillain-Barré-Syndrom berichtet wurde. Da habe die Regierung das Impfen sofort einstellen lassen. "Die Sorge um die Sicherheit war zu groß. Die Zahl der Todesfälle stieg nach dem Abbruch des Programms auf 53. Das war der Standard und sollte auch heute noch der Standard sein", erklärte McCullough.

Im Gegensatz dazu sei man mit der aktuellen COVID-19-Genstransfer-Impfkampagne weit darüber hinaus. Tatsächlich sei die Zahl der Todesfälle heute 652 Mal höher als 1976, als die Regierung das Impfprogramm gegen die Schweinegrippe eingestellt habe.

Bereits am 22. Januar (2021) "hatten wir ein großes Problem. Wir hatten 182 Todesfälle", fuhr McCullough fort, "die erwartete Zahl der Todesfälle, (durch) alle Impfstoffe zusammen, (ist) 158 (von ungefähr) 287 Millionen Impfungen pro Jahr in den Vereinigten Staaten. 182 (Todesfälle bei Verwendung der COVID-Impfstoffe) lagen über der Grenze. Und wenn wir ein Gremium zur Überwachung der Datensicherheit hätten, wäre dieses Programm im Februar wegen übermäßiger Sterblichkeit eingestellt und überprüft worden.

Wir hatten (damals) nur 27 Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten geimpft. Und was ist passiert? Nichts! Keine Sicherheitsüberprüfung! Das ist Amtsmissbrauch. Ein Fehlverhalten ist ein Fehlverhalten derjenigen, die eine Autoritätsposition innehaben. Und genau das ist passiert", sagte er.

182 Todesfälle in den USA bei 27 Millionen Impfungen bedeuten einen Prozentsatz von 0,0007 %. In Deutschland wurden bis zum 24.01.2021 insgesamt 1.783.118 Menschen geimpft. 769 Todesfälle in Deutschland nach 1,8 Millionen Impfungen bedeuten einen Prozentsatz von 0,004 %. Damit war in Deutschland diese Grenze längst weit höher überschritten und hätte auch hier erst recht zu einem sofortigen Stopp der Impfungen führen müssen.

Dr. McCullough beschuldigte die CDC, die FDA, die NIH, das Weiße Haus, den Senat und das Repräsentantenhaus, "alle in diese Sache verwickelt zu sein. Keiner von ihnen verlangte im Februar einen wirksamen Sicherheitsbericht und einen Stopp. Sie sind alle schuldig."

Auf Deutschland übertragen bedeutet dies: Das PEI, das RKI, die Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag sind alle in diesem Sinne am Leid und Tod Tausender Menschen schuldig, die bis heute nach der Impfung schwer erkrankt oder gestorben sind.

Um es noch einmal hervorzuheben: Bei diesem vorläufigen Stopp der Impfungen kommt es nicht darauf an, ob bereits ein kausaler Zusammenhang der Nebenwirkungen und Todesfälle mit dem Impfstoff nachgewiesen ist. Er wäre eine vorsorgliche Maßnahme allein wegen der Anzahl der Todesfälle, um sie in aller Ruhe und Gründlichkeit daraufhin zu untersuchen und danach über Fortsetzung oder endgültigen Abbruch der Impfkampagne zu entscheiden.

### **Dunkelziffer**

Dieser sofortige Impfstopp wäre um so dringender notwendig gewesen, als es erfahrungsgemäß und auch nach wissenschaftlichen Studien eine große Dunkelziffer nicht gemeldeter Ne-



benwirkungen und Todesfälle gibt. Das wissen auch die staatlichen Gesundheitsinstitute und das Bundesgesundheitsministerium. In einer neuen internationalen Untersuchung, veröffentlicht auf der Website der "United States National Library of Medicine", wurden zur Untererfassung "insgesamt 37 Studien mit einer Vielzahl von Überwachungsmethoden aus 12 Ländern ermittelt.

Daraus ergaben sich 43 numerische Schätzungen der Untererfassungsrate. Der Median der Untererfassungsrate in den 37 Studien lag bei 94 %." 8 Nur ca. 6 % der Nebenwirkungen werden also gemeldet.

Rechnet man die dem PEI bis 31.12.2021 gemeldeten ca. 240.000 Nebenwirkungen, ca. 30.000 davon schwer und 2.300 Todesfälle auf jeweils 100 % hoch, so ergeben sich ca. 4 Millionen Nebenwirkungen, ca. 500.000 schwere und ca. 38.000 Todesfälle in Deutschland. -

Man muß sich diese ungeheuren Zahlen vor Augen halten: Und es gibt keinen Aufschrei und keinen sofortigen Impfstopp! Man impft und impft und nimmt Hunderttausende schwere Krankheiten und Zigtausende Tote in Kauf.

Von Beginn der Impfungen an wurde die Parole ausgegeben: Das habe, außer in seltenen Ausnahmefällen, mit der Impfung - vielfach schrieb das PEI in seinen Sicherheitsberichten "vermutlich" - nichts zu tun. - Wie kriminell ist das?

Diese Daten werden durch einen jüngsten Brandbrief des Vorstandes der BKK-Krankenkasse ProVita an das PEI und andere bestätigt, der auf Daten von 11 Millionen Versicherten zurückgreifen kann. Der Vorsitzende Andreas Schöfbeck schreibt:

"Uns liegen bisher die Abrechnungsdaten der Ärzte für das erste Halbjahr 2021 und circa zur Hälfte für das dritte Quartal 2021 vor. Unsere Abfrage beinhaltet die gültigen ICD-Codes für Impfnebenwirkungen.

Diese Auswertung hat ergeben, obwohl uns noch nicht die kompletten Daten für 2021 vorliegen, daß wir anhand der vorliegenden Zahlen jetzt schon von 216.695 behandelten Fällen von Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung aus dieser Stichprobe ausgehen. Wenn diese Zahlen auf das Gesamtjahr und auf die Bevölkerung in Deutschland hochgerechnet werden, sind vermutlich 2,5-3 Millionen Menschen in Deutschland wegen Impfnebenwirkungen nach Corona Impfung in ärztlicher Behandlung gewesen. Das sehen wir als erhebliches Alarmsignal an, das unbedingt beim weiteren Einsatz der Impfstoffe berücksichtigt werden muß."

Hochgerechnet auf ganz Deutschland waren demnach "circa 4-5 % der geimpften Menschen wegen Impfnebenwirkungen in ärztlicher Behandlung".

Der österreichische Blogger Dr. Peter F. Mayer schreibt dazu: "Die Todesfälle stimmen übrigens mit den Auswertungen der Übersterblichkeit in Deutschland überein. Verschiedene Quellen und Auswertungen bestätigen eine Übersterblichkeit von 35.000 bis 40.000 Todesfällen gegenüber dem erwarteten Wert nach den Vorjahren."

### **Die Täuschungen des PEI**

Wie dagegen das PEI die Impfnebenwirkungen und Todesfälle klein zaubert, hat der Coronablog aufgedeckt. Der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring stellte, darauf Bezug nehmend, dieses ungeheure Täuschungsmanöver am verständlichsten wie folgt dar:

Das PEI gebe vor, die wissenschaftliche Observed-versus-Expected-Analyse anzuwenden. Diese bedeute einen Vergleich der Anzahl der Todesfälle nach Impfung mit der Anzahl der Todesfälle, die im jeweiligen Intervall statistisch zu erwarten gewesen wären, einfach weil eben jeden Tag in etwa eine bestimmte Anzahl Menschen in Deutschland stirbt. Wenn an einem Tag oder in einer Woche nach Impfung regelmäßig mehr Menschen stürben, als pro Tag oder pro Woche normal ist, wäre das ein Signal, daß da ein Problem sein könnte.

"Aber das ist nicht der Vergleich, den das PEI anstellt. Es tut nur so. Vielmehr vergleicht die Behörde die Anzahl der gemeldeten Verdachtsfälle von Nebenwirkungen mit tödlichem Ausgang im Abstand von einem Tag bis sechs Wochen nach einer COVID-19-Impfung mit der im

gleichen Zeitraum statistisch zufällig zu erwartenden Anzahl der Todesfälle (Daten des Statistischen Bundesamtes).

Wie nicht anders zu erwarten, ergibt dieser Vergleich "kein Risikosignal", weil die erste Anzahl (Verdachtsfälle) viel kleiner ist als die zweite (typische Anzahl aller Todesfälle). Wie könnte es auch, bei so einem absurden Vergleich, anders sein. Das Statistische Bundesamt erfaßt alle oder so gut wie alle Todesfälle.

Dem PEI wird sicherlich nur ein Bruchteil der Todesfälle im Zeitraum von bis zu sechs Wochen nach einer Impfung als Verdachtsfall gemeldet. Wer würde denn Unfalltote als Impf-Verdachtsfälle melden? Und viele Fälle, die durch die Impfung verursacht worden sein könnten, aber dem Anschein nach nicht sind, werden nicht als Verdachtsfälle gemeldet, weil das Aufwand bedeutet und nicht vergütet wird.

Stellen Sie sich vor, man wollte erfahren, ob Autounfälle die Todesrate erhöhen und vergleicht deshalb nach PEI-Art die Anzahl der gemeldeten Verdachtsfälle von Unfalltoten von einem Tag bis sechs Woche nach Autounfällen mit der im gleichen Zeitraum statistisch zufällig zu erwartenden Anzahl der Todesfälle. Man käme wie das PEI bei den Impfungen zu dem Ergebnis, daß die erste Anzahl (erfaßte mögliche Unfalltote) sehr viel niedriger ist als die zweite (alle durchschnittlichen Todesfälle) und schlosse daraus, daß Autounfälle die Todesrate nicht erhöhen.

Zugegeben, das Beispiel ist noch etwas absurder als das, was das PEI macht, aber nicht viel. Das PEI schreibt ganz ungeniert, daß sein Vergleich eine Standardized Morbidity Ratio, (Standardisierte Sterberate; SMR) deutlich unter 1 ergibt, nämlich je nach Impfstoff zwischen 0,006-0,033, also sehr nahe bei Null.

Wollte das PEI diese Werte ernsthaft als Ergebnis einer korrekten Observed-versus-Expected-Analyse interpretieren, dann müßte es behaupten, daß eine Impfung gegen Covid-19 das Risiko, an einer beliebigen Ursache zu sterben, für mindestens sechs Wochen auf nahe Null senkt. Die SMR wäre nämlich bei einem korrekten Vergleich nahe bei 1, wenn die Impfung keinen nennenswerten Einfluß auf die Todesrate hätte. Sie wäre bei 2, wenn die Impfung die Todesrate verdoppeln würde und sie wäre bei Null, wenn die Impfungen dafür sorgen würden, daß überhaupt niemand mehr (an irgendeiner Ursache) stirbt.

Ich kann mir keinen Grund vorstellen, aus dem so ein grob irreführender Unsinn versehentlich produziert und veröffentlicht werden kann."

Wie kriminell ist diese "Roßtäuscherei", wie N. Häring es nennt?

### **Nachbemerkung**

Wie sehr der Brandbrief des Vorstandes der BKK-Versicherung ProVita, Andreas Schöpfbeck, ins Schwarze trifft und die verlogenen Verlautbarungen der staatlichen Organe aufs Höchste gefährdet, zeigte sich am 1. März 2022, einen Tag bevor ein Gespräch mit dem PEI stattfinden sollte: Der Verwaltungsrat der gesetzlichen Versicherung kündigte ihm fristlos, nach 21 Jahren erfolgreicher Tätigkeit.

Dr. Peter F. Mayer meldet: Im Pressebereich wurde die Begründung und Erklärung Schöpfbecks, warum man den Brief vom 21.2.2021 an das Paul Ehrlich Institut geschickt habe, mittlerweile gelöscht. Statt dessen findet sich folgender Text:

"Auf seiner heutigen Sitzung hat der Verwaltungsrat der BKK ProVita beschlossen, sich mit sofortiger Wirkung vom bisherigen Vorstand Andreas Schöpfbeck zu trennen. Die Führung der BKK ProVita geht nahtlos in die Hände von Walter Redl über, dem langjährigen Stellvertreter des bisherigen Vorstandes."

Dies gehorcht dem Muster des neuen Totalitarismus, der sich auf allen Ebenen etabliert hat: Rigorose Gedanken- und Meinungszensur mit allen existentiellen Folgen gegen jeden, der den staatlichen Vorgaben nicht dient und es wagt, der Wahrheit und seinem eigenen Gewissen zu folgen.

Wo bleiben eigentlich die Ermittlungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft gegen die Verantwortlichen des PEI, des Bundesgesundheitsministeriums etc.? - Ach ja, die Staatsanwaltschaften sind in der deutschen Parteien-Oligarchie ja den Weisungen der Regierung unterstellt. Und wer läßt schon gegen sich selbst und seine untergeordneten Behörden ermitteln!? Es gibt nicht nur die Verschwörungstheorie, sondern auch die Verschwörungs-Praxis. Hier zeichnet sich etwas Gigantisches ab.<<

**08.03.2022**

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21879" berichtet am 8. März 2022 (x1.085/...): >>Österreichs Impfpflicht-Kommission - Wer sind die "Experten" wirklich?

Bis zum 8. März 2022 soll die Einschätzung der österreichischen Impfpflicht-Kommission bezüglich der Aufrechterhaltung der COVID-Impfpflicht vorliegen. Aufgrund dieser Ausarbeitung will das Gesundheitsministerium über die weitere Vorgangsweise entscheiden. Kla.TV nahm die vier Experten genauer unter die Lupe, wie weit sie wirklich "unabhängig" sind. Sehen Sie nun, was dabei zutage kam.

Die österreichische Impfpflicht-Kommission übernahm den Regierungsauftrag, die Sinnhaftigkeit, Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit, Wirksamkeit und Rechtsgültigkeit der COVID-Impfpflicht genauestens zu prüfen. Aufgrund dieser Ausarbeitung will das Gesundheitsministerium über die weitere Vorgangsweise bzgl. der am 5. Februar 2022 in Kraft getretenen Impfpflicht für alle über 18 Jahre entscheiden.

Die Einschätzung der Impfpflicht-Kommission über die Aufrechterhaltung der COVID-Impfpflicht soll bis heute, den 8. März vorliegen. Soweit der Plan.

Die österreichische Bevölkerung kann mit Recht nun auch annehmen, daß die Impfpflicht aufgrund der zweifelhaften Wirksamkeit der Impfstoffe gegen das Corona-Virus mit seinen Mutationen auch wieder zurückgenommen werden könnte. Doch hat das die Regierung jemals ernsthaft in Betracht gezogen? Wie wahrscheinlich ist die Möglichkeit einer Rücknahme des Impfpflicht-Gesetzes wirklich? Das Durchleuchten der vier Experten bringt dahingehend Aufschluß.

Die "unabhängige" Experten-Kommission zur Prüfung der Aufrechterhaltung der Impfpflicht besteht aus folgenden Personen: Herwig Kollaritsch - Eva Schernhammer - Karl Stöger und Christiane Wendehorst

Nahezu alle haben eine universitäre Berufslaufbahn genommen und sind in der Pharmabranche gut vernetzt. Dies läßt schon jetzt an der "Unabhängigkeit" Zweifel aufkommen, daher schauen wir nun noch etwas tiefer:

1. Univ.-Prof. Dr. Herwig Kollaritsch

Dr. Kollaritsch fungiert unter anderem als Autor etlicher Impfratgeber.

Der Tenor darin ist: Schutzimpfungen sind die wichtigste und nachhaltigste medizinische Maßnahme zur Verbesserung der Lebensumstände und Erhöhung der Lebenserwartung.

Dr. Kollaritsch weist als ‚Impfexperte‘ finanzielle Verbindungen zu Impfstoff-Herstellern auf. Wie öffentlich einsehbare Spendenlisten von Pfizer zeigen, durfte sich die Firma medEXC!TE in den Jahren 2018 bis 2020 über tausende Euro an Zuwendungen erfreuen. Kollaritsch fungierte in dieser Firma von 2015 bis Dezember 2021 als Geschäftsführer.

Dr. Kollaritsch hat sich öffentlich mehrmals für eine Impfpflicht ausgesprochen. Im Jänner 2022 meint er in Die Presse, daß bis spätestens Herbst eine Impfpflicht gelten muß.

2. Univ.-Prof. Dr. Mag. Eva Schernhammer

Dr. Schernhammer hat eine rein universitäre, berufliche Laufbahn an der Medizinischen Universität Wien und Harvard-Universität. "Universitäre, berufliche Laufbahn" heißt genau genommen, wenn Personen vom Studium weg an der Universität bleiben und sich nach oben arbeiten. Der Nachteil dieser "Sicherheit" ist eine gewisse existentielle und finanzielle

Abhängigkeit vom Staat.

Bei Schernhammer bestehen auch - wie bei Herwig Kollaritsch - Querverbindungen zu Pfizer. In zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten, an denen Schernhammer in den vergangenen Jahren beteiligt war, schrieb er Co-Autoren mit, die von Pfizer bezahlt wurden oder sogar Beratertätigkeiten für das Pharmaunternehmen ausübten. Näheres dazu finden Sie unterhalb in den Quellen.

Mag. Schernhammer ist überdies Mitglied im "Complexity Science Hub Vienna" der Medizinischen Universität Wien. Der CSH ist ein Verein zur wissenschaftlichen Erforschung komplexer Systeme mit Sitz in Wien. Die MedUni Wien und ihre Abteilungen erhalten nicht nur jährlich Spenden von Pfizer, auch der CSH weist eine undurchsichtige Finanzierung - größtenteils über die öffentliche Hand - auf.

3. Univ.-Prof. Dr. Karl Stöger

Der Jurist Stöger zeigt sich schon seit Jahren als glühender Impfpflichtverfechter. Im Juni 2019 hielt er einen Vortrag über Impfpflicht, in dem es um die Voraussetzungen für die Durchsetzung einer solchen geht.

Das FAZIT des Vortrages ist: Bei entsprechend "gefährlicher" Krankheit ist eine Impfpflicht, auch als Präventivmaßnahme, rechtlich argumentierbar.

Laut Stöger gilt bei einer Impfpflicht: "Die öffentliche Gesundheit rechtfertigt den Eingriff in Art. 8 der Menschenrechtskommission (dabei geht es um das Recht auf Privatleben)" und stützt sich dabei auch auf Entscheidungen der Europäischen Menschenrechtskommission.

Dr. Stöger ist der Meinung, daß die Öffentlichkeit genug über den positiven Nutzen der Impfung seitens der Regierung aufgeklärt wurde. Darum gibt es für ihn auch keine Grenzen für die Anzahl an Impfungen, um Lockdowns zu verhindern.

4. Univ.-Prof. Dr. Christiane Wendehorst

Dr. Wendehorst ist Zivilrechtlerin, Professorin an der juristischen Fakultät der Uni Wien und die juristische Fachexpertin der Impfpflicht-Kommission.

Außerdem ist sie in der Bioethik-Kommission tätig. Ihre Themen sind: Künstliche Intelligenz, biometrische Daten und Datenökonomie.

Dr. Wendehorst weist - wie Kollaritsch und Schernhammer - bedenkliche Verbindungen zur Pharmaindustrie auf. Wendehorst hat auch an Veranstaltungen mit dem Pfizer-Kulturbeirat teilgenommen.

Dr. Wendehorst's eigene Aussage: "Die Impfpflicht ist eine langfristig angelegte Maßnahme", entlarvt sie als Befürworterin der Impfpflicht. Auch hält sie den Gesetzesentwurf für "sehr gelungen" und lobt die Arbeit der Regierung mit: "Der Entwurf ist definitiv ein guter Kompromiß."

Das Fazit der Betrachtungen:

1. Alle dieser sogenannten "Experten" sind schon von Haus aus in ihrer Grundeinstellung für die Impfpflicht. Sie sind bekennende Impfbefürworter!
2. Diverse Verbindungen zur Pharmaindustrie sind gegeben, es besteht eine gewisse Affinität zu den Impfstoffherstellern.
3. Von der Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit der Impfpflicht-Kommission kann keine Rede sein.

Verehrte Zuseher, schon die Mitgliederauswahl in die Impfpflicht-Kommission zeigt, daß die Regierung von vornherein gar nicht an einer objektiven Beurteilung bezüglich Sinnhaftigkeit, Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit, Wirksamkeit und Rechtsgültigkeit der COVID-Impfpflicht interessiert ist.

Daher muß die eventuelle Aussetzung der COVID-Impfpflicht einer Abschaffung weichen.

Die Juristin Dr. Madeleine Petrovic brachte dies in einer Pressekonferenz klar zum Ausdruck: "... Ich kann nur betonen, die Zeit des Impfens ist vorbei; die Zeit der Zwangsmaßnahmen ist

vorbei. Und zwar, das betone ich jetzt auch als Juristin: Es geht auch nicht, daß die ganze Zeit so ein Damoklesschwert über uns schweben bleibt. ... Wenn es ein gültiges Bundesgesetz ist, ist es umzusetzen. Und wenn man der Meinung ist, es ist NICHT umzusetzen, weil die Realität eine andere ist, dann ist das abzuschaffen, dann gilt es nicht mehr. ..."<<

**11.03.2022**

**BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 11. März 2022 (x1.128/...): >>Die Bedeutung der Ukraine auf dem geostrategischen Schachbrett des US-Imperialismus**

Kein Ereignis kann aus sich selbst heraus, sondern nur aus dem Gesamtzusammenhang beurteilt werden, aus dem es hervorgeht. Die US-abhängigen Politiker und Medien des Westens stürzen sich aber nur auf das militärische Eindringen Rußlands in die Ukraine, das für sich genommen aus westlicher Sicht natürlich völkerrechtswidrig und beklagenswert ist.

Doch was ist vorher in der Ukraine unter starkem Einfluß der USA und seines EU-Anhanges geschehen, das Rußland in eine solche Situation gebracht hat, aus der es keinen anderen Weg mehr sah, seine Sicherheitsinteressen zu wahren? Vorschnelle, auf erweckten Emotionen beruhende Urteile können nur verschlimmernd wirken. Es kommt zunächst alles auf die Erkenntnis der ganzen Wirklichkeit an, um vernünftig urteilen und handeln zu können.

**Von den Zielen des US-Imperialismus**

In rund zweihundert Jahren wurden die USA aus einer britischen Kolonie durch nahezu pausenlose Kriege und weiträumige Eroberungen eine imperiale Weltmacht, die unverhohlen anstrebt, vollends die ganze Welt zu beherrschen. Wie ein roter Faden zieht sich durch ihre Geschichte die rücksichtslose Durchsetzung eigener Kontroll- und Macht-Interessen.

Der führende US-Geostratege Zbigniew Brzezinski stellte in seinem Buch "Die einzige Weltmacht" nicht ohne Stolz fest:

"Nicht nur beherrschen die Vereinigten Staaten sämtliche Ozeane und Meere, sie verfügen mittlerweile auch über die militärischen Mittel, die Küsten mit Amphibienfahrzeugen unter Kontrolle zu halten, mit denen sie bis ins Innere eines Landes vorstoßen und ihrer Macht politische Geltung verschaffen können.

Amerikanische Armeeverbände stehen in den westlichen und östlichen Randgebieten des eurasischen Kontinents und kontrollieren außerdem den Persischen Golf. Wie die ... Karte zeigt, ist der gesamte Kontinent von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät, von denen einige allzu gern noch fester an Washington gebunden wären."

Amerikas geostrategisches Hauptaugenmerk liegt nach Brzezinski auf Eurasien, wo sich die USA schon an strategisch wichtigen Punkten festgesetzt haben. Eurasien vollkommen in ihren Einfluß- und Herrschaftsbereich einzubeziehen, sei das große geostrategische Ziel der USA. Denn Eurasien bilde die zentrale und größte kontinentale Landmasse der Erde, in der "zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen" liegen, 75 % der Weltbevölkerung leben und in dessen Boden und Unternehmen "der größte Teil des materiellen Reichtums der Welt steckt. ...

Amerikas potentielle Herausforderer auf politischem und/oder wirtschaftlichem Gebiet sind ausnahmslos eurasische Staaten. Als Ganzes genommen stellt das Machtpotential dieses Kontinents das der USA weit in den Schatten. ... Eurasien ist mithin das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird. ...."

Von größter strategischer Bedeutung für die USA ist Europa. Es ist ihr "unverzichtbarer geopolitischer Brückenkopf auf dem eurasischen Kontinent". Das "Atlantische Bündnis", so die verschleiende Vokabel für die US-Herrschaft, verankert den politischen Einfluß und die militärische Macht Amerikas unmittelbar auf dem eurasischen Festland.

Die europäische Einigung ist für die USA von größter Bedeutung, weil sich mit jeder Osterweiterung der EU automatisch auch die Einfluß- und Machtsphäre der USA nach Osten erwei-

tert. Diesem in die "postkommunistischen Staaten Mitteleuropas einschließlich der baltischen Republiken, Weißrußlands und der Ukraine und sogar Rußlands" führenden Prozeß müsse daher größte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Mit der Osterweiterung der EU müsse aber die entsprechende Erweiterung der NATO einhergehen.

"Sie ist für die transatlantische Verbindung von entscheidender Bedeutung. ... Der entscheidende Punkt bei der NATO-Erweiterung ist, daß es sich um einen ganz und gar mit der Ausdehnung Europas selbst verbundenen Prozeß handelt. ... Sollte die von den Vereinigten Staaten in die Wege geleitete NATO-Erweiterung ins Stocken geraten, wäre das das Ende einer umfassenden amerikanischen Politik für ganz Eurasien."

In dieser Strategie nimmt die Ukraine eine besonders wichtige Stelle ein. Sie wird als ein wesentlicher geopolitischer Dreh- und Angelpunkt betrachtet, "weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Rußlands beiträgt.

Ohne die Ukraine ist Rußland kein eurasisches Reich mehr. Es kann trotzdem nach einem imperialen Status streben, würde aber dann ein vorwiegend asiatisches Reich werden, das aller Wahrscheinlichkeit nach in lähmende Konflikte mit aufbegehrenden Zentralasiaten hineingezogen würde, die den Verlust ihrer erst kürzlich erlangten Eigenstaatlichkeit nicht hinnehmen und von den anderen islamischen Staaten im Süden Unterstützung erhalten würden. ...

Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren 52 Millionen Menschen, bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Rußland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden."

Diese Hintergründe sind von mir bereits in einem Artikel vom 28. März 2014, am Beginn der Umsturzereignisse in der Ukraine, dargestellt worden, auf den ich hier zum Genaueren verweisen muß.

### **Die innere Spaltung der Ukraine**

Hier muß zunächst auf die historisch bedingte innere Spaltung der ukrainischen Bevölkerung in einen russisch orientierten und einen westlich orientierten Bevölkerungsteil eingegangen werden, die sich in gleichsam unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstehen. Denn sie bot dem Westen den Ansatzpunkt, in der Ukraine sukzessive Fuß zu fassen.

Ich übernehme hier wesentliche Punkte aus meinem Artikel vom 16.3.2015, auf den ich im übrigen (auch zu den Quellen) verweisen muß.

Russen und Ukrainer haben denselben historischen Ursprung in der "Kiewer Rus" des neunten bis zwölften Jahrhunderts. Deren territoriales und kulturelles Erbe wird von den nationalen Kräften beider Seiten jeweils für sich beansprucht. Für Rußland gilt die Kiewer Rus als "die Mutter aller russischen Städte". Darin liegt für die meisten Russen die tiefe psychologische Bedeutung der Ukraine, die innerlich immer als ein Teil Rußlands empfunden wurde.

In offen eingestandener Unfähigkeit, eine staatliche Ordnung zu begründen, riefen die Kiewer Wikinger aus Skandinavien herbei, bei ihnen zu regieren. Das skandinavische Wort "Rus" (= Ruder; "Ruoti" waren die Schweden) gab den Namen für dieses im 9. Jahrhundert entstehende Reich unter germanischer Führung. So entstand zur ersten Jahrtausendwende aus der Verschmelzung von Skandinaviern und Ostslawen mit byzantinischer Kultur und Religion die Bevölkerung der Kiewer Rus, aus der allmählich die Differenzierung in Russen, Ukrainer und Weißrussen hervorging, die immer eng verwandt geblieben sind.

Der Schwerpunkt der Kiewer Rus verlagerte sich im 12. Jahrhundert auf das Fürstentum Wladimir, später auf Moskau. Von da an stand das Territorium der heutigen Ukraine lange unter litauischer, später unter polnischer Herrschaft, wobei der Name "Ukraine", der Grenzland bedeutet, erst etwa seit dem 16. Jh. als ethnische Bezeichnung auftaucht. Die stark freiheitlich gesonnenen ukrainischen Kosaken leisteten den polnischen Machthabern immer mehr Wider-

stand und unterstellten sich mit Teilen des ukrainischen Territoriums 1654 wegen der engen Verwandtschaft von Sprache, Kultur und Religion dem russischen Zaren in Moskau, der ihnen weitgehende Autonomie zusicherte.

Doch bereits 1667 wurde die Ukraine zwischen Rußland und Polen neu aufgeteilt: Kiew und die Gebiete östlich des Dnjepr (linksufrige Ukraine) fielen an Rußland, Polen erhielt die westlichen Gebiete (rechtsufrige Ukraine) und die Gebiete Weißrußlands. Diese Teilung war ausschlaggebend für die unterschiedliche politische und kulturelle Entwicklung von West- und Ostukraine, deren Folgen heute eine große Rolle spielen.

Nach den drei Teilungen Polens Ende des 18. Jh. wurde auch die westliche Ukraine russisch, mit Ausnahme Ost-Galiziens, das zu Österreich kam. Rußland faßte unter Katharina der Großen die südlichen und östlichen Gebiete der Ukraine zu einem russischen Gouvernement zusammen (Neurußland) und gründete die Städte Odessa am Schwarzen Meer sowie Sewastopol und Simferopol auf der Halbinsel Krim. Die bisher fast unbewohnten Steppengebiete im Südosten wurden urbar gemacht und größtenteils mit Russen, aber auch mit Deutschen bevölkert. Die Kern-Ukraine wurde in dieser Zeit auch als "Kleinrußland" bezeichnet.

Im Ersten Weltkrieg mußten die Ukrainer Rußlands gegen die Westukrainer Galiziens kämpfen. Schließlich kam 1921 nach einem verlorenen kurzen Krieg das ehemals österreich-ungarische Ostgalizien an Polen. Die Zentral- und Ostukraine wurden als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik Teil der Sowjetunion.

In der polnisch gewordenen Westukraine war es schon früh zu Unabhängigkeitsbestrebungen gekommen. Bereits 1920 gründeten nationalistische Westukrainer die "Ukrainische Verteidigungsorganisation" (UVO), die sich eine "Unabhängige West-Ukrainische Volksrepublik" zum Ziel setzte. Während der rigorosen Polonisierung des westukrainischen Landesteils Polens kämpfte sie im Untergrund gegen den polnischen Staat.

Als zu Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 Ostgalizien und Westwolhynien von der Roten Armee besetzt wurde, wendete sich hier der Untergrundkampf der OUN nun gegen die Sowjets, in dem 7.000 Menschen, die meisten von ihnen Kommunisten und Juden, ermordet wurden. Auf der anderen Seite fielen 1940/41 in vier großen Deportationswellen aus den sowjetisch gewordenen Gebieten nach Schätzungen über 600.000 Menschen zum Opfer.

Die stark antipolnischen und antirussischen ukrainischen Nationalisten der OUN unter Stepan Bandera sahen bereits den deutschen Polenfeldzug als Anfang einer Befreiung durch die nationalsozialistischen Deutschen und verbanden sich in Westgalizien mit ihnen. Zwei von der OUN aufgestellte Bataillone mit den Bezeichnungen Roland und Nachtigall marschierten beim deutschen Angriff gegen die Sowjetunion 1941 mit der Wehrmacht in die Zentral- und Ostukraine ein.

Eine von der OUN aufgestellte Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) kämpfte im Untergrund gegen die hier aktiven sowjetischen Partisanen-Einheiten und löste sich erst ein Jahr nach dem Ende des Krieges auf. Etwa 17.000 Ukrainer ließen sich Mitte 1943 in die 14. Waffen-Grenadier-Division der SS (galizische Nr. 1) übernehmen.

Doch nur wenige Ukrainer der sowjetischen Republik Ukraine empfanden ihre sprachliche Assimilation als tragischen Widerspruch, sie gab ihnen vielmehr die Möglichkeit, nicht nur die Ukraine, sondern auch das Imperium als Heimat zu sehen. Die große Mehrheit hatte keine nationalistischen Selbständigkeitsbestrebungen. Die Ukraine war nicht wie Polen, Ungarn oder die Tschechoslowakei ein sowjetischer Satellitenstaat, sondern sie war Teil der Sowjetunion.

Zwar hatte sie unter dem Terror Stalins ungeheuer zu leiden, wie im inszenierten Hungertod von Millionen von Ukrainern um 1933, der "Holodomor" genannt wird, aber ähnlich ist es auch anderen Völkern ergangen. In den langen Jahren der Sowjetunion wurden viele Ukrainer Teil des Systems, in dem sie sich einrichteten, Karriere machten und vor allem zu

Millionen im Zweiten Weltkrieg gegen die Deutschen kämpften - und gegen Westukrainer. Die lange Zeit als Teil der totalitären Sowjetunion hat die Ukraine stärker geprägt als etwa die Tschechen oder Ungarn, die eine nationale Identität gehabt und bewahrt haben. Als die Sowjetunion 1991 zusammenbrach, wurde die Ukraine von ihrer plötzlichen Unabhängigkeit im Grunde überrascht. Insbesondere in ihren östlichen Teilen blieb sie weiter ein Vorhof Rußlands. Und die neuen Regierungen hatten nichts, womit sie die Leere ausfüllen konnten, die das Imperium hinterlassen hatte. Eine nationale Identität ließ sich aus der Geschichte dieser polyethnischen und multikulturellen Bevölkerung nicht herleiten.

Selbst die ukrainische Sprache ist für den Kiewer Schriftsteller Michail Bulgakow eher ein bäuerlicher Dialekt des Russischen als eine originär eigene Sprache und ihre Einführung als Nationalsprache nicht ein neuer patriotischer Anfang, sondern ein Rückschritt in einen beschränkten, bornierten Nationalismus. Und von einem sich steigernden künstlichen Nationalismus, der von prowestlichen Kräften der Westukraine ausgeht, ist der neue Staat in seinen bisherigen gut zwanzig Jahren geprägt.

Weil der Strom einer geschichtlichen Identität fehlt und die vielfach von Massengewalt westukrainischer, prowestlicher Nationalisten wie ostukrainischer Sowjets beherrschte Geschichte des 20. Jahrhunderts auch nicht objektiv aufgearbeitet wird, wurden die eigenen verklärten Taten der Vergangenheit national heroisiert und zu Bestandteilen ukrainischer Identität erhoben.

Die Vielfalt der unterschiedlichen ethnischen und historisch gewachsenen Regionen der Ukraine in einen monolithischen nationalen Einheitsstaat zu pressen, in dem die jeweils an der Macht befindliche Seite die anderen auch kulturell dominiert, ist ein rückwärtsgewandter, explosiver Wahnsinn, der zu inneren Konflikten führen mußte. Diese Bestrebungen wurden und werden aber vom Westen unterstützt, denn sie bieten ihm die Möglichkeit, die Ukraine aus dem Einflußbereich Rußlands herauszulösen.

### **Vorbereitungen**

Bereits seit den fünfziger Jahren operierte die CIA kontinuierlich in der Ukraine. Sie knüpfte dort früh Kontakte mit den ukrainischen Nationalisten, die unter Stephan Bandera die Nazis bei ihrem Vormarsch gegen die Sowjetunion unterstützt hatten und deren Haß gegen die Russen ungebrochen war. Banderas Sicherheitschef Mykola Lebed, von der Gestapo ausgebildet, wurde zum wichtigsten Mann der CIA, um im Kalten Krieg Einfluß auf die Ukraine zu nehmen. Es wurden Agenten in die Ukraine ein- und ausgeschleust und das ukrainische Untergrundnetzwerk in jeder Hinsicht unterstützt. Von Anfang an ging es im Kern um die Schwächung Moskaus.

Nachdem die Sowjets das Netzwerk infiltriert hatten, verlegte man sich auf den verdeckten ideologischen Kampf. Unter Lebeds Führung wurde in New York ein Kulturprogramm gestartet, von Kissinger genehmigt und von Brzezinski ausgeweitet, in dessen Rahmen eine von der CIA gegründete private Organisation "Prolog Research Corporation", ukrainische Zeitungen und Bücher ukrainischer Dissidenten veröffentlichte sowie Radioprogramme produzierte.

Diesem verdeckten Programm zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung diente seit 1983 auch die "National Endowment for Democracy" in den USA (NED (Nationale Stiftung für Demokratie)), die formal als private Stiftung firmiert, aber vom US-Außenministerium finanziert wird.

Der Jahresetat der Stiftung beträgt ca. 100 Millionen Dollar, wovon 2012 etwa 3,4 Millionen "zur Demokratieförderung" an lokale Vereine und Verbände in der Ukraine flossen.

Daß die Finanzierung der Einflußnahme auf die innere Entwicklung der Ukraine insgesamt noch viel umfangreicher ist, offenbarte Victoria Nuland, Assistant Secretary of State for Europe and Eurasian Affairs, also die Beauftragte der US-Regierung auch für die Ukraine, auf einer Pressekonferenz am 13. Dezember 2013.



Sie erklärte, daß die USA seit der Unabhängigkeit 1991 den "Übergang der Ukraine zu guten demokratischen Institutionen und Regierungsformen sowie zu einer Zivilgesellschaft" mit mehr als 5 Milliarden Dollar unterstützt haben. Interessant ist, daß das Video des CNN über diese Pressekonferenz mit "Regime-Wechsel in Kiew" überschrieben wurde, als gerade der Sturm auf den Maidan begonnen hatte.

Hinzu kommt, daß der 2014 Ministerpräsident gewordene Arsenij Jazenjuk seit 2007 eine Stiftung "Open Ukraine" für "Internationale Dialoge, kulturelle Horizonte und Junge Führer" betrieb, die "mit einer neuen Generation von Künstlern, Unternehmern und Aktivisten" aus unterschiedlichen Regionen arbeitete, die sich um sozialen Wandel (sprich Umsturz) bemühen. Die Stiftung wurde u.a. auch vom US-Außenministerium direkt, der NATO, der britischen Politik-Steuerungszentrale Chatham House, dem German Marshall Fund of the United States sowie der International Renaissance Foundation des US-Großspekulanten und Multimilliardärs George Soros gefördert und unterstützt.

Nach dem Vorbild der US-Stiftung NED gründete die Europäische Union 2013 den Europäischen Demokratiefonds EED (englisch: European Endowment for Democracy) zur Förderung demokratischer zivilgesellschaftlicher Organisationen, Bewegungen und von einzelnen Aktivisten in an die EU angrenzenden Ländern. Er hat die Form einer privaten Stiftung, wird aber von der Europäischen Kommission, den EU-Mitgliedsstaaten und der Schweiz finanziert. Der Stiftungsrat wird vom CDU-Abgeordneten im EU-Parlament und Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Elmar Brok geleitet, den selbst das Springer-Blatt "Bild" als "Brüssels heimlichen Strippenzieher in Kiew" bezeichnete.

Die Aktivitäten der durch den Westen finanzierten oppositionellen Kreise nahmen schon lange vor den Maidan-Unruhen auch Formen paramilitärischer Vorbereitungen für einen gewaltsamen Umsturz an. Bereits 2006 hat offenbar eine Gruppe von jungen Demonstranten vom Maidan-Platz, Mitglieder der Nazi-Gruppe Ukrainische Selbstverteidigung (UNA-UNSO), auf der NATO Basis in Estland eine gründliche paramilitärische Ausbildung in Terrorismus erhalten.

Der ukrainische Politiker Oleg Tsarew deckte am 20.11.2013 im Parlament auf, "daß ein 2012 von der US-Botschaft veranstaltetes TechCamp dazu gedient hatte, 'potentielle Revolutionäre zur Organisation von Protestaktionen und einem Umsturz der Regierung heranzubilden'.

Auch die polnische linke Wochenzeitung Nie (Nein) veröffentlichte am 18. April 2014 einen Bericht über die Ausbildung der gewalttätigsten Aktivisten des Euro-Maidan in Polen, die vom polnischen Außenministerium finanziert wurde.

Nach Aussagen von Vasily Stoyakin, Direktor des ukrainischen "Political Marketing Centre", in einem am 26.2.2014 veröffentlichten Video, seien allein im Sommer 2013 in der Ukraine in speziellen Camps ca. 800 Personen mit ideologischen Programmen ausgebildet worden. Dazu kämen weitere Camps im Ausland. Die Leute seien speziell für urbane Konflikte und den taktischen Nahkampf gegen die Polizei, einschließlich des Gebrauchs von Schußwaffen geschult worden.

### **Der Umsturz der pro-russischen Regierung**

Der prorussische Präsident Janukowitsch lehnt am 21.11.2013 die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EU vorerst ab, da die ukrainische Wirtschaft noch nicht stark genug und so die notwendigen Voraussetzungen noch nicht gegeben seien, eine Einschätzung, die Angela Merkel drei Tage vorher in einer Regierungserklärung am 18.11.2013 ebenfalls abgegeben hatte.

Die Ukraine wäre angesichts ihrer wirtschaftlichen und technischen Rückständigkeit in einer vorgesehenen "tiefen und umfassenden Freihandelszone" ohne Schutzzölle nicht konkurrenzfähig gewesen und durch den Ausschluß einer gleichzeitigen Anbindung an eine Zollunion mit Rußland und die Integration in die EU-Militärpolitik in eine völlige Abhängigkeit von der

EU gekommen.

Zudem wollte sich Janukowitsch gleichwertige Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland offenhalten, zumal dieses einen Preisnachlaß auf Gaslieferungen von ca. drei Milliarden US-Dollar jährlich und den Ankauf von Staatsanleihen in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar in Aussicht stellte.

Es kam interessanterweise sofort zu Demonstrationen auf dem Maidan gegen Janukowitsch, die innerhalb von 3 Wochen auf 500.000 bis 800.000 vorwiegend junger Teilnehmer aus dem ganzen Land anschwellen, was nur aus den jahrelangen Vorbereitungen in den vom Westen unterstützten oppositionellen Vereinigungen und einer zentralen Steuerung erklärbar ist.

Daran war auch der dann Präsident gewordene Oligarch Petro Poroschenko mit seinem Fernsehsender Kanal 5 maßgeblich beteiligt. Er berichtete, daß die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland und die außenpolitische Sprecherin der EU Catherine Ashton am 11.12.2013, während der Nacht, in der der Sturm auf den Maidan begann, in Kiew waren. Nuland sprach mit den Demonstranten und half Essensrationen zu verteilen.

Ashton war Arm in Arm mit Jazenjuk unter den Demonstranten zu sehen. Auch der deutsche Außenminister Guido Westerwelle wollte bereits am 4.12.13 mit seinem Besuch bei den Demonstranten nach eigenen Aussagen ein "Zeichen setzen dafür, daß die Ukraine in Europa willkommen ist". Und der EU-Abgeordnete Elmar Brok bestärkte und befeuerte am 7.12.2013 in einer Rede auf dem Maidan die Demonstranten.

Verschiedene Videos zeigen große Mengen ukrainischer Jugendlicher, die Schlange stehen, um sich als Demonstranten gegen 20 Dollar pro Tag anheuern zu lassen. Von Anfang an waren die Demonstrationen nicht nur friedlich. Videos zeigen, wie Polizisten-Mannschaften, die sich völlig defensiv verhielten, mit Pfefferspray, Faustschlägen, Schlagstöcken, Pflastersteinen und Molotowcocktails unentwegt angegriffen und (vergeblich) provoziert wurden.

Die Verschwörung der USA und der EU zum Sturz der pro-russischen Regierung Janukowitsch wurde vollends an das Licht der Weltöffentlichkeit gezogen, als Rußland am 6. Februar 2014 ein abgehörtes Telefonat zwischen Victoria Nuland und dem US-Botschafter in Kiew Geoffrey R. Pyatt ins Netz stellte. Darin klärten beide ab - also während Janukowitsch noch im Amt war! - daß nicht der von der EU, insbesondere Deutschland, aufgebaute Boxer Wladimir Klitschko in die künftige Regierung solle, sondern daß Jazenjuk Ministerpräsident werden müsse. Pyatt wurde beauftragt, die Dinge entsprechend in die Wege zu leiten.

Seit Januar ließ der Anführer des Rechten Sektors, Dimitri Jarosch, seine Leute auf die Polizei schießen, wie selbst Spiegel-Online am 3.3.14 feststellte. "So trug er maßgeblich zur blutigen Eskalation bei." Diese erreichte ihren Höhepunkt am 20. Februar 2014.

Außer Scharfschützen von beiden Seiten gab es auf einmal ein zusätzliches Scharfschützen-Kommando, das wie bestellt von neun bis zwölf Uhr von Dächern und aus Fenstern u.a. des Hotels Ukraine gezielt sowohl Polizisten wie zahlreiche Demonstranten, unbeteiligte Passanten und Ärzte, insgesamt mehr als fünfzig Menschen, erschöß. "Die bekannte Strategie, Vertreter zweier Konfliktparteien zugleich zu töten, so daß jede Gruppe annehmen muß, die jeweils andere habe geschossen, ging auf: Chaos und blinde Wut griffen um sich."

Janukowitsch flüchtete am 21.2.14 vor den heranstürmenden bewaffneten Gruppen und wurde vom Parlament durch einen - eindeutig verfassungswidrigen - Beschluß seines Amtes enthoben. Es handelte sich also um einen Putsch gegen einen demokratisch gewählten Präsidenten, was aber keine westliche "demokratische" Regierung störte.

Für Putin war mit der Installierung eines westlichen Marionetten-Regimes in Kiew eine absolute Grenze überschritten, die den elementaren Sicherheitsinteressen seines eigenen Machtbereiches gezogen ist. Er konnte nicht hinnehmen, daß die Ukraine zur Aufmarschbasis der NATO gemacht und Rußland von seinem einzigen eisfreien Marinestützpunkt auf der Krim abgeschnitten wird. Daß Putin als erstes die Schenkung Chruschtschows rückgängig machen

und die Krim wieder Rußland anschließen würde, ja mußte, war vorauszusehen.

In einem CNN-Interview sagte US-Präsident Barack Obama am 1.2.2015 mit überraschender Offenheit:

"Putin traf die Entscheidung in Bezug auf die Krim nicht etwa aus einer großen Strategie heraus, sondern einfach, weil er von den Protesten des Maidan und der Flucht von Janukowitsch überrascht wurde, nachdem wir einen Deal zur Machtübergabe ausgehandelt hatten."

Also Putin hat nach Obama nicht etwa aus einer strategisch geplanten Ausweitung seines Machtbereiches die Krim annektiert, sondern er hat einfach nur auf den für ihn gefährlichen Machtwechsel reagiert.

Diese Aussage Obamas impliziert, daß strategisch planmäßig die USA gehandelt haben, die hinter den Kulissen für den für sie günstigen Machtwechsel gesorgt haben. Der eigentliche Angreifer sind die USA, Rußland hat sich im Interesse seiner Sicherheit nur gewehrt.

Einen Tag zuvor, am 30. Januar 2015 hatte der US-Politikwissenschaftler George Friedman, Gründer der einflußreichen Denkfabrik Stratfor (Spitzname: "Schatten-CIA") den Putsch in der Ukraine in die große Geostrategie der USA eingeordnet. Das Ziel der US-amerikanischen Politik sei es, eine europäische Supermacht durch die Annäherung zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Dem hätten auch die beiden Weltkriege gedient.

Diese Absicht bestimme ebenfalls den aktuellen Konflikt um die Ukraine. Es gehe darum, einen Gürtel aus antirussischen und europaskeptischen Staaten zu schaffen, die als Pufferzone zwischen Rußland und Deutschland fungierten. Hierzu gehörten vor allem die baltischen Staaten, Weißrußland und die Ukraine. -

Man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß die treibende aggressive Macht in der Ukraine das Weltimperium USA mit seinen Vasallen Nato und EU ist. Nicht Rußland hat Truppen und Waffen in Mexiko an der Grenze zu den USA zusammengezogen, sondern die USA haben die historisch eng mit Rußland verbundene Ukraine zu ihrem aggressiven Vasallen gemacht, und drohend gegen Rußland gerichtete Raketensysteme werden seit 2016 an verschiedenen Orten in Osteuropa installiert, die Putin auch in der immer intensiver mit der NATO zusammenarbeitenden Ukraine befürchtet.<<

**15.03.2022**

**BRD:** Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 15. März 2022

(x1.123/...): >>>Impfpflicht - die totalitäre Überwältigung des Menschen

Die am 17. März 2022 im deutschen Bundestag stattfindende erste Lesung eines Gesetzentwurfes über eine allgemeine Impfpflicht hat bereits eine ganze Reihe offene und direkte Briefe an die Bundestags-Abgeordneten hervorgerufen, in denen vielfältig treffende rechtliche und medizinische Argumente gegen die Berechtigung einer Impfpflicht vorgebracht werden. Die wesentliche Bedeutung der Impfpflicht liegt jedoch - und das darf bei allen Argumentationen im Details nicht aus dem Auge verloren werden - im Einbruch eines neuen totalitären Denkens in eine als Demokratie firmierte Staatsform, die auf unveräußerlichen individuellen Menschenrechten beruhen soll.

Besonders fundiert haben 81 namentlich aufgeführte Wissenschaftler verschiedener Disziplinen in einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten nach geltendem Recht die Verfassungswidrigkeit einer COVID-19-Impfpflicht nachgewiesen (<https://7argumente.de/>).

Und doch ist ihnen ein entscheidender verfassungsrechtlicher Aspekt entgangen, der ihrer Argumentation erst das nötige Gewicht verleihen würde.

So schreiben sie eingangs, das grundrechtlich geschützte Selbstbestimmungsrecht verbiete es, den Einzelnen zu seinem eigenen Schutz zur Impfung zu verpflichten. -

Soweit so gut.

Verfassungsrechtlich komme nur das Ziel des Fremdschutzes in Frage, der aber mit den verfügbaren COVID-19-Impfstoffen nicht erreicht werde. -

Doch das ist verfassungsrechtlich falsch.

### **Keine Schutzpflicht des Staates gegen Krankheiten**

Auch um Andere zu schützen, darf der Staat die Menschen nicht zur Impfung verpflichten. Denn damit wird ihm grundsätzlich eine Befugnis zugestanden, die seit Beginn der Corona-Krise bis in die höchsten staatlichen Gerichte als ganz selbstverständlich behauptet wird: Der Staat habe für die Bevölkerung eine Schutzpflicht, die sich aus dem Recht des Einzelnen auf Leben und körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 des Grundgesetzes ergebe.

Eine solche Schutzpflicht ergibt sich nicht aus dem Wortlaut: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit." Ganz im Gegenteil. Das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ist in seiner historischen Entstehung, wie alle anderen Grundrechte auch, primär ein Abwehrrecht des Menschen gegen entwürdigende Übergriffe von Vertretern totalitärer Staaten in seine Freiheit und seine körperliche wie seelisch-geistige Integrität.

Den Menschen davor zu schützen und natürlich vor jedem Eingriff eines anderen Menschen und vor äußeren Feinden - also Schutz vor Übergriffen von Menschen und nicht vor Infektionen - das ist die Aufgabe des freiheitlich-demokratischen Staates. Siehe dazu im Einzelnen hier.

Der Gedanke einer "Schutzpflicht vor Krankheiten" steigt aus der Gesinnung eines obrigkeitlichen Fürsorgestaates auf, der sich anmaßt, für das Wohl seiner unmündigen Untertanen verantwortlich zu sein. Da ist das Gefühl für den freien, sich selbst bestimmenden Menschen und seine Würde überhaupt noch nicht vorhanden.

Diese angemessene Schutzpflicht hat weitreichende Folgen: Wenn der Staat aus dem Grundrecht des Menschen auf Leben und Unversehrtheit eine solche umfassende Schutzpflicht ableitet, bringt er dieses Grundrecht als Konkurrenz gegen die anderen freiheitlichen Grundrechte in Stellung, die dagegen kaum noch eine Chance haben.

Denn "Gesundheit geht vor", wie der Volksmund schon sagt, und erst recht das Leben, wenn dazu noch durch Angst- und Panikmache das Denken der Menschen vernebelt wird. Das bedeutet, der Staat hebt die große Zahl der anderen freiheitlichen Grundrechte durch die Unterordnung der Menschen unter den Zwang staatlicher Notverordnungen weitgehend auf und verkehrt den Sinn des staatlichen Schutzes, die Freiheit der sich selbst bestimmenden Individualität vor Eingriffen zu bewahren, in ihr Gegenteil.

Der Staat greift unter der Parole, das Grundrecht der Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit schützen zu müssen, in eben dieses Grundrecht selbst und tief in alle anderen freiheitlichen Grundrechte ein, entzieht sie dem freien Menschen.

Alle Grundrechte sind primär Abwehrrechte des freien Menschen gegen totalitäre Übergriffe des Staates. Wenn dieser aus dem Grundrecht auf Leben und Unversehrtheit eine allgemeine Schutzpflicht vor einer Infektionskrankheit behauptet, benutzt er dieses Abwehrrecht des Menschen gegen den Staat zu totalitären Übergriffen auf die Menschen, zur weitgehenden Aufhebung der meisten anderen freiheitlichen Abwehrrechte. Das Abwehrrecht des Menschen wird perfide zum Angriffsrecht des Staates auf den Menschen gewendet.

Das heißt, die Abwehrrechte des Menschen gegen einen totalitären Staat werden verdreht und mißbraucht, um - einen totalitären Staat zu errichten.

Dabei sind die freiheitlichen Grundrechte des Grundgesetzes - was vollkommen ignoriert wird - als vorstaatliche Naturrechte konzipiert, die jedem Menschen kraft seines Menschseins, als Ausdruck seiner Menschenwürde vom Beginn seines Lebens an eigen sind.

Der Staat hat sie nur zu formulieren und als unmittelbar geltende Rechte an den Anfang der Verfassung zu stellen, nach denen sich der gesamte Staats- und Gesellschaftsaufbau zu richten hat - was noch längst nicht konsequent durchgeführt ist. Keine Staatsmacht, die ja immer von Menschen ausgeübt wird, hat die Befugnis, sie den Menschen nach Belieben zu entziehen und gegen Bedingungen wieder zurückzugeben. Sie hat sie ihnen nicht gewährt!

Selbstbestimmung schließt prinzipiell Fremdbestimmung durch andere aus. Für den Schutz vor Krankheiten sind die Menschen und ihre Ärzte selbst und ein von ihnen organisiertes Gesundheitssystem zuständig. Das kann und darf niemals Sache des fachlich unkundigen, mit einigen Wissenschafts-Knechten angereicherten Staates sein.

### **Die alten obrigkeitsstaatlichen Gesinnungen**

Wir sehen, wie zahlreiche Vertreter von politischem Staat und Justiz in ihrem Inneren den alten Gesinnungen des Obrigkeitsstaates noch tief verhaftet sind. Es erreicht sie nicht, wenn man sie auf die Verletzung des "grundrechtlich geschützten Selbstbestimmungsrechts" durch die Impfpflicht hinweist, ebenso wenig wie auf die Verletzung weiterer freiheitlicher Grundrechte.

Sie fühlen sich ja in obrigkeitsstaatlich eingebildeter Fürsorge zum Schutz der Bevölkerung vor einem hochgepuschten "Killer-Virus" verpflichtet, wozu es eben (leider) unumgänglich sei, Grundrechte einzuschränken oder zu suspendieren, damit der Schutz auch wirklich durchgeführt werden kann.

Für diese vertikale Staatsgesinnung von Obrigkeit und Untertanen stehen auch die aus dem Kaiserreich überkommenen wissenschaftlichen Institute des Staates, wie das Robert-Koch- und das Paul-Ehrlich-Institut, wie selbstverständlich an erster Stelle. Da haben kritische Stimmen irgendwelcher wildgewordener Wissenschaftler, selbst wenn sie an staatlichen Hochschulen angestellt sind oder waren, kaum eine Chance gehört zu werden.

Für Verwaltungsgerichte und Bundesverfassungsgericht sind in Prozessen, in denen sie über die Handlungen der Regierung zu urteilen haben, die Feststellungen und Einschätzungen von RKI und PEI maßgebend, obwohl diese selbst den Weisungen eben dieser Regierung unterstehen! - Das ist grotesk und absurd.

So stehen die offenen Briefe und Appelle zahlreicher Medizin-Wissenschaftler an den Bundestag, die nachweisen, daß auch keine sachlichen Gründe für eine Impfpflicht bestehen, von vorneherein auf einem Außenseiter-Posten, auch wenn sie zu Recht darauf hinweisen, daß:

- die bisherige Impf- und Booster-Kampagne nahezu wirkungslos war,
- die Infektionen von Geimpften und Geboosterten drastisch gestiegen sind,
- die Geimpften Corona genauso verbreiten wie die Ungeimpften,
- es nie eine Überlastung der Krankenhäuser gegeben hat und
- im Gegenteil die bisherigen Impfkampagnen zu schweren und schwersten gesundheitlichen Schäden bei vielen Geimpften geführt haben.

Viele Abgeordnete werden der gewohnten Autorität der staatlichen wissenschaftlichen Institute folgen und ihr Gewissen an deren allgemeiner Anerkennung selbst durch höchste Gerichte beruhigen. Es besteht wenig Bewußtsein, daß Wissenschaft in politisch-staatlicher "Obhut" nicht frei sein kann, sondern in seiner personellen, finanziellen und politischen Abhängigkeit immer instrumentalisierbar ist.

### **Die amtlichen Täuschungen**

Es käme darauf an, die Glaubwürdigkeit der staatlichen Institute zu erschüttern, indem man ihre statistischen Täuschungen und Lügen aufdeckt, die sie von Beginn der Corona-Krise Arm in Arm mit den herrschenden Politikern und anderweitigen regierungsnahen Wissenschafts-Knechten betrieben haben. Es sollten so offensichtlich Angst und Panik geschürt werden, um die staatlichen Zwangsmaßnahmen, einschließlich einer Impfpflicht, zu rechtfertigen. Dazu ist auf diesem Blog in vielen Artikeln Aufklärung versucht worden. (Z.B. Wahrheit und Täuschung)

Dem steht die noch immer weit verbreitete Einstellung der Untertanen im Wege, die sich einfach nicht vorstellen können, daß Politiker und staatliche Behörden anderer Interessen wegen bewußt auch Schädliches gegen die eigene Bevölkerung beabsichtigen könnten.

Zuletzt wurde hier aufgedeckt, daß das Paul-Ehrlich-Institut seiner Pflicht zur Überwachung

der Impfkampagne und zu ihrem vorläufigen Stop, wenn unverhältnismäßig viele Todesfälle in ihrem zeitlichen Zusammenhang auftreten, vorsätzlich nicht nachkommt. Zur Täuschung verwendet es einen statistischen Trick, bei dem im Vergleich zu den aktuellen allgemeinen Todeszahlen sich nie "ein Risikosignal" ergibt. (Siehe: Die Verleugnung ...)

Auch Andreas Zimmermann hat kürzlich auf achgut.com ein ganzes Füllhorn an Falschinformationen, unglaublichen Unwahrheiten und Täuschungen des Paul-Ehrlich-Instituts zutage gefördert, welche die dunklen Machenschaften dieses staatlichen "wissenschaftlichen" Instituts sichtbar machen.

### **Aussichten**

Die Überwindung des Obrigkeitsstaates, der noch immer hinter formal-demokratischer Fassade wirkt und in "väterlicher Fürsorge" alle Lebensbereiche der Menschen für diese regeln zu müssen meint, ist das dringendste Problem einer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Daß die Bürger aus eigener Erkenntnis und Fachkunde das Erziehungs-, Schul-, Wissenschafts-, Gesundheits- und auch das Wirtschaftsleben selber inhaltlich gestalten und organisieren können, diese Erkenntnis ist noch nicht weit verbreitet. Sie wird aber in Grundrechten der freien, individuellen Selbstbestimmung, die aller gesellschaftlichen Ordnung vorausgehen, vorausgesetzt.

Politiker und Richter, die dies ignorieren, und eine breite Fremdbestimmung und Außenlenkung der Menschen durch die wenigen praktizieren, die den Staat beherrschen, greifen tief in die Würde des Menschen ein, die gerade in seiner Veranlagung und Fähigkeit zur eigenen Erkenntnis der Wahrheit und Bestimmung seines Lebens besteht.

Durch alle staatlichen Corona-Maßnahmen wird der Mensch in einem totalen Ausmaß vom freien, selbstbestimmten Subjekt zum fremdbestimmten Objekt staatlichen Handelns, zum Untertanen erniedrigt. Diese Entwürdigung erreicht in der geplanten Impfpflicht ihren absoluten Tiefpunkt, indem der Mensch sogar in seiner Bestimmung über seine eigene Leiblichkeit, in seinem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, überwältigt und sein elementarer menschlicher Wille mit psychischer oder gar körperlicher Gewalt gebrochen werden soll.

Dabei handelt es sich zudem noch um einen Impfstoff, der nur von Politik- und Pharmedien Wissenschaftlern befürwortet wird, dessen Unwirksamkeit von zahllosen anderen Wissenschaftlern aber nachgewiesen und inzwischen auch offensichtlich ist. Dagegen hat die Impfung in noch nie dagewesener Weise schwere Nebenwirkungen und Todesfälle zur Folge, wie trotz Unterdrückung der Fakten ebenfalls vielfach aufgezeigt wurde. Wer die Impfung daher mit guten Gründen aus Erkenntnis in die Wahrheit schon aus Selbstschutz ablehnt, soll trotzdem mit Gewalt dazu gezwungen werden. Hier entscheidet also nicht Wahrheitserkenntnis, sondern unbedingte brutale Gewalt und Macht.

Das ist eine neue Dimension totalitärer Herrschaft: die gezielte Zerstörung des Menschen an sich, seiner Bestimmung als eines geistigen freien Wesens.

Es ist der erneute Einbruch des radikal Anti-Menschlichen, des absoluten Bösen.<<

**19.03.2022**

**Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/21969" berichtet am 19. März 2022 (x1.085/...): >>Deutschland im Krieg gegen Rußland**

Von Ivo Sasek

Entgegen jeder Warnung seitens Rußlands, jede Nation militärisch heimzusuchen, die der Ukraine Waffen liefert, haben Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Co. genau dies getan - und zwar im Namen Deutschlands. Deutschland, das als WK-Verliererin bis dato keinen Friedensvertrag hat, wurde somit hinterhältig in Kriegshandlungen gegen Rußland verstrickt. Kann ein heißer Ausbruch noch rechtzeitig verhindert werden? Wenn ja, dann höchstens durch eine schnellstmögliche Überlieferung der Landesverräter Scholz und Co. an ein "Nürnberger" Kriegsverbrecher-Tribunal.

Eine uralte Weisheit besagt: "Der packt einen vorbeilaufenden Hund bei den Ohren, wer sich in einen fremden Streit einmischt". (Sprüche 26, 17)

Die Einmischung in einen fremden Streit, so will dieses Wort sagen, muß unweigerlich dazu führen, daß man selber gebissen wird.

Aber genau dieses Risiko fahren Bundeskanzler Scholz & Co. gerade im Namen Deutschlands - nur, daß Scholz Deutschland nicht einen vorbeilaufenden Hund, sondern einen wild gewordenen Bären bei den Ohren packen läßt. Und wie genau macht er das? Indem Scholz & Co. deutsche Waffen an die Ukraine liefern, die sich in einem heißen Krieg mit Rußland befindet. Wir dürfen an dieser Stelle jetzt keinesfalls länger in Reflexe 2. oder 3. Grades abgleiten. Nicht ablenkende Fragen rund um Putins Sünden gegen das ukrainische Volk, dürfen uns weiter unsere Sinne vernebeln.

Es geht jetzt einzig um das Erfassen der Gesetzmäßigkeit, daß jede Art der Einmischung, wie Scholz & Co. sie gerade ausüben, zu einem unweigerlichen Kriegsausbruch gegen Deutschland führen muß. Deutschland im Krieg gegen Rußland, heißt das im Klartext.

Das ständige Hochkochen russischen Unrechts durch alle Lügen-Mainstream-Medien bringt uns weder weiter, noch bewahrt es uns vor einem 3. Weltkrieg, ganz im Gegenteil - all dieses Hochkochen ist reinste Kriegspropaganda, die einzig dazu anreizt, den streitenden Bären bei den Ohren zu packen. Eine Einmischung also, die voraussehbar weder auf russischer noch europäischer Seite einen glücklichen Sieger hervorbringen kann. Wie Kla.TV immer wieder aufzeigt, befinden sich die wahren Förderer und Profiteure auch dieses Krieges wieder weit außerhalb der europäisch-russischen Gefahrenzone. Doch auch in diese alten Reflexe dürfen wir jetzt nicht abweichen.

Das Einzige, was jetzt wirklich zählt, ist die tiefe Einsicht, was uns allen mit Sicherheit blüht, wenn diesem wild gewordenen Bären weiter an die Ohren gegangen wird. Denn dieser fühlt sich existentiell bedroht. Er läßt sich durch nichts beruhigen, außer man geht vor ihm und "seinen Jungen" auf Distanz, wie es die heuchlerische US-Administration unter Biden gerade tut. Vorwürfe, Schuldzuweisungen und Drohungen machen den aggressiven Bären nur noch wilder, aggressiver.

Denn in seinen Augen blitzen nicht nur Art. 108-111 der ukrainischen Verfassung auf. Seit dem US-geschürten Maidan von 2014 mit seinem Putsch gegen Janukowitsch registriert der Bär die neue Junta-Regierung der Ukraine einzig als eingeschlichene Gefahr - auch für sein Revier!

Und ganz einerlei, was nun alles zutrifft und was nicht: zumindest versucht der russische Bär öffentlich zu belegen, daß er Giftgase gewittert hat. Darum veröffentlichte er im Netz Informationen über die Tätigkeit von US-Biowaffenlaboren in der Ukraine, samt Dokumenten, die Vorbereitungen von Bio-Waffenangriffen auf den Donbass beleuchten.

Die strategisch-heuchlerische Distanz der US-Administration lenkt den glühenden Blick des Bären derzeit zwar noch ab, obgleich die Ukraine schon als 1. Tranche 350 Millionen US-Dollar zur Anschaffung von Waffen erhalten hat ... Natürlich ist der Bär nicht so schwer von Begriff, wie wir Europäer, denen man in ein und derselben Nachricht vortäuschen kann, daß sich weder die USA noch die NATO in den Ukraine Konflikt einmischen werden, während man uns gleichzeitig über deren Riesenkredite an die Ukraine zur Waffen-Anschaffung in Kenntnis setzt.

Wie irre sind wir eigentlich, daß wir solche Täuschungen immer wieder einfach widerstandslos hinnehmen? In der Stratfor-Rede hat Georges Friedmann doch lückenlos dargelegt, wie die US-Administration mit genau solchen Tricks seit über 100 Jahren jede Annäherung zwischen Deutschland und Rußland erfolgreich verhindert.

Aber selbst die Milliarden-Zusage der EU für die Ukraine, bzw. die Zusagen von 2 Dutzend Staaten für militärische Hilfe, ignoriert der streitende Bär. Aber die Frage: Wie lange noch?

Solange sich alles im Bereich der Gelder und reinen Versprechungen bewegt. Er durchschaut auch die US-List, die den Westen erfolgreich zu allerlei Sanktionen stimuliert hat, während die USA weiterhin günstiges russisches Gas und Öl für sich beziehen.

Aber eines wird der aggressive Bär mit Sicherheit nicht mehr aus den Augen lassen. Und das sind alle Scholzens, die, wie der deutsche Bundeskanzler, direkte Waffenlieferungen an die Ukraine tätigen. Begonnen hat es ja schon im Februar 2022, mit illegitimen Waffenlieferungen aus den deutschen Beständen nach Kiew. Ich erinnere: 1.000 Panzerabwehrwaffen und 500 Boden-Luft-Raketen gingen schon am Start von der Bundeswehr an die Ukraine. Das war erst der Anfang.

Der vorangehende Wortlaut von Putins Drohung per Interfax gegen diese Waffenlieferungen vom 24.2.2022 lautete allerdings: "Bürger und EU-Strukturen, die an der Lieferung tödlicher Waffen an die Streitkräfte der Ukraine beteiligt sind, werden für alle Folgen solcher Aktionen im Rahmen einer speziellen Militäroperation verantwortlich sein - Unterschrift: das Außenministerium der Russischen Föderation."

Jedoch völlig unbeeindruckt von all diesen deutlichen Warnungen Putins, ließ der deutsche Kanzler Olaf Scholz (SPD) über einen Sprecher ausrichten, daß Deutschland eben doch Waffen in die Ukraine schicke - und tat es.

Es ist zu beachten, wie Putin immer wieder von Konsequenzen der Einmischung spricht. Während Präsident Biden betont, daß die USA und die NATO sich nicht einmischen werden, mischt sich das betrogene Deutschland direkt in den Krieg gegen Rußland ein. Hinterher wird der Bär brüllen: Das besiegte Deutschland hat die Nachkriegsordnung gebrochen, das muß geahndet werden.

Ironischerweise lautet dabei der Gegen-Vorwurf des Scholz-Klans, Putin hätte die Nachkriegsordnung durcheinandergebracht, während doch genau diese Waffenlieferungen Deutschlands durch Scholz hinsichtlich der Nachkriegsordnung ein absolutes No Go für Deutschland sind. Bitte wacht auf, ihr Deutschen und ihr Europäer alle!! Im Namen Deutschlands beliefert hier ein tollkühner "Scholz-Klan" gerade ein Land mit Waffen, das im Krieg mit Rußland steht. Das gab es seit 1945 nicht mehr.

Dieser Klan gehört rechtzeitig vor ein "Nürnberger-Kriegs-Tribunal"!! Im Namen Deutschlands, das als Kriegsverliererin noch immer keine Friedens-Verträge hat, greift dieser tollkühne Klan nach den Ohren dieses wütenden Bären. Und dies zweifelsohne instrumentalisiert von eben jenen hinterhältigen Waffen-Dealern, die jetzt gerade wieder Milliarden-Profite aus der selber geschürten Kriegs-Krise schlagen. Es ist ja längst bekannt, wie diese Krisen-Profiteure stets aus allen beteiligten Kriegsparteien Kapital schlagen. Unser ausgerufenes Krisen-Profit-Verbot gewinnt auch hier gerade wieder allerhöchste Aktualität.

Kein zweites Verhalten kann den russischen Bären gefährlicher provozieren, als das eben beschriebene: die Einmischung Deutschlands, und womöglich der NATO, in diesen Ukraine-Krieg. So wird die gesamte Wehrmacht des wütenden Bären herausgefordert, der plötzlich seine Pranke unnachgiebig auf Deutschland und Europa setzen wird. Die Einschätzungen über die reale Militärgewalt Rußlands gehen zurzeit noch weit auseinander. Die einen denken, der Russe sei gleichsam ein bluffender alt-schlapper Kriegs-Veteran geworden, die anderen erinnern uns daran, wie schlagkräftig die russische Armee kürzlich in Syrien, über 600 km<sup>2</sup> hinweg, alle elektronisch gesteuerten Kriegsgeräte lahmgelegt hatte.

Zusammen mit den nuklearen Waffen Rußlands, ein wirkliches Worst-Case-Szenario, ein Riesenschock. Wenn die Russen tatsächlich hochentwickelte Kriegsgeräte besitzen, dann steht es allerdings nicht gut um Deutschland und Europa. Der 3. Weltkrieg ist dann eine Realität, wie er in satanischen Schriften vorgezeichnet ist, ich erinnere: Schon 1871 wurden genau drei Weltkriege detailgetreu vorausgeplant, und zwar durch Albert Pike, einem Hochgradfreimaurer. Pike war gleichsam "der Gott unter den Freimaurern", der den schottischen Ritus gegrün-



det hat, also die Hochgrad-Freimaurerei von 30 - 33 °.

Und er hat an Mazzini, den Kopf der Illuminaten, 1871 also vor über 150 Jahren einen Brief geschrieben, in dem er den genauen Verlauf von 3 durch die Hochgrad-Freimaurerei, sprich den Satanismus, geplanten Weltkriege geschildert hat. Pike erklärte darin: Der erste Weltkrieg diene dazu, den Kommunismus aufzubauen und die Königshäuser zu beseitigen und Deutschland zu schwächen.

Ein 2. Weltkrieg würde sich anschließen, um Deutschland zu zerstören, die Russen zu bestrafen, Juden zu töten, damit man einen israelischen Staat gründen könne. Und der dritte Weltkrieg - so hat er vorausgesagt, bzw. geplant - würde sich über jüdisch-islamische Konflikte anbahnen, sich dann auf die ganze Welt ausdehnen, und so entsetzliche und schreckliche Greuel verursachen, daß die Menschheit, geschockt von diesen schlimmen Ereignissen, sich dann gefügig der Diktatur einer neuen Weltordnung unterwerfen würde. Kommt euch das irgendwie bekannt vor?

Ich appelliere hiermit an alle Nationen, und allem voran an die freien Aufklärer, sich am Aufklärungskampf zu beteiligen. Es ist davon auszugehen, daß es ein und dieselben Kreise sind, die nun auch wieder von einem 3. Weltkrieg profitieren möchten. Sie handeln nicht nur mit Chemie und Spritzen, sondern auch mit Waffen und "Klima-Rettungs-Produkten" usw. Helfen wir dieser verlorenen Welt aus der Schlinge dieser Krisen-Profiteure, indem wir ihre geheimen Verbindungen gemeinsam offenlegen und unablässig das generelle "Krisen-Profit-Verbot" ausrufen.

Alle Scholzens gehören überdies rechtzeitig vor ein Kriegsgericht wie Nürnberg. Wenn die Weltgemeinschaft unaufhaltsam beschließt, daß diesen Kriegstreibern der Prozeß gemacht wird und fortan niemand mehr aus Krisen Profit schlagen darf - weder aus Pandemien, noch Klimakatastrophen oder wie gerade eben aus Kriegen - dann können wir unseren Untergang vielleicht noch verhindern und gemeinsam eine neue Zukunft aufbauen.

Ich bin Ivo Sasek, der seit 45 Jahren vor Gott steht.<<

**20.03.2022**

**BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 20. März 2022 (x1.131/...): >>>Dunkle Tage für Europa - Die Mitverantwortung des Westens an der Eskalation in der Ukraine**

"Es ist der Versuch Wladimir Putins, die russischen Sicherheitsinteressen mit militärischer Gewalt und unter Bruch des Völkerrechts durchzusetzen", schreibt das *Multipolar-Magazin* und weist damit auf den entscheidenden Punkt. Der Westen trage durch jahrzehntelange Expansionspolitik und Arroganz eine Mitverantwortung für die jetzige Eskalation. Der Krieg werde nicht nur zum Tod vieler Zivilisten, sondern auch in eine neue Rüstungsspirale führen. Dies seien schwarze Tage für Europa. - Die fundierten sachlichen Ausführungen der Herausgeber des Multipolar-Magazins sind in der Flut oberflächlicher Hetzartikel eine klärende Tat und wert, noch mehr ins Licht gerückt zu werden.

Stefan Korinth, Paul Schreyer und Ulrich Teusch sind für ihre Kenntnis der weltpolitischen Lage, ihre gründlichen Recherchen und ihr abgewogenes Urteil bekannt. Ihre Stellungnahme hat daher Gewicht und sollte von allen beachtet werden, die zu einem fundierten eigenen Urteil kommen wollen.

**Spannungsaufbau**

Sie weisen eingangs darauf hin, daß zu Beginn der Putin-Ära 1999 die Beziehungen zwischen dem Westen und Rußland noch weitgehend ungetrübt waren, "obwohl gerade zur damaligen Zeit Ereignisse stattfanden und Entwicklungen ihren Anfang nahmen, die in der Folgezeit für Irritationen und Spannungen und schließlich für eine dauerhafte Belastung der Beziehungen sorgen sollten."

Neben der 78-Tage-Bombardierung, vom 28.2.1999 an, des mit Rußland traditionell eng ver-

bundenen Serbien sei es vor allem der Beginn der NATO-Osterweiterung gewesen, die von der US-Regierung unter Bill Clinton ohne Not (und entgegen einer Vielzahl mündlicher Zusagen durch westliche Spitzenpolitiker) vorangetrieben wurde.

"1999 wurden in einer ersten Phase drei ehemalige Staaten des Warschauer Pakts - Polen, Tschechien und Ungarn - in die NATO aufgenommen. Vor wem, so fragten sich damals viele, sollten oder wollten diese Staaten geschützt werden? Vor dem krisengeschüttelten Rußland der Jelzin-Ära?

2004 kam der nächste Beitrittsschub: Slowenien, die Slowakei, Rumänien, Bulgarien sowie drei ehemalige sowjetische Teilrepubliken - die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland - traten dem westlichen Militärbündnis bei. Zwischen 2009 und 2020 wurden Albanien und Kroatien, Montenegro und Nordmazedonien aufgenommen. Schon 2008 hatte man Georgien und der Ukraine eine entsprechende Perspektive eröffnet."

Dies habe die Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen nachhaltig beschädigt. Denn Rußland konnte dieser zunehmenden Einkreisung nichts entgegensetzen. Seine Sicherheitsinteressen wurden weiter durch den Aufbau eines (auch offensiv nutzbaren) Raketenabwehrsystems in Osteuropa beeinträchtigt. Sogar Clintons einstiger Verteidigungsminister William Perry halte dessen Installation für den zweiten verhängnisvollen Schritt des Westens. Auf die berechtigten russischen Einwände habe man arrogant reagiert: "Was könnt ihr schon dagegen tun? Ihr seid heute eine unbedeutende Macht."

Die russische Seite sei lange Zeit um ein konstruktives Verhältnis zum Westen bemüht gewesen. In seiner auf Deutsch gehaltenen Rede vor dem Berliner Bundestag (2001), die mit stehenden Ovationen des ganzen Hauses bedacht wurde, habe Wladimir Putin eine neue Sicherheitsarchitektur "von Wladiwostok bis Lissabon" skizziert. Dmitri Medwedew habe diese Idee noch auf einer Strategietagung der NATO 2010 bekräftigt.

In den beiden vergangenen Jahrzehnten habe Moskau seine Interessen noch deutlicher artikuliert als zuvor, am spektakulärsten (und überraschendsten) durch Putins Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz 2007. Auch danach sei man auf russischer Seite weiterhin für Verständigung und Kooperation offen geblieben.

"Bevor es 2014 in der Ukraine zur Eskalation kam, hatte Moskau vorgeschlagen, einen Interessenausgleich anzustreben und das anstehende Assoziierungsabkommen trilateral auszuhandeln, also unter Beteiligung der Ukraine, der EU und Rußlands.

Wäre der Westen auf die Initiative eingegangen, hätten Krise und Krieg in der Ukraine wahrscheinlich abgewendet werden können."

Bemerkenswert bei alledem sei, daß Rußland seine Interessen lange Zeit mit Vorsicht und ohne unkalkulierbare Risiken einzugehen, zur Geltung gebracht habe. Das sei im Zuge der Ukraine-Krise sichtbar anders geworden, als die Moskauer Regierung in Reaktion auf den Maidan-Umsturz in Kiew die Halbinsel Krim aus dem ukrainischen Staatsverband herausgehoben und in die Russische Föderation eingliedert habe.

"Im darauffolgenden Jahr griff Rußland - für viele unerwartet - entschieden und entscheidend in den Syrien-Krieg ein. Man könnte sagen, daß in beiden Fällen Schritte von einer eher reaktiven zu einer proaktiven Außen- und Sicherheitspolitik getan wurden. Diese Tendenz hat sich in den darauf folgenden Jahren verstärkt und mit der Anerkennung der "Volksrepubliken" im Donbas und der anschließenden militärischen Intervention auf dem Territorium der Ukraine nun ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht."

Es gehe Putin nun darum, die unerträgliche Situation im Donbas zu beenden, sowie den westlichen Mächten unmißverständlich klar zu machen, daß im Zuge der NATO-Osterweiterung jetzt mit der Ukraine eine rote Linie überschritten worden sei.

Da Verhandlungen über "gemeinsame Sicherheit" bzw. eine europäische Sicherheitsarchitektur beim Westen nicht ernsthaft auf der Tagesordnung stünden, sei Putin nun offensichtlich

entschlossen, auch große Risiken einzugehen und Rußlands vitale Interessen mit militärischer Gewalt und unter Bruch des Völkerrechts durchzusetzen. Was Putin in seinen beiden Reden an die Nation vom 21. Februar und vom 24. Februar im Einzelnen als Begründung für das russische Handeln angeführt habe, dürfte einen großen Teil der Motivlage abdecken.

### **Asiatische Orientierung**

Daneben seien allerdings noch zwei weitere Aspekte von Bedeutung, die Putin nur kurz gestreift bzw. ganz außen vor gelassen habe. Kurz angesprochen habe er die inzwischen beachtlichen Fähigkeiten des russischen Militärs in der waffentechnischen Entwicklung, wo Rußland, wie Putin sage, den USA in Teilbereichen sogar überlegen sei. Rußland agiere aus einer Position der militärischen Stärke.

Der von Putin nicht angesprochene Aspekt beziehe sich auf Rußlands Abwendung von dem ihm feindlich gesonnenen Westen auf eine eurasische (asiatische) Orientierung, seine strategische Partnerschaft mit der Volksrepublik China.

Wenn gegenwärtig von einem "neuen Kalten Krieg" die Rede sei, liege der entscheidende Unterschied zum "alten" Kalten Krieg zwischen der Sowjetunion und den USA (sowie ihren jeweiligen Bündnissen) darin, daß sich damals die Machthaber in Peking und Moskau spinnfeind gewesen seien. US-Präsident Nixon und sein Außenminister Kissinger hätten diese Rivalität Anfang der 1970er Jahre geschickt ausgenutzt.

Heute sei die Lage anders: Kissingers Albtraum - ein Pakt zwischen Rußland und China - sei mittlerweile Realität und gebe Putin bei seinen außenpolitischen und militärischen Manövern Sicherheit und Rückendeckung. Putin und die russische Führung glaubten sich jetzt die direkte Konfrontation mit dem Westen leisten zu können und seien offenbar bereit, sämtliche drastisch-negativen Folgen (schwere Sanktionen, Isolation, Stigmatisierung) in Kauf zu nehmen. Man habe den Westen weitgehend abgeschrieben und wähne sich durch die eurasische Option auf der sicheren Seite.

Rußland fühle sich bedroht: durch das Vorrücken der NATO nach Osten, durch Einkreisung und durch die Versuche, in seiner Interessensphäre Farbrevolutionen, also Regimewechsel zu initiieren. Dies sei glaubhaft, das russische Bedrohungsgefühl sei real und ernst zu nehmen. Allerdings stelle sich die Frage, wie stark die Bedrohung durch den Westen aktuell tatsächlich sei. Im Moment seien die NATO bzw. NATO-Staaten zwar in Osteuropa und auch in der Ukraine präsent, griffen aber nicht ein.

Sie vermieden die direkte militärische Konfrontation. US-Präsident Biden habe explizit ausgeschlossen, daß man sich wegen der Ukraine auf einen Krieg mit Rußland einlasse. Die Ukraine sei auf sich allein gestellt.

Die russische Regierung argumentiere, daß das Land aus einer existentiellen Bedrohung heraus handle. So habe Putin in seiner Rede vom 24. Februar auf die gescheiterten Verhandlungen mit den USA über Sicherheitsgarantien hingewiesen.

"Trotz allem haben wir im Dezember 2021 erneut versucht, mit den USA und ihren Verbündeten eine Einigung über die Sicherheitsgrundsätze in Europa und über die Nichterweiterung der NATO zu erzielen. Alles umsonst. Der Standpunkt der USA hat sich nicht geändert. Sie halten eine Einigung mit Rußland in dieser für uns wichtigen Frage nicht für notwendig, sie verfolgen ihre eigenen Ziele und setzen sich über unsere Interessen hinweg. Und natürlich stellt sich in dieser Situation die Frage: Was ist als nächstes zu tun, was ist zu erwarten?"

Im Westen werde diese Argumentation als absurd abgetan. Schließlich könne keine Rede davon sein, daß man Rußland schädigen oder schwächen wolle, geschweige denn das Land angreifen. Putins Darstellung werde daher als paranoid betrachtet.

Wenn der Westen, insbesondere die USA, jedoch Rußland tatsächlich nicht angreifen, schädigen und schwächen wollten, warum sei es dann ein solches Problem, dem Land schriftliche Sicherheitsgarantien zu geben und durch praktische Schritte die eigenen guten Absichten

glaubhaft zu machen?

### **Arroganz der Macht**

Das ist ein ganz zentraler Punkt, auf den die Herausgeber von Multipolar hier hinweisen.

Die Antwort auf diese Frage führe zum blinden Fleck der Debatte, zur jahrzehntelang eingeübten und inzwischen festzementierten Überheblichkeit des Westens gegenüber Rußland. Man sei überzeugt davon, überhaupt nichts glaubhaft machen zu müssen, geschweige denn sich irgendwie außenpolitisch einzuschränken, um etwa Rußlands Vertrauen zu gewinnen.

Warum auch? Wer stärker und mächtiger sei, der brauche sich nicht um Vertrauen zu bemühen, so die zugrundeliegende Haltung, die man als "Arroganz der Macht" bezeichnen könne. Rußland, so der Tenor, sei seit dem Zerfall der Sowjetunion bloß noch Juniorpartner und könne keine Bedingungen stellen. Vor allem diese Haltung sei es, die zur aktuellen Eskalation geführt habe. Rußlands Sicherheitsinteressen hätten geringen Wert und wenig Bedeutung für den Westen. Man kann sie vernachlässigen - so meine man zumindest.

Einem Land in einer solchen Situation bleibe praktisch nur ein Ausweg: Stärke zu beweisen und die eigene Macht und die eigenen Fähigkeiten in so unmißverständlicher Schärfe zu demonstrieren, daß man anschließend als Verhandlungspartner ernst genommen werde und dann Vereinbarungen treffen könne, die sich ohne die Überheblichkeit des Gegenübers natürlich früher und einfacher hätten aushandeln lassen.

Verschärft werde diese Dynamik noch durch einen provokativen Trend des Westens, politische Argumente durch propagandistische Phrasen zu ersetzen. Diese würden aber heute nicht nur medial nach außen eingesetzt, sondern westliche Politiker "äußern sie auch hinter den Kulissen in den realen Verhandlungen mit der Gegenseite. Das ist dramatisch, denn so scheiden sie für ihr Gegenüber als ernstzunehmende Gesprächspartner praktisch aus."

Der jetzige US-Außenminister Tony Blinken, Sohn eines einflußreichen Investmentbankers, habe den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA gegen den Irak 2003 in seiner damaligen Funktion als Stabschef im Auswärtigen Ausschuß des US-Senats unterstützt, wo er dessen damaligen Vorsitzenden - Joe Biden - bei dessen Zustimmung zum Krieg beriet.

"Blinken unterstützte auch die Aggression gegen Libyen 2011. Es erscheint in diesem Zusammenhang nicht vollkommen unverständlich, wenn sich Vertreter Rußlands nun ungern von solchen Politikern über Moral und Völkerrecht belehren lassen."

Wie ernst es Putin gegenwärtig ist, erklärte er am 24. Februar, zu Beginn der Kampfhandlungen:

"Für die USA und ihre Verbündeten ist die sogenannte Politik der Eindämmung Rußlands, eine offensichtliche geopolitische Dividende. Für unser Land ist es jedoch letztlich eine Frage von Leben und Tod, eine Frage unserer historischen Zukunft als Nation. Und das ist keine Übertreibung - so ist es nun einmal. Das ist eine echte Bedrohung nicht nur für unsere Interessen, sondern für die Existenz unseres Staates und seine Souveränität. Das ist die rote Linie, über die immer wieder gesprochen wurde. Sie haben sie überschritten."

### **Maidan: Der Westen öffnet die Büchse der Pandora**

Der entscheidende und verheerendste Schritt auf diesem Weg sei der gewalttätige prowestliche Machtwechsel in der Ukraine gewesen, vor fast genau acht Jahren. Das werde heute immer schmerzlicher deutlich.

"Bewaffnete Maidan-Kämpfer hatten den damaligen Präsidenten Janukowitsch vertrieben, nachdem dieser im Glauben an eine kurz zuvor geschlossene Vereinbarung - unter anderem mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier - die Polizei zurückgezogen hatte. Westlich finanzierte sowie nationalistische Oppositionspolitiker erklärten den Präsidenten noch am selben Tag in einer manipulierten Abstimmung entgegen den Regelungen der ukrainischen Verfassung für abgesetzt. Die westlichen Staaten erkannten die Putschisten sofort als "Übergangsregierung" an."

Putin habe begriffen, daß der Westen hier aus geopolitischen Gründen eiskalte Machtpolitik betrieb und bereit war, alles zu ignorieren, was dem entgegenstand. Dieser Umsturz habe eine Kaskade irreversibler Ereignisse in Gang gesetzt, welche die Ukraine in ein Pulverfaß verwandelten und letztlich zur jetzigen Eskalation führten.

"Rußland besetzte im März 2014 unter dem Jubel der dortigen maidankritischen Bevölkerungsmehrheit die Halbinsel Krim und integrierte sie ins eigene Staatsgebiet. Auch andere Teile der Ukraine rebellierten gegen den Staatsstreich in Kiew. Die Antimaidan-Bewegung in den ost- und süd-ukrainischen Städten wurde niedergeschlagen. In Odessa verübten militante Maidan-Kämpfer dazu ein grausames Massaker an rund 50 Oppositionellen. Der Westen schloß die Augen."

In das Donezbecken ganz im Osten der Ukraine, wo der Widerstand besonders groß war, habe die ukrainische "Übergangsregierung" unter Zuraten des anwesenden CIA-Chefs John Brennan schließlich die Armee entsandt. In dem folgenden Bürgerkrieg im Donbass seien bis heute mehr als zehntausend Menschen gestorben - zum großen Teil Zivilisten durch den Artilleriebeschuß von Wohngebieten.

Keine der folgenden Kiewer Regierungen habe Interesse daran gezeigt, diesen Krieg durch eine Kompromißlösung zu beenden. Westliche Politiker hätten keinen Druck auf Kiew ausgeübt. Auch hier habe man vor den Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung nahezu acht Jahre lang beharrlich die Augen geschlossen.

"Die ukrainische Politik brach seit dem Maidan annähernd alle diplomatischen und wirtschaftlichen Brücken nach Rußland ab und radikalisierte sich nach innen immer stärker. Oppositionelle Medien wurden verboten, pro-russische Politiker verhaftet, ethnische Minderheiten drangsaliert, historische Nazi-Kollaborateure verherrlicht und rechtsextreme Paramilitärs in Polizei und Militär integriert.

Die ukrainischen Regierungen unter Präsident Poroschenko und Präsident Selenskyj boten sich der Nato regelmäßig als Mitglied an und rüsteten das immer krasser verarmende Land massiv auf. Zuletzt drohte Selenskyj sogar mit der atomaren Wiederbewaffnung."

### **Viele schlechte Perspektiven**

Trotz der großen finanziellen und realpolitischen US-Abhängigkeit, in die sich die Kiewer Regierung begeben hat, sei die Ukraine formell ein souveränes Land. Die UN-Charta verbiete es, andere Staaten anzugreifen. Ein Land dürfe ohne UN-Mandat auch nicht "entmilitarisiert" werden, wie es die russische Staatsführung nun anstrebe. Selbst bei den präzisesten Militärschlägen stürben im Chaos eines Krieges zahlreiche Zivilisten - viele andere würden verletzt, traumatisiert und verlören Hab und Gut. Rußland bringe mit dem jetzigen Einmarsch große Teile der ukrainischen Bevölkerung gegen sich auf. Dies werde schwer auf dem zukünftigen Verhältnis beider Länder lasten.

Es sei derzeit nicht zu kalkulieren, wie es nach den Kampfhandlungen weitergehe. Selbst wenn der Krieg nach wenigen Wochen vorbei sein sollte, blieben nur negative Szenarien übrig. Sogar wenn schnelle Waffenstillstands-Verhandlungen beginnen würden, die Nato sich militärisch nicht einmische und Rußland Präsident Selenskyj im Amt beließe, wäre die Ukraine dauerhaft ein äußerst instabiler Staat mit einem schwachen Präsidenten von Moskaus Gnaden. Die militanten Nationalisten würden dies nicht kampflos hinnehmen und blieben erst recht nach der nun erfolgten Massenbewaffnung in Kiew und in der Westukraine eine permanente Bedrohung.

Eine Lösung könne es eigentlich nur auf dem Verhandlungsweg geben. Doch auch hier gebe es bereits äußerst bittere Erfahrungen. Das Abkommen auf dem Maidan und das Abkommen von Minsk hätten gezeigt, daß Politiker aus Rußland und der EU durchaus Kompromisse im europäischen Interesse aushandeln könnten. Beide Abkommen seien jedoch gescheitert, weil sie nicht im Interesse der US-Regierung und der ukrainischen Nationalisten gelegen hätten.

Ohne daß Moskau und Washington sich einigten, sei aber jede dauerhafte Lösung illusorisch. Beide müßten sehr viel tun, um vom anderen wieder als verlässliche Verhandlungspartner anerkannt zu werden. Im Westen insgesamt sei zudem ein grundlegender Mentalitätswandel nötig: Solange man hier nicht endlich zu einer realistischen und fairen Betrachtung der internationalen Interessenlage komme - übrigens auch in den hiesigen Medien -, werde es keine Lösung geben.

### **Scholz und Döpfner eskalieren**

Aktuell weite sich der militärische Konflikt gefährlich aus. Am Abend des 26. Februar, zwei Tage nach Beginn der Kämpfe, erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz, die deutsche Regierung wolle nun, entgegen ihrer langjährigen Maxime, Waffen direkt ins Kriegsgebiet liefern:

"Der russische Überfall markiert eine Zeitenwende. Es ist unsere Pflicht, die Ukraine nach Kräften zu unterstützen bei der Verteidigung gegen die Invasionsarmee von Putin. Deshalb liefern wir 1.000 Panzerabwehrwaffen und 500 Stinger-Raketen an unsere Freunde in der Ukraine."

Wie die Tagesschau berichtet, solle dies "so schnell wie möglich" geschehen. Unmittelbar zuvor hätte die Regierung noch zu einem Ende der Kampfhandlungen und zu Frieden aufgerufen. Das scheine nun passé. Man wolle den Krieg nicht beenden - man wolle ihn gewinnen, als aktive Konfliktpartei. Die Auswirkungen dieser 180-Grad-Wende seien unabsehbar und könnten verheerend sein.

Am gleichen Abend habe Mathias Döpfner, Chef des Axel-Springer-Konzerns (BILD, WELT) einen Kommentar unter der Überschrift "Unsere Freiheit wird in Kiew verteidigt" veröffentlicht:

"Wenn der Westen jetzt hilft - mit Waffen, Truppen an den Grenzen und wirklich schmerzhaften Sanktionen gegen Oligarchen -, kann das Blatt sich wenden. Und Putin die Macht verlieren. Unsere Freiheit wird in Kiew verteidigt (und nicht nur am Hindukusch).

Europa handelt allmählich - zum Glück! Wenn das jetzt nicht mit aller Konsequenz passiert, verraten wir die Ukrainer und die Demokratie. Und dann werden wir die Konsequenzen schneller als gedacht erleben. Europa ist dann nicht nur moralisch am Ende, sondern auch politisch. Ab dann gelten die Regeln der Präsidenten Putin und Xi. Die Welt hält den Atem an. Es liegt in unserer Hand."

- Inzwischen hat Döpfner sogar gefordert, die Nato müsse sofort militärisch in der Ukraine eingreifen. -

Es scheine, schließt das *Multipolar-Magazin*, als könne manchem die weitere internationale Eskalation des Konfliktes gar nicht schnell genug gehen. Putins radikaler Schritt, sein völkerrechtswidriger Angriff, ermögliche es nun auch den Scharfmachern im Westen, radikaler zu agieren als je zuvor. Europa stünden weitere schwarze Tage bevor. -

Allerdings muß man bedenken, so möchte ich anmerken, daß Putin nach vergeblichen diplomatischen Bemühungen auch auf bereits acht Jahre dauernde völkerrechtswidrige barbarische Angriffe der ukrainischen Armee auf die russischen Menschen in den separatistischen Volksrepubliken Donezk und Luhansk in der Ostukraine reagiert, über die sich der Westen nie empört hat.

Was ebenfalls im Westen nicht gemeldet wird, ist, daß die Donezker Wohngebiete nach wie vor unter schwerem Beschuß liegen, wie Thomas Röper vom *antispiegel.ru* ... berichtet.<<

**25.03.2022**

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/22044](https://www.klagemauer.tv/22044)" berichtet am 25. März 2022 (x1.085/...): >>**Dr. Ganser zum Ukraine-Konflikt: Die andere Seite der Wahrheit**

"Ohne den Völkerrechtsbruch des US-Präsidenten Obama vor acht Jahren hätte es die illegale Militärintervention Putins vermutlich nicht gegeben." So die Recherche und Einschätzung des Historikers und Friedensforschers Dr. Daniele Ganser.

Ohne den Völkerrechtsbruch des US-Präsidenten Obama vor acht Jahren hätte es die illegale Militärintervention Putins vermutlich nicht gegeben. So schreibt Daniele Ganser, Doktor der Philosophie, auf der Internetplattform Rubikon.news. Dr. Ganser ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Friedensforschung, Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Wirtschaftspolitik. Er leitet das "Swiss Institute for Peace and Energy Research" in Basel. Hier nun anschließend seine vollständige Einschätzung zum Ukraine-Konflikt.

"Am 24. Februar 2022 gab Rußlands Präsident Wladimir Putin seiner Armee den Befehl, in die Ukraine einzumarschieren — ein Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot und daher illegal. Fast genau acht Jahre zuvor, am 20. Februar 2014, ließ US-Präsident Barack Obama die Regierung in der Ukraine stürzen, um das Land in die NATO zu ziehen. Dieser Putsch ist die Wurzel des Ukrainekrieges. Gleich wie die Invasion von Putin war auch Obamas Verhalten ein Verstoß gegen das UNO-Gewaltverbot und daher illegal. Es wird Zeit, sich nicht länger mit Halbwahrheiten der einen oder der anderen Seite zufriedenzugeben und die Geschichte des Konflikts vollständig und ausgeglichen zu erzählen.

### **Wir hören nur die halbe Geschichte**

Derzeit liest und hört man in den Medien viel über die Invasion von Putin, die zu Recht kritisiert wird. Aber man liest und hört praktisch gar nichts über den Putsch von Obama. Warum wird uns nur die halbe Geschichte erzählt?

Haben die USA wirklich die Regierung in der Ukraine gestürzt? Warum hat das damals fast niemand bemerkt? Und welche historischen Belege gibt es dafür? Solche und ähnliche Fragen erhalte ich derzeit oft.

Als Historiker und Friedensforscher habe ich seit Jahren zu den offenen und verdeckten Kriegen der USA geforscht und in meinem Buch "Illegale Kriege" auch den Putsch in der Ukraine beschrieben. "Es war ein vom Westen gesponserter Putsch, es gibt kaum Zweifel daran", erkannte schon der frühere CIA-Mitarbeiter Ray McGovern.

In Berlin habe ich ein Jahr nach dem Putsch am 10. Mai 2015 einen Vortrag über die Ereignisse in der Ukraine gehalten und dort gezeigt, daß Präsident Obama tatsächlich die Regierung in der Ukraine gestürzt hat. Wer möchte, kann sich den Vortrag hier ansehen.

### **Konfrontation der Atommächte**

Der Ukrainekrieg ist ein besonders delikater internationaler Konflikt, weil sich hier die USA und Rußland gegenüberstehen, die beide über Atomwaffen verfügen. Wie bei der Kubakrise spielen beide Seiten mit verdeckten Karten und versuchen, die Ukraine in ihren Einflußbereich zu ziehen.

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion erklärte die Ukraine 1991 ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Die Schwäche von Moskau gab Washington erstmals die Chance, den US-Einfluß auf Osteuropa auszudehnen und die früher von Moskau kontrollierten ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes in die NATO aufzunehmen.

### **Die NATO-Osterweiterung und der Gipfel von Bukarest**

Obschon die USA gegenüber Rußland versprochen hatten, die NATO werde sich nicht ausdehnen, geschah genau dies. Polen, Tschechien und Ungarn wurden im Jahre 1999 NATO-Mitglieder. Und beim NATO-Gipfel in der rumänischen Hauptstadt Bukarest im April 2008 erklärte US-Präsident George Bush, man werde auch die Ukraine in die NATO aufnehmen.

Rußland war erzürnt, denn die Ukraine grenzt direkt an Rußland. Und auch in den USA gab es mahnende Stimmen. "Man stelle sich die Empörung in Washington vor, wenn China ein mächtiges Militärbündnis schmiedete und versuchte, Kanada und Mexiko dafür zu gewinnen", warnte der amerikanische Politologe John Mearsheimer von der Universität Chicago. Gemäß Mearsheimer hat der Westen die Russen unnötig provoziert und ist daher schuldig an der Kri-

se in der Ukraine.

### **Senator John McCain auf dem Maidan**

Auf dem Maidan, dem zentralen Platz der ukrainischen Hauptstadt Kiew, demonstrierten Ende 2013 immer mehr Menschen gegen die Regierung von Präsident Viktor Janukowitsch und Premierminister Nikolai Asarow. Der bekannte Ex-Boxweltmeister Vitali Klitschko führte die Demonstrationen an und hielt in enger Absprache mit den USA flammende Reden.

In dieser angespannten Lage flog der einflußreiche US-amerikanische Senator John McCain in die Ukraine und besuchte am 15. Dezember 2013 Klitschko und das Protestlager auf dem Maidan. Der US-Senator ermunterte die Demonstranten, die ukrainische Regierung zu stürzen.

Man stelle sich die Empörung in Washington vor, wenn ein bekannter russischer Parlamentarier nach Kanada fliegen würde, um dort Protestierende in der Hauptstadt Ottawa zu unterstützen, die kanadische Regierung zu stürzen.

Genau das taten die USA in der Ukraine.

### **Die US-Botschaft in Kiew koordiniert die Proteste**

Die Anführer der Proteste auf dem Maidan gingen in der US-Botschaft ein und aus und holten sich dort ihre Befehle. Einige Demonstranten waren bewaffnet und gingen gewaltsam gegen die Polizei vor. "Die Amerikaner forcierten erkennbar die konfrontative Entwicklung", erinnert sich Premierminister Nikolai Asarow, der gestürzt wurde.

In der US-Botschaft in Kiew war es US-Botschafter Geoffrey Pyatt, der die Demonstranten unterstützte und dadurch die Ukraine destabilisierte. Botschafter Pyatt war in direktem Kontakt mit Ex-Boxer Klitschko. Die gut organisierte Demonstration auf dem Maidan wurde immer größer und die Spannungen in Kiew nahmen zu.

Auch der heutige US-Präsident Joe Biden war direkt in den Putsch involviert, da auch er die Demonstration auf dem Maidan unterstützte. Im Dezember 2013 rief Biden, damals Vizepräsident unter Obama, in der Nacht Präsident Janukowitsch an und drohte ihm mit Strafen, wenn er den Maidan durch die Polizei räumen lasse. Janukowitsch hat daraufhin die geplante Räumung zurückgezogen.

### **Die fünf Milliarden Dollar von Victoria Nuland**

Im US-Außenministerium war Victoria Nuland für den Putsch verantwortlich. Nuland war unter US-Außenminister John Kerry als stellvertretende Außenministerin eine hochrangige Mitarbeiterin von Präsident Obama. Unter Präsident Donald Trump verlor Nuland an Einfluß, wurde aber von Präsident Joe Biden wieder als Staatssekretärin ins Außenministerium berufen. In der Ukraine wollte Nuland Premierminister Nikolai Asarow und Präsident Viktor Janukowitsch stürzen, um das Land in die NATO zu ziehen, wie es am Gipfel von Bukarest beschlossen worden war.

Die Anführer der Demonstration auf dem Maidan holten sich in der US-Botschaft nicht nur ihre Befehle, sondern auch ihre Bezahlung.

Im Dezember 2013, zwei Monate vor dem Putsch, hatte Nuland in einem Vortrag erklärt: "Wir haben mehr als fünf Milliarden Dollar investiert, um der Ukraine zu helfen Wohlstand, Sicherheit und Demokratie zu garantieren".

Das führte auch in den USA zu Kritik. Der frühere US-Kongreßabgeordnete Ron Paul fragte öffentlich:

"Wir haben gehört, wie die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland damit geprahlt hat, daß die USA fünf Milliarden Dollar für den Regimewechsel in der Ukraine ausgegeben haben. Warum ist das okay?"

Daß ein Teil der Demonstranten in der Ukraine bezahlt wurde, war damals ein offenes Geheimnis. "Es gibt Leute wie den US-Milliardär George Soros, die Revolutionen finanzieren. Soros hat auch den Maidan unterstützt, hat dort Leute bezahlt — die haben in zwei Wochen



auf dem Maidan mehr verdient als während vier Arbeitswochen in der Westukraine", erklärte die Ukraine-Expertin Ina Kirsch gegenüber der Wiener Zeitung.

"Es gibt genügend Belege dafür, daß sowohl auf dem Maidan als auch auf der Gegenveranstaltung, dem 'Antimaidan', Leute bezahlt wurden", so Ina Kirsch, die in Kiew vor Ort war. "Es gab Preise für jede Leistung. Ich kenne Leute, die haben morgens auf dem Antimaidan bei der Gegendemo abkassiert, sind dann rüber auf den Maidan und haben dort nochmals kassiert. Das ist in der Ukraine ja nichts Ungewöhnliches".

### **Fuck the EU: Das Telefonat vor dem Putsch**

Der zentrale Beweis für die Beteiligung der USA am Putsch in der Ukraine ist ein abgehörtes Telefongespräch zwischen Victoria Nuland und Botschafter Geoffrey Pyatt, das diese am 7. Februar 2014 führten, nur wenige Tage vor dem Putsch.

Nuland sagt im Telefongespräch, wer in der Ukraine nach dem Putsch die neue Regierung bilden sollte. "Ich denke nicht, daß Klitschko Teil der neuen Regierung sein sollte, ich glaube, das ist nicht nötig und keine gute Idee", bestimmt Nuland. "Ich denke, Jazenjuk ist der richtige Mann, er hat die notwendige Erfahrung in Wirtschaft und Politik."

Tatsächlich wurde Arsenij Jazenjuk nach dem Putsch Premierminister in der Ukraine. Der Ex-Boxer Vitali Klitschko mußte sich mit dem Posten des Bürgermeisters von Kiew zufriedengeben. Dies beweist, daß Victoria Nuland für die USA den Putsch plante und erfolgreich durchführte. Ban Ki-moon von der UN "könnte helfen, das wasserfest zu machen, und weißt du was, fuck the EU", sagte Nuland im abgehörten Gespräch wörtlich, was bei Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einiger Empörung führte.

### **Scharfschützen lassen die Lage am 20. Februar 2014 eskalieren**

Ende Februar eskalierte die Situation auf dem Maidan. Am 20. Februar 2014 kam es zu einem Massaker, als nicht identifizierte Scharfschützen aus verschiedenen Häusern auf Polizisten und Demonstranten schossen, es gab mehr als 40 Tote. Chaos brach aus. Sofort wurden die amtierende Regierung von Präsident Viktor Janukowitsch und seine Polizeieinheit Berkut für das Massaker verantwortlich gemacht, obschon diese kein Interesse daran hatten, daß die Lage eskalierte, da sie sich ja nicht selber stürzen wollten. "Die Welt darf nicht zuschauen, wie ein Diktator sein Volk abschlachtet", kommentierte der Boxer Vitali Klitschko, der die Regierung stürzen wollte, im deutschen Boulevardblatt Bild.

Der Regime Change war erfolgreich: Präsident Janukowitsch wurde gestürzt und floh nach Rußland. Er wurde durch den Milliardär Petro Poroschenko ersetzt, der als Präsident umgehend erklärte, er wolle die Ukraine in die NATO führen.

### **Obama spricht über den Putsch**

Ein Jahr nach dem Putsch hat US-Präsident Obama mit CNN über den Machtwechsel in der Ukraine gesprochen, dabei aber die Rolle der USA verschleierte. "Putin wurde durch die Proteste auf dem Maidan auf dem falschen Fuß erwischt", sagte Obama. "Janukowitsch ist geflohen, nachdem wir einen Deal zur Machtübergabe ausgehandelt hatten." Daß Obama tatsächlich die Regierung in der Ukraine gestürzt hatte, erfuhren die Zuschauer von CNN nicht.

### **Putin spricht über den Putsch**

Aber die Russen wußten, daß die USA den Putsch organisiert hatten, und waren sehr verärgert. "Ich glaube, daß diese Krise willentlich geschaffen wurde", sagte Präsident Putin gegenüber der italienischen Zeitung Corriere della Sera. Die NATO-Länder hätten den Putsch verhindern können, zeigte sich Putin überzeugt.

"Wenn Amerika und Europa zu jenen, die diese verfassungswidrigen Handlungen begangen haben, gesagt hätten: 'Wenn ihr auf eine solche Weise an die Macht kommt, werden wir euch unter keinen Umständen unterstützen. Ihr müßt Wahlen abhalten und sie gewinnen', dann hätte sich die Lage völlig anders entwickelt".

## **Die Sezession der Krim**

Präsident Wladimir Putin hatte nicht die Absicht, die Ukraine kampflos aufzugeben. Unmittelbar nach dem Sturz von Janukowitsch gab er in den frühen Morgenstunden des 23. Februar 2014 den Auftrag, mit der "Rückholung" der Krim zu beginnen. Russische Soldaten in grünen Uniformen ohne Abzeichen besetzten am 27. Februar 2014 alle strategischen Punkte in Simferopol, der größten Stadt auf der Halbinsel Krim.

Schon am 16. März 2014 stimmten 97 Prozent der Bevölkerung der Krim für den Austritt aus der Ukraine und den Anschluß an Rußland. Seither gehört die Halbinsel Krim nicht mehr zur Ukraine, sondern zu Rußland.

Weder die USA noch Rußland haben sich im Ukrainekrieg an das Völkerrecht gehalten. Zuerst brach Obama das Völkerrecht mit dem Putsch am 20. Februar 2014.

Als Reaktion darauf brach auch Putin das Völkerrecht mit der Besetzung der Krim am 23. Februar 2014. Die Besetzung der Krim durch Rußland "war ein Bruch geltenden Völkerrechts ... die völkerrechtliche Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine wurden mißachtet", erklärt Dieter Deiseroth, früher Richter am Bundesverwaltungsgericht. Der Westen kritisiere Putin nun scharf, obschon er selber "in zahlreichen Fällen immer wieder gegen geltendes Völkerrecht verstoßen hat und verstößt (Kosovo, Irak, Afghanistan, Libyen, Drohnenkrieg, Guantánamo et cetera), was seine Glaubwürdigkeit schwer beschädigt hat".

## **Der Donbas spaltet sich ab**

Nach dem Putsch in Kiew und der Sezession der Krim stürzte die Ukraine in einen Bürgerkrieg. Der neue Premierminister Arsenij Jazenjuk versuchte mit der Armee, dem Geheimdienst und der Polizei das ganze Land unter seine Kontrolle zu bringen. Doch nicht alle Soldaten, Polizisten und Geheimdienstmitarbeiter folgten den Weisungen der Putschregierung. In an Rußland angrenzenden russischsprachigen Osten der Ukraine erklärten die Bezirke Donezk und Lugansk, daß sie die Putschregierung in Kiew nicht anerkennen würden. Die Separatisten besetzten Polizeistationen und Verwaltungsgebäude und argumentierten, die neue Regierung habe keine Legitimität, da sie auf illegalem Wege an die Macht gelangt sei.

Premierminister Jazenjuk wies dies vehement zurück und erklärte, alle Separatisten seien Terroristen. CIA-Direktor John Brennan flog nach Kiew, um die Putschisten zu beraten. Am 15. April 2014 begann die ukrainische Armee mit Unterstützung der USA ihren "Antiterror-Sondereinsatz" und griff die Stadt Slawjansk im Bezirk Donezk mit Panzern und Schützenpanzern an. Damit begann der ukrainische Bürgerkrieg, der in acht Jahren mehr als 13.000 Tote forderte und am 24. Februar 2022 zur illegalen Invasion durch Putin führte.

Der Putsch in Kiew gibt Putin kein Recht, in der Ukraine einzumarschieren und damit das Völkerrecht zu brechen. Aber wenn wir im Westen den Putsch von 2014 ignorieren, werden wir den Ukrainekrieg nie verstehen können."<<

**27.03.2022**

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/22055](https://www.klagemauer.tv/22055)" berichtet am 27. März 2022 (x1.085/...): >>**Politikberater Michael Lüders: Ukrainer sind die Bauern auf einem geopolitischen Schachbrett**

Am 24. März 2022 hat US-Präsident Joe Biden gleich an drei Gipfeltreffen in Brüssel teilgenommen - der NATO, der G7-Länder und der EU - und über den Ukraine-Krieg beraten. Geht es US-Präsident Biden bei seinen Besuchen wirklich um Einheit und Solidarität mit Europa, oder stecken ganz andere Ziele dahinter? Sehen Sie in dieser Sendung eine bemerkenswerte, umfassende Analyse des deutschen Politikberaters Michael Lüders zum Krieg in der Ukraine - die eine mögliche Antwort auf genau diese Fragen gibt.

Am 24. März 2022 hat US-Präsident Joe Biden gleich an drei Gipfeltreffen in Brüssel teilgenommen und über den Ukraine-Krieg beraten: am Sondergipfel der Staaten der NATO, an einem Treffen der G7-Länder und mit den Staats- und Regierungschefs der Europäischen

Union.

"Bidens Schulterschuß mit Europa", titelte "tagesschau.de". Und weiter: "Neben schärferen Sanktionen und der Stärkung der NATO-Ostflanke geht es auch um die Symbolik: Die USA an der Seite Europas." "Einigkeit zu demonstrieren zwischen Europa und den USA war das oberste Ziel", schrieb das Schweizer Radio und Fernsehen SRF am 25. März. SRF sprach von einem fünften Paket von Sanktionen gegen Rußland und von einem Stopp von Gas- oder zumindest von Erdöllieferungen aus Rußland, was kommen werde, sobald es möglich sei. "Die westlichen Staaten werden Ausdauer zeigen müssen bei dieser Geschlossenheit gegen Rußland", so SRF weiter.

Wer aber genau muß "Ausdauer" zeigen und wen könnte es bei der von der US-Regierung forcierten, rigorosen Sanktionspolitik gegen Rußland am härtesten treffen? Geht es US-Präsident Biden bei seinen Besuchen wirklich um Einheit und Solidarität mit Europa, oder stecken ganz andere Ziele dahinter?

Bereits am 6. März 2022 erschien auf dem YouTube-Kanal des deutschen Politikberaters Michael Lüders eine bemerkenswerte, umfassende Analyse zum Krieg in der Ukraine - die eine mögliche Antwort auf genau diese Fragen gibt. Lüders analysiert den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, auf eine ausgewogene, umfassende und aufschlußreiche Weise.

Einerseits läßt er keinerlei Rechtfertigung für den "russischen Überfall auf die Ukraine" zu, andererseits blickt er über den Tellerrand westlicher Beurteilungen hinaus. Er zeigt umfassende Hintergründe auf, wie der Rußland-Ukraine-Konflikt offensichtlich von der US-Administration instrumentalisiert wird.

Lüders studierte arabische Literatur, Islamwissenschaften, Politologie und Publizistik. Er produzierte Dokumentarfilme für SWR und WDR und war langjähriger Nahostkorrespondent der Wochenzeitung Die Zeit.

### **1. Lüders zu den Zielen Rußlands**

Rußland verfolge mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine vorwiegend zwei Ziele: Zum einen, die russischsprachigen Ostgebiete und insbesondere die ukrainischen Küstenregionen entlang des Schwarzen Meeres umfassend zu erobern, möglicherweise mit dem Ziel, sie später zu annektieren. Und zum anderen, die Hauptstadt Kiew einzunehmen, in der Absicht wohl, dort eine prorussische Regierung einzusetzen.

### **2. Lüders zu der Frage, wie es zu dem Krieg in der Ukraine kommen konnte**

Was in der westlichen Berichterstattung vollkommen fehle, sei Ursachenforschung, wie es zu diesem Krieg kommen konnte.

George Kennan, US-Diplomat und langjähriger strategischer Vordenker amerikanischer Außenpolitik, erklärte bereits 1998 in einem Interview, nachdem der US-Senat die erste Runde der NATO-Osterweiterung beschlossen hatte: "Diese Entscheidung ist ein tragischer Fehler. Es gibt keinerlei Notwendigkeit dafür. Niemand hat wen auch immer bedroht." Weiterhin führte er aus - fast schon prophetisch: "Früher oder später wird Rußland darauf reagieren."

In der vom Bundeskanzleramt finanzierten Stiftung "Wissenschaft und Politik" veröffentlichte der General a. D. Wolfgang Richter kürzlich einen Beitrag unter der Überschrift: "Ukraine im NATO-Rußland-Spannungsfeld". Darin beschreibt er recht unmißverständlich, wie Washington alle Versuche einer Lösung der Ukrainekrise in den letzten Jahren politisch zu unterlaufen wußte. Der russische Präsident habe immer wieder die Nähe zum Westen gesucht, doch weder die USA noch die EU habe sich veranlaßt gesehen, Rußland auf Augenhöhe zu begegnen.

### **3. Lüders zu der westlichen Antwort und Sanktionspolitik auf den russischen Einfall in die Ukraine**

Die westliche Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Die Reihen innerhalb der EU (mit Ausnahme Ungarns) und zwischen den USA und Europa schlossen sich umgehend. Lüders

zählt die gegen Rußland verhängten Sanktionen auf, gegen die russische Zentralbank bis hin zu Boykott-Maßnahmen in Kultur und Sport.

Lüders wagt einen wirtschaftlichen und geopolitischen Ausblick mit Blick auf die gegen Rußland verhängten Sanktionen. Diese werden auch die deutsche Wirtschaft als Bumerang massiv treffen und schwächen. Die Hälfte des in Deutschland verbrauchten Erdgases stamme aus Rußland, sowie ein Drittel des benötigten Erdöls und 45 % der verfeuerten Steinkohle. Rußland stehe auf Platz zehn der wichtigsten Außenhandelspartner Deutschlands.

Überdies sei Rußland ein wichtiger Exporteur von seltenen Erden und Metallen, die in den weltweiten Lieferketten, etwa bei der Chipherstellung oder im Autobau, fest eingeplant und eingepreist seien. Alle westlichen Staaten seien eng verflochten mit der Wirtschaft Rußlands. Die meisten seien abhängig von Energielieferungen aus Rußland.

Sollte Rußland auf die Sanktionen des Westens mit Gegenreaktionen im Energiebereich antworten, hätten die westlichen Staaten ein sehr ernsthaftes Problem und dies käme einer volkswirtschaftlichen Strangulierung gleich.

Lüders folgert, daß Sanktionen gegen Rußland keine Dauerlösung sein können, es sei denn um den Preis des eigenen wirtschaftlichen Niedergangs.

#### **4. Lüders zu der Antwort Deutschlands auf den russischen Einfall in die Ukraine**

Am 27. Februar 2022 erklärte Bundeskanzler Scholz vor dem Bundestag, Berlin werde künftig - wie bereits von Präsident Trump gefordert - jährlich nicht unter 2 % des Bruttoinlandsproduktes für den Verteidigungshaushalt aufwenden.

Darüber hinaus stimmte die Bundesregierung deutschen Waffenlieferungen für die Ukraine im Wert von mehr als 1 Mrd. Euro zu. Dies zusätzlich zu den Waffenlieferungen weiterer EU- und NATO-Staaten für die Ukraine, welche von der US-Regierung koordiniert seien. Diese Beschlüsse der Bundesregierung seien konträr zu ihrer bisherigen Linie - nämlich keine Waffen in Kriegs- oder Krisengebiete zu liefern.

Präsident Putin reagierte auf die Waffenlieferungen für die Ukraine, indem er die russischen Atomstreitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft versetzte.

Im Einklang mit den USA und der europäischen Union suche die jetzige Bundesregierung die Beziehungen zu Rußland zu kappen oder auf ein Minimum zu reduzieren - dies offenbar auf Dauer! So setzte die Bundesregierung die Zertifizierung der fertiggestellten Gaspipeline Nord Stream 2 auf unbestimmte Zeit aus. Dabei übersehe sie allerdings, daß sie der Exportnation Deutschland mit dieser Haltung dauerhaft Schaden zufügen könnte. Die Bundesregierung versuche zwar die Abhängigkeit von russischer Energie zu verringern und beispielsweise deutlich teureres Flüssiggas vornehmlich aus den USA zu importieren.

Dies sei aber wirtschaftlicher Unfug, so Lüders, und führe dazu, daß künftige Bundesregierungen Flüssiggas vermutlich dauerhaft subventionieren müssen. Andernfalls wären deutsche Unternehmen nicht wettbewerbsfähig und die Gaspreise für private Verbraucher könnten unbezahlbar werden. Kein Programm könne jedoch die deutsche und europäische Abhängigkeit von russischen Ressourcen verringern.

Diese dürften noch mindestens 20 bis 25 Jahre fortbestehen, wenn nicht sogar dauerhaft. Unter anderem aus diesem Grund dürfte sich die viel beschworene Einheit des Westens gegenüber Rußland eher früher als später verflüchtigen. Fazit Lüders': Die Chancen stehen nicht schlecht, daß Deutschland am Ende weitgehend allein auf weiter Sanktionsflur dasteht. Moralisch auf hohem Niveau, aber wirtschaftlich im Niedergang.

#### **5. Lüders zu der Antwort der US-Regierung auf den russischen Einfall in die Ukraine**

Die Regierung Biden habe bereits zu Jahresbeginn klargestellt, daß sie auch im Falle eines russischen Einmarsches in die Ukraine nicht beabsichtigt, ihre Erdölimporte aus Rußland einzustellen oder auch nur zu reduzieren. Die Vereinigten Staaten sind der zweitgrößte Importeur russischen Erdöls.

Ebenfalls von allen US-Sanktionen ausgenommen: Aluminium, dringend erforderlich etwa zur Chip-Herstellung. 15 % ihres Bedarfes in diesem Bereich decken die USA aus Rußland. Im November finden in den USA Zwischenwahlen statt und die Regierung Biden könne sich steigende Benzinpreise nicht erlauben. Auf die Frage, welchen Preis denn die USA für die Rußland-Sanktionen zahlen würden, erwiderte Präsident Biden kurz und bündig: keinen.

Der Trick der US-Regierung sei, so Lüders, sich um gemeinsame Werte zu bemühen, doch vor allem den Europäern den Preis für den neuen Kalten Krieg aufzubürden. Und dies im wirtschaftlichen wie auch im militärischen Bereich.

#### **6. Lüders darüber, wie der Rußland-Ukraine-Konflikt offensichtlich von der US-Administration instrumentalisiert wird**

Ohne den Einfall Rußlands in die Ukraine rechtfertigen zu wollen, weist Lüders darauf hin, daß zur Wahrheit auch gehöre, daß dieser Zustand politisch durchaus gefördert und instrumentalisiert werde. Dies etwa mit dem Ziel, die USA von ihren Rüstungsausgaben und militärischen Verpflichtungen in Europa zu entlasten, um mehr Geld und Ressourcen für die Eindämmung Chinas aufwenden zu können. So werde in Talkshows immer wieder gegen Putin gehetzt und Angst geschürt. "Sind als nächstes die baltischen Staaten dran?", heißt es dann etwa.

Lüders erläutert ausführlich, warum sich US-Regierungen für die Ukraine interessieren: aus machtpolitischen Gründen. Diese habe der US-amerikanische Geostratege und Sicherheitsexperte George Friedman in einem Vortrag vor dem Chicago Council on Global Affairs am 3. Februar 2015 benannt.

Friedman betonte dabei die Hauptbefürchtung der US-Regierungen - Lüders nennt sie "die größte Urangst" -, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien mit russischen Rohstoffressourcen und russischer Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden, die die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern versuchen. Die Frage sei nun, so Friedman, wie man erreichen könne, daß diese deutsch-russische Kombination verhindert werde. ...

Die Aussagen Friedmans seien "klare Worte", so Lüders, die kaum Zweifel lassen, daß die Ukrainer die Bauern auf einem geopolitischen Schachbrett sind. Vor diesem Hintergrund sei auch ersichtlich, warum die US-Regierung um jeden Preis das Gasleitungsprojekt Nord Stream 2 zu verhindern wußten. Dabei gehe es nicht allein um das Flüssiggas, sondern auch um die von Friedman benannte "Urangst".

Die US-Regierung habe an einer Deeskalation im Rußland-Ukraine-Konflikt kaum Interesse und werde dementsprechend auch weiterhin eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine forcieren. Wenn sich die EU und insbesondere Deutschland in dieser Frage nicht klug positionieren, laufen sie Gefahr, als Hilfstruppen für amerikanische Interessen zu enden.

#### **7. Lüders' Schlußfolgerung und Appell an die deutsche Regierung**

Die Deutschen hätten keinen Anlaß, sich vor den Karren US-amerikanischer Machtpolitik zu spannen. Das vorrangige Ziel müsse sein, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Das setze voraus, mit der Regierung Rußlands als auch mit Präsident Putin gesprächsbereit zu bleiben und nach Kompromissen zu suchen. Eine politisch und militärisch nach Westen orientierte Ukraine könne und werde Rußland nicht zulassen.

Deutschland brauche zu beiden Ländern, Rußland sowie der Ukraine, belastbare Beziehungen und keinen Kalten Krieg 2.0.

Lüders weist auf mögliche Alternativen hin: einen Krieg gegen Rußland zu führen? Einen 3. Weltkrieg mit Atomwaffen zu riskieren? Oder die deutsche Wirtschaft mit Hilfe endloser Sanktionen auf Talfahrt zu schicken, die weder Deutschland noch der Ukraine nützen, wohl aber US-amerikanischen Interessen?

Die Machteliten, ob in Moskau, in Washington oder anderswo, stünden nicht im Dienste ihrer Bevölkerung, sondern verfolgten ihre eigenen Interessen. Sogar eine nukleare Vernichtung

würden diese nicht von vornherein und nicht grundsätzlich ausschließen.

Den Frieden zu bewahren setze voraus, daß die Menschen in den USA, in Europa, in der Ukraine sowie in Rußland erkennen, daß sie sich nicht gegeneinander ausspielen lassen und die Zukunft selbst gestalten müssen. Die Solidarität und das Mitgefühl soll all jenen gelten, die den Preis dafür bezahlen, daß kleine Minderheiten, elitäre Machtzirkel, das Schicksal ganzer Völker bestimmen. Bleiben wir wachsam!<<

**30.03.2022**

**BRD:** Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtet am 30. März 2022 (x1.136/...):

>>**TV-Serie mit Selenskyj: Ein Präsident als Kunstfigur**

Ein Artikel von *Irmtraud Gutschke*

Seinen politischen Durchbruch verdankte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj der Hauptrolle in einer Fernsehserie. "Diener des Volkes", ab 2015 ausgestrahlt, gab auch der 2018 gegründeten Partei ihren Namen, die jetzt in der Ukraine die Alleinherrschaft hat. Die erste Staffel (23 Episoden) ist in den Mediatheken von ARTE, ARD und ZDF verfügbar. Selenskyj als Schauspieler und als Präsident: Dem treuerzigen Geschichtslehrer Wassyl Holoborodko verdankt er sein Image. Soft-Power vom Feinsten.

Das Zuschauererecho war so groß, daß ARTE die erste Staffel der TV-Serie "Diener des Volkes" nicht, wie angekündigt, am 31. März aus der Mediathek nimmt, sondern sie am 8. April ab 21.45 Uhr sogar im Abendprogramm zeigen will. Die Staffeln 2 und 3 wurden nun auch angekauft und sollen ab Mai in Originalversion mit deutschen Untertiteln verfügbar sein. Den Hauptdarsteller und Produzenten Wolodymyr Selenskyj wird's freuen, zumal ihm auch das Studio "Kvartal 95" gehört.

"Diener des Volkes", zwischen 2015 und 2018 nach einer Idee von Wolodymyr Selenskyj gedreht, hat den Ausgang der Präsidentschaftswahl in der Ukraine 2019 maßgeblich bestimmt. Am 21. April 2019 wurde Selenskyj mit einer Mehrheit von 73 Prozent in einer Stichwahl gegen Petro Poroschenko zum Präsidenten. Bei der Parlamentswahl am 21. Juli 2019 gewann seine Partei "Diener des Volkes" die absolute Mehrheit. Dabei gab es sie erst seit dem 31. März 2018.

Erster Vorsitzender wurde Iwan Bakanow, Rechtsanwalt des von Selenskyj gegründeten Filmstudios "Studio Kvartal 95". Als dieser 2019 zum Leiter des Geheimdienstes avancierte, wurde Dmytro Rasumkow, auch ein Selenskyj-Vertrauter, sein Nachfolger. Erstmals in der Geschichte der unabhängigen Ukraine kam es zu einer Alleinregierung. Der Präsident hat alle Macht in der Hand - zumindest jenen Teil der Macht, den die USA einem ukrainischen Präsidenten zugestehen.

Es müssen verschmitzte Leute gewesen sein, die es wagten, diese Polit-Comedy-Serie ins deutsche Fernsehen zu bringen. Das war im November 2021. Vor dem Hintergrund des Krieges fühlt es sich freilich seltsam an, wenn die turbulente, meist in Kiew spielende Handlung mit ihren Sitcom-, Comedy- und Slapstick-Elementen einen zum Lachen bringt. Als ob man sich selbst bei etwas Unerlaubtem erwischen würde.

23 Folgen hat die erste Staffel. Jede beginnt mit einem Lied, dessen Melodie man im Ohr behält: "Ich liebe mein Land, liebe meine Frau, liebe meinen Hund. Ich bin Mitglied von allem Möglichen auf der Welt. Fast ein Superman. Ich fange selten einen Streit an. Fast der ganze Hinterhof kennt mein Urteil 'Diener des Volkes'. Ich habe fast alles. Würde und Ehre, sogar Bravo-Rufe. Ein Privatflugzeug hat mir das Volk zugeteilt. Was denn? Ich habe ein Recht darauf. Auf dem Bauch (genau hier) lasse ich mir ein Tattoo machen 'Diener des Volkes.'"

Da radelt ein frischgebackener Präsident durch den Frühling und zeigt sich als ehrliche Haut. Als Geschichtslehrer hatte Wassyl Holoborodko kein Blatt vor den Mund genommen, was die Zustände im Land betraf. Schüler haben ihn dabei heimlich gefilmt und die Videos bei YouTube hochgeladen. Wie per Crowdfunding das Geld für seine Wahlkampagne zusammenkam,

erstaunt ihn selbst, und daß er Präsident wird, kann er erstmal nicht fassen.

Köstlich zu sehen, wie er alles umkrempeln will, so, wie man es sich auch selber vorstellen würde. Der bürokratische Apparat wird verkleinert, Dienstkarossen werden abgeschafft. Das Parlament, die Rada, paßt nun in einen viel kleineren Raum. Und es gibt keine Schlägereien mehr unter den Abgeordneten. Geschieden ist er, hat einen kleinen Sohn. Und auch als Präsident lebt er in einer viel zu kleinen Wohnung mit seinen Eltern, seiner Schwester und seiner Nichte.

### **Oligarchie, Korruption, Vetternwirtschaft**

Was uns satirisch überspitzt erscheint, wird auf ukrainische Zuschauer einen anderen Eindruck gemacht haben: Endlich sagt jemand, wie es ist. Oligarchie: Immer mal wieder eingeblendet werden drei Männer, die Kraft ihres Vermögens die Politik an der Leine führen, Whisky trinkend, Kaviar essend oder im Massagesalon. Vetternwirtschaft: Holoborodko bildet ein Kabinett aus persönlichen Freunden, auch seine Ex-Frau gehört dazu, weil er den bisherigen Ministern nicht traut. Korruption: Raub an öffentlichen und privaten Mitteln.

Daran kann auch die präsidentiale Befehlsstruktur nichts ändern. Der Anordnung Holoborodkos zum Bau einer Straße folgt eine Kette von Telefonaten, wobei sich die zur Verfügung gestellten Finanzen verringern. Jeder hat sich was abgezweigt.

Was manch einem, gerade jetzt, als denunziatorisch scheinen könnte, ist die Beschreibung von Zuständen, wie sie nach dem Zerfall der UdSSR nicht nur für die Ukraine charakteristisch wurden. Schon mit dem Perestroika-Schwenk Richtung vorsichtige Liberalisierung im Wirtschaftsbereich, weil das Kommandosystem uneffizient geworden war, hatte Gorbatschow bei den Eliten Begehrlichkeiten geweckt. Mit dem Zerfall der Sowjetunion begann dann ein Wettrennen um das einstige "Volkseigentum".

Warum die Betriebe, die man verwaltete, nicht einfach besitzen? Warum nicht Anteile verkaufen, ob zum Zweck parasitärer Konsumtion oder neuer Investition? Die Entstehung des Kapitalismus setzt ursprüngliche Akkumulation voraus. Wie Marx diese in "Das Kapital" beschrieb, geht es - ob im 15. Jahrhundert oder heute - dabei nicht eben fein zu.

Aus der bürokratischen Elite bildete sich eine neue Klasse von Eigentümern, die sich das gesellschaftliche Vermögen unter den Nagel rissen. So offensichtlich, wie das geschah, wurde Bereicherung zum allgemeinen Gebot. Nimm dir, was du kriegen kannst. Wie eine Furie geht Holoborodkos Schwester den Bruder an. Sie will leben "wie ein Mensch" und verlangt eine gutbezahlte Stelle. Der Verteidigungsminister wird von seiner Frau verlassen. Die weint und schreit, weil er das ihm gezahlte Bestechungsgeld der Staatskasse gegeben hat. Was hätten sie sich alles dafür kaufen können!

### **Populismus gegen "die da oben"**

So amüsant kann ein populistisches Machwerk sein: Das berechtigte Ressentiment gegen "die da oben" wird aufgenommen und aufgelöst, weil Holoborodko ja wie Herkules im Augiasstall gegen den ganzen Filz kämpft. Wie es sein müßte im Land - wie in einer Familie eben oder unter Freunden - diese naive Vorstellung soll sich verwirklichen. "Im Namen der Geschichte wird ein allein auf individueller Verantwortung und persönlicher Verbindlichkeit beruhender Gerechtigkeitsbegriff propagiert, wobei soziale Probleme, Fragen der Ökonomie, der Rechtsstaatlichkeit oder gar des Krieges nicht vorkommen.

Und wenn doch, werden sie lediglich als Effekte von korrupten Intrigen und oligarchischen Schattenregimen dargestellt", schreibt Matthias Schwarz im Blog des Leibniz-Zentrums für Literatur- und Kulturforschung Berlin über die Selenskyj-Serie. "Alle Komplexität einer globalisierten Welt wird auf die simple Logik einer von einzelnen Drahtziehern und Glücksrittern beherrschten Wirklichkeit reduziert." Und ich überlege, wie verbreitet auch hierzulande der Traum von einem "guten Führer" ist.

## **Aggressive Wertepolitik**

Dem einstigen Geschichtslehrer kommen immer mal wieder historische Gestalten vor Augen: Plutarch, Machiavelli, Ludwig XVI., Lincoln, Al Capone, Che Guevara, die ihn zu härterem Durchgreifen anstacheln. Iwan der Schreckliche rät zu öffentlichen Hinrichtungen, um die Korruption zu bekämpfen. "Wir sind doch slawische Brüder." Holoborodko wehrt sich gegen die Umarmung: "Wir gehen einen anderen Weg - nach Europa."

Dabei führt die Filmserie vor Augen, wie weit die Zustände im Land vom europäischen Wertekanon entfernt sind. Von Demokratie kann nicht die Rede sein. Und was ein patriarchalisches Weltbild bedeutet, hier kann man es sehen. Junge, schöne Frauen sind für alte erfolgreiche Männer nur Garnitur. Ohne die kluge Oksana wäre der Außenminister ein Nichts, aber er schaut auf sie herab. Zwei attraktive Vertreterinnen des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Bank für Wiederaufbau werden besoffen gemacht. Wieder nüchtern, fordern sie dennoch die Rückzahlung von Krediten, die an politische und ökonomische Auflagen gebunden waren.

So wie die USA bereits vorher in Lateinamerika wirtschaftlich und militärisch ihre Interessen durchgesetzt haben, setzten sie es in Osteuropa fort. In aller Offenheit ist seit 1990 vom "Washington Consens" die Rede, einem Bündel von Maßnahmen, um die Vormacht der USA nach dem Zusammenbruch der UdSSR zu sichern und auszubauen.

"Die Position, der Westen habe die Transformationsprozesse im post-sowjetischen Raum von außen zu steuern", war mit einer "Strategie der Gleichzeitigkeit der Transformation aller politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systeme", mit einem "Frontalangriff" auf alles Bisherige verbunden, erklärt Arne C. Seifert in seinem Band "Friedliche Koexistenz in unserer Zeit". Gerade heute kann man sehen, wie der westliche "Wertekanon" zur politischen Waffe wird im vermeintlichen Kampf zwischen Gut und Böse. Manipulationstechnik zur Kriegseinstimmung. Es schaudert einen.

Die Ukraine als Brückenkopf gegen Rußland: Da spielt es keine Rolle mehr, daß die westliche Wertepolitik dort an Grenzen stößt. Was man indes jedem Land zugestehen muß. Aber vor dem acht Jahre währenden Krieg gegen die sogenannten "Separatistengebiete" hat man hierzulande ebenso die Augen verschlossen wie vor dem Erstarken nationalistischer, ja nazistischer Bewegungen. Im Gegenteil, sie wurden gefördert, wie einst die islamistischen Kräfte in Afghanistan, als es gegen die Sowjetunion ging.

Daß viele Menschen in der Ukraine eine Entwicklung Richtung Westen befürworteten, meinte vornehmlich den Lebensstandard. Daß die dem Osten verordnete "Schocktherapie" als "Stabilisierungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungsprogramm natürlich kein Wachstumsprogramm" war, wie der Nobelpreisträger für Wirtschaft Joseph Stiglitz feststellt, war indes bald zu spüren. Mehr noch, jene Eliten und Kapitalisten wurden dadurch erst befeuert, gegen die westliche Wertepolitik nun angeblich zu Felde zieht.

## **Soft-Power vom Feinsten**

"Diener des Volkes"? Wer ist denn das Volk? Im Film ist es eine aufgebrachte, manipulierte Masse. "Sei es beim Euromaidan oder vorm Regierungssitz, jede größere Menschenansammlung ist bestellt und bezahlt", bringt es Matthias Schwarz auf den Punkt. "Handelt es sich um einzelne Straßenbauarbeiterinnen, Taxifahrer oder Verkäuferinnen, dann schimpfen sie ähnlich wie noch der Lehrer Holoborodko auf die da oben, solange sie keine Chance haben, selber von der Korruption zu profitieren."

Als der Präsident sich einer zornigen Menge stellt, die ihn wegen Preissteigerungen für Alkohol bedrängt, ruft er: "Putin ist gestürzt", und alle sind still. Auf geradezu selbstverständliche Weise sind der Serie Nationalismus und Russophobie eingeschrieben - in winzigen, um so wirksameren Dosen. Soft-Power vom Feinsten.

Der Aufstieg Selenskyjs ist erstaunlich! Man weiß zwar, daß hinter Selenskyj der mächtige



Oligarch Igor Kolomojski stand, mit dem er sich inzwischen entzweit haben soll. Aber war es Kolomojski allein? "Hier zeichnet sich nicht nur ein neues Verhältnis von digitaler Wirklichkeit und politischer Öffentlichkeit ab, sondern auch eine neue Form des Populismus, die nicht auf nationalistische Diskurse und reaktionäre Denkmuster baut, sondern antistaatliche und neoliberale Affekte miteinander verbindet", urteilt Matthias Schwarz.

Selenskyj, aus dem russischsprachigen Süden des Landes stammend, übernahm Poroschenkos aggressive antirussische Rhetorik erst einmal nicht. Doch setzte er die Ukrainisierung des Staatsapparats und des Bildungssystems fort. Zunächst hatte er noch Friedensverhandlungen mit den abtrünnigen "Volksrepubliken" und Rußland als Ziel genannt. Doch schließlich ließ er sich im Tarnanzug mit kugelsicherer Weste in den Stellungen der ukrainischen Armee filmen.

### **Acht Jahre Krieg mit 13.000 Toten**

Konnte er nicht anders? Ist er am Widerstand derjenigen gescheitert, die hinter jedem Kompromiß Landesverrat gewittert hätten? Läßt die Schutzmacht USA ukrainischen Präsidenten (egal, welcher Couleur) überhaupt irgendwelchen eigenen Handlungsspielraum? Der Konflikt im Donbass hat in acht Jahren schon mehr als 13.000 Tote gefordert. Daß die Ukraine einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führte, ist vom Westen kaum zur Kenntnis genommen worden, als hätte Rußland aus heiterem Himmel eingegriffen.

Aber zur Anerkennung der vornehmlich von Russen bewohnten Republiken von Donezk und Lugansk wäre es nicht gekommen, wenn ihnen innerhalb der Ukraine ein Sonderstatus gewährt worden wäre. Die heutige Eskalation hätte vermieden werden können. Aber sollte sie das? Hat der Lehrer Holoborodko im Film dem jetzigen Präsidenten nicht jenes Image gegeben, das ihn für die derzeitige Lage geradezu prädestiniert? "Die Bilder haben ein Eigenleben", wie einer der Oligarchen im Film sagt.

Holoborodko/Selenskyj: Sie wirken ja so durchweg anständig auf uns, daß wir uns kaum vorstellen können, daß der reale Präsident zu den 38 ukrainischen Politikern gehört, die Geld auf Offshore-Konten versteckt haben. Die sogenannten "Pandora-Papers" enthüllten im Herbst 2021 seine Beteiligung an einem ganzen Netzwerk internationaler Firmen.

Niemand empört sich darüber, daß er in einer Videobotschaft am 20. März das Verbot von elf Oppositionsparteien verkündet hat. Der Sicherheitsrat der Ukraine ordnete zudem an, alle Fernsehsender, die Informationsprogramme verbreiten, zu einem einheitlichen Programm zusammenzuschalten. Wie in der Serie "Diener des Volkes" Journalisten die herrschende Politik hinterfragen, wurde einem eine Ukraine vorgegaukelt, die es so nicht gab. Denn alle großen Fernsehanstalten gehören irgendwelchen Oligarchen.

### **Ein Land auf "zwei tektonischen Platten"**

Der TV-Präsident Holoborodko hat recht, wenn er sagt: Die Ukraine ist ein erniedrigtes Land, erpreßbar gemacht durch fremde Zuwendungen und Kredite, von denen man nicht weiß, wieviel davon auf privaten Konten verschwindet oder in Waffengeschäfte geht. Ein Land auf "zwei tektonischen Platten", wie es Holoborodko einmal sagt. Denn es ist nicht nur ein Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine, der uns jetzt in Atem hält.

Es ist ein Stellvertreterkrieg zweier Großmächte, von denen eine die Hegemonie in der Welt beansprucht, was ihr die andere nun streitig macht. Die USA sind in geographischer Sicherheit. Europa wird mittels antirussischer Sanktionen in eine gefährliche Abhängigkeit, ja Konfrontation gelockt. Als ob Rußland gezwungen werden könnte, den einmal begonnenen Krieg abzuberechnen.

### **Hoffnung auf Selenskyj?**

"Wolodymyr Selenskyj, der ukrainische Schauspieler, der Präsident geworden ist, scheint nun die einzige Person zu sein, die Frieden mit Rußland schließen und den Krieg beenden könnte", meint der Diplomat Michael von der Schulenburg. Oder spitzt Selenskyj im Gegenteil die Lage zu? Wer wäre denn besser geeignet als er, mit entschlossen-traurigem Blick, Europa und

die USA zu bitten, sein Land in diesem Kampf zu unterstützen?

Ein David, der im kurzärmligen T-Shirt einem Goliath die Stirn bieten will: Indem er unentwegt Angriffswaffen fordert und eine Flugverbotszone, macht er Stimmung für einen europäischen Vernichtungskrieg. Hatte er nicht schon vor dem 24. Februar laut darüber nachgedacht, daß die Ukraine Atomwaffen braucht? Daß sie diese selber herstellen könnte, ist wohl einer der Kriegsauslöser gewesen.

Demonstrativ blieb er im Lande. Sein Rating dürfte steigen. Daß der russische Kriegseinsatz die "Derussifizierung" vorangetrieben habe, meint er jetzt. Ein nachvollziehbares Argument. In Moskau mochte man sich eine Ukraine vorgestellt haben, die zwischen Rußland und Westeuropa ein Bindeglied sein könnte. Statt dessen baut die Nato nun ihre Ost-Flanke aus, Rußland wird moralisch und wirtschaftlich ins Abseits gedrängt. Allerdings haben nur westliche Länder und ihre üblichen asiatischen Verbündeten wie Japan, Australien und Singapur harte Sanktionen gegen Rußland verhängt, wie Michael von der Schulenburg betont.

"Praktisch kein asiatisches, nahöstliches, afrikanisches oder lateinamerikanisches Land hat sich ihnen angeschlossen, unabhängig davon, ob sie die Resolution der UN-Generalversammlung unterstützt haben oder nicht. Nicht einmal das NATO-Mitglied Türkei oder der enge Verbündete des Westens, Israel, haben Sanktionen beschlossen. Die verfeindeten Parteien des Westens und Rußlands repräsentieren zusammen nur etwa 10 % der Weltbevölkerung, und ihr Anteil nimmt rapide ab. Es scheint, daß die anderen 90 % der Weltbevölkerung sich nicht an diesem Krieg beteiligen wollen."

Daß Sanktionen nicht in europäischem, geschweige denn in deutschem Interesse sind, die Spatzen pfeifen es von den Dächern. Wird die hierzulande vorherrschende Kriegspropaganda auf Dauer den Mißmut in der Bevölkerung übertünchen? Je länger der Krieg dauert, um so größer wird die Furcht vor weiterer Eskalation. Irgendwann wird es einen Friedensvertrag geben müssen. Im Interesse der USA ist es, dies zu verzögern, im Interesse der Ukraine nicht. Daß Putin lieber einen anderen ukrainischen Präsidenten zum Partner hätte, ist zu vermuten. Aber würde es für Selenskyj - bei entsprechender Kommunikation - nicht eine Paraderolle sein?

"Es wäre eine der herzerwärmendsten Erfolge der europäischen Geschichte, wenn ein junger ukrainischer Mann mit jüdischen Wurzeln es schaffen würde, der Ukraine in seiner größten Not den Frieden zu bringen, also einem Land, in dem einst die grausame Massenvernichtung von sechs Millionen Juden begann, als 1941 unter deutscher Besatzung 33.000 Juden in Babyn Jar bei Kiew ermordet wurden", schreibt Michael von der Schulenburg. Sein Wort in Gottes Gehörgang. Selenskyj könnte dafür tatsächlich den Friedensnobelpreis bekommen.

Allerdings hat Holoborodko im Film immer eine graue Eminenz zur Seite. Und in der letzten Staffel, als er eine große Fernsehansprache gegen die Korruption hält, sieht man hinter den Kulissen einen farblosen Mann auf ihn zielen.<<

**01.04.2022**

**BRD: Willy Klages (1953\*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. April 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: Wiederaufbau der deutschen Energieversorgung****

Sehr geehrte Damen und Herren!

**In 9 Monaten sollen die letzten Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.**

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer

installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken. Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

**Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt**

**Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.**

*Sprichwort aus China*

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich**. Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfassbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

**Wiederaufbau einer stabilen deutschen Stromversorgung**

Unsere Heimat darf nicht weiterhin als menschenverachtendes Experimentierfeld mißbraucht werden. Nachfolgende Generationen sollen uns später nicht den Vorwurf machen, daß wir uns feige weggeduckt und keinen Widerstand geleistet hätten.

**Wir benötigen endlich** wieder eine realistische Energiepolitik, die konkrete Lösungen für reale Probleme sucht, statt ideologiegetriebenen Visionen hinterherzulaufen.

**Wir benötigen endlich** wieder eine sachliche Energiepolitik, die wieder auf Effizienz und die Innovationskraft von Forschern, Ingenieuren und Unternehmern setzt. Gerade in der Energiewirtschaft mit ihren langlebigen und kostenintensiven Anlagen benötigen wir endlich wieder eine effektive Energiepolitik, in der sich die Kreativität von Wissenschaftlern und Unternehmen frei entfalten kann.

In Deutschland bestand die konventionelle Stromerzeugung bis zum Ausstiegsbeschluß aus der Kernenergie im Jahre 2011 zu 80 % aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet nach wie vor die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz. Nur aufgrund der Regelbarkeit von konventionellen Kern-, Kohle- und Gaskraftwerken kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden.

**Folgende Maßnahmen sind unverzüglich zu realisieren, um wieder eine sichere konventionelle Grundlast-Stromerzeugung zu gewährleisten:**

**1. 15jährige Laufzeitverlängerung für die letzten noch in Betrieb befindlichen 3 Kernkraftwerke**

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen (drohende De-Industrialisierung, wirtschaftlicher Ruin sowie Zerstörung der bisherigen Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands) sollte die deutsche Bundesregierung unverzüglich handeln und eine angemessene Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen 3 Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland beschließen.

Die zusätzlichen Reaktivierungskosten für die Beschaffung von neuen Brennelementen und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung von Fachpersonal sind im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge vom Gesetzgeber zu übernehmen.

**2. Wiederinbetriebnahme der vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerke**

Da die Zeit drängt, sollte nicht nur die Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke beschlossen werden, sondern alle vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerke, die reaktiviert werden können, sind wieder bis zur ursprünglich geplanten Abschaltung in Betrieb zu nehmen.

In der Bundesrepublik Deutschland kostete die vollkommen unsinnige Energiewende bisher mindestens 500 Milliarden Euro, deshalb dürfen die Reaktivierungskosten für die Wiederinbetriebnahme der völlig überhastet stillgelegten Kernkraftwerke und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung des erforderlichen Fachpersonals keine Rolle spielen.

Während in Deutschland seit Jahren keine Forschung im Bereich der Kernenergieerzeugung existiert, werden weltweit die Atomforschung intensiviert und neuartige Kernkraftwerke entwickelt. Frankreich, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien, Slowakei und Slowenien forderten im März 2021 die EU-Kommission in einem offenen Brief zur größeren Förderung der Kernenergie auf, da es ohne die zivile Nutzung der Kernenergie zukünftig keine sichere Stromversorgung geben würde.

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag im Rahmen der sogenannten Energiewende zwar den endgültigen Atomausstieg und die Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022, aber die Bundesrepublik Deutschland blieb trotz Atomausstieg weiterhin Mitglied und großzügiger Beitragszahler der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), die am 25. März 1957 in Rom gegründet wurde.

Da die Bundesrepublik Deutschland weiterhin ein zahlendes Mitglied der Europäischen Atomgemeinschaft ist, sollte sie endlich wieder an der Entwicklung moderner Kerntechnik und an der Errichtung von neuartigen Kernreaktoren der "Generation IV" teilnehmen, denn nur die Kernenergie bietet zukünftig eine grundlastfähige Stromversorgung ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen.

**3. Bau von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" mit staatlicher Unterstützung**

Um zukünftig eine **zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung** zu gewährleisten sowie den weltweiten Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sollte sich die Bundesregierung für die Nutzung von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" einsetzen und den Bau dieser neuartigen Kernkraftwerke durch angemessene Staatsbeteiligungen und Kredite fördern.

**Die neuartigen Kernreaktoren der Generation IV** (DFR = Dual-Fluid-Reaktor, SMR = small modular reactor, u.a.) **sind** extrem kompakt, **physikalisch sicher und produzieren**

**keine hochradioaktiven Abfälle.** Sie können ferner relativ preisgünstig und schnell gebaut werden.

#### **Dual Fluid Reaktor (DFR) - ein neuartiger Reaktor der sog. Generation IV**

Der neuartige Dual Fluid Reaktor wurde von Physikern des "Instituts für Festkörper-Kernphysik zur Förderung der Forschung mit beschränkter Haftung" (IFK) in Berlin entwickelt. Der Dual Fluid Reaktor wurde erstmalig während der IAEA-Konferenz FR13 vom 4. bis zum 7. März 2013 in Paris vorgestellt.

Der DFR-Flüssigsalzreaktor zählt zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Der Dual Fluid Reaktor nutzt **als Brennstoff Natururan, abgereichertes Uran, Thorium und abgebrannte Brennelemente**, das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern könnten sinnvoll genutzt werden.

Das schon vor Jahrzehnten entwickelte Grundkonzept des Dual Fluid Reaktors, bei dem der Brennstoff in Form von Flüssigsalz durch den Reaktor gepumpt wird, wurde um einen weiteren Kreislauf erweitert.

Der Dual Fluid Reaktor ermöglicht wegen der hohen Temperaturen der Bleischmelze von etwa 1.000 ° Celsius neben der **Bereitstellung von elektrischer Energie** auch die **zusätzliche Nutzung von Prozeßwärme (zur Herstellung von Wasserstoff**, der in Kombination mit Kohlendioxid in synthetische Treibstoffe verwandelt werden kann u.a.).

Der Dual Fluid Reaktor ist **physikalisch sicher**. Es sind z.B. keine aktiven Sicherungen vorhanden, die versagen können. Selbst bei hohen Temperaturen reagiert Blei sehr träge, Explosionen können nicht entstehen, wegen der vorhandenen Doppelkühlung ist ein GAU ausgeschlossen. Der Dual Fluid Reaktor **produziert keine hochradioaktiven Abfälle**, die jahrtausendlang sicher gelagert werden müssen. Die schwachradioaktiven Abfälle des DFR besitzen mehrheitlich Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren, die restlichen Abfälle müssen etwa 300 Jahre gelagert werden.

Die **Baukosten** für einen Dual Fluid Reaktor mit **1.500 Megawatt elektrischer Leistung und 3.000 Megawatt thermischer Leistung** betragen **etwa 1,5 Milliarden Euro**.

Das DFR-Konzept wurde von Mitarbeitern der TU München und der E.ON Kernkraft GmbH (gegenwärtig PreussenElektra GmbH) überprüft und validiert.

Der Dual Fluid Reaktor könnte frühestens ab 2030 in Betrieb gehen.

Während die Öko-Energieerzeugung (Wind, Sonne und Biomasse) höchstens nur ein Zehntel der Effizienz der konventionellen Kraftwerke bzw. das Niveau des Mittelalters erreicht, ist der neuartige Dual Fluid Reaktor in der Lage, die Effizienz der derzeitigen konventionellen Kraftwerke sogar mindestens zu verdoppeln.

Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von Dual Fluid Reaktoren genutzt werden, sind **keine neuen Stromleitungen und keine weiteren Windkraftanlagen** erforderlich.

Da der Dual Fluid Reaktor abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen kann, werden die hochradioaktiven Abfälle (etwa 20.000 Tonnen Atommüll) nicht nur langfristig die Stromerzeugung Deutschlands garantieren, sondern außerdem größtenteils sinnvoll entsorgt. **Damit endet** auch die unendliche **Suche nach einem geeigneten Lager für die jahrtausendlange Entsorgung** von abgebrannten Brennelementen.

Am 1. Juli 2017 übertrugen die KKW-Betreiber für die Zwischen- und Endlagerung **24,1 Milliarden Euro** an den Bund. Diese finanziellen Mittel könnten wegen der drastischen Reduzierung der radioaktiven Abfälle größtenteils für den Bau von DFR-Kernkraftwerken und konventionellen Gaskraftwerken genutzt werden.

#### **4. Rückgängigmachung des Kohleausstiegs**

Die deutsche Bundesregierung beschloß per Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020, die letzten Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 stillzulegen. Die Betreiber von Braunkohlekraftwer-

ken sollen mit insgesamt 4,35 Milliarden Euro für die Stilllegungen entschädigt werden. Deutschland besitzt außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen, deshalb muß das unsinnige Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020 umgehend storniert werden.

Der Weiterbetrieb aller noch in Betrieb befindlichen und noch einsatzfähigen Kohlekraftwerke ist durch staatliche Fördermaßnahmen zu gewährleisten, bis die Kohlekraftwerke durch Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" (DFR) ersetzt werden können.

Angesichts der dramatischen Preiserhöhungen für Öl und Gas sollte die stoffliche Nutzung der Braunkohle in West- und Mitteldeutschland nicht voreilig gesetzlich ausgeschlossen werden. Die Braunkohle ist für die chemische und petrochemische Industrie ein wertvoller Rohstoff und könnte die Importabhängigkeit von Öl und Gas drastisch verringern. Falls die Preise für Öl und Gas weiter steigen, könnte die Braunkohle bis 2030 etwa 30 Prozent der Chemierohstoffe in Deutschland stellen und wesentlich zur Versorgungssicherheit Deutschlands beitragen.

### **5. Baustopp für Windkraftwerke und Solaranlagen**

Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger. Windkraftwerke und Solaranlagen können ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nachweislich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen, aber sie können niemals eine zuverlässige Energieversorgung und die unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit gewährleisten.

Der Ausbau regenerativer Energie in Siedlungsgebieten ist grundsätzlich nur zu rechtfertigen, wenn diese Form der Stromgewinnung technologisch zukunftsweisend und wirtschaftlich sinnvoll ist. Wesentliche Argumente, mit denen die Befürworter den schnellen und überzogenen Ausbau der Windenergie fordern, halten einer genauen Prüfung jedoch nicht stand.

### **Warum können Windkraftwerke keine stabile Energieversorgung gewährleisten?**

1. Windkraftwerke sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht grundlastfähig. Die Windenergie kann deshalb aufgrund von physikalischen Begrenzungen letztlich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen, denn auch mehrere 100.000 Windkraftanlagen sind wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

2. In der Bundesrepublik Deutschland wurden bis zum Jahre 2020 ca. 30.000 Windkraftanlagen installiert, die theoretisch nur etwa 18 % des benötigten Stromverbrauchs decken konnten. Obgleich der jahrzehntelange Ausbau der Windenergie das Landschaftsbild dramatisch verunstaltete und die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen, die in der näheren Umgebung von Windkraftwerken wohnen, durch Laufgeräusche, Schlagschatten, Infraschall, Lichteffekte, Blinklichter usw. nicht selten unerträglich beeinträchtigte, planen die vermeintlichen Klimaretter den Ausbau der Windenergie bis zum Jahre 2030 mindestens zu verdreifachen.

3. Durch die unterschiedlichen Stromeinspeisungen, die sich nach den schwankenden Windverhältnissen richten, wird das Verbundnetz der Stromerzeuger unentwegt stärker belastet. Für jede neue Windkraftanlage fallen zusätzliche Kosten für die Aufrechterhaltung einer konstanten Stromspannung an, die auf die Netzentgelte umgewälzt werden. Die steigende Zahl der Windkraftwerke und der zunehmende Windenergieanteil führen andauernd zu Spannungsschwankungen des Stromnetzes und gefährden fast ständig die Netzstabilität.

Oftmals kann man die Stabilisierung des Stromnetzes nur durch vorhandene konventionelle Reservekraftwerke ausgleichen. Infolge des ständigen An- und Abfahrens der konventionellen Kraftwerke werden die durch Windkraftanlagen eingesparten Schadstoffmengen größtenteils wieder freigesetzt. Während im Jahre 2003 nur vier Eingriffe im Jahr nötig waren, um das

Stromnetz zu stabilisieren, sind gegenwärtig bis zu zehn Eingriffe täglich erforderlich und verursachen immer höhere Kosten.

4. Um die Versorgungssicherheit und Netzstabilität zu garantieren, mußten bis 2011 zusätzliche konventionelle Kraftwerke mit einer Kapazität von mindestens 80 % der Windkraftleistung bereitgehalten werden. Diese Schattenkraftwerke kamen dann zum Einsatz, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung stand. Diese Reservekraftwerke verursachen zwangsläufig erhebliche Fixkosten.

5. Die im Norden konzentrierte Windstromenergie muß verteilt werden, deshalb sind in den nächsten Jahren rund 1.500 km neue Hoch- und Höchstspannungsleitungen zu errichten. Der dringend notwendige Netzausbau wird nicht nur hohe Kosten verursachen, sondern zusätzlich weitere Teile unserer Landschaft verschandeln.

6. Als im Jahre 1983 an der Nordseeküste die ersten Windkraftwerke errichtet wurden, dachte vermutlich noch niemand daran, daß man in den folgenden Jahrzehnten das gesamte Land verspargeln würde. Gegenwärtig werden sogar die letzten geschlossenen deutschen Waldgebiete vernichtet und uralte Waldflächen abgeholzt, um die Stromerzeugung aus Windenergie drastisch zu erhöhen.

Für den Bau und die Wartung der gigantischen Windkraftanlagen sind naturgemäß befestigte Straßen erforderlich, deshalb müssen nicht selten breite Schneisen quer durch die Wälder geschlagen werden, um die schweren Baumaschinen und die riesigen Bestandteile der Windkraftanlagen an die zukünftigen Standorte transportieren zu können.

Die hohen Windkraftwerke benötigen zwangsläufig stabile Stahlbetonfundamente, die große Flächen des Bodens versiegeln. Obgleich die jeweiligen Länderregierungen keine Probleme beim Rückbau von Windkraftanlagen, Zufahrtsstraßen und allen weiteren Bodenversiegelungen sehen und versichern, daß die Betreiber von Windkraftanlagen nach Baurecht verpflichtet sind, den alten Zustand wieder herzustellen, wenn die Anlagen ausgedient haben, bleiben große Zweifel, ob die riesigen Stahlbetonfundamente jemals entfernt werden.

Der Rückbau der Fundamente von Windenergieanlagen ist sehr aufwendig, denn es handelt sich je nach Höhe und Leistung der Anlagen um etwa 3-4 Meter tiefe Betonfundamente mit Stahlbewehrung, die einen Durchmesser von ca. 20 Metern besitzen. Der Abbruch der Stahlbetonfundamente soll trotz alledem angeblich mit speziellen Abbruchbaggern erfolgen.

Allein in Schleswig Holstein gab es im Jahre 2018 eine durch Windkraftanlagen versiegelte Fläche von etwa drei Millionen Quadratmetern. Neben dem kostspieligen Rückbau der stabilen Stahlbetonfundamente erweist sich vor allem die Wiederaufarbeitung und Entsorgung der riesigen Rotorblätter als problematisch.

Falls Grundeigentümer, auf deren Böden die Windkraftanlagen errichtet wurden, wegen Zahlungsunfähigkeit ausfallen sollten, wird es sicherlich keinen vollständigen Rückbau geben oder die Steuerzahler werden für die Komplettentsorgung der Windkraftanlagen zur Kasse gebeten.

7. Den Betreibern von Windkraftwerken bzw. Kapitalanlegern geht es offensichtlich nicht um den Schutz der Umwelt und die Vermeidung von Schadstoffen, sondern in erster Linie streben sie nach hohen Gewinnen. Diese Investoren und Verpächter von Grundstücken bereichern sich eindeutig auf Kosten der Allgemeinheit. Die jährlichen Pachten für Windkraftanlagenstandorte betragen derzeit etwa 20.000 bis zu 100.000 Euro pro Windkraftanlage.

8. Die privaten Betreiber von Windkraftwerken erhielten im Jahre 2005 gesetzlich vorgegebene Stromabnahmepreise von 8,60 Cent pro Kilowattstunde, obwohl der Grundlaststrom auf dem freien Strommarkt damals nur 2,15 Cent kostete. Die Subventionierung der regenerativen Energie erfolgt nicht durch den Staat, sondern durch die Energiewirtschaft. Die deutschen Energieversorger sind aufgrund des "Erneuerbaren-Energie-Gesetzes" (EEG) zur Stromabnahme und zur Zahlung von festgesetzten Strompreisen verpflichtet.

Wir zahlen für die Windkraftnutzung die weltweit höchsten Subventionen, die jemals für eine Energietechnik gegeben wurden. Die Subventionspolitik zu Gunsten der Windenergie wird oft damit gerechtfertigt, daß schließlich auch viele neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Übersehen bzw. verschwiegen wird dabei, daß die Subventionen für die rund 10.000 Beschäftigten, die im z.B. im Jahre 2005 unmittelbar in der Windbranche arbeiteten, einen jährlichen Zuschuß von rd. 100.000 Euro pro Arbeitsplatz erforderten. Im Steinkohlenbergbau betrug die Subventionen pro Arbeitsplatz damals "nur" etwa 50.000 Euro. Die neuen Arbeitsplätze der Windbranche wurden und werden also mit Rekordsubventionen finanziert.

Im Jahre 2001 zahlten die deutschen Energieversorger bzw. letztendlich die Stromkunden z.B. rd. 1,5 Milliarden Euro für den teuren Öko-Strom. Die EEG-Einspeisevergütung bzw. die Nettobelastung für die Stromkunden stieg von 1,1 Mrd. Euro im Jahre 2000 auf über 2,7 Mrd. EUR im Jahre 2003 und betrug im Jahre 2010 etwa 5 Mrd. Euro.

9. Wenn der Wind besonders günstig weht, produzieren die Windkraftwerke mehr Strom, als benötigt wird. In diesen Zeiten der Überproduktion versucht man zunächst, die Stromüberschüsse an die Nachbarländer weiterzuleiten, um die Netzfrequenz im Normbereich zu halten. Für diese Stromabnahme erhält man keine Vergütung, sondern die Abnehmer der Strombezüge verlangen und bekommen sogenannte "negative Strompreise" erstattet.

Falls die Stromüberschüsse nicht von den Nachbarländern übernommen werden, müssen konventionelle Kraftwerke und Windkraftanlagen abgeregelt werden. Für den nicht produzierten Strom erhalten die Betreiber entsprechende Entschädigungen. Im ersten Quartal 2019 zahlte die Bundesnetzagentur z.B. rund 364 Millionen Euro an die Betreiber von Windkraftanlagen - für "Geisterstrom", der nie produziert wurde.

10. Die Windkraftnutzung war nie umweltfreundlich und brachte nachweislich keinerlei Energienutzen und keine Umweltentlastungen. Die staatlich verordnete "Umweltpolitik" der rot-grünen Koalition hat unser Land in den letzten Jahren nicht "ökologischer", sondern "sehr viel ärmer" und häßlicher gemacht. Die riesigen Windkraftwerke waren von Anfang an umweltfeindlich, denn sie fügten nicht nur unseren Landschaften unfäßbare Schäden zu, sondern sie zerhacken und erschlagen außerdem seit Jahren tagein und tagaus ungezählte Vögel, Fledermäuse und Insekten.

### **Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen existiert eigentlich überhaupt nicht**

Windkraftwerke verursachen zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kraftwerk oder Kernkraftwerk, da die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werden kann. Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger.

Windkraftwerke und Solaranlagen können ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nachweislich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Stromerzeugung übernehmen, aber sie können niemals eine zuverlässige Stromversorgung und die unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit gewährleisten, denn der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen die Windkraft- und Photovoltaikanlagen keinen Strom, deshalb existieren diese Stromerzeuger eigentlich überhaupt nicht. Nach dem Kohleausstieg besteht die grundlastfähige, regelbare Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland nur noch aus einigen Gaskraftwerken (ohne Gas), Pumpspeicherkraftwerken, Wasserkraftwerken und Biogasanlagen.

Die Windkraftwerke können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. In der Bundesrepublik Deutschland wird es auch in den nächsten Jahrzehnten keine



mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden, deshalb kann es ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher zwangsläufig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit geben, denn nur aufgrund der Regelbarkeit von leistungsfähigen Großspeichern besteht die Möglichkeit, den erforderlichen Strom sekundengenau nach Bedarf zu produzieren.

Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung der konventionellen "Schattenkraftwerke" wurden die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nachweislich vorsätzlich geschwächt. Da unser Land nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank des "Flutterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln.

Windkraftanlagen sind ferner nicht klimaneutral und umweltfreundlich, denn für den Bau und den Betrieb von Windenergieanlagen werden z.B. seltene Erden, Tropenholz, tonnenweise Beton und kostbare Flächen benötigt. Obgleich die Energiewende schon seit Jahren krachend gescheitert ist, wurde die Umweltzerstörung, die der Bau von über 31.000 Windkraftanlagen und Solarparks verursachte, unbeirrt fortgesetzt und nahm unvorstellbare Ausmaße an.

Der Bau von über 31.000 Windkraftanlagen, Solarparks und die Umstellung auf Maismonokulturen richteten bereits unglaubliche Umweltschäden, deshalb sollte man ab sofort keine weiteren Wind- und Solarenergieanlagen genehmigen. Regenerative Energieträger sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten völlig unsinnig und existieren eigentlich überhaupt nicht! Auch weitere 100.000 Windkraftanlagen wären wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine stabile Stromversorgung zu garantieren.

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 23. Juni 2021 (x1.081/...): >>Flaute über Deutschland: Windkraft ohne Wind, Photovoltaik ohne Sonne

Von *Holger Douglas*

Nur am 5. Mai hätten wir richtig Glück und ausreichend Strom gehabt. In der Mittagszeit zwischen 12 und 14 Uhr hätten wir gut Kochen und Braten können. Da fielen 65,4 GWh "vom Himmel".

Ohne Kohle- und Kernkraftwerke wäre es im ersten Quartal dieses Jahres kaum etwas mit Industrieproduktion, fahrenden Zügen und Kochen geworden. Es gab viel zu wenig Strom. Der Wind wehte kaum, die Sonne lieferte nur wenig. Das Statistische Bundesamt meldete demzufolge eine gegenüber dem Vorjahreszeitraum um satte 23 Prozent gesunkene Menge an sogenanntem "Ökostrom".

Die gute Nachricht vorweg, es wurde besser im 2. Quartal: Nur am 5. Mai hätten wir richtig Glück und ausreichend Strom gehabt. In der Mittagszeit zwischen 12 und 14 Uhr hätten wir gut Kochen und Braten können. Da fielen in der Mittagsstunde 65,4 GWh "vom Himmel". Aber immer noch zu wenig, weil Deutschland insgesamt 68,2 GW Leistung benötigte. Das war der Tag der höchsten Erzeugung aus erneuerbaren Energien, wie auf *Smard.de* zu lesen ist.

Doch gleichzeitig ein Verlustgeschäft, denn plötzlich war zu viel Strom vorhanden, der Strompreis sank ins Minus von 36,71 Euro pro Megawattstunde. Bedeutet: Die Erzeuger müssen drauflegen, damit den Strom jemand abnimmt. Viel Energie aus Wind- und Sonnenanlagen in den Netzen lassen eben die Preise dramatisch sinken. Die gleicht der Stromverbraucher über seine teure EEG-Umlage unter anderem dem Windanlagenbesitzer wieder aus.

Allerdings gab es relativ viel Wind und Sonne nur um die Mittagszeit, bereits am Nachmittag senkte sich die Sonne und ließ die Photovoltaik einbrechen. Derzeit "schläft" der Wind seit

gut zwei Wochen. Nach der Statistik des BDEW lieferten von Januar bis März die Kernenergie 2,4 Prozent mehr, Strom aus Braunkohlekraftwerken um 29,9 Prozent mehr, aus Steinkohle 18,3 Prozent mehr und 15,1 Prozent mehr kamen vom Erdgas. Ohne Kohle- oder Kernkraftwerke wäre nichts gegangen.

Dagegen: Windräder an Land und auf dem Wasser lieferten satte 31 Prozent weniger, also etwa ein Drittel weniger als im ersten Quartal des Vorjahres!

Überdies sind all diese Zahlen nicht viel wert, denn auch abends und nachts sowie bei Flaute - so zumindest bisher die Erwartung - soll Strom zur Verfügung stehen. Speichern, das hat sich mittlerweile herumgesprochen, geht nicht in den notwendigen Mengen.

Den unsinnigen Gedanken, ein Industrieland dann mit Strom aus Wind und Sonne versorgen zu können, wenn der benötigt wird, zeigen die extremen Schwankungen bei den Stromeinspeisungen. Mal ist Strom da, ein paar Stunden später nichts mehr. So schwankte in den ersten fünf Monaten des Jahres 2021 die Produktion von Strom aus Wind und Sonne extrem: von fast null bis hin zu 41,0 GW bei den Windrädern, bei den offshore Windanlagen von 0-7,1 GW. Die Fotonzellen auf Dächern und Feldern lieferten aus dem Nichts plötzlich 36,2 GW, dann wieder null, wenn die Sonne untergeht oder sich Wolken dazwischenschieben.

Zum Vergleich: Der gesamte Stromverbrauch schwankt von 45 GW in Spitzenzeiten bis zu 80 GW. Das bedeutet: Fast die Hälfte des deutschen Stromverbrauches verschwindet mal eben, um dann wieder in die Netze gepumpt zu werden. Welche Belastungen solche Schwankungen auch für Übertragungstechnik bedeuten, kann man sich gut vorstellen. Das bedeutet weiterhin: Hinter jedem Windrad und jeder Solarzelle muß ein konventionelles Kraftwerk stehen, das angeheizt bereitsteht und liefern kann. Das kostet horrenden Summen.

Wind- und Sonnenanlagen sind eben nicht grundlastfähig, und es ist mehr als eine entsetzliche Dummheit, einem Industrieland die Energieerzeugung abzuwürgen. Ein Hermann Albers hat die Stirn, die Windenergie als starken "Stabilitätsanker" zu bezeichnen. Der ist Präsident des Bundesverbandes Windenergie BWE und will an möglichst vielen Windrädern im Land prächtig verdienen. Ob die Energieversorgung dieses Landes klappt, interessiert ihn eher weniger. Genauso wenig wie die mittlerweile intergenerationell gerecht gewordene Ökonomin Claudia Kemfert, die zuletzt bei Lanz (ZDF) einen schnelleren Ausbau der "erneuerbaren Energien" fordert.

Sie ist auch Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen, auf dessen Aussagen sich das Bundesverfassungsgericht bei seinem Skandalbeschluss vom 24. März 2021 ausdrücklich bezieht. Kemfert fordert bei Lanz sogar eine Versechsfachung des Ausbautempos der "regenerativen" Energien. Wie sich dann all die vielen Windräder drehen sollen, wenn Flaute herrscht, erklärt sie nicht. Es fragte sie auch niemand.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2022: >>**Bis zu 241 Meter hohe Windräder - Umstrittener Windpark im Reinhardswald genehmigt**

Mit der neuen Windkraftanlage im nordhessischen Reinhardswald könnten rund 75.000 Haushalte mit Strom beliefert werden

*Sven Pförtner*

Es ist die bisher größte und gleichzeitig umstrittenste Windkraftanlage in Hessen: Im Reinhardswald sollen 18 Windräder gebaut werden. Naturschützer und Anwohner kämpften jahrelang dagegen. Für Umweltministerin Petra Hinz (Grüne) ist der Windpark alternativlos.

Das Regierungspräsidium Kassel hat sein OK gegeben und das bisher größte Windkraftanlagen-Projekt in Hessen genehmigt. Im nordhessischen Reinhardswald bei Bad Karlshafen und Trendelburg - Gottsbüren dürfen insgesamt 18 bis zu 241 hohe Windräder errichtet werden, wie die Behörde am Mittwoch mitteilte.

Mit Rotorblättern von 150 Metern Durchmesser sollen sie rund 300.000 Megawattstunden Energie im Jahr produzieren. Rein rechnerisch könnten damit bei einem durchschnittlichen

Verbrauch von 4.000 Kilowattstunden pro Jahr rund 75.000 Haushalte mit Strom versorgt werden.

Der Energieversorger EAM hatte bereits im August 2020 einen Antrag beim Dezernat für Immission und Strahlenschutz des Regierungspräsidiums Kassel eingereicht. Dem Genehmigungsverfahren "ging ein umfangreiches, hochkomplexes Verfahren voraus", teilte das Regierungspräsidium mit. Mehr als 30 Behörden und Stellen seien daran beteiligt gewesen, um den Immissionsschutz, die Auswirkungen auf Natur- und Artenschutz sowie den Wasser- und Denkmalschutz zu prüfen.

Wie der Windpark-Betreiber - die Energiegenossenschaft Reinhardswald bestehend aus der EAM, vier Kommunen sowie die Städtischen Werke Kassel und die Stadtwerke Eschwege - dem "Hessischen Rundfunk" sagte, sollen nach dem Erhalt der Genehmigung schon vorbereitende Bauarbeiten für das 142 Millionen Euro teure Projekt beginnen. Die Bauzeit betrage etwa zwei Jahre.

### **250 Buchen und mehrere Fichten - "äußerst geringe" Anzahl an Bäumen muß gefällt werden**

Der Windpark soll auf einer Fläche von rund sieben Kilometern im nördlichen Reinhardswald errichtet werden - mit ausreichend Abstand zu den "touristisch wertvollen Bereichen um den Urwald oder den Tierpark Sababurg", wie der Betreiber dem "Hessischen Rundfunk" mitteilte. Für die Windräder müßten laut der Energiegenossenschaft Reinhardswald mit rund 250 Buchen und mehreren Fichten eine "äußerst geringe" Anzahl an Bäumen gefällt werden. Durch Stürme, Dürresommer und den Borkenkäfer sei bereits ein Großteil der benötigten Fläche baumfrei.

Laut der hessischen Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) ist der Windpark alternativlos. Daher habe sie die Weichen für das Projekt gestellt, wie sie zur "Bild-Zeitung" sagte: "Die Windenergie leistet für die Energiewende und damit für den Erhalt der Natur einen entscheidenden Beitrag ... Ohne diese konsequente und engagierte Klimapolitik wird es bald gar keinen Wald mehr geben."

Von Anwohnern und Naturschützern hatte es immer wieder Widerstand gegen den geplanten Park gegeben. Sie befürchten, daß die Windräder den Lebensraum der im Reinhardswald lebenden Tiere bedrohe. Zudem könnte er dem Tourismus schaden.

Bernhard Klug von der "Schutzgemeinschaft Deutscher Wald" sagte zum hessischen Radiosender FFH: "Der Reinhardswald blutet." Man behalte sich rechtliche Schritte vor. Auch die Initiative "Pro Reinhardswald" kündigte an, gegen die Genehmigung des Windparks Klage einzureichen. Laut Regierungspräsidium waren 690 Einsprüche gegen das Vorhaben erhoben worden.

Der Reinhardswald ist mit 20.000 Hektar das größte zusammenhängende Waldgebiet in Hessen. Das Mittelgebirge ist Heimat für u.a. weißes Rotwild, seltene sowie geschützte Käfer- und Fledermausarten, Schwarzstörche und Wildkatzen, Wölfe und Luchse, Wildpferde und Wisente. Bis zu 600 Jahre alte Eichen und Buchen stehen in dem sogenannten "Märchenwald", der die Brüder Grimm zu einigen ihrer bekannten Märchen inspirierte.<<

### **Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 3. Februar 2022: >>Sie versündigen sich am "Märchenwald" der Gebrüder Grimm: 18 Windradmonster, 240 Meter hoch!**

Das "Rotkäppchen" weint, das "Schneewittchen" trauert: Der Reinhardswald im Norden von Hessen, bekannt als "Märchenwald" der Gebrüder Grimm, einer der schönsten und ältesten Kulturwälder Deutschlands, soll durch 18 Monsterwindräder verschandelt werden!

Das Regierungspräsidium Kassel hat das bisher größte jemals im "schwarz-grünen" Hessen beantragte Windkraftanlagen-Projekt ungeachtet aller Bürgerproteste genehmigt: Auf einer Länge von sieben Kilometern sollen die bis zu 240 Meter hohen Monster (so hoch wie der Frankfurter Messeturm) in den Waldboden bei Bad Karlshafen und Trendelburg - Gottsbüren

einbetoniert werden. Die Rotoren haben einen Durchmesser von 150 Metern. Für diesen 18-fachen Irrsinn sollen Jahrhunderte alte Bäume (u.a. Eichen und Buchen) fallen.

### **Bürgerinitiative kündigt Klage an**

Gegen den sogenannten Windpark hatte es jahrelangen Widerstand von Anwohnern und Naturschützern gegeben (insgesamt 690 Einsprüche). Die Menschen in der Region fürchten nicht nur um den Lebensraum bedrohter Vögel wie Schwarzstorch oder Rotmilan und seltener Fledermausarten. Auch der "Märchenwald-Tourismus", von dem die Region im Norden Hessens lebt, bangt um seine Existenz.

STOPPT DIESEN WAHNSINN!<<

### **Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 10. Februar 2022: >>Naturschützer entsetzt - Grimms Märchenwald muß Wind-Industriepark werden - beim Abholzen herrscht Hektik**

von *Annette Berger*

Kaum war die Genehmigung bekannt geworden, wurden auch schon Bäume gefällt. Im Reinhardswald in Hessen haben Naturschützer den Kampf gegen einen Windpark verloren. Vorerst zumindest.

Sieht aus, als sollten schnell Fakten geschaffen werden in Deutschlands derzeit wohl umstrittensten Windpark-Projekt, im Reinhardswald in Hessen, auch bekannt als "Grimms Märchenwald". Mitte vergangener Woche hatte der Regierungspräsident in Kassel die ersten 18 Windkraft-Anlagen auf einem Höhenzug hinter der Sababurg genehmigt. Kurz darauf starteten auch schon die Baumfällarbeiten.

"Ich komme gerade aus dem Wald und bin schockiert", sagte an diesem Mittwoch Oliver Penner vom Aktionsbündnis Märchenland dem *stern*. Die Baumfällarbeiten seien weit vorangeschritten. Das Aktionsbündnis ist eine von mehreren Bürgerinitiativen, die den Bau des Windparks in dem historischen Wald verhindern wollen und bereits seit Jahren dagegen kämpfen.

Die aktuelle Lage rund um das Bäumefällen sei sehr intransparent. Auch, weil es gar keine Gelegenheit gegeben habe, eine eigentlich vorgesehene 14-tägige Frist für Einsprüche zu nutzen, kritisiert der Gegner des Windparks. "Am Tag der Genehmigung hat man mit den Fällarbeiten begonnen." Offenbar sollten schnell Tatsachen geschaffen werden. Gegner des Windparks monieren auch, die Genehmigung sei noch gar nicht rechtskräftig.

### **Naturschützer kämpfen mit neuen Klagen um den Reinhardswald**

Nach Informationen der "Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen Zeitung" hatte die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Ende der Woche gemeinsam mit der Bürgerinitiative Oberweser-Bramwald eine Klage und einen Eilantrag beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht. Das Gericht hatte laut der "HNA" daraufhin gebeten, daß keine Bäume gefällt werden, bis über den Eilantrag entschieden sei. Doch hektisch gefällt wurde trotzdem. Die Windpark Reinhardswald GmbH betonte gegenüber der lokalen Presse sinngemäß, man agiere innerhalb des rechtlichen Rahmens.

Doch die Empörung ist groß in der Region. Dort, wo bislang ein Wald mit teils sehr alten Bäumen steht, der Heimat vieler - auch seltener - Tierarten ist, wird demnächst wohl permanent Baulärm zu hören sein. Es sei die "größte nordhessische Baustelle im Wald", haben Naturschützer Penner und seine Mitstreiter errechnet. Sie erstrecke sich über acht Kilometer Luftlinie. Die Bauzeit werde schätzungsweise zwei Jahre betragen.

Nach Meinung der schwarzgrünen Landesregierung in Hessen ist dieses Projekt jedoch nötig für den - globalen - Klimaschutz. Umweltministerin Priska Hinz von den Grünen hatte den Windpark in der vergangenen Woche gegenüber der "Bild-Zeitung" als alternativlos bezeichnet und gesagt: "Die Windenergie leistet für die Energiewende und damit für den Erhalt der Natur einen entscheidenden Beitrag." Ohne diese konsequente und engagierte Klimapolitik werde "es bald gar keinen Wald mehr geben."

## **Nabu bewertet den Eingriff in die Natur durch Windparks in Hessen als "möglichst gering"**

Schützenhilfe bekommt die grüne Ministerin teils auch von Vertretern der Umweltverbände. So betonte der Naturschutzbund Nabu auf eine Anfrage des *stern*, der Verband habe erreicht, daß zum Ausgleich im Reinhardswald ein mehr als 1.000 Hektar großer Naturwald gesichert und in Kürze als Naturschutzgebiet ausgewiesen werde. "Dort werden künftig gar keine Bäume mehr für die Holznutzung gefällt." In Hessen würden Flächen für Windparks so ausgewählt, daß "der Eingriff in die Natur möglichst gering gehalten wird".

Dennoch - im Reinhardswald dürfen 29 Hektar Wald für den Bau des Wind-Industrieparks gerodet werden. Manche der Bäume sind Medienberichten zufolge an die 200 Jahre alt. Die Planer und Befürworter sagen, es werde nur ein kleiner Teil des Waldes bebaut - und auch nur einer, an dem der Borkenkäfer ohnehin viele Bäume zerstört habe. Umweltschützer kontern, man könne solche Gebiete ja auch aufforsten und müsse sie nicht zubetonieren.

Daß man ausgerechnet ein Naturparadies zerstört oder zumindest nachhaltig schädigt, um etwas für den weltweiten Klimaschutz zu tun, das leuchtet vielen Menschen nicht ein. Wälder gelten als wichtiger CO<sub>2</sub>-Speicher. "Es gibt in der Region viel Protest gegen das Projekt. 90 Prozent der Menschen hier wollen die Windräder nicht", sagte auch Oliver Penner von "Rettet den Reinhardswald".

### **Jedes einzelne Windrad muß genehmigt werden**

Aus Sicht der Naturschützer ist die Sache allerdings noch lange nicht entschieden. Rechtlich gebe es sehr viele Einwände gegen die Windkraftanlagen, von denen jede einzelne geplant und genehmigt werden müsse. Die Gründe reichten von Trinkwasser- bis hin zu Brand- oder Denkmalschutz. Ein Großteil der Anlagen seien aus seiner Sicht nicht genehmigungsfähig, betonte Penner. Auch die Lärmbelastung der Anwohner durch den Bau des Windparks sei ein Thema.

Um den Reinhardswald tobe ein Kampf zwischen Klima- und Naturschutz, beschrieben es manche Medien, nachdem die Entscheidung in der vergangenen Woche bekannt geworden war. Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Windkraft in Deutschland deutlich auszubauen. Weil ein ständiger Streit um die Standorte der ungeliebten riesigen "Spargel" schwelt, weicht man, wie das Beispiel Reinhardswald zeigt, inzwischen auch auf Regionen aus, die eigentlich tabu sein sollten - bewaldete und artenreiche Gebiete in hügeligen Gegenden, die wichtige Rückzugsorte der Natur sind.

Im Gegensatz zum Nabu hält die Deutsche Wildtier Stiftung diese Art der Klimaschutz-Politik für falsch. "Wir kritisieren den Bau von Windkraftanlagen im Wald und anderen sensiblen Ökosystemen", sagte Sebastian Brackhane, der für diese Organisation die Windkraft-Problematik genau beobachtet, dem *stern*. Der Wald - ohnehin in Deutschland inzwischen auf nur noch ein Drittel der Landesfläche geschrumpft - sei ein naturnahes Ökosystem, der durch solche Industrieanlagen nachhaltig geschädigt werde. Gerade im Wald leben viele seltene Vogelarten und auch Fledermäuse, von denen hierzulande alle 25 Arten besonders geschützt sind.

"Beim Reinhardswald haben wir ein in sich geschlossenes, sehr naturnahes, zusammenhängendes Waldgebiet", sagte Brackhane. Zwar argumentierten die Befürworter, daß der Windpark Reinhardswald hauptsächlich auf sogenannten Fichtenkalamitätsflächen gebaut werden soll. "Aber auch diese können sich mit der Zeit und ohne Windkraft wieder zu naturnahen, artenreichen Wäldern entwickeln."

### **Tod durch Windräder: Fliegen Fledermäuse vorbei, platzen ihre Lungen**

Windräder bedeuteten den sicheren Tod vieler Tiere, erklärte der Experte. So würden Vögel beispielsweise durch die Rotoren erschlagen, bei vorbeifliegenden Fledermäusen würden die Lungen durch den von den Windrädern erzeugten Druckunterschied zerfetzt.

Generell sei Windenergie wichtig für den globalen Klimaschutz, betont auch die *Deutsche Wildtier Stiftung*. Die Anlagen sollten jedoch in Gebieten gebaut werden, die ohnehin schon bebaut und versiegelt sind oder landwirtschaftlich intensiv beackert würden, beispielsweise auf Maisfeldern.

Daß die Windindustrie heute teils so stark kritisiert werde, liege auch an ihrem Wandel, schätzt der Experte. Diese Branche sei früher ein Gebiet von Pionieren gewesen, stark motiviert vom Klimaschutz. Mittlerweile sei es eine knallharte Industrie mit finanziellen Interessen.<<

### **Schlußbemerkungen**

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung wird vermutlich ab 2023 die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung nicht mehr funktionieren.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung können die äußere und innere Sicherheit nicht gewährleistet werden.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung wird der deutsche Industriestandort zwangsläufig demontiert und zerstört.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung wird sich der deutsche Industriestandort zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln (Restabwicklung des Morgenthau-Plans).

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung werden wir energiepolitisch von ausländischen Strombezügen abhängig sein.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung können wir niemals den gegenwärtigen Zustand der Unfreiheit beenden und kein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit führen.

Ohne eine stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung sind vermutlich ab 2023 flächendeckende Zusammenbrüche des nationalen deutschen Stromnetzes nicht mehr zu verhindern.

Längere totaler Zusammenbrüche des nationalen Stromnetzes würden sich in der Bundesrepublik Deutschland zwangsläufig zu unfaßbaren Katastrophen entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Die Freisetzung von Radioaktivität könnte zusätzlich ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Angesichts der katastrophalen Folgen von Netzzusammenbrüchen muß der Wiederaufbau einer stabile Grund- und Mittellaststromerzeugung sofort beginnen. Anstatt die Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro aufzurüsten, sollten diese Finanzmittel für den Wiederaufbau der deutschen Stromerzeugung genutzt werden, denn falls es in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente kommt, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nichts mehr zu verteidigen. ...<<

**06.04.2022**

**BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 6. April 2022 (x1.124/...): >>Kritische Richter und Staatsanwälte: Mit Impfpflicht tötet der Staat vorsätzlich Menschen**

Das "Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte" (KRiStA) wendet sich kurz vor der Abstimmung im Bundestag erneut vehement gegen die drohende allgemeine Impfpflicht. In einem offenen Brief appellieren die Juristen eindringlich an die Bundestagsabgeordneten, einen solchen Erlaß nicht zu beschließen. Da es mit Sicherheit zu Todesfällen durch die Impfpflicht komme, töte der Staat vorsätzlich Menschen, um angeblich andere zu retten.

Das verstoße fundamental gegen das Grundgesetz. Die vergangenen beiden Jahre seien schon durch steinbruchartige Verletzungen der Verfassung geprägt. Es falle schwer, die Rechtsrealität noch unter den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu fassen. Hier der Offene Brief im Wortlaut (hl):

"Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages,

mit den Gesetzentwürfen und dem Antrag für eine Impfpflicht gegen COVID-19 liegt vor Ihnen eine historische Abstimmung. Diese will wohlüberlegt sein.

Ihnen werden sich viele Fragen stellen. Weiß ich genug, um fundiert entscheiden zu können? Bringt eine Impfpflicht noch etwas? Ist sie rechtlich zulässig? Folge ich meinem Gewissen oder - vielleicht mit Blick auf die namentliche Abstimmung - der Fraktionslinie?

In rechtlicher Hinsicht sei zusammengefaßt: Die Einführung einer wie auch immer gearteten Impfpflicht mit den neuen COVID-19-Impfstoffen - sei sie auch auf bestimmte Gruppen beschränkt oder auf "Vorrat" - ist mit dem Grundgesetz und bindenden Normen des Völkerrechts nicht vereinbar.

Eine vertiefte Darstellung nicht nur der in diesem offenen Brief angeführten Umstände finden Sie in unserer Stellungnahme an den Gesundheitsausschuß vom 17. März 2022, die den Fraktionen bereits vorliegt und auch auf unserer Website abrufbar ist.

Halten Sie sich bitte die gegenwärtige absurde Situation vor Augen, die noch vor zwei Jahren völlig indiskutabel gewesen wäre: Der Staat will Millionen von Menschen dazu zwingen, sich ein Medikament injizieren zu lassen, welches im Einzelfall schwere Nebenwirkungen haben kann und das bis 2023/2024 noch immer in einer medizinischen Studienphase ist. Man hat noch keine volle Kenntnis über kurz- und mittelfristige und keinerlei Kenntnis über langfristige Nebenwirkungen. Die Entwicklung eines sicheren Impfstoffs braucht sonst mehr als zehn Jahre. Mit den mRNA-Impfstoffen haben wir gar ein völlig neues Wirkprinzip.

Fest steht: Die Impfung verursacht sogar Todesfälle. Die Zahlen sind alarmierend. Das Paul-Ehrlich-Institut verzeichnet in seinem aktuellen Sicherheitsbericht bislang 2.255 Verdachtsfallmeldungen über einen tödlichen Ausgang der Impfung. Kürzlich hat auch das Bundesverfassungsgericht mögliche Todesfolgen in seiner Entscheidung zur einrichtungsbezogenen Nachweispflicht gesehen. Aufgrund der Vielzahl der Betroffenen ist sicher, daß unter ihnen allein wegen dieses staatlichen Zwangs Todesfälle zu beklagen wären.

Rechtlich auf den Punkt gebracht: Mit dem Erlaß dieser Impfpflicht tötet der Staat vorsätzlich Menschen!

Die grundlegende Frage, ob Tötungen von unschuldigen Menschen gerechtfertigt sein könnten, um andere Rechtsgüter zu schützen, hat das Bundesverfassungsgericht mit Blick auf das Recht auf Leben nach Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG in Verbindung mit der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG in seinem wegweisenden Urteil zum Luftsicherheitsgesetz klar verneint: "Eine solche Behandlung mißachtet die Betroffenen als Subjekte mit Würde und unveräußerlichen Rechten. Sie werden dadurch, daß ihre Tötung als Mittel zur Rettung anderer benutzt wird, verdinglicht und zugleich entrechtlicht; indem über ihr Leben von Staats wegen einseitig verfügt wird, wird den als Opfern selbst schutzbedürftigen Flugzeuginsassen der Wert abgesprochen, der dem Menschen um seiner selbst willen zukommt."

Nichts anderes gilt für eine Impfpflicht mit drohenden Todesfolgen. Die Betroffenen werden als Objekt behandelt. In ihnen wird lediglich eine Gefahr für andere gesehen, die es auszuschalten oder zu reduzieren gilt. Eine Impfpflicht mit den gegenwärtig zugelassenen COVID-19-Impfstoffen ist daher mit dem Recht auf Leben nach Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG in Verbindung mit der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG unvereinbar. Die drohenden Todesfälle und der noch immer experimentelle Charakter der neuen Impfstoffe führt auch zur Verletzung von Art. 2, 3, 8 der EMRK und Art. 6, 7, 17 des UN-Zivilpaktes.

Zudem mangelt es grundlegend an der Verhältnismäßigkeit einer Impfpflicht. Unter anderem die Rechte auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG), die Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG) und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1, 1 Abs. 1 GG) wären daher auch verletzt. COVID-19 liegt in der Fallsterblichkeit jedenfalls nunmehr im Bereich der Influenza. Die Impfung verschafft keine Herdenimmunität und reduziert die Infektiosität - wenn überhaupt - nur unwesentlich, bietet also keinen rechtlich relevanten Fremd-

schutz.

Sie schützt weder vor Infektion noch sicher vor schweren Verläufen. Eine systemische Überlastung des Gesundheitssystems hat zu keinem Zeitpunkt der Pandemie vorgelegen und droht absehbar auch nicht in Zukunft. Ohnehin darf ein Gesetz "auf Vorrat" für einen solchen möglicherweise in der Zukunft eintretenden Fall nicht beschlossen werden.

Die vergangenen beiden Jahre sind geprägt durch steinbruchartige Verletzungen unserer Verfassung. Bei unbefangener Betrachtung fällt es schwer, die Rechtsrealität noch unter den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu fassen.

Wir appellieren an Sie: Handeln Sie jedenfalls jetzt nicht ideologisch-aktionistisch, sondern rational und in den Grenzen des Rechts (Art. 20 Abs. 3 GG)! Unsere Nachbarn machen es uns vor.

Berlin, den 2. April 2022

Ihr Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte ...<<

**07.04.2022**

**BRD: Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtet am 7. April 2022 (x1.135/...):**  
>>**Ukrainekrieg: Deutsche Medienlandschaft endgültig im Rausch**

Ein Artikel von *Tobias Riegel*

Deutsche und ukrainische Meinungsmacher aus Medien und Politik entfalten aktuell gemeinsam einen massiven Propaganda-Aufwand, der selbst die Corona-Kampagne übertrifft. Die willige Hingabe vieler Redakteure und Politiker an einen ideologischen Rauschzustand ist gefährlich. Selbst gestandene Medienkritiker - weit davon entfernt, naiv zu sein - müssen angesichts der aktuellen Wucht der Meinungsmache und der geballten Verantwortungslosigkeit in den Redaktionen eingestehen, geschockt zu sein. Ein Kommentar von Tobias Riegel.

Die Erfahrungen der Bürger mit weiten Teilen der deutschen Medien in den letzten Wochen sind erschütternd. Bereits die Steigerung der Meinungsmache während der Corona-Kampagne stellte vieles von dem in den Schatten, was die Bürger von "ihren" Redakteuren ohnehin auszuhalten hatten. Aber seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine ist bei vielen deutschen Redakteuren und Politikern eine nochmalige Entfesselung zu beobachten. Die Corona- und die Kriegs-Aspekte kommen zu den bereits vorher bestehenden sozialen Verwerfungen hinzu.

### **Verrohung und Verantwortungslosigkeit**

Die umfassende und mutmaßlich vorsätzliche Aufladung der deutschen Bevölkerung durch Teile von Medien und Politik mit antirussischer Feindschaft wird mit einer Haltung vollzogen, als gäbe es kein Morgen. Auch dadurch wird eine während der Corona-Kampagne eingenommene verantwortungslose Grundhaltung nun fortgeführt.

Ebenso kann die antirussische Kampagne nun mit ihren verrohenden Tendenzen auf die durch die Corona-Propaganda verstärkte sprachliche Verrohung aufbauen. Der Verweis auf drakonische neue Mediengesetze in Rußland und die Existenz russischer Kriegspropaganda ist bei dem Thema berechtigt, entlastet aber nicht die Journalisten hierzulande. (\*)

Die aktuell praktizierte Verantwortungslosigkeit in vielen Redaktionen hat wahrscheinlich gravierende und langfristige Folgen. Albrecht Müller hat gerade die wichtige Warnung davor ausgesprochen, "weiter in den Rausch der Konfrontation zu verfallen", die aktuelle Meinungsmache werde "die Einstellung zum Verhältnis zu Rußland für lange Zeit prägen, wahrscheinlich für eine ganze Generation".

Zu diesen gesellschaftlichen Gefahren kommen die militärischen. Hinzu kommt die Sinnlosigkeit der Wirtschaftssanktionen: Während die deutschen Sanktionen mutmaßlich keinen Einfluß auf das Leid ukrainischer Bürger haben, können sie potentiell schwere soziale Verwerfungen in Deutschland auslösen.

### **Butscha als fragwürdige Steilvorlage**

Die politischen und medialen Reaktionen auf die noch ungeklärten Vorgänge von Butscha



müssen als unseriös und verfrüht betrachtet werden. Der Wissensstand hat sich seit dem Artikel der NDS-Redaktion zum Thema nicht entscheidend geändert, darum werden wir weiterhin keine Einschätzung der Vorgänge vornehmen. Daran ändern meiner Meinung nach auch die vorgelegten, aber wenig aussagekräftigen Satellitenbilder noch nichts. Und auch (vorerst) nicht die Intervention des deutschen Geheimdienstes beim Thema, denn auch dem BND ist in diesem Fall nicht ohne Skepsis zu begegnen.

Und darum bleibt unser Plädoyer für eine große Zurückhaltung bezüglich Butscha vorerst bestehen: Weil die Vorgänge in Butscha noch nicht geklärt sind, ist jede Propaganda und jede Politik, die auf den noch nicht bewiesenen Schuldzuweisungen gegen Rußland aufgebaut wird, unseriös. Dazu gehören auch Artikel, die Butscha jetzt schon zum "Wendepunkt" stilisieren. Ebenso ist aber die Behauptung einer Entlastung Rußlands im Fall Butscha als unseriös zurückzuweisen.

Von Skepsis gegenüber den ukrainischen Behauptungen fehlt in vielen deutschen Medien oft jede Spur. Es gibt bestimmt positive Ausnahmen, auch in den großen Medien. In der Gesamtwirkung, die auf die Bürger einprasselt, fallen solche Ausreißer aber kaum ins Gewicht. Ich habe zudem keine wirklich konsequent kritische Ausnahme in den großen deutschen "Leitmedien" entdecken können, etwa zum Thema Butscha. Vielleicht ist unseren Lesern etwas aufgefallen?

### **"Sexualisierte Gewalt gehört zur Tradition der russischen Armee"**

Das Problem ist darum ein eher allgemeines: Würde man nun einzelne skandalöse Beiträge aus den letzten Wochen in diesem Text analysieren, so entstünde der falsche Eindruck, diese Beispiele würden negativ herausragen, das ist nicht der Fall: Die Meinungsmache ist großflächig und unentrinnbar. Dennoch folgen hier zur Einstimmung ein paar willkürlich ausgewählte Zitate.

Besonders abzulehnen ist eine Tendenz, nicht mehr nur den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu dämonisieren, sondern indirekt eine Art dunkle "russische Seele" oder gewalttätige Traditionen Rußlands zu suggerieren. So behaupten "Experten" in der "Welt":

"Sexualisierte Gewalt gehört zur Tradition der russischen Armee. Berichte über offenbar systematische Vergewaltigungen ukrainischer Frauen und Kinder durch russische Soldaten häufen sich. Experten sehen darin ein Mittel, das Widerstand brechen und Truppen 'belohnen' soll."

Für Sasha Lobo ist die russische Schuld in Butscha bereits "offenbar". Und im "Spiegel" möchte er diese Schuld der russischen Regierung dann auf eine "Mehrheit" der Russen ausdehnen:

"Daß russische Truppen offenbar derart monströs handeln, enthüllt wohl das Ziel des russischen Überfalls: die Vernichtung der Ukraine. ... Butscha und die propagandistische Reaktion bedeuteten, daß es sich nicht mehr (nur) um einen Angriffskrieg handelt, sondern um einen Vernichtungskrieg. ... Ich halte es gerade aus deutscher Sicht für essentiell, die russische Bevölkerung nicht samt und sonders aus ihrer Verantwortung raus zu entschuldigen, jedenfalls den Putin stützenden Teil. ... Es geht hier nicht um eine Generalverurteilung aller Russinnen und Russen - aber um die Verantwortung der Mehrheit."

### **"Putins hemmungslose Gewalt"**

Es gäbe zahllose weitere Artikel, die scharfe Kritik verdient hätten. Nach meinem Empfinden handeln manche Redakteure noch unverantwortlicher als manche Teile der Politik, die auf mich manchmal einen getriebenen Eindruck machen. Aber hier sollen die verantwortlichen Politiker keineswegs über Gebühr in Schutz genommen werden: Vor allem die grünen Mitglieder der Bundesregierung erzeugen den Eindruck einer radikalen und zielgerichteten Verantwortungslosigkeit.

Außenministerin Annalena Baerbock erklärte angesichts der "unerträglichen Bilder" aus But-

scha laut Medien bereits vor einigen Tagen vorverurteilend: "Putins hemmungslose Gewalt löscht unschuldige Familien aus und kennt keine Grenzen." Als Konsequenz kündigte sie weitere Sanktionen gegen Moskau und zusätzliche "Unterstützung für die Ukraine bei ihrer Verteidigung" an. Im Duktus des Feindmodus gefällt sich Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, die laut Medien sagte: Es gehe aus militärischer Sicht darum, daß Rußland im Unklaren über die Menge und Typen der gelieferten Waffen bleibe und sich nicht darauf einstellen könne:

"Denn der Feind hört nämlich mit", so Lambrecht.

### **Deutsche und ukrainische Meinungsmache**

Zu dem verantwortungslosen Teil der deutschen Medien und Politik kommt seit Wochen die anmaßende ukrainische Meinungsmache hinzu, die etwa der ukrainische Botschafter verbreitet. Zu Andrij Melnyk haben sich die NachDenkSeiten etwa hier oder hier oder hier geäußert. Ausnahmen in dem niederschmetternden Gesamtbild der deutschen Medienlandschaft bilden beim Thema Ukrainekrieg einige Alternativmedien, die "Junge Welt" oder (zum Teil) "Berliner Zeitung" und "Freitag". RT wurde bekanntlich verboten und ist zunehmend schwer zu erreichen.

Das bevorzugte Mittel der aktuellen Propaganda ist (vor der direkten Falschbehauptung) die Verkürzung oder das Verschweigen. Daß man den Krieg Rußlands gegen die Ukraine ohne die Vorgeschichte des Kriegs nicht beurteilen kann, wird in diesem Artikel beschrieben.

Sie haben uns damals "Weißhelme", Bellingcat, die "Syrische Stelle für Menschenrechte" oder "Bana aus Aleppo" als glaubhaft verkauft.

Zu den aktuellen Verfehlungen kommt folgender Aspekt aus der Vergangenheit: Die Medien haben bereits bei ähnlichen Vorkommnissen ihren Ruf verspielt. Wer den Bürgern jahrelang vorgaukelt, daß die "Weißhelme", Bellingcat, die "Syrische Stelle für Menschenrechte" oder "Bana aus Aleppo" glaubhafte Quellen sind, um russische Kriegsverbrechen (in Syrien) zu belegen, denen ist vorerst nicht mehr zu glauben.

Bekannt ist auch, daß die ukrainische Regierung in westlichen Medien nur selten Objekt genauerer Untersuchungen wird, selbst wenn sich Indizien stapeln. So wird die Ukraine etwa bei den Fällen MH17, Maidan-Massaker oder Donbas-Krieg von westlicher Seite erheblich weniger mit Anschuldigungen behelligt, wenn diese überhaupt erhoben werden.

Auch bei den aktuellen Hinweisen auf mutmaßliche ukrainische Kriegsverbrechen reagierte etwa die "Tagesschau" vor einigen Tagen viel zurückhaltender als nun bei Butscha. In dem Fall war das aber richtig: Auch die Videos der ukrainischen Greuel müssen natürlich erst geprüft werden, bevor man mit ihnen Politik und Propaganda gegen Kiew macht. Der Skandal ergibt sich aus der gleichzeitigen und radikalen Ungleichbehandlung der Vorgänge.

### **Der Triumph der Heuchelei**

Unter anderem die "Tagesschau" nutzte aber wenigstens teils die korrekte Einschränkung "mutmaßlich", wenn es um die Vorfälle in Butscha ging. Diese Konzessionen an die eigene Berufsethik ging unter anderem dem Journalisten Philipp Piatov schon zu weit, wie er auf Twitter kundtat. Und die durch ihre "Berichterstattung" vom Maidan restlos diskreditierte Golineh Atai fordert offen die Ungleichbehandlung von Gesprächspartnern, je nach politischer (oder gar geographischer?) Herkunft - schließlich soll der geforderte Nachsatz ja mutmaßlich nur bei Russen angehängt werden:

"Wie oft in den vergangenen acht Jahren haben wir immer wieder davor gewarnt, Kreml-Behauptungen (sprich: LÜGEN) einfach nur wiederzugeben, ohne den Nachsatz: "Das entspricht nicht den bekannten Fakten." Wie oft? Ich kann echt nicht mehr. Ich hab's aufgegeben."

Der hier aufblitzende Aspekt der Heuchelei (etwa angesichts der völlig anders wahrgenommenen US-Verbrechen) durchzieht die Ukraine-Propaganda wie ein roter Faden. Auf den

Punkt gebracht wurde er kürzlich in dem Artikel "Das Völkerrecht ist ein bedeutungsloses Konzept, wenn es nur für US-Gegner gilt".

Summiert man die in diesem Artikel beschriebenen Vorgänge, so kann man Teile des deutschen Medienbetriebs aktuell nur als unseriösen Zirkus wahrnehmen, der sich einem ideologischen Rausch hingibt und sich vollends von den Regeln des eigenen Berufes verabschiedet hat.<<

**08.04.2022**

**BRD: Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtet am 8. April 2022 (x1.134/...):**  
**>>Innenminister freut sich darüber, daß sein Rheinland-Pfalz zum Superziel von Atomwaffen wird**

Ein Artikel von *Albrecht Müller*

Wenn jemand eine Reise tut, dann kann er viel erzählen. So auch der rheinland-pfälzische Innenminister Lewentz, der vor ein paar Tagen von einer USA-Reise zurückkam. Roger Lewentz meint, sein Land habe als Drehscheibe für die Nato-Ostflanke eine "unglaubliche Bedeutungsaufwertung erfahren". Und weiter nach *zeit.de*: "Dies sei sein Eindruck nach Gesprächen mit dem Pentagon, dem State Department und mit für den Militärhaushalt verantwortlichen Kongreß-Abgeordneten in Washington, sagte Lewentz der Deutschen Presse-Agentur in Mainz."

Ich zitiere nach *zeit.de* und versuche anschließend, diese Äußerungen einzuordnen:

Rheinland-Pfalz wird nach Einschätzung von Innenminister (sic!) Roger Lewentz (SPD) als Drehscheibe für die Ostflanke der Nato eine "unglaubliche Bedeutungsaufwertung erfahren". Dies sei sein Eindruck nach Gesprächen mit dem Pentagon, dem State Department und mit für den Militärhaushalt verantwortlichen Kongreß-Abgeordneten in Washington, sagte Lewentz der Deutschen Presse-Agentur in Mainz.

Im Haushalt der US-Regierung für das Haushaltsjahr 2023 seien Investitionen von 506 Millionen US-Dollar in die Militärstandorte Baumholder und Weilerbach vorgesehen. Darüber hinaus seien für die nächsten Jahre Investitionen von mehr als einer Milliarde US-Dollar geplant.

Im Entwurf der Regierung für das Haushaltsjahr 2023 seien 207 Millionen US-Dollar für Baumholder eingeplant, um Wohnungen für Familien und Schulen sowie ein neues Headquarter für eine zusätzliche Stationierung zu bauen. Zu der neuen Einheit machte Lewentz noch keine Angaben.

Weitere 299 Millionen Euro seien für das neue Hospital in Weilerbach vorgesehen. "Das ist das größte Militärvorhaben außerhalb der USA." Der Vertrag mit dem Generalunternehmer sei geschlossen und der Baubeginn voraussichtlich im dritten Quartal dieses Jahres. "Das ganze Bauvolumen ist natürlich deutlich höher. Aber damit ist klar, daß in diesem Jahr gestartet wird."

"Wir haben in den letzten Monaten und Jahren beweisen können, daß man über das Drehkreuz Ramstein, aber natürlich auch mit den großen Nachschubmöglichkeiten aus Kaiserslautern flexibel und schnell verlegungsfähig ist", sagte Lewentz. Dies werde in den USA gesehen.

"Das Zusammenspiel der Standorte in Rheinland-Pfalz funktioniert." Die wichtigsten Standorte seien Spangdahlem und Ramstein für die Luftwaffe (Air Force) sowie Kaiserslautern und Baumholder für die Army. Rheinland-Pfalz sei nach dem Eindruck all seiner Gesprächspartner "die bedeutende Drehscheibe, um das amerikanische Engagement an der Nato-Ostflanke durchführen zu können".

Für die Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), "das 100-Milliarden-Euro-Paket für die Bundeswehr zu packen" gebe es höchste Hochachtung. "Und das bringt uns in eine ganz andere Diskussionskultur als in den letzten Jahren der Trump-Administration", betonte Lewentz. "In Amerika setzt man sehr stark auf ein starkes Deutschland."

Versuch einer Einordnung der Äußerungen des rheinland-pfälzischen Innenministers Roger Lewentz:

Der erste sozialdemokratische Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Rudolf Scharping, führte seinen Wahlkampf im Jahr 1991 unter anderem mit der Forderung: Wir wollen nicht weiter der Flugzeugträger der USA in Europa sein. - Scharping rückte zwar nach einem Besuch in den USA von dieser Einsicht ab. Aber sie war geäußert und bestimmte das Wahlergebnis, also seinen Wahlsieg von 1991 mit.

Die Äußerungen des jetzigen Innenministers (SPD) belegen einmal mehr, wie weit diese Partei inzwischen von ihrer eigenen Friedenspolitik entfernt ist. Sie setzt auf Aufrüstung statt auf Abrüstung, sie setzt auf Politik der Stärke und Abschreckung statt auf Verständigung. Mit der Friedenspartei SPD hat das, was ihre Repräsentanten vom Schläge Lewentz heute sagen, nichts mehr zu tun.

Die Einlassungen sind, wenn man die Bedürfnisse unserer Mitbürger in Rheinland-Pfalz in Betracht zieht, auch ausgesprochen gefährlich und rücksichtslos. Es ist nämlich sonnenklar, daß ein möglicher atomarer Angriff Rußlands, der auf das immer eklatanter werdende militärische und waffentechnische Engagement des Westens im Ukraine-Krieg folgen könnte, zu allererst und mit aller Macht die in Rheinland-Pfalz versammelten militärischen Einrichtungen der USA treffen wird.

Die "unglaubliche Bedeutungsaufwertung", von der der rheinland-pfälzische Innenminister schwärmt, wird nämlich dazu führen, daß seine Landeskinder, ihre Städte und ihre Dörfer die herausragende Zielscheibe russischer Atomraketen sein werden. Das ist eine Sorge, die mich persönlich und unsere Freunde hier in der Südpfalz umtreiben. Wir leben rund 60 km Luftlinie von Ramstein entfernt. Zumindest vom radioaktiven Fall-out würden wir im Ernstfall betroffen sein. Vermutlich von mehr.

Auch den Stolz des Herrn Innenministers auf die zusätzlichen Militärausgaben der Bundesrepublik Deutschland kann ich nicht teilen, auch deshalb nicht, weil wir Deutschen einen Teil der amerikanischen Militärausgaben in Deutschland mitfinanzieren. Der Bund beteiligt sich allein an den Planungskosten des neuen Militärkrankenhauses der USA in Weilerbach mit 151 Millionen Euro.

Die Äußerungen des rheinland-pfälzischen Innenministers sind insgesamt ein weiterer Beleg für den Verfall der friedenspolitischen Ausrichtung unseres Landes. Unabhängig davon, daß es sich hier um Einrichtungen der USA handelt, ist es unglaublich, daß ein deutscher Innenminister so von Ausgaben für das Militär schwärmt, wie das der zitierte Innenminister getan hat.

Von Seiten der Medien gab es nach meinen Recherchen keine kritische Reaktion. Angepaßt und gleichgeschaltet - so die Diagnose. Leider.<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 8. April 2022 (x1.129/...):

### >>**Der Mensch als Maschine - Die materialistische Ideologie der Schulmedizin und ihre Auswirkungen**

Immer mehr Menschen bemerken, daß die zerstörerischen menschlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise mit der herrschenden materialistischen Weltanschauung der meisten Menschen, insbesondere auch mit den einseitigen Theorien der Schulmedizin zusammenhängen.

Für diese reduziert sich der Mensch auf seine stoffliche Körperlichkeit, deren Organe und Funktionen wie maschinell rein aus sich selbst heraus, betrachtet und behandelt werden, abgetrennt von Seele und Geist, die - wenn überhaupt vorhanden - ursächlich nichts damit zu tun hätten. Wenn aber Seele und Geist das eigentliche Wesen des Menschen ausmachen und der Leib nur ihren sinnlichen Ausdruck, ihr physisches Instrument bildet, muß diese Medizin letztlich unmenschlich, zerstörerisch wirken.

## **Die Kritik Prof. Christian Schuberts**

Ein scharfer Kritiker der Schulmedizin, selbst darin gründlich ausgebildet, ist Prof. Christian Schubert, zusätzlich Psychologe und ärztlicher Psychotherapeut, der durch seine langjährigen Forschungen als Leiter des Labors für Psychoneuroimmunologie am Department für Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und Medizinische Psychologie an der Medizinischen Universität Innsbruck zur Erkenntnis vielfacher Zusammenhänge und unmittelbarer Abhängigkeiten der körperlichen Funktionen von seelischen und geistigen Einwirkungen gekommen ist.

In einem Interview mit dem Multipolar-Magazin vom 6. März 2022 zur Corona-Krise nannte er die Schulmedizin unverblümt eine "Maschinen-Medizin", bei der der eigentliche Mensch außen vor bleibe und im Prinzip am Ende nur die "Maschine Mensch" untersucht und behandelt werde. Es seien schwere erkenntnistheoretische Irrtümer der Schulmedizin, den Menschen dualistisch zu sehen, also den Körper von Seele und Geist zu trennen, ebenso reduktionistisch aus der Analyse der kleinsten Bausteine des Lebens das große Ganze zu erklären, was so nicht gehe.

"Dualismus und Reduktionismus sind alte Fehler der Medizin, die schon Jahrhunderte lang nicht korrigiert worden sind. Das zeigt sich bereits im Aufbau des Studiums, das fast nur aus Fächern besteht, die das Stoffliche im Menschen betreffen. Und wenn der Student eingeführt wird in eine Maschinenwelt, dann wird er als Maschinen-Doktor auch so den Patienten begegnen. Wenn er nicht von Beginn an einen anderen Zugang bekommt, erkenntnistheoretisch, dann war es das.

Mit diesen Fehlern trifft die Schulmedizin nun auf die Corona-Pandemie, berät die Regierung und stellt Kollegen, die vorzugsweise aus dem Labor kommen, in den Vordergrund. Diese aber setzen sich in ihrer Forschung meist mit Keimen auseinander und haben das psychosoziale Leben von Menschen überhaupt nicht im Blick. Sie haben es weder gelernt, noch haben sie das Recht dazu - für meine Begriffe - sich hier besonders aktiv in Verantwortung zu bringen.

Denn noch mal:

Wenn Virologen, Infektiologen oder Tiermediziner, oder wer auch immer in Deutschland federführend in der Beratung der Regierung ist, jetzt plötzlich zu soziologischen Themen befragt werden, letztlich Entscheidungen verantworten müssen, die weit über das hinausgehen, was diese Menschen normalerweise erforschen und repräsentieren, dann frage ich mich: Wie kann das passieren?

Das geht nur, wenn man wie in der Schulmedizin dualistisch und reduktionistisch denkt und sagt: Es geht nur darum, den Körper in den Mittelpunkt zu stellen und die kleinsten Bausteine, also das Virus. Der ganze Mensch wird dabei vergessen und auch nicht als wert, wichtig und bedeutsam angesehen. Und das ist in den letzten zwei Jahren in einer erschreckenden Form passiert. Also die westliche Medizin, die Schulmedizin hat sich für meine Begriffe in der Covid-Krise in ihrer menschenentfremdeten Form sehr offenbart und sich damit auch selbst an die Wand geknallt." 1

## **Wahrnehmung und Wissenschaft**

Der erkenntnistheoretische Dualismus, die Trennung des physischen Körpers in seinen Organen und Funktionen von Seele und Geist, setzt diese noch als irgendwie existierend voraus, versetzt sie nur - so wie die Kirchen das Göttliche in ein Jenseits - in ein Abseits des Stofflichen, mit dem es direkt nichts zu tun habe.

Dieser Dualismus steigert sich in der Naturwissenschaft vielfach noch zum materialistischen Monismus, indem die eigenständige Existenz eines Seelisch-Geistigen überhaupt verneint und es nur als Wirkung rein materieller Vorgänge gedeutet wird, das aus diesen wie Rauch aufsteige und mit ihrem Ende im Tode ebenfalls im Nichts verschwinde.

Damit werden die materiellen Stoffe als das einzig Reale gesehen und die Ursachen aller ma-

teriellen Erscheinungen auch wieder nur in materiellen Erscheinungen. Und der Umstand, daß für die Sinne unseres physischen Leibes nur Physisch-Materielles unmittelbar wahrnehmbar ist, führt wie suggestiv zu dem Schluß, daß es auch nur Materie gebe.

Das ist der naive Kurzschluß eines Denkens, das selbst nur als Ausfluß materieller Vorgänge verstanden wird, also keine eigene Substanz hat, und das die Wahrnehmungen der materiellen Welt nur irgendwie registrierend beschreiben und logisch ordnen könne.

So wird wissenschaftstheoretisch überhaupt kein Unterschied gemacht zwischen der wissenschaftlichen Erforschung der anorganischen Natur in Chemie, Physik etc. und der organischen Natur der Pflanzen, Tiere und Menschen.

Da von der unreflektierten Voraussetzung ausgegangen wird, es gebe real nur Materie, werden die Gesetze, wie sie in der toten Natur, im Anorganischen herrschen, auch auf die lebenden Organismen übertragen, obwohl sie dort überhaupt nicht herrschend sind. Das entspringt eben einer unwissenschaftlichen Behauptung, einem Dogma, und nicht einer genauen wissenschaftlichen Beobachtung, die exakt aufzeigt, daß in den Organismen andere Gesetze herrschen als im Anorganischen.

Auch wenn man es überall mit Materie zu tun hat, wird diese in den Organismen gesetzmäßig nicht wie im Anorganischen von außen, durch einen rein materiellen Ursachen- und Wirkungszusammenhang, sondern von innen bestimmt. Kein Geringerer als Goethe hat in seinen naturwissenschaftlichen Forschungen - die er höher einschätzte als seine Dichtungen - die Gesetzmäßigkeiten des Organischen aufgedeckt, und der junge Rudolf Steiner hat sie als Herausgeber von Goethes naturwissenschaftlichen Schriften in Gegenüberstellung zu den Gesetzen des Anorganischen wissenschaftstheoretisch klar herausgearbeitet.

### **Die Gesetze des Organischen**

So beschreibt R. Steiner in genauer Weise: Eine Erscheinung der anorganischen Natur "ist z.B. der Stoß zweier elastischer Kugeln aufeinander. Ist die eine Kugel ruhend und stößt die andere in einer gewissen Richtung und mit einer gewissen Geschwindigkeit auf dieselbe, so erhält jene ebenfalls eine gewisse Bewegungsrichtung und eine gewisse Geschwindigkeit. ...

Wir haben diese Erscheinung begriffen, wenn wir aus Masse, Richtung und Geschwindigkeit der ersten und aus der Masse der anderen die Geschwindigkeit und Richtung von letzterer angeben können; wenn wir einsehen, daß unter den gegebenen Verhältnissen jene Erscheinung mit Notwendigkeit eintreten müsse."

Die sinnlich wahrnehmbaren Vorgänge der unorganischen Natur werden also ausschließlich durch Verhältnisse bedingt, die ebenfalls der Sinneswelt angehören. Eine begriffliche Erfassung solcher Vorgänge ist nichts anderes als eine Ableitung von Sinnenfällig-Wirklichem aus Sinnenfällig-Wirklichem. Sowohl die Ursache als auch die Wirkung gehören der Sinneswelt an. Darin besteht, daß sich Wahrnehmung (Erscheinung) und Begriff decken.

Beim Organismus dagegen erscheinen die für die Sinne wahrnehmbaren Verhältnisse, z.B. Form, Größe, Farbe, Wärmeverhältnisse, nicht bedingt durch Verhältnisse der gleichen Art.

"Man kann z.B. von der Pflanze nicht sagen, daß Größe, Form, Lage usw. der Wurzel die sinnlich-wahrnehmbaren Verhältnisse am Blatt oder an der Blüte bedingen. Ein Körper, bei dem dies der Fall wäre, wäre nicht ein Organismus, sondern eine Maschine. Man muß vielmehr zugestehen, daß alle sinnlichen Verhältnisse an einem lebenden Wesen nicht als Folge von anderen sinnlich-wahrnehmbaren Verhältnissen erscheinen, wie dies bei der unorganischen Natur der Fall ist.

Alle sinnlichen Qualitäten erscheinen hier vielmehr als Folge eines solchen, welches nicht mehr sinnlich wahrnehmbar ist. Sie erscheinen als Folge einer über den sinnlichen Vorgängen schwebenden höheren Einheit. Nicht die Gestalt der Wurzel bedingt jene des Stammes und wiederum die Gestalt von diesem jene des Blattes usw., sondern alle diese Formen sind bedingt durch ein über ihnen Stehendes, welches selbst nicht wieder sinnlich-anschaulicher

Form ist; sie sind wohl für einander da, nicht aber durch einander.

Sie bedingen sich nicht untereinander, sondern sind alle bedingt von einem anderen. Wir können hier das, was wir sinnlich wahrnehmen, nicht wieder aus sinnlich wahrnehmbaren Verhältnissen ableiten, wir müssen in den Begriff der Vorgänge Elemente aufnehmen, welche nicht der Welt der Sinne angehören, wir müssen über die Sinnenwelt hinausgehen. ...

Dadurch aber tritt eine Entfernung von Anschauung und Begriff ein; sie scheinen sich nicht mehr zu decken; der Begriff schwebt über der Anschauung. Es wird schwer, den Zusammenhang beider einzusehen. Während in der unorganischen Natur Begriff und Wirklichkeit eins waren, scheinen sie hier auseinanderzugehen und eigentlich zwei verschiedenen Welten anzugehören."

Die Übertragung anorganischer Gesetze, nach denen nur sinnlich Wahrnehmbares auf sinnlich Wahrnehmbares wirkt, auf den Organismus bedeutet also, ihn als Maschine zu behandeln. Ein Organismus erscheint aber bei genauerer Beobachtung nicht von Gesetzen der Sinneswelt, sondern von höheren, sinnlich direkt nicht wahrnehmbaren Kräften beherrscht, die jedoch in ihren Wirkungen für die Sinne wahrnehmbar sind. Aus der Beobachtung ergibt sich also logisch zwingend, daß diese übersinnlichen Kräfte real vorhanden sein müssen.

### **Phänomenologie der übersinnlichen Wirkungen**

Versuchen wir, in unbefangener Beobachtung die elementare Wirkung dieser übersinnlichen Kräfte rein phänomenologisch aufzuzeigen.

#### **Leben**

Die Pflanze, wie sie uns physisch entgegentritt, besteht aus leblosen Stoffen, die sie aus der umgebenden Natur, also aus Erde, Wasser und der lichtdurchfluteten Luft aufnimmt. Wodurch nehmen diese Stoffe diese jeweilige besondere Gestalt an? - Wir beobachten, wie die Materie in sich ständig metamorphosierende Gestalten und Formen eingebaut wird, vom Samen zum Keim und zum Sproß, der wächst, immer neue Blätter her austreibt, sich zur Blüte entfaltet, Früchte mit neuen Samen bildet und wieder verwelkt.

Niemals können diese Stoffe, die der Schwerkraft unterliegen, eine solche Gestalt annehmen, die gerade der Schwerkraft entgegen nach oben strebt. Es muß hier eine höhere Kraft wirken, die sie entgegen ihrer eigenen Natur in diese Form zwingt, die in einem unaufhörlichen Strom Stoffwechsel, Stoffanwachsung, sprich Wachstum, Fortpflanzung und Absterben bewirkt, also das hervorruft, was wir allgemein als Leben bezeichnen. Und wenn sie verwelkt, müssen sich diese Lebenskräfte zurückziehen, so daß die materiellen Bildungen sich auflösen und die Stoffe wieder in die Umgebung zurücksinken, aus der sie entnommen sind.

Das tote Mineral nimmt überschaubar einen Ort im Raum ein. Die Pflanze erscheint immer nur in jeweiligen Ausschnitten nacheinander in der Zeit. Das Wesen der ganzen Pflanze ist nicht räumlich, sondern nur als eine lebendige Zeitgestalt erfaßbar. Und diese ist wie die Lebenskräfte, die sie vorantreiben, unseren physischen Sinnen nicht wahrnehmbar, sie besteht übersinnlich.

Sie ist bereits in einem Samen unsichtbar vorhanden. Stellen wir uns ein echtes Samenkorn neben einem künstlich hergestellten Korn vor, das chemisch exakt aus den gleichen Stoffen gebildet ist, so daß man äußerlich keinerlei Unterschied feststellen kann. Doch nur aus dem echten Korn der Natur, mit dem die überphysische Lebenskräfteorganisation verbunden ist, wird eine lebendige physische Pflanze hervorgehen.

#### **Seele**

Die Pflanze ist an einen bestimmten Ort gebunden, sie kann sich aus ihren eigenen Lebenskräften heraus unmöglich im Raume fortbewegen. Dazu muß eine noch höhere Kraft hinzukommen, welche die reine Lebensgestalt in eine beseelte Bewegungsgestalt umformen. Bei Tieren tritt zur Lebenskraft eine seelische Bewegungskraft hinzu, die bewirkt, äußere Bewegungsorgane herauszutreiben und einen Innenraum seelischen Erlebens zu bilden, der durch

Sinnesorgane mit der Außenwelt in Beziehung tritt und auf die äußeren Eindrücke reagiert. Eine innere seelische Bewegungskraft formt mit Hilfe der gestaltenden Lebenskräfte physische Bewegungsorgane, um sich den seelischen Intentionen gemäß in der Außenwelt fortbewegen und ausleben zu können. Niemals kann dies aus den anorganischen Stoffen selbst hervorgehen.

### **Tier**

Hier ist eine noch mächtigere Kraft als die Lebenskraft wirksam, da sie diese ergreift und in ihren Dienst stellt, so daß die aus der Außenwelt aufgenommenen Stoffe in eine noch höhere Gestalt gezwungen werden, als es bei der Pflanze der Fall ist. Die Seelenkräfte bilden die Lebenskräfte in eine gegenüber der Pflanze ihnen gemäßige Gestalt um, so daß sie die materiellen Stoffe in eine den seelischen Intentionen folgende physische Leibesgestalt einbauen.

Auch diese höheren seelischen Kräfte sind sinnlich nicht direkt wahrnehmbar, sondern übersinnlicher Natur. Aber sie sind real vorhanden, und wir können sie indirekt in ihren ständigen materiellen Wirkungen beobachten.

Dabei ist auffallend, daß bei der Umbildung der Lebens- in die Seelengestalt die Vertikale der Pflanze nicht aufrechterhalten werden kann. Die seelisch durchdrungenen Stoffe der tierischen Gestalten verfallen in gewisser Weise wieder mehr der Schwerkraft und zwingen sie prinzipiell in die Horizontale.

### **Geist**

Der Mensch nun unterscheidet sich vom Tier durch eine noch höhere Kraft, die zu den physischen, vegetativen und seelischen Kräften der unteren Naturreiche hinzukommt. Sie formt diese so um, daß sie den Körper aus der Horizontalen in die Vertikale, die Aufrechte, erhebt, ihn dadurch weitestgehend den irdischen Schwerekräften entzieht und das Haupt mit seinem Denkorgan sozusagen frei schwebend dem Himmelsgewölbe entgegenhält. Es ist der Geist des Menschen, der sich in dem konzentriert, was wir unser Ich nennen, und der ebenso im Inneren die Seelenkräfte ergreift, um sie immer mehr zu zähmen, zu lenken und zu beherrschen.

Man bewege sich einmal eine Weile auf allen Vieren, um zu erleben, wie der Leib in seiner ganzen Länge den Schwerekräften ausgesetzt ist. Insbesondere der Kopf wird stark nach unten gezogen, es strömt mehr Blut als sonst in ihn hinein, und es ist sehr anstrengend, ihn ständig hoch zu halten. Es wäre eine viel stärkere Nackenmuskulatur erforderlich. Das Denken wird ungeheuer erschwert und abgedämpft. Die Hände können sich nicht mehr frei bewegen, da sie der Stütze und Fortbewegung des Leibes dienen müssen.

Welche Wohltat, wenn man sich wieder aufrichtet. Die Schwerkraft kann jetzt nur noch an den Fußsohlen ansetzen und nach oben wirken, erreicht aber die darüber befindlichen Körperteile nicht mehr direkt, um sie nach unten ziehen zu können. Die ganze Gestalt hat durch die Eingliederung in die Vertikale die Schwerekräfte gewissermaßen überlistet und ihnen direkt nur die kleinstmögliche Körperfläche der Fußsohlen entgegengesetzt.

Und durch das Gehen auf nur zwei Beinen entsteht dieser wunderbare, sich ständig in die Vertikale ausbalancierende schwebende Gang des Menschen. Und die Hände werden vollkommen frei für menschliche Tätigkeiten und Handlungen als Grundlage und Möglichkeit über die Natur hinausgehenden kulturellen Schaffens.

Es ist der größte Aberglaube, daß anorganische, tote Stoffe sich in dieser Weise aufgerichtet hätten und bewegen würden.

### **Gesamtgestalt**

In allen Gestaltungsstufen des Leibes als Pflanze, Tier und Mensch sehen wir, wie die Ursachen für das Wesen der Erscheinungen nicht in den Tiefen der Materie zu finden sind, sondern in übersinnlichen Kräften, die sinnlich nicht direkt wahrnehmbar sind, aber indirekt in ihrer physischen Wirksamkeit erfaßt werden können. Es sind reale Kräfte, die eine je eigene Form



bilden, in die sie die Materie sozusagen wie in ein übersinnliches Netz mit aller organischen Differenziertheit hineinbauen.

### **Mineral, Pflanze, Tier, Mensch**

Rudolf Steiner machte schon 1924 darauf aufmerksam, daß nahezu sämtliche Materie des physischen Leibes alle 7 bis 8 Jahre ausgewechselt sei, was neuere Untersuchungen des schwedischen Stammzellenbiologen Jonas Friséen weitgehend bestätigt haben, der feststellte, daß sich die Zellen des menschlichen Organismus durchschnittlich alle 7 bis 10 Jahre erneuern, wobei allerdings die Erneuerungsrate bei verschiedenen Zelltypen sehr unterschiedlich sei. Die physischen Stoffe des Leibes wechseln also, der Leib bleibt aber derselbe.

Das bedeutet, daß die Materie das Sekundäre ist. Der physische Leib ist nicht der Stoff, denn der wird ständig ausgetauscht, sondern die Form, in die der wechselnde Stoff hineingebaut wird. So gesehen, sind nicht nur das Ich, die Seelen- und die Lebenskräfte als übersinnliche Wesensglieder des Menschen sinnlich unsichtbar, sondern auch der physische Leib als Formgestalt selbst. Nur die ihn ausstopfende Materie wird sinnlich wahrnehmbar. Der ganze Mensch ist im Grunde ein sinnlich nicht sichtbares, übersinnliches Wesen.

### **Gesundheit und Krankheit**

Der physische Körper, in dem uns der Mensch entgegentritt, ist in seiner Gestalt, rein als materieller Stoff für sich genommen, eine Illusion. Er ist so überhaupt nur dadurch möglich, daß er von Lebens-, Seelen- und Geisteskräften durchdrungen ist, welche die Stoffe zu dieser Gestalt aufgerufen und gebildet, in diese Form - entgegen derer eigenen Natur - hineingezwungen haben. Der physische Leib ist Verdichtung und Ausdruck der übersinnlichen Kräfte des Menschen, in dem er als in einem irdischen Instrument wirken kann.

Die Absonderung der Seele und des Geistes vom materiellen Leibe, die Prof. Schubert in dem anfangs zitierten Interview als schweren erkenntnistheoretischen Irrtum der Schulmedizin kritisiert hat, ist nur theoretisch möglich, in der Realität sind sie zu einem Organismus fest verbunden. Ohne diese Verbindung wäre der physische Leib überhaupt nicht vorhanden. Und ihre Trennung von ihm bedeutet in der Realität den Tod, d.h. die Auflösung der Materie, die wieder in ihre eigene Sphäre zurücksinkt.

Gesundheit und Krankheit hängen folglich von dem harmonischen Ineinanderwirken der höheren, übersinnlichen Kräfte ab, welche die physische Organisation konstituieren und ihre Funktionen ständig aufrechterhalten. Betrachtet man den materiellen Körper als eine Maschine, sucht man die Ursachen der Krankheiten jedoch nicht in Störungen der höheren Kräfte, sondern in materiellen Teilen - in denen sie sich natürlich auswirken -, die man dann mit Chemie zu reparieren sucht. In Wirklichkeit hat man aber nur Symptome kurzfristig beseitigt und zusätzlich Nebenwirkungen erzeugt. Die Ursache dagegen besteht fort und wird sich an dieser oder anderer Stelle wieder geltend machen. -

Das ist das zentrale Dilemma der Schulmedizin, die daher im Prinzip nicht heilt, sondern im Dunkeln stochert und pfuscht - mit schweren Folgen. Der Radiologe und Medizinhistoriker Dr. Gerd Reuther, über 30 Jahre als Arzt und Chefarzt in verschiedenen Krankenhäusern tätig gewesen, stellte bissig fest, daß für keine 10 % der Behandlungen solide Belege für deren Wirksamkeit vorlägen. Und bis zu 96 % aller Therapien unterschieden sich kaum von Quacksalberei.

Wer länger in (schul-) medizinischer Behandlung sei, dessen individuelles Krankheits- und Sterberisiko steige. Die moderne Medizin habe reichlich Behandlungen im Gepäck, die schaden und töten können. Ein Patient, der Medikamente einnehme, leide an zwei Krankheiten und müsse sich nicht nur von seiner Erkrankung, sondern auch von seiner Medizin erholen. "So alltäglich Krankheit und Tod infolge ärztlicher Behandlung sind, so wenig präsent ist das Thema unter ihren Verursachern. Eine Monographie über behandlungsbedingte Gesundheitsschäden ist hierzulande nie erschienen."

## **Erkenntnis der übersinnlichen Kräfte**

Nun muß einleuchten, daß es auf Dauer nicht genügt, die drei übersinnlichen Kräfte im Menschen als existierend anzuerkennen und nur indirekt in ihren Wirkungen im Physischen zu beobachten. Man wird dem wissenschaftlichen Anspruch des gegenwärtigen Bewußtseins des Menschen nur gerecht, wenn man sie auch in direkter Weise in ihrem übersinnlichen Wesen und Wirken unmittelbar erforscht, weil erst dann das Zusammenspiel aller Wesensglieder voll zu verstehen ist.

Dies scheint daran zu scheitern, daß wir sie zwar von innen erleben, aber nicht schauend wahrnehmen können, Erkenntnis für das Denken jedoch der konkreten Wahrnehmungen bedarf, die begrifflich durchdrungen werden müssen, um in voller Klarheit in die jeweilige lebendige Realität der Sache vorzudringen.

Wir können sie nicht wahrnehmen, weil wir keine Wahrnehmungsorgane für sie ausgebildet haben. "Es gibt für den Menschen diejenigen Welten, für die er Wahrnehmungsorgane hat", bemerkte Rudolf Steiner lapidar. Sinnlich-Materielles wird mit sinnlichen Organen wahrgenommen, Seelisch-Geistiges kann nur mit seelisch-geistigen Organen wahrgenommen werden.

Und Rudolf Steiner weist darauf hin, daß diese Organe in jedem Menschen veranlagt sind und durch bestimmte seelisch-geistige Übungen allmählich entwickelt werden können, so daß mit ihnen die übersinnlichen Kräfte nicht nur verstandesmäßig erschlossen, sondern direkt beobachtet und beschrieben werden können.

Allerdings muß auch das Denken in differenzierter Begrifflichkeit, logischer Stringenz, Sicherheit und Unabhängigkeit noch in einem viel höheren Maße ausgebildet werden, als es im Irdischen der Fall und ausreichend ist. An den derben Sinneswahrnehmungen kann es sich aufstützen und immer wieder festhalten, während es in der beweglichen, fließenden Welt des Seelisch-Geistigen vollkommen in sich gegründet sein muß und dazu einer stärkeren inneren Kraft bedarf, um sich in dem notwendigen höheren Bewußtsein selbstbewußt halten und zwischen Täuschung und Wirklichkeit unterscheiden zu können.

Aber die Dualität von Wahrnehmen und Denken, die für alle Erkenntnis essentiell ist, wird unbedingt aufrechterhalten und macht diese in das Übersinnliche, Geistige erweiterte höhere Erkenntnis zur strengen Geisteswissenschaft, die mit verschwommenen Mystik und esoterischen Spekulation nichts zu tun hat.

Rudolf Steiner hatte beides, die höheren Wahrnehmungsorgane und klares, scharfes und sicheres Denken, in hohem Maße ausgebildet. Seine Erkenntnisse der höheren Wesensglieder des Menschen liegen der Pädagogik der Waldorfschule und der anthroposophischen Medizin zugrunde. Mit ihnen erfolgreich zu arbeiten, dazu ist nicht erforderlich, daß der Lehrer oder Arzt bereits selbst zu höheren Erkenntnissen gekommen ist.

Es genügt zunächst, die Schilderungen Rudolf Steiners oder fortgeschrittener Schüler mit dem eigenen Denken und Vorstellen zu durchdringen und gleichsam mit ihnen als Hypothesen die Schüler bzw. Patienten zu beobachten. Entsprechen die Schilderungen der übersinnlichen Wesenskräfte der Wirklichkeit, so bewahrheiten sie sich auch in ihren wahrnehmbaren Wirkungen in der physischen Organisation. Denn die Wirklichkeit ist eine Einheit.

Dabei geht es nicht um blinden Autoritätsglauben, sondern um unbefangenes denkendes Durchdringen der behaupteten Erkenntnisse und prüfendes Beobachten. Die Erfahrung zeigt, welch erstaunliche Erkenntnisperspektiven sich immer mehr eröffnen.

## **Fazit**

Die moderne Schulmedizin befindet sich in ihrer materialistischen Einseitigkeit in einer Sackgasse. Sie erfaßt nur den materiellen Leib des Menschen und ignoriert Seele und Geist als die den Leib konstituierenden und gestaltenden übersinnlichen Kräfte. Damit verkommt im Bewußtsein der Mediziner der komplexe Organismus des stofflichen Leibes zur Maschine, und

der eigentliche Mensch geht verloren. Die Medizin bewegt sich illusionär nicht in der vollen Wirklichkeit. Ohne wirkliche Erkenntnis aber stochert sie im Nebel, und ihre Maßnahmen können insgesamt nur zerstörerisch wirken.

Das ist nicht nur ein medizinisches, sondern darüber hinaus ein kulturelles, gesamtgesellschaftliches Problem. Prof. Schubert hat das, wie oben zitiert, so ausgedrückt: "Also die westliche Medizin, die Schulmedizin hat sich für meine Begriffe in der Covid-Krise in ihrer menschenentfremdeten Form sehr offenbart und sich damit auch selbst an die Wand geknallt." Und etwas später weist er in dem Multipolar-Interview darauf hin, wie die Vorstellung der Maschine Mensch in die Realität der Maschine Gesellschaft übergeht.

Wird der Mensch nur als eine rein stoffliche Maschine gesehen, wird auch die Gesellschaft immer mehr wie eine Maschine gestaltet, in der der einzelne Mensch nur ein Funktionsteilchen bildet, dem kein eigener relevanter Wille mehr zukommt. Genau dies erleben wir in der gegenwärtigen Corona-Krise. Sie ist eine Krise der naturwissenschaftlichen, materialistischen Schulmedizin, welche die gesamte Gesellschaft erfaßt hat.

Dies wird später noch genauer zu betrachten sein. Die Zeitereignisse fordern mit aller Macht eine kopernikanische Wende des Denkens, wenn sich die Katastrophen nicht vermehren und weiter verschlimmern sollen.<<

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22187" berichtet am 8. April 2022 (x1.138/...): >>"Chaos Weltgeschichte" - auf den Punkt gebracht

Von Ivo Sasek

Kla.TV-Gründer Ivo Sasek liefert uns hier allerdings einen Gesamtüberblick, der von heute bis zurück ins 15. Jahrhundert reicht - und dies in nur gerade einmal 30 Minuten. Trotzdem bringt er dieses multi-komplexe Völkerchaos für jedermann verständlich auf den Punkt.

Die Völker- und Weltgeschichte - in zigtausend Büchern beredet und zerredet - scheint ein hochkompliziertes Chaos voll undurchschaubarer Ereignisse auf allen Ebenen zu sein. Ich glaube allerdings, daß dieser Schein trügt und daß es möglich ist, dieses multikomplexe, bislang unüberschaubare Völkerchaos in nur wenigen Minuten für jedermann verständlich auf den Punkt zu bringen. Ja, genau das versuche ich jetzt einmal.

Möge meine Kurzdarstellung des Weltgeschehens ihrem Gehalt aber nicht so viel Qualität abringen, wie es die 10-Worte Kurzfassung von Schillers Glocke tut. Das Original jener Meisterlyrik zählt ja immerhin 2.092 Worte und 19 Kapitel. Noch nie davon gehört? Na gut, hören wir uns zuerst einmal diese 10 Worte an, bevor ich sage: Auf zum Turbo-Durchblick über das Weltgeschehen in nur 30 Minuten.

Schillers Glocke in 10 Worten: "*Loch in Erde, Bronze rin, Glocke fertig, bim bim bim*" ...

So schnell kann das gehen. Jetzt aber zur Grundlage:

### 1. Grundlagen

Die Weltpolitik dreht um ein und dieselben Schwerpunkte und Probleme, wie jeder Mensch sie von klein auf kennt, und zwar an sich selber, an seiner Familie, ja, an all seinen Mitmenschen. Und so sieht es aus:

Ausnahmslos jeder Mensch hat ein Ego, IST ein Ego, das zu Recht auf seine Rechnung kommen will - der eine mehr, der andere weniger. Je schwächer oder selbstloser ein Mensch nun aber ist, desto mehr neigen besonders gierige Egoisten leider dazu, ihn zu übergehen, auszunutzen, zu unterwerfen. Nur Böse tun natürlich so etwas. Wenn nun aber im Gegenzug die Schwächeren sich über diese Bösen nur aufregen, sie bloß stammtischartig beschimpfen, verklagen oder in ohnmächtiger Wut gegen sie ausschlagen, sind sie unter dem Strich auch nicht besser.

Ja, das Gros der Übergangenen macht sich sogar ungewollt zu mächtigen Komplizen der Bösen, indem sie ihnen gegenüber schweigend resignieren, sich ängstlich jeder Mitverantwortung entziehen, ... sich den Bösen einfach passiv unterwerfen - man denke nur an die schwei-

gende Mehrheit während der "Corona-Plandemie". All solches ist ebenfalls böse. Aber genauso läuft es in aller Regel und zwar ab dem Elternhaus, so läuft es auf dem Schulhof, später im Geschäft, in der Politik - einfach überall. Die Starken neigen dazu, die Schwachen zu beherrschen - die Schwachen würden aber auch gerne mitreden, finden allerdings den Dreh nicht, wie sie auf legalem Weg dazu kommen.

Noch bevor sie kühlen Kopfes zu ordnenden Instanzen gelangen, brennen ihnen die Sicherungen durch. In irgendeiner Weise verfallen sie selber dem Bösen, allem voran durch kopflose Reaktionen, destruktive Verhaltensweisen - etwa durch bloß tatenloses Stammtischgerede, herzlose Verklagungen, Neigung zur Aufnahme und Verbreitung erstbesten Fehlinformationen, strategielose Aktionen, die mehr der Zerstreuung als der Vernetzung dienen, usw.

Solange also die starken Egos nicht ganz von sich aus selbstlose Rücksicht auf die schwachen Egos nehmen, so daß beidseitig vollste Zufriedenheit herrscht, herrschen halt einfach Unfriede, Spaltung, Machtkampf und Streit. Je unzufriedener die Egos sind, sei es wegen des Zu-Kurz-Kommens des Einen oder wegen des nimmersatten Egoismus des Anderen, desto mehr wächst der Wunsch "selber das Sagen zu haben" in jedem Ego heran. In der Weltpolitik zeigt sich dieser Wunsch in Wahlkämpfen, in Demonstrationen, in Putschversuchen, Regierungsumstürzen, bis hin zu kalten oder heißen Kriegen.

Weil überdies längst auch die wichtigsten Ordnungskräfte keinen Schutz mehr vor dem eindeutig Bösen bieten, sind überall die Sicherungen durchgebrannt, und zwar völkerübergreifend. Längst läßt sich nichts mehr eindeutig in "Gut und Böse" aufteilen, weil im tiefsten Grunde alles böse geworden ist. Fertig also hier Gut, dort Böse! Es gibt, kurz gesagt, längst keine Regierung mehr unter diesem Himmel, die einfach "geschlossen" gut und selbstlos wäre. Keine einzige kommt deshalb als Hoffnungs- und Heilsträgerin für uns in Frage.

Sie alle wurden auf die eine oder andere Art korrumpiert und mit "Bösen" durchsetzt und zwar, weil alle die eigenen Interessen konsequent über die der Gesamtmenschheit gestellt haben - Humanitätsbekenntnisse hin oder her. Als Zwischenfazit halten wir fest: Diese quälenden Dauerspannungen zwischen allen Egos haben längst dafür gesorgt, daß vom Kleinsten bis zum Größten ein jeder "selber das Sagen" haben möchte.

Mikroskopisch betrachtet will darum jeder Mensch im tiefsten Grunde seines Herzens ein kleiner Papst, ein kleiner Präsident, sein eigener Boss usw. - ja, kurzum - ein kleiner "Weltherrscher" sein. Bringen wir es doch hinsichtlich der Weltentwicklung einmal direkt auf den Punkt: Genau darum kann letztlich niemand mit dem Finger auf andere zeigen, weil vom innersten Wesen her alle Menschen gleich sind. Von Kleinkind an fühlt sich jedes Ego erst dann richtig behandelt und frei, wenn es gleichsam selber das Sagen hat.

Mit der Lupe betrachtet sind wir daher alle recht selbstherrlich, ja, gleichsam "kleine Möchtegern-Weltherrscher": Das will daher im tiefsten Grunde auch jede noch so kleine Politpartei oder Bewegung, jede Religion, Ideologie oder Philosophie - heuchlerische Allianzen aller Gattung hin oder her.

Aber auch jede Kirche will das, auch jede Sekte, Umweltbewegung, und nenne was du willst. Alle ticken, mikroskopisch betrachtet, genau gleich, sonst müßten sie sich ja gar nicht erst alle voneinander separieren und ständig daraufhin arbeiten, daß alle Welt sich ihrer besonderen Idee, Ideologie, Partei, Religion oder was auch immer, zuneigt - demütige Selbstdarstellungen hin oder her.

Das Einzige, was den Unterschied zwischen all den Anwärtern auf "das große Sagen" macht, ist der Machtfaktor. Ob nun Jude, Christ, Moslem oder Buddhist, ob nun Links, Rechts oder Mitte orientiert, ob national, international oder global denkend - alle schrauben am Aufstieg ihrer eigenen Macht und würden ausnahmslos sogleich zupacken, wenn sie es denn nur könnten. Die existierenden Machtordnungen sind daher einzig den listigsten Machtstrategien entsprungen, ob nun offen oder verdeckt angewandt.

Und mit diesem Grundwissen sehen wir uns nun die Weltpolitik mit ihren vergangenen, gegenwärtigen und künftigen Machtkämpfen noch einmal etwas genauer an. Das Fazit bis hierher: Nicht einer Nation oder Regierung ist als Ganzes zu trauen! Ob nun Ami, Russe oder Chinese, ob nun EU, Israel, Iran oder Saudis usw. - jede Macht unter diesem Himmel würde am liebsten den Rest der Welt in ihr eigenes Bild umgestalten. Auch das Vereinigte Königreich will das, darum der Brexit.

Unter dem Strich nenne ich dies alles einfach "Streben nach Weltherrschaft" - nur, daß die einen Regierungen diese Anpassung des Restes der Welt an sich selber etwas offenkundiger angehen, so wie etwa die US-Administration, und die andern gehen es etwas verdeckter und listiger an. Es kann daher solange keinen Friedensbringer unter Politikern oder Regierenden geben, wie sie noch alle konsequent ihr Eigenes über das Gesamte setzen - ständiges Demokratiegewusel hin oder her. Kommen wir also zur Frage, welches Ego-Konstrukt gerade die Nase am weitesten vorne hat - und hier ist die Antwort:

## **2. Hauptteil**

Aus der ermüdenden Erfahrung heraus, daß letztlich jede Nation immer nur ihre eigenen Interessen pflegt - mit fairer Politik somit keine Weltherrschaft zu ergattern ist - sagte sich eine kleine Gruppe sehr reicher Mächtigen-Weltherrscher schon in der Mitte des 15. Jahrhunderts insgeheim von jedem Nationaldenken und jeder nationalen Politik, insbesondere unter diktatorischer Führung, los.

Aus dem Untergrund heraus organisierte diese Gruppe zuerst die amerikanische Revolution, bei der sich anno 1763-73 genau 13 amerikanische Kolonien (13!) vom britischen Empire losrissen, sprich von der britischen Weltherrschaft. Im Jahre 1780, also gerade einmal 7 Jahre nach dieser amerikanischen Revolution, gründete dieselbe Gruppe Superreicher einen erweiterten Geheimbund, um ihre Macht über die ganze Welt auszudehnen.

Das war also vor 242 Jahren. Dieser Geheimbund verschrieb sich dem Ziel, sämtliche nationalen Regierungen dieser Erde zu unterwandern, auszuhebeln und zu dominieren; ebenso aber auch sämtliche Massenmedien, Bildungs- und Rechtssysteme, auch alle wesentlichen Gesundheits-, Wissenschafts- oder Religionssysteme usw. - all dies freilich aus dem Verborgenen heraus.

Im Jahre 1789, also nur 8 Jahre nach dieser erweiterten Geheimbundgründung und 16 Jahre nach ihrer amerikanischen Revolution, gelang es ein und derselben Gruppe, die Französische Revolution heraufzubeschwören. Diesmal ging das französische Volk für sie auf die Barrikaden und beendete die Herrschaft von König Ludwig dem 16.

Einem Steppenbrand gleich verbreitete sich jene Revolution dann über ganz Europa. Im Jahre 1917 inszenierten ein und dieselben Geheimbündler aber auch noch die russische Revolution. Über das von ihnen verhetzte russische Proletariat, sprich Arbeitervolk, stürzten sie den russischen Zaren. Schon während diesen angezettelten Revolutionen spaltete sich dieser hochelitäre Geheimbund allerdings in mehrere sich gegenseitig rivalisierende Geheimsekte auf. Diese Geschichte würde hier aber den Rahmen sprengen.

Nur eines muß klar sein: Trotz krassesten Spaltungen und inneren Verfeindungen, auch religiöser Art, wirken diese mittlerweile unterschiedlichsten Geheimbünde noch immer wie eine Krake zusammen - wenn auch nur taktisch dazu gezwungen - denn die Geilheit nach Weltherrschaft ist ihnen allen noch immer gemein. Aber, um deren bleibende Rivalität an nur gerade einmal zwei solcher Abspaltungen zu verdeutlichen: Die US-Administration versucht seit ihrem selbst inszenierten 9/11-Anschlag, den Weltherrschafts-Kuchen ganz an sich alleine zu reißen.

Sie umfaßt derzeit mit ihren Tentakeln (Fremdwörterklärung: Tentakel = Fangarm) Amerika, Europa und einen Teil des Nahen Ostens; eine andere Spaltung der Krake umfaßt mit ihren Tentakeln Brasilien, Rußland, Indien, China, Südafrika, auch BRICS-Staaten genannt usw. Es

gibt aber wie gesagt noch einige weitere dramatische Spaltungen, auch religiöser Art, obgleich diese Geheimbund-Krake nach außen gezwungenermaßen noch immer zusammenhalten muß. Sie arbeiten an ihrer Wiedervereinigung, scheitern aber beständig um ihrer Super-Egos willen. Kern, Kopf dieses krakenartigen Geheimbundes mit all seinen Tentakeln, sprich Fangarmen, war und ist aber noch heute ein und derselbe Kreis superreicher Satansverehrer. Diesen gelang es, ganze Netzwerke von Geheimgesellschaften heranzubilden - einen Sumpf aus Milliarden, Billionären mit ihren Geldinstituten, Industrien, diversen Zweigen organisierter Kriminalität, Geheimdiensten, Religionsführern, Wissenschaftlern, Agenten aller Gattung usw.

Und diese umschlingen mit ihren Krakenarmen nun wirklich jeden Bereich völkischen Lebens, was uns die Corona-Plandemie nur allzu deutlich vor Augen geführt hat: von der Bildung über Ideologie, von der Kultur bis hin zum Gesundheitswesen. Sie umschlingen Massenmedien und Politik genauso wie führende Wissenschaften oder technische Entwicklungen. KI (Fremdwörterklärung: KI = Künstliche Intelligenz) läßt grüßen.

Auch Gesetzgebung und Jurisdiktionen werden von ihren Tentakeln beherrscht. Kurzum: Diese gigantische Krake dominiert die gesamte Weltwirtschaft. Denn als Hauptstrategie zur Unterwerfung aller Nationen setzten diese Hochfinanz-Geheimbündler schon immer auf das Pferd der totalen Kontrolle über den gesamten globalen Geldfluß, sprich Finanzkomplex. Diese noch heute gültige Hauptstrategie fahren sie wie gesagt schon seit Mitte des 15. Jahrhunderts.

Die Sprengkraft ihrer angewandten List liegt in der Zins- und Zinseszins-Politik. Über diese brachten sie mittlerweile fast alle Nationen dieser Erde in ihre totale Abhängigkeit, erstaunlicherweise auch die ganz großen, wie etwa China, Rußland usw. Besonders stark floriert diese Betrugstaktik im Verbund arrangierter Krisen, Katastrophen, Terror-Anschläge, hinterhältig geschürter Kriege usw. Bei Letzteren verkaufen sie jeweils allen zuvor strategisch verhetzten Kriegsparteien ihre Waffen - auf Pump natürlich.

Darum wuchs auch die Abhängigkeit aller Nationen am allermeisten durch deren allseits zinsbelasteten Geldverleih, insbesondere zum Wiederaufbau der zerstörten Länder usw. Mit der Anzettelung der ersten zwei für sie äußerst lukrativen Weltkriege erlangten sie schließlich die totale Kontrolle über fast alle Nationen - und zwar, ich wiederhole, vermitteltst gezielt erzwungener, gewaltiger Staatsverschuldungen. Wer immer sich von der Abhängigkeit dieses Hochfinanz-Geheimbundes befreien wollte, wurde kurzerhand terrorisiert, destabilisiert, geputscht oder in blutige Kriege verwickelt. Einige sind hinten eingeblendet, nur so zur Erinnerung:

1979 Afghanistan

1980 El Salvador

1986 Haiti

1987 Libanon

1990 2. Golfkrieg

1991 1. Irak-Krieg

1992 Somalia

1995 Bosnien

1999 Kosovo

2001 Afghanistan

2003 2. Irak-Krieg

2011 Libyen

2013 Syrien

2014 + 2022 Ukraine

Repetieren wir kurz die Hauptlist dieser Super-Egos, mit der sie sich längst alle Nationen unterworfen und alle Regierungen gefügig gemacht haben: Sie erreichten dies, indem sie alle

Länder auf allen nur erdenklichen Wegen von ihrem Zinsgeld abhängig gemacht haben, mit Vorliebe durch irreparable Staatsverschuldungen. Auf diesem Weg fließt bis dato immer mehr Staats- sprich Volksvermögen direkt in den Besitz dieser globalen Hochfinanz-Geheimbündler. Nahezu alle Staatsführer sind durch "ihre" Staats-Schulden erpreßbar, korrumpierbar geworden, inklusive russischer, chinesischer, saudi-arabischer usw.

Und hier kommen wir zum springenden Punkt: Denn ein und derselbe satanische Hochfinanz-Geheimbund war es, der längst auch den aggressiven Teil des Kommunismus und Sozialismus ins Leben gerufen hat. Warum das, wirst du jetzt fragen. Der Kommunismus ist doch der erbitterteste Feind des Kapitalismus. Doch genau hierin liegt der größte Irrtum - das ist der blinde Fleck schlechthin. Die alle Länder dominierende globale Hochfinanz fürchtet nur einen potentiellen Rivalen und das ist der Mittelstand, sprich die "Kapitalisten der Mittelschicht".

Wenn nämlich viele dieser Sorte in einem Land zu Millionären oder gar zu Milliarden usw. werden, dann verschaffen sie sich dadurch auch große Macht. Und genau diese fürchtet der Hochfinanz-Geheimbund wie der Teufel das Weihwasser. Ein reicher Staat, durchsetzt von Mittelstandskapitalisten, könnte ja die strategisch verursachten Staatsschulden - die ja zwecks Machtübernahme gepusht wurden - über Nacht wieder abbauen.

Was diesen Hochfinanz-Geheimbund also wirklich interessiert, ist allein die Macht - die Errichtung ihrer Herrschaft über sämtliche Nationen - sprich ihre Weltherrschaft. Merkt euch vor allem eines: Die Hochfinanz-Eliten sind darum keineswegs in erster Linie auch noch am Rest allen Geldes dieser Welt interessiert, dies gehört ihnen ja bereits.

Sie wollen die ultimative Macht und unter sich wollen sie ein gefügiges, besitzloses, sprich willfähriges Volk von wehrlosen Sklaven. Genau, wie es ihre kleine WEF-Marionette Klaus Schwab der Weltbevölkerung schon angekündigt hat: Der Einzelne, sprich das Volk, soll schon bald nichts mehr besitzen und sich damit völlig zufriedengeben.

Mit der Errichtung des kommunistischen, sprich Hochfinanz-Weltstaates soll dem Einzelnen keinerlei Macht noch Mitspracherecht oder Recht mehr verbleiben. Die totale Enteignung jedes Erdenbürgers zur Begleichung der allgegenwärtigen Staatsschulden soll dafür bürgen. Nicht Geld also, sondern Macht ist daher das letzte Ziel dieser Weltherrschaftsseite.

Sie nutzte ihr gigantisches privates Kapital schon immer zur strategischen Erreichung ihrer ultimativen Weltherrschaftsvision. Aus keinem zweiten Grund entsandten sie schon immer ihre Agenten unter die arbeitende Klasse, sprich die Proletarier, um diese gegen den Kapitalismus in Stellung zu bringen.

In allen Farben gaukeln sie ihnen noch bis heute vor, was ihnen für ein Glück winkt, sobald diese "Kapitalisten-Schweine" sie nicht mehr ausbeuten können. Mit dieser Propaganda hetzten sie das Proletariat natürlich noch nie gegen sich selber auf, sondern wie gesagt gegen den Mittelstandskapitalismus. Jeder gutgläubige Kommunist sägt daher an dem Ast, auf dem er sitzt.

Den Niedergang des Mittelstandskapitalismus beschleunigt dieser satanische Geheimbund aber auch durch arrangierte Krisen aller Gattungen, so zum Beispiel durch dramatisch vorgegaukelte Klimakatastrophen, Seuchen, Pandemien, Ölkrisen - aber auch durch reale heraufbeschworene Flüchtlingsströme und dergleichen. Besonders die von ihnen inszenierte Coronapandemie führt uns überdeutlich vor Augen, wie sie gerade den gesamten Mittelstand der Erde mit brachialer Gewalt in Richtung Totalverschuldung zwingen.

Verschuldet aber letztlich bei wem? Natürlich bei diesem allgegenwärtigen Hochfinanz-Geheimbund, denn in seinen Händen liegt ja, wie schon gesagt, alles Kapital. Dieser Privatclub hat sich auch längst die Macht erschlichen, grenzenlose Mengen dieses Zinsgeldes aus dem baren Nichts zu schöpfen. Und all dies jeder legitimen Staatsmacht übergeordnet.

Der heute globale digitale Finanzkomplex hat sich mit anderen Worten längst mit ihrem aggressiven Teil des Kommunismus den perfekten Partner geschaffen. Und er läßt durch diesen

Partner den Mittelstand mit ruinieren, dessen Ruinen er alle sogleich einsteckt, während er seinen zum Extremismus verhetzten Partner unablässig weiter nach der totalen Verstaatlichung aller Dinge schreien läßt.

Doch dieser Partner ist völlig blind für die Tatsache, daß jene Hochfinanzsekte unterdessen alle Staaten aufgekauft und sich dadurch bereits selber zur verborgenen Staatsmacht gekürt hat. Darum nennt man dieses satanische Konstrukt unter anderem ja auch "tiefer Staat", weil sie sich als gleichsam verdeckter Staat untergrundmäßig unserer Staaten bemächtigt haben. Noch immer begreifen sehr viele gutgläubige Politiker dieses verdeckte Spiel nicht. Klärt sie bitte darüber auf! Denn der Kampf um die endgültige Machtübernahme geht gerade in die letzte Runde.

Alle widerstrebenden Länder, die immer noch auf Mitspracherecht und Demokratie beharren, werden über die Massenmedien dieser Geheimbünde verunglimpft, als rechtsextremistisch und böse, als antisemitisch und nun zunehmend auch nationalsozialistisch und staatsfeindlich stigmatisiert.

Mit der kürzlichen Ankündigung Chinas und Saudi-Arabiens, sich nun vom Petrodollar abzudocken und den gesamten Ölhandel nur noch über chinesischen Renminbi oder Yuan abzuwickeln, gab die China-Rußland orientierte Abspaltung dieser Krake gleichsam das Signal zur Übernahme ihrer kommunistischen Weltherrschaft. Deren unlängst in China errichteten Geisterstädte, zwecks eigener Weltverwaltung, lassen damit grüßen.

Hier spiegelt sich gerade nichts Minderes als der innere Konflikt der Krake, wie sie gegen ihre abtrünnigen Tentakel der US-Administration kämpft. Diese hat sich, wie schon erwähnt, durch den 9/11-Terrorakt verselbständigt, weil sie die Weltherrschaft in analoger Ego-Manier für sich allein begehrt.

Aber noch etwas spiegelt sich in diesem Szenario wieder: Nämlich die Chance für die Völker, daß sich die Krake selber gegenseitig zerreißt, wie es gierige Piraten nach Beutefang immer wieder getan haben, oder wie es etwa eine harpunierte Muräne tut, wenn sie sich in sich selbst verknötet und unnachgiebig in den eigenen Schwanz verbeißt.

Wer beten kann, der bete, daß sich sämtliche Synapsen dieses Krakenkopfes gegenseitig selber eliminieren. Wenn jemand sagt, "das tut doch niemand!", sag ich: Jeder Mensch weiß es doch im Grunde genommen von sich selber, wie oft man Dinge tut, die man gar nicht will und andere Dinge, die man will, tut man nicht. Das wäre aller Welt von größtem Nutzen, wenn sie sich selber eliminieren.

### **3. Lösungen**

Ich komme zum Schluß zu einem weiteren Lösungsansatz.

Die Menschheit befindet sich derart im Würgegriff dieser machtgeilen Super-Ego-Krake, daß es scheint, einzig ein allmächtiger Gott könne sie noch im Alleingang daraus befreien. Das wird aber niemals so geschehen - zumindest nicht ohne unser aller Mitwirken. Die umschlungene Menschheit wird aber für diese Krake ab genau jenem Zeitpunkt gleichsam selber zur Allmacht Gottes, wo sie sich endlich dazu aufmacht, diese Krake vereint und völlig furchtlos anzugehen und zwar samt all deren Tentakeln.

Wie aber das, fragen wir mit schlotternden Knien? Ganz einfach: Wir haben die Krake ab jenem Moment fest am Haken, wo wir gemeinsam ihre reale Existenz offenlegen und ausreichend ans Licht reißen. Sie verliert ab jener Stunde ihre Macht, wo die betrogene Weltgemeinschaft ihre wahre Gestalt und ihr trügerisches Wirken durchschauen kann.

Es wird sein wie beim Zauberer von Oz: Sobald ans Licht kommt, wie klein und ohnmächtig diese Krake in Wahrheit ist, ja, daß ihr Kopf im Grunde genommen nur gerade aus einer überschaubaren Anzahl von Geheimzirkeln, Geheimlogen und Satanisten besteht, dann ist das Ende ihres Wütens eingeleitet.

Vor allem, sobald deutlich genug ans Licht kommt, daß die Macht der Krake letztlich nur aus



unserer Angst und Panik vor ihr besteht. Wie der Zauberer von Oz hat sie sich nur gleichsam als riesiges Schattenungeheuer aufgebläht und so alle Welt in die Schockstarre vor sich versetzt. Wenn es die Weltgemeinschaft aber, Kla.TV und den freien Aufklärern gleichtut und dabei hilft, noch vollständig Licht ins taktische Dunkel zu bringen, dann platzt der ganze Bluff.

Allem voran, wenn noch restlos ans Licht kommt, wo sich die Fangarme dieser Krake überall an unseren Systemen und Vertrauensleuten festgesaugt haben. Hört mit dem Bloßlegen nicht auf, bis selbst jedes Kind die tiefen Verfilzungen unserer Vertrauensleute zu dieser Krake erkennt.

Verbreitet die Corona-Sendungen von Kla.TV insbesondere an alle Politiker, an all eure Abgeordneten, an alle Mainstream-Journalisten, so viel ihr könnt. Will man eine Krake bezwingen, wird der Kampf mit ihr aber nur um so heftiger, wenn man sich bloß mit einzelnen ihrer Fangarme anlegt. Auf der Stelle wird sie ihre übrigen Tentakel um ihre Angreifer schlingen und zubeißen.

Darum muß du die ganze Krake angreifen. Wird sie nämlich am Kopf erwischt, erlahmen mit ihm auch all ihre Tentakel. Es gilt daher, den in dieser Rede benannten Kopf gemeinsam bis zur letzten Synapse aufzudecken. Kurzum: Sobald diese Verschwörerkreise samt ihren Verfilzungen ausreichend am Licht der Öffentlichkeit sind - und das vereinigte Volk erhebt sich endlich in seiner Macht als Souverän - erlahmt die Krake samt all ihren Fangarmen.

Sprich: Mit den Verschwörern erlahmt z.B. auch der von ihnen instrumentalisierte und daher verfälschte Kommunismus. Würde man sich andererseits bloß mit einzelnen Tentakeln von ihnen anlegen, z.B. mit dem verfälschten Kommunismus, selbst wenn man den gesamten Kommunismus über Nacht beseitigen würde, würde die Krake selbst am Leben bleiben und ihr Unwesen ungehindert weitertreiben.

Mit dem Kopf der Krake aber fallen auch alle von ihr instrumentalisierten Religionen und Ideologien, alle Massenmedien und verfilzten Sicherheitsbehörden, alle Bildungs- und Wissenschaftszweige usw.; mit dem Kopf dieser Weltherrschafts-Krake fallen insbesondere aber auch alle von ihr unterwanderten militärischen Einrichtungen oder alle mit ihr verfilzten Gesundheitssysteme, Bildungssysteme usw.

Insbesondere Big-Pharma mit ihren Plandemien und viele weitere Seelenhändler, die aus den Kraken-geschürten Krisen Billionenprofite schlagen. Am dringendsten also muß die Krake samt all ihren Krisen-Profiteuren vom Licht der Öffentlichkeit gestraft werden, denn sie haben aus ihren zuvor geschürten Kriegen, aus ihren fingierten Klimakatastrophen, Seuchen und dergleichen unfäßbare Mengen Kapital geschlagen. Mögen alle, die sich aufrichtig um Schutz, Heilung usw. bemühen, auch künftig von ihren Bemühungen finanziell profitieren können.

All jenen aber, die uns irgendwelche teuren Sicherheiten und Heilsangebote verkaufen, während sie hinterhältig verfilzt sind mit Dealern von Waffen, Medikamenten, Drogen oder Heilstechnologien irgendwelcher Art, diesen muß ein vom Volk beschlossenes, absolutes Krisen-Profit-Verbot auferlegt werden.

Ein Letztes noch: Wer denkt, daß aufgrund meiner Ausführungen jede Form von Weltherrschaftsanspruch zum Vornherein vom Teufel sei, der irrt. Ich behaupte einmal, diese Menschheit kann nur durch eine Weltherrschaft zu bleibendem Frieden und Harmonie geführt werden. Es braucht eine Gesamtführung. Diese Weltherrschafts-Navigation darf aber weder von einer menschlichen Organisation noch von einem Menschen überhaupt dominiert werden.

Denn wo immer Menschen herrschen, herrscht zerstörerische Diktatur und zwar selbst auch dann noch, wenn diese sich als menschenfreundliche Demokratie und dergleichen tarnt. Wie aber kann die Menschheit unter einer Weltherrschaft funktionieren, wenn diese in keines einzigen Menschen Hand liegen darf? Ganz einfach: Schauen wir auf die Tierwelt mit ihren Fähigkeiten. Die Schwarmintelligenz sämtlicher Schwarmtiere zeigt uns doch, wie es geht.

Sie haben weder Kirchen noch Kathedralen, sie kennen keine Universitäten, keine Büchereien oder Lehrstühle - und doch weiß jedes Individuum haargenau, was es wann und wie zu tun hat. Ja, wo es was genau und wie viel es sich in die Gesamtheit einzubringen hat. Die Menschheit lebt seit je, wie die Tierwelt auch, inmitten ganz natürlicher Navigationsfelder, Navigationskräfte und -fähigkeiten. Aber sie sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht.

Wir sind mit unseren eigenen Überlegungen noch nicht fertig geworden. Wir kreisen um uns selber, übergehen daher in aller Regel die zahllosen Impulse unseres natur-, sprich gottgegebenen inneren und äußeren Navigationssystems. Weil wir um diese unsere Veranlagungen längst nicht einmal mehr wissen, funktionieren wir auch nicht mehr richtig.

Diese ganze Problematik hier auszubreiten ginge allerdings zu weit. Wer mehr darüber wissen will, kann sich gerne auf den Webseiten von *sasek.tv* oder *ocg.life* darüber informieren. Wie sehr die Krake genau diese Form des völkischen Zusammenlebens fürchtet, könnt ihr übrigens an unserer jahrzehntelangen Verfolgung durch sämtliche ihrer Massenmedien usw. ablesen.

Denn wir leben schon seit vielen Jahren mit tausenden Menschen in diesen vollkommenen Navigationsfeldern - und sie funktionieren in absolut göttlicher Präzision, wenn wir uns nur getreu an ihre allgegenwärtigen, unverkennbaren Frequenzen des tief verbindenden Friedens miteinander halten. Wir zeigen euch gerne, wie das geht - unentgeltlich, versteht sich.

*Ich bin Ivo Sasek, der seit 45 Jahren vor Gott steht.<<*

**16.04.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. April 2022: >>"Freimaurer haben die Kirche gekapert"**

Interview mit Bischof *Williamson* (Teil 1)

Der traditionalistische Bischof Richard Williamson zählt zu den schärfsten Kritikern des amtierenden Papstes. So offen wie der frühere Pius-Bruder spricht keiner die Machenschaften der Loge an. Lesen Sie, wie die Freimaurerei in die Mauern des Vatikans eingedrungen ist - und welchem Zweck das dient.

*\_ Walter Tributsch im Gespräch mit Bischof Richard Williamson:*

Exzellenz, der 2013 zum Papst der katholischen Kirche gewählte Jorge Bergoglio, ist nun neun Jahre im Amt. Wie erfüllt er Ihrer Meinung nach die Pflichten eines Oberhirten der katholischen Gläubigen?

*Richard Williamson:* Überhaupt nicht gut! Schon seit der Gründung der Freimaurer in London 1717 war es ihr Zweck, die Katholische Kirche zu unterwandern und zu zerstören. Sie verfolgen dieses Ziel seit ihrer Gründung vor 300 Jahren mit aller Vehemenz. Das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) bedeutete einen großen Schritt nach vorn für die Freimaurer.

Katholische Kirchenleute entpuppten sich als eingeschleuste Maurer, die die Kirche befallen hatten. Sie veränderten das geistige Zentrum und legten die Betonung, die früher auf Gott gelegen hatte, auf den Menschen, und im Besonderen auf den modernen Menschen. Wie aufrichtige Gläubige schnell erkannten, war das Ergebnis eine völlige Veränderung der Kirche.

Gott aber ändert sich nicht, ebenso wenig seine Kirche, insofern ist sie natürlich göttlich und nicht nur menschlich. Die Kirche ist für Menschen, die sich ständig ändern, sie ist aber von Gott, der sich niemals verändert. Und genau aus diesem Grund ist Tradition die Essenz der wahren Katholischen Kirche. Deshalb mußte auch der "Wechsel zum Menschen" (die "Apostolische Wende") des Zweiten Vatikanums dazu führen, daß die Kirche zerstört wurde. Ähnlich wie die Sonne das Eis zerstört. Das ist einfach die Natur der beiden Elemente.

Leider glaubt Jorge Bergoglio absolut an die Gleichschaltung der Kirche mit der modernen Welt. Wenn er selbst kein Freimaurer ist, teilt er zumindest deren vernichtende liberale Ideen. Er wurde von den Freimaurern gewählt, um das zu tun, was er getan hat.

*Walter Tributsch:* Besonders bemerkenswert an diesem regierenden Papst ist der generelle Umschwung in den meisten Medien der Welt. Er wird, was in den letzten Jahren für Päpste

nicht üblich war, durchwegs positiv dargestellt und seine Handlungen als reformatorisch geschildert.

*Richard Williamson:* Das ist, weil genau jene Feinde von Jesus Christus und seiner wahren Kirche auch jene sind, die hinter den Freimaurern und einem großen Teil der Medien dieser Welt stehen. Das Fernsehen und die Zeitschriften befinden sich fast alle in den Händen dieser Feinde Gottes. Es ist daher völlig normal, daß diese Medien eine große Rolle darin spielten, das Zweite Vatikanum zu promoten und Jorge Bergoglio zu unterstützen, der offensichtlich selbst der revolutionärste Papst seit Vatikan II ist.

*Walter Tributsch:* Einzelne Handlungen des neuen Oberhirten haben den Anschein, daß die Position des Papstes geschwächt werden soll. Haben auch Sie diesen Eindruck?

*Richard Williamson:* Ja, und was könnte normaler sein, wenn man sein Verhalten heranzieht, das den Eindruck vermittelt, er würde die katholische Tradition hassen. Die Kirche wurde von unserem Herrn Jesus Christus als Monarchie entworfen und nicht als Demokratie, weil sich die Demokratie schon per Definition an das Volk richtet oder an die Person.

Eine Einzelperson ist viel besser geeignet, sich an Gott in einer überzeugenden und dauerhaften Art zu orientieren als eine Gruppe von Menschen, wie fromm diese auch sein mögen. "Petrus, du bist der Fels auf dem ich meine Kirche errichte, und die Mächte der Unterwelt werden sie nicht überwältigen." Leider verstehen die Freimaurer diese Wahrheiten viel besser, um sie zu unterminieren, als die Katholiken sie verstehen, um diese Wahrheiten zu verteidigen.

*Walter Tributsch:* Damit wird aber doch auch ein wesentliches Merkmal der katholischen Kirche untergraben, oder könnten hier andere Überlegungen eine Rolle spielen?

*Richard Williamson:* Das Papsttum zu untergraben ist, wie die Amerikaner sagen würden, "the name of the game". Das bedeutet, genau das beabsichtigen die Freimaurer und ihre Handlanger: Personen, Einrichtungen oder Dinge, die katholisch sind, sollen nach dem Willen dieser Feinde Gottes beseitigt werden. Diese verwünschten menschlichen Wesen wollen auch die letzte Spur von Jesus Christus aus dieser Welt verschwinden lassen. Sie wollen den allmächtigen Gott vertreiben, um selbst seine Stelle einzunehmen.

*Walter Tributsch:* Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die unübliche Konstellation mit zwei Päpsten. Wie kann man die Rolle des emeritierten Papstes aus Ihrer Sicht beurteilen? Sehen Sie da noch einen Einfluß im Hintergrund auf das kirchliche Bestehen?

*Richard Williamson:* Gott ist weise genug um auch den Teufel dazu zu bringen, Gottes Arbeit zu tun. Es war wohl auch die Absicht seiner Feinde, die Kirche dadurch zu unterlaufen, indem sie das Papsttum gespalten haben, wobei Gottes Gründe, diese Zweiteilung zuzulassen, offenbleiben.

Sollte sich zum Beispiel schließlich herausstellen, daß Jorge Bergoglio eigentlich nie Papst gewesen ist, sondern lediglich ein Gegenpapst, wäre trotzdem der Heilige Stuhl in Rom nie vakant gewesen und Gott hätte damit auch nie auf seinen Stellvertreter verzichtet. Nach der unvermeidlich kommenden Strafe wird sich aber der Staub verflüchtigen und wir werden erkennen können, was Gott auf lange Sicht hin gemeint hat. ...<<

**18.04.2022**

**BRD:** Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. April 2022: >>"**Freimaurer haben die Kirche gekapert**"

Interview mit Bischof *Williamson* (Teil 2)

Der traditionalistische Bischof Richard Williamson zählt zu den schärfsten Kritikern des amtierenden Papstes. ...

\_ *Walter Tributsch* im Gespräch mit Bischof *Richard Williamson*

*Walter Tributsch:* Wenn der Rücktritt Benedikts nicht aus den angegebenen gesundheitlichen Gründen erfolgt ist, was war dann Ihres Erachtens das eigentliche Motiv für diesen Rücktritt?

*Richard Williamson:* Persönlich glaube ich, daß er gezwungen wurde, zurückzutreten. Und

zwar von den Mauern, die derzeit den Vatikan kontrollieren, und über den Vatikan auch die Kirche.

*Walter Tributsch:* Es wurde kürzlich von Julia Meloni in ihrem Buch "The St. Gallen-Mafia" die Behauptung aufgestellt, zwischen Kardinal Ratzinger und dem Mailänder Erzbischof Martini hätte es 2005 eine Absprache gegeben, die Ratzinger zum Papst machte, aber auch einen vorzeitigen Rücktritt Benedikts zum Inhalt hatte. Ist Ihnen etwas derartiges bekannt bzw. halten Sie so etwas für möglich?

*Richard Williamson:* Möglicherweise war der Rücktritt Benedikts im Einklang mit einem Abkommen, das mit den Mauern getroffen wurde, als er 2005 zum Papst gewählt worden war. Etwa in der Form: "Du wirst Papst für ein paar Jahre und dann machst du Platz für einen Nachfolger."

Wer weiß schon, auf was alles die Schurkerei der Maurer Rücksicht nimmt, um Gottes eigene Kirche loszuwerden. Gott allein weiß das und diese Schurken werden seinem Urteil und seiner Verdammung nicht entkommen. Wir, mit unserer menschlichen, beschränkten Sichtweise werden das wahre Ausmaß erst beim Jüngsten Gericht am Ende der Welt in Erfahrung bringen.

*Walter Tributsch:* Glauben sie wirklich, daß so ein Abkommen zwischen jenen, die die Kirche zerstören wollen und Kardinal Ratzinger beim Konklave 2005 möglich war?

*Richard Williamson:* Erzbischof Lefevre (1905-1991), ein großer Mann Gottes, pflegte seinen Seminaristen mitzuteilen, daß wir nur einen kleinen Bruchteil der Bosheit kennen, die dauernd in Rom, in Gottes Vatikan, der von seinen Feinden kontrolliert wird, ihr Unwesen treibt. Seit dem Vatikanum II hat Rom kaum mehr das Ansehen als das Verwaltungs-Zentrum der Katholischen Kirche. Das war der Wendepunkt in der modernen Geschichte der Kirche, an dem die Helden zu Schurken wurden und die Schurken zu Helden. In so einem Rom ist jede Schurkentaat möglich.

*Walter Tributsch:* Ist die Kirche nicht auch insofern in einem Dilemma, als ihre Vermögenswerte und ihre Zentralverwaltung zwar im zunehmend abfallenden Europa, sowie in Nord- und Mittelamerika liegen, während das Wachstum nahezu ausschließlich auf Afrika und der Dritten Welt beruht. Wie gelingt Bergoglio dieser Spagat?

*Richard Williamson:* Die Antwort muß in diese Richtung gehen, daß Bergoglio einen erheblichen Anteil am Abstieg der Kirche in Europa und den USA hat. Dort, zu beiden Seiten des Atlantiks wird das Terrain für den Abstieg des Christentums durch den Liberalismus der Freimaurer erheblich begünstigt.

Wenn die Kirche nun unter "weniger begünstigten Rassen" in der ganzen Welt gedeiht, dann ist das nicht wegen der angesprochenen Schurkerei, sondern weil diese Rassen über viele Jahrhunderte hinweg nicht der Korrosion des Liberalismus ausgesetzt waren, wie es im Westen der Fall war. Die Natur und der Hausverstand wurden in den unterentwickelten Ländern nicht so verdorben, was ihnen ermöglicht, für das Christentum viel geeigneter zu sein. Allerdings wird ihre vergleichsweise noch vorherrschende Unschuld nicht lange anhalten, wenn diese Völker weiterhin den Westen imitieren wollen.

*Walter Tributsch:* Ist der klassisch-traditionelle Katholizismus mitteleuropäischer Prägung auch in Afrika und Südamerika salonfähig, oder ist die Auflösung grundkatholischer Strukturen zugunsten einer befreiungstheologischen Barmherzigkeitsideologie à la Franziskus für diese Länder unabdingbar?

*Richard Williamson:* Die Frage hat zwar eine Bedeutung, ist aber irreführend gestellt. Auf der einen Seite kann man natürlich fragen, ob "unterentwickelte" Völker eher von einer einfacheren und emotionaleren Form des Katholizismus angesprochen werden. Auf der anderen Seite ist es irreführend, weil es nur eine Form des wahren Glaubens, seiner Lehre und seiner Handhabung gibt. Eine mitteleuropäische Prägung ist daher nicht auf Europa beschränkt. Sie kann

sich von Europa aus auf die ganze Welt hin ausgebreitet haben, grundsätzlich ist sie aber universell, von ihrer Natur aus und ihrer Anwendung.

Die Afrikaner können Gregorianische Lieder mögen und sie auch gut singen. Genauso sind die Grundpfeiler des Katholizismus, insbesondere Gott, die heilige Jungfrau, der Teufel etc. etc. unter allen Menschen universell wie die menschliche Natur. Von dem Augenblick an, an dem jemand die Gnade des wahren Glaubens hat, weiß er auch, daß "eine Größe jedem paßt", egal ob sie europäisch ist oder nicht.

Seit die neue Religion von Vatikan II sich auf den Menschen konzentriert, kann die Idee aufkommen, daß der Katholizismus sich besser für "Unterentwickelte" eignen würde, wenn er sich weniger auf Gott konzentrierte als auf Liberalismus und marxistische Gleichmacherei. Dabei fühlen sich solche Völker aber beleidigt, wenn sie erkennen, daß ihnen eine "Bergoglianische" Abwertung des wahren Glaubens serviert wird.

*Walter Tributsch:* Gibt es eine Chance für eine "Gegenreformation" in Europa und eine Wiedererstehung des katholischen Glaubens, nachdem die Bestrebungen der Kirche heute offenbar auf den Ländern der Dritten Welt ruhen? Was wäre da Ihr Rezept?

*Richard Williamson:* Wie ich schon sagte: Es gibt keinen europäischen Glauben und keinen außereuropäischen. Es gibt nur einen katholischen, und jede Abweichung davon in Lehre und Praxis ist nicht katholisch. Andererseits gibt es eine Vielzahl falscher Doktrinen und unmoralische Praktiken. Nirgends unter der Sonne gibt es für diese die Möglichkeit die wahre Kirche wiederzubeleben.

*Walter Tributsch:* Bedeutet das dann, daß die Kirche im Westen zum Untergang verurteilt ist?

*Richard Williamson:* Wenn es davon abhängt, Menschen zu widerlegen, dann ja! Die Fehlentwicklung verschwindet nur, wenn alle Lügen letzten Endes vernichtet werden. Die wahre Kirche hängt von Gott ab, nicht von den Menschen.

*Walter Tributsch:* Wie aber soll Gott die Kirche wiederbeleben?

*Richard Williamson:* Die heilige Jungfrau hat uns das in Akita in Japan im Oktober 1973 gesagt. Es ist auch die beste Art dieses Gespräch zu beenden: Betet den Rosenkranz!

*Bischof Richard Nelson Williamson (\*1940) wurde 1988 vom emeritierten Erzbischof Marcel Lefebvre (Priesterbruderschaft St. Pius X.) gültig zum Bischof geweiht und zog sich deswegen die Exkommunikation als Tatstrafe zu. 2009 wurde die Exkommunikation durch Papst Benedikt XVI. aufgehoben, was wegen Williamsons Ansichten zu bestimmten zeitgeschichtlichen Vorgängen Kontroversen nach sich zog. 2012 schloß ihn die Pius-Bruderschaft wegen Ungehorsams aus.*

*2015 und 2016 weihte Williamson unerlaubt zwei Geistliche zu Bischöfen, was zu einer erneuten Exkommunikation durch Papst Franziskus führte. Dieses Interview erscheint zuerst bei "Zur Zeit" und wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen.<<*

**21.04.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 21. April 2022: >>Klartext im russischen Fernsehen: "Deutsche sind Kanonenfutter im Wirtschaftskrieg"**

Die Sanktionen gegen Rußland schaden der EU enorm, dennoch arbeitet man in Brüssel schon am sechsten Sanktionspaket. Vor allem die deutsche Wirtschaft soll wohl nurmehr als Kanonenfutter im Wirtschaftskrieg dienen. Wie tickt Putin? Wie funktioniert das von ihm regierte Land? ... \_ von *Thomas Röper*

In der EU wächst der Druck, auch Öl und Gas aus Rußland zu sanktionieren. Außerdem herrscht noch keine Einigkeit, ob man auf die russischen Forderungen, Gas in Rubel zu bezahlen, eingehen soll. Zumindest die EU-Kommission hat schon mitgeteilt, in einem Eingehen auf die russischen Bedingungen einen Verstoß gegen die Rußland-Sanktionen der EU sehen

zu wollen. Im wöchentlichen Nachrichtenrückblick des russischen Fernsehens hat der russische Deutschland-Korrespondent die Probleme Deutschlands schonungslos beim Namen genannt. Da es immer interessant ist, wie in Rußland über die politische Lage in Deutschland berichtet wird, habe ich den Beitrag des russischen Fernsehens übersetzt.

Beginn der Übersetzung: Die Europäer sind immer noch unschlüssig, ob sie das russische Gas in Rubel bezahlen sollen. Zu sehr sind sie damit beschäftigt, ein neues, sechstes Sanktionspaket gegen Rußland zu erfinden. Nicht einmal die Proteste, die Verarmung der eigenen Bevölkerung, der rasante Anstieg der Preise für Heizung, Benzin und Lebensmittel können sie aufhalten.

### **Kein Rubel, kein Gas**

Moskau hat unumwunden erklärt: Wenn nicht in Rubel gezahlt wird, gibt es kein Gas. Bislang haben sich nur wenige europäische Länder bereit erklärt, das Gas in Rubel zu bezahlen und ihre Wirtschaft nicht zu zerstören. Das sind Ungarn, Bulgarien, Moldawien, Serbien und Armenien.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) erträgt die Beschimpfungen des ukrainischen Botschafters Andrej Melnyk bislang mit stoischer Ruhe.

Wofür hat man Steinmeier so beleidigt? Seit Dienstagabend, als bekannt wurde, daß der deutsche Bundespräsident nicht nach Kiew reisen darf, analysieren deutsche Politiker und Medien die Gründe für die diplomatische Demarche. Steinmeier selbst hat sich dazu nicht geäußert, er hat sich auf die Fakten beschränkt. Er äußerte:

"Mein Kollege und Freund, der polnische Präsident Duda, schlug neulich vor, daß wir gemeinsam mit den Präsidenten Lettlands, Litauens und Estlands Kiew besuchen und ein Zeichen der europäischen Solidarität mit der Ukraine setzen sollten. Ich war bereit, aber offenbar muß ich zur Kenntnis nehmen, daß dies nicht im Sinne Kiews war."

Womit hat er, der Taufpate des derzeitigen ukrainischen Regimes, seine Schützlinge verärgert? Man hat sich an Steinmeiers Befürwortung von Nord Stream 2, an seine Kontakte zu Moskau und an die auf seinen Namen lautende Steinmeier-Formel erinnert, mit der das in Kiew verhaßte Minsker Abkommen umgesetzt werden sollte.

### **"Beleidigung, die keiner Seite hilft"**

Selbst der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz äußerte:

"Diese Beleidigung, die einen politisch-historischen Hintergrund hat, interpretiere ich als eine emotionale Reaktion der ukrainischen Führung, die keiner Seite hilft."

Andererseits hätte es Selenskyj kaum gewagt, Deutschland zu beleidigen, ohne Washington - direkt oder indirekt - zu konsultieren, wie die Mitwirkung Polens an der Provokation zeigt. Und natürlich war das eigentliche Ziel nicht Steinmeier, sondern sein Parteilfreund Olaf Scholz. Der deutsche Bundeskanzler will nicht in den Krieg ziehen und wenn man dem EU-Chefdiplomaten Borrell glauben darf, dann definiert Europa den Prozeß, in den es in der Ukraine verwickelt ist, ohne Euphemismen und Halbtöne für sich selbst als Krieg.

### **Die Rebellion der Waffenfreunde**

Der erste Vorwurf gegen Scholz lautet, daß er keine schweren Waffen in die Ukraine schicken will. Der Konzern Reinmetall hat beschlossen, sich etwas dazu zu verdienen, und erwies dem Bundeskanzler einen Bärendienst, indem er der Welt verkündete, daß er fünf Dutzend veraltete Leopard 1-Panzer und etwa 60 ebenfalls uralte Marder-Schützenpanzer auf Lager habe und daß diese Geräte noch eingesetzt werden könnten. Diese Nachricht hat bei den Koalitionspartnern, die von Scholz grünes Licht für die Lieferungen verlangen, für große Aufregung gesorgt. Der Spiegel bemerkte dazu:

"Der Kanzler steht wegen seiner zurückhaltenden Ukraine-Politik zunehmend unter Druck - in Brüssel und in Berlin. In der Koalition ist eine Rebellion ausgebrochen. In den Reihen der Partner des schweigsamen und äußerst schwachen Regierungschefs wächst das Unverständ-

nis."

Und Anton Hofreiter, Vorsitzender des EU-Ausschusses im Bundestag, bemerkte:

"Wir beschädigen unseren Ruf in den Augen aller unserer Nachbarn. Wir müssen endlich damit beginnen, die Ukraine mit dem zu versorgen, was sie braucht, nämlich auch mit schweren Waffen. Und Deutschland muß aufhören, das Energieembargo zu blockieren, insbesondere bei Öl und Kohle."

### **"Flugverbotszone würde Grenze überschreiten"**

Die deutschen Grünen waren so aktiv, daß im Laufe der Woche tatsächlich Gerüchte aufkamen, daß Deutschland im Begriff sei, Ausrüstung in den Donbass zu schicken, zumal sich tatsächlich Militärtransporte irgendwohin in Richtung Osten bewegten. Der Gouverneur der Region Mykolajiw twitterte aufgeregt, daß deutsche Panzer wieder durch die Ukraine rollen und auf die Russen schießen würden. Aber das Gerücht hat sich nicht bestätigt: Die Bilder, die den ukrainischen Politiker so sehr beflügelt haben, haben dem Kanzler offenbar ein so düstres Gefühl vermittelt, daß er vorerst ein entschiedenes "Nein" abgegeben hat.

Olaf Scholz betonte hingegen:

"Lassen Sie es mich noch einmal ganz deutlich sagen. Ich bin beeindruckt, wie viele Menschen es schaffen, etwas schnell zu googeln und sofort zu Waffenexperten zu werden. Natürlich wird es in einer solchen Situation immer jemanden geben, der sagt: Ich möchte, daß sich die Ereignisse so entwickeln. Aber ich möchte einigen dieser Jungs und Mädels sagen: Ich regiere das Land, gerade weil ich die Dinge nicht so mache, wie Ihr sie haben wollt."

Es ist klar, daß Scholz mit "Junge" den Abgeordneten Hofreiter meint. Aber meinte er mit "Mädel" Außenminister Baerbock? Übrigens: Nicht alle Grünen sind gegen Scholz. Sein unerwarteter Verbündeter in der Frage der Lieferung schwerer Waffen war einer ihrer Führer, Wirtschaftsminister Habeck. An der Seite von Scholz stand erwartungsgemäß auch der angesehenere christdemokratische Ministerpräsident von Sachsen, Michael Kretschmer.

Er äußerte:

"Wir würden eine Grenze überschreiten, wenn wir Panzer oder Flugzeuge liefern oder gar eine Flugverbotszone einrichten. Diese Linie muß beibehalten werden."

### **Zum Tanken nach Weißrußland**

Ein Zugeständnis an die "Kriegspartei" war die Entscheidung von Scholz, die Verteidigungsausgaben sofort um zwei Milliarden Euro zu erhöhen - ein Großteil davon für den Kauf von Waffen für die ukrainische Armee, die keine langwierige Ausbildung erfordern. Um die zweite Forderung zu erfüllen, benötigt Herr Scholz jedoch wesentlich mehr Geld und vor allem das, wovon ihm am Wenigsten zur Verfügung steht - Zeit. Die Partner fordern ein Energieembargo. Bei der Kohle hat man sich entschieden - die Importe sollen ab Mitte August eingestellt werden -, aber wie soll man ohne russisches Öl leben?

Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis wiederum äußerte:

"Wir beginnen jetzt mit der Arbeit am sechsten Sanktionspaket. Mit Optionen beim Öl. Das bedeutet, daß wir bereits mit der Arbeit begonnen haben, um einen Konsens zu erreichen, und ich hoffe, daß es dieses Mal klappt."

### **Nichts als Worte**

Es wird auf jeden Fall klappen. Tatsächlich hat in dem Land, dessen Diplomatie von Herrn Landsbergis geleitet wird, bereits alles geklappt, nur hört man von der litauischen Industrie schon lange nichts mehr, und die Bürger fahren zum Tanken nach Weißrußland.

Man kann wohl sagen, daß Deutschland, seiner Wirtschaft und seinen privaten Haushalten, so ein Sieg über die Russen nicht gefallen wird. Zudem hat die OPEC in dieser Woche schwer enttäuscht; die Organisation erdölexportierender Länder wird nicht in der Lage sein, den Rückzug Rußlands aus dem Markt zu kompensieren, und die Ratingagentur Moody's rechnet damit, daß der Ölpreis in diesem Fall sofort auf 160 Dollar pro Barrel steigen wird. Berlin will

eine schrittweise Strategie für den Ausstieg aus dem russischen Öl ausarbeiten, aber bisher sind das nur Worte.

Die Lage auf dem Gasmarkt ist noch unsicherer und droht die EU zu spalten - die Frist für die Umstellung auf den Rubel rückt näher. Die Europäische Kommission hat diese Woche eine Stellungnahme abgegeben, wonach dies gegen die EU-Sanktionspolitik verstößt, die auf eine Abwertung der russischen Währung abzielt. Man kann nur festhalten: Ja, die EU hat mit diesem Teil der Sanktionen ein großes Problem.

So erklärte der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer:

"Österreich steht mit seinem Widerstand gegen das Gasembargo nicht alleine da. Deutschland, Ungarn und andere EU-Mitgliedstaaten sind der gleichen Meinung. Auf der anderen Seite unterstützt Österreich gemeinsam mit den EU-Staaten mit Nachdruck Sanktionen gegen Rußland. Aber die Sanktionen sollten Rußland stärker treffen als die EU."

Und Ungarns Außenminister Peter Szijjártó sagte:

"Für uns gibt es eine rote Linie: Ungarns Energiesicherheit. Deshalb haben wir beschlossen, daß wir keine Sanktionen gegen Öl und Gas unterschreiben können."

### **Kampf um das Gas Katars**

Wenn die Lieferung von russischem Gas beendet wird, wird die deutsche Wirtschaft in den nächsten zwei Jahren rund 220 Milliarden Euro verlieren. Sie würde sie auch dann verlieren, wenn sie eine Art Ersatz für die wegfallenden Mengen findet, denn es wird nie einen so günstigen Preis geben, wie ihn Gazprom anbieten kann. LNG aus Australien oder Kolumbien kann nicht dasselbe kosten wie Pipelinegas aus Rußland. Übrigens hat China seine LNG-Käufe im Vergleich zum Vorjahr mehr als verfünffacht, so daß es auch hier zu einem Kampf um Gas aus Katar kommen wird. Insgesamt sind strenge Selbstbeschränkung und Sparsamkeit in den kommenden Jahren der Schlüssel zu ihrem Überleben.

Robert Habeck, Wirtschaftsminister und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, äußerte:

"Ich bitte alle, ihren Beitrag zum Energiesparen zu leisten. Als Richtwert würde ich versuchen, 10 Prozent zu sparen, das ist machbar. Wenn Sie Ihre Wohnung heizen und abends die Vorhänge schließen, können Sie bis zu 5 Prozent Energie sparen. Und wenn Sie die Raumtemperatur um ein Grad senken, sind das etwa 6 Prozent. Natürlich ist das nicht so gemütlich, aber niemand friert. Eine Situation, in der es Versorgungsprobleme gibt oder Unternehmen schließen müssen, wäre ein wirtschaftspolitischer Alptraum."

Er ruft seine Mitbürger fast jede Woche zum Sparen auf, also mit der gleichen Häufigkeit, mit der zum Beispiel Großbritannien lügt. Um den Sanktionswahn auf dem Kontinent aufrechtzuerhalten, verspricht National Grid, den Transit von in Norwegen gefördertem Gas zu erhöhen, aber wie sich Großbritannien in einer Krise tatsächlich verhält, konnte man auf dem Höhepunkt der Pandemie sehen, als es der Europäischen Kommission erfolgreich alle Impfstoffe vor der Nase weggeschnappt hat. Und eine Treibstoffkrise hat Großbritannien bereits. Die Inflation explodiert, im März lag sie bei 7 Prozent. Das hat es seit 30 Jahren nicht mehr gegeben. Und das gilt für ganz Europa.

Christine Lagarde, die Präsidentin der Europäischen Zentralbank äußerte dazu:

"Die Inflation stieg im März auf 7,5 Prozent gegenüber 5,9 Prozent im Februar. Die Energiepreise sind seit Beginn des Krieges gestiegen und liegen jetzt 45 Prozent höher als vor einem Jahr."

### **Ab in die betreute Armut**

Und Friedrich Merz ist überzeugt:

"Den Höhepunkt unseres Wohlstands haben wir wahrscheinlich ohnehin schon lange hinter uns gelassen. Die Situation wird immer schwieriger. Das muß nicht nur ich als Oppositionsführer, sondern auch Bundeskanzler Olaf Scholz der Bevölkerung sagen."



Das Ende der Ära des Wohlstands, es ist schon lustig, daß diese Diagnose von dem Multimillionär und Parteivorsitzenden der CDU gestellt wird, der die Interessen des mittleren und Großkapitals vertritt. Aber im Grunde ist der öffentliche Pessimismus richtig. Die Inflation in Deutschland wird von den Verbrauchern bereits als 14 Prozent empfunden, also doppelt so hoch, wie sie tatsächlich ist, was bedeutet, daß der Frustrationsgrad schneller steigt als der reale Lebensstandard sinkt. Und da kommen einem verschiedene unglückliche Gedanken in den Sinn.

Die Süddeutsche Zeitung schreibt:

"Was ist die Doppelmoral heute? Es geht darum, den russischen Angriff zu verurteilen, aber das Gasembargo abzulehnen. Es geht darum, den Krieg in Europa zu verurteilen, aber den Krieg im Rest der Welt zu übersehen. Sie verurteilen die russische Propaganda, schweigen aber zum Irakkrieg, der auf Lügen aufgebaut war. Es geht darum, Putins Gas zu verteufeln, aber vor den Emiraten zu kriechen. Und man muß auf jeden Fall zugeben, wie man von Putin, den überzogenen Forderungen Rußlands und der russischen Seele selbst in die Irre geführt wurde."

Das Zitat aus der deutschen Zeitung klingt wie eine Aufforderung, über die eigenen Fehler nachzudenken.

Und natürlich kann man nachdenken, aber man kann nichts ändern. Der Untergang ist ein Gefühl, das sich langsam in der deutschen Gesellschaft breit macht. Die Situation mit Steinmeier, die ständigen Vorwürfe der Schwäche gegen Kanzler Scholz, der Riß in der Koalition, der Druck von denen, die die Deutschen als Verbündete betrachten - allmählich versteht man die eigene Rolle im Konflikt zwischen dem Westen und Rußland. Um es ganz offen zu sagen: Auch ein Wirtschaftskrieg braucht Kanonenfutter. ...<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 21. April 2022 (x1.132/...):

### >>**Die staatlich gelenkte Gesellschaft als Maschine**

Wir erleben gegenwärtig in der Corona-Krise, wie der alles Leben der Menschen umfassende und reglementierende Staat diese immer mehr ihrer freiheitlichen Grundrechte beraubt und sie zu bloßen Funktionsträgern einer gesellschaftlichen Maschine erniedrigt, ohne relevanten eigenen Willen.

Da alles menschliche Handeln aus inneren Vorstellungen und Motiven hervorgeht, müssen die Ursachen für diese totalitäre Entwicklung auch im Inneren des Menschen gesucht werden. Dabei zeigt sich die überraschende Tatsache, daß gerade in den Vorstellungen der naturwissenschaftlichen Medizin über den Menschen, aus denen die Corona-Hype hervorgeht, die Ursachen der entmenschlichenden gesellschaftlichen Strukturen zu finden sind.

Kein Geringerer als der weithin bekannte Psychoneuroimmunologe Prof. Christian Schubert von der Medizinischen Universität Innsbruck machte in einem Interview mit dem Multipolar-Magazin am 6. März 2022 1 auf diesen Zusammenhang aufmerksam.

Selbst in der Schulmedizin gründlich ausgebildet, kritisierte er scharf ihre grundlegenden erkenntnistheoretischen Irrtümer. Durch eine willkürliche Erkenntnisverengung betrachte und behandle sie den menschlichen Körper praktisch wie eine Maschine, und der eigentliche seelisch-geistige Mensch, der mit dem materiellen Körper verbunden ist, bleibe außen vor, werde überhaupt nicht berücksichtigt. Die Behandlung des Menschen als eine rein stoffliche Maschine führe aber auch zu einer Gesellschaft, die wie eine Maschine funktioniere.

### **Bedingungen maschineller Lenkung**

Mit der "Maschine Mensch" habe ich mich in einem vorigen Artikel bereits gründlich befaßt. Hier nun möchte ich die weiteren Ausführungen Prof. Schuberts betrachten, die sich auf die Folgen dieser "Maschinen-Medizin" für die Gestaltung der Gesellschaft beziehen, wie sie gerade in der gegenwärtigen Corona-Krise sichtbar geworden sind.

Prof. Schubert führte aus, daß es in der Psychiatrie als Problem neben dem sexuellen und dem

körperlichen Mißbrauch die Form des "emotionalen Mißbrauchs" gebe. Dieser werde in der Corona-Krise von Medizin, Regierung und Medien, einem "Trio Infernale", angewendet, "indem Menschen offensichtlich bewußt in Angst und Panik versetzt werden und bei ihnen innerhalb der letzten zwei Jahre chronischer Streß verursacht wurde. Und das hört nicht auf.

Es ist von Beginn an immer wieder bis heute ein bestimmtes Narrativ bedient worden, das Narrativ: Es gibt ein Killervirus, Ihr müßt davor Angst haben und könnt die Gefahr nur beseitigen, wenn Ihr Euch impfen laßt. Diese drei Aspekte 'Killer-Virus, Angst und Impfung' hängen direkt miteinander zusammen und prägen das Narrativ der COVID-19-Krise."

Damit sei gezielt eine Massenpsychose bei den Menschen erzeugt, diese traumatisiert und mißbraucht, also von außen gesteuert worden. Man müsse sich aber auch fragen: "Wie kann es passieren, daß eine so große Masse von Menschen wie gleichgeschaltet in eine Richtung geht und selbst die schlimmsten Folgen für ihre Gesundheit - wo es auch um die Einschränkung der Lebenserwartung geht, um langfristige Kollateralschäden, auch durch die Impfung gegen Covid -, offensichtlich kritiklos annimmt?"

Dazu müsse man sehen, daß sich ein großer Teil unserer Gesellschaft schon seit Jahrzehnten in einem Prozeß der Entfremdung befinde, aufgrund von spätkapitalistischen und neoliberalen Entwicklungen in der Gesellschaft, von Werten, die wenig mit Menschsein und Leben zu tun haben, sondern mit Leistung, Geld und Wirtschaftswachstum. Das alles seien Entwicklungen, die letzten Endes eine kranke Gesellschaft und damit auch kranke Menschen erzeugten.

Seit Jahrzehnten könne man die Zunahme von sozialer Isolation beobachten, die eine Grundbedingung sei für die nun bei Covid-19 auftretende Massenpsychose. Die Menschen hätten schon lange vielfach wenig Kontakt untereinander. Sie lebten häufig isoliert, hätten kaum Freunde, Familien zerbrächen immer öfter. Großfamilien gebe es weniger oder gar nicht mehr. Außerdem sei eine weitere Bedingung die Bedeutungslosigkeit, die Wertlosigkeit, Sinnlosigkeit in unserer Gesellschaft.

Viele schlepten sich nur in ihren Job, sähen in ihren beruflichen Tätigkeiten keinen Sinn mehr. Michel Foucault habe es klar formuliert: "Unsere Gesellschaft ist wie eine Maschine, ein Wachstumsmotor. Wir müssen diesen Wachstumsmotor am Laufen halten, sonst kommt es zur Katastrophe." Also es gehe um die Maschine Gesellschaft, die Maschine Mensch.

"Da sind wir wieder bei der Maschinen-Medizin oder Maschinen-Ideologie unserer Kultur. Da erzähle ich auch nichts Neues. Das heißt, Sinn und Bedeutungslosigkeit, Menschlichkeit fehlen. Beziehung fehlt. Es vermischen sich soziale Isolation und Bedeutungslosigkeit. Jeder, der ein liebender Elternteil ist, weiß um Beziehung und Bedeutung, daß das eins ist und einen sowohl gesund halten kann als auch krankmachen kann. Also Soziales als Lebenselixier, Bedeutungselixier."

Und aus sozialer Isolation und Bedeutungslosigkeit nun entwickelten sich diffuse Ängste. "Wir wissen aus vielen Studien, daß in den letzten Jahrzehnten Angst-Erkrankungen massiv gestiegen sind. Mit Angst ist sehr häufig auch die Depressivität vergesellschaftet. Also wir hatten es bereits vor Covid-19 mit einer gefährlichen Zunahme der psychischen Erkrankungen in der Gesellschaft zu tun.

Jeder Fünfte hat mittlerweile eine Angst-Erkrankung. Da sind wir schon bei einem hohen Prozentsatz. Dann geht es nicht nur um die Angst, sondern wir haben als weitere Bedingung für die gegenwärtige Covid-19-Massenpsychose auch Frust und Aggression."

### **Maschine Mensch - Maschine Gesellschaft**

Wir sehen, Prof. Schubert weist auf einen engen Zusammenhang hin zwischen der Vorstellung des Menschen als Maschine in der Medizin und der Gestaltung des gesellschaftlich-staatlichen Lebens als Maschine.

Der Mensch als eine subjektive Maschine findet sich auch in der Gesellschaft als jemand wieder, der seelenlos behandelt wird, insbesondere auch in der Wirtschaft, und dies führt zur Ge-

staltung des gesellschaftlich-staatlichen Lebens insgesamt als Maschine, in welcher der Mensch nur die Rolle eines funktionierenden Teiles zu spielen hat.

Das zentrale Steuerungselement der gesellschaftlichen Maschine ist der "emotionale Mißbrauch" von Angst und Panik durch Staat und Medien, die das geistige Ich des Menschen lähmen, per Massenpsychose in eine irrealer Welt versetzen und für die zentralen Anordnungen gefügig machen.

Die materialistische Schulmedizin hält das Seelisch-Geistige des Menschen von der Betrachtung und Behandlung des physischen Körpers - in völlig unwissenschaftlicher, dogmatischer Weise - völlig getrennt, als habe es mit ihm - sofern es überhaupt noch als eigene Realität anerkannt wird - nichts zu tun. Das Seelisch-Geistige ist aber der eigentliche Mensch, der sich in seinem physischen Leibe lediglich einen materiellen Ausdruck, ein Kleid schafft, in dem er auf Erden leben und wirken kann.

Der Körper, isoliert für sich betrachtet, kann aus materialistischer Ideologie heraus nur als Maschine aufgefaßt werden. Diesem Zellhaufen kommt aber keine personelle Identität, keine autonome Individualität zu, die ihr Leben aus eigener Erkenntnis selbstbestimmt gestalten kann.

Damit ist aber schon jeder demokratischen Gesellschaftsform, die auf dem freien, sich selbst bestimmenden Bürger aufbaut, die innere Grundlage entzogen. Die Demokratie hat sich in der europäischen Geistesgeschichte nicht als das Streben eines "maschinellen" Körpers, sondern des menschlichen Geistes nach Freiheit und Selbstbestimmung herausgebildet. Die freiheitlichen Grundrechte des Grundgesetzes sind Rechte des menschlichen Geistes, die er bereits in seiner embryonalen Lage im Gepäck hat.

Die Würde des Menschen, von der alle anderen Grundrechte letztlich abgeleitet sind, ist nicht die Würde der Materie, sondern die Würde des geistigen Wesens Mensch, der sich aus eigener Erkenntnis selbst bestimmen kann, eine Würde, an der auch der Körper als sein Instrument im Recht auf körperliche Unversehrtheit Teil hat.

In der Auffassung des menschlichen Körpers als Maschine hat das Seelisch-Geistige, der eigentliche Mensch und Träger einer freiheitlichen Lebensform, keinen Platz. Maschine ist der Inbegriff gesetzmäßiger, notwendiger Abläufe, die von außen gesetzt werden. Ein Zusammenwirken von menschlichen Maschinen kann folglich auch nur zu einer großen gesellschaftlichen Maschine führen, in die sie zusammengeführt und nach notwendigen Gesetzen von außen gesteuert werden. Die materialistische Auffassung des Menschen zerstört die Demokratie von innen. Materialismus mündet notwendig in den gesellschaftlichen Totalitarismus.

Und er führt den Menschen innerlich in die seelische Leere, in das Gefühl der Sinnlosigkeit des Lebens, da ja rein materielle Prozesse als solche nicht sinnvoll über sich hinausweisen. Sie können Sinn und Bedeutung nur aus dem Geiste erhalten, dem der Mensch wesenhaft angehört. Dieser aber wird negiert.

Und so kann es gar nicht anders sein, daß Menschlichkeit, sofern sie noch traditionell lebt, immer mehr auf dem Rückzug ist, menschliche Beziehungen verarmen und Isolation, Angst und Depression sich ausbreiten. Der Materialismus macht den Menschen von innen krank, er ist die zentral zerstörerische Psychopathologie seiner Existenz. Und er treibt gesellschaftlich die Soziopathologie des Totalitarismus hervor, der den Menschen von außen außer Kraft setzt und seine innere Zerstörung verstärkt.

### **Der Mechanismus der Corona-Krise**

Die Corona-Krise hat die Zusammenhänge exemplarisch an die Oberfläche gebracht. Von einer extrem materialistischen Wissenschaftsrichtung wird in Zusammenarbeit mit der Führung des Staates propagiert, ein quasi nicht wahrnehmbares Virus dringe von außen in die Menschen, also die menschlichen Maschinen, ein und löse gleichsam automatisch eine schwere Krankheit, einen großen Schaden aus. Von jedem Menschen könne ein Virus auf jeden an-

deren überspringen und ihn so anstecken. Unter Übertragung monokausalen Denkens aus der anorganischen Natur, wo es berechtigt ist, auf den menschlichen Organismus wird ein Ursache-Wirkungs-Mechanismus behauptet, der die ganze Gesellschaft erfaßt.

Da in jedem Menschen ein potentieller Virus-Träger gesehen wird, muß jeder vor jedem geschützt werden. Dies erfordert eine zentrale Außensteuerung aller Menschen, indem ihr Verhalten durch Maßnahmen geregelt werden muß: Verpflichtung zum Abstandhalten und Maskentragen, Einschränkungen bzw. Verbote von Versammlungen, Veranstaltungen und Schließungen von Lokalen und Geschäften, Isolation nicht nur von Erkrankten, sondern von "nachgewiesenen" Virus-Trägern, die bereits als "Infizierte", also Quasikranke bezeichnet werden.

Die einzige Rettung wird schließlich in der Impfung aller mit einem schnell entwickelten Medikament gesehen, welche mechanisch das Virus als Ursache ausschalten soll, wozu propagandistisch ein wachsender gesellschaftlicher Druck bis zur Impfpflicht aufgebaut und damit jede Bestimmung des Menschen über sich selbst beseitigt wird.

Jede individuelle Willensentscheidung des einzelnen Menschen wird systematisch ausgeschlossen, die menschliche Individualität als gesellschaftlich relevante Instanz aufgehoben. Sie ist nur noch Teil einer Masse, die gemeinsam von außen gesteuert wird. Die Mechanik der Krankheitsentstehung und Ansteckung in einem als Maschine vorgestellten menschlichen Körper ergreift konsequent die gesamte Gesellschaft, die als große Maschine Verhalten und Handeln der Menschen unisono reglementiert und automatisiert.

Menschliche Beziehungen und Kontakte werden eingeschränkt, Isolation und Vereinsamung nehmen zu. Das Gefühl der Sinn- und Aussichtslosigkeit führt zu Depressionen, verschlimmert andere Krankheiten und läßt sogar Jugendliche zunehmend den letzten vermeintlichen Ausweg im Suizid suchen.

Die Ideologie des Materialismus wird hier in ihrer zersetzenden und zerstörerischen Wirkung in Medizin und Gesellschaft offenbar. Der Ausgang liegt in der materialistischen Schulmedizin, die sich, wie Prof. Schubert in dem Interview konstatierte, "in der Covid-Krise in ihrer menschenentfremdeten Form sehr offenbart und sich damit auch selbst an die Wand geknallt (hat)."

Es ist ja im Grunde erstaunlich, wie die freiheitlich demokratischen Grundrechte des aus den Erfahrungen des Totalitarismus geborenen Grundgesetzes von Politik und Justiz in kürzester Zeit über Bord geworfen und totalitäre Verhältnisse geschaffen und rechtlich sanktioniert wurden. Dies zeigt, daß die Vorstellung vom Menschen als eines sich selbst bestimmenden geistigen Wesens bei diesen "Eliten" nur eine äußerliche, oberflächliche Theorie gewesen ist, die von der tiefer und wirksamer im Gefühl verankerten materialistischen Auffassung vom Menschen als rein stoffliche Maschine rasch über Bord geworfen werden konnte.

### **Der Obrigkeitsstaat**

Diese verheerende Entwicklung konnte nur durch die Macht des Staates durchgesetzt werden, der noch immer als Obrigkeitsstaat der freien selbstbestimmten Individualität übergeordnet ist und die Möglichkeit hat, sie in allen Lebensbereichen per Gesetz von außen zu steuern. Und dieser Staat wird von wirtschaftlich-politischen Interessengruppen beherrscht, die, als privilegierte Parteien organisiert, die Gewaltenteilung aufgehoben haben, indem die jeweils herrschende Partei alle drei Gewalten gleichzeitig personell bestimmt.

Das gesamte Gesundheitswesen ist der staatlichen Verwaltung eingegliedert und untergeordnet. Das bedeutet, daß dort tätige Mediziner nicht ausschließlich ihrer freien Erkenntnis der Wahrheit verpflichtet sind, sondern letztlich politisch-tangierten Anordnungen ihrer staatlichen Vorgesetzten folgen müssen, die ebenso für alle praktisch tätigen Ärzte gelten.

Aber schon die Ausbildung der Mediziner unterliegt der staatlichen Bevormundung. Sie müssen an staatlich organisierten und finanzierten Hochschulen bei vom Staat ausgewählten, eingestellten und finanziell abhängigen Professoren studieren. Auf diese Weise wird bereits eine

ganz bestimmte medizinische Richtung, nämlich die materialistisch-naturwissenschaftliche favorisiert und für allein maßgebend erklärt, die deshalb anmaßend auch als "Schulmedizin" bezeichnet wird, womit alle anderen als minderwertige Randerscheinungen von zweifelhaften Minderheiten abgewertet werden.

Dabei spielen starke Interessen der Wirtschaft eine große Rolle, die vornehmlich über die Parteien in die staatlichen Organisationen einfließen. Denn die ungeheuren Profite der Pharmaindustrie beruhen überwiegend auf Produkten im Sinne der materialistischen Medizin. So besteht eine starke Verflechtung von Wirtschaft, Staat und Medizin, eine Verflechtung, die sich zu einem undurchdringlichen korrupten Gestrüpp ausgewachsen hat.

Real durchgesetzt können alle Interessen nur durch die staatliche Gesetzes- und Verordnungsmacht werden, weshalb sich zusätzlich um den Flaschenhals der Parlamente die Fliegenschwärme der Lobbyisten versammeln, um noch bis ins Detail Einfluß zu nehmen.

### **Was nottut**

Es ist offensichtlich, daß dieses manipulative Geflecht von Staat, Medizin und Wirtschaft dringend aufgelöst werden muß. Dies kann nur dadurch geschehen, daß als erstes das Gesundheitswesen und die medizinische Wissenschaft, ja die gesamte Wissenschaft und Bildung aus dem Staat herausgelöst und als eigenständige, vom Staat unabhängige Organisation der eigenen Selbstverwaltung übergeben werden. Wissenschaftler, praktisch tätige Ärzte und Lehrer aller Schulstufen dürfen nur ihren eigenen Wahrheitserkenntnissen und nicht direkt oder indirekt staatlichen Normen und wirtschaftlichen Interessen verpflichtet sein.

Dies ist nur in einer von Staat und Wirtschaft unabhängigen Organisation eines in sich selbst gegründeten, freien Geisteslebens möglich, in der alles auf die selbst erkennende, schöpferische Individualität gegründet ist, die ihre Tätigkeit mit anderen koordiniert.

In einem solchen freien Geistesleben stünden die verschiedensten Wissenschaftsansätze in einem freien Wettbewerb miteinander, in dem keine obrigkeitliche Instanz, sondern allein ihre wissenschaftliche Qualität und ihre praktische Fruchtbarkeit über ihre Gültigkeit entscheidet. Da würde sich schnell herausstellen, ob eine rein auf die Materie reduzierte Wissenschaftsideologie mit ihren entmenschlichenden, zerstörerischen Auswirkungen für Mensch und Gesellschaft ohne Schutz, Förderung und Absicherung durch die staatliche Macht weiter als maßgebende "Schulmedizin" gelten könnte.<<

**24.04.2022**

**Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22346" berichtet am 24. April 2022 (x1.138/...): >>Droht nun eine Impfpflicht durch die WHO?**

Interview mit *Christof Plothe*

Die Impfpflicht in Deutschland ist nun vom Tisch. Viele Menschen sind erleichtert und voller Gewißheit, daß dieses Thema bei uns erledigt ist. Doch nun droht eine Impfpflicht durch überstaatliche Strukturen. Auf1.TV führt ein Interview mit Christof Plothe über den Pandemievertrag der WHO, der grade in Vorbereitung ist. Nachdem nun eine allgemeine Impfpflicht, wie in den meisten Ländern der Welt, auch im deutschen Parlament gescheitert ist, könnte man meinen, das Thema sei vom Tisch. Doch weit gefehlt, denn unbemerkt von der Öffentlichkeit, ist eine globale Impfpflicht in Vorbereitung.

Durch die WHO wird derzeit ein Pandemievertrag erarbeitet, der die Herrschaft auf medizinischem Gebiet allein in die Hände der WHO legen soll - deren undurchsichtige Strukturen und private Finanzierungen durch die GAVI (Die Impfallianz Gavi ist eine öffentlich-private Partnerschaft mit dem Ziel, Menschen in Entwicklungsländern durch Impfungen gegen vermeidbare Krankheiten zu schützen.) und Bill Gates schon in der Vergangenheit für viel Kritik sorgten.

Doch welche medizinischen Kompetenzen qualifizieren die WHO überhaupt für solch einen globalen Vertrag? Dieser Vertrag würde die Souveränität der Länder aushebeln und statt des-

sen die WHO über alle medizinischen Belange bestimmen lassen, über alle Gesetze und Verfassungen der Länder hinweg.

Diese Frage stellen sich Wissenschaftler, Ärzte, Juristen und zivilgesellschaftliche Organisationen aus 50 Ländern, die sich zum Weltgesundheitsrat, dem World Council For Health (WCH) zusammengeschlossen haben. Sie beklagen das undemokratische Zustandekommen des Vertrages und die Machtkonzentration in privaten Händen.

Sie sind der Meinung, daß es der WHO nicht um Heilung geht - dies hat ihr Vorgehen bei der Schweinegrippe und in der Corona-Pandemie bereits eindeutig gezeigt. Der Fokus läge vielmehr auf dem Management von Krankheiten und ziele auf eine Abhängigkeit der Menschen von der Pharma-Industrie und damit letztendlich auf die globale Gesundheitsdiktatur und Totalüberwachung.

Es ist doch nur eine Maske! Es sind doch nur drei Wochen! Es ist doch nur wegen der Krankenhäuser! Es ist doch nur kurz, dann machen alle Läden wieder auf! Es ist doch nur ein Test! Es ist doch nur eine App! Es ist doch nur, daß wir wissen, mit wem Sie Kontakt hatten! Es ist doch nur eine vorübergehende Betriebsschließung! Es ist doch nur um nach zu verfolgen, wo Sie wann waren! Es ist doch nur, bis wir eine Impfung haben!

Es sind doch nur ein paar Reiseunterlagen mehr! Es ist doch nur eine digitale Akte mit medizinischen Informationen! Es sind doch nur ein paar Monate mehr! Es ist doch nur, bis alle geimpft sind! Es sind doch nur ein paar Nebenwirkungen! Es ist doch nur ein grüner Ausweis! Es ist doch nur ein Armband! Es ist doch nur, fürs Reisen! Es ist doch nur für die Arbeit!

Es ist doch nur, weil wir uns sonst von Ihnen trennen müssen! Es ist doch nur ein Bluttest! Es ist doch nur ein Chip! Es ist doch nur ein Heim! Es ist doch nur das Beste für die Kinder! Es ist doch nur, weil sie bei Ihnen nicht sicher sind! Es ist doch nur, bis Sie zur Einsicht kommen! Es sind doch nur noch ein paar Jahre! Es ist doch nur, weil Sie uns aufgefallen sind! Es ist doch nur für eine Befragung! Es ist doch nur, weil uns Erkenntnisse vorliegen! Es ist doch nur, weil Sie so unkooperativ sind! Es ist doch nur, weil es das Gesetz jetzt so vorschreibt! Es ist doch nur, bis sich die Klappe unter Ihren Füßen öffnet! Es wird schon nicht weh tun!

Was dieser Pandemievertrag der WHO genau beinhaltet, worin die Gefahren für die freiheitlichen Bestrebungen der Menschen liegen und welchen Ausweg es gibt, darüber spricht Elsa Mittmannsgruber von Auf1.TV mit dem Vorstandsmitglied des WCH, Christof Plothe.

### **Interview: AUF1 Christof Plothe über WHO-Diktatur und Pandemievertrag**

Elsa Mittmannsgruber: Das globale Pandemie-Abkommen der WHO sei unnötig und stelle eine Bedrohung der Souveränität und Grundrechte dar. Es erweitere die bereits jetzt schon erdrückende Macht der WHO, Pandemien auszurufen, unmenschliche Maßnahmen oder sehr umstrittene Behandlungen zu erzwingen - so die Ansicht der "World Council for Health", kurz WCH. Die WCH ist ein Zusammenschluß von Wissenschaftlern, Ärzten, Anwälten und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus mittlerweile über 50 Ländern. Christof Plothe ist Vorstandsmitglied der WCH und mit ihm spreche ich heute über die WHO und die große Gefahr, die von einem globalen Pandemievertrag ausgeht.

Ich begrüße Sie ganz herzlich, Herr Plothe.

Christof Plothe: Vielen Dank für die Einladung.

Elsa: Bevor wir über den globalen Pandemievertrag und die WHO sprechen, erklären Sie uns doch bitte, was das "World Council for Health" genau ist.

Christof Plothe: Wir sind ein Zusammenschluß von Wissenschaftlern, von Ärzten, von Aktivistengruppen aus der ganzen Welt mit dem Ziel, eine Alternative zum gängigen System zu formen, mit Transparenz, mit Offenheit, mit Zusammenarbeit im Rahmen guter Forschung und in Kollaboration von Leuten aus der ganzen Welt.

Elsa: Wann hat sich diese Organisation gegründet und warum?

Christof Plothe: Gegründet wurde sie von einer Hand voll Medizinern aus der ganzen Welt

unter Dr. Tess Lawrie, die zum Sprachorgan für Medikamentenoptionen in der Pandemie war, besonders bei Ivermectin. Sie hat die Behandlungserfolge von Ivermectin statistisch ausgewertet, sie war eine Expertin für die WHO und kannte sich sehr gut damit aus. Es gab dann schon recht schnell Fragezeichen, die sich ergaben. Dann haben sich noch andere Mediziner aus der ganzen Welt mit zusammengeschlossen, das heißt, das Ganze ist in der Pandemie erst entstanden.

Aber wir sehen uns jetzt nicht als Organisation, die sich nur mit dem Virus beschäftigt, sondern wir hoffen Aufklärung über verschiedenste Themen. Wir haben jeden Montag kostenlose Vorträge - gerade im Moment läuft wieder ein Vortrag; Heute ist zwar Donnerstag, aber wir haben einen dazwischengeschoben - in dem wir die Öffentlichkeit einladen, sich mit Experten aus der ganzen Welt kurzzuschließen und verschiedenste Gesundheitsthemen von Ernährung, von Umweltbelastung, von Medikamentenoptionen, von Naturheilkunde etc. mit zu integrieren.

Elsa: Worüber Sie ja auch derzeit verstärkt aufklären, ist eben der globale Pandemievertrag der WHO. Sie stellen sich da, oder die ganze Organisation stellt sich da strikt dagegen. Warum?

Christof Plothe: Nun wissen Sie, wenn eine Organisation mit einem solchen Vertrag die Alleinherrschaft über die Medizin der ganzen Welt übernehmen will, muß ich mich natürlich fragen: Wie qualifiziert ist dieser Kandidat? Das heißt, ich nehme an, ich bin jetzt mal Personalabteilung einer großen Firma, ich stelle jemanden ein, der die Leitung der gesamten Firma - und die ist in der ganzen Welt - haben soll.

Ich beschäftige mich damit, was die Qualifikation in der Vergangenheit und was ist natürlich die Qualifikation und die Effizienz von dem, was er bis jetzt getan hat. Und da gab es eben schon sehr viele große Fragezeichen aus der Vergangenheit - man könnte auch noch darüber sprechen. Aber was eben schon merkwürdig war - vielleicht haben Sie das auch komisch empfunden - aber von Anfang an gab es weltweit immer nur einen Ansatz für diese Pandemie und das war orchestriert. Und jeder hat sich eigentlich gefragt: Wie kann das sein? Gerade in der Medizin gibt es Tausende von Meinungen.

In der Medizin gibt es nicht nur ein Medikament, eine Impfung oder eine psychologische Lösung, sondern es gibt ganz viele Meinungen. Wie kam es, daß dies bereits 2005 von der Weltgesundheitsorganisation über die IHR (International Health Regulations) schon festgelegt worden ist. Das heißt also, man wußte schon recht früh, man hat auch die Definition von Pandemie 2010 dafür verändert, indem man einfach gesagt hat, man will nur Fallzahlen, man will nicht unbedingt dabei die Erkrankten haben.

Wie kam es, daß alle anderen Meinungen, alle Wissenschaftler, alle Länder, die einen anderen Ansatz versucht haben, nicht nur ignoriert, zensiert, sondern auch in der Presse oft lächerlich gemacht wurden - als Beispiel Schweden oder Afrika oder Indien oder andere Länder eben dabei. Und wir müssen uns fragen, wie qualifiziert diese Organisation ist, wenn sie das tut? Wir sehen, der Chef ist zum ersten Mal kein Mediziner. Und wie demokratisch ist der Prozeß, der Wahl dieser Organisation? Und das ist äußerst intransparent. Wir wissen nicht, was die Kriterien sind für die Einstellung, in diesem Gremium der WHO. Und natürlich ist die Finanzierung eine wichtige Frage, da können wir später eben auch noch darauf kommen.

Nur wenn eine Organisation, die schon eine gewisse Transparenz über die Finanzierung und auch eine Unabhängigkeit benötigt - im Moment ca. 80 % privat finanziert ist - dann sollte uns das schon Fragen geben, wie unabhängig man überhaupt sein kann. Und wir sollten uns fragen, wie effektiv die Ansätze in der Vergangenheit waren? Wir wissen von Schweinegrippe, daß da ähnliche Szenarien waren, die WHO auch der Pandemie damals erklärt hat, mit ähnlichen Prophezeiungen wie jetzt auch. Die Ergebnisse waren, daß eine Impfung damals mit hohen Nebenwirkungszahlen vom Markt genommen werden mußte.

Und das Ganze von einem Untersuchungsausschuß der Europäischen Union sogar abgemahnt wurde, weil es ein falscher Ausruf einer Pandemie und eine falsche Versprechung durch das damalige Medikament, was dafür verwendet wurde - was auch nicht effizient war - und auch durch eine Impfung, die hohe Nebenwirkungszahlen dabei hatte. Also wir haben eine "track record", eine Vergangenheit, die nicht unbedingt effizient ist.

Warum - eine große Frage, die wir alle uns dabei stellen ist von Anfang an - vielleicht haben Sie sich das auch gefragt - gab es nur eine Impfung als Lösung der ganzen Situation? Wir wissen in der Medizin, es gibt da ganz viele Medikamente. Es gibt alte Medikamente, neue, die eben rauskommen.

Wie kam es dazu und wie kann es sein, daß eine neue Technologie, die genbasiert ist, innerhalb von 65 Tagen von der WHO dafür zugelassen wurde, während normalerweise eine Impfung zehn Jahre dafür braucht. Wie kam es, daß in eine Pandemie reingeimpft wurde, wo man gar nicht weiß, daß eine nicht sterilisierende Impfung eine Mutationsrate erhöht. Wie kommt es, daß wir immer noch im Moment an diesem Ansatz dran sind, wo wir wissen, daß die Zahlen aus England und Amerika zeigen, daß geboosterte Menschen in der Zwischenzeit ca. 300 % mehr erkranken und leider auch versterben - zwischen 178 % und 300 %.

Das heißt also, wir wissen, daß die Länder mit den höchsten Impfquoten im Moment die höchsten Fallzahlen haben. Wir wissen, daß die Länder mit den niedrigsten Impfquoten, wie Afrika 16 % die niedrigsten Fallzahlen eben haben. Und dann kommen wir noch zum Thema Nebenwirkungen. Sie sehen schon, ich könnte jetzt ewig darüber sprechen.

Die Fragezeichen, die sich in dem Ganzen ergeben haben aber, sind das wirklich die Kriterien mit Lockdowns, mit Masken, die uns eine Effizienz versprochen haben? Gab es nicht andere Lösungen? Da sind wir der Meinung, gibt es ganz viele Lösungen und die sollten einfach offen diskutiert werden und nicht nur eine Meinung als die Norm für alle zugelassen werden. Das ist so ein bißchen die kleine Zusammenfassung. Die größere würde den Rahmen von heute Abend sprengen.

Elsa: Aber was birgt denn dieser Pandemievertrag für Gefahren für das Individuum und auch für die einzelnen Länder?

Christof Plothe: Das würde tatsächlich bedeuten, daß die Souveränität der einzelnen Länder an die WHO abgegeben wird. Und man muß sich vorstellen - das klingt schon ziemlich unglaublich - es würde heißen, daß die Reglementierung, die Empfehlung der WHO über den einzelnen Ländern steht; nicht nur über deren Gesetze, sondern sogar über deren Verfassung. Das heißt also, es wäre rechtlich bindend, die Anweisungen der WHO in der Zukunft zu befolgen und noch mehr dazu: Ein Widerhandeln dagegen wäre sogar strafbar.

Das heißt also, wenn dies jetzt demnächst in Realität umgesetzt werden sollte, 2024 will man den endgültigen Entwurf dafür zur Verfügung haben. Ab jetzt vom 22. bis 28. Mai tritt die WHO zusammen, um die Verstärkung der IHRs - das sind die bisherigen Regelungen - zu verstärken. Aber wenn dieser Plan nach vorne geht und dann in Realität umgesetzt werden würde, wäre es nicht nur für alle bindend, sondern eben auch strafbar. Und selbst wenn sich ein Land jetzt daraus entziehen würde - nehmen wir mal an Österreich oder Deutschland hätten jetzt keine Lust, sich daran zu beteiligen.

Wenn alle unsere Nachbarländer das mit unterschreiben, ist es für uns auch dann nicht möglich, uns den Lockdowns und dem digitalen Impfausweis oder was auch immer zu entziehen, sobald wir unsere Grenze überschreiten. Das heißt also: Die Implikation für das Individuum mit all den drastischen Maßnahmen, die wir in den letzten zwei Jahren gesehen haben, die wir zurecht im Moment anzweifeln, daß sie überhaupt effizient waren.

Wenn wir sehen, diese Lockdowns selbst die Studien, die im Moment dabei waren, veröffentlicht werden, sprechen von einer Effizienz von 0,2 % niedrigeren Todesrate. Wir haben all diese Sachen zum allerersten Mal ausprobiert, oder können Sie sich erinnern, in der Kindheit



mit Maske rumgelaufen zu sein oder sich eben einzuschließen oder Schulen ausfallen zu lassen.

Es ist das allererste Mal und solange wir nicht zulassen, daß andere Länder auch einen anderen Weg gehen, werden wir auch keine alternative Abwägung machen können. Das ist eine große Gefahr. Das heißt, eine Norm wäre dann die Norm und wir könnten nicht mal daraus lernen, einen anderen Weg einzuschlagen.

Elsa: Was ist denn der Unterschied zu den bisher oder 2005 unterschriebenen International Health Regulations, die sie vorher im IHR schon erwähnt haben. Was ist da jetzt der Unterschied oder was ist jetzt neu mit dem neuen globalen Pandemievertrag?

Christof Plothe: Ja, das Skurrile ist, daß eigentlich seit 2005 das Ganze auch schon bindend ist, wie wir sehen. Wir haben jetzt schon die Situation gehabt, daß alle Länder, alle 196 Länder, die damals mitunterschrieben haben, denselben Weg eingegangen sind. Das heißt also, wir zweifeln - zurecht meinen wir - an, daß überhaupt eine Verschärfung dieses Vertrages notwendig wäre. Was aber im Moment die WHO noch nicht hat: das Recht eine Pandemie auszurufen.

Sie kann einen medizinischen Notstand im Moment ausrufen, aber sie hat noch nicht das Recht, eine Pandemie auszurufen und sie hat im Moment auch noch nicht die Möglichkeit, das Ganze rechtlich bindend zu machen. Überall steht bisher in diesem IHRs eine Empfehlung und Ratschläge und eine beratende Funktion. Das würde sich in jedem Paragraph ändern in allem "muß", das ist ein Riesenunterschied. Wie gesagt, es kann rechtliche und auch finanzielle Konsequenzen haben, dem nicht zu folgen.

Elsa: Wie sinnvoll ist denn überhaupt eine globale Strategie, was Gesundheit allgemein betrifft, weil in diesem Vertrag soll nicht nur der Umgang mit Pandemien geregelt werden, sondern ja viel mehr? Wie sinnvoll ist denn, daß man diese Dinge global regelt?

Christof Plothe: Sie müssen sich vorstellen, bis jetzt reden wir über Pandemien, im Sinne von einer Infektion. Eine neue Pandemie-Definition bezieht sich ja seit 2010 nur auf Zahlen, das heißt, die WHO hätte die Möglichkeit, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs als Pandemie einzustufen. Das wäre mit diesem Regulatorien eben legal. Das würde bedeuten, daß es weltweit im Moment nur einen Ansatz gibt. Und wenn sie im Moment mit Ärzten aus der ganzen Welt sprechen, dann werden sie überall damit konfrontiert werden, daß es in allen Ländern sogenannte Richtlinien gibt.

Und diese Richtlinien verpflichten Ärzte jetzt schon, bei hohem Blutdruck dies oder dieses Medikament und das und das für den Rest des Lebens mit zu verschreiben. Das ist jetzt schon teilweise strafbar, wenn sich Fachärzte zum Beispiel eine andere Meinung dazu geben. Nur wir wissen, das ist eigentlich nie der Fall. Und wenn wir da reinschauen, wer diese Richtlinien dabei etabliert, so sehen wir eine hohe Abhängigkeit von der Industrie, die diese Empfehlung der Medikamente überhaupt empfiehlt.

Auf der anderen Seite ist auch unser medizinisches System im Moment in einem Medizin-medikamentösen System gebunden - und das ist auch erst seit den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Das hat was mit Rockefeller und mit Petro-Industrie zu tun. Da fing es an, daß alle anderen Ansätze, ich meine Sie müssen sich vorstellen: Sie kommen heute durch ein Medizinstudium, Sie haben keine einzige Vorlesung über Ernährung gehört. Wir wissen aber über die Bedeutung der Ernährung, gerade 80 % der chronischen Erkrankung sind damit verbunden.

Und wenn wir da auch den Ansatz der WHO sehen, gegen die Epidemie von Krebs, Epidemie von Diabetes, von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist immer noch der Nummer 1 Killer. Dennoch gibt es überhaupt kein Bestreben, daran etwas zu verändern, außer weitere Richtlinien zu machen. Das heißt also, wir würden noch eine zusätzliche Einschränkung nicht nur für die Staaten, nicht nur eben für die Patienten, also wir uns dabei

tun, sondern auch noch für die Therapeuten.

Und ich beschäftige mich seit 30 Jahren auch mit der medizinischen Forschung, bin mit Forschern in der ganzen Welt auch täglich verbunden. Ich kann Ihnen sagen, mir ist keine Erkrankung bekannt, in der wir im Moment sagen können: Das ist die Ursache und nur das ist die Lösung. Der Mensch ist viel zu komplex. Er hat eine Psyche, er hat ein Mikrobiom, er hat Bedürfnisse von seiner Ernährung, er hat Bedürfnisse für sein Leben. Diese eine Ursache und eine Bekämpfungsstrategie ist eigentlich schon veraltet. Und die würden wir damit in der Zukunft auch noch verpflichtend gestalten.

Elsa: Das heißt, dieses System, was wir jetzt schon haben, daß Prävention völlig ignoriert wird und dann eben lieber mit Schema A, mit der Chemiekeule drüber geschlagen wird, das wird dann zementiert und zu einer Richtlinie.

Christof Plothe: Exakt. Und viele Forscher sprechen heute auch davon, daß wir eigentlich keine Medizin mehr im Sinne von einer Heilung haben, sondern ein Disease Management, ein Krankheits-Management. Das heißt, unser System ist darauf gepolt, den Menschen nicht aus einer Erkrankung raus anzuschauen und nach den Ursachen zu schauen, sondern für den Rest des Lebens ihm unterdrückende Medikamente zu geben, die ja den netten Nebeneffekt haben, daß der Patient den Rest seines Lebens diese verschrieben bekommt. Wer davon profitiert - muß ich jetzt keine Verschwörungstheorie daraus entwickeln.

Elsa: Aber verfolgt die WHO da irgendeinen Plan? Hat sie das schon vorbereitet, dieses globale Pandemie-Abkommen, z.B. eben mit der WHO-Verfassung? Gibt's da schon rechtliche Richtlinien, die das ermöglichen?

Christof Plothe: Also schon recht früh, im März 2021 kamen vor allem europäische, führende Politiker zu der Forderung, daß es eine internationale Pandemieplanung geben würde. Und das wurde im Dezember 2021 dann nochmal bestätigt. Im Januar 2021 hat die WHO das selbst zum Ziel ausgerufen.

Wir hatten gerade eben eine sogenannte öffentliche Anhörung, das waren drei Tage, in denen Bürger oder Assoziationen eine Meinung zu den Inhalten des Pandemievertrages abgeben konnten. Man hat nirgendwo davon erfahren - wir als World Council for Health haben die Informationen rausgeschickt und unser Server ist dabei zusammengebrochen, als wir dann so viele Menschen hatten, die eine Meinung dazu abgeben wollten.

Wir werden jetzt eben die Situation haben, daß es eine intransparente Entscheidungsfindung darin gibt. Und es sind maximal 70 Leute am Tag, in diesen drei Tagen zugelassen worden aus der ganzen Welt, etwas dazu zu sagen. Und wie Tess Lawrie, unsere Stellvertreterin bei diesen Anhörungen - jeder durfte zwei Minuten sprechen - dann auch bestätigen konnte: Fast ein Viertel aller Sprecher waren Mitglieder der WHO. Das heißt also, man muß sich nicht fragen, was die gesagt haben.

Es ging auch nicht darum, den Pandemievertrag zu diskutieren, sondern es ging nur darum, die Inhalte zu besprechen und Vorschläge für den Inhalt zu machen. Und der nächste Schritt ist, wie gesagt, jetzt ein Treffen zwischen 22. und 28. Mai und dann wiederum im August. Und im August soll das Ganze dann schon von den Staaten bestätigt werden. 2023 ist dann eine weitere Besprechung geplant und 2024 soll das Ganze ratifiziert werden.

Also es gibt einen ganz genauen Plan, in dem das stattfinden sollte. Und wenn man weiß, daß die ganzen letzten Jahrzehnte schon darauf anzielten, solche Pandemie-Alleinherrschaften der WHO zu kreieren, dann muß man sich nur angucken, daß eine Pandemie-Definition verändert wurde. Das waren nicht mehr eben die Todesfälle, es waren nur noch die Fallzahlen. Es wurde eine Herdenimmunität verändert!

Wir alle wissen, daß auch, wenn jemand Masern hat und danach eben Antikörper, daß auch das ein Schutz dabei ist. Aber die Herdenimmunität wurde geändert, daß nur eine Impfung eine Herdenimmunität machen kann, und deswegen eine natürliche Immunität komplett aus-

geklammert wurde - was wissenschaftlicher Unsinn ist. Wenn wir einen Infekt haben, dann haben wir Antikörper dagegen. Wenn ich gegen eine Impfung jetzt einen Antikörper gegen ein Spike-Protein habe - was übrigens ein Spike-Protein von vor zwei Jahren dabei ist, mit einer anderen genetischen Information - dann habe ich einen Antikörper, der sich darauf plaziert.

Aber wir wissen in der Zwischenzeit, daß ich, wenn ich einen Infekt mit Covid-19 habe, bis zu 50 Antikörper in der natürlichen Immunität habe und deswegen wird diese Break-Through-Veränderung, das heißt also diese Mutationen, die aufkommen. Wir können dazu immer mehr Studien im Moment sehen: Wenn Leute eine Impfung hatten, zwei Impfungen, drei Impfungen hatten, sie nur Antikörper gegenüber einem Teil haben und deswegen, weil diese Impfungen nicht sterilisierend sind, wir ganz viele neue Mutanten in den Geimpften züchten.

Das heißt, wir sehen schon, das gibt eine ganz, ganz große Vielzahl von Argumenten, die uns vieles hinterfragen läßt.

Elsa: Sie haben ja gesagt, daß jetzt schon sehr lange dahin gearbeitet wird auf diesen Plan, die Macht der WHO selbst da immer mehr auszuweiten. Die Frau Astrid Stuckelberger hat ja in einem Interview gesagt, ich glaube 2016 hat sie gesagt, wo dann die GAVI immer mehr Macht, an der Spitze der Macht sozusagen war, weil sie zu viel Gelder in die WHO pumpt und damit eigentlich einen großen Einfluß hat, sich da extrem viel verändert hat auch in der Strategie der WHO.

Christof Plothe: Ja, also wir hatten auch vor einer Weile ein Interview mit ihr vor der World Council für Health - und sie ist ja wirklich eine Insiderin, die die WHO sehr gut kennt, als ehemalige Mitarbeiterin davon. Da kommen wir zu dem Punkt, was wir ja am Anfang schon angedeutet haben, der Finanzierung. Wenn ich im Moment GAVI und Gates-Foundation, was im Grunde genommen identisch ist - die werden beide von demselben Mann kontrolliert - als größten Geldgeber der WHO haben.

Also in der ganzen Hierarchie der einzelnen Länder, die da sind, steht die private Finanzierung bei 80 %. Und von den Geldgebern, die die höchste Finanzierung haben, steht Amerika an erster Stelle. Und wenn wir GAVI und Gates zusammennehmen, steht es sogar noch über dem Budget von Amerika. Das muß einem klar machen, daß es hier keine freie Entscheidung gibt! Und nicht von ungefähr ist der einzige Ansatz gewesen, eine Impfung zu produzieren - sowohl Herr Gates als auch GAVI sind eine Impffobby. Dann von Unabhängigkeit zu sprechen, ist glaube ich eine Farce.

Elsa: Ja, das ist ja eben die Frage. Ich glaube, die Antwort ist relativ logisch, aber trotzdem werden es viele nicht so sehen. Kann man der WHO überhaupt noch trauen?

Christof Plothe: Also, wie gesagt, die Sachen, die wir auch am Anfang schon erwähnt haben, mit dem wie effizient die Vergangenheit dabei schon war. Wenn man weiß, die Vorsitzende z.B. der Covid-Task-Force, der WHO - eine sehr anerkannte Professorin hat selbst das Patent für Spike-Proteine in Impfung. Wenn ich weiß, daß es Unregelmäßigkeiten bei der Malaria-Impfung, die im Moment jetzt zugelassen wurde von der WHO. Das heißt, kein Konsens, also keine Einverständniserklärung der Eltern eingezogen wurde, um Kinder mit dieser Malaria-Impfung zu impfen und sie im Moment trotz einer Effizienz von nicht mal 30 % zugelassen worden sind.

Wenn ich weiß, daß jedes Jahr eben ca. 200 Millionen Dollar allein für Travelix Spences, also für Reisekosten für Spesenabrechnungen der WHO bezahlt werden. Ich weiß, daß es keine richtige Transparenz in diesen Geldern oder in der Auftragvergebung oder ... wer steht überhaupt hinter den Entscheiden? Wenn wir eine Entscheidung für uns alle Menschen haben wollten, dann wüßten wir auch gerne, wer die Fachleute dahinter sind, damit wir mit denen auch einen Austausch machen können.

Das heißt, wir haben sehr, sehr viele Fragezeichen was all diese Sachen angeht. Und gerade die Schweinegrippe war auch noch mal so ein Thema. Dieselben Leute, die damals die

Schweinegrippe ausgerufen hatten, sind auch wieder diejenigen gewesen, die jetzt die Pandemie mit Covid 19 ausgerufen haben. Wenn ich da vielleicht noch ein Wort dazu sagen kann. Wenn man weiß, daß jetzt einfach eine Pandemie nur von Fallzahlen abhängig war, dann ist es auch sehr merkwürdig, daß wir am 22. Januar 2020 grade mal 500 Fälle hatten und die WHO schon dazu aufrief, Vorsicht mit einer potentiellen Pandemie walten zu lassen und dann am 30. Januar 7.000 Fälle da waren. Diese 7.000 Fälle waren eigentlich nur wegen der Testmöglichkeit über dem PCR zu haben, von dem wir wissen, daß sie eigentlich nie zu Beurteilung einer Infektion zugelassen worden ist. Und wenn man dann weiß, daß dieser Test am 15. Januar von Herrn Drosten, das ist bei uns hier der Pandemie-Leiter in Deutschland bisher gewesen, selbst patentiert wurde.

Dieser Mann ist in die Position der Pandemieverwaltung gestoßen worden; ein Mann, der an jedem einzelnen PCR-Test auch noch Geld verdient. Und der ihn - obwohl wir wissen, daß ein PCR über 35 Zyklen nur noch genetischer Müll ist - mit 45 Zyklen zugelassen hat, während die WHO vorher sogar noch sagte, daß ein PCR über 23 Zyklen zur Diagnose überhaupt nicht geeignet ist.

Das heißt also: Wir haben einen Test kreiert, der einfach viel mehr Positives zeigt, als überhaupt notwendig wäre, weil nur Bestandteile von dem Virus, nur kleine Sequenzen davon schon ausgereicht haben, um jemand positiv zu nennen. Und wir haben nur diese Fallzahlen genutzt, um eine Pandemie auszurufen.

Das heißt, es gibt so viele Fragezeichen, so viele Verflechtungen in der Zwischenzeit und wir sehen international: je größer eine Organisation wird, um so anfälliger ist sie auch. Ob wir jetzt die VIVA nehmen, ob wir jetzt UNICEF nehmen, all diese großen Organisationen haben unglaubliche Budgets zur Verfügung.

Und wenn man jetzt weiß, diese neuen Pandemiepläne der WHO sind auch mit neuen Geldforderungen verbunden, die zwischen 10 und 30 Milliarden pro Jahr ausmachen sollen, und im Falle einer Pandemie, einer erfolgten Pandemie bis zu 100 Milliarden sein soll. Das heißt, hier sind Gelder, die natürlich eine große Transparenz benötigen, um sinnvoll verwaltet zu werden. Ob das wirklich passieren kann, mit dem, was wir aus der Vergangenheit von der WHO miterlebt haben, das ist die Frage.

Elsa: Wie Sie vorher erwähnten: Die WHO ist ein sehr undurchsichtiges Konstrukt, man weiß nicht genau, wer steckt da hinter den Entscheidungen? Es ist alles ein bißchen verwoben, verworren, verwaschen. Haben Sie das Gefühl, das wird absichtlich so gemacht und ist das irgendwie - hat das eine Eigendynamik bekommen, diese Organisation?

Christof Plothe: Also, mit dem, was mein gegenwärtiger Stand ist, würde ich das so sehen. Daß wirklich Organisationen, die sehr lange in Machtpositionen waren und vor allem personell recht homogen, sagen wir mal so, besetzt wurden. Nehmen wir mal die Regulationsbehörden dafür, für die Interventionen, die überall gemacht wurden, in Amerika die FDA und die CDC. Wir haben einen Mann mit Herrn Fauci in der CDC, der seit Mitte der 80er-Jahre Chef der Organisation ist. Da konnten sich in der Zwischenzeit Machtstrukturen etablieren, die weit über die Befugnisse dieser CDC hinausgegangen ist.

Und wir wissen z.B. durch die Veröffentlichungen - das wissen Sie wahrscheinlich auch - Pfizer hatte ja vor kurzen noch beantragt, die Zulassungsstudien erst in 75 Jahren zu veröffentlichen. Daraufhin gab es ja glücklicherweise einen sehr rigorosen Richter, der das Ganze doch noch aufdecken ließ. Das Argument von Pfizer war, daß sie über 500.000 Seiten der Zulassung hätten und das Jahrzehnte dauern würde, die alle auszuwerten und zu präsentieren. Worauf der Richter netterweise dazu sagte: "Wie kommt es, daß sie in 65 Tagen diese 500.000 Seiten hatten und eine Impfung zulassen konnten, aber uns das mitzuteilen mehrere Jahrzehnte dauern soll?"

Dieselbe Frage müssen wir natürlich der EMA und der FDA und der CDC stellen und natür-

lich auch der WHO. Denn, was jeden Monat im Moment veröffentlicht wird, was schon in den Zulassungsstudien bekannt war, müßte eigentlich im Moment das Ganze zum Halten bringen. Wir wissen, daß jetzt weitere 10.000 Seiten im April veröffentlicht werden. Wir wissen, daß von Anfang an Pfizer wußte - und damit sollte es ja auch die WHO gewußt haben und all die anderen Regulatorien - daß natürliche Immunität nicht gleichbedeutend, wenn nicht sogar viel stärker ist, als die Impfmunität.

Das heißt also, das war von Anfang an bekannt, und trotzdem - hier in Deutschland sind es momentan drei Monate, wenn sie ein Genesenen-Zertifikat haben. Ich weiß nicht, was es in Österreich gerade ist. Aber weltweit wird den Menschen nicht mehr als sechs Monate gegeben, obwohl wir wissen, daß es ein viel effektiverer Schutz auf die Zukunft ist, auch wenn neue Varianten auftreten. Das heißt also: Wir haben sehr berechtigte Zweifel aus dem, was in der Vergangenheit schon passiert ist, ob die Struktur der WHO, wie sie im Moment eben existiert, tatsächlich geeignet ist, solche Empfehlungen auszusprechen.

Elsa: Welche Rolle hat denn die WHO im Ganzen in der Pandemie und den Umgang damit, beziehungsweise den Maßnahmen, Impfungen usw. gespielt? Ein paar Sachen haben Sie ja jetzt schon angesprochen. Aber viele wissen gar nicht, für was die WHO jetzt eigentlich verantwortlich war, was wir hier dann ausbaden haben müssen?

Christof Plothe: Wir können davon ausgehen - wie gesagt, es ist eine Frage der Transparenz, auch hier wieder - daß von der Ausrufung der neuen Definition der Pandemie, von der Empfehlung der Impfung als einzige Möglichkeit diese Pandemie zu bekämpfen, von der Ausrufung der Lockdowns und der Masken - die WHO die Verantwortlichen dahinter waren.

Das heißt also, wir wissen in der Zwischenzeit - gerade ist eine neue Studie aus Schweden erschienen - daß wir nicht nur berechtigte Zweifel an der Effizienz von Masken haben sollten. Sondern, daß sie ... gezeigt haben, daß sie nicht effizient sind. Wir wissen, daß der Lockdown mit John Hopkins, noch nicht einmal 0,2 % der Letalität eingespart hat. Wir wissen also, daß diese Mechanismen eigentlich zur Eindämmung der Pandemie nicht geeignet sind.

Wenn sie im Fernsehen gerade sehen, die rigorosen Null-Covid-Systeme - die furchtbaren Bilder, die uns auch Shanghai erreichen, wo Leute jetzt schon wochenlang in ihrer Wohnung eingesperrt werden. Oder in Neuseeland, das auch eine Zero-Covid-Strategie hatte, die haben nicht funktioniert. Das waren eigentlich nur übertriebene Maßnahmen, die die WHO auch mitempfahl. Merkwürdig war einfach, daß China das erste Land war, das die Lockdown-Maßnahmen annahm und die WHO das sehr gerne als Lösungsvorschlag mit ins Programm aufnahm.

Wie gesagt, wir hatten das vorher noch nicht und es ist eine Illusion, einen Erreger aus dem Haus aussperren zu können. Sobald die Türen wieder aufgehen - und wir können nicht uns alle für den Rest unserer Generationen einschließen, sobald wir einen niedrigeren Immunstatus haben. Was wir noch dabei sehen: Kein Mensch hat uns die ganze Zeit erzählt, wie wir ein Immunsystem stärken können, obwohl wir wissen, daß z.B. Mikronährstoffe wie Zink den Eintritt des Virus in den Körper verhindern, oder Vitamin D.

Da gab es eine schöne Schweizer Metaanalyse, die zeigen konnte: Vitamin D-Werte über 50 Nanogramm/Milliliter Null-Letalität mit sich führt. Das war eine Metaanalyse von ... ich weiß nicht wie groß dabei die Gruppe war, aber das sind Zahlen, die schon recht früh (bekannt waren) ... Wenn da eine Organisation gewesen wäre, die an unserer Weltgesundheits-Organisation interessiert gewesen wäre, uns die bestimmt mitgeteilt hätte. Es gab einzelne Versuche in Schottland, in Altersheimen.

Wir wußten ja auch, die Todesrate ist über 80 in der höchsten Anzahl, da drunter sind es gerade mal 7 % unter 85. Wir wußten diese Sachen, wir wußten die von Anfang an, und dennoch wurde die gesamte Bevölkerung und darüber hinaus auch gerade die Kinder mit in diesen Pott hineingeworfen. Was sehr gut zeigt, daß wir niemals einen Ansatz für alles haben sollten. Wir

haben lokale Unterschiede, wie haben andere Genetik, wir haben anderes Klima, wir haben andere Ernährungsweisen, wir haben eine andere Bevölkerungsstruktur.

Afrika z.B. hat nun mal auch nicht die älteren Leute, so gesehen ist die Todesrate auch eine ganz andere. Dort sind 65 % in der Zwischenzeit mit einem positiven Titer. Da ist eine Impfquote von 16 %, dennoch gibt es das Thema Covid in den meisten afrikanischen Ländern gar nicht mehr. Das heißt also, da gab es eine Methode, in der man anders gehandelt hat und die Vitamin D-Werte in Afrika sind bestimmt andere, als auch bei uns - das muß ich ja hier auch nicht dabei erwähnen. Aber wie kommt's?

Wenn wir eben, ich habe 2021 vom italienischen Senat mit 30 Experten aus der ganzen Welt Behandlungskonzepte vorgestellt - ich hatte Prävention und Gesundheitsförderung als Thema. Die Studien, die wir da schon zur Verfügung hatten, ich hatte allein über 500 Studien über Ernährung, Mikroernährungsstoffe etc. die hocheffizient dabei sind. Wir haben Hunderte von Patienten auch mitbegleitet in den letzten Jahren; wir haben keinen einzigen zum Glück dabei ... verloren. Aber wir hatten effektive Behandlungskonzepte, zum Beispiel Peter MacCallum, den Sie vielleicht kennen, der meist zitierteste Kardiologe der Welt. Der hatte im Mai 2020 bereits Protokolle dabei entwickelt zu 85-95 % Effizienz.

Dennoch wurden von der WHO die ganze Zeit keine von diesen Protokollen implementiert, statt dessen werden immer noch - ich habe gerade einmal gecheckt auf der WHO-Webseite vor ein paar Tagen - Medikamente empfohlen, die sogenannte negative Effizienz haben. Remdesivir ist ein Mittel, ein antivirales Mittel was nachgewiesener Weise eine Effizienz von minus 30 % hat. Was macht das noch in unseren Krankenhäusern, während wir wissen, daß so viele andere Medikamente, und es gibt so viele Experten, die uns dazu eben so viel erzählen könnten.

Wie kommt es, daß eine Organisation sagt: Hier ist der eine Weg - und alles andere existiert nicht. Hätten wir nicht annehmen können, daß alle diese Leute miteingeladen werden, sich daran zu beteiligen. Ich habe gestern nochmal im Interview dabei gesagt, auf der WHO-Website können sie Covid-Mißinformationen eben melden.

Sie können also ihre Nachbarn anschwärzen oder die Familienmitglieder, die was Kritisches gesagt haben. Aber es gibt keinerlei Teil auf dieser Website, die eben aussagt: Sie haben einen Vorschlag, sie haben eine Studie, sie haben Erfahrungen; sagen sie uns doch was bisher geholfen hat, und wir versuchen das mit aufzunehmen.

Diese feste Meinung mit einer kompletten Ignoranz, mit einer kompletten Zensur, die überall stattgefunden hat in den letzten zwei Jahren, ist mehr als nur fraglich - sie ist ziemlich schockierend. Ich habe wissenschaftliche Kollegen aus der ganzen Welt, die ihre Papers nicht einmal mehr in die jeweiligen Journals reingebracht haben, weil die abgelehnt haben, was kritisch ist eben zu formulieren. Und wie man dann sagen kann: Ja, wir als WHO, wir sind für den wissenschaftlichen Weg. Es ist unwissenschaftlich nach 65 Tagen einer Zulassung, eine komplett neue Gentherapie eben die Bevölkerung als Versuchskaninchen dabei zu benutzen. So etwas darf einfach nicht mehr passieren!

Und wir sind daran, auch Lösungsvorschläge mit Forschern aus der ganzen Welt zu entwickeln; und ein weiterer Fall, in dem tatsächlich noch nicht erprobt ist mit hochkritischen - wir wissen ja in der Zwischenzeit, daß sich die mRNA tatsächlich auch in unser Genom integriert, da ist eine schwedische Studie darüber herausgekommen. Ich könnte jetzt ewig darüber reden, aber wir haben doch keine Ahnung, was sie uns angetan haben.

Wir hätten eine Beobachtungszeit von mindestens zehn Jahren für diese Technologie gebraucht. Wir hatten existierende Sachen. Wir hatten Hydroxiklorotin. Wir hatten Ivermectin. Wir hatten verschiedene andere Medikamente, wir hatten Vitamin D. Warum sind diese nicht eingebaut worden? Warum hat man tatsächlich ein Jahr lang gewartet, ohne den Menschen Medikamente zu geben, die hocheffizient sind, bis eine Impfung kam. Das ist eigentlich ein

Verbrechen. Und wir hoffen, daß es eben auch zur Aufklärung davon dann kommt, wie so etwas geschehen konnte.

Elsa: Alle diese Schilderungen jetzt, und auch vorher hatten sie erwähnt, der WHO kann es ja gar nicht um die Gesundheit der Menschen gehen. Es sollte aber eigentlich um die Gesundheit der Menschen gehen. Aber ist das dann nicht irgendwo (ich sage jetzt mal) logisch, daß wenn der Geldgeber oder die hauptsächlichlichen Geldgeber Private sind, mit auch eigenen Interessen. Daß die scheinbar dem Vorhaben, den Menschen zu dienen, ein Schnippchen schlagen und deshalb die WHO mehr in die andere Richtung tendiert?

Christof Plothe: Sie haben es gerade gesagt, eigentlich ist das logisch. Ja, ich glaube mehr muß ich dazu gar nicht sagen. Wie gesagt, ich beschäftige mich mit verschiedenen medizinischen Themen seit Jahrzehnten und diese zunehmende Zensur, diese zunehmende Zentralisierung in den medizinischen Richtlinien, da ist die Pandemie eigentlich nur der Gipfel. Wir haben das schon in ganz, ganz vielen Bereichen erlebt, was die Definition von dem gesunden Blutdruck, von dem gesunden Blutzucker, was den Ansätzen davon eben geht, mit verpflichtenden Impfungen. ... Das sind im Grunde genommen alles Verpflichtung für Therapeuten und für Patienten, die es nicht hätte geben dürfen.

Jeder Mensch ist ein Individuum. Jeder Therapeut ist ein Individuum. Und die Interaktion der Medizin ist auch eine Kunst, ist nicht einfach nur eine Reproduktion, sonst könnten wir uns alle digital ersetzen lassen. Das wäre gar kein Problem. Passiert auch jetzt schon. Wie gesagt, es ist eigentlich nur der Höhepunkt von einem Prozeß, den wir eigentlich schon seit Jahrzehnten kritisch betrachtet haben.

Elsa: Ja das wäre noch eine Frage gewesen. Wie Sie jetzt sagen, die Richtlinien wurden immer enger und dem Arzt wurde immer mehr die Kompetenz abgesprochen, selber entscheiden zu können. Es wurde alles pauschalisiert, eben globalisiert. Dann wurde auch die Pandemie so vorbereitet, wie sie dann auch durchführbar war. Eben mit der Änderung der Definition der Pandemie, mit der Änderung der Herdenimmunität, mit der Änderung Definition von Impfung usw. wie Sie ja schon selbst erwähnt hatten. Das sieht alles aus, als wäre es ein langer Plan. Sehen Sie das so, wenn ja, wo soll denn der jetzt hinführen? Als nächstes kommt dann der globale Pandemievertrag. Wo soll das jetzt alles enden?

Christof Plothe: Das Interessante ist, wenn wir so was vor zwei Jahren geäußert hätten, wären wir gleich ins Verschwörungsmilieu gekommen.

Elsa: Das werden wir jetzt auch.

Christof Plothe: Ich dachte wir sind schon etwas weiter. Tatsache ist, eines von den erklärten Zielen der Globalisierung der Medizin ist natürlich auch die Überwachung, die Digitalisierung von allen Daten, die wir haben und die Nachvollziehbarkeit von unserem Impfstatus, von unseren Gesundheitsdaten etc., was ja eigentlich auch Vorteile mit sich bringt. Wir hatten gerade eine wunderbare Präsentation aus Brasilien über die Wirksamkeit von Ivermectin. Dort sind alle medizinischen Daten, wie bereits in Skandinavien oder jetzt vor allem auch in der Ukraine. Ukraine hat einen voll digitalisierten Impfpfaß, der mit in eine App integriert ist.

Ich glaube, es ist aber keine Verschwörungstheorie hier zu sagen, wir sind einfach eines der erklärten Ziele. Das sagen ganz viele globalistisch denkende Organisationen in der Zwischenzeit. Man muß wissen, auch die WHO ist nur Teil einer größeren Organisation. Das war mir vorher auch nicht so bewußt. Das können Sie auf Wikipedia selbst nachsehen. Die UHC (Universal Health Care) 2030 ist eine übergeordnete Organisation über die WHO - und siehe da, die wird gefördert von der Weltbank und der WHO. Das heißt, die sind die Hauptsponsoren.

Die hat zusammen mit den Global Leader Summit, mit dem World Economic Forum (WEF) etc., ein ganz klares Ziel, die Digitalisierung - gerade im medizinischen Sektor - all unsere Daten über einen grünen Paß, wie er im Moment so nett benannt wird, oder eine andere App.

Diese Tendenz sehen wir schon in all den Smart-Watchers, in all den schönen Apps auf dem Smartphone etc., wie praktisch so was auch sein kann. Gar keine Frage, wir haben in der Zwischenzeit Kardiologen, die nur noch die Auswertung dieser Apps aus der Distanz beobachten. Ich hatte vor kurzem ein interessantes Gespräch mit einem Tierzüchter, der sagte, daß den Kühen dort bereits bei der Geburt ein Chip implantiert werde, der die Blutwerte und auch den Rest überträgt und der Tierarzt gar nicht mehr dabei herauskommt, sondern das Ganze vor seinem Schreibtisch an der Uni ausgewertet mit Hilfe von Logarithmen. Das heißt, das ist keine Verschwörung, das wird bei Tieren bereits so angewandt. Der nächste Schritt ist, das auf den Menschen eben auszuweiten.

Da müssen wir uns halt fragen, ob wir das tatsächlich wollen. Und wie oft werden viele sagen: "Was habe ich zu verheimlichen. Das sind ja meine Daten." Nur wenn da Daten drinnen sind, die von den Versicherungen genommen werden. Wenn für die Anstellung diese Daten genommen werden, wenn für meine Reise diese Daten genommen werden. Wenn für meinen Schulbesuch oder für meinen Unibesuch diese Daten genommen werden - und wenn ich nicht der Norm entspreche, ich da keinen Zugang zu diesen Sachen habe, dann ist das eine sehr problematische Sache.

Wir werden den Prozeß der Digitalisierung nicht aufhalten - wie gesagt in Skandinavien. Ich habe Patienten aus der ganzen Welt - und wenn ich die aus Skandinavien bekomme, dann präsentieren mir die mir kurz nur ihren Zugangscode und dann habe ich die gesamte Akte von der Geburt und noch früher bis jetzt mit allen Röntgenbildern, mit allen Blutwerten, mit allem was es dabei eben gibt. Aber wie gesagt, wenn darin dann steht, ich MUSS diese und diese Impfung - ich MUSS diese Sache hinter mich gebracht haben, um überhaupt noch am Leben teilnehmen zu können - und das mit Methoden, die wir im Moment sehr, sehr anzweifeln müssen, ob sie tatsächlich diesen Status verdienen, dann ist das eine sehr problematische Sache.

Und ich glaube, wie gesagt keine Verschwörung mehr, das ist ein direktes Ziel. Ich glaube auch, deswegen ist im Moment ein Nachlassen trotz der Daten, die wir haben. Und ich glaube niemand konnte voraussehen, wie hoch die Nebenwirkungszahl dabei ist. Wir sprechen im Moment von VERS-System und EMA von über 60.000 Toten. Wir haben damals die Schweinegrippeimpfung nach 30 Toten vom Markt genommen. Wir hatten noch nie ein Medikament, bei dem wir still beobachtet haben, wie die Todesrate immer weiter nach oben geht und darüber hinaus die Effizienz jetzt ins Negative geschwappt ist.

Ich kann mir kein Blutdruckmittel vorstellen, was wir auf den Markt gebracht haben und nach zwei Jahren haben wir mehr Bluthruckerkrankte als vorher und man trotzdem sagt: Ja hätten wir das nicht gemacht, hätten wir noch mehr. Diesen Menschen hätte keiner ernst genommen. Aber irgendwie tun wir das gerade mit dieser Impfung noch weiter und wir müssen uns fragen: Wenn es nicht die Gesundheit der Menschen ist, was ist dahinter das Ziel? Und das muß sich wohl jeder selbst beantworten. Aber jeder kann auf die Webseite der WHO, jeder kann auf die Webseite vom World Economic Forum gehen und kann sich selbst davon überzeugen, was da steht.

Elsa: Ja es tauchen immer mehr Nebenwirkungen auf; es fällt ja trotzdem immer mehr auf, es wird immer mehr publik. Es werden immer mehr Studien darüber freiwillig von Ärzten gemacht - also die das ehrenamtlich machen, um da Licht ins Dunkel zu bringen - weil die andere Seite hat da wenig Interesse daran, wie wir wissen. Aber es kommt ja immer mehr ans Licht. Ist da für Sie eine Hoffnung da, daß das einfach dann dadurch vielleicht zu einer Änderung kommt oder zu einem Verhindern eines Teils dieses Prozesses zumindest?

Christof Plothe: Also Sie sprechen da etwas ganz Wichtiges an. Wenn wir ein Teil eines Experiments gewesen wären - ich habe das damals bei der Einführung der Impfung einem Journalistenteam und Mitgliedern der STIKO, das ist die Impfenehmigungsbehörde in Deutsch-



land - präsentiert, dann sollte es auch eine klare Nachvollziehbarkeit der einzelnen auftretenden Symptome sein. Es wäre kein Problem gewesen eine kleine App zu programmieren und jeder kann eingeben: Ich habe Kopfschmerzen nach der Impfung. Ich habe die Kontrolle über meine Blase verloren. Ich habe eine Halbseitlähmung. Ich habe eine Epilepsie, ich habe einen Herzinfarkt, ich habe einen Schlaganfall etc. dabei bekommen.

Das hat man nicht getan. Statt dessen hat man sogar die Kontrollgruppe noch geimpft, damit es auch ja keinen Vergleich gibt. Und man hat das Ganze weltweit gleichzeitig eingeführt, so daß man auch nicht sagen kann: "Oh guck mal, das Land hat es überhaupt nicht gemacht und die haben ganz andere Werte." - wäre gefährlich.

Das heißt, das sind schon Sachen, die uns auffallen sollten. Nur, jetzt haben wir die Situation, daß mehr Leute, Leute in ihrem Bekanntenkreis kennen, die Reaktionen nach den Impfungen hatten - vor allem nach der dritten oder auch der vierten - als Fälle von Leuten, die an COVID verstorben sind oder damit Probleme haben. Wir haben zwar ein Long COVID, aber da könnte ich ewig darüber sprechen. Da wissen wir im Moment eine Menge über die Mechanismen und auch, was für Behandlungsstrategien es gibt und da kann auch jeder bei uns auf die World Council for Health-Website gehen und sich Vorschläge dazu holen. Wir haben regelmäßig auch Updates davon und das ist auch eine behandelungsfähige Sache.

Aber, wie gesagt, je höher die Nebenwirkungszahl geht - und sie steigen gerade wirklich ins Unermeßliche - weltweit und darüber hinaus. Ein wichtiges Kriterium hätte ja immer sein sollen - sowohl in den Zulassungsstudien als auch in der Beobachtungszeit als auch jetzt - die Gesamtmortalität. Wir wissen, daß in den Zulassungsstudien (man muß sich das vorstellen), mehr Leute in der Geimpft-Gruppe gestorben sind als in der Ungeimpft-Gruppe. Das alleine wäre schon ein "No-Go" für die Zulassung eines Medikaments gewesen. So müssen wir uns fragen: Wie kam es, daß die WHO trotz dieses einfachen Faktums die Impfung weiterempfohlen hat?

Wie wenn wir jetzt sehen, die großen Lebensversicherungsagenturen, das wissen Sie ja wahrscheinlich auch, aus Amerika, aus Europa sprechen jetzt langsam eben von 40 %. In Benelux-Ländern war sogar eine Lebensversicherung, die über 500 % Übersterblichkeit hat. Das hatten wir noch nie gehabt. Selbst in Kriegszeiten hatten wir keine 40 % Übersterblichkeit auf einer Gesamtebene.

Es gab grad eine Studie auch im Lancet über die Übersterblichkeit in allen Bundesländern in Deutschland, und die war korreliert mit Anzahl der Impfung: Je mehr Impfung, um so höher ist die Übersterblichkeit. Das heißt, ich muß mir nicht angucken, was alles gemeldet wurde, weil gemeldet wird maximal 1 %. Das wissen wir aus einer Harvard-Studie. Aber wir wissen trotzdem, durch die Gesamtstatistiken über die Übersterblichkeit, was passiert. Und da müssen wir uns auch fragen - die Engländer waren die Ersten, die diese Daten monatlich sehr gut aufgeteilt veröffentlicht haben.

Seit sie eben wissen, daß die Effizienz wie gesagt unter 85, bei allen in der Zwischenzeit zwischen 178 % und 300 % negativ ist, haben sie die Webseiten einfach geschlossen. Um die Bevölkerung - das war die offizielle Erklärung - nicht zu beunruhigen und Zweifel an dem gängigen System zu haben. Wie kann es dazu kommen? Wenn wirklich jemand an unserer Gesundheit orientiert ist, dann müßten das alles rote Flaggen sein. Sagen wir: Moment, jetzt setzen wir uns alle zusammen und bereden, ob das tatsächlich der richtige Weg war.

Elsa: Kann eigentlich der globale Pandemievertrag auch eine globale Impfpflicht fordern oder erzwingen?

Christof Plothe: Absolut. Das ist einer der Hauptkritikpunkte von uns da dran. Wie Sie wissen, der Europarat hat auch gerade seine Ablehnung - der Europarat ist ja nicht das europäische Parlament - der allgemeinen Impfpflicht revidiert und hat einer Impfpflicht in ganz Europa zugestimmt. Eines der erklärten Ziele sind tatsächlich die Impfmandate, explizit von der

WHO auch erwähnt. Und das sollten wir uns wirklich in Anbetracht der Situation gerade - ich meine, Deutschland ist gerade ein bißchen daran vorüber geschlittert, Sie sind ja auch noch mittendrin. Wir wissen auch noch nicht, was im Juni in Österreich wieder passieren wird. Aber wenn wir uns vorstellen, wir sind noch diese beiden Dinosaurier-Länder, die überhaupt das Wort "Impfpflicht" im Moment in den Mund nehmen. Aber schauen wir auf europäische Ebene, was dort die Empfehlungen dabei sind. Wie gesagt, die EU war einer der Hauptangreifer dieses Pandemie-Abkommens. Die EU hat sich mit 25 weltführenden Politikern im März 2021 zusammen hingesetzt und das gefordert. Warum wußte man damals schon, daß nur eine verpflichtende Impfung uns da rausbringen würde, während es noch gar keine Anzeichen dafür gab, daß es funktionieren würde?

Und wieso spricht jetzt noch jemand darüber, obwohl wir wirklich ganz klar wissen, im Vergleich mit anderen Ländern - mit Schweden, mit Florida, in dem weder die Isolation, noch die Masken, noch die Impfung soweit war wie hier - die besten Zahlen im Moment sind.

Wie kommt es, daß wir nicht diskutieren, was in Afrika die Situation ist oder in Indien, die ein Riesenproblem haben. Wir erinnern uns, vor ein paar Tagen waren die Medien voll über das furchtbare Sterben in Indien. Und danach (verabreichten) sie wieder ... Ivermectin, was die WHO - man muß sich das vorstellen, die WHO - Indien verboten hatte. Einzelne Mediziner in Indien haben sich darüber gestellt und Ivermectin wieder eingeführt und in Indien spielt es keine große Rolle mehr.

Alle anderen Länder, die weiterhin eine ganz, ganz große Impfrate als einzige Lösung dabei gesehen haben, Südkorea z.B., die haben die höchsten Inzidenzen. Island hat die höchste Inzidenz im Moment überhaupt. Island hat daraus eine Schlußfolgerung gemacht, alles aufzumachen und sich an Omikron anstecken zu lassen. Aber Südkorea ist immer noch auf dem weiteren Pfad der Impfung. Man fragt sich nur: Mit den Daten, die wir haben, wie ist das überhaupt noch zu rechtfertigen? Wie kann eine Weltgesundheits-Organisation noch nicht einmal dieses Thema überhaupt auf den Tisch legen? Das war ja auch ein weiteres Problem in der gesamten Zeit in den letzten zwei Jahren.

Wie kam es, daß wir egal wo, auf internationaler und nationaler Ebene immer nur ein, zwei sogenannte Experten hatten, die das Medienbild bestimmt hatten? Das war in Österreich ja auch nicht anders als bei uns. Aber wie kam es, daß in Amerika ein Herr Fauci, in Deutschland Herr Drosten etc. die Medienlandschaft dominiert haben und alle anderen Sachen nicht zugelassen haben? Das müßte selbst Menschen, die normalerweise gerne den Weg der Vorschrift nehmen, genügsam dabei weiterverfolgen, im Nachhinein sehr merkwürdig vorkommen. Denn, wie gesagt, mit was wir anfänglich angegangen haben, die Medizin ist niemals nur einseitig, sie ist immer offen. Ein Mensch hat sehr, sehr viele Ebenen und so auch das Leben.

Elsa: Ich möchte jetzt noch kurz zum Pandemievertrag im Detail kommen. Was gibt es da für brisante Inhalte, die besonders besorgniserregend sind?

Christof Plothe: Die WHO hat ja eine eigene Verfassung und das allein ist ja auch schon interessant. Wir können im Moment noch nichts über den Pandemievertrag sagen, weil es den noch nicht gibt. Das heißt, er wird im Moment eben erst ausgearbeitet, und ich fürchte, die Transparenz der Entstehung dieses Vertrages wird nicht besonders groß sein. Die Ratifizierung wird dann ohne unsere Meinung und ohne unsere Partizipation durchgeführt. Aber von den Veränderungen, die wir im Moment wissen, Artikel 2 der Verfassung hat der WHO eigentlich schon alle Rechte mitgegeben, koordinierende Stelle im Gesundheitswesen zu haben und zu fördern und zu lenken, alle Forschung, die auch in diesem Bereich da ist.

Man muß sich fragen, wie sinnvoll es ist, daß eine übergeordnete Organisation, selbst die Forschung lenkt, was wir in den letzten Jahren gesehen haben. Wir haben Tausende von Studien darüber, wir haben tausend Studien allein über die Nebenwirkung und die Schädlichkeit der

Impfung jetzt im Moment zur Verfügung. Keine von denen ist von der WHO gesponsert worden.

Das sind alles mutige Forscher, die das im Alleingang gemacht haben. Und sie können die Krankheiten definieren, d.h. wir sehen nicht nur in der Pandemie können sie definieren, sie können jede aufkommende Krankheit definieren. Und sie können die Diagnostik und die Therapie standardisieren. Das auch ist wiederum sehr problematisch, wie wir jetzt bei PCR und anderen gesehen hatten.

Wie kommt es zu so einer Diagnostik? Früher hatten wir eine Diagnostik, wenn ein Mensch krank war, Symptome hatte, er anfing zu husten und zu schnupfen. Danach hat man erst einen Grippe-Schnelltest, einen Influenza-Schnelltest mit ihm gemacht. Jetzt machen wir einen Test mit ihm, obwohl er noch gar keine Symptome hat.

Also, wie kommt es, daß wir das allein schon in die Hand der WHO legen? Und dann Artikel 19 darüber hinaus, der Artikel 19 besagt, daß zur Beschließung von diesem Pandemievertrag nur eine Zweidrittel-Mehrheit der 196 teilnehmenden Länder notwendig ist, d.h., wir brauchen nicht mal die volle Zustimmung aller Länder. Wenn das jetzt passiert, ist es bindend selbst für die Länder, die sich daran nicht beteiligen wollen. Das allein ist auch schon ein Unding. Wie kann ich als souveränes Land dann gezwungen werden, weil die anderen das entschieden haben, das alles mit zu übernehmen.

Und Artikel 21 spricht dann auch von der Haftung, die daraus schließt, und da geht es um die konsequenten Sachen, die Lockdowns, die Zwangsimpfung, die ganzen sanitären Maßnahmen usw. betrifft. Das heißt, das sind die Sachen, die man in diesen International Health Regulations jetzt schon verschärfen will - man will überall das 'kann' dabei streichen, daß 'muß' dafür einsetzen.

Aber was der tatsächliche Vertrag noch alles beinhaltet, das können wir uns im Moment noch gar nicht ganz vorstellen. Aber ich glaube, allein diese drei Paragraphen sind schon genug, um uns sehr kritisch damit auseinanderzusetzen.

Elsa: Das wäre dann auch die abschließende Frage. Was kann denn der Einzelne überhaupt dagegen tun, gegen diesen Vertrag, gegen diese Entwicklung, gegen diese unfaßbare Machtübernahme der WHO?

Christof Plothe: Also, wenn man weiß, wieviel Geld dahintersteckt, wenn man weiß, wieviel wir in den Medien bis jetzt davon gehört haben - also hier in Deutschland eigentlich gar nichts, egal mit welchem Freund, egal mit welchem Kollegen ich spreche - eigentlich hat niemand was eben darüber gehört. Dann ist uns schon klar, gegen was wir hier gerade irgendwie sind.

Aber wir hoffen einfach, und deswegen sprechen wir heute auch miteinander, daß wir diese Informationen rausbringen, daß die Menschen darüber informiert werden, daß sie sich austauschen. Daß sie erfahren - und das haben wir auch auf unserer Webseite stehen - welche Repräsentanten in ihrem Land dafür zuständig sind. Ich schätze auch, daß ein Großteil der Politiker sich nicht darüber im Klaren ist, was das Ganze beinhaltet.

Wenn man weiß, wie der Alltag eines Politikers dabei immer ist von Termin zu Termin, und da kommt ein Berater und der sagt jetzt: Hier deine Unterschrift, da deine Unterschrift drunter! Ich war mit Politikern auf Landesebene, auf Bundesebene, auf europäischer Ebene in den letzten Jahren viel zusammen. Ich weiß, wie Entscheidungen dabei gefällt werden. Darauf können wir ... auch nicht setzen.

Aber, informieren Sie ihre Politiker ... Das, was Sie z.B. durch gemeinnützige Organisationen, wie die "World Council for Health" erfahren, Sie können da auf die Website gehen, da kriegen Sie auch Vorschläge für Anschreiben, Sie kriegen Informationen, Hintergrundorganisationen. Beschäftigen Sie sich mit dem Thema! Verbreiten Sie das Ganze! ... Unsere Hoffnung dabei ist, wir werden auch bald eine Konferenz in Bath in England über allgemeine me-

dizinische Themen haben.

Dabei wird das natürlich auch ein großer Punkt sein, Alternativen anzubieten. Es gibt im Moment eine kleine Bewegung von verschiedenen Organisationen, die sich damit beschäftigen, anstatt eine Pandemie-Treaty - the People's-Treaty, also den Vertrag der Menschen abzuschließen. Und da dürfen die Menschenrechte nicht angetastet werden.

Denn wir haben in den letzten zwei Jahren massive Verletzungen von Menschenrechten gesehen, die uns eigentlich durch ganz viele Gesetze, nationale und internationale Gesetze zustehen, aber interessanterweise auch die gesamten gesetzgebenden Apparate und auch die ganzen Juristen geschwiegen haben.

Wir haben in Deutschland auch den Fall gehabt, daß Leute, die sich dagegen aussprachen, sogar zu Hause von Offiziellen Besuch bekommen haben. Das ist alles keine Verschwörung. Wir haben enormen Druck auf das ganze System dabei erlebt. Ärzte, Wissenschaftler, Juristen, die sich dagegen ausgesprochen hatten, wurden tatsächlich unterdrückt, haben ihre Lizenzen teilweise entzogen bekommen. Das darf nicht die Zukunft sein.

Das heißt, das sollte uns allen klar sein, wir sollten uns informieren, wir sollten aktiv werden und wir sollten uns größeren Organisationen, die sich damit beschäftigen - World Council for Health ist nur eine davon - auch anschließen. Wenn ich da noch vielleicht erwähnen darf, gerne auch etwas spenden. Wir sind komplett unabhängig und finanzieren uns nur rein durch Spenden.

Wir sind eine Organisation von Menschen für Menschen, wie wir gerne sagen. Dann werden wir sehen, wenn Menschen in der ganzen Welt - wir haben in der Zwischenzeit über 170 Länder, die im Moment uns durch verschiedene Organisationen mit unterstützen. Wir arbeiten ständig daran, das weiter voranzubringen, weiter zu gestalten, weiter zu informieren und hoffentlich auch etwas damit bewegen zu können.

Elsa: Wunderbar. Danke vielmals Herr Plothe für das Gespräch.

Christof Plothe: Ich danke Ihnen.<<

**26.04.2022**

**China: Die deutsche Autor und Verleger Peter Haisenko berichtet am 26. April 2022 (x1.139/...): >>Schanghai-Lockdown und Rußland-Sanktionen: Wie der Westen zusammenbrechen wird!**

Hunderte Containerschiffe liegen auf Reede, weil sie nicht entladen werden können. Die Containerpreise explodieren und die Lieferketten sind ins Stocken geraten. Mehr und mehr Produktionsbetriebe können nicht mehr mit voller Kraft arbeiten, weil Komponenten fehlen. Wir steuern auf eine Zeit des Stillstands zu.

Von *Peter Haisenko*

Bevor jemand in Panik verfällt ob meiner Prognose, die ich hier vorstelle, sollte man sich mit einem unerhörten Gedanken befassen. Was würde geschehen, wenn ein Jahr lang keine neuen Autos produziert würden oder andere Industrieprodukte, die nicht zum täglichen (Über-)Leben benötigt werden? Die Antwort ist komplex aber nicht unbedingt schrecklich.

In jedem Fall wird ein solcher Bruch die Menschheit zum Nachdenken zwingen, ob das Wirtschaftsmodell das richtige für das Wohlergehen der Zivilisation ist, das während der letzten 30 Jahre auf die Spitze getrieben worden ist: Der ungezügelter Globalismus mit der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte, wo immer man sie finden kann.

Es begann mit der Corona-Politik. Nein, nicht mit Corona, sondern nur mit der irrsinnigen Politik, die in dessen Namen befohlen worden ist. Weltweit. Lieferketten sind ins Stocken geraten. Dann lag die "Ever-Given" quer im Suez-Kanal und die Durchfahrt verzögerte sich um Wochen.

Seit mittlerweile etwa einem Jahr liegen Hunderte Containerschiffe vor Los Angeles auf Reede und die fehlen im feingespinnenen Netz des Welthandels. Und jetzt vor Schanghai, wenn

auch aus anderem Grund.

Der Stau vor der kalifornischen Küste ist bedingt von einer irrsinnigen Umweltpolitik. Die Logistik für die Be- und Entladung ist funktionsfähig, aber es fehlen die Lkw, die die Güter an- und abtransportieren sollen. Die dürfen nur noch in Kalifornien einfahren, wenn sie bestimmte Abgaswerte erfüllen.

Davon gibt es aber in den USA nicht genügend und so sind die Lager der Häfen überfüllt mit Waren, die nicht an ihren Bestimmungsort gebracht werden können. Es hakt im System. (Ist die Abriegelung Shanghais Teil der Strategie, die westliche Wirtschaft zu zerstören?)

### **China hat seine Exportabhängigkeit drastisch reduziert**

Anders in Schanghai. Inwieweit die Meldungen aus dieser Millionenmetropole die tatsächliche Lage darstellen, ist zweifelhaft. Vergleicht man die veröffentlichten Zahlen mit denen anderer Länder, ist ein Lockdown in Schanghai schwer zu begründen. Warum wird er aber dann durchgezogen? Die chinesische Führung weiß um die Folgen für den Welthandel, wenn dort Hunderte Containerschiffe festsitzen.

Ist der Lockdown in Schanghai also ein gezielter Angriff auf die Weltwirtschaft? Um hierzu eine mögliche Antwort zu finden, muß die Entwicklung der letzten Jahrzehnte in China betrachtet werden.

China hat während der letzten 30 Jahre eine Entwicklung hingelegt, die in der Geschichte beispiellos ist. Zunächst war Chinas Industriebau weitgehend abhängig von Exporten. Die Produktionsmenge konnte innerhalb Chinas kaum verkauft werden. Seit etwa zehn Jahren aber hat China die Bedingungen geändert und einen landesinternen Markt für seine Produkte aufgebaut.

Das heißt, daß China seine Exportabhängigkeit drastisch reduziert hat. Mehr noch, schwimmt China in ausländischen Devisenreserven und die drohen aktuell ihren Wert zu verlieren. Mit der Ukraine Krise und den finanztechnischen Aktionen Rußland steht das westlich dominierte Finanzsystem am Rand des Zusammenbruchs. Gerade der US-Dollar könnte zu wertlosem bedruckten Papier werden.

Unter diesen Gesichtspunkten kann es sein, daß sich China von dem Status als Billigwerkbank verabschieden will. Realistisch betrachtet ist es unsinnig anzunehmen, ein Volk von 1,5 Milliarden könnte nicht weitgehend autonom existieren.

Immerhin sind das doppelt so viele Menschen, wie die NATO-Länder beheimaten. Geschickt hat sich China seit 50 Jahren westliche Technologie ins Land geholt und sogar weiter entwickelt. In manchen Bereichen zählt China schon zur Weltspitze. Dennoch behandeln die USA China wie ein Entwicklungsland und Deutschland tut das auch. Immerhin überweist die BRD immer noch Entwicklungshilfe nach Peking.

Die USA wiederum versuchen immer noch, China zu dominieren, obwohl sie in zu vielen Bereichen nahezu vollständig von Produkten aus China abhängig sind. Wie wir auch. Der Westen hätte schon lange sein Verhältnis zu China revidieren müssen, hin zu einem Partner auf Augenhöhe.

### **Unnötige Lastwagentransporte innerhalb Europas aus purer Profitsucht**

China und auch Rußland - und nicht nur diese beiden - sind des andauernden arroganten imperialen Gehabes der USA, der NATO, schon lange überdrüssig. Wie aber will man diesen Harsardeuren die wahren Machtverhältnisse bebiegen, ohne direkte militärische Konfrontation? Die Ukraine Krise hat gezeigt, ganz ohne geht es nicht.

Allerdings dürfte sich bald herausstellen, daß der Ukraine-Krieg nur ein Katalysator für die Dinge ist, mit denen der Westen noch konfrontiert sein wird. Der Zusammenbruch der gesamten westlichen Industrieproduktion steht im Raum. Nicht nur, wenn die Energielieferungen aus Rußland ausbleiben, sondern auch, wenn die Lieferketten nicht mehr zuverlässig funktionieren. NATOstan ist von einer doppelten Gefahr bedroht.

Seit mehr als zehn Jahren betreibt China eine Politik, die es unabhängig vom US-Dollar machen soll. Das seit langen Jahren mit Sanktionen gequälte Rußland hat seine Wirtschaft auch weitgehend vom Westen unabhängig gemacht, zusammen mit dem neuen Freund China.

So können wir heute davon ausgehen, daß sowohl China als auch Rußland wenig berührt werden, wenn die westliche Wirtschaft zusammenbricht. Energie und Getreide werden diese Beiden zusammen im Überfluß haben und was braucht man sonst noch zur Versorgung der Menschen?

Was aber wird mit dem Westen geschehen, wenn das System nicht mehr funktioniert?

Zunächst sollte dazu betrachtet werden, welch gigantischer Unsinn im Westen betrieben wird, getrieben von irrsinniger Profitsucht. Allein die täglichen Lastwagentransporte innerhalb der EU können in ihrem Ausmaß keiner Notwendigkeit entsprechen.

Da werden Dinge hin und her transportiert, teilweise mehrfach, um Subventionen abzugreifen, die in unterschiedlichen europäischen Staaten bezahlt werden. Ebenso, um aus Währungs- und Lohnunterschieden Gewinne zu erzielen, die mit einer vernünftigen Politik nichts mehr zu tun haben, die am Wohl der Menschen ausgerichtet sein sollte.

Wir reden hier nicht nur über gigantische Umweltsünden, sondern müssen auch erkennen, daß diesem Wahnsinn schon die Arbeitskräfte fehlen, nämlich genügend Lkw-Fahrer. Nicht nur in England, auch bei uns. Ohne Fahrer aus dem Osten geht es nicht.

### **Es ist absehbar, daß manche Rohstoffe bald zur Neige gehen**

Das Konsumverhalten im Wertewesten wird bestimmt von Werbekonzernen. Die sorgen dafür, daß massenweise Dinge gekauft werden, die eigentlich niemand wirklich braucht. So bedingen sie einen Rohstoffverbrauch, den die Welt nicht lange aushalten kann.

Schon länger gibt es schlüssige Zahlen, wie lange es noch dauern wird, bis die letzten Lagerstätten für manche Rohstoffe erschöpft sein werden. Kein Wunder also, daß man die Lagerstätten im größten Land der Erde unter Kontrolle bekommen will, ohne Rücksicht auf Menschenleben und nationale Befindlichkeiten.

Ich könnte hier noch eine unendliche Reihe anführen, die beschreibt, wie weit wir uns von echten Lebensnotwendigkeiten verabschiedet haben, zu Gunsten profitgieriger Psychopathen. Das aber kann jeder für sich selbst nachvollziehen. Die wirklich entscheidende Frage dabei ist, ob und wie ein radikales Umdenken bezüglich des westlichen Konsumterrors herbeigeführt werden kann.

Auf irgendjemanden im Dunstkreis der Mächtigen des Westens kann man da keine Hoffnung legen. Die sind gefangen in ihrem Geld- und Machtrausch und in ihren überholten "Lehren", wie Wirtschaft zu funktionieren hat, um ihnen maximalen Profit zu garantieren. Der Anstoß muß also von außen kommen. Er muß zwingend aufzeigen, daß ein Gesellschafts- und Geschäftsmodell nicht tauglich ist, das ohne Krieg und Inflation nicht auskommt.

Rußlands Präsident Putin hat zu Beginn der Ukraine-Operation schon darauf hingewiesen, daß er den "great reset" des Herrn Schwab und seiner Spießgesellen mit dieser Aktion zum Scheitern bringen wird. Nachdem NATOstan das klare Ziel bekanntgegeben hat, Rußlands Wirtschaft zu ruinieren, zeigt sich jetzt, daß es genau andersrum sein wird.

Mit den irrsinnigen Sanktionen gegen Rußland zerlegt der Westen gerade seine eigene Wirtschaft und wir sind nur noch kurz vor dem Punkt ohne Wiederkehr. Die feindliche Haltung NATOstans gegenüber China tut ihr Übriges. Auch China hat wie Rußland erkannt, daß es unsinnig ist, mit dem US-dominierten Teil der Welt auf dem Verhandlungsweg zu vernünftigen Ergebnissen kommen zu wollen.

Und sollte es einmal ein annehmbares Ergebnis geben, weiß man aus Erfahrung, daß das nichts wert ist, denn besonders die USA haben sich noch nie an ihre Verträge gebunden gefühlt, wann immer es ihnen paßt.

## **Der Westen ist übersättigt mit Produkten aller Art**

Wie also können China und Rußland den Wertewesten zum Umdenken zwingen, ohne die Welt in eine atomare Wüste zu verwandeln? Ganz einfach: Man legt die Wirtschaft still und genau das können sowohl China als auch Rußland. Wenn diese beiden an einem Strick ziehen, dann gilt, was vor 100 Jahren über Rußland und Deutschland gesagt wurde:

Dann zittert die Welt. Ist es also so, daß der Lockdown in Schanghai gar nicht wegen Corona angeordnet worden ist, sondern mit dem Ziel, die Lieferketten noch mehr zu stören?

Um dem Westen zu zeigen, wie sehr er sich in einem untauglichen Geschäftsmodell verrannt hat? Um ihn zum Erwachen zu zwingen? Versuchen wir dazu eine Analyse, wie das ausgehen könnte.

Der Westen ist übersättigt mit Produkten aller Art. Das zeigt sich zum Beispiel, wenn jemand stirbt. Die Erben stehen dann vor dem Problem, daß sie die beweglichen Erbstücke nahezu vollständig entsorgen müssen, weil sie selbst schon damit gesättigt sind. In diesem Sinn wage ich mich an die Frage, was geschehen würde, wenn die gesamte Industrieproduktion für ein Jahr ausfällt, oder sogar zwei.

Da würde schnell sichtbar, daß niemandem etwas Elementares fehlen wird. Das einzige, was wirklich wichtig sein wird, sind die Nahrungsmittel und die Ersatzteile für deren Herstellung und Transport. Daß beim Transport viel Unsinn einfach eingestellt werden kann, wird man auch zur Kenntnis nehmen können.

Was aber sofort geschehen wird ist, daß der "normale" Umgang mit Geld auf den Kopf gestellt wird. Auch die Menschen, die dann keine Arbeit mehr haben, brauchen Geld, um Lebensmittel zu kaufen. Das aber hat man schon mit Corona praktiziert.

Da erhielten auch Menschen Geld, ohne eine Leistung dafür zu erbringen, weil sie nicht arbeiten durften. Ein Probelauf? Steht also die Industrieproduktion still, gibt es nur einen Bereich, der am Leben erhalten werden muß:

Die Versorgung mit Lebensmitteln und das ist mit verhältnismäßig wenig Aufwand zu machen. Allerdings setzt dieser Zustand voraus, daß ein Regime etabliert wird, das in gewissen Bereichen einer Zwangswirtschaft gleichen wird. Die einzige Priorität muß dann die Versorgung mit Lebensmitteln sein, bis es gelingt, eine neue Ordnung zu etablieren, für eine weltweite Zusammenarbeit unter gleichberechtigten Partnern.

Im Rahmen dessen wird man aber auch Strukturen wieder aufbauen müssen, die Produktionsstätten wieder zurückholen in die Länder, die sich importabhängig gemacht haben. Das wiederum wird bewirken, daß die irrsinnigen Warenströme über die Meere deutlich abnehmen werden und so auch die Umwelt entlastet wird.

Man wird sich Fragen stellen (müssen), ob es sinnvoll sein kann, sich gegenseitig mit Automobilen zu beliefern, die mittlerweile von jedem Industrieland in ausreichender Qualität hergestellt werden können.

## **China und Rußland können die Dominanz des Westens brechen**

Kurz und gut, die westliche Welt ist unfähig, ernsthafte Reformen seines verirrten Systems ohne elementaren Druck auch nur in Angriff zu nehmen. Für mich stellt sich so die Frage, ob China und auch Rußland in der Absicht handeln, den Westen zum Umdenken zu zwingen.

Ihn veranlassen, zu den Prinzipien des Humanismus zu finden, zum verantwortungsbewußten Umgang mit der einzigen Welt, die wir nun mal haben. Ich weiß es nicht, ob die Überlegungen in Asien so weit gehen, ob sie von guten Zielen bestimmt sind. Bemerkenswert dabei empfinde ich aber, daß weder China noch Rußland jemals anderen Ländern vorschreiben wollten, wie und mit welchem System sie zu leben haben.

Ich merke an, Rußland ist nicht die Sowjetunion. Dennoch kann angenommen werden, daß China nicht völlig uneigennützig handelt, wenn es das System sprengen wollte. Auch China wird betroffen sein, wenn der Wachstumswahnsinn der westlichen "Ökonomen" die Rohstoff-

reserven verbraucht hat für Dinge, die man nicht wirklich braucht.

Vor 500 Jahren war ein Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte. Amerika wurde entdeckt und Gott ist durch Geld ersetzt worden. Seither regieren Geld und Gier die Welt. Jetzt sehe ich die Zeit gekommen, diesem Wahnsinn ein Ende zu setzen.

Wie gesagt, der Westen kann es nicht aus eigenem Antrieb. So schließe ich nicht aus, daß uns China und Rußland jetzt zwingen, diesen Schritt zu gehen, Das wird in jedem Fall turbulent werden, aber letztlich ist es unausweichlich. In diesem Sinn freue ich mich auf ein "russisches Jahrhundert", denn in diesem Land sind "alte Werte" erhalten geblieben.

Auch China verleugnet seine 5.000 Jahre alte Vergangenheit und Tradition nicht. England, der Westen, konnte China nur dominieren, weil China keine modernen Waffensysteme entwickelt hat. Genauso wie die Ureinwohner beider amerikanischen Kontinente.

Die Welt wurde also von Nationen dominiert, deren Ziel eine immer wirkungsvollere Waffentechnik ist. Das aber können andere heutzutage auch und so kann auch China nicht mehr mit Waffen dominiert werden. Aber China und Rußland verfügen jetzt über die wirtschaftliche Macht, die Dominanz des Westens zu brechen. Daß das das Ziel der beiden ist, haben sie bekanntgegeben.

Ist es da abwegig anzunehmen, daß der Lockdown in Schanghai ein weiterer Baustein in dem Plan ist? Ohne ausreichend Containerschiffe, also Waren aus China, ohne Energie aus Rußland, wird der Westen und sein Wirtschaftsmodell zusammenbrechen.

Darüber sollte man nachdenken, bevor man weiter macht, auf das bevölkerungsreichste und das größte Land einzuprügeln. Der Westen, besonders NATOstan, werden sonst zu Bittstellern degradiert werden.<<

**April 2022**

**BRD: Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtet im April 2022 (x1.100/...):**

**>>Wer Grün wählt, wählt Krieg!**

*Von Jürgen Elsässer*

Es ist eine Gesetzmäßigkeit: Immer, wenn die Grünen in die Regierung kommen, gibt es Krieg. Das ist jetzt so, und das war 1999 so beim Angriff auf Jugoslawien. Im September zuvor war Langzeitkanzler Helmut Kohl abgewählt worden, sein Nachfolger wurde der Sozialdemokrat Gerhard Schröder, Außenminister ein gewisser Joschka Fischer.

Die Grünen hatten noch Wahlkampf mit dem Versprechen gemacht, daß es eine Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen nur unter einem UN-Mandat geben würde. Pustekuchen. Die NATO bombte schließlich ohne Zustimmung des Sicherheitsrates, und unsere Tornados waren dabei - der erste Krieg mit deutscher Beteiligung seit 1945.

Natürlich haben auch die Sozis Blut an den Händen, damals wie heute. Aber auffällig ist: ihre Mordlust wird nur geweckt, wenn sie zusammen mit den Grünen regieren. Koalieren sie mit der Union, sind sie eher zurückhaltend.

Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier, die zwischen 2013 und 2017 das BRD-Schiff lenkten, gifteten gegen Rußland, trugen Sanktionen mit - aber immerhin schossen sie nicht. Das Festhalten an Nord Stream 2 war für Rautenfrau und Silberrücken selbstverständlich, da sie das sibirische Gas benötigten, um ihre fahrlässige Stilllegung deutscher Kohlekraftwerke zu überbrücken.

Auch in den fiebrigen Februartagen des Jahres 2022 gab es noch Restvernunft in der SPD. Während Annalena Baerbock nach Kiew reiste und den Starrsinn der dortigen Regierung anstachelte, flog Olaf Scholz nach Moskau und erhielt die Zusage von Putin, daß er Truppen von den Manövern an der ukrainischen Grenze abziehen würde. Als das tags darauf tatsächlich geschah, verbreitet der Kanzler vorsichtigen Optimismus, aber die Grünen hetzten weiter gegen Moskau, die Stichwortgeber für die Medienmeute. Putins versöhnliche Geste wurde übel vergolten, die letzte Chance zum Frieden vertan.



Woher kommt die Aggressivität der einstigen Ökopax-Partei? Was haben sie in ihrer Gründerzeit Anfang der 1980er Jahre nicht alles versprochen: Austritt aus der NATO, Abschaffung der Bundeswehr, Frieden schaffen ohne Waffen. Doch sobald Joschka und seine Fischermen den süßen Duft der Macht witterten, wurden alle Prinzipien über Bord geworfen. Aber es war nicht nur der schnöde Mammon, daß sie zu Militaristen machte.

Vielmehr war schon auf der Startdiskette des grünen Projekts ein Killervirus gespeichert, daß alle grünen Vorsätze zerfraß:

das absolute Primat der individuellen Freiheit über alle Formen menschlicher Gemeinschaft. So wurden sie zu Vorkämpfern der sogenannten Befreiung der Frau aus der Ehe, der Kinder aus der Obhut der Familie und lehnten jede Zugehörigkeit zu einer Nation, ja sogar zum angeborenen Geschlecht ab.

Ihr Idealbild ist der flexible Mensch ohne Bindungen, der androgyn zwischen den unterschiedlichsten sexuellen Inszenierungen hin und her wechselt und sich als Teil einer fiktiven Weltgemeinschaft halluziniert. Tatsächlich entsteht so nicht Freiheit, sondern Orientierungslosigkeit, - das Individuum wird von den übermächtigen Kräften des entfesselten Marktes ständig neu geformt, weil es keinen Halt mehr in Gemeinschaften hat.

Es war folgerichtig, daß vor diesem ideologischen Hintergrund Putin - und zeitweise auch Trump - zum Hauptfeind der Grünen wurden. Diese Politiker stehen für traditionelle Werte, wie sie vor dem Aufkommen der 68er im Westen wie im Osten selbstverständlich waren. Erst wenn in Moskau ein schwuler Präsident regiert und Analsex auch in russischen Grundschulen gelehrt wird, werden die Grünen Ruhe geben.

Wie immer man zur aktuellen Politik von Putin stehen mag: Das Land, das er wieder stark gemacht hat, ist der Gegenpol zur Dekadenz des Westens. Wenn wir Deutschen uns an seiner Niederwerfung beteiligen - wie können wir uns dann noch aus dem Sog einer untergehenden Kultur befreien?<<

**01.05.2022**

**BRD: Willy Klages (1953\*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Mai 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Betreff: Die staatlich angeordnete Energiewende bedroht die innere sowie äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und gefährdet den Bestand des gesamten Landes**

Sehr geehrte Damen und Herren!

### **Haupttätigkeiten des Staates**

Jeder demokratische Rechtsstaat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten.

Es gehört zu den Haupttätigkeiten des Staates, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten. Die staatliche Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 Abs. 1 und Artikel 28 Abs. 2 des deutschen Grundgesetzes fester und wesentlicher Bestandteil der Sozialstaatlichkeit.

Danach müssen lebenswichtige Güter und Dienstleistungen, wie z.B. Energie-, Wasser- und Lebensmittelversorgung, medizinische Versorgung, Medikamente, Abwasser- und Müllentsorgung, dem Gemeinwesen diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen und eine gewisse Lebensqualität garantiert werden. Ferner gehört es zu den vorrangigen Pflichten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland das persönliche Wohl und das Gemeinwohl des Volkes zu bewahren sowie die äußere und innere Sicherheit zu gewährleisten.

### **Basistechnologie Energiewirtschaft**

Die Energie- und Wasserversorgung gehört in jedem modernen Sozialstaat zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die Elektrifizierung zählt zu den wichtigsten

Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand.

Vor allem die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Im Gegensatz zur angeblich enorm wichtigen Telekommunikation (5G-Mobilfunk, Digitalisierung, Internet, Handy, etc.) handelt es sich bei der Energieversorgung um kein überflüssiges Luxusbedürfnis, sondern um ein elementares Grundbedürfnis.

Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich. Um in unserer heutigen "technischen Welt" überhaupt zivilisiert leben bzw. überleben zu können, benötigen die Menschen nicht nur ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern sie sind in erster Linie auch auf eine sichere Energieversorgung angewiesen.

### **Flächendeckender Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes**

Die Deutschen sollten sich allmählich von der gegenwärtigen sicheren und zuverlässigen Stromversorgung verabschieden und sich auf ein etwas "anderes Leben" vorbereiten. Sie müssen sich infolge der unverantwortlichen ideologischen "Energiewende" darauf einstellen, zukünftig mit wesentlich weniger Energie, reduzierter Mobilität und erheblich geringerer Lebensqualität auszukommen.

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken. Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

### **Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt**

**Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.**

*Sprichwort aus China*

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich.** Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, würde es

zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

### **Völkerrechtliche Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland**

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke seit 1961 von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der späteren Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.

Da die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes Bestandteile des Grundgesetzes sind, müssen die Grundsätze der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit und Haftungsregelungen wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten beachtet werden.

Im Artikel 25 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

Im Artikel 26 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, ... Sie sind unter Strafe zu stellen. ...<<

### **Völkerrechtliche Haftung und Wiedergutmachungspflicht**

Gemäß Völkerrecht haben Staaten für die ihnen zuzurechnenden völkerrechtlichen Handlungen einzustehen. Sie sind dabei den unmittelbar geschädigten Staaten bzw. Völkerrechtssubjekten gegenüber verantwortlich und verpflichtet, die Schäden von Rechtsverletzungen wiedergutzumachen.

Falls der Staat für ein völkerrechtswidriges Handeln verantwortlich ist, muß dem geschädigten Staat der Schaden ersetzt werden, um soweit wie möglich alle Folgen des Unrechtstatbestandes zu beseitigen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik wurden am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen, obwohl sie damals zu den sog. "Feindstaaten" des Zweiten Weltkrieges gehörten. Die UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) gegen Deutschland wurden auch später nicht aufgehoben und existieren noch immer, um den siegreichen Alliierten freie Hand bei der Behandlung der Deutschen zu geben.

Die Artikel 53 und 107 räumen den Siegermächten das Recht ein, bei aggressiven politischen Ausnahmezuständen in Deutschland jederzeit ohne ein UN-Mandat militärisch einzugreifen, denn bis zu einer friedensvertraglichen Regelung bleiben die Siegermächte für das besiegte Deutschland verantwortlich. Aufgrund der UN-Feindstaatenklausel Artikel 107 können gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges, ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat, Zwangsmaßnahmen verhängt werden.

Durch diese UN-Feindstaatenklausel sind die ehemaligen Siegermächte (Rußland, USA, Großbritannien und Frankreich) in der Lage, falls die Deutschen zum Beispiel fahrlässig den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit gefährden, gemäß Haager Landkriegsordnung den gegenwärtigen Waffenstillstand zu beenden und die Feindseligkeiten ohne UN-Mandat wieder aufzunehmen.

### **Die repräsentative Scheindemokratie der Bundesrepublik Deutschland**

Im Artikel 20 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmun-

gen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. ...<<

Im realen Leben der Bundesrepublik Deutschland geht die Staatsgewalt leider nicht vom Volk aus, denn die Regierung wird nicht direkt vom Volk gewählt. Das Volk darf lediglich in regelmäßigen Abständen Volksvertreter und Parteien wählen.

Die Staatsgewalt des Bürgers beschränkt sich also darauf, regelmäßig einen Wahlzettel auszufüllen und abzugeben. Nach der Stimmenabgabe ist die politische Mitwirkung des Bürgers beendet und er darf anschließend ohnmächtig verfolgen, wie die privilegierte Politikerkaste nach der Wahl fast alle gesellschaftlichen Themen eigenmächtig zu kollektiven Problemen macht und gesetzlich organisiert.

Die Staatsgewalt des Volkes gewährleistet nachweislich nicht die Freiheit und Selbstbestimmung des Bürgers, sondern festigt eher die Fremdbestimmung und Betreuung bzw. Bevormundung des Menschen durch die allmächtigen Parteien, die behaupten, die Interessen des Volkes vorbildlich zu vertreten.

### **Pflichten der gewählten Vertreter des Volkes**

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden gemäß Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Die Abgeordneten sind demnach in erster Linie Vertreter des Volkes und nicht Vertreter der Parteien oder der geschickt agierenden Lobbyorganisationen.

Die Pflichten des Abgeordneten ergeben sich aus der moralischen Verpflichtung, das Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des gesamten Volkes auszuüben. Die demokratisch legitimierten Volksvertreter sind niemandem untergeordnet, sondern Repräsentanten des gesamten Volkes. Das Leben und die Gesundheit des Volkes zu schützen, zählt danach zu den wesentlichsten Aufgaben eines Staates und der gewählten Repräsentanten des Volkes.

Im Artikel 38 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

(2) Wahlberechtigt ist, wer das einundzwanzigste Lebensjahr, wählbar, wer das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat. ...<<

### **Pflichten des Bundeskanzlers und der Bundesminister**

Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag gemäß Artikel 64 des deutschen Grundgesetzes den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

Im Artikel 56 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>... Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. ...<<

### **Rechtsprechung**

Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter nicht vom Volk, sondern von den Parteien (je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat) gewählt werden, deshalb ist die Justiz zwangsläufig keine unabhängige Staatsgewalt. Die potentiellen Angeklagten suchen sich ihre Richter praktisch selbst aus.

Im Artikel 20 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>... (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.<<

Im Artikel 95 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>... (3) Über die Be-

rufung der Richter des Obersten Bundesgerichts entscheidet der Bundesjustizminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuß, der aus den Landesjustizministern und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern besteht, die vom Bundestage gewählt werden. ...<<

Im Artikel 96 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Für das Gebiet der ordentlichen, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit sind obere Bundesgerichte zu errichten.

(2) Auf die Richter der oberen Bundesgerichte findet Artikel 95 Absatz 3 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Bundesjustizministers und der Landesjustizminister die für das jeweilige Sachgebiet zuständigen Minister treten. Ihre Dienstverhältnisse sind durch besonderes Bundesgesetz zu regeln. ...<<

Im Artikel 97 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.

(2) Die hauptamtlich und planmäßig endgültig angestellten Richter können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, vor Ablauf ihrer Amtszeit entlassen oder dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Die Gesetzgebung kann Altersgrenzen festsetzen, bei deren Erreichung auf Lebenszeit angestellte Richter in den Ruhestand treten. Bei Veränderung der Einrichtung der Gerichte oder ihrer Bezirke können Richter an ein anderes Gericht versetzt oder aus dem Amte entfernt werden, jedoch nur unter Belassung des vollen Gehaltes.<<

### **Die repräsentative Scheindemokratie der Bundesrepublik Deutschland**

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig keine mittelbare, repräsentative Demokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln, sondern es etablierte sich eine Art Parteiendiktatur (Scheindemokratie), in der die "ewigen" Regierungsparteien das Denken und Handeln für das Volk übernahmen, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.

Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) schrieb bereits im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie (x903/...): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

*"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)*

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). ...<<

### **Fremdbestimmte Abgeordnete**

Viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie Landtags- und Kreistagsabgeordnete sind leider schon längst keine Vertreter des Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bil-

dete sich still und heimlich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern. Diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung von besetzten Machtpositionen, der Durchsetzung von globalen NWO-Zielen sowie um die verdeckte Unterstützung von Wirtschaftsinteressen.

Obgleich die Abgeordneten relativ hohe Vergütungen erhalten, nutzen viele Abgeordnete die Politik vor allem dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen außerdem gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geschickt agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.

In allen deutschen Ministerien arbeiten von den Lobbygruppen und US-Beraterfirmen bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten maßgeblich an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc.

Die heutigen fremdbestimmten Politiker erinnern eher an Mitglieder einer religiösen Sekte, die mit Hilfe der gleichgeschalteten Propagandamedien die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zerstören wollen, um einen globalen totalitären Weltstaat mit "Neuen Menschen" zu gründen.

### **Fehlende Gewaltenteilung**

Judikative, Exekutive und Legislative müssen in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz jedoch keine spezielle Gewaltenteilung vor.

Ein Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist, um das demokratische Gleichgewicht zu gewährleisten, wird zwangsläufig die Macht mißbrauchen.

Nicht der Wähler, sondern die allmächtigen deutschen Regierungsparteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und entscheiden außerdem, wer die höchsten Positionen der Judikative übernimmt. Die allmächtigen deutschen Regierungsparteien beeinträchtigen damit indirekt die richterliche Unabhängigkeit bzw. die gesamte Justiz.

Da die Staatsanwaltschaften nicht unabhängig von den Justizministern sind, kann die Justiz den Bürger auch nicht vor der Willkür der Regierung schützen, denn die Justizminister bestimmen, was die Staatsanwälte zu tun und zu lassen haben.

Das höchste aller Gerichte, das Bundesverfassungsgericht, steht ebenfalls unter dem Einfluß der allmächtigen deutschen Regierungsparteien. Kein Richter des Bundesverfassungsgerichts wird z.B. ein Amt bekommen, wenn er nicht die richtige politische Einstellung oder die richtige Parteimitgliedschaft besitzt.

Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (Rechtsprechung) existiert demnach nicht, da die gesamte Staatsgewalt durch die allmächtigen deutschen Regierungsparteien ausgeübt wird.

Gesetzentwürfe und sonstige Vorschläge, die von speziellen Oppositionsparteien eingebracht werden, haben grundsätzlich keine Aussicht auf Erfolg. Die öffentlich-rechtlichen Medien stehen ebenfalls unter der Kontrolle allmächtigen deutschen Regierungsparteien, so daß naturgemäß keine unabhängige Berichterstattung stattfinden kann.

### **Die ideologische Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts**

Das Bundesverfassungsgericht gab z.B. am 24. März 2021 den Beschwerden von verschiedenen Umweltverbänden und Vertretern der "Fridays for Future-Bewegung" (FFF) gegen das Klimaschutzgesetz teilweise statt, da die Maßnahmen der Bundesregierung nicht mit den Grundrechten vereinbar seien, weil konkrete Maßgaben für die weitere Emissionsreduktion ab dem Jahr 2031 fehlen würden. ...

Die Kläger hatten die Ansicht vertreten, daß das gegenwärtige Klimaschutzgesetz zu "schwach" wäre, um die drohende Klimakrise erfolgreich zu bekämpfen und damit ihr Recht

auf eine menschenwürdige Zukunft zu bewahren. Ferner sahen sie ihre Grundrechte (Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit, Eigentum, Beruf und freie Entfaltung) gefährdet und kritisierten, daß die Bundesregierung ihren grundgesetzlichen Schutzauftrag nicht erfüllen würde.

Wenn die obersten Richter in Karlsruhe für den Kampf gegen **fiktive** Treibhausgasemissionen und den angeblich menschengemachten Klimawandel eintreten, um die Rechte der Menschen zu schützen, dann darf der Karlsruher Bundesgerichtshof die dramatischen **realen** Folgen der staatlich angeordneten Energiewende nicht weiterhin ignorieren.

Da die gemeingefährlichen Risiken der sogenannten Energiewende der deutschen Bundesregierung zweifelsfrei nicht mit Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes vereinbart werden können, war das Bundesverfassungsgericht von Amts wegen verpflichtet, die gegenwärtig angeordneten staatlichen Maßnahmen unverzüglich zu prüfen.

**Da das Recht nicht teilbar ist**, muß die Bundesanwaltschaft von Amts wegen prüfen, ob die gemeingefährlichen Folgen dieser staatlichen Maßnahmen tatsächlich mit dem Grundgesetz vereinbar sind oder ob die sogenannte Energiewende das Leben, die Gesundheit und Sicherheit der Menschen gefährden sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und der mitteleuropäischen Nachbarländer bedrohen.

### **Verantwortlichkeit und Haftung wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten**

In einem demokratischen Rechtsstaat, der vor allem die Lebensgrundlagen der Bevölkerung schützen muß, sind natürlich auch alle Politiker, die wider besseres Wissen nicht pflichtgemäß handelten und zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstießen, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

Die aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland folgende Schutzpflicht des Staates (Abs. 2 Satz 1: *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. ...*) umfaßt auch die Verpflichtung, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung vor den Gefahren der sog "Energiewende", wie zum Beispiel vor den extremen Ereignissen während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls, zu schützen.

Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes begründet auch eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung in Bezug auf künftige Generationen und unsere Nachbarstaaten, denn in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden sollen, droht bei einem längeren Blackout die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität.

Im Artikel 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) *Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.*

(2) *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.*<<

### **Keine Ahndung von Rechtsbrüchen**

Die systematische Destabilisierung der deutschen Energiewirtschaft erfolgte nachweislich durch staatlich angeordnete Maßnahmen der deutschen Bundesregierung, deshalb wurde der Bestand der Bundesrepublik Deutschland nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich gefährdet.

Obleich der Straftatbestand des Hoch- und Landesverrats erfüllt ist, wurde bisher noch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

Der Hochverratsparagraph wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten abgeschafft. Erst im Jahr 1951 führte man wieder ein Gesetz zur Bestrafung des Hoch- und Landesverrats ein. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe war danach für Staatsschutzstrafsachen verantwortlich, die durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden ("Hochverrat" laut Paragraph 81 Strafge-

setzbuch), und verpflichtet, eingehende Strafanzeigen zu prüfen.

Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht z.B. Hochverrat: >>(1) *Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt*

*1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder*

*2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...<<*

### **Schlußbemerkungen**

Das fremdbestimmte Zwangsbetreuungssystem ohne Daseinsvorsorge war in der Bundesrepublik Deutschland äußerst effektiv. Der Tiefe Staat konnte mit tatkräftiger Hilfe der allmächtigen deutschen Regierungsparteien alle angestrebten Ziele mühelos verwirklichen und das nach wie vor besetzte und bevormundete Land fast vollständig ausbeuten, destabilisieren und ruinieren.

Angesicht der permanenten Mißachtung des Grundgesetzes durch Mitglieder der Bundesregierung wird es höchste Zeit, daß das Volk den Staat und die Gesellschaft vorübergehend selbst verteidigt, denn gemäß Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes geht alle Staatsgewalt vom Volk aus und "alle Deutschen haben gemäß Artikel 20 Absatz 4 das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Da die gewählten Volksvertreter der dominanten Regierungsparteien und die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe alle bereits entstandenen Schäden und die drohenden Gefahren der planmäßig eingeleiteten Energiewende starrsinnig ignorieren, obgleich sie die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nachweislich bedrohen sowie den Bestand des gesamten Landes gefährden, muß das Volk diese verantwortungslosen und pflichtvergessenen Volksvertreter unverzüglich durch Massenproteste und Streiks (Niederlegung der Arbeit etc.) zum Rücktritt auffordern und Neuwahlen erzwingen. ...<<

**09.05.2022**

### **BRD: Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtet am 9. Mai 2022: >>Vom Kult des Sieges zum Kult des Krieges: Putin ist der zweite Stalin**

Der Kremlchef hat eine neue Ideologie für Rußland im 21. Jahrhundert geschaffen. Sein Kampf gegen den Faschismus ist scheinheilig - wie alles, was er tut.

Die Novaya Gazeta mußte nach Attacken und Zensur Rußland verlassen. Auf Initiative der taz Panter Stiftung und aus Solidarität hat die taz der Novaya Gazeta Europe am 9. Mai 2022 Platz für Texte - plus Übersetzungen - in Form einer Beilage zur Printausgabe der taz zur Verfügung gestellt, damit das Team seine Arbeit fortsetzen konnte.

Alle Artikel der Beilage haben wir auch online veröffentlicht. Die Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der taz-Redaktion wieder. Auf diesen konkreten Text von Julia Latynina erschien in der taz eine Replik von Stefan Reinecke.

In Putins Rußland ist in den vergangenen 20 Jahren ein regelrechter Kult um den 9. Mai, den "Tag des Sieges" entstanden. Dieser Kult hat mit der realen Geschichte des Zweiten Weltkrieges nichts zu tun. Dieser Kult läßt sich wie folgt zusammenfassen: Das russische Volk ist Jesus Christus, der sich für die ganze Menschheit geopfert und die Welt von den Schrecken des Nazismus befreit hat. Doch die undankbare Welt - Amerikaner, Briten, Polen, Esten, Ukrainer und andere - erkennt dieses Opfer nicht an und will sich dem russischen Volk nicht beugen. Deshalb müssen alle bestraft werden.

Diese zentrale Position des Kultes ist der Haltung der orthodoxen Kirche gegenüber den Juden entlehnt. Christus hat sich geopfert und die Sünden der Menschheit auf sich genommen, aber die Juden haben das nicht anerkannt. Deshalb müssen sie sterben. Dieser Kult ist nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart zugewandt. Er ist eine Rechtfertigung für die schrecklichsten Handlungen gegenüber einer Welt, die dieses Opfer des russischen Soldaten weder anerkennt, noch zu schätzen weiß.



Am 9. Mai 2022 jährt sich zum 77. Mal der Sieg der Roten Armee im "Großen Vaterländischen Krieg" über Nazi-Deutschland. Diesen Tag beging schon die Sowjetunion, und Rußland feiert das Kriegsende heutzutage mit einer großen Militärparade auf dem Roten Platz in Moskau. Doch was hat der Kreml in diesem Jahr zu feiern?

Seit (dem) 24. Februar 2022 führt Rußland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der Kampf tobt aber auch an der Heimatfront: Opfer sind vor allem die unabhängigen Medien, die versuchen der staatlichen Propaganda etwas entgegenzusetzen. Mit allen Mitteln wird versucht diese Stimmen zum Schweigen zu bringen.

Auch eine der letzten Bastionen des unabhängigen Journalismus, die Novaya Gazeta, ist von diesen Repressionen betroffen. Das Team der Novaya Gazeta Europe hat das Land verlassen, um die Arbeit fortsetzen zu können und denjenigen eine Stimme zu geben, die den Krieg niemals akzeptieren und nie unterstützen werden.

Angesichts von Zerstörung, Flucht, Elend, Tod und wachsendem Haß braucht es ein Zeichen der Solidarität. Auf Initiative der taz Panter Stiftung bringen wir zum Jahrestag Texte der Novaya Gazeta Europe heraus auf Deutsch, Russisch und Ukrainisch. Die Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. ...

Das ist der Kult eines neuen russischen Totalitarismus, dessen Ideologie sehr einfach ist. Die Russen sind die beste, aufopferungsvollste, menschlichste Nation. Diejenigen, die das nicht sehen wollen, sind Nazisten. Und diese Nazisten müssen gnadenlos und vollständig ausgerottet werden.

Stalin hat seinerzeit in der Ukraine gegen Nazisten und Bandera-Leute gekämpft und Putin tut das heute wieder. Putin ist der zweite Stalin. Es ist unmöglich, diesen Kult zu bekämpfen, ohne radikal die wichtigsten Propaganda-Klischees zu überdenken, die sich im Westen noch aus der Zeit des Krieges hartnäckig erhalten haben. Damals war "Onkel Joe" noch ein Verbündeter der USA und Großbritanniens.

### **Verbündeter Hitlers**

Amerikanische Politiker, Zeitungen und Filme gaben sich alle Mühe, ihre Verbündeten in einem möglichst günstigen Licht erscheinen zu lassen und Hitler als einzigen Schuldigen am Krieg zu entlarven. Dabei wurde sogar vergessen, daß Stalin in den beiden ersten Jahren des Krieges ein Verbündeter Hitlers gewesen und dieser Krieg eine Woche nach der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Paktes ausgebrochen war.

Die tatsächliche Geschichte des Zweiten Weltkrieges ist, daß Stalin diesen Krieg geplant hatte, der die ganze Welt erfassen und erst enden sollte, wenn auch noch die letzte argentinische Sowjetrepublik ein Teil der UdSSR geworden sein würde. Er hatte diesen Krieg geplant - lange bevor Hitler an die Macht kam.

Während dieses Krieges verwandelte sich die ganze Sowjetunion in eine Waffenfabrik. Dieser Prozeß wurde unter der Bezeichnung "Industrialisierung" bekannt. Er begann 1929, lange vor Hitlers Machtergreifung, und er hatte mit der wirklichen Industrialisierung einer Agrargesellschaft nichts gemein.

Die Sowjetunion produzierte nur Waffen. Sie produzierte Panzer, Stahl für die Herstellung von Panzern oder Strom, der benötigt wurde, um den Stahl zu schmelzen, aus dem dann Panzer hergestellt wurden. Zu Beginn des Krieges hatte Stalin allein vom Typ BT mehr Panzer, als alle anderen Länder zusammen. Um für diese Panzer und die Fabriken zu bezahlen, ließ Stalin Bauern in Kolchosen zusammentreiben, ihnen ihren gesamten Besitz wegnehmen und zig Millionen Menschen verhungern.

### **Monatelange Stellungskämpfe**

Die Verarmung der Bauern hatte noch etwas anderes zur Folge. Diese Entrechteten, Gedemütigten und aller Dinge Beraubten füllten von nun an die Reihen der Stalin'schen Armee auf - einer Massenarmee, die die uneinnehmbaren Befestigungen des Feindes überwinden sollte.

Die Generäle hatten sich schon immer auf den ultimativen Krieg vorbereitet, Stalin war da keine Ausnahme. Das Hauptmerkmal des Ersten Weltkrieges waren monatelange Stellungskämpfe, was der Unmöglichkeit geschuldet war, die uneinnehmbaren Befestigungen des Feindes entlang der Frontlinie zu überwinden.

Stalin kam zu einer einfachen Schlußfolgerung: Diese uneinnehmbaren Befestigungen müssen mit Körperkraft durchbrochen werden. Dafür gilt es eine Armee aufzubauen, in der die Soldaten eine entrechtete Masse sind, die zu Abertausenden in den Tod geschickt werden. Gleichzeitig muß das administrative Rückgrat der Truppe von den Soldaten getrennt sein.

Genau eine solche Armee hat Stalin geschaffen. So beschreibt Nikolai Nikulin, Mitglied der Russischen Akademie der Künste und leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter der Eremitage, die Verluste unter den Soldaten, die 1941 in der Nähe des Bahnhofes Pogostije gegen die deutschen Befestigungsanlagen bei Leningrad Sturm laufen mußten.

"Als im Frühling der Schnee schmolz, kam alles zu Vorschein, was darunter gewesen hatte. Auf dem Boden lagen Tote in Sommeruniformen, mit Uniformjacken und Schuhen. Das waren Opfer der Herbstkämpfe 1941. Da türmten sich die Leichen von Marinesoldaten in Cabanjacken und weiten schwarzen Hosen. Sibirier in Schaffellmänteln und Filzstiefeln, politische Kämpfer mit Steppjacken und zerfetzten Hüten. Auf ihnen Körper in Mänteln und Tarnmänteln, mit und ohne Masken auf dem Kopf."

### **Zufälliges Treffen**

Im Zweiten Weltkrieg waren amerikanische Generäle dabei, als ihre Truppen anlandeten. Japanische Generäle kämpften an der Seite ihrer Truppen. Guderian und Rommel führten die Schlacht direkt an. Nicht so die sowjetischen Generäle.

Nikulin beschreibt ein zufälliges Treffen mit demselben General, der all diese Menschen, deren Leiber übereinander lagen, in den Tod geschickt hatte, wie folgt: "Ich spähte durch den Spalt eines halboffenen Regenmantels, der die Tür ersetzte. Im Licht einer Öllampe erblickte ich einen betrunkenen General, entspannt und mit einer aufgeknöpften Tunika.

Auf dem Tisch stand eine Flasche Wodka, daneben Speck, Wurst, Konserven, Brot. Berge von Lebkuchen, Krapfen, Honiggläser - gerade erst angekommene Geschenke aus Tatarien für die tapferen und heldenhaften sowjetischen Soldaten, die an der Front kämpften. Am Tisch saß auch eine halbnackte Frau, sie war ebenfalls betrunken."

Wenn sowjetische Soldaten auf ein Minenfeld stießen, griffen sie an, als ob es keine Minen gäbe, hatte General Georgi Schukow dem erstaunten US-General und späteren Präsidenten Dwight D. Eisenhower seinerzeit erklärt.

Diese Haltung gegenüber den eigenen Soldaten ging mit Terror gegen die einheimische Bevölkerung einher. Stalins Terror war gnadenlos, massenhaft und vor allem effektiv. Der größte Teil der stalinistischen "Partisanenbewegung" hinter den deutschen Linien und besonders in der Ukraine war genau der Terror von Stalins Saboteuren, die hinter der Front bleiben mußten oder während des Rückzugs hinter den deutschen Linien zurückgelassen wurden. Zudem richtete sich dieser Terror in erster Linie nicht gegen die Deutschen, sondern gegen die örtliche Bevölkerung.

### **Sabotageakte inszeniert**

Unter der Androhung, ihre gesamte Familien zu vernichten, wurden Bauern mit Gewalt von den Partisanen rekrutiert. Nachdem eine solche Geisel an mehreren Überfällen und sogar Massakern teilgenommen hatte, wurde sie ein vollwertiges Mitglied der Partisanenabteilung, aus der es kein Entkommen mehr gab.

Sehr oft inszenierten die "Partisanen" Sabotageakte absichtlich in der Nähe eines Dorfes, weil sie wußten, daß die Deutschen dieses Dorf daraufhin angreifen würden. Personen, die verdächtigt wurden, Sympathisanten der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) zu sein,

wurden die Haut abgezogen und die Augen ausgestochen. Sie waren unmenschlicher Folter ausgesetzt und ihre Familien wurden getötet.

Aber selbst dieser äußerst grausame und wirksame Terror, dessen Grundprinzipien die chinesischen Kommunisten und Kämpfer des Vietcongs später übernahmen, war nichts im Vergleich zu dem Blutvergießen, das die Rote Armee nach ihrem Einmarsch in der Ukraine anrichtete. Dörfer, die mit OUN-Kämpfern sympathisierten, wurden niedergebrannt.

Manchmal vollbrachten Stalins Henker wahre Wunder an Einfallsreichtum. In den Archiven des damaligen Geheimdienstes NKWD finden sich Fälle, wonach NKWD-Brigaden, die sich als Bandera-Leute verkleidet hatten, in ein Dorf kamen und von Anhängern der Unabhängigkeit der Ukraine freudig empfangen wurden. Diese Leute wurden erschossen und dann zu "Verrätern" erklärt, die für Moskau gearbeitet hätten.

### **Als Kanonenfutter verheizt**

Der ganz normale Soldat, von den Generälen als Kanonenfutter verheizt, ließ seinen Zorn an der Bevölkerung aus. Auf deutschem Staatsgebiet vergewaltigten sowjetische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft geratene russische Frauen und befreite KZ-Häftlinge.

In dem Roman "Die 25. Stunde" des rumänischen Schriftstellers Constantin Virgil Gheorghiu sind die Massenvergewaltigungen und -morde, die die Stalin'schen "Befreier" auf dem Gebiet Rumäniens begangen haben, sehr genau beschrieben. Auf diesem Fundament aus Knochen, Blut und Fleisch baut Putin seinen Kult des 9. Mai auf - den Kult des Großen Vaterländischen Krieges.

Schon die Bezeichnung dieses Krieges im Russischen spricht für sich. Für die russischen Propagandisten existiert der Zweite Weltkrieg nicht, der Krieg, der am 1. September 1939 begann und in den Stalin an der Seite Hitlers eintrat. Im Verlauf dieses Krieges eroberte Stalin einen Teil von Polen, Litauen, Lettland, Estland, den Westen der Ukraine, einen Teil Rumäniens und Finnlands. Dort wurde überall sofort die Terrormaschine in Gang gesetzt.

Insgesamt besetzte Stalin in den ersten beiden Jahren des Zweiten Weltkrieges als Verbündeter Hitlers Gebiete mit 23 Millionen Einwohnern. Der Große Vaterländische Krieg begann am 22. Juni 1941, als Hitler Stalin angriff. Wenn wir also Putins Strategie und Taktik mit Stalins Strategie und Taktik vergleichen, dann erkennen wir zweifellos Ähnlichkeiten - nicht mit dem propagandistischen Bild der "Befreier Europas vom Nazismus", sondern mit der realen Praxis des Stalinismus. Putin verkörpert sowohl Hitler als auch Stalin gleichzeitig. Putins Armee ist immer noch Stalins Armee.

### **Angst und Haß**

Die Generäle verschwenden immer noch das Leben der Soldaten. Diese Soldaten kommen aus den untersten Schichten der Gesellschaft. Ihre Angst und ihren Haß lassen diese unterdrückten, demotivierten und zu Tode erschrockenen Menschen an der Zivilbevölkerung aus. Sie vergewaltigen ukrainische Frauen mit den Worten: "Du bist eine Bandera-Anhängerin, du brauchst das."

Gleichzeitig diskutieren sie eifrig mit ihren Ehefrauen, was sie sonst noch stehlen könnten, um die Sachen bei der russischen Kleinanzeigen-Webseite Avito zu verkaufen und den Gewinn anschließend mit den Kommandanten zu teilen.

Doch es werden auch Unterschiede sichtbar. Der augenfälligste ist, daß die Grundlage des stalinistischen Systems der Totalitarismus war, die Grundlage des Putin-Systems hingegen sind Fakes und Diebstahl. Sogar Putins Faschismus ist ein Fake, wie alles, was er tut. Stalin verstand wirklich etwas von Waffen. Er ließ tatsächlich mehr Panzer bauen als alle anderen Armeen der Welt zusammen.

Putins Gefolgschaft jedoch hat nur Paläste und Jachten gebaut. Auf den Schlachtfeldern sehen wir weder den gepriesenen T-14-Panzer noch irgendeine andere Wunderwaffe, die russische Propagandisten in den höchsten Tönen loben und die nur auf den TV-Bildschirmen existiert.

## Hühnerställe beschießen

Die Iskander-Raketen gehen aus, statt dessen werden veraltete Boden-Boden-Raketen verwendet. Rußland läßt Tu-95-Bomber mit strategischen Ch-101-Raketen in die Luft aufsteigen. Diese waren schon zu Sowjetzeiten unglaublich teuer und veraltet. Sie sind dazu bestimmt, Atomsprengköpfe zu transportieren. Jetzt werden sie verwendet, um Hühnerställe zu beschießen, weil die Raketen (wie auch die Truppen) mit veralteten Karten unterwegs sind.

Putin hat es geschafft, seinen eigenen Lügen zu glauben. Er glaubte, eine kampfbereite Armee mit Wunderwaffen zu haben - doch es gab weder eine Wunderwaffe noch eine kampfbereite Armee. Darauf baute er eine militärische Kampagne auf.

Stalin war es gelungen, eine totalitäre Ideologie zu schaffen, an die die Menschen glaubten und für die sie bereit waren, ihr Leben zu geben. Im Wesentlichen ist dies das Hauptziel jeder totalitären Ideologie. Aber Putins Propaganda hat diese Kraft nicht. In Rußland stehen keine jungen Männer vor Rekrutierungssämtern Schlange, um sich von unwissenden Generälen zum Abschlichten schicken zu lassen. Und dieselben Nationalgardisten, die Freude daran haben, Demonstranten gegen den Krieg zu verprügeln, beantragen in Scharen ihre Entlassung, sobald sie in die Ukraine geschickt werden sollen.

Noch etwas. Stalin hat es geschafft, die ganze freie Welt zu seinem Verbündetem zu machen. Dies war der wichtigste Faktor für den Sieg. Die ganze Welt half der Sowjetunion beim Kampf gegen Hitler, verschloß jedoch die Augen davor, wer Stalin war, sein Regime und seine Armee. Jetzt hilft die freie Welt der Ukraine und niemand wird mehr wegsehen.<<

**10.05.2022**

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22484" berichtet am 10. Mai 2022 (x1.140/...): >>Nonstop-Spikeproteinproduktion verursacht Langzeitschäden bei Covid-Geimpften

... Laut dem deutschen Physiker und Therapeut Dr. Klaus Retzlaff, selbstständiger, unabhängiger Wissenschaftler sowie Sprecher eines internationalen Expertenteams, führen Covid-Impfungen zu vielen diffusen Krankheitsbildern. Grund sind die schädigenden Spikeproteine, die nach der Impfung nicht etwa nur einen halben Tag lang vom Körper produziert werden, sondern - wie jüngst entdeckt wurde - auf unabsehbare Zeit. ...

Interview mit *Dr. Klaus Retzlaff*

Interviewerin (Elsa Mittmannsgruber): Würden Sie das dann als Vorsatz bezeichnen, weil dann ist es ja eigentlich so, je besser der Impfstoff ist, je mehr er das tut, was er machen soll, für das er geschaffen worden ist, desto mehr schadet er unserem Körper. Das ist ja das, was Sie gerade eben gesagt haben.

Dr. Klaus Retzlaff: Na ja, so was müßten Kriminalisten rauskriegen. Ich kann erst mal nur feststellen, daß das, was passiert, ja so nicht beabsichtigt war, also vom Konzept her. Das Konzept war erst mal so: Der Körper produziert die Spikeproteine. Das geht für was weiß ich, für einen halben Tag oder Tag und dann ist das vorbei. Was man jetzt erst mal festgestellt hat, ist ja, daß über 60 Tage der Körper ständig, permanent diese Spikeproteine produziert, die ja toxisch sind und zellschädigend wirken; was dann vielfältige Reaktionen auslöst, wie, daß die Blutgefäße selber beginnen, Spikeproteine zu produzieren.

Wenn die das tun, dann kommen Antikörper, die greifen diese Zellen an, verletzen dabei sozusagen die Blutgefäße, dadurch wird die Blutgerinnung angeworfen, das erzeugt dann die ganzen Probleme mit den Thrombosen, Herzmuskelentzündung, Herzinfarkt und dergleichen. Wenn man dann feststellt, das hört nicht auf, dann ist doch das Problem richtig am Kochen. Und warum hört's denn nicht auf?

Vor Kurzem gab es eine schwedische Studie, die festgestellt hat, daß es eben doch klappt, daß die Erbinformation in der mRNA, die eigentlich die Zelle umprogrammieren soll, um die Spikeproteine zu produzieren, daß sie doch in die Erbinformation, in die DNA, eingeschleust

werden kann. Und das erklärt, warum das dann nicht aufhört. Die Studie, die bis 60 Tage die Spikeproduktion beobachtet hat - da war's ja so - man hat die Studie beendet, weil man nicht wußte, wie lange man noch hätte warten sollen, das hat auch nach 60 Tagen nicht aufgehört und im Moment weiß keiner, wie lange die Spikes da produziert werden.

Elsa Mittmannsgruber: Es ist auch das Thema Langzeitfolgen, was Sie vorhin schon angesprochen haben. Sie haben ja gesagt, da werden noch einige Dinge auftauchen, die dann auch schwer zurückzuführen sind auf den Impfstoff, weil sie auch relativ diffus wahrscheinlich sind und eben nicht wirklich dann auf eine Ursache zurückgeführt werden können. Was sind denn das für Möglichkeiten, die jetzt entstehen, wahrscheinlich eben Schädigung der Organe, was könnte denn sein, was da jetzt alles kommt oder auf einen Geimpften zukommt, was möglicherweise dann damit zu tun hat.

Dr. Klaus Retzlaff: Das kann ja schon passieren, nehmen wir den Fall, man hat einen Leberschaden. Dann wissen alle Mediziner - und die wissen das besser als ich, weil, ich bin ja kein Mediziner, ich bin ja von Haus aus Physiker. Die wissen, was Leberschäden machen, ja, das Eine ist angesprochen worden. Der Cholesterinhaushalt, der, wenn der aus dem Gleichgewicht geraten ist, können also Verstopfungen eine Minderdurchblutung in jedem beliebigen Organ stattfinden.

Und eine Schädigung bestimmter Organe führt dann wieder zu spezifischen Symptomen. Der eine hat was mit den Nieren, der eine hat was mit dem Herzen, der andere hat vielleicht ständig Kopfschmerzen. Das können ja so ganz unterschiedliche Dinge sein. Das ist ja das Problem, daß es jetzt die Vielfalt von Organerkrankungen im Prinzip sein kann und man sieht nie, es war ursächlich der Impfstoff, der den Ursprungsschaden angerichtet hat.

Elsa Mittmannsgruber: Ist ja jetzt schon so, also da geht's ja nicht nur um Langzeitfolgen, sondern es ist ja jetzt schon so, daß viele Krankheitsbilder auftauchen und es heißt immer, der Impfstoff hat damit nichts zu tun.

Dr. Klaus Retzlaff: Das ist natürlich problematisch, weil das auch in gewisser Weise eine systematische Frage ist. Also wenn erstmal der Arzt gar nicht dafür bezahlt wird, die Impffolgen festzuhalten und es eine dreiviertel Stunde manchmal dauert um ans Paul Ehrlich Institut zu melden - was ich gehört habe - der dafür gar keine zeitlichen Kapazitäten hat, dann entfällt da schon mal eine ganze Menge an Meldung.

Dann aber ist ja auch die Frage, da sehr wenig Aufklärung stattfindet, wenn jemand geimpft wird - das ist nur sehr kurz, über viele Nebenwirkungen wird gar nicht gesprochen - dann ist ja der Arzt auch sowieso in der Haftung. Und wenn er dann feststellen muß, er hat den Schaden, der da auftritt, über den hat er nicht aufgeklärt - also so sagen mir das die Juristen - dann ist der Arzt fällig. Also ein Arzt, der geimpft hat, kann für sich erstmal gar nicht das Interesse haben unbedingt das aufzuklären.

Und dann hat man natürlich auch noch die Abteilung der Informationspolitik, um das mal vorsichtig auszudrücken, die natürlich uns immer predigt, die Impfstoffe seien sicher. Obwohl wir wissen, daß die ja natürlich nur eine vorläufige Zulassung haben, daß nicht einmal die Untersuchungen zur Dosisfindung abgeschlossen sind - erst 2023 sollen die abgeschlossen sein - aber die Impfstoffe werden schönegeredet. Und wer den Kopf raus steckt, der ist schnell auch, sagen wir, einen Kopf kürzer gemacht. Deswegen bin ich ja auch hier und trage vor.<<

**11.05.2022**

**BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 11. Mai 2022 über die Macht des Geldes (x1.141/...): >>Plutokraten transformieren die Welt in einen internationalen Totalitarismus**

Im Laufe der vergangenen hundert Jahre haben die Reichsten der Welt eine ungeheure wirtschaftliche und politische Macht aufgebaut. Diese machtbesessene Gruppe von Plutokraten ist

auf dem besten Wege, die Welt hinter dem Vorhang von Pandemiebekämpfungen in einen internationalen Totalitarismus zu verwandeln.

Die Demokratie-Versuche vieler Staaten sind in weiten Teilen jetzt schon ausgehöhlt und sollen mit dem "Great Reset" ganz abgeschafft werden. Wolfgang Effenberger zeigt in einem Gastbeitrag diese besorgniserregende Entwicklung auf, die nur aufgehalten werden kann, wenn die medial auf das Virus gebannte Bevölkerung endlich aufwacht. (hl)

### **Die plutokratische Transformation (1913-2030)**

von Gastautor *Wolfgang Effenberger*

Für den Historiker David Engels steht die europäische Demokratie unwiderruflich am Abgrund, Europa führt nach seiner Einschätzung einen schweren Kampf um die Aufrechterhaltung seines ureigenen Wesens, das von innen durch Universalisten oder Fundamentalisten und von außen durch außereuropäische Weltmächte bedroht ist.

Er vergleicht verschiedene Aspekte der jetzigen EU mit Niedergangs-Symptomen der Römischen Republik und findet beklemmende Analogien: Der Untergang vor über 1.500 Jahren wurde begleitet von Werteverlust, Dauerkrise, Reformstau und steigenden Kosten durch eine ausufernde Bürokratie. Zugleich entwickelte sich das Römische Reich zu einem autoritären Imperium.

### **Der Macht des Geldes ausgeliefert**

Seit Bestehen der USA lehnten durchweg alle Präsidenten vor 1913 eine Zentralbank strikt ab. Das änderte sich erst mit der Wahl von 1912. Theodore Roosevelt, auf den Nominierungsparteitag dem amtierenden Präsidenten Taft unterlegen, gründete damals flugs eine dritte Partei, die "Bull Moose Third Party". Davon profitierte dann Woodrow Wilson, der als lachender Dritter mit nur 42 % der Stimmen Präsident wurde. Zum ersten Mal zog kein Jurist und kein General in das Weiße Haus, sondern ein Universitätsprofessor.

Obwohl die allgemeine Stimmung dagegen war, den Banken die Kontrolle über die Währung zu überlassen, versuchte Wilson nun das "Federal Reserve Banking System" als progressive Maßnahme hinzustellen. Weitgehend unbemerkt von der amerikanischen Öffentlichkeit pasierte dann am 23. Dezember 1913 der "Federal Reserve Act" den Kongreß und wurde noch am gleichen Tag von Wilson unterschrieben. Damit verzichtete der Kongreß auf die Macht, Geld zu drucken, und übertrug diese Aufgabe internationalen Bankiers, die für dieses Gesetz reichlich Lobbyisten-Gelder hatten fließen lassen.

Zu den leidenschaftlichen Gegnern des Gesetzes zählte der Kongreßabgeordnete Charles Lindbergh. Er warnte davor, daß durch dieses Gesetz der größte Trust auf Erden etabliert würde und dadurch Exekutive und Legislative der USA der Macht des Geldes ausgeliefert wären.

Der Kongreßabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Banken und Währung in den Jahren 1920-1931, Louis T. McFadden, sah im Nachhinein die Befürchtungen Lindberghs bei weitem übertroffen: Ein Super-Staat wird durch miteinander agierende internationale Bankiers und Industrielle kontrolliert und die Welt zu deren eigenem Vergnügen versklavt.

Spätestens seit der Bankenkrise von 2008 erscheint die "Finanzwirtschaft" als ein von Notenbanken und Politik koordiniertes elitäres Geldbeschaffungssystem. Gigantische Verluste krimineller Spekulationen wurden von steuerfinanzierten "Rettungsschirmen" aufgefangen.

Aus dem Nichts geschaffenes Geld ohne reale Deckung, das sogenannte "Fiat-Money", dient dazu, den Reichtum einiger Weniger noch weiter zu vermehren. Im Zentrum agiert die US-Zentralbank. Dieses Geldsystem ermöglicht es, fast jede Regierung und Institution auf dem Planeten zu korrumpieren bzw. in die gewünschte politische Richtung zu "dirigieren". Nach vielen Jahren immer größerer Schuldenexpansion steht die Weltwirtschaft am Rande des Zusammenbruchs, die Gesundheitskrise dient nun als Vorwand, um die Geldschöpfung noch weiter zu steigern.

## **2020: Mit Schrecken und Furcht in den "Great Reset"?**

Mit dem Auftauchen des neuartigen Covid-Virus Ende 2019 wurden weltweit Maßnahmen ergriffen, die sich außer den Akteuren - hier sei u.a. an das Planspiel 201 erinnert - niemand vorher auch nur im Ansatz hatte vorstellen können. Neben dem globalen Aufbau von autokratischen Strukturen wurde in einem ungeheuren Ausmaß Geld geschöpft und damit die Schuldenblase monströs ausgeweitet - bei steigendem Aktienmarkt (!).

Die Zeitlinie dieser Entwicklung geht über die Ereignisse von 9/11, welche den NWO-Akteuren die einmalige Gelegenheit boten, die Verfassung mit ihren vorformulierten "Patriot Acts" auszuweiten, und die beiden Weltkriege, von denen vor allem amerikanische Banker und Rüstungsindustrielle profitierten, bis zur Gründung der Federal Reserve im Jahr 1913 zurück.

Deren Netzwerke schöpften nicht nur über viele Jahre den Reichtum aus der Gesellschaft ab; sie konnten in Zusammenarbeit mit großen internationalen Institutionen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandels- und Weltgesundheitsorganisation und Vereinte Nationen sowie mit nationalen Zentralbanken und großen Finanzinstitutionen, militärisch-industriellem Komplex und Big Pharma alle Mainstream-Medien und fast alle Länder samt ihren Politikern kontrollieren. Dieser Hintergrund mag erklären, warum die Pandemie es möglich macht, daß bis auf wenige Ausnahmen global alle im Gleichschritt marschieren.

Vor angstschürenden Bildern mit nach Luft schnappenden Patienten und aufgestapelten Särgen kündigte der Gründer des "World Economic Forum" (WEF), Klaus Schwab, im Juni 2020 für den Januar 2021 einen "einzigartigen Zwillingsgipfel" zur globalen Gesundheitskrise in Davos unter dem janusköpfigen Motto "The Great Reset" an. Diesen "großen Neustart" definierte der Bilderberger Schwab als "Verpflichtung, gemeinsam und dringend die Grundlagen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems für eine gerechtere, nachhaltigere und widerstandsfähigere Zukunft zu schaffen".

Im Sinn der 2015 beschlossenen UN-Agenda 2030 soll ein ganz spezifischer Umbau - mehr Gerechtigkeit, mehr Nachhaltigkeit - vorangetrieben werden. Ziel ist eine "nachhaltige Welt" mit gleichen Einkommen, mit einer Gleichstellung der Geschlechter und mit für alle verfügbaren Impfstoffe dank der Weltgesundheitsorganisation und CEPI.

Bei der Präsentation des "Großen Neustarts" arbeitete Schwab geschickt mit der Angst um den Planeten und rückte den Klimawandel und die grüne Agenda in den Mittelpunkt: "Wir haben nur einen Planeten und wir wissen, daß der Klimawandel die nächste große Katastrophe sein könnte, mit noch dramatischeren Folgen für die Menschheit."

Um zu unterstreichen, wie grün und nachhaltig seine Ziele sind, ließ das WEF den englischen Thronfolger Prinz Charles auftreten, der mit Blick auf die globale Covid-19-Katastrophe sagte: "Wenn wir eine einzelne zentrale Lektion aus dieser Krise mitnehmen, dann die, daß wir die Natur in den Mittelpunkt unseres Tuns stellen müssen. Wir dürfen schlichtweg keine Zeit mehr verlieren."

Mit dieser Inszenierung suggerierte Schwab, daß strikte Corona-Einschränkungen für den Kampf gegen den Klimawandel genutzt werden können. (Inzwischen wird bereits ein regelmäßiger Lockdown im Sinne des Klimas gefordert.) Weiter schwebt dem WEF-Chef vor, daß die enormen Konjunkturprogramme, welche die EU, die USA, China und andere Länder gerade verabschiedet haben, für den Aufbau einer neuen Wirtschaft genutzt werden, die "widerstandsfähiger, gerechter und auf lange Sicht nachhaltiger ist".

Diese hehren Ziele sollen von einer Finanz- und Wirtschaftselite umgesetzt werden, die den heutigen Zustand zu verantworten hat? Einer Elite, die sich nun auf einmal Sorgen um das Weltklima macht und im Privatjet anreist? 2019 jedenfalls sollen nach den Analysen des Unternehmens "Air Charter Service" rund 1.500 private Flieger rund um den Gipfel gelandet sein.

## **Umbau der Welt**

Die Corona-Krise ermöglicht mittels eines sogenannten "Resets" den Umbau der Welt in eine digitale Diktatur. Das "World Economic Forum" hat im Oktober 2020 ein Weißbuch herausgegeben: "Neuausrichtung der Agenda für die Zukunft der Arbeit: Disruption und Erneuerung in einer Post-COVID-Welt".

Für dieses Papier haben sich mehr als 200 hochrangige Führungskräfte globaler Arbeitgeber, Bildungstechnologie-Anbieter, Akademiker und Regierungsvertreter aus neun Branchen zusammengesetzt, "um eine relevantere und integrativere "neue" Zukunft der Arbeit nach der Pandemie zu schaffen".

Dieses Papier liest sich - wie alle Weißbücher - sehr positiv und läßt wenig Kritik zu. Doch sollten die Absichten rund um das WEF nicht unterschätzt werden:

Schon 2016 hatte das WEF in einem Werbevideo 8 Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030 zusammengefaßt:

Die Menschen sind besitzlos. Güter sind kostenlos oder werden vom Staat geliehen.

Die USA werden als führende Supermacht abgelöst - eine Handvoll Länder wird dominieren.

Organe werden nicht transplantiert, sondern gedruckt.

Der Fleischkonsum wird minimiert werden.

Massive Vertreibung von Menschen wird stattfinden mit Milliarden von Flüchtlingen.

Zur Begrenzung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes wird global ein exorbitanter Preis festgelegt.

Die Menschen können sich darauf vorbereiten, zum Mars zu fliegen ...

Das westliche Wertesystem wird bis zum Zerreißen belastet ...

Damals brachte Papst Franziskus in seiner Ansprache auf dem "Fortune-Time-Global-Forum" ähnliche Gedanken zum Ausdruck: "Wir brauchen jetzt keinen abstrakten neuen Gesellschaftsvertrag, sondern konkrete Ideen und entschlossenes Handeln, das allen Menschen zugute kommt und eine Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit gibt."

Antwort auf die drängenden Fragen finden sich beim WEF und beim "Council for Inclusive Capitalism" (Rat für inklusiven Kapitalismus), einer gemeinnützigen Organisation zur Förderung eines "humanen" Kapitalismus. Auf seiner Website verweist dieser Rat stolz darauf, daß er 10,5 Billionen Dollar an Vermögen verwaltet, 2,1 Billionen in Marktkapitalisierung hält und 200 Millionen Arbeiter in 163 Ländern vertritt. Gegründet wurde die Organisation von Lynn Forester De Rothschild, zugleich auch CEO. Hauptunterstützer sind die Ford Foundation und E. L. Rothschild. Am 8.12.2020 kündigte dieser Rat eine neue Partnerschaft zwischen dem Vatikan und Wirtschaftsführern aus aller Welt an.

### **Was für eine merkwürdige Allianz!**

Für den deutsch-amerikanischen Autor und Wirtschaftsjournalisten William Engdahl handelt es sich bei dem "Rat" "wohl um eine der zynischsten und mit Blick auf die Teilnehmer gefährlichsten Schwindeleien, seit der Weltwirtschaftsforum-Guru und Henry-Kissinger-Protegé Klaus Schwab den "Großen Neustart" für die kapitalistische Weltordnung ausgerufen hat." Der "Neustart" wird in eine Welt totaler Kontrolle und Unterordnung unter die Diktatur des digital-finanziellen Komplexes führen.

Am 29. Dezember 2020 verabschiedete der Vatikan ein 20-Punkte-Papier zu Corona-Impfungen und forderte katholische Institutionen auf, sich an der weltweiten Impfkampagne zu beteiligen. Dieses Papier liegt voll auf der Linie von Bill Gates. Impfmittel, die mit Hilfe abgetriebener Föten hergestellt werden, wurden ausdrücklich zugelassen. Impfgegner werden als unsozial kritisiert, da die verweigerte Immunisierung zum Risiko für andere werden könnte.

Durch den Schulteranschluß mit den weltweiten Bestrebungen der Macht- und Finanzelite begibt sich Papst Franziskus auf ein Terrain, das seinem offiziellen Auftrag und seinem Amt diametral entgegensteht. Von der Botschaft Jesu Christi, der sich nie auf die Seite der Mächti-



gen gestellt hat, daß Demut und Liebe der Kern des Glaubens seien und nicht der Kampf gegen vermeintliche Schädlinge, ist diese Haltung weit entfernt.

### **"Build back better"**

Inzwischen wurde von Biden der Slogan "Build back better" ausgegeben und gleich von Greta Thunberg, Gates, Clinton und Obama öffentlichkeitswirksam nachgeecho. Dabei haben Clinton und Biden 1999 die Ausplünderung der Erde mit der Aufhebung des Trennbankensystems erst möglich gemacht - die Folge war ein unkontrollierter Raubtier- und Spekulationskapitalismus, der in die Bankenkrise 2007/8 führte. Unter Obama/Biden wurden die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Die Banken wurden mit gigantischen Hilfspaketen aus Steuergeldern gerettet.

Clinton ist auch verantwortlich für den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien und Obama für die illegalen Kriege gegen Libyen und Syrien.

Wir brauchen keinen Rückbau durch Politiker, die diesen Planeten ruiniert haben, wir brauchen eine Zukunft, in der sich unser Planet von Krieg und Ausbeutung erholen kann!

### **Ausblick**

Das Jahr 2020 könnte als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem eine kleine Wirtschafts- und Finanzelite mit der im Irakkrieg angewendeten US-Taktik der Schockwirkung ("Shock and Awe") den Gegner, also den Rest der Menschheit, nachhaltig verunsicherte, weitgehend willenlos machte und in Ketten legen konnte.

Kernziel der Vertreter einer NWO - Bilderberger, Club of Rome, CFR, Trilaterale Kommission und die diversen Foundations (Rockefeller, Ford, Bill & Melinda Gates, Clinton, Soros usw.) - dürfte die Zerstörung der bisherigen Gesellschaftsstrukturen sein. Wirtschaftlich geht es dabei um die Zerstörung von Eigenständigkeit und regionaler Versorgung, gesellschaftlich um das Aufweichen traditioneller und familiärer Bindungen sowie der Einbettung in Vereine und kulturelle Gemeinschaften.

Die Vision einer Welt von isolierten, bindungsarmen und finanziell wie psychisch abhängigen Einzelpersonen läßt Erinnerungen an die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts aufkommen. Die Menschen, die das "Dritte Reich" oder die Diktaturen in Osteuropa erlebt haben, erkennen in den Demonstrationsverboten, Reisebeschränkungen, Zensur und Diffamierungen, die bis zum Existenzverlust gehen, durchaus Parallelen und äußern sich oft auch kritisch und besorgt.

Der Großteil der im Wohlstand aufgewachsenen deutschen Bildungsbürger läßt sich dagegen durch immer mehr zu Propagandainstrumenten verkommene Medien und deren Frontorganisationen wie "Faktencheck" oder "Correctiv" manipulieren. Die Kollateralschäden der rigiden Corona-Maßnahmen werden ausgeblendet, die Fassade steht ja noch! Dabei gibt es schon Nachbarn, die kein Einkommen mehr haben oder keine Perspektive, Firmen, die insolvent sind und völlig isolierte alte Menschen.

Zur Transformation Europas gehört auch die gezielte Entwurzelung einerseits und die Überfremdung andererseits durch Migration. Einige alte weiße Multimilliardäre - die im Übrigen auch hinter Organisationen wie "Black Lives Matter" stehen und sie finanzieren - wollen Gott spielen und mittels KI und Transhumanismus den Menschen mit der Maschine verschmelzen. Das bedeutet die totale Kontrolle.

Der Weg dahin geht über soziale Distanz und menschliche Entfremdung hin zu einer Verschmelzung des westlichen Neoliberalismus mit der modernen Form des chinesischen Kommunismus. Die forcierte Impfung incl. Diffamierung der Kritiker und Deklassierung der Nichtgeimpften ist bereits ein Mittel dazu.

Bei den mRNA-Injektionen liegt der Verdacht nahe, daß die Impfkation in eine genetische Manipulation münden könnte. Fällt es den Menschen nicht auf, daß Informationen unterdrückt

und sogar Wissenschaftler von internationalem Rang diffamiert werden, die Voraussetzungen für eine freie, demokratische Gesellschaft also nicht mehr gegeben sind?

Sogar der Publizist Heribert Prantl hofft, daß die Gesellschaft aufwacht. Er beobachtet mit Sorge, daß schon derjenige, der Grundrechte verteidigt, sich wappnen muß.

Schon der Schriftsteller und Politiker Ferdinand Lassalle (1825-1864) schrieb:

"Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist."

Die Demokratie ist in weiten Teilen jetzt schon ausgehöhlt und soll mit dem Reset ganz abgeschafft werden. Eine machtbesessene Gruppe von Plutokraten steuert hinter dem Vorhang der Pandemiebekämpfung auf einen internationalen Totalitarismus zu - und das weitgehend unbemerkt von einer schlafenden und gebannt auf das Virus starrenden Öffentlichkeit.

Wolfgang Effenberger, Jahrgang 1946, ehemaliger Offizier der Bundeswehr, setzt sich als Autor seit Jahrzehnten engagiert für den Frieden ein. Wichtige Bücher von ihm zum Thema: "Wiederkehr der Hasardeure" (2014, Koautor Willy Wimmer) und "Schwarzbuch EU & NATO" (2020).

Im April 2022 erschien von ihm das Buch "Die unterschätzte Macht: Von Geo- bis Biopolitik - Plutokraten transformieren die Welt", von dem der obige Artikel gewissermaßen eine gedrängte Zusammenfassung ist. ...<<

**12.05.2022**

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22506" berichtet am 12. Mai 2022 (x1.140/...): >>Strafanzeige zu Covid-Impfungen - doch Staatsanwaltschaft verweigert Aufklärung

Dr. Klaus Retzlaff, deutscher Physiker und Therapeut, hat angesichts der eklatanten Impfschäden und Übersterblichkeit durch Covid-Impfungen Strafanzeige wegen fahrlässiger Tötung gestellt. Denn trotz vorliegender stichhaltiger Forschungsergebnisse unabhängiger Wissenschaftler werden von seiten der Politik und Behörden keine Untersuchungen angeordnet. Doch statt sich dieses Verbrechens an der Bevölkerung anzunehmen, unternimmt auch die Staatsanwaltschaft nichts. Ist es höchste Zeit für ein Volkstribunal? ...

Interview mit *Dr. Klaus Retzlaff*

Interviewerin (Elsa Mittmannsgruber): Jetzt haben Sie vorher eben gesagt, das können Sie so nicht beantworten, daß das dann Vorsatz ist, daß der Impfstoff uns eigentlich gezielt schädigt, wenn ich das jetzt mal so sag.

Aber ist es dann nicht Vorsatz oder eine vorsätzliche Schädigung, wenn dann so viele Ergebnisse und so viele Anzeichen schon da sind. Wenn eben ehrenamtlich Wissenschaftler daran arbeiten und sagen "hört uns doch bitte zu" und das wird dann ignoriert und es trotzdem weiter geimpft wird. Da sind wir dann doch schon in einer Richtung ...

Dr. Klaus Retzlaff: Also da kann ich ganz definitiv was sagen: Nachdem ich eine Untersuchung der statistischen Zahlen gemacht habe über die Übersterblichkeit für die Monate Mai bis einschließlich September in 2021, im Vergleich zu den 10 Jahren davor. Da habe ich eine hochsignifikante Übersterblichkeit gefunden, mit über drei Standardabweichungen. Über drei Standardabweichungen, das bedeutet, das ist eine solche Abweichung, die kann praktisch nicht mehr durch Zufall erklärt werden. Teilweise findet man dafür gar keine Werte mehr in den Tabellen.

Das heißt, man hat eine Übersterblichkeit auch in der nicht vulnerablen Bevölkerung, auch bei denen, die sonst nie Probleme mit Covid hatten. Und von dem Hintergrund, daß dieser Übersterblichkeit nicht nachgegangen wird und wurde, habe ich Strafanzeige gestellt wegen fahrlässiger Tötung. Weil hier im Prinzip ein Staatsversagen vorliegt - ich seh' hier also eine Gefahrenlage von nationaler Tragweite, wenn man so will - und ich hab die Strafanzeige eingereicht bei der Staatsanwaltschaft Magdeburg.

Und bis heute ist nichts passiert. Ich hab zwar Schreiben bekommen, das sei ja alles nicht kausal, ich hab aber die Kausalität nachgewiesen. Und zwar nicht nur durch die Statistik, sondern auch durch das benennen von Zeugen, von Pathologen - ich erinnere an die Pathologenkonzferenz. Von anderen Wissenschaftlern, die hier definitiv Kausalitäten nachgewiesen haben, es ist trotzdem, es wird nicht untersucht und in dem Moment ist die Phase erreicht, daß ich Beschwerde eingelegt habe wegen Untätigkeit. Die Staatsanwaltschaft geht dem nicht nach.

Wenn die Politik und Medien bereits den öffentlichen Diskurs zu Covid-19-Fragen verweigerten und nun auch die Staatsanwaltschaft trotz massivster Impfschädigungen und steigender Zahlen an Impftoten nicht aktiv wird, ist da nicht die Zeit gekommen, daß die Bevölkerung wieder selber ein unabhängiges Tribunal bildet?<<

**20.05.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Mai 2022: >>Urteil der Schande: Karlsruhe bestätigt Impfpflicht**

Von *Sven Reuth*

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat sich erneut als Erfüllungsgehilfe der Politik hervorgetan und die Impfpflicht für Pflegekräfte und medizinisches Personal für verfassungsgemäß erklärt. Wurde die Corona-Epidemie schon Jahre zuvor von den globalen Eliten geplant? Mehr dazu erfahren Sie in dem Buch Corona: Der große Intelligenztest von Valentino Bonsanto und Jan van Helsing.

Es bleibt wie gehabt. Das Karlsruher Bundesverfassungsgericht macht nicht mehr viel Federlesens und bestätigt unter seinem Präsidenten Stephan Harbarth (CDU) brav eines ums andere Mal die Vorgaben der Regierung. Gestern wiesen die Richter eine Verfassungsbeschwerde zurück, die sich gegen diejenigen Teile des Infektionsschutzgesetzes richtete, in denen die einrichtungsbezogene Impfpflicht für Pflegekräfte und medizinisches Personal festgeschrieben ist.

### **Keine mündliche Verhandlung**

Die Entscheidung erfolgte ohne mündliche Verhandlung. Damit wurde den Klägern die Möglichkeit genommen, die zahlreichen Studienergebnisse aus dem In- und Ausland zu präsentieren, die besagen, daß eine Impfpflicht eben nicht zum sicheren Schutz dritter Personen führt.

Statt dessen urteilten die Richter:

"Der sehr geringen Wahrscheinlichkeit von gravierenden Folgen einer Impfung steht die deutlich höhere Wahrscheinlichkeit einer Beschädigung von Leib und Leben vulnerabler Menschen gegenüber."

Auch das wieder eine reine Behauptung, die leider nicht in einer mündlichen Verhandlung überprüft werden konnte. Tatsächlich weisen immer mehr Studien darauf hin, daß die Impfungen mit hohen gesundheitlichen Risiken verbunden sind.

### **Drastische Einschnitte in die Grundrechte**

Dieses Urteil bestätigt einmal mehr all diejenigen in ihren Befürchtungen, die schon lange der Auffassung sind, daß man die Verfassung mittlerweile vor dem Bundesverfassungsgericht schützen muß. Die höchst fragwürdige Corona-Politik der Bundesregierung wurde von den höchsten Richtern Deutschlands jetzt schon mehrfach nur noch durchgewinkt, aber gar nicht mehr ernsthaft überprüft. Ein gutes Beispiel dafür war auch der Umgang des Verfassungsgerichts mit dem "Vierten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite", der sogenannten Bundesnotbremse.

Diese sieht ab bestimmten Inzidenzwerten drastische Einschnitte in die Grundrechte vor, so unter anderem auch Ausgangssperren. Diese sind normalerweise ein Mittel des Kriegsrechts und des Ausnahmezustandes, werden hier aber plötzlich zu einem Instrument der Pandemiebekämpfung umgedeutet.

## **Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe**

Schon aus medizinischer Sicht ist das Quark, denn da das Sars-CoV-2-Virus hauptsächlich durch Aerosole - also durch Schwebeteilchen in der Luft - übertragen und verbreitet wird, ist die Ansteckungsgefahr in engen Innenräumen mit hoher Belegung und schlechter Belüftung hoch, nicht aber im Freien. Aus rechtlicher und politischer Sicht wiederum ist ein Gesetz, das der Regierung die Einführung von Ausgangssperren erlaubt, höchst begründungsbedürftig, da hier Grundrechte zur Disposition gestellt werden, die eigentlich unverhandelbar sind.

### **Gesetz "nicht zustande gekommen"**

Um so skandalöser ist es, daß die Bundesnotbremse nicht einmal im Zuge eines ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens verabschiedet wurde. Eigentlich wäre bei diesem Gesetz nämlich eine Zustimmungsbedürftigkeit des Bundesrates gegeben gewesen, da die in ihm vorgesehene Testpflicht von Lehrer- und Schülerschaft im Falle der Durchführung von Präsenzunterricht eine länderseitige Kostenlast verursacht.

Tatsächlich aber wurde die Bundesnotbremse von der Regierung dann als sogenanntes Einspruchsgesetz auf den Weg gebracht, woraus dann folgte, daß eine Zustimmung durch die Länderkammer nicht mehr zwingend notwendig war.

Auch juristisch geschulte Beobachter überkam angesichts dieses Vorgehens das kalte Grausen. Holger Grefrath, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Finanzrecht an der Berliner Humboldt-Universität, stellte auf seinem Blog beispielsweise fest, daß hier ein "Herzstück der föderalen Gewaltenteilung" zur Disposition gestellt werde. Die "offenkundige formelle Verfassungswidrigkeit der Norm" sei bislang kaum thematisiert worden, das Gesetz sei wegen der fehlenden Zustimmung des Bundesrates als "nicht ... zustande gekommen" anzusehen.

### **Der "Parteisoldat" Harbarth**

Doch als sich der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts unter Vorsitz von Stephan Harbarth im Frühjahr vergangenen Jahres mit dem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die Bundesnotbremse befassen sollte, sah er sich "derzeit" nicht in der Lage, diese Rechtsfrage zu beantworten. Für den bekannten Strafverteidiger Gerhard Strate war das eine "unverhohlenen politische Entscheidung", wie dieser in einem Artikel für das Magazin Cicero feststellte.

Die "schon an Arbeitsverweigerung grenzende Abneigung des Bundesverfassungsgerichts, geplagten Bürgern inmitten einer der schlimmsten politischen Krisen der bundesrepublikanischen Geschichte wenigstens hin und wieder wirksam Rechtsschutz zu gewähren" erkläre sich möglicherweise "auch aus dem Denken des Parteisoldaten" Stephan Harbarth, der als enger Vertrauter der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gilt. Von dem Gedanken eines funktionierenden Rechtsschutzes werden sich die deutschen Bürger mit Blick auf die Corona-Krise wohl endgültig verabschieden können.

Der Wahnsinn hat Methode! In dem Buch Corona - Der große Intelligenztest von Valentino Bonsanto und Jan van Helsing wird er entlarvt. Mit diesem Buch überzeugen Sie auch den hartnäckigsten Zeugen Coronas, daß wir nach Strich und Faden belogen werden. ...<<

**25.05.2022**

**BRD:** Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Mai 2022:

### **>>Davos: Habeck fordert die Neue Weltordnung**

Von *Sven Reuth*

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) beschreitet beim Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos genau die Pfade, die schon die frühere Kanzlerin Angela Merkel (CDU) beschritten hat. Klaus Schwab und sein WEF treiben den Great Reset voran.

Robert Habeck ist der Sonnyboy der deutschen Politik. Die Welt bezeichnet ihn schon als "Reservekanzler". Tatsächlich ist Habeck in den Medien weit präsenter als der eigentliche

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Seine Partei, die Grünen, konnte bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen spektakuläre Zugewinne verbuchen, während die SPD, die in beiden Ländern früher traditionell stark war, abstürzte.

### **"Denkt das Udenkbare"**

Auch beim derzeit tagenden Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos zieht Habeck das Interesse der Journalisten auf sich. Es ist schon gar kein Thema mehr, daß hier der Vertreter einer früheren Anti-Establishment-Partei auf dem Podium sitzt. Jeder weiß: Die Grünen sind das neue Establishment. Keiner wundert sich mehr darüber, daß ein grüner Spitzenpolitiker wie Habeck gegenüber einem Journalisten das Emirat Katar, dessen immenser Wohlstand alleine auf der Förderung fossiler Rohstoffe beruht, gegenüber einem Journalisten in Schutz nimmt und davor warnt, die Moral nur punktuell gegen diesen Staat anzuwenden.

Eine merkwürdige Aussage, denn genau das machen die ökonomischen und politischen Eliten Deutschlands derzeit doch gerade gegenüber Rußland. Bei einer Podiumsdiskussion mit dem indischen Energieminister Hardeep Singh Puri, dem Vorsitzenden der Internationalen Energieagentur Fatih Birol sowie zwei Managern der Energieindustrie redet der Grünen-Politiker dann Klartext. Er betont:

"Wenn das eine Zeitenwende ist, dann müssen sich auch die Regeln ändern. Denkt das Udenkbare."

### **In Merkels Spuren**

Innerhalb weniger Wochen müßten Abhängigkeiten abgebaut werden, die innerhalb von Jahrzehnten gewachsen sind. Dazu gehöre es, "in Lichtgeschwindigkeit" Flüssiggasterminals zu bauen. Der Gewinner dieser Entwicklung sind die USA, die ihr völlig überteuertes Fracking-Gas dann auch in Deutschland verkaufen können. Das sagt Habeck bei seinem Auftritt in Davos natürlich nicht.

"Es geht um eine neue Energiesicherheit", betont der Grünen-Politiker. Und dann geht er noch weiter und sagt: "Wir brauchen eine neue Weltwirtschaftsordnung". Und genau darum geht es schließlich bei dem vom Weltwirtschaftsforum ausgerufenen WEF, dessen Leitmotto nicht umsonst "Dir wird nichts gehören und Du wirst glücklich sein" lautet.

Mit seinen Aussagen wandelt Habeck in den Spuren der bis zum Dezember vergangenen Jahres regierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Diese hatte auf ihrer letzten großen internationalen Konferenz - der Glasgower Klimakonferenz im Herbst 2021 - geäußert:

Wir werden mit staatlichen Aktivitäten alleine nicht vorankommen, sondern es geht um eine umfassende Transformation unseres Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens.

Einer ähnlich martialischen Bildsprache hatte sich Merkel schon beim Weltwirtschaftsgipfel 2020 in Davos bedient, als sie eine "Transformationen von gigantischem, historischem Ausmaß" angekündigt hatte. Die Abläufe in der Stahlproduktion und im Maschinenbau müsse man "vollkommen umstellen", hatte Merkel damals noch betont. In Habeck scheint Merkel nun einen würdigen Nachfolger gefunden zu haben.<<

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22623" berichtet am 25. Mai 2022 (x1.140/...): >>Stiftungen - Die Machtinstrumente des Geldadels

Wußten Sie, daß Stiftungen auch milliardenschwer und damit sehr mächtig sein können? Deshalb gilt es genau darauf zu achten, wozu milliardenschwere Stiftungen ihr Geld einsetzen. Thomas Röper, Betreiber des medienkritischen Portals Anti-Spiegel, deckt in seinem Buch "Inside Corona" unter anderem auf, welche hintergründigen Ziele mit Gründungen von Stiftungen und NGO's oftmals verfolgt werden.

Stiftungen sind jedem von uns bekannt: wissenschaftliche, religiöse oder kulturelle Stiftungen, Stiftungen für Natur- und Tierschutz oder einfach gemeinnützige Stiftungen. Wußten Sie, daß Stiftungen auch milliardenschwer und damit sehr mächtig sein können? Die reichste Stiftung der Welt dürfte mit einem geschätzten Vermögen von ungefähr 73 Milliarden US-Dollar

die international agierende dänische Novo Nordisk Foundation sein. Sie konzentriert sich auf medizinische Behandlung und Forschung.

Wie heißt es doch so trefflich: "Geld regiert die Welt." Mit anderen Worten: Geld bedeutet Macht. Deshalb gilt es genau darauf zu schauen, wozu milliardenschwere Stiftungen ihr Geld einsetzen. Eine sogenannt gemeinnützige Stiftung zu gründen kann nämlich der ideale Schachzug sein, einerseits Macht auszuüben und andererseits sich selbst einen Anstrich der Wohltätigkeit und Selbstlosigkeit zu verpassen.

Thomas Röper, Betreiber des medienkritischen Portals Anti-Spiegel, deckt in seinem Buch Inside Corona auf, wie das geht und welche hintergründigen Ziele mit Gründungen von Stiftungen und NGO's (Non-Governmental Organization) oftmals verfolgt werden:

### **Zweck 1: Die Stiftung als Mittel zur Steuereinsparung**

Nehmen wir an, Sie hätten eine große Firma, die Millionen oder Milliarden an Gewinn macht. Sie müßten dann auch Millionen (oder gar Milliarden) an Steuern zahlen, und das finden Sie doof. Was also tun?

Ganz einfach: Sie gründen eine Stiftung (Foundation) und überführen Ihr Vermögen in diese Stiftung. Die Stiftung ist von der Steuer befreit, und Sie haben Millionen oder gar Milliarden an Steuern gespart, die Sie sonst jährlich zahlen müßten.

Der Nachteil ist, daß Ihnen das Geld nicht mehr gehört, es gehört der Stiftung. Das ist aber kein Problem, denn wichtig ist nicht, wem das Geld gehört, sondern wer darüber verfügen darf. Ein Beispiel: Wenn Sie in den Urlaub auf die Malediven wollen, dann ist das nun kein Urlaub mehr, sondern eine Studienreise oder eine Dienstreise zur Förderung der Völkerverständigung, und die Stiftung bezahlt die Reise.

... Im richtigen Leben haben Bill Gates, George Soros, Rockefeller und all die anderen "Wohltäter" genau das getan: Sie drücken sich vor den Steuern und nutzen ihr Geld für politischen Einfluß.

Wer mehr über diese "Wohltäter" erfahren will, dem sei das Buch "Inside Corona" zur Lektüre empfohlen.

### **Zweck 2: Vermehrung des Vermögens durch die Stiftung**

Mit Stiftungen kann man aber nicht nur Geld sparen - es läßt sich auch vermehren!

Wie das geschieht, entlarvt Thomas Röper an zwei prominenten Beispielen:

#### **1. Die Bill & Melinda Gates Foundation**

Diese Stiftung wurde 1999 gegründet und hatte 2001 ein Vermögen von ca. 55 Milliarden US-Dollar. Laut Thomas Röper waren es 2021 fast 130 Milliarden US-Dollar und damit mehr als das Doppelte! Egal also, wie viel Geld die Stiftung für "gemeinnützige Ziele" ausgibt, das Geld wird nicht weniger, sondern mehr. Das Buch "Inside Corona" deckt auch ein konkretes Beispiel auf, an dem sich offenbart, mit welchem Kalkül die Stiftung in der Coronakrise ihr Geld einsetzte:

"Als Bill Gates 2019 Aktien der kleinen und unbekannteren Firma BioNTech gekauft hat, da hieß es in den Medienberichten darüber, Bill Gates unterstütze eine vielversprechende Firma finanziell. Das ist Blödsinn, es war ein Investment und keine Spende, wie die Medienberichte suggeriert haben. Wenn jemand Aktien kauft, ist er kein Spender, sondern ein Investor, der darauf setzt, daß die Firma in der Zukunft Gewinne macht und daß die Aktienkurse steigen werden.

Und als Bill Gates im Mai 2020 bei einer Geberkonferenz der EU 100 Millionen gespendet hat, war das reine PR, denn Bill Gates wußte, daß ein sehr großer Teil der insgesamt 7,4 Milliarden wieder an ihn zurückfließen würde, weil Pfizer und BioNTech einen Großteil aus diesem Topf bekommen würden, und an beiden Firmen ist Bill Gates beteiligt. Heute wissen wir, daß BioNTech und Pfizer den Löwenanteil des Geldes bekommen haben. Mehr noch: Die EU

hat im Mai 2021 bekannt gegeben, nur noch die Impfstoffe von BioNTech/Pfizer zu kaufen und auch gleich eine Bestellung über 1,8 Milliarden Impfdosen verkündet.

Bei dem geschätzten Preis von knapp 20 Dollar pro Impfdosis überweist die EU 36 Milliarden Dollar an Pfizer und BioNTech. Da kann man vorher aus PR-Gründen auch mal 100 Millionen spenden, das gibt ordentlich gute Presse und das Geld kommt ja eh wieder zurück." Anzuführen ist hier noch, daß der Großteil dieser 7,4 Milliarden Euro, welcher zwecks Impfstoffentwicklung an die Impfstofffirmen geflossen war, aus Steuergeldern bestand. Mit anderen Worten: Die angeblich wohltätige Bill & Melinda Gates Foundation hat von Steuergeldern profitiert!

### **Open Philanthropy**

Diese NGO wurde vom US-amerikanischen IT-Unternehmer und Milliardär Dustin Moskovitz und seiner Frau Cari Tuna gegründet. Obwohl es das Ziel von Open Philanthropy - kurz Open Phil - ist, "so effektiv wie möglich zu spenden", ist erstaunlicherweise das Vermögen seit 2014 von geschätzten 8,1 Millionen US-Dollar auf heute (Stand 2021) fast 28 Milliarden US-Dollar angewachsen.

Auch diese NGO zeigt lehrbuchmäßig, wie man das eigene Kapital vermehrt und dabei noch als Wohltäter dasteht. Hierzu ein weiterer Auszug aus "Inside Corona":

"2019 hatte Open Philanthropy eine gute Idee und hat im Januar 2019 die Gründung einer Firma namens Sherlock Biosciences ermöglicht. Open Philanthropy ist der Hauptinvestor der Firma und hat ihr außerdem eine Spende in Höhe von 17,5 Millionen Dollar zukommen lassen. Der Zweck der Spende vom Januar 2019 war:

'Unterstützung der Entwicklung einer Diagnoseplattform zur Identifizierung aller in einer Patientenprobe vorhandenen Viren.'

Das Investment und die Spende haben sich gelohnt, denn Sherlock war 2020 die erste Firma, die in den USA die Zulassung für einen CRISPR-basierten Test für Covid-19 erhielt. ... Open Philanthropy hatte den Erfolg des Projekts per Lobbyarbeit im US-Senat gesichert.

... Man sieht also, daß die Spenden die Investments unterstützen sollten, damit diese sich rentieren. Man lobbyiert ein Thema, spendet Geld zur Forschung, macht Lobbyarbeit dafür und ist gleichzeitig an den Firmen beteiligt, die dann daran verdienen. So sieht es aus, wenn Philanthropen ihr Geld in Stiftungen einbringen, um dann großzügig die Welt zu retten."

Wir sehen: Auch hier wurde von Steuergeldern profitiert, denn die Kosten für die Tests wurden auch in den USA schlußendlich von der Bevölkerung bezahlt. Die beschriebene Praxis entlarvt endgültig die häßliche Fratze solcher sogenannt gemeinnützigen Organisationen.

Des Weiteren stellt sich auch die Frage, ob man bei Open Phil sehr genau wußte, was man tat, als man in die Entwicklung der genannten "Diagnoseplattform" - heute bekannt als der Covid-19-Test - zu investieren begann. Die Frage ist nicht aus der Luft gegriffen, denn Open Phil hatte diese glorreiche Idee nur gerade ein knappes Jahr vor der Ausrufung der Coronapandemie. Dieser hellseherisch anmutende Schachzug erinnert verdächtig an Event 201, jenes Planspiel, welches wenige Wochen vor der Ausrufung der Coronapandemie diese selbst voraussah. Und man glaubt es kaum: Auch hier wirkte Open Phil als Unterstützer mit!

Die beschriebenen Vorgänge zeigen nur einen Bruchteil der Realität und werfen einen dunklen Schatten auf wohltätige Superreiche. Sie haben Thomas Röper dazu bewogen, nicht mehr von Philanthropen, also von Menschenfreunden, sondern von Oligarchen zu sprechen. Denn gemäß Definition sind Oligarchen Menschen, die durch ihre wirtschaftliche Macht mit wenigen anderen zusammen die Herrschaft ausüben. Und das trifft im Fall von Bill Gates, Dustin Moskovitz, George Soros und Co., wenn man den Ausführungen von Thomas Röper folgt, klar zu:

Ihre Stiftungen sind nicht wohltätig oder gemeinnützig, sondern ganz im Gegenteil ausgeklügelte Instrumente zum Ausbau von Macht und Reichtum. ...<<

**30.05.2022**

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22669" berichtet am 30. Mai 2022 (x1.138/...): >>**Ehemalige Chefredakteurin Elsa Mittmannsgruber beleuchtet die wirkliche Gefahr hinter Corona**

Ehemalige Wochenblick-Chefredakteurin *Elsa Mittmannsgruber* zeigt in ihrem Vortrag in erschreckender Deutlichkeit auf, wie sich die Maßnahmen zur Eindämmung der sogenannten Corona-Pandemie zu einer allumspannenden Gefahr entpuppt und ausgeweitet haben, die uns noch sämtlicher Freiheiten und Rechte berauben wird, wenn die Völker jetzt nicht erwachen und aufstehen.

Sie hoffen, durch die Impfung ist bald alles vorbei? Dann muß ich Sie leider enttäuschen. Es wird schlimmer. Die sogenannte Pandemie wird künstlich am Leben gehalten und diesen Herbst/Winter erst richtig durchschlagen, und zwar genau wegen der Impfung. Die Wirksamkeit all der Maßnahmen, wie z.B. die FFP2-Masken, die Tests, die Lockdowns und auch die Corona-Impfungen zur Eindämmung des Virus sind nicht wissenschaftlich belegt.

Die Regierung handelt willkürlich, folgt keiner Logik. Die Warnungen unzähliger Wissenschaftler bleiben ungehört. Die Proteste der Menschen ebenso, weil die Regierenden kein Interesse am Ende des Ausnahmezustands haben. Aber weshalb? Weil sie Zeit gewinnen wollen. Dies hat mehrere Gründe:

1. Wenn unseren Alltag Fragen bestimmen, wie: Wann darf ich rausgehen? Mit wie vielen Menschen darf ich mich treffen? Welche Maske muß ich tragen? Wo brauch ich einen Test, damit ich reindarf? - dann macht das etwas mit uns. Es macht uns klein. Das Wirrwarr an Regeln, Fällen und Inzidenzen und Zahlen verwirrt und überfordert. Die immer schärferen Maßnahmen und der erhobene Zeigefinger, obwohl man doch so brav war, führen zu Resignation und Gefühlen von Ohnmacht.

Die soziale Distanz, die Gesichtslosigkeit der Mitmenschen durch die Masken und die mangelnden Zukunftsperspektiven nehmen uns Halt und Orientierung. Alles zusammen schwächt und überfordert die Menschen massiv. Und das ist genauso gewollt, denn die Herrschenden brauchen geschwächte und orientierungslose Menschen, um die Gesellschaft im Sinne des Great Reset umzubauen. Soziale Isolation, Entwürdigung, Gefühle der Machtlosigkeit brechen die Menschen und machen sie leicht lenkbar.

2. Der zweite Grund für einen möglichst langen Ausnahmezustand ist: Da der Mensch ein Gewohnheitstier ist, stellt sich auch diesbezüglich ein Gewöhnungseffekt ein. Er gewöhnt sich an ein kontrollierendes, tyrannisches Regime, auf das in Zukunft weiter aufgebaut werden kann. Weiter werden durch Tests, Masken und Impfungen Abhängigkeiten erzeugt, die ein freies, selbstbestimmtes Leben unmöglich machen. Wer nicht mitmacht, wird an den Rand der Gesellschaft gedrängt, was uns zugleich zum letzten Punkt führt:

Die Widerspenstigen, die sich dann noch immer nicht beugen, sollen ausgesiebt werden. Sie sind die, die der geplanten Zukunft nach dem Great Reset gefährlich werden könnten. Es ist wichtig zu begreifen, daß es für alle Seiten ein Spiel auf Zeit ist. Nichts wird sich von alleine lösen, wenn niemand dagegen aufsteht. Im Gegenteil:

Die Situation wird immer verfahrenener. Gleichzeitig werden die diktatorischen Maßnahmen immer schärfer - wir verlieren immer mehr Freiheit, die nicht mehr so einfach zurückgewonnen werden kann. Widerstand wird immer schwieriger, was man gut an der verschärften Gangart gegenüber den Demonstranten sowie der immer strengeren Zensur erkennen kann. Und das Allerschlimmste:

Die Impfungen werden immer mehr. Aber warum ist das schlimm? Weil sich die Hinweise immer mehr verdichten, daß die echte Pandemie erst bevorsteht, und zwar durch die Impfung. Es wird zu einem massiven Anstieg an Todesfällen kommen, weil Covid-19 durch die



Impfung erst zu einer wahren Gefahr werden könnte, für die Geimpften und die Nichtgeimpften.

Wir haben bereits über die Ausführungen der irischen Immunologin und Molekularbiologin Professor Dr. Dolores Cahill berichtet. Sie warnt, daß das eigene Immunsystem den Körper bekämpft, wenn der Geimpfte mit wilden Corona-Viren in Kontakt kommt mit tödlichen Folgen. Und was den Ungeimpften blüht, beschreibt der Impfstoffhersteller, Virologe und ehemalige Gates-Insider Geert Vanden Bossche. Er prophezeit, daß die Massenimpfungen das eigentlich harmlose Corona-Virus in ein unkontrollierbares Monster verwandeln. Es wird infektiöser, aggressiver und läßt auch junge Menschen erkranken.

Die Zahlen aus Israel, dem Land mit der höchsten Durchimpfungsrate, dürften beide Theorien bestätigen: Die Anzahl an Sterbefällen ist enorm hoch, und es scheint, als hätte das Virus in nur wenigen Wochen seine Natur verändert. Plötzlich betrifft es nicht mehr nur alte Menschen mit Vorerkrankungen, sondern auch bei jungen, bis hin zu Neugeborenen ist seitdem ein massiver Anstieg an kritischen Verläufen von Covid-19 zu beobachten.

Je mehr wir impfen, desto mehr wird es uns auch in Deutschland oder Österreich so ergehen. (Zitat Videosequenz: Bill Gates sagt: "Wir werden uns auf den nächsten Virus vorbereiten müssen. Und DER wird WIRKLICH Aufmerksamkeit erregen.")

Das nächste Virus wird etwas mehr Aufmerksamkeit bekommen, prophezeite Bill Gates im vergangenen Jahr mit einem Lächeln auf dem Gesicht. Vermutlich meinte er damit genau jene Entwicklungen durch die Impfungen und hält damit ein weiteres Versprechen, nämlich, daß jeder Mensch auf der Welt gegen Covid-19 geimpft werden muß, denn wenn die echte tödliche Pandemie kommt, wird der Widerstand dagegen aller Voraussicht nach verstummen. Deshalb sind die Menschen, die sich jetzt ohne Not, rein aus Gruppenzwang, Selbstgefälligkeit oder Freiheitsdrang gegen Covid-19 impfen lassen, keine Helden, sondern sind nur der Propaganda aufgefressen.

Sie helfen nicht mit, die Pandemie zu beenden, im Gegenteil: Selbst die WHO und das Weltwirtschaftsforum räumen ein, daß eine Verbreitung des Virus durch die Impfung nicht unterbunden wird. Auch eine Ansteckung kann nicht verhindert werden, lediglich ein schwerer Verlauf der derzeitigen Virusvarianten. Wir beschützen also die Risikogruppen nicht, wenn wir uns impfen lassen - warum also sollen sich Jugendliche, für die Covid-19 absolut keine Gefahr darstellt, impfen lassen? Vermutlich mehrmals im Jahr, da das Virus ja mutiert und durch Impfungen niemals eine natürliche Herdenimmunität entstehen kann.

Ohne die Impfung hätten wir die Möglichkeit, eine natürliche Herdenimmunität mit einem vergleichsweise harmlosen Virus zu entwickeln.

Doch mit ihr begeben wir uns in eine Endlosspirale der Abhängigkeit mit verheerenden Folgen für unsere Freiheit und unsere Gesundheit.

Noch steht eine Mehrheit in Österreich den Corona-Impfungen skeptisch gegenüber, aber es wird alles darangesetzt, daß sich dies ändert, mit unfäßbarer Propaganda und psychischem Druck. Jetzt kommt der Grüne Paß, das gepriesene Ticket in die "Freiheit".

Ich bin gespannt, wie viele sich dadurch zum Impfen umstimmen lassen. Ich, für meinen Teil, sage es jedenfalls mit aller Klarheit: Ich lasse mich sicher nicht impfen!<<

**01.06.2022**

**BRD: Willy Klages (1953\*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Juni 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Betreff: Ist der deutsche Katastrophenschutz einem flächendeckenden Stromausfall gewachsen?**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen,

KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (rund 36 % der gesamten Stromnachfrage von etwa 83.000 Megawatt) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2023 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken, so daß es spätestens ab 2023 zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

### **Flächendeckende Stromausfälle**

Aufgrund der fehlenden Grund- und Mittellaststromerzeugung genügen bereits eine im Winter typische längere Dunkelflaute ohne Wind und Sonne sowie 5-10 Grad Kälte, um einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Längere flächendeckende Stromausfälle lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Infolge des totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und chaotische Zustände auslösen. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands wird zwangsläufig kollabieren.

Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.

Nach dem Zusammenbruch der Stromversorgung fallen z.B. sofort alle Verkehrsleitsysteme, Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke, Kläranlagen, Tankstellen, Fertigungsbetriebe und landwirtschaftliche Betriebe aus. Das Gesundheitswesen (Krankenhäuser, medizinische Versorgung) bricht ebenfalls zusammen, wenn keine Notstromversorgung zur Verfügung steht.

Die Mobilität wird drastisch eingeschränkt, die medizinische Versorgung und die allgemeine Sicherheit der Bürger können nicht mehr gewährleistet werden.

### **Kampf ums nackte Überleben**

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes würde sich zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Selbstmorde, Mißhandlungen, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität würden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Nach dem Zusammenbruch der Energieversorgung wird in der Bundesrepublik Deutschland schnell ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben entbrennen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen beginnen wahrscheinlich zunächst mit Massenplünderungen und Brandschatzungen durch marodierende Banden in den deutschen Städten und werden danach in allen deutschen Provinzen fortgesetzt.

Während des brutalen Existenzkampfes um Leben und Tod kämpft zwangsläufig jeder gegen jeden ("Homo homini lupus", der "Mensch ist des Menschen Wolf"), um sich Lebensmittel, Vermögensgegenstände und andere Dinge vor den Konkurrenten zu sichern. In dieser dramatischen Zeit setzen sich in erster Linie der Aggressionstrieb, Brutalität, Hab- und Machtgier sowie andere negative Charaktereigenschaften der Menschen durch.

## **Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften durch einen großräumigen und langandauernden Ausfall der Stromversorgung**

Der Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (TAB) berichtete am 27. April 2011 dem Deutschen Bundestag über die Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften - am Beispiel eines großräumigen und langandauernden Ausfalls der Stromversorgung. Drucksache 17/5672 (x1.066/...): >>Vorwort des Ausschusses

Als Lebensadern hochtechnisierter Industrienationen gelten ihre Infrastrukturen wie sichere Energieversorgung, funktionierende Wasserver- und Abwasserentsorgung, leistungsfähige Verkehrsträger und Transportwege sowie eine jederzeit zugängliche Informations- und Telekommunikationstechnik. ...

Aufgrund der großen Abhängigkeit nahezu aller Kritischen Infrastrukturen von der Stromversorgung, kommt dem Szenario eines großflächigen und längerfristigen Stromausfalls mit der Folge massiver Versorgungsstörungen, wirtschaftlicher Schäden sowie Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit eine zentrale Bedeutung zu. ...

Berlin, den 7. April 2011

### **Zusammenfassung**

In modernen, arbeitsteiligen und hochtechnisierten Gesellschaften erfolgt die Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen durch ein hochentwickeltes, eng verflochtenes Netzwerk "kritischer Infrastrukturen". ...

Aufgrund der nahezu vollständigen Durchdringung der Lebens- und Arbeitswelt mit elektrisch betriebenen Geräten würden sich die Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls zu einer Schadenslage von besonderer Qualität summieren. Betroffen wären alle Kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern. Trotz dieses Gefahren- und Katastrophenpotentials ist ein diesbezügliches gesellschaftliches Risikobewußtsein nur in Ansätzen vorhanden. ...

### **Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls**

... Aufgrund der Erfahrungen mit bisherigen nationalen und internationalen Stromausfällen sind erhebliche Schäden zu erwarten. Bisherige Stromausfälle dauerten höchstens einige Tage, einige verursachten jedoch geschätzte Kosten von mehreren Mrd. US-Dollar. Für den Fall eines mehrwöchigen Stromausfalls sind die Schäden zu erwarten, die um Größenordnungen höher liegen.

Die verschiedenen Sektoren kritischer Infrastrukturen sind umfassend von einer kontinuierlichen Stromversorgung abhängig. Unterstellt man das Szenario eines mindestens zweiwöchigen und auf das Gebiet mehrerer Bundesländer übergreifenden Stromausfalls, kämen die Folgen einer Katastrophe nahe. ...

### **Lebensmittel**

Der Sektor Lebensmittel umfaßt die komplexe Versorgungskette von der Rohstoffproduktion bis zur Abnahme von Fertigerzeugnissen durch den Endverbraucher. Als Folge des Stromausfalls ist die Versorgung mit Lebensmitteln erheblich gestört; deren bedarfsgerechte Bereitstellung und Verteilung unter der Bevölkerung werden vorrangige Aufgaben der Behörden. Von ihrer erfolgreichen Bewältigung hängt nicht nur das Überleben zahlreicher Menschen ab, sondern auch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Aufgrund fehlender Klimatisierung und Durchlüftung kommt es innerhalb der ersten Tage zu Schäden in der Unterglasproduktion von Obst und Gemüse sowie an Lagergut. In der Tierhaltung werden die für Leben und Gesundheit der Tiere wichtigen Funktionen in der Stalltechnik zunächst durch (vorgeschriebene) Notstromaggregate aufrechterhalten. Der Ausfall der weiteren Stall- und Melktechnik beeinträchtigt jedoch das Wohlbefinden der Tiere und kann bei Milchvieh zu Euterentzündungen und in der Folge zum Tod führen.

Sobald der Treibstoffvorrat für die Notstromaggregate erschöpft ist, was zumeist nach 24

Stunden der Fall ist, leiden die Tiere unter der manuell nicht zu leistenden Versorgung mit Futter, Wasser und Frischluft. Am problematischsten ist die Versorgung von Schweinen und Geflügel in Beständen mit mehreren Tausend Tieren. Unter diesen Bedingungen überleben die Tiere oft schon die ersten Stunden nicht.

Die weiterverarbeitende Lebensmittelindustrie fällt zumeist sofort aus, so daß die Belieferung der Lager des Handels unterbrochen wird. Diese halten zwar umfangreiche Lebensmittelbestände vor, allerdings überwiegend in Form von (Tief-)Kühlprodukten. Nur wenige Lager können die erforderliche Notstromversorgung länger als zwei Tage aufrechterhalten. Dadurch werden auch der Warenumsatz und damit die Versorgung der Filialen massiv beeinträchtigt. Dort leeren sich die Regale innerhalb weniger Tage.

### **Verletzbarkeit und Bewältigungskapazitäten**

... Trotz größter Anstrengungen kann aber mit hoher Wahrscheinlichkeit die flächendeckende und bedarfsgerechte Verteilung der Lebensmittellieferungen nur ungenügend gewährleistet werden. ...

### **Gesundheitswesen**

Nahezu alle Einrichtungen der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung der Bevölkerung sind von Elektrizität unmittelbar abhängig. Das dezentral und hocharbeitsteilig organisierte Gesundheitswesen kann den Folgen eines Stromausfalls daher nur kurz widerstehen. Innerhalb einer Woche verschärft sich die Situation derart, daß selbst bei einem intensiven Einsatz regionaler Hilfskapazitäten vom weitgehenden Zusammenbrechen der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung auszugehen ist.

Bereits nach 24 Stunden ist die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens erheblich beeinträchtigt. Krankenhäuser können mit Hilfe von Notstromaggregaten noch einen eingeschränkten Betrieb aufrechterhalten, Dialysezentren sowie Alten- und Pflegeheime aber müssen zumindest teilweise geräumt werden und Funktionsbereiche schließen. Die meisten Arztpraxen und Apotheken können ohne Strom nicht mehr weiterarbeiten und werden geschlossen.

Arzneimittel werden im Verlauf der ersten Woche zunehmend knapper, da die Produktion und der Vertrieb pharmazeutischer Produkte im vom Stromausfall betroffenen Gebiet nicht mehr möglich sind und die Bestände der Krankenhäuser und noch geöffneten Apotheken zunehmend lückenhaft werden. Insbesondere verderbliche Arzneimittel sind, wenn überhaupt, nur noch in Krankenhäusern zu beziehen. Dramatisch wirken sich Engpässe bei Insulin, Blutkonserven und Dialysierflüssigkeiten aus. ...

### **Versorgung mit Treibstoff und Notstrom**

Für das Katastrophenmanagement ist die Verfügbarkeit der Ressource Treibstoff von zentraler Bedeutung. Unabdingbar ist die Versorgung beispielsweise von

- Einsatzfahrzeugen der Hilfsorganisationen und Unterstützungskräfte;
- dieselbetriebenen Schienenfahrzeugen zur Räumung liegengebliebener Züge und für Transportzwecke sowie Busse des ÖPNV zur Aufrechterhaltung minimaler Transportdienstleistungen;
- Notstromaggregaten, die sensible Infrastrukturkomponenten (wie Einsatzleitstellen, Feuerwehrhäuser, mobile Funkstationen) funktionsfähig halten. ...

### **Information und Sensibilisierung der Bevölkerung**

Hinsichtlich der Informiertheit und der Einstellung der Bevölkerung ist ein erhebliches Defizit zu konstatieren. Die Stromversorgung als Kritische Infrastruktur ist für die Bevölkerung kein Thema, die Möglichkeit von Stromausfällen und die Folgen einer Unterbrechung der Stromversorgung werden ausgeblendet. Erlebte Stromausfälle werden meist schnell vergessen. ...

Dementsprechend gibt es keine nennenswerte Vorbereitung der Bevölkerung auf einen Stromausfall, und die Fähigkeiten zur Bewältigung seiner Folgen sind in dieser Hinsicht ungenügend. Angesichts der geringen Sensibilität für das Risiko und die Gefahren eines Stromaus-

falls sollte darüber nachgedacht werden, wie das Interesse der Bevölkerung durch Informationen und Beratung zu wecken und aufrechtzuerhalten wäre, um in Krisensituationen die Bürger in geeigneter Weise ansprechen zu können. ...

### **Fazit**

Die Folgenanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Die Wahrscheinlichkeit eines langandauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein.

Träte dieser Fall aber ein, kämen die dadurch ausgelösten Folgen einer nationalen Katastrophe gleich. Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht "beherrschbar", allenfalls zu mildern. ...

## **I. Einleitung**

### **1. Verletzlichkeit moderner Gesellschaften**

Als Lebensadern der modernen, hochtechnisierten Gesellschaften gelten ihre Infrastrukturen wie sichere Energietransportnetze, funktionierende Wasserversorgung, leistungsfähige Verkehrsträger und -wege sowie eine jederzeit zugängliche und nutzbare Informations- und Telekommunikationstechnik.

Sie bilden zusammen mit weiteren Sektoren (wie Behörden und Verwaltung, Gesundheitswesen) die "Kritischen Infrastrukturen" moderner Gesellschaften. Diese stellen die kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen sicher. ...

### **2.3 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung**

Wasser ist als nichtsubstituierbares Lebensmittel und Garant für hygienische Mindeststandards eine unverzichtbare Ressource zur Deckung menschlicher Grundbedürfnisse. ...

#### **2.3.6 Fazit**

Im Bereich der Wasserversorgung wird elektrische Energie in der Wasserförderung, -aufbereitung und -verteilung benötigt. Besonders kritisch für die Gewährleistung der jeweiligen Funktion sind elektrisch betriebene Pumpen. Fallen diese aus, kann das Wasser nicht durch die Verarbeitungsstufen und in das Verteilungssystem geführt werden. Nur in wenigen Fällen läßt sich in der Wasserverteilung ein freies Gefälle ausnutzen (z.B. in der Fernwasserleitung, die den Ostharz mit Leipzig verbindet). ...

### **2.4 Lebensmittelversorgung**

... Ein Stromausfall hat Folgen für den gesamten Sektor der Lebensmittelversorgung. ...

#### **2.4.4 Fazit**

... Besonders weniger zentrale Regionen werden unvollständig versorgt. Um Lebensmittellieferungen, ausgegebene Essensrationen oder knappe Lebensmittel in den wenigen noch betriebenen Filialen entbrennen Streitigkeiten und heftige, oft körperliche Auseinandersetzungen, die nicht immer von den Ordnungskräften geregelt werden können.

Personen, wie Alte, Kranke oder Kleinkinder, deren Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist oder die auf besondere Lebensmittel angewiesen sind, leiden besonders unter der Situation. Schließlich wird auch die Versorgung der lokalen, insbesondere aber der aus angrenzenden Regionen eingesetzten Kräfte zum Problem.

Eine Stabilisierung der Versorgung mit Lebensmitteln und die Gewährleistung ihrer gerechten Verteilung unter der Bevölkerung entwickeln sich zu vorrangigen Aufgaben der Behörden. Von ihrer erfolgreichen Bewältigung hängen das Überleben zahlreicher Menschen und der Erhalt und die Sicherung der öffentlichen Ordnung ab.

## 2.5 Das Gesundheitswesen

Die wichtigste Funktion des Sektors "Gesundheitswesens" ist die Bereitstellung einer medizinisch-pharmazeutischen Versorgung der Bevölkerung. ...

### 2.5.5 Fazit

Die dezentral und hocharbeitsteilig organisierte medizinische und pharmazeutische Versorgung kann den Folgen eines Stromausfalls nur kurz widerstehen. Bereits nach 24 Stunden ist die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens erheblich beeinträchtigt. In den nächsten Tagen müssen Dialysezentren sowie Alten- und Pflegeheime zumindest teilweise geräumt werden. Arztpraxen und Apotheken sind zumeist geschlossen. ...

### 14. Fazit

Die Folgenanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens) notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Damit verlöre er auch eine seiner wichtigsten Ressourcen - das Vertrauen seiner Bürger.

Die Wahrscheinlichkeit eines langandauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein. Träte dieser Fall aber ein, kämen die dadurch ausgelösten Folgen einer nationalen Katastrophe gleich. Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht "beherrschbar", allenfalls zu mildern.

...

Wie sicher ist sicher genug? Welche Kosten und welche Pflichten sind wem zumutbar? Welches Restrisiko ist hinzunehmen? ...<<

Deutsche Ingenieure berichteten am 10. August 2021 auf ihrer Webseite "blackout-news" über den Katastrophenschutz bei einem Blackout in der Bundesrepublik Deutschland (x1.018):

### >>**Katastrophenschutz bei Blackout wird in Deutschland komplett versagen**

Der Katastrophenschutz in Deutschland wird bereits wegen des verheerenden Hochwassers kritisiert. Ohne Vorwarnung hat eine Flut über hundert Menschen das Leben genommen. ...

Wir befassen uns hauptsächlich mit dem Thema Blackout und uns stellt sich natürlich die Frage: Wie wird der Katastrophenschutz im Falle eines Blackouts aussehen?

### **Ist Deutschland auf einen Blackout vorbereitet?**

Um sich auf einen Blackout vorzubereiten muß man sich erst einmal der Gefahr bewußt werden. In Deutschland geht man jedoch stur davon aus, daß ein Blackout nicht passieren wird.

Wir haben bei der Bundesnetzagentur nachgefragt. Diese hält einen Blackout für "äußerst unwahrscheinlich". ...

Außerdem hat die FDP Fraktion im Bundestag eine "kleine Anfrage" gestellt um nachzufragen was der Plan auf Bundesebene in so einem Katastrophenevent ist. Die Antwort: Ein "Worst-Case-Szenario" zur Stromversorgung sei nicht erforderlich. Die Bundesregierung sieht die Stromversorgung trotz Abschaltung der Kohle- und Atomkraftwerke als gesichert an.

Nur das BBK (Bundesamt für Katastrophenschutz und Bevölkerungshilfe) warnt auf ihrer Webseite vor einem Blackout. Diese Warnungen werden jedoch kaum kommuniziert und man muß als Bürger selbst danach suchen.

### **Was macht Deutschland während eines Blackouts?**

Bei einem Blackout gibt es in ganz Deutschland keinen Strom. Damit funktionieren auch keine Telefonmasten mehr. Kurz: Das Handynetzt fällt aus.

Genau das ist eines der größten Mängel des neuen digitalen Polizeifunks. Der funktioniert ohne Strom nicht. Genau das war auch ein Problem beim Krisenmanagement der Flutkatastrophe. Dort legte ein lokaler Stromausfall den kompletten digitalen Funk für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte lahm.

Ein weiteres großes Problem ist die Planlosigkeit. Wie bereits oben beschrieben gibt es auf Bundesebene kein "Worst-Case-Szenario". Außerdem wird die Gefahr eines europaweiten Stromausfalls kaum oder gar nicht kommuniziert.

Das wird während eines Blackouts ebenfalls zu sehr großen Problemen führen.

### **Deutschlands Katastrophenschutz wird bei Blackout komplett versagen - Fazit**

Bei einer Flutkatastrophe mit lokalen Stromausfällen gab es bereits sehr viele Probleme. Wie wird das Land dann auf einen landesweiten, mehrtägigen Stromausfall reagieren?

Die Gefahr eines Blackouts wird in Deutschland kaum kommuniziert. Außerdem gibt es keinen Notfallplan für so ein Katastrophenevent. Einsatz- und Rettungskräfte üben diesen Fall nicht. Die Bevölkerung ist nicht informiert, wie man sich darauf vorbereiten kann.

Der neue digitale Polizeifunk wird die Kommunikation der Rettungsdienste massiv beeinflussen. Ohne Kommunikation ist also jeder auf sich allein gestellt. Hilfe von "außen" wird ohne Plan nicht zu erwarten sein.

Die Verantwortung für die Vorbereitung auf einen Blackout liegt allein bei Ihnen selbst. Wir raten Ihnen deshalb sich rechtzeitig darauf vorzubereiten. ...<<

### **Drohende Freisetzung von Radioaktivität**

**Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.**

*Spruchwort aus China*

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

In den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden, droht die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente, wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel ausfallen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 2. Juni 2014 über die Stilllegung von Atomkraftwerken: >>**Zurück zur grünen Wiese**

Um ein Atomkraftwerk abzuschalten, muß die Uran-Spaltung zur Energiegewinnung im Kern eines Reaktors gestoppt werden. Hierfür werden in das Becken mit den Brennstäben sogenannte Steuerstäbe eingeführt, die jene Neutronen einfangen, die die Uran-Spaltung auslösen. Dieser Vorgang unterbricht die Kettenreaktion zur Energieerzeugung in einem Kraftwerk.

Wenn ein Kernkraftwerk für immer vom Netz gehen soll, sind noch weitere Schritte notwendig. Denn die Brennstäbe bleiben auch in einem heruntergefahrenen Kraftwerk noch sehr heiß und müssen ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Reaktors gekühlt werden. Nur damit kann ein Schmelzen der Brennstäbe und eine Freisetzung von Radioaktivität vermieden werden. ...<<

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

### **Die 7 stillgelegten Kernkraftwerke befinden sich in folgenden deutschen Bundesländern: Schleswig Holstein**

Kernkraftwerk Brokdorf (Druckwasserreaktor: 1.410 Megawatt), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

## **Niedersachsen**

Kernkraftwerk Grohnde (Druckwasserreaktor: 1.360 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Druckwasserreaktor: 1.335 Megawatt), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

## **Baden Württemberg**

Kernkraftwerk Philippsburg 2 (Druckwasserreaktor: 1.402 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2019.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Druckwasserreaktor: 1.310 Megawatt), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

## **Bayern**

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Druckwasserreaktor: 1.288 Megawatt), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Isar 2 (Druckwasserreaktor: 1.410 Megawatt), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

## **Super-GAU im Kernkraftwerk Tschernobyl**

In der Ukraine kam es am 26. April 1986 im Kernkraftwerk Tschernobyl zum bisher schwersten Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wurden mindestens 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945 ( $\times 175/790$ ).

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 8. April 2006: >>>Wenn mit dem Wind die Angst kommt

## **Weißrußland 20 Jahre nach Tschernobyl**

Inmitten von Wald und Wildnis schläft das Monster. Unter einer 300.000 Tonnen schweren Decke aus Stahl und Beton. Sie soll die Umgebung vor der radioaktiven Strahlung schützen. Als der Block 4 der Kernkraftanlage Tschernobyl vor 20 Jahren explodiert, kommt es zur Kernschmelze. Die Radioaktive Rauch- und Aschewolke zieht nach Norden. Die 1986 freigesetzte Radioaktivität war 400 mal größer, als die der Explosion von Hiroshima und Nagasaki zusammen. Etwa zwei Drittel des radioaktiven Fallout von Tschernobyl gingen nach dem 26. April 1986 in Weißrußland nieder.

Von *Anja Schrum* und *Ernst-Ludwig von Aster*

Liquidatoren, so werden noch heute alle Menschen genannt, die nach der Katastrophe eilig nach Tschernobyl geschafft wurden. Feuerwehrleute, und Soldaten aus der gesamten Sowjetunion: insgesamt 800.000 Menschen kamen, um das strahlende Inferno einzudämmen. Die meisten von ihnen sind inzwischen tot. ...

Während die Weltgesundheitsorganisation WHO zusammen mit der Internationalen Atomenergiebehörde in einer Studie von wenigen tausend Toten aufgrund der Strahlenexposition ausgehen, sprechen andere Wissenschaftler von 50.000 bis 100 000 Toten. In ihre Berechnungen fallen nicht nur die Krebsopfer, sondern auch die Menschen, die sich nach der Explosion das Leben nahmen. ...

Viele denken bei Tschernobyl vor allem an die Ukraine. Dort steht zwar der Reaktor doch hinter der Grenze in Weißrußland waren die Folgen des Reaktorunglücks ungleich schlimmer. Mehrere 1.000 Quadratkilometer sind unbewohnbar, davon liegt rund die Hälfte im Rayon (Landkreis?) Choiniki. Doch um die Region scheint sich niemand mehr zu kümmern. Die internationale Hilfe kommt hier schon lange nicht mehr an.

Die Gefahr liegt heute weniger in der Luft, sondern viel mehr im Boden. An vielen Stellen ist die Humusschicht der Wälder mit dem radioaktiven Element Cäsium verseucht - Pilze und Wurzeln saugen es auf. ...



Unter der Stahl-Beton-Decke des Reaktorblocks 4 sind immer **noch 20 Tonnen Kernbrennstoffe**. Sicher liegen sie dort nicht, die Konstruktion, der sogenannte Sarkophag ist undicht.  
...<<

Als im Jahre 1986 der Block 4 des Kernkraftwerkes in Tschernobyl explodierte und es zur Kernschmelze kam, mußten mindestens **800.000 Feuerwehrleute und Soldaten** aus der gesamten Sowjetunion eingesetzt werden, um die Umgebung mit einer 300.000 Tonnen schweren Stahlbetonschicht vor den radioaktiven Strahlen der restlichen **20 Tonnen Kernbrennstoffe**, die sich noch im zerstörten Reaktor befanden, zu schützen.

Allein im Kernkraftwerk Brokdorf befinden sich zum Beispiel **193 Brennelemente mit einer Schwermetallmasse von insgesamt 103 Tonnen**.

Bis 2005 starben etwa 112.000 bis 125.000 Helfer (sog. Liquidatoren) an den Folgen des lebensgefährlichen Einsatzes in Tschernobyl.

Falls es in den Abklingbecken der 7 stillgelegten deutschen Kernkraftwerke zu einer Kernschmelze der Brennelemente **mit einer Schwermetallmasse von etwa 700 Tonnen** kommen sollte, müßte man in der Bundesrepublik Deutschland mindestens **5.600.000 Helfer** (sog. Liquidatoren) einsetzen, um die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität einzudämmen.

Im Jahre 1977 gründeten die deutschen Kernkraftwerksbetreiber die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) in Eggenstein-Leopoldshafen, um Stör- und Unfälle in kerntechnischen Anlagen zu bekämpfen. Die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) in Eggenstein-Leopoldshafen verfügt derzeit lediglich über 111 Mitarbeiter.

### Schlußbemerkungen

**Bereits 24 Stunden nach einem nationalen Stromausfall** beginnt in den deutschen Mastbetrieben das Massensterben von Millionen Kühen, Schweinen, Hühnern, Puten, Gänsen usw., weil sie nicht mehr versorgt werden können.

**Schon 48 Stunden nach einem nationalen Stromausfall** besteht Seuchengefahr wegen fehlender Tierkadaver-, Müll- und Wasserentsorgung.

**Etwa 72 Stunden nach einem nationalen Stromausfall** ziehen viele Menschen aufgrund ungenügender Wasser- und Lebensmittelreserven plündernd durch die Städte.

**14 Tage nach einem nationalen Stromausfall** droht in den Abklingbecken von sieben Kernkraftwerken möglicherweise die Kernschmelze und damit der Super-GAU, falls die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen.

Die Befürchtungen und berechtigten Sorgen vor radioaktiven Verstrahlungen, wie sie sich zum Beispiel nach dem Super-GAU im Kernkraftwerk Tschernobyl ereigneten, sollten nicht länger ignoriert werden! Der deutsche Katastrophenschutz ist gegenwärtig nur ungenügend vorbereitet, falls sich während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls Störfälle in den bis 2022 stillgelegten sieben Kernkraftwerken ereignen sollten.

Wenn es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, würden die freigesetzten radioaktiven Stoffe je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Da man wahrscheinlich niemals 5.600.000 Liquidatoren für die lebensgefährlichen Rettungsmaßnahmen (Bau von 7 Stahlbetonsärgen) mobilisieren könnte, würden vermutlich viele Regionen der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 mitteleuropäischen Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlen-

tod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

Die Frage der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit und Haftungsregelungen wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten stellt sich vermutlich nicht mehr, weil die Bundesrepublik Deutschland nach dem Super-Gau nicht mehr existieren wird.

### **Unterlassene Daseinsvorsorge**

Wieso findet angesichts der instabilen Stromversorgung in der Bundesrepublik kein sofortiger Wiederaufbau der deutschen Grund- und Mittellaststromerzeugung statt, um einen flächendeckenden Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes zu verhindern?

Weshalb werden von der Bundesregierung bisher keine speziellen Vorsorgemaßnahmen getroffen, um während eines nationalen Stromausfalls zumindest zeitweise die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten?

Warum ignoriert die Bundesregierung die drohende Gefahr einer Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen, falls in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden, die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen?

Wieso wird die Bevölkerung nicht über die Folgen eines flächendeckenden Stromausfalls informiert?

Angesichts der Tatsache, daß bisher kein Mitglied der derzeitigen linkslastigen Ampel-Koalition daran denkt, die jahrzehntelange Destabilisierungspolitik der angeblich herausragenden Kanzlerin Angela Merkel zu beenden und die ideologische Energiewende unbeirrt fortsetzt, muß man davon ausgehen, daß es auch kein Vorsorgekonzept für einen längeren Stromausfall gibt.

Der deutsche Katastrophenschutz, der bereits im Juli 2021 bei dem letzten verheerenden Hochwasser im Ahrtal jämmerlich scheiterte, wird auch einem flächendeckenden nationalen Stromausfall nicht gewachsen sein und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit komplett versagen.

Da die gewählten Volksvertreter und die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die bereits entstandenen Schäden und die drohenden Gefahren der planmäßig eingeleiteten Energiewende starrsinnig ignorieren, obgleich sie die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bedrohen sowie den Bestand des gesamten Landes nachweislich gefährden, muß das Volk diese verantwortungslosen und pflichtvergessenen Volksvertreter unverzüglich zum Rücktritt auffordern und durch Massenproteste und Streiks (Niederlegung der Arbeit und andere geeignete Maßnahmen) Neuwahlen erzwingen.

Angesichts der permanenten Mißachtung des Grundgesetzes durch Mitglieder der Bundesregierung wird es höchste Zeit, daß das Deutsche Volk den Staat und die Gesellschaft vorübergehend selbst verteidigt, denn gemäß Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes haben "alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Wenn die gewählten Volksvertreter ihre Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge nicht pflichtgemäß wahrnehmen und den Staatsbürgern kein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit gewährleisten, muß das Volk unverzüglich Widerstand leisten, um diese offensichtlich fremdbestimmten Volksvertreter komplett auszutauschen. ...<<

**03.06.2022**

**BRD: Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtet am 3. Juni 2022 (x1.144/...): >>Die Amerikanisierung Europas und ihr notwendiges Ende - Warum die EU und vor allem Deutschland sich von "America First" befreien müssen**

Ein Artikel von *Werner Rügemer*

Der Krieg in der Ukraine und die europäischen Reaktionen darauf zeigen einmal mehr, wie sehr Europas Politik die Interessen der USA priorisiert - sie scheinen sogar wichtiger zu sein

als die eigenen europäischen Interessen. Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen, sondern Folge einer langen und sehr erfolgreichen Einflußpolitik der USA.

Werner Rügemer hat diese Entwicklung in einem vor der russischen Invasion geschriebenen Beitrag für den neu erschienenen Sammelband "Fortschritt in neuen Farben? Umbrüche, Machtverschiebungen und ungelöste Krisen der Gegenwart" skizziert, den die NachDenkSeiten heute ihren Lesern vorstellen wollen.

Führende EU-PolitikerInnen fordern seit einigen Jahren immer stärker eine "größere Unabhängigkeit Europas". Doch in Wirklichkeit wächst die Gefolgschaft der EU gegenüber den USA in mehrfacher Hinsicht: militärisch, investiv, außenpolitisch, finanziell, kulturell, geheimdienstlich. Das hat eine hundertjährige Vorgeschichte, die vielen Europäern, auch Linken gerade in Deutschland, immer noch weitgehend unbekannt ist. Es gehört im 21. Jahrhundert zu den Existenzfragen der Menschheit, ob und wie sich Europa und Deutschland auf friedenspolitischer Grundlage von einer imperialen Politik lösen kann, die seit Jahrzehnten US-dominiert ist.

### **Umkehrung des Verhältnisses durch den Ersten Weltkrieg**

Bis Anfang des 20. Jahrhunderts waren US-Unternehmen auf Kredite europäischer Banken, insbesondere aus Frankreich und England, angewiesen. Auch die Nord- wie die Südstaaten wurden für den Bürgerkrieg von europäischen Banken und Börsenplätzen mitfinanziert, vor allem aus London, Paris, Frankfurt und Amsterdam. Ab den 1870er Jahren war etwa die Deutsche Bank an der Elektrifizierung des Landes beteiligt.

Die Wall Street war durch eingewanderte Bankiers aufgebaut worden. Die Gründung der US-Zentralbank Federal Reserve 1913 durch Wall-Street-Banken markiert einen Einschnitt: Die Kreditmöglichkeiten für die Banken selbst wie für den Staat wurden enorm ausgeweitet. So finanzierten nun v.a. US-Banken den Krieg in Europa, insbesondere finanzierten sie Frankreich und England.

Durch den unter Führung von US-Präsident Woodrow Wilson abgeschlossenen Versailler Vertrag wurde das Deutsche Reich der Hauptschuldner und, um auch die Kriegsreparationen zahlen zu können, Hauptempfänger von US-Krediten: Sie gingen an die Deutsche Reichsbank, an deutsche Unternehmen, aber auch an US-Unternehmen:

Sie kauften in Westeuropa Unternehmen oder Unternehmensanteile und errichteten Tochterfirmen, so etwa Ford, General Motors, IBM, ITT, General Electric, International Harvester, Coca-Cola und Hollywood-Firmen wie Paramount. Dabei spielten der Dawes-Plan (1924) und der Young-Plan (1929) eine wichtige Rolle.

Auch in faschistischen Regimen wie unter Benito Mussolini in Italien oder Francisco Franco in Spanien, von den USA schnell diplomatisch anerkannt, wurde kräftig investiert. Schwerpunkt war allerdings der technologisch führende Standort Deutschland, hier waren Anfang der 1930er Jahre einige hundert der wichtigsten US-Unternehmen präsent.

So entstand auch mit Hilfe der USA in Hitler-Deutschland die modernste Militärmaschine Europas - und keineswegs unterbrochen im Zweiten Weltkrieg. Trotz militärischer Feindklärung durch die US-Regierung produzierten Ford, General Motors, IBM, Hollywood und Co. auch im Krieg für das NS-System, für die Wehrmacht und auch für die KZ-Verwaltung.

Die von der Wall Street 1930 in Basel/Schweiz gegründete Bank for International Settlements (BIS, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich/BIZ, Zentralbank der Zentralbanken auch heute) wusch Raubgold und Raubaktien, die die Wehrmacht aus den besetzten Staaten herausholte, und verschaffte dem Deutschen Reich international notwendige Devisen für die Beschaffung von Rohstoffen und Kriegsmaterial.

In der BIS kooperierten auch während des Krieges die Zentralbanken der militärisch verfeindeten Staaten, also USA und Deutschland, Japan, Frankreich, Belgien, Italien, Schweden usw.

Nur die Sowjetunion war nicht vertreten, die Leitung hatte der Wall-Street-Banker Thomas McKittrick.

### **US-Neuordnung (West)Europas I: Marshall-Plan**

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA die neue westliche Supermacht. Nicht nur (West-)Deutschland war wesentlich geschwächt, sondern auch die anderen imperialistischen und kolonialistischen Staaten Europas, insbesondere Großbritannien und Frankreich, aber auch die kleineren Staaten Italien, Belgien, Portugal und die Niederlande. Vor allem Großbritannien war bei den USA tief verschuldet.

### **USA nach dem Krieg: Den Wirtschaftsboom fortsetzen**

Die USA hatten sich durch den Zweiten Weltkrieg endlich aus der tiefen Produktionskrise, die 1928 begonnen hatte, befreit. Den Kriegsboom, den größten Wirtschaftsboom, den die USA bis dahin erlebt hatten, wollten sie nach dem Krieg fortführen. Nach dem Dawes-Plan folgte der viel umfangreichere Marshall-Plan (1947).

Das treibende Motiv des Plans war nicht die vielbeschworene "Hilfe" für das zerstörte Europa - denn zum einen war nur das kapitalistische Westeuropa gemeint, nicht die am meisten zerstörte Sowjetunion und andere von den Nazis verwüstete osteuropäische Staaten. Zum anderen galt die Hilfe vorrangig den USA, ihren Unternehmen und Banken selbst.

Das Marshall-Programm wurde von denen geleitet, die schon die transatlantischen Beziehungen zwischen US-Unternehmen und europäischen, insbesondere deutschen Konzernen vor und während des Krieges gestaltet hatten. So etwa war McKittrick, von 1940 bis 1945 Chef der u. a. als NS-Finanzier fungierenden BIS, in der Pariser Zentrale des Marshall-Plans zuständig für die Finanzabwicklung. So wurde der Wall-Street-Anwalt, dann stellvertretende Kriegsminister ("Assistant Secretary of War"), dann Präsident der Weltbank, John McCloy, zum Marshall-Plan-Beauftragten für die neu gegründete Bundesrepublik Deutschland und ab 1949 auch zu deren US-Hochkommissar.

### **Ausschluß sozialistischer Parteien und Staaten**

Für den Erhalt von Marshall-Hilfen mußten die Empfänger das Politik-, Parteien- und Gewerkschaftssystem antikommunistisch säubern. Kein Kommunist durfte Regierungsmitglied werden. Sozialisten und Sozialdemokraten durften sich nur dann an einer Regierung beteiligen, wenn sie zugleich antikommunistisch waren. Sogar der konservative Charles de Gaulle, der mit "Freies Frankreich" gegen die Nazis gekämpft hatte, wurde von den USA schon 1946 aus der Regierung verdrängt.

Sozialistische Staaten wollten und konnten sich dem Marshall-Regelsystem nicht anschließen. Das hatten die USA von vornherein geplant und schlossen die Sowjetunion schon 1944 bei der Gründung des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank aus.

### **Öffnung für den Marshall-Plan: Krieg der USA in Griechenland**

Wenn es nötig schien, verschärften die USA auch Bürgerkriege. Sie wurden dann anders entschieden als es nach den Kräfteverhältnissen im Land gekommen wäre. 300 CIA-Agenten, 450 US-Militär- und 1.200 US-Wirtschaftsberater wurden 1947 als American Mission for Aid to Greece (AMAG) eingesetzt. Sie unterstützten nationalistische und monarchistische Militärs in Griechenland (die teilweise mit den Nazi-Besatzern kooperiert hatten) durch Geld, Sturzkampfbomber und Napalmbomben. Reiche griechische Unternehmerfamilien, darunter Reeder wie Aristoteles Onassis, wurden subventioniert.

Die schwächelnde Kolonialmacht Großbritannien zog sich aus ihrem traditionellen Einflußbereich zurück und überließ der neuen Supermacht das Feld. So wurde die demokratische und antifaschistische Befreiungsbewegung mitten in "Friedenszeiten" vernichtet: Zwischen 1948 und 1952 wurden zehntausende Kommunisten und Linke eingesperrt, über 1.500 wurden hingerichtet. Dann flossen auch die Gelder des Marshall-Plans. Zum "Kalten Krieg" gehörten für die USA immer auch "heiße" Kriege.

### **Antikommunistische Steuerung der Gewerkschaften**

Der mit der CIA verbundene US-Gewerkschafts-Dachverband AFL-CIO infiltrierte, finanzierte, spaltete, erpreßte ab 1945 Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien und Funktionäre in allen westeuropäischen Staaten, so in Frankreich, Italien, Großbritannien, Westdeutschland, aber auch etwa in den skandinavischen Staaten.

Antifaschismus und Kapitalismus-Kritik wurden weitgehend ausgetrieben. Gegen den 1945 gegründeten überparteilichen Welt-Gewerkschaftsbund initiierten die USA über den AFL-CIO den antikommunistischen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, in den der DGB, der englische TUC usw. aufgenommen wurden.

Noch in den 1970er Jahren war z.B. der hauptamtliche DGB-Funktionär Walter Boehm gleichzeitig Gehaltsempfänger des US-Geheimdienstes.

### **Seit den 1980er Jahren: Noch mehr transatlantische Investitionen**

Der Marshall-Plan löste eine dauerhafte US-Investitionschwelle aus, die weit über den Umfang der Plan-Hilfen hinausging: Während die US-Investitionen zwischen 1950 und 1970 in Lateinamerika auf das Dreifache stiegen, in Asien (einschließlich Japan) auf das Fünffache, im traditionellen Nachbarschaftsmarkt Kanada um das Sechsfache, stiegen sie in Westeuropa um das Vierzehnfache. Aber das war nicht das Ende.

US-Berater: Für DDR-Verkauf, Privatisierung, Rüstungsbeschaffung ... Ab den 1980er Jahren wurden Wall-Street-Investmentbanken wie JP Morgan und Goldman Sachs, teilweise vermittelt über die Europäische Kommission, in EU-Staaten für die Privatisierung der großen staatlichen Unternehmen wie Post, Bahn, Medien und deren Börsengänge herangezogen, zuerst in Großbritannien durch die Tory-Regierung von Thatcher, dann auch etwa durch die von Bundeskanzler Kohl geführte Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP:

Sie holte ab 1990 JP Morgan, McKinsey, PricewaterhouseCoopers (PwC) usw. als Berater in die Treuhand-Anstalt, um die Betriebe der Ex-DDR möglichst schnell und billig zu privatisieren.

McKinsey, PwC, Ernst&Young, Freshfields, Fleishman Hillard und Accenture - die "zivile Privatarmee des transatlantischen Kapitals" - sind zu Dauer-Beratern nicht nur der großen privaten Unternehmen in der EU geworden, etwa bei Bilanzen, Übernahmen, Fusionen und Börsengängen, sondern auch der EU-Regierungen wie der deutschen und auch der Europäischen Kommission, so bei Flüchtlingspolitik, Rüstungsbeschaffung oder Jobcenter-Umgestaltung.

Und die drei großen US-Ratingagenturen Standard&Poor's, Moody's und Fitch beherrschen auch in der EU die Bonitätsbewertung nicht nur der Unternehmen, sondern auch der EU-Staaten und legen deren Kreditkonditionen fest, für den griechischen genauso wie für den deutschen Staat.

### **Weitere US-Interventionen: De-Industrialisierung der EU**

Trotz der verstärkten Investitionen westeuropäischer Banken und Unternehmen seit den 1980er Jahren in den USA blieb die US-Dominanz nicht nur erhalten, sondern wurde seit Beginn des 21. Jahrhunderts weiter ausgebaut.

Dabei haben die US-Akteure die EU-Staaten Irland, Luxemburg, die Niederlande und auch die City of London zu besonders willigen Finanzoasen ausgebaut - mit Hilfe und aktiver Duldung der EU. Die strukturelle Verarmung der staatlichen Haushalte in der EU sind die Folge, Verfall oder teure Privatisierung der Infrastruktur inbegriffen.

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts förderte die deutsche Regierung aus SPD/Grünen unter Kanzler Gerhard Schröder mit dem Programm "Entflechtung der Deutschland AG" durch Deregulierungen und Steuerbegünstigungen den Kauf deutscher Mittelstandsunternehmen und öffentlicher Wohnungsbestände durch Private-Equity-Investoren ("Heuschrecken") wie Blackstone und KKR - Vorbild für die ganze EU.

## **Verwertung der Substanz, De-Industrialisierung**

Das Prinzip: Die vorhandene wirtschaftliche Substanz verwerten, Arbeitseinkommen senken, Gewinne rausziehen, keine Zukunftsinvestitionen. Ergebnis: Investive Entmündigung der EU, De-Industrialisierung, Absturz gegenüber den USA und v. a. der Volksrepublik China.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 drangen dann die größeren Kapital-Organisatoren der Ersten Liga ein, wieder v. a. aus den USA: BlackRock, State Street, Vanguard und Co., neben vereinzelt Staatsinvestoren wie Norges (Norwegen), Temasek (Singapur) oder solchen aus den Golfstaaten. Sie sind nun die führenden und gleichzeitigen Eigentümer der wichtigsten Banken und Konzerne in Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Großbritannien usw., auch in der Schweiz.

Und der gegenwärtig größte Kapital-Organisator, BlackRock, ist nicht nur gleichzeitig Aktionär in allen DAX- und weiteren hunderten deutschen Unternehmen - auch in den fünf größten Wohnungskonzernen - und in den bedeutendsten Unternehmen der wichtigsten EU-Staaten, sondern ist auch mit drei Managern in der US-Regierung von Joe Biden vertreten. Er ist gleichzeitig Berater der Federal Reserve, der Europäischen Kommission und der EZB, auch für die Umsetzung des Corona-Wiederaufbau-Programms der EU.

Arbeitsverhältnisse und die Umdeutung der Menschenrechte Die International Labour Organization (ILO) konkretisiert die Universellen Menschenrechte der UNO im Bereich der Arbeitsbeziehungen: Recht auf Arbeit, Recht auf freie Gewerkschaften und Streik, Recht auf Kranken-, Arbeitslosigkeits- und Rentenversicherung, gerechtes Arbeitsentgelt, Kündigungsschutz, Arbeits- und Ruhezeiten, bezahlter Urlaub, Verbot der Zwangs- und Sklavenarbeit, Schutz der Wanderarbeit usw. Die westlichen EU-Staaten haben in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg eine Vielzahl der knapp 200 ILO-Konventionen ratifiziert.

Aber: Von 1948 bis ins Jahr 1970 war David Abner Morse Generalsekretär der ILO, länger als jemals ein anderer Generalsekretär vor oder nach ihm. Er war zuvor Vize-Arbeitsminister der US-Regierung und Arbeits-Berater der US-Militärregierung in Westdeutschland.

Die USA haben bis heute nur ein Dutzend der Konventionen ratifiziert, und schon gar nicht die wichtigsten - und stehen damit weltweit an vorletzter Stelle, weniger sind es noch bei Katar. Ein Hinweis darauf, warum die USA stets danach trachtete, daß einer der ihren, ob nun US-Bürger oder nicht, die ILO führt und neutralisiert. Unter der Regie von Morse wurden die ILO-Arbeitsrechte völkerrechtswidrig verdrängt, praktisch außer Kraft gesetzt, gezielt auch bei den Vorläufern der EU. Dies wirkt bis heute fort, etwa auch bei internationalen Freihandelsverträgen.

Dies steht im Kontext der US-geführten Umdeutung der Menschenrechte: Arbeits- und Sozialrechte raus, Individualrechte bleiben übrig, heute zugespitzt auf Diversität.

### **Working poor, working sick, migrantische Arbeit von legal bis illegal**

US-Konzerne wie McDonald's und UPS waren in Westeuropa ab den 1970er Jahren die Vorreiter für gewerkschaftsfeindliche prekäre Arbeitsverhältnisse. Working poor, zudem verbunden mit working sick, breitete sich von den USA kommend auch in der EU aus. Sie fördert den Ersatz des regulierten Voll- und Dauerarbeitsplatzes durch den hochflexiblen Job nach US-Vorbild. Die Situation der abhängig Beschäftigten in der EU gleicht sich den US-Verhältnissen immer mehr an, auch mit der Nutzung legaler wie illegaler migrantischer Arbeit.

Seit Beginn der 2000er Jahre wurde die in den USA entwickelte Dienstleistung des Union Busting auch in der EU installiert: Professionelle Bekämpfung von unabhängigen Belegschaftsvertretungen. Wie in den USA besteht die Klasse der abhängig Beschäftigten heute aus vielfältigsten Gruppen, die nach Nationalität und Ethnie, rechtlichem Status, Arbeitsumfang und Legalität/Illegalität hochgradig und kaum organisierbar zersplittert sind und wo schon erste Ansätze einer Organisation bekämpft werden.

## **Ost-Erweiterung und Digitalisierung**

Mit der Osterweiterung der EU wurden und werden die neuen Mitglieds- und Anwärterstaaten zweifach genutzt: 1. für selektive Investitionen einzelner v. a. westlicher Unternehmen, ohne die Volkswirtschaft und die Infrastruktur zu fördern, 2. als Reservoir für millionenfache, befristete migrantische Arbeit in den Sektoren Bau, Logistik, Gesundheit, Landwirtschaft (Saisonalarbeit), häusliche und Alten-Pflege, Gastronomie und auch Prostitution.

US-Konzerne wie Uber, Amazon, Facebook/Meta sind mit ihren EU-weiten Subunternehmerketten die Vorreiter der digitalisierten und durch Künstliche Intelligenz beschleunigten Prekarität (gig und crowd working, oft vertragslos, oft einseitiges anonymes Anweisungsverhältnis), zusätzlich befördert durch die Pandemie(-Politik).

## **US-Neuordnung (West-)Europas II: NATO**

Im Vorfeld der NATO-Gründung wußten die Verantwortlichen in den USA: Die Sowjetunion bedeutet keine militärische Gefahr. Einen Angriff auf Westeuropa konnte die geschwächte Macht, selbst wenn sie wollte, nicht durchhalten:

Die Wirtschaft der Sowjetunion war zu schwach; ihr Transportsystem zu unausgereift; ihre Ölindustrie ist viel zu leicht anzugreifen. Die Männer im Kreml sind kluge Tyrannen, urteilte der Chefplaner im State Department, George Kennan, die ihre innere Macht nicht durch militärische Abenteuer im Ausland aufs Spiel setzen. Dies hielt Kennan ab 1948 für Außenminister Marshall, Präsident Truman und die US-Botschafter in diversen Memoranden wiederholt fest.

## **Die Gründungslüge**

Die tieferen Gründe für die militärische Besetzung Europas waren andere. Im März 1943 machte es der neoliberale Geostratege Walter Lippmann offiziell: Nach der Eroberung Nordamerikas, Mittelamerikas, der Karibik, der Philippinen und Inseln im Pazifik (Wake Islands, Guam, Hawaii ...) seien die USA bisher gezwungen gewesen, "zwei Drittel der Erdoberfläche von unserer kontinentalen Basis in Nordamerika aus zu verteidigen."

Jetzt aber eröffne sich mit der absehbaren Niederlage der Achsenmächte Deutschland, Japan, Italien eine neue Möglichkeit: Die USA können jetzt ihre "Verteidigungslinie" entscheidend erweitern, "indem wir unsere Außenpolitik auf zuverlässige Bündnisse in der alten Welt gründen."

## **1947: Vom Department of War zum Department of Defense**

Von 1776 an, seit ihrer Gründung, hatten die USA faktengemäß ein Kriegsministerium (Department of War). Aber gerade jetzt, 1947, auf der erweiterten Stufe ihrer globalen Expansion, wurde das Kriegsministerium als Verteidigungsministerium (Department of Defense) deklariert. Dies war durchaus ein internationaler Trend, der es dem Kriegsbündnis NATO leichter machte, unter "Verteidigungsbündnis" zu firmieren.

Die 1949 gegründete NATO war Zwillingsgeschöpf des Marshall-Plans. Das verkörperte George Marshall selbst: Während des Zweiten Weltkriegs koordinierte er als Chief of Staff das US-Militär auf allen Kriegsschauplätzen zwischen Nordafrika und Japan. Nach dem Krieg organisierte er als Außenminister von 1947 bis 1949 den nach ihm benannten Plan. Und 1950 organisierte er als US-Verteidigungsminister die im Jahr zuvor aus der Taufe gehobene NATO mit.

## **Die Fortsetzungslüge: EU-Osterweiterung mit NATO**

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die ins Feld geführte Legitimation für die NATO weggefallen. Aber für die USA als "einzige Weltmacht" war und ist die Beherrschung ganz Eurasiens "von Lissabon bis Wladiwostok" das Ziel, so 1996 der führende Berater mehrerer US-Präsidenten, Brzezinski.

Der unter dem Deckmantel der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker - bis hin zur Behauptung, "ein neues Auschwitz" müsse verhindert werden -, geführte Krieg

gegen Jugoslawien war ein Einschnitt. Heute ist man weiter: Rußland muß erobert werden, auch um die großen Ressourcen nicht China zu überlassen; dafür ist die Ukraine der wichtigste Zwischenschritt, so das geostrategische Konzept.

Alle osteuropäischen Staaten, ob Ungarn, Polen, Tschechien, Kroatien, Litauen usw. wurden und werden zuerst Mitglieder der NATO, bevor sie nach einigen Jahren auch EU-Mitglied werden dürfen. Der Kosovo wurde völkerrechtswidrig von Serbien abgetrennt und zum Staat erklärt (bis Ende 2021 von gut 100 Ländern, darunter 22 der 27 EU-Staaten, anerkannt), um dort, umgeben von Armut und Korruption, den neuen US-Militärstützpunkt Bond Steel zu betreiben.

So sind zwar die britischen, französischen, belgischen und niederländischen Besatzungstruppen aus der Bundesrepublik abgezogen, aber nicht die US Army und nicht die US-Atombomben - im Gegenteil: Die etwa drei Dutzend US-Militärstützpunkte und Operationsbasen werden umgebaut, erweitert, modernisiert, für Kriege in Asien, "Operationen" in Afrika und den Aufmarsch gegen Rußland. Kein größerer Staat der Welt ist so dicht mit ausländischem, also US-Militär, besetzt wie der "mächtigste" EU-Staat, und dies verschärft in den 16 Regierungsjahren der "mächtigsten Frau der Welt".

### **Befreiung von "America First"!**

Die deutsche Bundeskanzlerin ließ sich und ihre Regierungsmitglieder von US-Geheimdiensten ausspionieren. Aber selbst als dieses Mal zufällig und kurzzeitig bekannt wurde - Frau Merkel unternahm nichts dagegen. Das gehört seit Bundeskanzler Adenauer zum Standard dieser besonders tiefen transatlantischen "Freundschaft". Ergebnis: Die Macht Deutschlands und der EU erodiert, auf allen technologischen und geostrategischen Gebieten, so der außenpolitische Thinktank European Council on Foreign Relations.

### **"Machtlos gegen Big Tech"**

Die EU hat seit einem Jahrzehnt auf strategisch wichtigen Feldern immer wieder versucht, die US-Vorherrschaft zumindest etwas zu begrenzen: Bei der organisierten Steuerflucht von US-Unternehmen, bei der Einschränkung des Wettbewerbs durch die großen fünf US-Digitalkonzerne Google, Apple, Microsoft, Facebook und Amazon (GAMFA), bei der Abschöpfung von Bürger- und Unternehmensdaten und deren Transfer in die USA, bei der Abhängigkeit der EU im Bereich der Software, der Chip-Produktion und der Clouds.

Es wurden schon mal ein paar Milliarden Bußgelder eingetrieben - aber die Strukturabhängigkeit von den Digitalkonzernen wächst, noch beschleunigt mit der Pandemie-Politik. Dabei werden die dreistelligen Millionenbeträge nicht einmal thematisiert, mit denen die GAMFA mitunter Lehrstühle finanzieren und über häufige und große Anzeigen auch Abhängigkeiten der sogenannten Leitmedien in der EU schaffen, in Deutschland von taz bis FAZ.

Da bilanziert die FAZ: "Verzweifelte Aufholjagd einer Schlüsselindustrie. Brüssel will die Chip-Branche in der EU vor dem Niedergang retten. Der aber ist längst im Gange." Und das Handelsblatt bilanziert: "Machtlos gegen Big Tech". Deshalb schlägt die US-lastige Unternehmer-Postille als "Lösung" offen vor: "Mit Apple und Google verbünden"!

### **Noch mehr Unterwerfung trotz wachsender Zweifel an der Supermacht**

Zwei Jahrzehnte haben die wichtigsten und auch kleine EU-Staaten und ebenso ihre Neutralität zelebrierende Staaten wie die Schweiz den US- und NATO-Krieg in Afghanistan mitgetragen: militärisch, finanziell, propagandistisch, geheimdienstlich und übrigens auch mit christlich-kirchlicher Beweihräucherung vor Ort.

Ergebnis: Millionen Menschen auf der Flucht, hunderttausende Tote, ein destabilisiertes und verarmtes Land, mit vielgestaltig korrumpierten Marionettenregierungen, Oligarchen, Warlords, einheimischen "Menschenrechtlern" und "Ortskräften" sowie eine wieder zur Macht gekommene Taliban-Regierung. Das nur als ein Beispiel, ein aktuelles, für die menschenrecht-



lich, moralisch, politisch, finanziell und sogar noch militärisch desaströse US- und NATO--Gefolgschaft.

Selbst ein transatlantisches Flaggschiff wie die "Zeitung für Deutschland" konstatiert die technisch-finanzielle Dominanz der USA, und auch die sich vertiefenden Zweifel an der "einzigen Weltmacht": Durch "strukturellen Rassismus, Waffengewalt auf den Straßen, zehntausende Drogentote, rechten Populismus - die Krisensymptome sind nicht mehr zu leugnen und reichen weit in das liberale Bürgertum", so die FAZ in ihrer immer noch beschönigenden Krisenanalyse, in der z.B. der Afghanistan-Krieg fehlt.

Aber solange Rußland und China uns bedrohen, so das von Facebook und Google mittels Inseraten reichlich bedachte Leitmedium, "muß Europa sein Mißtrauen Washington gegenüber überwinden und auf Amerika setzen."

### **Militärische Budgets weiter erhöhen**

Derlei herrschende Meinungsmache erreicht, in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, in der gegenwärtigen Feindbild-Konstruktion, in der Haß- und Hetzproduktion gegen Rußland und die Volksrepublik China "Weltniveau".

Die EU erweitert die "eigenen" militärischen Instrumente, aber die NATO-Führung bleibt, und die EU-Staaten erfüllen schrittweise die dem US-Präsidenten Barack Obama verbindlich zugesagte Forderung der Supermacht, die Rüstungsetats mindestens auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen.

Die USA schrumpfen sich und die besten Alliierten volkswirtschaftlich, ihre wichtigsten internationalen Instrumente sind Boykotte und Sanktionen - und haben als wichtigstes Alleinstellungsmerkmal nur noch den weltweit größten Destruktionsapparat zu bieten: Militär zu Land, zur See, in der Luft, im Weltraum; die mit riesigem Abstand meisten Militärstützpunkte rund um den Planeten; die größten Rüstungskonzerne und den größten Rüstungsexport, die meisten Kriege, offene und verdeckte.

### **Die notwendige Befreiung von "America First"**

Nach dem bisher größten Weltkrieg wurden die Konsequenzen gezogen: UN-Völkerrecht und Universelle Menschenrechte. Um den nächsten, noch größeren Weltkrieg zu verhindern - und auch seine teils geifernd begrüßten Vorstufen zu entschärfen -, muß die Menschheit zu diesem Völkerrecht und diesen Menschenrechten zurück: Globalisierung ohne militärische Begleitung. Befreiung der UNO und ihrer Unterorganisationen aus dem Zugriff der USA. Austritt aus der NATO, statt dessen gemeinsame Sicherheitsarchitektur für das ganze Europa - jenseits von "America First". ...<<

**06.06.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Juni 2022:**

**>>Erzbischof Vigano: "Ukraine-Krieg dient Great Reset"**

Ein Gottesmann blickt hinter die Kulissen: Der traditionalistische Erzbischof Carlo Maria Vigano stand dem bekannten Corona-Kritiker und Juristen Dr. Reiner Füllmich Rede und Antwort. ...

\_ Reiner Füllmich im Gespräch mit Erzbischof Carlo Maria Vigano

Reiner Füllmich: Exzellenz, die Corona-Krise geht nun in ihr drittes Jahr. Inzwischen sind die Kriege im Osten und vor allem die massive politische und mediale Kriegshetze hinzugekommen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Erzbischof Carlo Maria Vigano: Lassen Sie uns einen grundlegenden Punkt klären: Die Ukraine-Krise wurde vom tiefen Staat bewußt provoziert, um die Welt zu zwingen, die Reformen des Great Reset durchzuführen, insbesondere den sogenannten "technologischen Übergang" und die "grüne Wende". Sie ist die zweite Stufe des globalistischen Technokraten-Putsches nach der Pandemie-Farce.

Die Psychopandemie war die erste Stufe eines wirklichen Angriffs, um die Kontrolle über die Regierungen zu erlangen. In Wirklichkeit versuchen sie heute nur, die politische Macht zu umgehen, die bisher nur als reiner Befehlsausführer diente. Unter dem Vorwand der Pandemie haben sie Systeme zur detaillierten Bevölkerungskontrolle eingeführt, darunter auch Systeme zur Rückverfolgung einzelner Bürger, die mit dem experimentellen Gen-Serum geimpft worden sind.

"Stellen Sie sich einen biologischen Chip vor, der in einer Pille enthalten ist, die, wenn sie geschluckt wird, in den Magen geht und ein Signal aussendet. Stellen Sie sich die Anwendungen vor, die Möglichkeit, Menschen gefügig zu machen. Was auf diesem Gebiet geschieht, ist faszinierend."

Und Bourla sagt "was passiert", weil er über bestehende Technologien und nicht über imaginäre Projekte spricht. Das Vorhandensein von Graphen und sich selbst zusammensetzenden Nanoschaltkreisen wird jetzt sogar von denen zugegeben, die noch vor einem Jahr diejenigen, die Alarm schlugen, als "Verschwörungstheoretiker" bezeichneten.

### **Immunsystem irreversibel geschwächt**

Die Bevölkerungen der Länder, die sich der Agenda 2030 angeschlossen haben, sind jetzt größtenteils geimpft, oder besser gesagt: sie wurden genetisch verändert, und ihr Immunsystem ist jetzt auf irreversible Weise geschwächt. Und vielleicht - wie einige Juristen jetzt anprangern - wird man entdecken, daß sie zusammen mit dem genetischen Serum Chips injiziert haben, die in der Lage sind, sogar die Reaktionen der Menschen zu kontrollieren, ihr Verhalten zu beeinflussen und sie gefügig zu machen, wenn es zu Unruhen kommt, oder gewalttätig, wenn es nötig ist, einen Vorwand für militärische Interventionen zu haben.

Wir sind weit über einen globalen Staatsstreich hinaus: Dies ist der größte, aufsehenerregendste, noch nie dagewesene Angriff auf die menschliche Person - auf die Freiheit, das Gewissen und den Willen des Menschen.

Man kann sich gut vorstellen, welches Risiko es birgt, der WHO im Falle einer Pandemie die souveräne Kontrolle über die Gesundheitssysteme verschiedener Nationen zu übertragen, wenn diejenigen, die über Impfkampagnen und Behandlungen, über Eindämmungsmaßnahmen und Abriegelungen entscheiden müssen, alle von den großen Pharmakonzernen und von der Bill & Melinda Gates Foundation finanziert werden, die über die ewige Pandemie und den ewigen Auffrischungsimpfstoff theoretisiert. Selbst die Resolution, über die in der WHO abgestimmt werden sollte - und die zumindest vorerst verhindert wurde - ging in Richtung einer totalen Kontrolle durch die globalistische Synarchie.

Man darf sich also nicht wundern, wenn die WHO in dem kläglichen Versuch, die Nebenwirkungen des experimentellen Gen-Serums zu vertuschen, nun Alarm schlägt wegen der angeblichen Affenpocken, deren Symptomatik einigen der Nebenwirkungen des mRNA-Impfstoffs merkwürdig ähnlich ist. Sowohl die WHO als auch die Europäische Arzneimittelagentur (die zu 75 Prozent von Big Pharma finanziert wird) haben gezeigt, daß sie sich in einem klaren Interessenkonflikt befinden und völlig von der Pharmaindustrie abhängig sind.

### **Der Westen wollte den Krieg**

Was die russisch-ukrainische Krise betrifft, so wurde das, was eine Friedensoperation hätte sein sollen, um der ethnischen Verfolgung der russischsprachigen Minderheit in der Ukraine durch Neonazi-Extremisten ein Ende zu setzen, vorsätzlich und schuldhaft in einen Krieg verwandelt. Die wiederholten Appelle von Präsident Putin an die internationale Gemeinschaft, das Minsker Protokoll zu respektieren, sind auf taube Ohren gestoßen.

Und warum? Aus dem einfachen Grund, daß es eine hervorragende Gelegenheit war.

Erstens war es eine Gelegenheit, improvisiert eine globale Energiekrise herbeizuführen, um den Übergang zu alternativen Energiequellen zu erzwingen, zusammen mit all den damit verbundenen Geschäften. Wie könnte man ohne eine Krise die Erhöhung der Gas- und Benzin-

preise als Instrument einsetzen, um Unternehmen und Einzelpersonen zu dem berühmten "ökologischen Übergang" zu zwingen, den niemand je gewählt hat und der von Bürokraten aufgezwungen wurde, die von der Elite versklavt sind?

Zweitens, um auf kontrollierte und rücksichtslose Weise alle Unternehmen zu zerstören, die als nutzlos oder schädlich für die globale Wirtschaft der multinationalen Konzerne gelten. Millionen von Handwerksbetrieben, kleine Unternehmen, die die Nationen Europas und insbesondere Italiens einzigartig machen, mußten schließen, weil nach den Katastrophen, die durch die Abriegelungen und die Regeln der Psychopandemie verursacht wurden, ein Anstieg der Gas- und Ölpreise provoziert wurde, mit kriminellen Spekulationen durch den Markt und ohne daß die Russische Föderation auch nur einen Cent mehr bekommen hätte.

All dies wurde von der Europäischen Union auf Anweisung der NATO mit Hilfe von Sanktionen herbeigeführt, die sich auf diejenigen auswirken, die sie verhängt haben. Der Zusammenbruch der traditionellen Wirtschaft ist nicht die unglückliche Folge eines unerwarteten Konflikts, sondern die vorsätzliche kriminelle Aktion einer globalen Mafia, im Vergleich zu der die traditionelle Mafia wie eine vorteilhafte Partnerschaft erscheint. Der Vorteil dieser subversiven Operation kommt den multinationalen Konzernen zugute, die Unternehmen und Immobilien zu Konkurspreisen aufkaufen können, und auch den Finanzunternehmen, die von Krediten an Millionen neuer Armer profitieren.

Auch hier bedienen sich die ideologischen - und teuflischen - Ziele der Elite der Komplizenschaft von Wirtschaftspotentaten, deren Ziel es ist, einfach nur Profit zu machen. Mit dem Krieg haben die Rüstungsindustrie und die nicht minder florierende Industrie der Informationstechnologien und Söldner nun die Möglichkeit, lukrative Geschäfte abzuschließen, mit denen sie die Politiker großzügig belohnen, die für die Lieferung von Waffen und Unterstützung in die Ukraine gestimmt haben.

Drittens diente der Krieg in der Ukraine auch dazu, den Skandal um Hunter Biden zu vertuschen, der mit der Metabiota-Gesellschaft an der Finanzierung von Biolabors beteiligt war, in denen bakteriologische Massenvernichtungswaffen hergestellt werden. Die Belagerung des Stahlwerks Asowstal war gerade dadurch motiviert, daß sowohl die Mitglieder ausländischer NATO-Truppen zusammen mit den Neonazis von Asow und Prawij Sektor als auch die durch internationale Konventionen verbotenen Biolabore, die für Experimente an der örtlichen Bevölkerung genutzt werden sollten, versteckt werden mußten.

Viertens, weil das Psychopandemie-Narrativ trotz der Komplizenschaft der Mainstream-Medien nicht verhindern konnte, daß die Wahrheit ans Licht kam und sich allmählich in immer breiteren Kreisen der öffentlichen Meinung verbreitete. Die Krise in der Ukraine sollte eine gut organisierte Operation zur Ablenkung der Massen sein, um zu verhindern, daß die zunehmend unkontrollierbaren Nachrichten über die tödlichen Auswirkungen des experimentellen Serums und die katastrophalen Folgen der von den Nationen während der Notfallpandemie ergriffenen Maßnahmen an die Öffentlichkeit gelangen.

Die Fälschung von Daten ist inzwischen offenkundig; die absichtliche Verschleierung der Ergebnisse der ersten Phase des Experiments wird von den Pharmakonzernen selbst zugegeben; die Unbrauchbarkeit von Masken und Abriegelungen ist durch mehrere Studien belegt; der Schaden für das psychophysische Gleichgewicht der Bevölkerung und insbesondere für Kinder und ältere Menschen ist unabsehbar, ebenso wie der Schaden, der den Studenten durch den Fernunterricht entstanden ist.

Es ist das Mindeste, was diese verrückten Kriminellen tun können, die für die Pandemie ebenso verantwortlich sind wie für die russisch-ukrainische Krise, indem sie die Menschen mit antirussischer Propaganda vor dem Fernseher oder in den sozialen Medien gefesselt halten, um sie daran zu hindern, zu begreifen, was ihnen angetan wurde. ...<<

**20.06.2022**

**BRD:** Das Blogportal und Online-Magazin "ACHGUT - Die Achse des Guten" berichtet am 20. Juni 2022(x1.146): >>>Keine Hilfe im Winter möglich? Scholz' und Habecks dreiste AKW-Lüge

Olaf Scholz und Robert Habeck erzählen den Menschen, die laufenden AKWs könnten nicht zur Energieversorgung im kommenden Winter beitragen, weil die Brennelemente fehlen. Die beiden beziehen sich dabei auf einen bestellten Bericht, dessen Ergebnis vorab feststand. Lesen Sie hier, wie und warum die Wahrheit in übler Weise verbogen wird.

In Berlin brennt die Hütte - und zwar ganz von selbst. Der für den Winter absehbare Energie-Notstand in Deutschland versetzt die Regierenden in Panik. Der vernünftige Schritt, die Atomkraftwerke zumindest im Sparbetrieb weiterlaufen zu lassen, liegt auf der Hand. Jede Kilowattstunde wird im kommenden Winter zählen.

Doch eine Erlaubnis zum Weiterbetrieb der Kernkraftwerke würde die Grünen zerreißen und damit der Regierung Scholz ein mögliches Ende setzen. Also versucht man, die Forderung unter der Decke zu halten und möglicherweise Zeit zu gewinnen, bis man gar nicht mehr anders kann.

Deshalb wird gelogen, daß sich die Brennstäbe biegen. Das Narrativ, das derzeit gestreut wird, heißt: Im nächsten Winter können die Kernkraftwerke nichts zur Energieversorgung beitragen, weil dafür die Brennstäbe fehlen und so schnell keine neuen beschafft werden können. Der Atomausstieg sei lange beschlossen.

Brennelemente und die nötigen Wartungsintervalle der Anlagen seien genau darauf abgestimmt. So reichten die Brennstäbe noch bis zum Ende des Jahres. "Neue zu besorgen, würde mindestens 12 bis 18 Monate dauern, betonte Scholz", schreibt das Handelsblatt. Wirtschaftsminister Habeck hat sich praktisch gleichlautend geäußert.

Diese Aussagen sind grob irreführend und streuen den Menschen absichtlich Sand in die Augen. Diese Verlautbarungen basieren auf einer vorgeblich "ideologiefreien unideologischen Prüfung", die zu dem Zweck angefertigt wurde, sich diese Debatte von vornherein vom Hals zu schaffen.

Aus gegebenem Anlaß veröffentlichen wir hier daher nochmals unseren Beitrag: "Weiterbetrieb der Kernkraftwerke? Die Prüfung, die keine war". Rainer Klute widerlegte darin die Behauptungen, die Scholz und Habeck jetzt wieder ins Land posaunen, schon im März dieses Jahres:

#### **Weiterbetrieb der Kernkraftwerke? Die Prüfung, die keine war**

Das Ergebnis der von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im ZDF-Morgenmagazin versprochenen "unideologischen" Prüfung, ob eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke möglich und sinnvoll sei, ist eine grün motivierte, ideologische Farce.

Anders als Bundeswirtschafts- und -umweltministerium behaupten, bieten die Kernkraftwerke für den Winter 2022/23 sehr wohl noch erhebliche Leistungsreserven. Die sollte Deutschland nicht leichtfertig aus der Hand geben. Der Weiterbetrieb der laufenden Anlagen und die Reaktivierung der zum Jahresende 2021 abgeschalteten Kernkraftwerke mit den technischen und personellen Herausforderungen der Laufzeitverlängerungen sind mit moderatem Aufwand zu bewältigen.

Die Ministerien haben überhaupt nicht richtig geprüft. Sie haben eine Abwägungssimulation durchgeführt, deren Ergebnis ein Papier war, dessen Inhalt bereits vorher feststand. Grüne Ideologie geht ihnen offenbar vor Versorgungssicherheit. Aber wenn wir von Versorgungssicherheit sprechen, dann geht es um Menschenleben. Eine "Analyse" wie diese ist völlig unverantwortlich, zumal keine Fachleute einbezogen wurden.

Manche Annahmen der Ministerien sind nachweislich falsch und führen daher zu falschen Schlußfolgerungen. Hätten die Autoren die Fachleute in den Ministerien und in den zuständigen Fachgremien befragt, wäre ihnen das nicht passiert.

Ein Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke brächte für den Winter 2022/23 keine zusätzlichen Strommengen, meinen die unter grüner Leitung stehenden Ministerien in einem knappen viereinhalbseitigen Prüfvermerk, den sie am 8. März 2022 vorlegten. Demnach stünden frühestens ab Herbst 2023 wieder frische Brennelemente zur Verfügung. Ab Januar 2023 könnten die Kernkraftwerke nichts zusätzlich beitragen.

### **Brennelemente enthalten noch erhebliche Energiereserven**

Doch das trifft nicht zu. Richtig ist, daß die derzeit eingesetzten Brennelemente für einen Volllastbetrieb bis zum Jahresende 2022 vorgesehen und berechnet sind. Doch anders als von den Ministerien vermutet, sind sie dann nicht erschöpft. Vielmehr verfügen die sogenannten "abgebrannten" Brennelemente noch über erhebliche Leistungsreserven. Diese lassen sich auch über den derzeit vorgesehenen Abschalttermin 31. Dezember 2022 hinaus nutzen. Sie können signifikant zur Versorgungssicherheit beitragen.

Mit diesen "abgebrannten" Brennelementen läßt sich noch so viel Strom zusätzlich erzeugen, wie ein großes Gaskraftwerk in zweieinhalb Jahren Volllastbetrieb liefert. Für den Winter 2022/23 und auch darüber hinaus ist also noch eine Menge Energie da. Erst danach sind frische Brennelemente nötig. Es ist eine schnelle Entscheidung erforderlich, denn je früher die Brennelemente bestellt werden, desto früher sind sie da.

Insgesamt lassen sich die Punkte, die Bundesumwelt- und -wirtschaftsministerium als mögliche Hintergrundgründe sehen, in technische, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte einteilen.

Zur sicherheitstechnischen Bewertung der Kernkraftwerke beteuert der Prüfvermerk von Bundesumweltministerium (BMUV) und Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) zwar, daß sich die noch laufenden Anlagen "... in einem vollständig genehmigten und überwachten Zustand (befinden). Sie sind sicherheitstechnisch grundsätzlich auf einem hohen Niveau."

Allerdings fanden 2019 in Anbetracht des nahenden Atomausstiegs die zehnjährlichen periodischen Sicherheitsüberprüfungen (PSÜ) nicht mehr statt. Diese PSÜ ziehen sich laut Prüfbericht über Jahre hin. Man könnte also meinen, die Kraftwerke stünden in diesem Zeitraum nicht zur Stromerzeugung zur Verfügung.

Tatsächlich aber handelt es sich bei einer PSÜ zu einem Teil um Schreibtischarbeit, zum anderen Teil um Überprüfungen, die während des laufenden Betriebs erledigt werden. Ulrich Waas, Diplom-Physiker und ehemaliges Mitglied der Reaktorsicherheitskommission, erläutert das von ihm mitentwickelte Konzept der Sicherheitsüberprüfungen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 13. März 2022.

Bei der letzten PSÜ im Jahr 2009 habe man für alle drei in Frage kommenden Anlagen zusammen rund 1.500 Arbeitsstunden gebraucht. Je nachdem, wie viel Personal man darauf ansetze, lasse sich das in ein paar Monaten bewältigen.

### **Zusätzliche Leistungsreserven durch Streckbetrieb nutzen**

Was die Verfügbarkeit von Kernbrennstoff betrifft, argumentiert der Prüfbericht, daß eine zeitnahe Beschaffung frischer Brennelemente nicht möglich sei. Die Anlagen stünden nach dem 31. Dezember 2022 ohne Brennstoff da. Man könne zwar im Sommer 2022 die Kernkraftwerke mit verminderter Leistung fahren, so daß sie auch über den 31. Dezember 2022 hinaus noch für eine gewisse Zeit Strom liefern könnten. Insgesamt würde damit aber nicht mehr Strom produziert, bringe das also nichts.

Doch diese Darstellung von BMUV und BMWK ist falsch. Vielmehr enthalten die Brennelemente noch erhebliche Leistungsreserven, die sich nutzen lassen. Dazu muß man wissen, daß beim jährlichen Brennelementwechsel keineswegs sämtliche Brennelemente ausgetauscht werden, sondern nur die ältesten, die schon seit vier oder fünf Jahren im Reaktorkern stehen.

Das ist ähnlich wie in der Grundschule: Zum Schuljahreswechsel werden nicht sämtliche Schüler gegen neue ausgetauscht. Vielmehr verlassen nur diejenigen Schüler die Schule, die dort schon vier Jahre hinter sich haben. Dafür rücken dann neue Erstklässler nach. Der eine oder andere bleibt auch fünf Jahre in der Grundschule.

Nach einem Brennelementwechsel befinden sich daher unterschiedlich stark verbrauchte Brennelemente im Kern: Neben den frischen finden sich solche, die schon ein, zwei, drei oder sogar vier Jahre hinter sich haben.

Im Hinblick auf den Atomausstieg haben die Betreiber der Kernkraftwerke jedoch keine frischen Brennelemente mehr bestellt. Die aktuell vorhandenen Reaktorkerne sind so berechnet, daß die Anlagen damit noch bis zum Jahresende mit voller Leistung fahren können. Danach sind die ältesten Brennelemente am weitesten "heruntergebrannt". Die übrigen Brennelemente enthalten aber noch erhebliche Reserven.

Und an diesem Punkt irren Bundeswirtschafts- und -umweltministerium! Denn diese Reserven lassen sich nutzen. Sie können im Winter 2022/23 erheblich zur Stromversorgung beitragen. Zwar ist der übliche Brennelementwechsel mangels frischer Brennelemente nicht möglich, man kann aber die Anlage noch eine Zeitlang mit den vorhandenen Brennelementen einfach weiterlaufen lassen.

Auf diese Weise ist zwar kein Vollastbetrieb mehr möglich, aber die Kraftwerke können mindestens 90 Tage lang mit leicht fallender Leistung Strom produzieren. Dieser sogenannte Streckbetrieb schließt sich nahtlos an den Vollastbetrieb an.

Anschließend lassen sich weitere Reserven mobilisieren: Man fährt den Reaktor herunter, öffnet den Reaktordeckel und ordnet die Brennelemente, die schachbrettartig im Kern stehen, etwas anders an. Vielleicht tauscht man auch einige Brennelemente der vierten oder fünften Standzeit gegen noch gute, bereits gebrauchte Brennelemente aus dem Naßlager aus.

### **Kernkraftwerke können im Winter 2022/23 wesentliche Beiträge liefern**

Mit dieser neuen Anordnung der Brennelemente ist sogar wieder ein Vollastbetrieb möglich, jedenfalls für weitere 40 bis 60 Tage. Daran schließt sich erneut ein Streckbetrieb über 80 bis 90 Tage an. Insgesamt sind also sieben bis acht Monate zusätzlicher Betrieb ohne frische Brennelemente möglich.

Im Winter 2022/23 können die drei Kernkraftwerke jedenfalls wesentliche Beiträge liefern. Im ersten Streckbetrieb, also ab Beginn des Jahres 2023, können die Anlagen insgesamt rund 7,5 Terawattstunden (TWh) Strom zusätzlich liefern, also 7,5 Milliarden Kilowattstunden. In der Phase nach der Umgruppierung der Brennelemente kommen weitere 4,5 bis 6 TWh hinzu. Im zweiten Streckbetrieb sind es dann noch einmal 7 bis 7,5 TWh. In Summe lassen sich so 19 bis 21 TWh oder mehr zusätzlich an Strom erzeugen, ohne daß ein einziges neues Brennelement notwendig wäre.

Laut International Energy Agency (IEA) sparen 70 TWh Strom aus CO<sub>2</sub>-armen Quellen wie Kernenergie 13 Milliarden Kubikmeter Erdgas ein. Die 19 bis 21 TWh Stromproduktion aus alten Brennelementen bringen also eine Ersparnis von 3,5 bis 3,9 Milliarden Kubikmetern Erdgas, die nicht aus Rußland importiert werden müssen oder für andere Zwecke zur Verfügung stehen.

Wie viel wäre der zusätzlich produzierte Strom wert? Die Futures für Grundlaststrom im ersten Quartal 2023 liegen derzeit bei rund 150 Euro pro MWh. Die 19 bis 21 TWh brächten also einen Erlös von rund 3 Milliarden Euro.

### **Neue Brennelemente brauchen Zeit**

Während sich mit dem Streckbetrieb die Zeit bis Juli oder August 2023 überbrücken ließe, müßten die Betreiber möglichst bald neue Brennelemente bestellen. Passende Brennelemente hat der Hersteller nämlich nicht einfach auf Lager, sondern fertigt sie für den jeweiligen Reaktortyp nur individuell auf Bestellung. Das dauert normalerweise etwa 18 Monate. Würden

jetzt neue Brennelemente bestellt, könnten die Betreiber im September 2023 den regulären Brennelementwechsel nachholen.

Die Kernkraftwerke hätten also nur eine kurze Stillstandszeit. Möglicherweise läßt sich die Fertigung der Brennelemente auch priorisieren und etwas beschleunigen. Das benötigte angereicherte Uran für die neuen Brennelemente kann zum Beispiel aus den LEU-Vorräten der IAEA-Kernbrennstoffbank innerhalb kurzer Zeit abgerufen werden.

Nachfragen bei den Betreibern ergaben, daß das Betriebspersonal hochmotiviert ist, ihre Anlagen weiter zu betreiben. Viele würden sogar auf ihren vorzeitigen Ruhestand verzichten, wenn sie dafür die Gelegenheit hätten, "ihre" Anlage weiterbetreiben zu können. Die Verschrottung voll funktionsfähiger Kraftwerke ist in ihren Augen ein Unding.

BMUV und BMWK sehen als weiteres Problem, daß die Ersatzteilbevorratung abgebaut worden sei und bezweifeln, daß ausreichend Ersatzteile für das Sicherheitssystem und für betriebliche Systeme vorhanden seien. Hier haben sich in der Tat einige Zulieferer zurückgezogen. Andererseits sind weltweit rund 440 Kernreaktorblöcke in Betrieb, die alle mit ausreichend Ersatzteilen versorgt werden müssen und versorgt werden. Laut Ulrich Waas ist die Technik in den deutschen Anlagen nicht derart einzigartig, daß keine anderen Zulieferbetriebe einspringen könnten.

### **Änderung des Atomgesetzes nötig**

Grundsätzlich gilt für die Kernkraftwerke in Deutschland gemäß § 7 Absatz 1a Atomgesetz (AtG) eine Laufzeitbeschränkung. Um eine Laufzeitverlängerung zu ermöglichen, müßte der entsprechende Absatz gestrichen werden. Eine solche Gesetzesänderung müßte der Bundestag beschließen.

BMUV und BMWK sehen das Risiko, daß Verfassungsbeschwerden eine solche Gesetzesänderung stoppen könnten. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn sie ganz offensichtlich ihre Ziele verfehlen würde. Das ist hier aber nicht der Fall, zumal die Kernkraftwerke nicht nur zur Versorgungssicherheit beitragen, sondern auch zum Klimaschutz. Ohnehin verfügt der Bundesgesetzgeber aufgrund seiner Einschätzungsprärogative über einen weiten Entscheidungsspielraum.

Der Prüfbericht der Ministerien argumentiert zudem, daß eine Laufzeitverlängerung eine aufwendige Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würde und es fraglich sei, daß die Anlagen, insbesondere die zum 31. Dezember 2021 vom Netz gegangenen Kraftwerke, eine solche Umweltverträglichkeitsprüfung bestehen würden. Eine entsprechende Gesetzesänderung könne bereits im Eilverfahren durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben werden.

### **Risiken der Laufzeitverlängerung gegen Risiken der Energiekrise abwägen**

Allerdings gab es im Jahre 2010 bereits eine Laufzeitverlängerung, deren Entscheidungsprozeß einer formalen Güterabwägung unterlag. Die Bundesregierung hatte damals die Risiken einer Laufzeitverlängerung einerseits gegen den Nutzen einer zuverlässigen und klimaschonenden Energieversorgung andererseits abgewogen. Ergebnis dieser Abwägung war, daß das Verhältnis von Risiko und Nutzen eine Laufzeitverlängerung rechtfertigten.

Angesichts der aktuellen Energiekrise, die eine erhebliche Gefährdung der Versorgungssicherheit in Deutschland darstellt - ein flächendeckender Stromausfall hätte katastrophale Auswirkungen zur Folge - ist nicht zu erwarten, daß das Bundesverfassungsgericht den Ermessensspielraum des Gesetzgebers beschneiden würde.

Während die derzeit laufenden Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 über gültige Berechtigungen zum Leistungsbetrieb verfügen, sind diese für die zuletzt abgeschalteten Anlagen Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen C erloschen. Sie müßten neu beantragt werden. Dazu wäre nachzuweisen, daß die Anlagen dem Regelwerk "Sicherheitsanforderungen an Kernkraftwerke" (SiAnf, Fassung von 2015) entsprechen. Von einem "EPR-Standard", den BMWK und BMUV erwähnen, kann keine Rede sein.

Wie oben bereits dargestellt, sind die technischen und personellen Herausforderungen der Laufzeitverlängerungen mit moderatem Aufwand zu bewältigen. Das wiederum bedeutet, daß sich die Kosten für diesen Aufwand in Grenzen halten werden.

Andererseits dürfte sich der produzierte Strom zu deutlich höheren Preisen als in der Vergangenheit verkaufen lassen. Ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke sollte also eine hochprofitable Angelegenheit sein.

### **Kernkraftwerke drücken den Strompreis**

Für den Strommarkt wäre es eine Win-Win-Situation, von der auch die Endverbraucher profitieren. Denn Kernkraftwerke zählen zu denjenigen Kraftwerken, die sehr günstig Strom erzeugen. Wenn sie laufen, können teurere Kraftwerke heruntergefahren werden, die sonst zur Deckung des Gesamtbedarfs nötig wären. Das sind meist Erdgas- oder Steinkohlekraftwerke. Das teuerste Kraftwerk bestimmt immer den Börsenpreis des Stroms, den sämtliche Kraftwerke erhalten. Wenn also teure Kraftwerke nicht laufen müssen, weil die Kernkraftwerke billigeren Strom liefern, kommt dies den Kunden aller Kraftwerke zugute.

Der Prüfbericht der Ministerien weist auch auf zusätzlich anfallende Kosten für die Entsorgung der zusätzlich anfallenden radioaktiven Abfälle hin, außerdem auf die zu verlängernden Versicherungspolice für die Kernkraftwerke. Diese könnten die Wirtschaftlichkeit in Frage stellen, meinen BMWK und BMUV. Allerdings sind diese Einwände nicht wirklich nachvollziehbar. Diese Versicherungsprämien sind erstens vergleichsweise gering und würden zweitens bei einer Laufzeitverlängerung nicht deutlich steigen.

Die zusätzlich anfallenden Mengen an abgebrannten Brennelementen betragen 30 Tonnen pro Reaktor und Jahr. Gemessen am Gesamtbestand von 10.500 Tonnen hochradioaktiver Abfälle aus Brennelementen ist das relativ wenig. Selbst ein Weiterbetrieb von zehn Jahren würde also weniger als 9 Prozent an zusätzlicher Masse an radioaktiven Abfällen erzeugen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die im Prüfbericht vom Bundesumweltministerium und Bundeswirtschaftsministerium vorgebrachten Argumente gegen eine Laufzeitverlängerung nicht überzeugen.

Die technischen und personellen Anforderungen an eine Laufzeitverlängerung stellen gewisse Hürden dar, die sich aber überwinden lassen. Die Wirtschaftlichkeit steht ohnehin außer Frage. Der Gesetzgeber hat es in der Hand, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Eine Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke ist daher vor allem eine politische Frage, keine technische, wirtschaftliche oder rechtliche. Wenn die Bundesregierung den politischen Weg für eine Laufzeitverlängerung freimacht, dann läßt sich diese auch umsetzen.

*... Dieser Beitrag erschien zuerst auf der Seite des Vereins "Nuklearia" ...<<*

**22.06.2022**

**BRD: Das Blogportal und Online-Magazin "ACHGUT - Die Achse des Guten" berichtet am 22. Juni 2022(x1.145): >>Europa kann den Winter nicht überleben**

Von *Stefan Frank*

Rußland kann ein oder zwei Jahre überleben. Europa kann keinen Winter überleben. Die Erdgaskrise in Europa könnte nicht erst im Winter oder im Oktober beginnen, sondern schon im Juli oder August 2022.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90 / Die Grünen) hat am Wochenende die lange erwartete Energiewende verkündet: Deutschlands Kohlekraftwerke werden wieder Strom produzieren. In den letzten Tagen habe sich die Lage am Gasmarkt verschärft, erklärte der Minister:

"Noch können die ausfallenden Mengen ersetzt werden, noch läuft die Befüllung der Gasspeicher, wenn auch zu hohen Preisen. Die Versorgungssicherheit ist aktuell gewährleistet. Aber die Situation ist ernst. Wir stärken daher weiter die Vorsorge und ergreifen zusätzliche Maß-



nahmen für weniger Gasverbrauch. Das heißt: Der Gasverbrauch muß weiter sinken, dafür muß mehr Gas in die Speicher, sonst wird es im Winter wirklich eng."

Um den Gasverbrauch zu senken, solle "weniger Gas zur Stromproduktion genutzt werden". Sehr vernünftig. Dann werden also die Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 länger laufen, um die Katastrophe abzuwenden? Vielleicht werden stillgelegte Reaktoren wieder in Betrieb genommen? Nein: "Statt dessen werden Kohlekraftwerke stärker zum Einsatz kommen müssen". Der "Klimaschutz" ist eben doch nicht so wichtig. Ein Déjà-vu-Erlebnis: Die gleiche Ankündigung hatte es schon vor fast vier Monaten gegeben. Spiegel online meldete am 28. Februar 2022:

"Inzwischen heißt es im (Bundeswirtschafts-)Ministerium auch, daß in den kommenden Monaten vor allem Kohlekraftwerke die Stromproduktion übernehmen sollen - und nicht Gaskraftwerke. Das Erdgas solle besser für das Auffüllen der Gasspeicher verwendet werden, die derzeit extrem niedrige Füllstände aufweisen."

Offenbar mußte die Idee im Wirtschaftsministerium wie ein Käse mehrere Monate reifen, ehe sie umgesetzt wurde.

### **Rekord bei der Erdgasverstromung**

In der Zwischenzeit wurde tüchtig Erdgas verstromt, als gäbe es kein Morgen. Bruno Burger vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, der die Website Energy Charts betreibt, die der Öffentlichkeit interaktive Grafiken zu Stromproduktion und Börsenstrompreisen bietet, berichtete letzte Woche auf Twitter:

"Im Mai wurden mehr als 4 TWh Strom aus Erdgas erzeugt. Das ist ein neuer Rekord für einen Maimonat. Eigentlich sollte man bei der aktuellen Gasknappheit das Gegenteil erwarten." Eigentlich. Die deutschen Braunkohlekraftwerke, so Burger, "hätten im Mai mehr Strom liefern können, um teures Erdgas bei der Stromerzeugung einzusparen. Die Kraftwerksleistung in Betrieb war deutlich höher als die Erzeugung der Kraftwerke."

Weiter schreibt er: "Im Mai 2020 haben Braunkohlekraftwerke auf die tageszeitlichen Schwankungen der Strompreise reagiert. Im Mai 2022 waren es die Gaskraftwerke."

Mehr Kohlekraftwerke, sagt Robert Habeck, würden "für eine Übergangszeit" benötigt. Übergang zu was? Und wie lange wird diese Übergangszeit dauern?

Habeck suggeriert mit dem Begriff, daß es eine Sache von Monaten oder wenigen Jahren wäre, daß russisches Erdgas durch Gas, das in flüssiger Form (LNG) aus den USA und Katar kommt, ersetzt werden könne. Erstens aber wird LNG aufgrund des aufwendigen Prozesses (Verflüssigung, Transport per Schiff, Regasifizierung) immer teurer sein, als es das Pipeline-gas früher war.

Darum sollte es sich verbieten, es überhaupt zur Stromproduktion zu verwenden. Zweitens gibt es auf dem Weltmarkt gar keine derartig großen Kapazitäten, die auf Deutschland und die EU warten.

### **Wie prekär Europas Situation wirklich ist**

Unter dem Titel: "Vor der kommenden Energiekrise gibt es kein Entkommen" gab Anas Alhajji, Chefökonom des Beratungsunternehmens NGP Energy Capital Management, vor einigen Tagen ein sehr interessantes Interview im Podcast MacroVoices (ab Minute 15:20). Er machte deutlich, wie prekär Europas Situation wirklich ist.

Die Konfrontation zwischen Europa und Rußland, so Alhajji, sei so, wie wenn zwei Personen einander in die Finger bissen:

"Wer wird zuerst schreien? Derjenige, der zuerst schreit, verliert, obwohl beide vielleicht nur der Bruchteil einer Sekunde trennt. Beide werden also schreien, aber einer um den Bruchteil einer Sekunde vor dem anderen. Und Europa wird verlieren. Rußland hat einen Haushaltsüberschuß. Rußland hat einen Handelsüberschuß. Es hat massive Devisen- und Goldreserven. Rußland kann ein oder zwei Jahre überleben. Europa kann keinen Winter überleben. Und das

ist der Grund, warum es die Sanktionen hinauszögert - weil sie wissen, daß sie nicht überleben können."

Er wies auf die allerjüngsten Kalamitäten hin: Am 9. Juni ereignete sich eine Explosion mit nachfolgendem Brand in einer Erdgasverflüssigungsanlage des amerikanischen Unternehmens Freeport, rund hundert Kilometer südlich von Houston. Das LNG-Terminal, auf das etwa 20 Prozent der amerikanischen LNG-Exporte entfallen, wird für viele Monate ausfallen.

Damit fallen LNG-Lieferungen weg, die niemand ersetzen kann. Einen Tag zuvor hatte Algerien - ein Verbündeter Putins - seinen Banken angeordnet, keine Geschäfte mehr mit spanischen Unternehmen zu machen und einen Stopp der Gaslieferungen angedroht. Auch das eine potentielle Katastrophe für die EU.

Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bescheinigt Alhajji, anders als die Europäer einen Plan zu haben. Alhajji prognostiziert eine Erdgaskrise in Europa nicht erst im Winter oder im Oktober, sondern schon im Juli oder August 2022. Einige langfristige Lieferverträge endeten im nächsten Monat - dann werde Rußland auch bei diesen Kunden auf Zahlung in Rubel pochen und könnte, wenn diese der Forderung nicht nachkämen, die Lieferung einstellen, wie schon gegenüber etlichen EU-Ländern wie Polen, Bulgarien, Finnland und den Niederlanden. "Ich glaube also, die Krise wird schon im Sommer kommen, gar nicht erst im Oktober."

### **Hurrikansaison könnte Europas Pläne durchkreuzen**

Weiteres Ungemach droht: Das gesamte LNG, das von den USA nach Europa exportiert wird, stammt aus dem Golf von Mexiko. Und die Hurrikansaison steht vor der Tür. Derzeit werden 14 bis 21 Tropenstürme "mit Namen" vorhergesagt. Sechs bis zehn davon könnten laut der Vorhersage zu Hurrikanen werden (Windgeschwindigkeiten von 119 km/h und mehr). Drei bis sechs zu schweren Hurrikanen (178 km/h und mehr). "Wir wissen, daß selbst Hurrikane, die keine Zerstörung anrichten, Verzögerungen im Schiffsverkehr mit sich bringen", so Alhajji:

"Europa könnte also in Schwierigkeiten kommen, obwohl die Erdgasspeicherstände gestiegen sind und derzeit ein komfortables Niveau erreicht haben. Das kann innerhalb von Tagen ausgelöscht werden, wenn keine zusätzlichen Lieferungen kommen."

Die Suche nach weiteren LNG-Lieferanten ist nicht vielversprechend, zumal Europa auf dem LNG-Markt in Konkurrenz zu Asien steht. Katar, so Alhajji, habe "nichts zu liefern, allein deshalb, weil alles über Verträge verkauft ist". Algerien habe nichts anzubieten, "und wenn es die Lieferungen nach Spanien einstellt, gibt es eine schwere Krise". "Wo also wird das Gas herkommen?", fragt er.

Die Vereinigten Staaten seien gegenwärtig nicht in der Lage, einen Ausfall der russischen Lieferungen zu kompensieren. Es werde eine große Lücke geben, Europa werde sich wieder an Rußland wenden müssen - das den Europäern aber vielleicht gar kein Erdgas mehr verkaufen werde, ehe nicht alle Sanktionen aufgehoben sind. Den europäischen Regierungen werde nichts anderes übrig bleiben, als sich Moskau zu beugen. Anderenfalls, glaubt Alhajji, würden die Regierungen stürzen und neu gewählt werden. "Putin gewinnt in jedem Fall, egal, was die Presse sagt."

Was die LNG-Exporte der USA betrifft, rechnet er damit, daß sie mittelfristig in Amerika auf Widerstand stoßen werden. Hintergrund: Um die Erdgaspreise in den USA niedrig zu halten, waren Ausfuhren bis 2014 verboten. Erst durch den Schiefergas-Boom (Fracking) hatten die Vereinigten Staaten so viel Erdgas übrig, daß Exporte nicht mehr auf politische Ablehnung stießen.

Doch die LNG-Exporte haben zu einem starken Preisanstieg von Erdgas auf dem amerikanischen Inlandsmarkt geführt. Wie sehr der Export die Preise treibt, zeigte sich, als die Nachricht der Explosion in dem Freeport-LNG-Terminal die Erdgaspreise in den USA einbrechen

ließ (während sie in Europa als Reaktion in die Höhe schossen), weil geringere Exporte eine höhere Menge für den amerikanischen Markt bedeuten. Alhajji glaubt:

"Wenn die Erdgaspreise in den USA auf 12 oder 14 Dollar (der bisherige Jahresrekord liegt bei 9,50 US-Dollar ...) steigen, wird es amerikanische Politiker geben, die, obwohl sie pro Ukraine und für die Unterstützung der EU sind, sagen werden, die LNG-Verkäufe nach Europa müssen beschränkt werden."

Bei Benzin und Diesel erwägt die US-Regierung tatsächlich schon jetzt Exportbeschränkungen. Von Moderator Erik Townsend gefragt, ob es für Europa einen Ausweg gebe, wenn es bereit sei, "Kompromisse bei den Klimazielen" zu machen, antwortete Alhajji:

"Das ist der traurige Teil. Es gibt eine beschränkte Fähigkeit dazu. Einige Länder haben sogar noch Kraftwerke, die mit Öl betrieben werden können, andere haben noch Kernkraftwerke. Doch das Problem ist: Sie haben die meisten stillgelegt. Sie wieder in Betrieb zu nehmen, würde viel Zeit und massive Investitionen erfordern. Diese Option existiert also, aber in begrenztem Umfang."

Die Europäer müßten "wirklich ihre Politik überdenken". Anderenfalls werde es in Europa eine Krise geben. "Und Menschen werden sterben, entweder an der Hitze oder der Kälte."

### **Der Bundeskanzler fragt in Kolumbien nach Kohle**

In dieser Situation redet Habeck die Wichtigkeit der Kohlekraftwerke klein, indem er sagt, sie würden für eine "Übergangszeit" betrieben werden. Wir wissen natürlich, warum er das tut. Er hält Kohlekraftwerke für Sünde und kann seinen Brüdern und Schwestern im Geiste nicht die Wahrheit zumuten: daß diese Sünde nun zur Normalität wird. Wer aber zwei und zwei zusammenzählen kann, weiß, daß es so sein muß: Deutschland konnte überhaupt nur dank des billigen russischen Erdgases auf Kernenergie und Kohle gleichzeitig verzichten (oder meinte, das zu können).

Ohne das Erdgas muß man sich für eine der beiden anderen Optionen entscheiden, solange Außerirdische uns noch nicht die Batterietechnologie gebracht haben, mit der sich der von Windkraft- und Solaranlagen produzierte Strom speichern läßt, um Vorräte für Stunden, Tage, Wochen und Monate zu schaffen.

Es ist indessen ein schwerer strategischer Fehler der Regierung, öffentlich zu erklären, die Kohlekraftwerke würden nur für kurze Zeit, als "Notlösung" eingeschaltet. Warum? Weil Menschen nötig sind, die sie betreiben und warten. Wenn man diesen sagt, daß ihre Arbeit nicht geschätzt und auch nur von kurzer Dauer ist, ehe man sie ab 2024 wieder als "Klimakiller" diffamieren wird, haben sie dazu vielleicht gar keine Lust.

Wir haben kürzlich über die Energiekrise in Australien berichtet. Dabei spielen auch marode Kohlekraftwerke eine Rolle, die nicht mehr ausreichend gewartet werden, weil sie ja angeblich nur auf Abruf in Betrieb sind.

"Das Problem ist, daß, wenn Sie den Leuten, die Sie unterstützen, sagen, daß Sie ihre Dienste nicht mehr benötigen und nur noch fünf Jahre bleiben, sie anfangen werden, die Wartungsprogramme abzuwickeln, weil sie für zehn oder zwanzig Jahre geplant hatten", sagte Paul Flynn, der Vorstandsvorsitzende von Australiens größtem KohleKonzern Whitehaven Energy, letzte Woche auf der Konferenz Australian Financial Review ESG Summit. "Sie sehen jetzt den Beweis dafür, daß die Unzuverlässigkeit (der Kraftwerke) zunimmt, aber das war durchaus zu erwarten."

Der Krieg gegen die Kohle - samt der Weigerung zahlreicher Banken und Versicherungen, Unternehmen als Kunden zu akzeptieren, deren Geschäft die Kraftwerkskohle ist - hat zudem zu einer kartellähnlichen Situation geführt: Es gibt, verglichen mit früher, nur noch relativ wenige Kohleunternehmen, und kaum eines von ihnen denkt auch nur daran, seine Produktion substantiell zu erhöhen. Wenn die Konzerne nun Investitionen tätigen sollen, die sich erst im Lauf von vielen Jahren amortisieren werden, müßte man ihnen allen jetzt das politische Signal

senden, daß die Kohle noch lange gebraucht werden wird und der Krieg gegen die Kohle beendet ist.

Die Bundesregierung setzt beim Kohlekauf statt dessen auf Telefondiplomatie. Wie zu lesen ist, hat Bundeskanzler Olaf Scholz den kolumbianischen Präsidenten Ivan Duque angerufen, um auf eine Expansion des Steinkohleagebaus El Cerréjon zu drängen. El Cerréjon, eine der größten Kohleminen der Welt, befindet sich im Alleinbesitz des Schweizer Unternehmens Glencore, seit Glencore letztes Jahr die Anteile der beiden Joint-Venture-Partner BHP und Anglo American für ein Butterbrot gekauft hat.

Ein deutscher Bundeskanzler telefoniert also mit dem Staats- und Regierungschef von Kolumbien und bittet um mehr Kohle. Wer denkt da nicht gleich an den Begriff "Bananenrepublik"? Was seine Berater Scholz vielleicht nicht gesagt haben: Präsident Duque ist nur noch bis zum 7. August im Amt. Am Sonntag wurde der frühere Linksterrorist Gustavo Petro zu seinem Nachfolger gewählt. Die schlechten Nachrichten - bzw. die guten für Putin - reißen wahrlich nicht ab.

Zumindest ihre jetzigen Entscheidungen und ihre Wortwahl hat die Bundesregierung hingegen in der Hand. Die notwendigen Investitionen in Kohleproduktion, Kraftwerke und Transportkapazitäten werden gehemmt oder verhindert, wenn alle glauben, daß sie sich nicht rentieren werden, weil Kohle ja angeblich keine Zukunft habe. Es gibt viele Faktoren, die die Bundesregierung nicht - oder heute nicht mehr - beeinflussen kann. Aber in Worten und Taten weiterhin gegen Kohle - und erst recht gegen die Kernenergie - vorzugehen, das ist ein Fehler, der Putin freut, uns aber teuer zu stehen kommen wird. Und dazu einer, der völlig vermeidbar wäre. Im Tennis gibt es dafür den Begriff unforced error.<<

**24.06.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Juni 2022:**

**>>Vor 100 Jahren: Mord an Walther Rathenau**

Von *Helmut Roewer*

Am 24. Juni 1922, wurde der deutsche Außenminister Walther Rathenau in Berlin auf offener Straße erschossen. Wer war dieser Mann?

Walther Rathenau (1867-1922) war der Erbe eines Industrie-Imperiums, der AEG. Gegründet worden war die Firma von seinem Vater Emil. Alles Wesentliche, was in Deutschland mit der Elektrifizierung und Elektrotechnik zu tun hatte, stammte entweder von der AEG oder vom Konkurrenten Siemens.

Der Sohn und Erbe sorgte - exzellent ausgebildet - für die Fortführung des Unternehmens und dessen Siegeszug in aller Welt. Eine Reihe einschlägiger Patente, die Walther Rathenau selbst entwickelte, anmeldete und erhielt, lassen keinen Zweifel aufkommen, daß er verstand, was er da als Unternehmer vorantrieb.

Neben dem Unternehmer gab es noch ein paar andere Rathenaus: den Weltreisenden, den In die Politik Einmischer, den Staats- und Wirtschaftsdenker, den deutschen Nationalisten, den Brief- und Artikelschreiber, den Buchautor, und - gleich nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs - den leitenden Organisator der deutschen Kriegswirtschaft, ohne dessen Eingreifen Deutschland vermutlich nach wenigen Wochen ökonomisch zusammengebrochen wäre.

**Gegen Spekulanten und Plutokraten**

Wo beginnen? Es gibt kaum einen bedeutenden Zeitgenossen, der sich nicht an Rathenau gerieben hätte, manche machten sich auch in boshafter Form über ihn lustig wie der österreichische Schriftsteller Robert Musil in seinem Mammut-Roman Der Mann ohne Eigenschaften.

Uns, den Nachgeborenen, ist die Sicht auf Rathenau durch mancherlei Umstände erschwert, nicht zum wenigsten dadurch, daß sein 1945 bei Kriegsende konfiszierter Nachlaß in Moskauer Archiven verschwand. Vor allem die Briefe und persönliche Notizen hätte ich gerne mal gelesen. Habe ich aber nicht.

Schon das Gedruckte gibt genügend Rätsel auf, zum Beispiel das in der Mitte des Ersten Weltkriegs publizierte Werk *Von kommenden Dingen*. Damit meine Aussage nicht blutleere Behauptung bleibt, nachfolgend einige Sätze aus dem Rathenau'schen Werk. Sie zeigen, so meine ich, einen komplexen Denker, der sich dem billigen Rechts-Links-Schema um Meilen entzieht:

"Es gibt nichts Betrüblerischeres als die Erkenntnis, daß wir der Plutokratie rettungslos verfallen sind. Noch widerstehen ihr drei oder vier germanische Staaten; auf wie lange?"

"Wir haben keinen Grund, nach dem Eisenbartrezept des Sozialismus das tausendjährige Gebäude organischer Arbeit zu zerbrechen, um polizeilichen Bürokratismus an die Stelle des Wettkampfes, verbreitertes Speisemarkenwesen und gehobenes Armenrecht an die Stelle bürgerlicher Freiheiten zu setzen."

"Die heutigen Quellen des Reichtums sind Monopole im weitesten Sinne, Spekulation und Erbschaft. Der Monopolist, Spekulant und Großerbe hat in der künftigen Wirtschaftsordnung keinen Platz."

"Wer den deutschen Menschen will, kann nicht den proletarisch gebundenen Menschen wollen. Wir aber wissen, daß nur die ewig wechselnde Durchdringung, das stets erneute Wechselspiel von Leistung und Leitung das Volk schafft, daß Erblichkeit der Rechte und Pflichten, des Schicksals und Erlebens das Volk aufhebt und die Kaste bildet."

Nach der deutschen Niederlage 1918/19 gab es ein Machtvakuum, eine Art Tabula rasa. Nun hätte es zum Schwure kommen können, was von Rathenaus Gedanken pure Phantasie und was dank seiner praktischen Vernunft zum Wohle des Landes in die politische Tat hätte umgesetzt werden können. Doch dazu sollte es nicht kommen. ...

*Helmut Roewer (69) ist ein deutscher Jurist und Publizist. Von 1994 bis 2000 war er Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz. Nach Versetzung in den einstweiligen Ruhestand lebt und arbeitet er als freiberuflicher Schriftsteller - auch für COMPACT - in Weimar und Italien.<<*

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/22896" berichtet am 24. Juni 2022 (x1.150/...): >>Wie Medien gekauft / geschmiert sind

Berichterstattung über einen aktuellen Krieg - Informationen bezüglich Corona - News über einen amerikanischen Präsidenten: So unterschiedlich die Themen auch sein mögen, die Berichterstattung der Leitmedien deckt sich weitgehend. ...

Es ist bekannt, daß vor allem die Printmedien laufend Abonnenten verlieren. Weniger Abonnenten heißt aber auch entsprechend weniger Einnahmen! Warum die Zeitungen dennoch weiter ihre Arbeit tun und sie ihre Ausgaben noch mit neuen Rubriken erweitern können, ist Inhalt dieser Sendung.

Praktisch alle Medien gehören Stiftungen oder sogar deren Gründern. Bekannte Namen sind die Bertelsmann Stiftung oder die Axel Springer Stiftung.

Wenn ein Medienhaus mit seinen Journalisten nicht mehr selbständig, sondern von "Fremdgeldern" abhängig ist, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht gegen die Überzeugungen seines Geldgebers, noch negativ über seine Stiftung berichten. Ein Beispiel dazu: Das deutsche Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" bekam 2018 von der Bill & Melinda Gates Stiftung 2,5 Millionen Dollar gespendet und im Oktober 2021 nochmals 2,9 Millionen.

Der zuletzt erwähnte Betrag wurde von der Stiftung bezahlt, um im "SPIEGEL" ein Gemeinschaftsprojekt zu verwirklichen durch eine neue Rubrik "Globale Gesellschaft". Unter anderem wurden Themen wie Frauenrechte, Verhütung, Klimakrise samt ihren Wechselwirkungen erörtert. Mit den Spenden konnte Bill Gates erreichen, daß gewisse Themen in seinem Sinn journalistisch aufgearbeitet wurden und durch die Zeitschrift großflächig unter das Volk kamen.

Natürlich wurde irgendwann bekannt, daß DER SPIEGEL Geld von der Bill & Melinda Gates Stiftung erhalten hatte und er mußte sich rechtfertigen. Das Medienhaus behauptete, seine Arbeit weiterhin vollkommen unabhängig zu tun und es weiterhin möglich sei, kritisch über Bill Gates zu berichten. Allerdings ist festzustellen:

Als im Zuge des Epstein-Skandals, bei dem es darum ging, daß Jeffrey Epstein Minderjährige selbst mißbrauchte und zur Prostitution gezwungen hatte, um sie seinen reichen und mächtigen Freunden, Partnern und Kunden zuzuführen, sickerte durch, daß auch Bill Gates enge Kontakte zu Epstein gepflegt hatte. Obwohl gleichzeitig über ihn selber Belästigungsversuche gegenüber Frauen per Presse bekannt wurden, war DER SPIEGEL bemüht ihn reinzuwaschen. Der Kontakt zu Epstein sei lose gewesen, nichts sei bewiesen.

Interessant, denn DER SPIEGEL behandelt sonst Vorverurteilte bei MeToo nicht zimperlich, nur schon bei Belästigungsvorwürfen werden vermutete Täter sofort an den medialen Pranger gestellt. Nicht so Bill Gates! Zur Erklärung: Unter Hashtag MeToo (Ich auch) läuft eine Kampagne auf Twitter, auf der Millionen von Frauen weltweit sexuelle Übergriffe auf sie öffentlich gemacht haben oder über sexuelle Gewalt diskutieren.

Auf einer kleinen Übersicht sehen Sie nun in der Vergangenheit gezahlte Gelder an Medienhäuser von der Bill & Melinda Gates Stiftung. Dabei sei erwähnt, daß jeder andere Philanthrop wie Soros, Rockefeller und wie sie noch alle heißen, durch ihre Stiftungen oder Nichtregierungsorganisationen ebenfalls den Medien Gelder zukommen lassen. Da diese aber keine detaillierten Angaben dazu machen, können diese leider nicht aufgelistet werden.

### **Gelder an Medienhäuser von der Bill & Melinda Gates Stiftung**

An wen - Wieviel - Wann - Zweck ...

Zuwendungen an den SPIEGEL: 250.000 Euro während 2016 bis 2018 für globale Nachhaltigkeitsziele im Projekt "Expedition ÜberMorgen" und weitere 175.000 Euro über zwei Jahre für das journalistische Flüchtlingsprojekt "The New Arrivals".

Im Jahr 2018 bekam dann die Zeitschrift zweieinhalb Millionen Dollar ohne daß die Stiftung einen Zweck nannte. Scheinbar haben sie ihre Arbeit gut gemacht!

Insgesamt 2 Millionen 280 Tausend Euro, verteilt auf drei Jahre, bekamen sie dann zweckgebunden für die Rubrik "Globale Gesellschaft".

Weitere 2,9 Millionen Dollar sind im Oktober 2021 auf das Konto des SPIEGELS geflossen.

Auch andere namhafte Zeitungen wurden mit Spenden versehen:

An die englische Tageszeitung "The Guardian" insgesamt 14 Millionen Dollar seit 2011 zweckgebunden für das Thema Globale Gesellschaft.

Vier Millionen Dollar 2013 an die spanische Zeitung "El Pais" für das gleiche Thema.

An "Le Monde" zusammengerechnet vier Millionen seit 2014.

Die englische Rundfunkanstalt BBC erhielt mehrmals Finanzspritzen von insgesamt 50 Millionen Dollar seit 2005.

Marginal scheint die Überweisung an den US-amerikanischen Fernsehsender CNN. Sie war einmalig und betrug 3,6 Millionen Dollar im Jahr 2020.

Bis Juni 2020 können dann noch Beiträge an verschiedenste Medien in der Höhe von zusammengerechnet 250 Millionen Dollar ausgemacht werden.

Die Praxis zeigt, daß die Aussage "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing" für die Medienhäuser nicht nur stimmt, sondern die Zusammenhänge noch weitgreifender sind. Tatsache ist, daß die verschiedenen Stiftungen, denen die einzelnen Medienhäuser gehören, untereinander auch noch vernetzt sind. Im Westen sind das vor allem transatlantisch Denkende, die mit ihren Netzwerken den politischen Kurs vorgeben.

Diese mehrheitlich deutschen Führungskräfte aus Politik, Wissenschaft und Medien glauben an eine globale Führungsrolle der USA und bringen dieses amerikanische Gedankengut sozusagen über den Atlantik nach Europa. Das Ergebnis ihres Handelns war und ist ganz Europa

vom politischen Kurs der USA zu überzeugen und sie so auch für die NATO auf Kurs zu halten. Und da praktisch jeder Chefredaktor der Leitmedien in einem der verschiedenen transatlantischen Netzwerke eingebunden ist, wird in allen europäischen Zeitungen die gleiche Meinung über eine Sache berichtet. Das geht soweit, daß wir Europäer weitgehendst amerikafreundliche Nachrichten zu hören bekommen und Rußland entsprechend in ein schlechtes Licht gerückt wird.

So wird in den westlichen Medien Rußland immer wieder heftig kritisiert, weil es 2012 ein "Gesetz über ausländische Agenten" eingeführt hat. Unter "ausländischen Agenten" sind auch politisch tätige Nichtregierungsorganisationen, die vom Ausland bezahlt werden, gemeint. Rußland will dabei ausländischen Einfluß auf seine Innenpolitik verhindern.

Ohne genauer auf den Inhalt einzugehen, kann diese Kritik insofern als inhaltslos bezeichnet werden, da Rußland dieses Gesetz zum Teil mit gleichen Begriffen von den USA abgeschrieben hat. Dort besteht es schon seit 1938 und trägt den Namen: "Foreign Agents Registration Act."

Das nachgeahmte russische Gesetz ist jedoch bei gleichen Verstößen weit weniger streng. Sowohl die Bußen wie auch die Gefängnisstrafen für gleiche Zuwiderhandlungen sind geringer. Das aber erzählen die westlichen Medien nie, wenn sie wieder einmal über das russische Agenten-Gesetz herziehen.

Diese Beispiele zeigen glaubhaft auf, daß unsere Hauptmedien vielseitig beeinflusst werden: Von außen durch die sogenannten Philanthropen und Stiftungen und von innen durch die Chefredakteure, die fast ohne Ausnahme einem transatlantischen Netzwerk angehören, welche die Aufgabe haben, proamerikanisches Gedankengut in Europa zu verbreiten.

*Falls Sie lieber Zuschauer, dieses Thema noch ausführlicher interessiert, so finden Sie den Inhalt dieser Sendung in dem neu erschienenen Buch von Thomas Röper "Inside Corona".*

...<<

**25.06.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Juni 2022:**

**>>Rathenau: Der Geniestreich von Rapallo**

Von *Helmut Roewer*

Er verschaffte dem durch den Versailler Vertrag gefesselten Deutschland außenpolitisch wieder Luft, indem er ein Bündnis mit der jungen Sowjetunion schloß. Trotzdem - oder gerade deshalb - stand der auf der Todesliste von Fanatikern. ...

Im Mai 1921 trat Walther Rathenau als Wiederaufbauminister in die Reichsregierung ein. Einige Monate später, am 1. Februar 1922, wurde er Außenminister. Diese Position hatte nach dem Vertrag von Versailles, der Deutschland 1919 aufgezwungen worden war, nichts mehr von dem Glanz der Kaiserzeit, als das Deutsche Reich sich bemüßigt gesehen hatte, eine eigenständige Weltpolitik zu betreiben, um sich, wie man sagte, einen Platz an der Sonne zu sichern.

Nun war man der entthronte Verlierer, dessen Wohl und Wehe in London und Paris diktiert wurde, zudem eingekeilt von frisch gegründeten feindseligen Staaten an der Ostflanke, nämlich Litauen, Polen und die Tschechoslowakei.

Die Feinde Deutschlands hatten indessen bei ihrer Einkreisungspolitik eines nicht bedacht. Östlich von Polen gab es einen weiteren Paria der Weltpolitik. Das war die junge Sowjetunion. Mit diesem Staat Verträge zu schließen und Geschäfte zu machen, war dem Reich nicht verboten worden. Die Strategen im Auswärtigen Amt zogen nun, wie schon zur Bismarckzeit, die Ostkarte.

So kam es am 16. April 1922 zum Vertrag von Rapallo. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen aus dem November 1918 war damit revidiert. Beide Länder stellten sich in den bi-

lateralen Beziehungen außerhalb des Versailler Diktats. Auf Kriegsfolgenausgleich wurde wechselseitig verzichtet.

Die Westmächte schäumten. Ihre strikte Isolationspolitik gegenüber Rußland hatte ein scheu-  
nentor großes Loch. Zudem hatte sich Deutschland - empörend genug - auf die Bühne der  
Weltpolitik zurückgemeldet. Rathenau war der Mann, der sich das getraut hatte. Legt man  
diesen Maßstab zugrunde, so kann man das Attentat auf den Reichsaußenminister aus nationa-  
ler Perspektive nur als bizarr bezeichnen.

### **Rathenau als Haßfigur**

Rathenau war Jude. Ich zögere, ob ich diesen Satz so platt und unkommentiert stehen lassen  
kann. Zu unterschiedlich und umstritten waren damals (wie heute) die Auffassungen darüber,  
wann einer ein Jude sei: Durch Herkunft? Tradition? Überlieferung? Durch religiöses Be-  
kenntnis? Man sieht schon: ein weites Feld.

Gewiß, für Rathenaus Feinde spielten solche feinsinnigen Unterschiede keine Rolle. Sie gröl-  
ten dieses hier, wenn sie betrunken durch Berlins Straßen marschierten:

"Schlagt tot den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau".

Ich schreibe diese empörende Botschaft hier mal wörtlich auf, damit nicht einer sagt, das At-  
tentat sei aus dem Nichts gekommen. Ist es nicht.

Zudem war politischer Mord in Deutschland an der Tagesordnung. Da gab es unzählige Moti-  
ve und Varianten, die mit Jude oder Nicht-Jude zunächst einmal wenig bis nichts zu tun hat-  
ten. Einige dieser politischen Morde - neben dem an Rathenau unter anderem jene an Luxem-  
burg und Liebknecht, Horst Wessel, Matthias Erzberger oder Kurt Eisner - werden in COM-  
PACT-Geschichte "Babylon Berlin - Historische Hintergründe der großen Kult-Serie" behan-  
delt.

Doch machen wir einen Schritt zurück: Das Problem der Emanzipation der Juden, wie man  
den Vorgang seinerzeit nannte, war im Verlauf des 19. Jahrhundert in Deutschland auf dem  
besten Wege, sich in Luft aufzulösen.

Ich weiß, das klingt heute unglaublich, denn es lag nicht zum wenigsten daran, daß das gebil-  
dete jüdische Bürgertum nicht nur den Weg der Integration in das deutsche Volk, sondern  
ganz bewußt den der Assimilation zu gehen begonnen hatte.

Ein prominenter und beredter Unterstützer dieser Bewegung war Rathenau. Seine gegen die  
jüdische Orthodoxie gerichtete Schrift Höre Israel! gibt hierüber Auskunft. Es ist die Frage,  
was aus dieser in Deutschland damals für möglich gehaltenen Selbstauflösung des Judentums  
geworden wäre, wenn nicht der Erste Weltkrieg alte Feindbilder reanimiert hätte, vor allem  
als es mit der deutschen Seite bergab ging. Es war das alte Lied, ein Sündenbock mußte her:  
Sogenannte nationale Kreise besannen sich auf den Juden als den Quell allen Übels. Einfach  
aber wirksam.

Selbst kantige Vernunftmenschen wie der von 1916 bis 1918 mächtigste Mann Deutschlands,  
General Erich Ludendorff, ließen sich nach Kriegsende davon anstecken. Vergessen war die  
enge Zusammenarbeit zwischen Ludendorff, dem Spitzen-Militär, und Rathenau, dem Wirt-  
schaftsboß, bei der Organisation der Kriegswirtschaft.

Jetzt regierte der Haß des ebenfalls zum Sündenbock erklärten Ex-Generals. Der Sündenbock  
suchte den Sündenbock. Andere ließen sich bereitwillig anstecken. Die Enttäuschten, Entlas-  
senen, plötzlich zu Mitschuldigen Ernannten. Auch aus den Reihen junger ehemaliger Offiziere,  
die sich durch die radikale Abrüstung mit einem Schlag um ihren Ruf, ihre Ehre, ihre einst  
unangefochtene gesellschaftliche Stellung und ihr Einkommen gebracht sahen. ...<<



**29.06.2022**

**BRD:** Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Juni 2022:

**>>Morgenthau 2.0: Grüne Agenten der Deindustrialisierung**

\_ von *Alexander Markovics*

Habeck, Baerbock & Co. treiben eine selbstmörderische Energie- und Wirtschaftsagenda voran, die Deutschland innen- und außenpolitisch in die Katastrophe treibt. Damit erweisen sie sich als späte Vollstrecker eines alten Plans. ...

Auf der Zweiten Quebec-Konferenz im September 1944, an der sowohl der britische Premierminister Winston Churchill als auch US-Präsident Franklin D. Roosevelt teilnahmen, schlug der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau, einen Plan zur Deindustrialisierung Deutschlands vor.

Dieser sogenannte Morgenthau-Plan, der die Zerstückelung Deutschlands sicherstellen sollte, plädierte für die Überstellung wichtiger Industriegebiete unter internationale Kontrolle, die Demontage der Schwerindustrie sowie die Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland. Die wichtigsten Auszüge aus dem Morgenthau- und dem sogenannten Kaufman-Plan ("Deutschland muß vernichtet werden"). Beide Pläne plus Hintergründe finden Sie in COMPACT-Spezial "Krieg. Lügen. USA - Die Blutspur einer Weltmacht")

Die Einzelheiten des Pamphlets wurden an die Presse weitergeleitet und verursachten eine Welle der Empörung. Der Plan war so monströs, daß die Nazipropaganda nicht anders konnte, als ihn zu ihrem Vorteil zu verwenden. Nichtsdestotrotz war er real und spiegelte die Haltung der amerikanischen Eliten gegenüber Deutschland zu diesem Zeitpunkt wider.

**Von Morgenthau zu Marshall**

Die USA hatten die Absicht ihren Hauptwidersacher im Nachkriegseuropa auszuschalten, um sicherzustellen, daß Deutschlands industrieller und politischer Einfluß nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes keinesfalls wiederhergestellt werden könnte.

Im Oktober 1945 veröffentlichte der Verlag Harper and Brother Morgenthaus Buch *Germany is our Problem (Deutschland ist unser Problem)*, in dem der Autor seinen Plan nochmals ausführte und beschrieb. Im November 1945 stimmte General Dwight D. Eisenhower, seines Zeichens Militärgouverneur der US-Besatzungszone, der kostenlosen Verteilung von 1.000 Exemplaren unter amerikanischen Militärbehörden im besetzten Deutschland zu.

Im Nachkriegsdeutschland übernahm die US-amerikanische Verwaltung eine Reihe von Maßnahmen um die wirtschaftliche Entwicklung einzuschränken. Als Folge dieser Maßnahmen sank der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung dramatisch, und es kam zu einer Hungersnot nach dem Krieg. Es dauerte bis zum Ausbruch des Kalten Krieges 1947 und der damit einhergehenden Notwendigkeit eine Bastion in Westeuropa gegen die UdSSR zu schaffen, bis der auf die Industrialisierung Westdeutschlands abzielende Marshall-Plan den Morgenthau-Plans ersetzte.

**Deutschland wird wieder zum Problem**

Das Ende des Kalten Krieges und die Wiedervereinigung Deutschlands stellten die Anglo-Amerikaner vor ein neues Problem: Plötzlich war die Bedrohung verschwunden, deretwegen sie die Unterdrückung der deutschen Industrie aufgegeben hatte: Die UdSSR und das internationalistische sozialistische System.

Die Bundesrepublik und Frankreich waren zum Kern eines Blocks geworden, der die europäische Integration anstrebte und der das Potential hatte, ein geopolitischer und geökonomischer Mitbewerber der Vereinigten Staaten zu werden. Innerhalb der EU wurde Deutschland zur unumstrittenen Führungsmacht, was wiederum London nicht paßte. 2003 traten Paris und Berlin schließlich in den offenen Aufstand: Gemeinsam mit Rußland stellten sie sich gegen die anglo-amerikanische Invasion des Irak.

Politik und geoökonomische Interessen gingen dabei Hand in Hand. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde Deutschland als Wirtschaftsmacht Nummer 1 in Europa zum Hauptwirtschaftspartner Rußlands. Das aufstrebende China sah ebenso Deutschland als vielversprechenden Wirtschaftspartner.

Der Zugang zu den günstigen Energiequellen Rußlands war und ist noch immer von großer Wichtigkeit für die Entwicklung der deutschen Industrie. Die Bundesrepublik und Rußland waren sehr an einer Zusammenarbeit interessiert.

Um das kontinentale Bündnis zwischen Deutschland, Rußland und China zu unterminieren, das sich trotz des Transatlantismus unter deutschen Politikern großer Beliebtheit erfreute, setzten die USA von nun an auf die Regierungen Osteuropas.

### **Die neue Deindustrialisierung**

Dennoch gelang es Moskau und Berlin nach dem Umsturz in der Ukraine von 2004 die Ostsee-Pipeline Nord Stream zu starten und schließlich Nord Stream 2 nach der Farbrevolution von 2014. Insgesamt gereichte die geopolitische Lage auf der Welt den USA und dem Vereinigten Königreich nicht zum Vorteil. Die industriellen und politischen Zentren Eurasiens, die danach streben ihre Potentiale zu integrieren (Stichwort Neue Seidenstraße), drohen, den USA ihre Rolle als globaler Hegemon streitig zu machen.

Unter der Führung Donald Trumps versuchten die Vereinigten Staaten Europas wirtschaftliches und politisches Wachstum einzubremsen, indem sie es zu mehr Rüstungsausgaben und dem Kauf von amerikanischem Erdgas (das viel teurer ist als das russische) zu verdonnern. ... Trump mag nicht mehr Präsident sein, aber die strategischen Ziele der USA sind dieselben geblieben, nur ihre Taktik hat sich geändert. Jetzt verwenden die Demokraten und Joe Biden die "grüne Agenda" um Europa und Deutschland zu schwächen. Geht es nach den Plänen der EU, deren Führung von Transatlantikern dominiert wird, soll Europa bis zum Jahr 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden.

Experten schätzen, daß hunderttausende Menschen in Deutschland ihren Arbeitsplatz verlieren könnten als Ergebnis der von der EU genehmigten sogenannten Energiewende. Gegenwärtig schränken Industrieunternehmen ihre Produktion ein, um ein Gleichgewicht zwischen Energieversorgung und Nachfrage aufrecht erhalten zu können.

Allein in der Automobilindustrie stehen laut dem Bericht der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität (NPM) bis zum Jahr 2030 mehr als 400.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Digitalisierung der Pkw-Herstellung führt zu einem weiteren Problem: die großen amerikanischen Technologiefirmen versuchen sogar einen noch größeren Anteil an der Wertschöpfung in der Autoproduktion zu erobern.

### **Annalena Baerbock und die Interessen der USA**

Der sogenannte Green Deal war eine der Forderungen der US-Demokraten vor der Machtergreifung Bidens. In Europa wurde und wird die Hysterie um den Klimawandel vor allem von Bewegungen und NGOs mit engen Verbindungen zum Netzwerk des US-Milliardärs George Soros, der den Demokraten nahesteht, angeheizt.

In Deutschland haben die Grünen, genauso wie anderswo in Europa, Gelder von großen US-Firmen erhalten. Einer der größten Geldgeber der Wahlkampagne der deutschen Grünen für den Bundestag war die amerikanisch-niederländische IT-Firma Elastic, die mit der US-Armee zusammenarbeitet.

Seitdem die Grüne Annalena Baerbock Deutschlands Außenministerin ist, sind die USA dazu in der Lage, einen Morgenthau-Plan 2.0 durchzuführen, der von den deutschen Eliten selbst freudig vorangetrieben wird.

Nicht nur Baerbocks Handlungen, sondern auch ihre Aussagen, die sie im Dezember 2021 getätigt hat, spielen den USA in die Hände. Die Rede ist von ihrem Aufrufen, Nord Stream 2 einzustellen. Dies führte nicht nur zu einem Anstieg der Gaspreise auf dem Markt, sondern

auch zu einer Änderung der Routen von US-Tankschiffen, die Flüssiggas transportierten - auf einmal brachen sie nach Europa auf! Die US-Finanzunternehmen die mittels Spekulationen an der Börse Profite machten, sind nicht Pleite gegangen.

Den Löwenanteil zur Finanzierung einer neuen Finanzblase und dem künstlichen Anstieg der Gaspreise müssen die Durchschnittseuropäer bezahlen. Der Start von Nord Stream 2 könnte die Situation beruhigen, aber genau dieser wird durch die Anstrengungen der Grünen verhindert, die den Interessen der Deutschen zuwider laufen.

Im Endeffekt treiben die Grünen eine absolut selbstmörderische Wirtschaftsagenda voran, die alles daran setzt, das wirtschaftliche Potential Deutschlands einzugrenzen und seine innen- wie außenpolitische Situation zu verschlechtern. Unter begeisterter Beteiligung der bundesrepublikanischen Eliten selbst und den Lügenmärchen von Umweltschutz, Menschenrechten und Demokratie treiben die USA Deutschland in eine Sackgasse, während sie selbst ihre geopolitischen Ziele weiterverfolgen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Juni 2022: >>**Ungeimpfte haben unsere Freiheit gerettet**

Von *Karel Meissner*

In den Nicht-Geimpften erkennt die kanadische Autorin Susan Dunham moderne Freiheitshelden - zu Recht. Entwarnung kann nicht gegeben werden: In der Neuerscheinung "Gesamt" beschreibt Investigativjournalist Nick Corbishley, wie wir mit elektronischen Impfpässen und digitalen IDs zu Sklaven des Regimes gemacht werden sollen.

Noch vor wenigen Wochen galten Kritiker der Zwangsimpfung als neue "Untermenschen". Machthaber, Mainstream-Medien und Mitläufer übertrafen sich gegenseitig im Erfinden neuer Haßwörter, wilder Verschwörungstheorien (Lauterbachs "Geiselhaft- Behauptung") und neuer Schikane-Maßnahmen.

Jetzt zeigt die kanadische Autorin Susan Dunham in ihrem Artikel "What We Learned From Hating the Unvaccinated", daß die Gesellschaft den standhaften Impfkritikern und Ungeimpften Dank schuldet. Ihnen habe man es zu verdanken, daß unsere Demokratie noch nicht völlig vor die Hunde gegangen sei.

COMPACT publiziert Dunhams Artikel in deutscher Übersetzung:

**Was wir aus dem Haß auf Ungeimpfte gelernt haben**

\_ von *Susan Dunham*

Das Schlachtfeld ist nach Kanadas Krieg gegen die Ungeimpften immer noch warm. Die Maßnahmen wurden gelockert, und beide Seiten stolpern zurück in etwas, das wie die alte Normalität aussieht - außer daß den Menschen, die wir zu brechen versuchten, eine neue und gegenwärtige Verletzung zugefügt wurde. Und niemand will darüber reden.

Noch vor wenigen Wochen war es das eingestandene Ziel unserer eigenen Führer, das Leben für Ungeimpfte unerträglich zu machen. Und wir, als stellvertretendes Kollektiv, haben diesen Schmerz gewaltsam multipliziert und den Kampf in unsere Familien, Freundschaften und Arbeitsplätze getragen. Heute erkennen wir die harte Wahrheit, daß nichts davon gerechtfertigt war - und erhalten dabei eine wertvolle Lektion.

Es war ein schnelles Abrutschen von Rechtschaffenheit in Grausamkeit. Wie sehr wir auch unseren Anführern die Schuld dafür geben mögen, wir sind dafür verantwortlich, trotz besseren Urteilsvermögens in die Falle getappt zu sein.

Wir wußten, daß die schwindende Immunität eine große Zahl der vollständig Geimpften mit der schrumpfenden Minderheit der Ungeimpften gleichstellte, aber wir setzten sie einer besonderen Verfolgung aus: Wir sagten, sie hätten nicht "das Richtige getan", als sie ihre Körper der staatlichen Fürsorge verweigert hätten - obwohl wir wußten, daß prinzipieller Widerstand gegen so etwas unter allen Umständen unbezahlbar ist.

Und wir ließen uns vormachen, daß es ihre Schuld sei, daß wir in einen weiteren wirkungslosen Lockdown gehen mußten, und nicht die Schuld der toxischen Politik.

Und so kam es durch vorsätzliche Ignoranz von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik, daß wir die Ungeimpften in solchem Maße unter Druck setzten.

Wir erfanden eine neue Kategorie für den guten Bürger und machten uns - da wir selbst keine waren - ein Vergnügen daraus, jeden zum Sündenbock zu erklären, der diesen Anforderungen nicht entsprach. Nach monatelangen Lockdowns fühlte es sich einfach gut an, jemandem die Schuld zu geben und ihn zu verunglimpfen.

Wir können also nicht erhobenen Hauptes glauben, daß wir die Logik, die Liebe oder die Wahrheit auf unserer Seite haben, während wir den Ungeimpften böse den Tod gewünscht haben. Das Beste, was wir tun können, ist, uns unserer rasenden Unmenschlichkeit bewußt zu werden, weil wir so viele ins Abseits gestellt haben.

Die meisten von uns, die die Nichtkonformen an den Pranger stellten, taten dies, weil es wie ein sicherer Sieg aussah, als würden die Ungeimpften niemals unversehrt durchkommen. Die versprochene neue Normalität sah in der Tat alternativlos aus, also stellten wir uns auf ihre Seite und machten die Verweigerer zu Boxsäcken. ...

Es war nicht die stille Befolgung der Regeln, die uns vor der endlosen Herrschaft der Pharmaunternehmen und vor medizinischen Kontrollpunkten an jeder Tür bewahrt hat. Das dies nicht geschah, das haben wir jenen Leuten zu verdanken, die wir zerstören wollten.

Diejenigen unter uns, die nicht zu den wenigen Erbärmlichen gehören, die auf eine Rückkehr des Impfwangs hoffen, könnten also Dankbarkeit für die Ungeimpften empfinden. Wir haben den Köder geschluckt und sie gehaßt, aber ihre Beharrlichkeit hat uns die Zeit verschafft, zu erkennen, daß wir falsch lagen.

Im Moment sieht es so aus, als ob die Impfpflicht wieder eingeführt wird, aber dieses Mal besteht Hoffnung, daß mehr von uns sie als das erkennen, was sie ist: ein zunehmender Autoritarismus, der sich nicht um unser Wohlergehen sorgt. Wenn es einen Feind gibt, dann ist es das Spiel mit dem Vertrauen in die staatliche Macht und der durchsichtige Versuch, uns zu zerreißen. Das zu beachten, scheint unsere beste Chance auf Erlösung zu sein."

Die Gefahren stecken nicht nur in der Spritze: In seinem Buch "Gescannt" beschreibt Investigativjournalist Nick Corbishley, wie wir mit elektronischen Impfpässen und digitalen IDs zu Sklaven des Regimes gemacht werden sollen. ...<<

[Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Juni 2022: >>New York Times: Westliche Spezialeinheiten in der Ukraine](#)

Von *Sven Reuth*

Das ist der Beleg für die direkte Beteiligung des Westens am Ukraine-Krieg: Die New York Times berichtet, daß westliche Spezialeinheiten in der Ukraine operieren. ...

Immer wieder gibt es Berichte über eine massive Verstrickung westlicher militärischer Kräfte in den Ukraine-Krieg. Schon im Januar dieses Jahres berichtete Yahoo News beispielsweise darüber, daß der US-Geheimdienst CIA schon seit 2015 ein Programm zur Ausbildung ukrainischer Spezialeinheiten durchführt, die seit nunmehr sieben Jahren an Stinger-Luftabwehrraketen und Javelin-Panzerabwehrwaffen ausgebildet werden.

### **"Urlaub mit voller Ausstattung"**

In den USA sorgte dieser Bericht für große Furore und wurde beispielsweise von der Los Angeles Times aufgegriffen, die der US-Regierung vorwarf, wieder wie zu Zeiten des Kalten Krieges zu operieren. In Deutschland hingegen wurden diese Enthüllungen - bis auf die Ausnahme Heise TP - nicht beachtet.

Schon in den ersten Kriegstagen meldete die ukrainische Armee, daß französische Fremdenlegionäre ukrainischer Herkunft "Urlaub mit voller Ausstattung" erhalten würden. Die französische Regierung dementierte diese Meldung nicht.

## "Netzwerk von Kommandos und Spionen"

Nun bestätigt die New York Times also auch noch den Einsatz westlicher Spezialeinheiten in der Ukraine selbst, was natürlich nochmals einen weit gravierenderen Vorgang darstellt. In dem Artikel heißt es:

"Während die russischen Truppen mit einer zermürbenden Kampagne zur Eroberung der Ostukraine fortfahren, hängt die Fähigkeit des Landes, dem Ansturm zu widerstehen, mehr denn je von der Hilfe der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten ab - einschließlich eines geheimen Netzwerks von Kommandos und Spionen, die sich beeilen, Waffen, Geheimdienstinformationen und Ausbildung zu liefern, so amerikanische und europäische Beamte.

Ein Großteil dieser Arbeit findet außerhalb der Ukraine statt, zum Beispiel auf Stützpunkten in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Doch auch wenn die Regierung Biden erklärt hat, daß sie keine amerikanischen Truppen in der Ukraine stationieren wird, sind einige CIA-Mitarbeiter weiterhin im Geheimen im Land tätig, vor allem in der Hauptstadt Kiew, und überwachen einen Großteil der riesigen Mengen an Informationen, die die Vereinigten Staaten mit den ukrainischen Streitkräften austauschen, so aktuelle und ehemalige Beamte." (Übersetzung von Thomas Röper)

### **Spiel mit dem Feuer**

Doch nicht nur die USA, sondern auch andere westliche Länder sind mit Spezialeinheiten in der Ukraine vertreten. Dazu heißt es in dem Artikel der New York Times:

"Gleichzeitig waren auch einige Dutzend Kommandoeinheiten aus anderen NATO-Ländern, darunter Großbritannien, Frankreich, Kanada und Litauen, in der Ukraine tätig. Die Vereinigten Staaten zogen ihre eigenen 150 Militärausbilder ab, bevor der Krieg im Februar begann, aber die Kommandotruppen dieser Verbündeten blieben entweder im Land oder sind seither ein- und ausgeflogen, um ukrainische Truppen auszubilden und zu beraten und Waffen und andere Hilfsgüter vor Ort zu liefern, so drei US-Beamte." (Übersetzung von Thomas Röper)

Zweifelsohne ein Spiel mit dem Feuer, von dem niemand weiß, wie es am Ende ausgehen wird. Darauf machte auch Professor Christian Hacke, der früher an der Bundeswehr Universität Hamburg lehrte, in der gestrigen Sendung von Maischberger aufmerksam. Hier äußerte er: "Die Waffenlieferungen beinhalten eine ganz ungeheure Gefahr. Putin wird nicht aufgeben! Er wird eskalieren. Er wird taktische Nuklearwaffen einsetzen! Dann wird es ein europäischer Krieg!"

Eine fürchterliche Vision. Man fragt sich, warum die politische Klasse in Deutschland dennoch so sorglos agiert.<<

**30.06.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Juni 2022: >>Ukraine-Botschafter Melnyk: Friedensfreunde sind "Loser"**

Von *Karel Meissner*

Manche mögen's heiß. Auch der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk - und nicht nur verbal. Neuerdings erklärt er Intellektuelle, die Frieden und Verhandlung fordern, zu defätistischen "Losern".

Nie wieder Krieg? - War gestern. Tatsächlich stehen die Initiatoren des offenen Briefs - "Waffenstillstand jetzt!" - publiziert im Wochenmagazin Die Zeit, allesamt in der zweiten Lebenshälfte: Alexander Kluge, Richard D. Precht, Juli Zeh oder Ilija Trojanow (vollständige Liste: siehe unten). Umgekehrt findet sich kein jung-woker Podcaster, Trendsetter, Nonbinärer, Grünen-Politiker oder Friday for Future-Aktivist darunter.

In diesem offenen Brief fordern die Autoren, ganz in der Tradition der Aufklärung, eine Ablösung des Krieges durch rationalen Dialog. Der Westen solle "den Ukraine-Krieg durch Verhandlungen" beenden. Dabei wird keineswegs für eine Pro Putin-Haltung geworben:

"Die Aufnahme von Verhandlungen ist keine Rechtfertigung von Kriegsverbrechen. Wir teilen den Wunsch nach Gerechtigkeit. Verhandlungen sind indes ein notwendiges Mittel, um Leid vor Ort und Kriegsfolgen auf der ganzen Welt zu verhindern. Angesichts drohender humanitärer Katastrophen sowie des manifesten Eskalationsrisikos muß der Ausgangspunkt für die Wiederherstellung von Stabilität schnellstmöglich gefunden werden.

Nur eine Aussetzung der Kampfhandlungen schafft die dafür notwendige Zeit und Gelegenheit. Die Bedeutung des Ziels verlangt, daß wir uns dieser Herausforderung stellen und alles tun, damit ein baldiger Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen möglich werden - und alles unterlassen, was diesem Ziel entgegensteht."

Diese Priorisierung des Friedens gilt vielen (nach der Impf-Skepsis) als neuer Hochverrat. So bezeichnet glomex die Autoren als "selbsternannte Friedensstifter" während der Ukraine-Botschafter Andrij Melnyk auf Twitter rumbrüllt:

"Nicht schon wieder, what a bunch of pseudo-intellectual losers Ihr alle Varwicks, Vads, Kluges, Prechts, Yogeshwars, Zehs & Co. sollt euch endlich mit euren defätistischen 'Ratschlägen' zum Teufel scheren. Tschüß"

Alles klar: Wer Frieden fordert, ist ein defätistischer "pseudo-intellektueller Loser". Da stellt sich doch die Frage, was Melnyk sich von einer Fortführung des Krieges verspricht. Für den Westen ist ein solcher Dialog mit Rußland jedoch überlebenswichtig. Wohin der Melnyk-Kurs führt, können Sie in COMPACT 5/2022: "Blackout. Kein Strom, kein Gas, kein Frieden!" nachlesen: nämlich in Hungersnot, Energie-Crash und Atomkrieg.

#### **Die Unterzeichner des Friedensappells:**

Jakob Augstein (Publizist), Richard A. Falk (Professor für Völkerrecht), Svenja Flaßpöhler (Philosophin), Thomas Glauben (Professor für Agrarökonomie), Josef Haslinger (Schriftsteller), Elisa Hoven (Professorin für Strafrecht), Alexander Kluge (Filmemacher und Autor), Christoph Menke (Professor für Philosophie), Wolfgang Merkel (Professor für Politikwissenschaft), Julian Nida-Rümelin (Philosoph), Robert Pfaller (Philosoph), Richard D. Precht (Philosoph), Jeffrey Sachs (Professor für Ökonomie), Michael von der Schulenburg (ehemaliger UN-Diplomat), Edgar Selge (Schauspieler), Ilija Trojanow (Schriftsteller), Erich Vad (General a.D., ehemaliger Militärberater von Angela Merkel), Johannes Varwick (Professor für internationale Politik), Harald Welzer (Sozialpsychologe), Ranga Yogeshwar (Wissenschaftsjournalist) und Juli Zeh (Schriftstellerin).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Juni 2022: >>Wie müßte das Traumkraftwerk aussehen? (Teil 1)

\_ von *Heinz Meister*

Man wird doch noch träumen dürfen! Welche Eigenschaften müßte denn ein Kraftwerk haben, daß alle Gruppen damit zufrieden wären? Unser Leser Heinz Meister hat dazu einige Ideen. Die früheren IPCC-Gutachter Sebastian Lüning und Fritz Vahrenholt räumen in ihrem Buch Unerwünschte Wahrheiten mit den Klimälügen unserer Gegenwart ab. ...

Also erstens: Es müßte ausgesprochen billigen Strom produzieren. Könnten wir billig Strom erzeugen, dann könnten wir den auch für gutes Geld exportieren. Gegenwärtig exportieren wir zwar unseren Zappel-Strom, wenn mal Wind plus Sonne es gut meinen. Aber Geld gibt's keins dafür, im Gegenteil: Da unsere Spitzen oft dann entstehen, wenn keiner Bedarf hat, müssen wir noch dafür zahlen, daß er abgenommen wird.

#### **Atomstromimport aus unsicheren AKWs**

Wenn es bei uns ungedeckten Bedarf gibt, dann importieren wir von den Nachbarn für teures Geld billig erzeugten Strom aus Kernkraftwerken. Und wo stehen zufällig die eher unsicheren Kraftwerke? An den Grenzen zur BRD! Wenn die hochgehen, sind wir alle hin. Und wenn der Wind nicht weht, müssen die hübschen Windrädchen noch mit Strom versorgt werden! Mit etwa so viel, wie zwei Kernkraftwerke leisten.

Der Verbraucher der BRD leidet ja am höchsten Strompreis weltweit. In keinem einzigen Land der Erde wird der Stromkunde derart geschröpft! Natürlich größtenteils wegen diverser Staatsauflagen, wie der EEG-Umlage, mit der die teure und unzuverlässige Windenergie (Solar-Energie dito!) auf den Börsenpreis von Strom heruntersubventioniert werden muß.

Der Verbraucher wird's schon zahlen, sonst sitzt er eben im Dunkeln. Ohnehin sitzen wir bald alle im Dunkeln, wenn es die ersten Stromsperren gibt und dann die Totalabschaltung, liebevoll "Blackout" genannt. Die brandneue, grünlich-verrückte "Regierung" hat ja beschlossen, daß die Verspargelung der Landschaft auf das Sechsfache steigen wird. Aber wenn kein Wind weht? Sechsmal null ist immer noch null. Und "Dunkelflauten" sind gar nicht selten. Jetzt soll der Unmut gedämpft werden: Einen Teil des Strompreises soll nicht mehr der Verbraucher zahlen, sondern wer?? Der Steuerzahler!! Na, das ist natürlich ganz etwas anderes!

### **Sackgasse Windenergie**

Zweitens: Das Wunschkraftwerk darf absolut kein CO<sub>2</sub> abgeben! Das ist zwar nicht deshalb notwendig, weil wir "das Klima schützen" müßten. In dem Buch Unerwünschte Wahrheiten ist von 2 IPCC-Gutachtern (Sebastian Lüning und Fritz Vahrenholt) alles Notwendige zu dem Thema gesagt, auch, wer dran verdient. Die CO<sub>2</sub>-Bedingung ist nur dazu da, daß nicht irgendwer glaubt, die "Grünen" ("grün" sind sie nicht, es sind die Pharisäer des WEF-Globalismus!) wählen zu müssen.

### **Windräder**

Die Giga-Windräder zerstören die Wälder und andere Landschaften, killen massenhaft Großvögel, Fledermäuse, tonnenweise Insekten, trocknen den Boden aus und führen zur merklichen Erwärmung des Mikroklimas. Außerdem ist ihr Infraschall-Brummen gesundheitsschädlich. Wenn dann alle einsehen, daß die teuren Dinger (der Verbraucher zahlt es ja!) schädlich und völlig unnützlich sind, wird man zugeben müssen, daß sie ein gigantisches, bergehoheres Endlager brauchen, denn verschrotten geht nicht.

### **High-Tech für China**

Drittens: Es darf natürlich nicht (wie die konventionellen Kernkraftwerke) radioaktiver Müll anfallen, der ins (nicht existente!) Endlager muß, für die nächsten Hunderttausenden von Jahren.

Das Problem war ja schon gelöst, denn es gab ja den "heliumgekühlten Hochtemperatur-Thorium-Reaktor" (sogar schon im Betrieb!), der ohne Uran auskommt, nicht kritisch werden kann und nur wenig niedrigstrahlenden Müll erzeugt (kein Endlager nötig).

Es gab auch den "Schnellen Brüter", der anstelle von angereichertem Uran auch mit dem in Massen anfallenden Uran 238 bestückt werden kann. Aber das war vor langer, langer Zeit, als Deutschland in der Kernkraft-Technologie noch führend war. Der Reaktor mußte für teures Geld abgerissen werden, die Patente gingen billig an China, die auch gleich die Wissenschaftler und Techniker abgeworben haben. Jetzt bauen die Chinesen solche Reaktoren. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Juni 2022: >>>**Kurkuma: Natürlich gegen Krebs**

### **Kurkuma: Natürlich gegen Krebs**

Von *Sophia Fuchs*

Kurkuma: Das gelbe Gold aus Indien wirkt bei vielen Beschwerden wahre Wunder.

Über 200.000 Menschen sterben jedes Jahr an Krebs - die zweithäufigste Todesursache in Deutschland. Wie man hier mit einem Gewürz vorbeugen kann, verrät Naturheilkundlerin Constanze von Eschbach in ihrem Ratgeber "Die Alchemie der Pflanzen". Über 60 natürliche Alternativen zu Pharma-Pillen.

Kennen Sie jemanden, der an Krebs verstorben ist? Oftmals sind es die Großeltern oder aber entfernte Verwandte. Leider ist das Risiko, an Krebs zu sterben, erschreckend hoch. Bis heute hat die Pharmaindustrie kein Heilmittel gefunden, das sicher gegen die Krankheit hilft.

In seinem Buch "Ich habe Krebs - Was nun?" beschreibt Bestseller-Autor und Öko-Pionier Holger Strohm, wie er seine Erkrankung auf natürliche Weise überwunden hat, doch auch Constanze von Eschbach hat in ihrem Ratgeber "Die Alchemie der Pflanzen" wertvolle Tips parat.

### **Gegen bösartige Tumore**

Kurkuma hat sich in den letzten Jahren zu einem echten Modegewürz entwickelt. Dabei wußte man um die heilende Wirkung der Pflanze schon vor vielen tausend Jahren - in der Traditionellen Chinesischen Medizin.

Das Gewürz gilt als echtes Multitalent: Nicht nur als Naturarznei findet es bis heute in Fernost rege Anwendung, man betrachtet es dort auch als Glücksbringer - und man nutzt es als Färbepflanze und Mittel bei rituellen Zeremonien.

Kampf gegen Krebs: Kurkuma hilft bei der Prophylaxe, aber auch im Fall von Erkrankungen.

Für viele ist Kurkuma aber auch ein Hoffnungsbringer: Es schützt nachweislich vor Krebs und rettet somit Leben. Der in der aus Indien stammenden Pflanze enthaltene Stoff Curcumin kann, so belegen es verschiedene Studien, bösartigen Tumoren vorbeugen.

Das natürliche Heilmittel hilft sogar bei Begleittherapien von Krebserkrankungen. Aber wie genau funktioniert das? Constanze von Eschbach erklärt in ihrem Buch:

"Curcumin zielt auf verschiedenen Zellsignalwegen auf Krebszellen ab ... Die Studienlage ist sehr umfangreich: Die Ergebnisse gelten für mindestens 22 Krebsarten, darunter befinden sich Erkrankungen der Brust und Gebärmutter, des Dickdarms, der Prostata, der Lunge, der Leber, der Bauchspeicheldrüse und der Haut."

Na, wenn das kein Grund für eine schöne Tasse Kurkuma-Tee am Morgen ist! Doch auch für Menschen, die keine Teetrinker sind, hat die Autorin einen guten Tip parat:

"Würzen Sie die Speisen kräftig mit Kurkuma in guter Qualität. Als Zwischenmahlzeit können Sie sich einen Energydrink herstellen: Zu einem Gläschen milchsauer vergorenen Gemüsesaft 1 TL Olivenöl zugeben, durchrühren und mit einer kräftigen Prise Kurkuma abschmecken."

Wohl bekomm's!

### **Natürliches Entgiftungsmittel**

Kurkuma wird auch gelbes Gold genannt. Das Gewürz bekämpft nämlich nicht nur erfolgreich Krebs, sondern verfügt auch über viele andere Fähigkeiten. Mal wieder zu heftig zuge schlagen am Büffet? Gegen das belastende Völlegefühl hilft ein wärmender Kurkuma-Tee.

Zu viele Zwiebeln im Essen? Auch bei unangenehmen Blähungen erweist sich das Ingwergewürz als Retter in der Not. Und: Wer regelmäßig zu tief ins Glas schaut, der bekommt es mit der Zeit mit Leberproblemen zu tun. Kurkuma kann helfen, denn es wirkt auch regenerierend auf Leberzellen. Aber ein oder zwei Gläser Wein weniger können auch nicht schaden ...

Bunte Pillen von Big Pharma: Reduzieren Sie ihren Medikamentenkonsum. Greifen Sie öfter mal auf natürliche Heilmittel zurück.

Generell gilt das Gewürz, das aus der indischen Küche nicht wegzudenken ist, als natürliches Entgiftungsmittel. Es regt die Produktion von Enzymen in der Leber an, wodurch giftige Stoffe aus dem Körper verschwinden.

Dachten Sie etwa, das wäre schon alles? Dann wird Sie Kurkuma jetzt überraschen: es sorgt nämlich ebenfalls für die Gesundheit des Darms und der Bauchspeicheldrüse, stabilisiert ein geschwächtes Immunsystem, schützt die Gefäßwände, beugt Herzinfarkte und Schlaganfälle vor.

Außerdem konnte medizinisch belegt werden, daß das gelbe Gold vor Gelenkentzündungen schützt und die ätherischen Öle der Pflanze gegen eine ganze Reihe von Bakterien, Pilze und Einzeller wirksam sind. Ein Rundum-Gesundheitspaket also!



In Ihrem Buch "Die Alchemie der Pflanzen" verrät Naturheilkundlerin Constanze von Eschbach weitere Fähigkeiten des Wundermittels Kurkuma. Außerdem gibt es einige Rezepte wie dieses, das dazu geeignet ist, den Gallenfluß anzuregen:

"Ein Teil des frischen und klein geschnittenen Kurkumarhizoms mit 5 Teilen Doppelkorn ansetzen und nach 14 Tagen absieben. Davon dreimal täglich 5-15 Tropfen gelöst einnehmen."

Oder haben Sie Beschwerden, wenn Sie sich bewegen? Dann könnte der in dem Buch empfohlene Golden-Milk-Drink Abhilfe schaffen:

"1 TL Kurkumapulver in 250 ml heiße Vollmilch einrühren, etwa 5 Minuten ziehen lassen und auf Körpertemperatur abkühlen lassen. Dann abseihen. Davon ein- bis zweimal täglich eine große Tasse trinken."

Warum unternehmen Sie also bei entsprechenden Leiden nicht lieber einen Gang in den Supermarkt, wo sie Kurkuma in jedem Gewürzregal finden, oder - noch besser - räumen dem Gewürz etwas Platz in Ihrem Kräutergarten ein, statt sich gleich Pharma-Pillen mit allen möglichen Nebenwirkungen einzuwerfen?

Gegen die Natur hat die Pillen-Industrie keine Chance! In ihrem Ratgeber "Die Alchemie der Pflanzen" verrät Naturheilkundlerin Constanze von Eschbach längst vergessenes Kräuterwissen. Mästen Sie nicht Big Pharma: Nutzen Sie die Apotheke der Natur, um sich selbst unabhängig zu versorgen. Das spart auch viel Geld. ...<<

**01.07.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Juli 2022: >>Wie müßte das Traumkraftwerk aussehen? (Teil 2)**

*\_ von Heinz Meister*

Drittens: Die Technologie muß selbstverständlich absolut sicher sein. Zwar muß man sich eigentlich damit abfinden, daß jedwede Technik auch Gefahren mit sich bringt. Es kann ja auch zum Herzstillstand führen, wenn man die Stromrechnung liest oder die Nebenkostenabrechnung. Aber ein Tschernobyl oder Fukushima will natürlich keiner. Allerdings gab es in der BRD zu keiner Zeit Reaktoren, die derart gefährlich waren wie die alten sowjetischen, und Tsunamis sind hierzulande auch recht selten. Die Japaner sind damit eher vertraut, dennoch hatten sie keinen Flutschutz vor ihren Kernkraftwerken.

### **Grundlastminister statt Gender-Beauftragter**

Viertens: Das Kraftwerk muß unbedingt "grundlastfähig" sein. Eine vernünftige Energiepolitik muß Kraftwerke vorsehen, die mit hoher Konstanz den Sockelbedarf decken, der unabhängig von der Tageszeit durchgehend anfällt. Anstelle mancher unnützer Ministerium müßte ein Energieministerium her, ein "Grundlastministerium". Dort müßten allerdings technisch versierte Experten das Sagen haben, nicht Politclowns und Genderbevollmächtigte!

Die Politzauberer, die wir uns trotz Alternativen immer wieder als "Regierung" wählen, haben beschlossen, bei stark gesteigertem Bedarf (E-Autos, Wärmepumpen) alle grundlastfähigen, zuverlässig und billig produzierenden Kraftwerke (Kohle, konventionelle Kernkraft) bei gewaltigen Abrißkosten stillzulegen. Sie werden durch umweltschädliche, teuer produzierende Anlagen ersetzt, die ungeheuer teuer Strom dann produzieren, wenn ihn keiner braucht.

### **Die Wundertechnologie existiert**

Speichertechnologie existiert nicht und wäre schweineteuer. Dafür werden jetzt viele Gas-kraftwerke geplant. Vielleicht sind die ja schneller fertig als der famose Bahnhof in Freiburg, die Elbharmonie und der Hauptstadt-Flughafen. Kanzler Scholz der Weise hat uns allerdings die Gaszufuhr abgedreht, kaum daß die Röhre fertig war. Jetzt sind Abnahmestellen für das Fracking-Gas aus den USA geplant. Das Flüssiggas wird allerdings erheblich teurer sein als das billige Erdgas aus Rußland.

Der "Schnelle Brüter" in Kalkar sollte einmal der modernste Nuklearreaktor der Welt werden, er wurde allerdings nie fertiggestellt. Heute befindet sich hier ein Freizeitpark.

Und jetzt der Clou: Genau die Technologie für dieses "Wunderkraftwerk" existiert! Und zwar schon seit längerer Zeit! Das ist nicht etwa einer unserer Regierungen zu verdanken. Die stammeln nur, wissen und können nichts.

### **Der Stein der Weisen**

Einige deutsche Kernphysiker haben sich zusammengetan und völlig ohne staatliche Förderung einen revolutionären Typus von Kernkraftreaktor erfunden und entwickelt. Wären sie gefördert worden, könnte der neue Reaktortyp bereits in Serie fertiggestellt sein und in Betrieb genommen werden.

Das neue durch internationale Patente geschützte Konzept ist der Dual-Fluid-Reaktor (DFR, <https://dual-fluid.com/de/>). Er erfüllt alle oben angeführten Träume von einem Wunderkraftwerk. Die Beschreibung seiner Eigenschaften liest sich wie die Definition des Steines der Weisen:

**Kosteneffizienz:** Der Reaktor kann Strom zu dem sensationellen Preis von 1 Cent (in Worten: EIN Cent) produzieren!

**Unabhängigkeit:** Alle einsetzbaren Brennstoffe können innerhalb der Bundesrepublik gewonnen werden!

**Inhärente Sicherheit:** Die Naturgesetze sorgen dafür, daß ein Super-GAU unmöglich wird. Ebenso, wie ein Eimer Wasser in der Antarktis nicht plötzlich zu sieden anfangen kann, ist ein DFR unfähig, Fukushima- oder Tschernobyl-Szenarien hervorzurufen.

### **Der Allesbrenner**

**Recycling des vorhandenen Atommülls:** Der DFR zerstört sowohl seine eigenen Abfälle wie die der alten Kernkraftwerke. Übrig bleiben nur Spaltprodukte, die nach maximal 300 Jahren kaum noch radioaktiv sind. Die Suche nach einem Endlager für geologische Zeitspannen wird damit gegenstandslos.

**"Allesbrenner-Reaktor":** Alle nur denkbaren Kernbrennstoffe sind mit maximaler Energieausbeute nutzbar! Atommüll, abgereichertes Uran (Uran 238), Natururan, Thorium, Plutonium, u.v.a. lassen sich im DFR einsetzen. Dadurch erhält man eine Energiequelle, die so lange reicht, wie die Menschheit existiert.

**Minimale Kosten:** Der DFR ist der kompakteste Kernreaktor mit dem geringsten Aufwand an Material, Arbeitsstunden und Geld. Wenig Platzbedarf für ein Kraftwerk.

**Hohe Arbeitstemperatur:** Dies macht nicht nur die Stromerzeugung sehr effizient (60 % Wirkungsgrad), sondern ermöglicht auch viele Prozeßwärmeanwendungen - z.B. Meerwasserentsalzung oder Herstellung erdölfreier Kraftstoffe.

**Nicht nur Strom allein:** Dadurch kann Kernenergie endlich den kompletten Primärenergiebedarf decken, einschließlich Antrieb von Autos, Flugzeugen, Heizungen, etc.

Die Energie-Effizienz ist um den Faktor 1.000 höher als bei "Erneuerbaren".

Je mehr die desaströsen Unzulänglichkeiten der "Energiewende" auf den Zappelstrom von Wind und Sonne zutage treten, desto mehr sollte auch die Offenheit kluger politischer Köpfe wachsen, sich mit einem neuen und sicheren Konzept der Kernenergie zu befassen!

"Operation geglückt, Patient tot" - das könnte am Ende das Ergebnis des ideologisch motivierten Umbaus der deutschen Wirtschaft sein. Von der einst so leistungsfähigen deutschen Energiewirtschaft - Deutschland war technisch einst weltweit führend bei der Entwicklung hochmoderner Atomkraftwerke - ist beispielsweise nichts mehr übrig geblieben. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Juli 2022: >>**Genug**

### **GEZählt: Warum ich ARD/ZDF liebte und heute hasse**

*Von Jürgen Elsässer*

So war datt mal...

Aus gegebenem Anlaß: Argumente gegen die Staatsmedien - von einem ARD/ZDF-Nostalgiker, der heute die Schnauze voll hat.

Keine Frage: ARD und ZDF haben uns viele schöne Jahrzehnte geschenkt. *Tempi passati* - die Nostalgie schmeckt zartbitter.

Wer denkt nicht an das Traumschiff und die Schwarzwaldklinik, an Praxis Bülowbogen und Einer wird gewinnen, an Tatort und Derrick, an die Hitparade mit echten deutschen Schlagern und die Sportschau mit echten deutschen Mannschaften?

Auch für die politische Bildung wurde etwas getan, und zwar recht ausgewogen von links mit Report und Panorama, von rechts mit dem ZDF-Magazin. Das sozialdemokratische Urgestein Günter Gaus steuerte unvergleichliche Interviews bei. Die Gesprächsrunden, die noch nicht Talkshows hießen, lebten von kantigen Politikern wie Willy Brandt und Franz Josef Strauß, und keine dämliche Moderatense ging dazwischen, wenn sie rauchten und rauften.

Auch die großen Stars waren deftig unkorrekt, aber nie obszön: Rudi Carrell zog einmal vor Alice Schwarzer in einer Talkshow einen BH aus der Jackentasche und wischte sich damit die Stirn ab. Harald Schmidt witzelte augenzwinkernd über Neger und Polen. Schimanski war die wandelnde Querfront, er polterte wie ein Roter mit dem Kohlekumpel gegen Ausbeuter und Politiker und nagelte wie ein Rechter Kinderschänder und Mafiosi ganz ohne Haftbefehl und Staatsanwalt an die Wand; zwischendrin verführte er Frauen oder lag Tanner heulend in den Armen.

Bei Alfred "Das Ekel" Tetzlaff saßen die Eltern aus der Kriegsgeneration und die 68er-Kinder gemeinsam vor der Mattscheibe und lachten wechselweise über die deftigen Sprüche des Rechtsauslegers gegen die Sozis - oder über die Tolpatschigkeit des Kleinbürgers im Feinripp-Unterhemd. So wurde die Nation mit Bildung und Unterhaltung vor dem Fernseher zusammengeführt, und dafür haben wir, die Bürger dieser Nation, auch gerne gezahlt.

Versöhnen statt spalten: das war die Devise der Öffentlich-Rechtlichen in der guten alten Zeit. Heute gilt das Gegenteil: Es wird politisch korrekt gegen unliebsame Bevölkerungsgruppen getrommelt. Waren die Leidtragenden in den vergangenen Jahrzehnten vor allem sogenannte Rechte - die im Bundestag in Gestalt der AfD immerhin die zweitgrößte Oppositionspartei stellen! -, so geht es seit 2020 zusätzlich gegen Querdenker und Impfskeptiker, seit 2022 gegen Putin-Versteher und andere Friedensfreunde.

Als Faustregel kann gelten: Wen die Grünen als Feindbild ins Visier nehmen, den hetzen auch die Staatsmedien. Kein Wunder: Umfragen unter Journalisten haben ergeben, daß deren erdrückende Mehrheit mit der Baerbock/Habeck-Bande sympathisiert.

Wie in vielen anderen Bereichen - Familien-, Energie- oder Geldpolitik - gilt auch für die Medien: Die guten alten Zeiten werden nicht zurückkommen. Der Staat, in der Bonner Republik im Großen und Ganzen Garant des Allgemeinwohls, ist zur Kampfmaschine gegen das Volk geworden - er will es ausbeuten, umerziehen und am liebsten ganz abschaffen. Das früher hoch geschätzte Publikum hat nichts mehr zu melden, die abstürzenden Einschaltquoten sind den Propagandisten völlig egal: Der Michel soll fressen, was man ihm vorsetzt, und dafür auch noch bezahlen. Freiwillig werden die Eliten die Massenverblödungswaffen nicht aus der Hand geben.

Millionen laufen mittlerweile den Staatsmedien davon, Hunderttausende verweigern die Zwangsabgabe. Um allen Mut zu machen, sich dem Umerziehungs-TV zu entziehen und die Knechtschaft zu brechen, hat COMPACT die Spezial-Ausgabe "Genug GEZahlt - Argumente gegen die Staatsmedien" gemacht - ein unerläßliches Kompendium für alle, die freie Menschen sein wollen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Juli 2022: >>US-Ökonom: Ukraine-Krieg wurde von Neocons provoziert

Von *Karel Meissner*

Der Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey D. Sachs widerspricht den Mainstream-Narrativen: Der Rußland-Ukraine-Krieg sei ein Projekt der US-Neocons. Ziel: Amerikas globale Hege-

monie. In COMPACT-Spezial "Feindbild Rußland - Die NATO marschiert" haben wir den jahrelangen Feldzug gegen Moskau akribisch nachgezeichnet. ...

Ukraine - der Name steht für ein dauerhaftes Katastrophenprojekt. Vor dieser trostlosen Perspektive scheint auch mancher Mainstreamer der Establishment-Propaganda überdrüssig. So publizierte die Berliner Zeitung einen Artikel des bekannten US-Ökonomen und Sonderberaters der Millennium Development Goals, Jeffrey D. Sachs. Der sagt deutlich:

"Die Ukraine ist die neueste Katastrophe amerikanischer Neocons."

Peng! Nicht Rußlands, sondern der US-Neocons. Zur Erinnerung: Die Neocons, das ist eine amerikanische Denkschule der 1970er Jahre, die hohen Einfluß auf die US-Politik ausübt. Ihre Ziele faßt Sachs so zusammen:

"Die Hauptbotschaft der Neocons lautet, daß die USA in jeder Region der Welt die militärische Vormachtstellung innehaben und den aufstrebenden regionalen Mächten entgegentreten müssen, die eines Tages die globale oder regionale Vorherrschaft der USA herausfordern könnten, vor allem Rußland und China. Zu diesem Zweck sollte das US-Militär in Hunderten von Militärstützpunkten auf der ganzen Welt in Stellung gebracht werden, und die USA sollten darauf vorbereitet sein, bei Bedarf Kriege nach Wahl zu führen."

Auf das Konto der Neocons und ihrer Einflüsterer gehen die US-Kriege in Serbien (1999), Afghanistan (2001), Irak (2003), Syrien (2011) und Libyen (2011). Außerdem, so betont Sachs, hätten sie "den Einmarsch Rußlands in die Ukraine erst provoziert".

Die Neocons, so erklärt Sachs, hätten sich bereits für einen NATO-Beitritt der Ukraine eingesetzt, noch bevor George W. Bush jr. dies 2008 zur offiziellen US-Politik erhoben habe. Denn diese Mitgliedschaft sei "der Schlüssel zur regionalen und globalen Vorherrschaft der USA". Sachs zitiert den Neocon Robert Kagan, der einräumen muß: Diese NATO-Erweiterung hat verheerende Folgen.

Rußland bereite sich auf eine Schlacht um die Ukraine vor, aber die Neokonservativen hätten diese Schlacht gesucht. Für USA und Rußland wäre nach Zusammenbruch der Sowjetunion eine neutrale Ukraine die richtige Lösung gewesen. Statt dessen versuchten die Neocons eine Hegemonie der USA durchzudrücken. Die habe sich jedoch in direkter Konfrontation mit Rußland als Hybris erwiesen:

"In der 'Schlacht um die Ukraine waren die Neocons bereit, eine militärische Konfrontation mit Rußland zu provozieren, indem sie die Nato gegen die vehementen Einwände Rußlands erweiterten, weil sie der festen Überzeugung sind, daß Rußland durch die finanziellen Sanktionen der USA und die Waffen der Nato besiegt werden wird."

Inzwischen ist dieser Traum ausgeträumt: Die Wirtschaftssanktionen des Westens haben sich als Bumerang für die Sanktionierer erwiesen. Auch die Waffenlieferungen der USA an die Ukraine sind durch begrenzte Produktionskapazität und unterbrochene Lieferketten an ihre Grenzen gestoßen. Es sei daher höchste Zeit, sich mit Rußland wieder an den Verhandlungstisch zu setzen, so Sachs.<<

Willy Klages (1953\*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Juli 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: Widerstand gemäß Artikel 20 GG wegen Gefährdung der Sicherheit, der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung sowie des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland**

Sehr geehrte Damen und Herren!

**In 6 Monaten sollen die letzten Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.**

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer

installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grundlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2023 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken. Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann.

**Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt**

**Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.**

*Spruchwort aus China*

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden, deshalb dürfen Kernkraftwerke nur dann stillgelegt werden, wenn eine stabile Stromversorgung existiert.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich**. Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 müßten zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die Brennelemente mit Notstromaggregaten gekühlt werden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus technischen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Radioaktive Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

**Verschwörungstheorie oder bittere Realität?**

Angesichts der deutschen Energiepolitik der letzten 33 Jahre handelt es sich zweifelsfrei nicht um die dümmste Energiepolitik der Welt, sondern um eine planmäßig inszenierte Zerstörung der deutschen Energiewirtschaft.

Aufgrund dieser völlig unsinnigen Destabilisierungspolitik ähnelt die Bundesrepublik Deutschland einem Irrenhaus, in dem anscheinend die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben. Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln wegen der ideologischen Energiewende an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen. Diese Kritiker berücksichtigen leider nicht, daß die Deutschen bei entscheidenden Fragen nach wie vor kein Selbstbestimmungsrecht gegenüber den Siegermächten des Zweiten Welt-

krieges besitzen.

Der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erklärte z.B. Ende November 2011 auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main: *"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen. ..."*

Da es zu den Pflichten des Betreuers gehört, alle Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, wie es dessen Wohl entspricht, sind die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zweifelsfrei auch für die ideologische Energiewende der "betreuten deutschen Politiker und Parteien" verantwortlich.

### **Vorsätzlich eingeleitete Destabilisierungsmaßnahmen**

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diente nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bereits gewaltige Schäden zu.

Bei der Energiewende spielte die Rettung des Weltklimas niemals eine Rolle, denn bei dem besonders lukrativen Ablaßhandel mit den CO<sub>2</sub>-Emissionen handelt es sich in erster Linie um ein Riesengeschäft für die Klimawandel-Mafia.

Das gegenwärtige gemeingefährliche Corona-Genexperiment wurde offensichtlich auch genutzt, um von den dramatischen Folgen der "Energiewende" abzulenken. Der wegen der NATO-Osterweiterung entstandene Ukraine-Konflikt kam schließlich gerade recht, um endlich die äußerst wichtigen Rohstoffbezüge (Gas, Kohle, Öl usw.) aus Rußland zu beenden.

### **Menschengemachter Klimawandel**

Laßt Euch nicht länger von der finanziell, politisch und ideologisch orientierten Klima-Sekte des IPCC belügen, betrügen und manipulieren, denn es gibt keinen menschengemachten Klimawandel! Es gibt keine Beweise für einen menschengemachten Klimawandel.

Der Klimawandel wird nicht durch das menschliche Verhalten verursacht, sondern das Klima wird seit jeher vor allem durch die gigantischen Urkräfte der Sonne geprägt. Die derzeitige globale Erwärmung von 0,14 ° C pro Jahrzehnt zur Klimakatastrophe zu erklären, ist vollkommen unsinnig.

Diese geringe Erwärmung und etwas mehr CO<sub>2</sub> fördern nachweislich den Ertrag von Nahrungspflanzen und der nachwachsenden Rohstoffe, denn Kohlendioxid ist ein lebenswichtiges Gas. Pflanzen können ohne CO<sub>2</sub> nicht leben. Pflanzen erzeugen jedoch den für Menschen und Tiere lebensnotwendigen Sauerstoff. Ohne CO<sub>2</sub> würde es demnach auf der Erde überhaupt kein Leben geben.

Der mit riesigen Geldmitteln geführte irrsinnige Kampf gegen das lebensspendende Gas Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) richtet sich schlichtweg gegen unser bisheriges Leben und gegen bestehende Naturgesetze. Diese selbsternannten Klimaretter verfolgen in Wirklichkeit nur das Ziel, alles zu vernichten, was wir und unsere Vorfahren aufgebaut haben, um uns und unsere nachfolgenden Generationen mehrheitlich zu töten und die wenigen Überlebenden zu versklaven.

Bei der Senkung der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen handelt es sich zweifelsfrei um ein ökonomisch unbezahlbares und hochgradig unsoziales sowie um ein systematisch geplantes Projekt, bei dem es nur sehr wenige Gewinner gibt. Die Klimahysterie wurde maßgeblich von den elitären angloamerikanischen Geheimbünden und den weltweit führenden NWO-Denkfabriken, wie z.B. Round Table (1909 in Großbritannien gegründet) und "Council on Foreign Relations" (1921 in den USA gegründet) inszeniert.

Heute finanzieren z.B. die Rothschild- und Rockefeller-Stiftungen, die internationalen Finanzeliten, sämtliche Weltkonzerne der Erdöl-, Chemie-, Pharma- und Rüstungsindustrie sowie Jeff Bezos, Bill Gates, Elon Musk, George Soros und viele andere Milliardäre die Werbemaßnahmen für den globalen Klimaschutz.

Profiteure des cleveren Klimaschutz-Geschäftsmodells waren z.B. der US-Starinvestor und

Unternehmer Elon Musk, der US-Spekulant und Milliardär Warren Buffet, der indische Milliardär Vinod Khosla sowie der US-Filmregisseur und Unternehmer James Cameron.

Im Verlauf der angeblichen Klimaretung entwickelte sich die Bundesrepublik Deutschland allmählich zu einer totalitären Öko-Diktatur, die in erster Linie die Zerstörung der Energieversorgung, die Deindustrialisierung, die Auflösung des Nationalstaates sowie die "Befreiung" der Menschen von Eigentum, Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Identität anstrebt.

Die größenwahnsinnigen "NWO-Eliten" sind davon überzeugt, daß sie das Klima und alle Menschen kontrollieren und verändern können, aber sie werden schließlich wie die Schildbürger kläglich scheitern.

### **Die irrsinnige Energiewende ähnelt den unsinnigen Schildbürgerstreichen**

Die Bürger von Schilda (nach der Überlieferung Schildau bei Torgau) waren angeblich Bürger, die sich damals dumm stellten, um glücklich zu werden. Sie gerieten jedoch schließlich ins Unglück, weil sie tatsächlich verblödeten und durch törichte Schildbürgerstreiche bekannt wurden.

### **Die Schildbürger bauen in Schilda ein Rathaus**

Die Schildbürger bauten z.B. in Schilda ein Rathaus ohne Fenster. Im Verlauf der feierlichen Einweihung stellten sie fassungslos fest, daß es im Rathaus dunkel war!

Sie überlegten, wie man Licht ins Rathaus schaffen konnte, und beschlossen, das Licht wie Wasser in das neue Rathaus hineinzutragen! Die Schildbürger schaufelten am nächsten Tag den Sonnenschein in Eimer und Kessel, Kannen, Töpfe und in Kartoffelsäcke und schleppten das Sonnenlicht bis zum Sonnenuntergang in das fensterlose Rathaus.

Da es im Rathaus weiterhin dunkel blieb, realisierten sie schließlich den Ratschlag eines zufällig vorbeikommenden Landstreichers und deckten das Rathausdach ab. Im Sommer ging es lange Zeit gut, bis es im Herbst regnete. Sie deckten deshalb den Dachstuhl, wie vorher, mit Ziegeln. Danach war es im Rathaus jedoch wieder stockdunkel.

Plötzlich rief einer der Männer, die im Dunkeln saßen: "Da! Ein Lichtstrahl!" Tatsächlich! Durch eine Öffnung in einer Wand drang etwas Sonnenlicht in das Rathaus herein. "O wir Esel! Wir haben ja die Fenster vergessen!" ...

**Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen existiert überhaupt nicht**  
Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, denn der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Die Windkraftwerke können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. In der Bundesrepublik Deutschland wird es auch in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben. Von den z.B. mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden.

**Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen die Windkraft- und Photovoltaikanlagen keinen Strom, deshalb existieren diese Stromerzeuger eigentlich überhaupt nicht.**

Windkraftanlagen sind außerdem nicht klimaneutral und umweltfreundlich, denn für den Bau und den Betrieb von Windenergieanlagen werden z.B. seltene Erden, Tropenholz, tonnenweise Beton und kostbare Flächen benötigt.

Während die törichten Schildbürger wenigstens nach einer gewissen Zeit ihre Fehler erkannten und korrigierten, sind die offensichtlich total verblödeten Gutmenschen und bösaartigen Klimaretter nicht bereit, ihr systematisch geplantes epochales Zerstörungswerk einzustellen.

Obgleich die Energiewende schon seit Jahren krachend gescheitert ist, wird die Umweltzerstörung, die der Bau von über 31.000 Windkraftanlagen und Solarparks verursachte, unbeirrt fortgesetzt. Zukünftig sollen mindestens weitere 60.000 Windkraftanlagen errichtet werden. Anscheinend müssen erst sämtliche landwirtschaftlichen Nutzflächen betonierte, alle Vögel, Fledermäuse sowie Insekten durch Windräder getötet und der gesamte Industriestandort Deutschland vernichtet werden, um zu erkennen, daß Windkraft- und Photovoltaikanlagen **ohne entsprechende Speicher niemals eine stabile Stromversorgung gewährleisten können.**

### **Recht und Pflicht zum Widerstand gemäß Grundgesetz**

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat. Alle Krisen, wie z.B. Finanzkrise, Euro-Krise, der angeblich menschengemachte Klimawandel, Massenmigration, Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt, waren planmäßig inszenierte Maßnahmen.

Die maßgeblichen Vertreter der "staatstragenden deutschen Parteien", die sich den Staat längst zur Beute gemacht haben, sind mehr oder weniger von den großen Kapitalgesellschaften und NWO-Organisationen abhängig.

Jeder demokratische Staat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Wenn die deutsche Regierung diese Pflicht unentwegt ignoriert oder mißachtet, sind alle Staatsbürger verpflichtet, ihre demokratischen Rechte selbst wahrzunehmen.

Angesichts der permanenten Mißachtung des Grundgesetzes durch Mitglieder der Bundesregierung wird es höchste Zeit, daß das Volk den Staat und die Gesellschaft vorübergehend selbst verteidigt, denn gemäß Grundgesetz Artikel 20 Absatz 2 geht die oberste Gewalt vom Volk aus.

Alle Deutschen haben gemäß Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung (gemäß Artikel 20 Absatz 1 bis 3) zu beseitigen, ... das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Jeder, der noch nicht der jahrzehntelangen raffinierten Gehirnwäsche zum Opfer gefallen ist, und noch über einen gesunden Menschenverstand verfügt, ist verpflichtet, die geplante Vernichtung der bisherigen menschlichen Lebensformen nicht länger widerstandslos hinzunehmen.

### **Wissen und Schuld**

Ungeachtet der gegenwärtigen Verachtung und Verunglimpfung der Menschen, ist und bleibt der Mensch im Gegensatz zu Tieren und Pflanzen ein vernunftbegabtes, geistiges und rational handelndes Lebewesen.

Vor allem die geistigen Fähigkeiten und die Vernunft unterscheiden die Menschen von allen anderen Lebewesen. Menschen besitzen nach wie vor aufgrund ihres Verstandes die Fähigkeit des richtigen Erkennens und Beurteilens und können jederzeit zwischen guten und schlechten Handlungen unterscheiden sowie ihre natürlichen Triebe unterdrücken und umformen. Jeder mündige Mensch trägt deshalb nach wie vor die Alleinverantwortung für sein eigenes Verhalten sowie seine persönlichen Entscheidungen und Handlungen.

Wer seine Augen vor den Naturgesetzen und vor den Tatsachen verschließt, unterstützt stets gefährliche Ideologien und wahnhaftige Illusionen. Die Naturgesetze und die Wirklichkeit waren bisher immer stärker als menschlicher Größenwahn und Menschenverachtung.

Um dieses langfristig systematisch geplante epochale Zerstörungswerk doch noch zu verhindern, muß jeder Einzelne seine eigenen Interessen letzten Endes selbst wahrnehmen und aktiv werden, denn es bleiben uns nur noch etwa 6 Monate, um diesen Wahnsinn zu stoppen und den Super-GAU zu verhindern.

Da es gegenwärtig um Sein oder Nichtsein geht und ob nachfolgende Generationen eine le-



benswerte Zukunft haben werden oder nicht, darf sich niemand feige zurückhalten, sondern jeder muß sich in dieser schicksalhaften Zeit persönlich entscheiden, ob er für sein Leben, Recht und die Freiheit kämpfen oder ob er kampflos untergehen will.

Angesichts der drohenden Gefahren für Leib und Leben muß jeder Verantwortung übernehmen und aktiv oder passiv Widerstand leisten, denn was wollen die Überlebenden später ihren Kindern oder Enkelkindern antworten, wenn sie fragen:

**Wieso habt ihr euch nicht gewehrt? Weshalb konnten nur einige hundert fremdbestimmte Polit-Marionetten problemlos über 80 Millionen Menschen drangsalieren? Warum habt ihr diesen Wahnsinn widerstandslos hingenommen?**

Wenn wir unser Land retten wollen, müssen wir endlich aufwachen, uns endlich wehren und endlich Widerstand leisten, denn wir befinden uns schon viel zu lange in einem komaähnlichen Todesschlaf.

Jeder Angehörige der staatlichen Einrichtungen (Verfassungsschutz, Polizei, Bundeswehr, Feuerwehr, Universitäten, Schulen, Verwaltungen etc.), muß sich jetzt persönlich entscheiden, ob er endlich die Freiheitsrechte des Volkes und den Rechtsstaat verteidigen will oder ob er sich weiterhin für die Interessen von "fremdbetreuten Politikern" und gemeingefährlichen NWO-Psychopathen einsetzt.

Jeder Kirchenvertreter, jeder Unternehmer, jeder Beschäftigte von privaten Unternehmen, jeder Feiberufler, jeder Landwirt und jeder Rentner muß sich jetzt persönlich entscheiden, ob er erbitterten Widerstand leisten will oder ob er sich widerstandslos in den kollektiven Selbstmord treiben läßt.

Unsere Heimat darf nicht weiterhin als menschenverachtendes Experimentierfeld von geisteskranken Eugenikern und unmenschlichen Transhumanisten mißbraucht werden. Nachfolgende Generationen sollen uns später nicht den Vorwurf machen, daß wir uns feige weggeduckt und keinen Widerstand geleistet hätten.

Erkennt endlich, was die Stunde geschlagen hat, denn die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis Deutschlands wurde bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß.

Wenn Lügen und Betrug, Angst und Schrecken, Unrecht und Unfreiheit das tägliche Leben bestimmen, wird ziviler Widerstand zur ersten Bürgerpflicht.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb nach dem Zweiten Weltkrieg z.B. über die Schuld der Deutschen (x075/11-12): >>... Ich habe nie den Begriff der Kollektivschuld eines Volkes akzeptieren können. Ich war jedoch immer der Ansicht, daß jeder mündige Bürger mit an der Verantwortung für jede im Namen seines Landes begangene Ungerechtigkeit, jede menschliche Handlung, trägt. Weiß er nichts von den Mißständen, dann ist er dafür verantwortlich, nichts versucht zu haben, um sich zu unterrichten. Weiß er und schweigt dennoch, dann ist er dafür verantwortlich, durch sein Schweigen verhindert zu haben, daß diesen Taten ein Ende bereitet wird. ...<<

Alle uneinsichtigen Befürworter und Handlanger der ideologische "Energiewende" sollten an die möglichen Folgen Ihrer Entscheidung denken. Wenn das Volk diesen "staatlich" angeordneten kollektiven Selbstmord nicht rechtzeitig stoppt, werden wir letzten Endes alles verlieren und unser Land wird schon bald nicht mehr existieren.

Frau Merkel und ihre wichtigsten Erfüllungsgehilfen werden sicherlich nicht das unerfreuliche Schicksal des gemeinen Volkes teilen, sondern frühzeitig das Land verlassen. Sie werden jedoch trotz alledem nicht der gerechten Strafe entgehen und irgendwann zur Rechenschaft gezogen, denn "Gottes Mühlen mahlen langsam, mahlen aber trefflich fein".<<

**03.07.2022**

**BRD:** Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Juli 2022:

**>>Scholz auf sozial: Wir müssen jetzt zusammenhalten**

Von *Karel Meissner*

Nachdem die Ampel den Karren endgültig in den Dreck gefahren hat, sollen alle Betroffenen zusammenhalten - so fordert es Bundeskanzler Scholz (SPD) in einem Podcast. Das Tröstliche: Die Machthaber lassen uns nicht allein.

In den letzten Jahren wurde Deutschland endgültig ruiniert: erst Corona-Diktatur, dann Wirtschaftskrieg gegen Rußland, der sich als Bumerang erwies. Die Rechnung bezahlen - wie immer - die sozial Schwachen. Ihnen droht nicht nur Einschränkung, sondern Entzug der Existenzgrundlage.

Aber egal. Im der neuen Folge des Podcasts "Kanzler kompakt" fordert Olaf Scholz ein solidarisches Miteinander der Bevölkerung in Zeiten höherer Belastung.

Nicht-Geimpfte, Hartz-IV-Empfänger, psychisch Zerstörte, aus politischen Gründen Zensierte - gehören plötzlich alle wieder dazu, oder wie? Ja, irgendwie schon. Denn, so Scholz:

"Wenn wir uns unterhaken und zusammenhalten, sind wir stark."

Stimmt. Gemeinsam ist Frieren viel schöner.

Scholz: Auf den EU-, G7- und NATO-Gipfeln habe man die aktuellen Krisen thematisiert. Deren Botschaft - "Wir müssen zusammenhalten" - weitete sich am EU-Gipfel sogar in Richtung Osten aus, "als wir den Staaten des westlichen Balkans neuen Schub gegeben haben für den Beitrittsprozeß zur Europäischen Union und auch die Ukraine und Moldau eingeladen haben".

Natürlich zeigt Olaf S. auch Verständnis für die Kleinen: Das große Problem "sind die steigenden Preise, ist die Inflation, daß alles teurer wird". Aber keine Panik. Der Bundeskanzler habe, "wie das schon einmal in so einer schwierigen Zeit in den 60er und 70er Jahren war, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Bundesbank, Wissenschaftler eingeladen, mit uns darüber zu sprechen, was wir machen." Na, dann wird ja alles gut.

Mehr noch: Auch auf dem G7-Gipfel hätten, "die großen, wirtschaftlich starken Demokratien sich versammelt ... und miteinander über die Herausforderungen gesprochen ..., vor denen wir stehen". Dazu gehörte auch der Rußland-Ukraine-Krieg, "aber auch, wie wir mit zum Beispiel Energie-, Sicherheitsfragen und Klimawandel umgehen und dem Hunger in der Welt".<<

**05.07.2022**

**BRD:** Das Blogportal und Online-Magazin "ACHGUT - Die Achse des Guten" berichtet am 5. Juli 2022 (x1.152): >>Energie-Revolution mit dem Salzschnmelze-Reaktor?

Gastautor *Klaus-Dieter Humpich*

Salzschnmelze-Reaktoren werden bereits seit vielen Jahrzehnten getestet. Sie könnten eine energiepolitische Revolution bedeuten, da sie mit Thorium statt Uran arbeiten.

Wenn man Salze hoch genug erhitzt, schmelzen sie und werden dünnflüssig wie Wasser. Es besteht also die Möglichkeit auf dieser Basis Reaktoren mit flüssigem Brennstoff zu bauen. Die Handhabung und Meßtechnik für Salzschnmelzen wurde erst Anfang des 20. Jahrhunderts für die Aluminiumindustrie entwickelt.

Bis heute handelt es sich um ein recht exotisches Teilgebiet der Technik. Bereits 1944 schlug Lothar Nordheim einen Brutzyklus zur Nutzung von Thorium (Thorium 232 zerfällt zu Uran 233) als Brennstoff vor. Bereits 1949 schlug Alvin Weinberg einen Reaktor mit uran- und thorium-haltigen Salzen des Fluor als Betriebsmittel für Flugzeuge vor.

Bis heute ist der Name Weinberg mit einer kontroversen Philosophie über Kernreaktoren verbunden. In den USA gipfelte diese Entwicklung im MSRE (Molten Salt Reactor Experiment), der von 1965 bis 1969 in Betrieb war. Es ist also beileibe keine neue Erfindung, sondern eher

die Wiederaufnahme einer alten Entwicklungsschiene, deren Vor- und Nachteile im Weiteren etwas beleuchtet werden sollen.

### **Die Neutronenfrage**

Die Wahrscheinlichkeit für eine Kernspaltung hängt maßgeblich von der Geschwindigkeit der Neutronen im Reaktor ab: Je langsamer sie sind, umso größer ist bei Uran und Plutonium die Wahrscheinlichkeit einer Kernspaltung (Spaltungsquerschnitt in barn). Aber Vorsicht, dies gilt nur für die ungeraden Isotope (U 233, U 235, Pu 239 etc.). Will man auch die geraden Isotope spalten (U 238 etc.), so geht das nur mit schnellen Neutronen.

Man kann sogar mit Natur-Uran (0,7 % U235) kommerzielle Reaktoren bauen (Deuterium oder Graphit als Moderator), aber schon bei Leichtwasser (Druckwasser- oder Siedewasserreaktor) muß man das Uran aufwendig anreichern (ca. 3-5 % U 235). Will man auch das U 238 spalten, muß man zwingend schnelle Neutronen verwenden und braucht eine sehr viel höhere Anreicherung bzw. entsprechend viel Plutonium.

Warum diese Vorüberlegungen? Neutronen werden durch Zusammenstöße mit den Materialien des Reaktors zwangsweise abgebremst. Man ist also nicht mehr frei bei der Auswahl der Salze. Wählt man "leichte" Salze aus Lithium und Beryllium ist die Abbremsung bereits so stark, daß man nicht mehr von schnellen Neutronen sprechen kann. Man baut automatisch einen Reaktor mit thermischem Neutronenspektrum.

"Thermisch" ist eine Geschwindigkeitsangabe über die Temperatur im Reaktor, da man wegen der Brownschen Molekularbewegung diese Geschwindigkeit nicht unterschreiten kann. Will man ein härteres (schnellere Neutronen) Spektrum, muß man zwingend auf "schwere" Salze aus z. B. Chlor übergehen.

### **Die Salze**

Standard ist immer noch das Molten Salt Reactor Experiment (MSRE). Der MSRE wurde 1960 geplant, wurde 1965 zum ersten Mal kritisch und lief bis 1969 mit verschiedenen Brennstoffen. Er hatte ein thermisches Neutronenspektrum und eine Leistung von 7,34 MW. Das Salz bestand aus folgenden Isotopen: 65 % Li7 F (Lithiumfluorid), 29,1 % BeF2 (Berylliumfluorid), 5 % ZrF4 (Zirkonium-Fluorid) und 0,9 % UF4 (Uranfluorid) (alles in Molenprozent). Man kann hier schon einige grundlegende Überlegungen ableiten:

Um ein thermisches Spektrum zu erhalten muß das Salz überwiegend aus "leichten" Kernen gebildet werden (Li7, F19, Be9, Zr90). Trotzdem war auch hier noch ein zusätzlicher Moderator aus Graphit erforderlich. Die Salze dürfen auch nicht parasitär gegenüber den Neutronen sein (zu große Einfangquerschnitte). Dies gilt besonders, wenn man aus dem Thorium Uran erbrüten will.

Es handelt sich um eine Mischung aus Fluorsalzen. Fluor ist bei Raumtemperatur gasförmig. Es gehört zu den stärksten Oxidationsmitteln und reagiert mit fast allen Elementen sehr heftig. Dies ist wichtig, da ja bei jeder Kernreaktion auch die chemische Verbindung zerbricht und nahezu das gesamte Periodensystem neu entsteht.

Die radioaktiven Spaltprodukte sollen auch im Salz gebunden (Sicherheit bei Störfällen) werden. Der Anteil an spaltbaren Atomen ist mit unter einem Prozent recht klein. Das Salz ist quasi nur mit Brennstoff - und später den Spaltprodukten - "verunreinigt". Das ist wichtig, da die Salzmischung mit allen möglichen Bauteilen des Reaktors in Kontakt kommt und zu Korrosion führt - bis heute ein Problem dieses Reaktortyps.

Man hat den MSRE mit U235 (Anreicherung 32 %), U 233 (= 91,5 %) und Pu 239 F3 erfolgreich betrieben. Das letzte Salz führt unmittelbar zum "Waste Burner", in dem man Reaktorplutonium und Minore Aktinoide aus Leichtwasserreaktoren verwendet. In der Natur kommen die beiden stabilen Isotope Li6 (7,6 %) und Li7 (92,4 %) vor. Für einen MSR ist nur Li7 erwünscht, da aus Li6 durch Neutroneneinfang (großer Querschnitt) radioaktives Tritium ent-

steht. Generell gilt, daß die Salze sehr rein sein müssen, was sie teuer macht. Will man ein schnelles Neutronenspektrum, darf das Salz nur wenig leichte Kerne enthalten.

Chlorsalze sind die Favoriten. Sie sind insbesondere für Uran-Plutonium-Kreisläufe das Salz der Wahl. Sie stehen damit in unmittelbarer Konkurrenz zu "schnellen Brütern" mit Natrium oder Blei als Kühlmittel. Natürliches Chlor besteht zu 75,76 % aus C 135 und 24,24 % C 137. C 135 und C 136 haben sehr viel größere Einfangquerschnitte als C 137. Es empfiehlt sich daher, möglichst reine Chlorsalze aus nur dem Isotop C 137 zu verwenden. Diese sind aber sehr teuer.

### **Die Entfernung der Spaltprodukte**

Durch Kernspaltung und Neutroneneinfang bildet sich mehr oder weniger das gesamte Periodensystem. Man kann lediglich Wahrscheinlichkeiten für die Zusammensetzung angeben:

Die Spaltprodukte sind radioaktiv. Damit ergibt sich der simple, aber durchschlagende Zusammenhang: Je mehr davon in einem Reaktor vorhanden sind, desto größer ist die (potentielle) Freisetzung bei einem Störfall. Die Art und Anzahl der Spaltprodukte bestimmt die Nachzerfallswärme nach Abschaltung des Reaktors und damit die erforderliche Notkühlung. Die Spaltprodukte gehen neue chemische Verbindungen ein. Dies macht den Korrosionsschutz so komplex. Die neu gebildeten Verbindungen haben aber auch andere physikalische Eigenschaften (Schmelztemperatur, Dampfdruck etc.).

Dadurch kann es auch bei Zwangsumlauf zu Ablagerungen und Ausgasung kommen. Durch z.B. Gasblasen ändert sich der neutronenphysikalische Zustand im Reaktor. Deshalb sieht man mindestens eine kontinuierliche Gasabscheidung vor. Was alles gasförmig ist, hängt stark von der Betriebstemperatur ab. Beileibe treibt man durch das sogenannte Strippen mit Edelgas nicht nur die gewünschten, sondern auch andere Verbindungen aus, die sich dann in kalten Bereichen niederschlagen. So hat man z.B. beim Abbruch amerikanischer Salzbadreaktoren unerwartete Konzentrationen von Uranfluoriden in Abgasfiltern gefunden.

Reaktoren werden über die verzögerten Neutronen geregelt. Das sind Neutronen, die erst beim Zerfall gewisser radioaktiver Elemente freiwerden. Dies macht zumindest die Berechnung kompliziert, da sich nicht nur ein zeitliches, sondern auch ein örtliches Problem ergibt. Anders als bei Reaktoren mit Brennelementen, bewegen sich die Kerne mit der Strömung des Salzes weiter. Sie werden unter Umständen an Stellen frei, wo man sie nicht braucht oder gar nicht haben will.

### **Verringerung des Inventars zur Sicherheit**

Salzbadreaktoren sind nahezu drucklos. Dies ist gegenüber Leichtwasserreaktoren ein Vorteil. Platzt z.B. eine Rohrleitung, führt das nur zu einem Auslaufen und nicht zu einer "Explosion". Hochdruckdampf hat enorme zerstörerische Kräfte.

Es wird auch immer damit argumentiert, daß der geringe Druck zu dünnen Wänden und damit einer billigeren Konstruktion führt. Dies gilt es gegen die aggressive Chemie des heißen Salzes abzuwägen. Es wird wohl kaum gelingen, jemals 60+-Jahre Betrieb - wie bei modernen Leichtwasserreaktoren - zu erreichen.

Das Risiko eines Unfalls hängt immer von der Wahrscheinlichkeit (überwiegend eine Folge von Konstruktion und Betriebsumständen) und dem Schaden (überwiegend das Inventar an radioaktiven Stoffen zum Zeitpunkt des Unfalls) ab. Bei allen Reaktoren ergibt sich maßgeblich das radioaktive Inventar aus der (bis zum Unfall) produzierten Energie. Pauschale Urteile sind sinnlos. Werden unterschiedliche Reaktoren diesbezüglich verglichen, sind z.B. sehr genau die Wechselintervalle des Brennstoffs zu berücksichtigen.

Bei heutigen Leichtwasserreaktoren wird jeweils ein Drittel des Brennstoffs jährlich entnommen. Demgegenüber gibt es bei Salzbadreaktoren Konzepte, bei denen diese zig Jahre laufen sollen und dann am Stück ausgetauscht werden.

Bei Salzbadreaktoren ist zumindest theoretisch eine kontinuierliche Wiederaufbereitung während des laufenden Betriebs möglich. Dies kann durch Abzweigen eines kleinen Teilstroms und Wiederaufbereitung in einem angeschlossenen chemischen Prozeß geschehen. Andere Konzepte sehen ein Abscheiden durch Verdampfung im Vakuum vor. Man geht dabei von der Annahme aus, daß die Gase nur Spaltprodukte und keinen Brennstoff enthalten.

Verbindliche Aussagen wird man erst nach vielen Betriebsjahren in vielen Reaktoren machen können. Leichtwasserreaktoren haben bezüglich der Genehmigung in diesem Sinne einen unschlagbaren Vorteil. Entscheidend ist nicht zuletzt die Frage, ob der Kunde (meist gestandene Kraftwerker) sich mit so viel Chemie anfreunden kann.

### **Sicherheit**

Reaktoren mit Salzschnmelze sind inhärent sicher: Meint, sie brauchen kein System zur Schnellabschaltung. Sie gehen von selbst aus, wenn die Temperatur ansteigt, weil dadurch die Kettenreaktion in sich zusammenbricht. Sie können darüber hinaus auch noch "walk away" sicher gebaut werden: Durch die große Wärmespeicherkapazität und dem großen Abstand zum Siedepunkt (Druckanstieg) ist eine dauerhafte Kühlung für die Nachzerfallswärme ohne ein (aktives) Notkühlssystem möglich. Unfälle, wie z.B. in Fukushima, scheinen damit physikalisch ausgeschlossen.

Ob allerdings MSR vollkommen ohne Regelstäbe etc. auskommen können, wird der Genehmigungsprozeß zeigen. In der Öffentlichkeit geistert immer ein Pfropfen umher, der eine Rohrleitung verschließt und bei zu hoher Temperatur aufschmilzt und den Weg in einen Sicherheitstank freigibt. Diese Vorstellung ist sehr laienhaft. Um einen solchen gefrorenen Pfropfen zu erzeugen, muß dieser im Betrieb dauerhaft aktiv gekühlt werden. Das ist gar nicht so einfach und es ergibt sich ein recht komplexes Bauteil.

Trotzdem sind bei den Versuchsständen immer Undichtigkeiten aufgetreten. Im Ernstfall muß diese Verstopfung - auch nach jahrelangem Betrieb - sicher und schnell aufschmelzen. Auch das keine einfache Aufgabe. Es handelt sich nach längerer Zeit nicht mehr um das ursprünglich eingefrorene Salz. Es ergeben sich Schichtungen, Kristallisation usw. Jedenfalls hat die Praxis gezeigt, daß solche Pfropfen 10 bis 15 Minuten brauchen, bis sie den Weg in den Tank freigeben. Etliche Entwürfe sehen deshalb zusätzlich aktive Ventile vor.

### **Wertung**

Es gibt nicht den einzig seligmachenden Reaktortyp. Jedes Prinzip hat ganz spezifische Vor- und Nachteile. Es hängt alles vom Anwendungsfall ab: Will man nur elektrische Energie erzeugen, wird der MSR genauso wenig die Leichtwasserreaktoren verdrängen, wie die Wärmepumpe den Heizkessel. Braucht man sehr hohe Temperaturen, sind die gasgekühlten Hochtemperaturreaktoren die Wahl.

Will man auch das U 238 nutzen, sind mit Natrium oder Blei gekühlte schnelle Reaktoren zumindest bisher unübertroffen. Sie sind auch hervorragend geeignet um die Minoren Aktinoiden zu beseitigen und die Entsorgungsfrage ganz neu zu stellen. Will man auch Thorium als zusätzliche Energiequelle nutzen, sind die Schwerwasserreaktoren eine echte Alternative. Braucht man einen nuklearen Schiffsantrieb, bleiben (wahrscheinlich) nur Druckwasserreaktoren und MSR. Sie sind die einzig kompakten Reaktoren ohne freie Oberflächen.

MSR sind von Natur aus für "nicht ganz so hohe Temperaturen" (< 600 ° C) hervorragend geeignet. Spätestens nach dem Krieg gegen die Ukraine ist klar geworden, wie wichtig Wärme für die Industrie ist. Gleichwohl ist es dringend nötig, endlich mal einen MSR zu bauen. Es macht einfach keinen Sinn, ewig nur über Vor- und Nachteile zu philosophieren. Man muß in der Technik praktische Erfahrungen sammeln. Schließlich sehen die heutigen Leichtwasserreaktoren der Generation III+ auch anders aus als deren erste Generation. Am Ende entscheidet immer der Markt. Wir haben doch bei unseren Autos auch eine ganze Palette unterschiedlicher Antriebssysteme zur Auswahl.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem Blog NukeKlaus.net.<<

**07.07.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Juli 2022: >>Bücherverbrennung 2.0: Mediengigant gegen Elsässer**

Von *Jürgen Elsässer*

Sind das die letzten Tage für Jürgen Elsässers Autobiographie "Ich bin Deutscher - Warum ein Linker zum Patrioten wurde"? Ein Mediengigant fordert per Abmahnung, den Verkauf des Buches zu unterlassen und die Restauflage "zum Zwecke der Vernichtung" herauszugeben. Meinem Verleger wird mit einer "Haftstrafe bis zu drei Jahren" gedroht. Wer noch ein Exemplar ergattern will, bevor vielleicht schon nächste Woche der Justizhammer zuschlägt, muß sich unbedingt beeilen.

Schreck in der Morgenstunde. Mein Verleger unterrichtete mich heute früh, daß ein Schreiben mit einer Abmahnung eingetroffen ist, das sich gegen meine Autobiographie "Ich bin Deutscher - Warum ein Linker zum Patrioten wurde" richtet. Dieses Buch erschien im Kleinverlag dtw-buch, hat aber innerhalb kürzester Zeit - es ist seit Anfang Mai erhältlich - schon einige Wirkung und super Absatz erzielt.

Unter anderem meldete sich Armin Pfahl-Traughber, der alte Haudegen des Inlands-Geheimdienstes, Anfang Juni mit einer Rezension in der Antifapostille Endstation Rechts mit den üblichen Injurien zu Wort. Irgend jemand im Regime muß parallel nach Wegen gesucht haben, wie man mein Buch vom Markt schlagen kann. Nicht daß sich noch mehr Menschen "vom Linken zum Patrioten" entwickeln ...

### **David gegen Goliath**

Die aktuelle Abmahnung gegen meinen Verleger wird betrieben von einem Giganten, der Anwaltskanzlei Dentons Europe LLP, Teil eines weltumspannenden Netzwerkes. Auf Wikipedia liest man dazu: "Dentons ist nach der Zahl der Anwälte die weltweit größte international tätige Wirtschaftskanzlei. Mit mehr als 10.000 Berufsträgern ist sie an über 175 Standorten in 79 Ländern vertreten und berät in allen Fragen des Wirtschaftsrechts. In Europa ist Dentons in 17 Ländern mit insgesamt 28 Standorten vertreten; in Deutschland in Berlin, Frankfurt, München und in Düsseldorf.

Daneben verfügt die Kanzlei über Büros in Afrika, Asien, Australien sowie Nord-, Mittel- und Südamerika." Die Anwälte handeln im Auftrag eines anderen Giganten, nämlich der "dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG", in ihrer Darstellung "einer der größten unabhängigen Publikumsverlage im deutschsprachigen Raum": "Unsere Mandantin bringt rund 70 Prozent aller Neuerscheinungen als Erstveröffentlichung heraus", und "ist regelmäßig auf den Spitzenplätzen der Bestsellerlisten vertreten".

### **Elsässers Biographie**

Warum treten zwei Goliaths gegen David, meinen kleinen Verleger, an? Warum drohen ihm die Anwälte sogar - das ist der erste Hammer - "mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren"? Vordergründig geht es darum, daß der Konzern "dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG" sein Markenrecht durch die Firma "dtw-buch GmbH" verletzt sieht, man befürchtet eine "Verwechslungsgefahr". Das ist skurril genug - und offensichtlich konstruiert. Im Zweifelsfall könnte das Problem, wie bei ähnlichen Rechtsstreitigkeiten anderer Verlage, durch Retuschen und Schwärzungen leicht aus der Welt geschafft werden.

### **Bücherverbrennung 2.0**

Daß es in Wahrheit nicht um "Markenrecht" und "Verwechslungsgefahr", sondern knallhart darum geht, eine oppositionelle Position, einen oppositionellen Verlag und einen oppositionellen Autor vom Markt zu vertreiben, mundtot zu machen und zu ruinieren, zeigt eine Passage aus der von meinem Verleger geforderten Unterlassungserklärung:

"Die Schuldner, jeder einzeln, sind verpflichtet, noch vorhandene Waren ... zurückzurufen und an die von der Gläubigerin beauftragten Rechtsanwälte Dentons Europe LLP, Turn- und Taxis-Platz 6, 60313 Frankfurt am Main, zum Zwecke der Vernichtung herauszugeben. ... Ein Entschädigungsanspruch besteht nicht."

Das ist die moderne Form der Bücherverbrennung. Nicht mehr uniformierte SA, sondern Anwälte in Nadelstreifen vernichten die Bücher unliebsamer Autoren. Der Totalitarismus ist der gleiche!

Die Frist zur Abgabe der Unterlassungserklärung läuft diesen Freitag (8. Juli) ab. ich bin mit meinem Verleger übereingekommen, daß wir uns dieser totalitären Selbstverstümmelung NICHT unterwerfen werden.

In der Folge müssen wir damit rechnen, daß schon zu Wochenanfang von der Gegenseite eine Einstweilige Verfügung beantragt wird, mit der der Vertrieb meiner Autobiographie verboten und die Restexemplare vernichtet werden sollen. Rein juristisch gesehen ist der Antrag der Gegenseite lächerlich und chancenlos. Doch in der BRD wird schon lange nicht mehr rein juristisch geurteilt, sondern politisch - es geht darum, die freie Meinungsäußerung abzuschaffen und Opposition mundtot zu machen, vor allem COMPACT, Elsässer und nun eben auch den kleinen dtw-buch-Verlag.

Im schlimmsten Fall könnte das Urteil zur Vernichtung meiner Autobiographie schon am kommenden Dienstag (12. Juli) ergehen. ...

Unsere Anwälte sind in der Spur, eine Schutzschrift ist bestellt - aber ob wir damit im augenblicklichen BRD-Meinungsklima etwas erreichen, ist verdammt unsicher.<<

**08.07.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Juli 2022: >>Maskenwahn: Polizei legt COMPACT-Helfer in Handschellen**

Eine Reise mit der Deutschen Bahn gleicht schon fast einem Abenteuer, wenn man von der Maskenpflicht befreit ist. Klingt komisch, ist aber so! Natürlich sollte es mit einem ärztlichen Attest keinerlei Probleme geben, ohne Maulkorb in einen Zug zu steigen. Doch wurde ich eines Besseren belehrt, als ich mich gestern auf der Heimfahrt von Falkensee nach Berlin befand.

Am Bahnhof Spandau fuhr der Zug ein, draußen am Bahnsteig warteten schon fünf Polizisten am Bahnsteig mit blauen Gummihandschuhen. Die Uniformierten stiegen ein und kamen direkt auf mich zu.

Sie forderten, daß ich die Maske aufsetze, was ich aus guten Gründen verweigerte. Als sie nach meinem Maskenbefreiungsattest und Ausweis fragten, gab ich ihnen alle meine Dokumente aus der Brieftasche, damit sie sich das entsprechende Dokument selbst heraussuchen können. Ich trage immer ein halbes Dutzend Papierkram mit mir herum. Meine Meldebescheinigung, COVID-Genesungszertifikate (alt und neu), Impf-Befreiungszertifikat und so weiter. Halt einen ganzen Packen.

Doch schlugen die Polizisten mein Angebot aus, und verlangten, daß ich ihnen das geforderte Dokument überreiche. Dies wollte ich wiederum nicht, weshalb sich die Systembeamten weigerten, meinen Stapel in die Hand zu nehmen. Daraufhin legte ich diesen auf meinem Nachbarsitz, und tatsächlich, sie nahmen meine Dokumente in die Hand. Allerdings ignorierten sie mein Attest und verlangten plötzlich, daß ich sofort die Bahn verlasse. Mit Verwunderung fragte ich, mit welcher Begründung ich das tun solle? Ich wolle jetzt nach Hause fahren und hätte mir nichts zu Schulden kommen lassen.

Mit lauter Stimme befahl einer der fünf Corona-Sheriffs: "Steigen Sie jetzt aus!" Abermals fragte ich nach der rechtlichen Grundlage! "Weil ich das so will!", entgegnete mir der gleiche Polizist hartnäckig. Doch seine bedrohlich klingenden Befehle ließen mich nicht davon abbringen, sitzen zu bleiben. Darauf drohten sie mir unmittelbaren Zwang an, wenn ich nach

ihrer dritten Aufforderung nicht endlich aussteige. "Freiwillig werde ich nicht aufstehen", trotzte ich der Staatsgewalt.

Plötzlich stürzten sie auf mich, verschränkten mir die Arme auf dem Rücken und legten sofort Handschellen an. Sie forderten mich anschließend zum Aufstehen auf, was ich wiederum verweigert habe. Somit packten sie mich an beiden Armen und schleiften mich mit dem Bauch zum Boden hängend aus dem Zug.

Auf dem Bahnsteig mußte ich auf Knien hocken, das erinnerte mich an Bilder von Menschen, die kurz vor der Exekution standen. Dort sichteten sie dann meine Dokumente und nahmen mich anschließend mit zur Polizeistation.

Auf der Wache wurden meine Dokumente einfach kopiert. Auf die Frage, mit welchem Recht sie es taten, erhielt ich keinerlei Antwort. Immerhin nahmen sie mir irgendwann die Handschellen ab, weil die Herren wohl festgestellt hatten, daß ich friedlicher bin als so manches Clanmitglied. Was ich ja auch immer und jederzeit war.

Nachdem sie mit allen Schikanen endlich fertig waren, überreichten mir die willigen Corona-Vollstrecker die Anzeigenschreiben und verlangten meine Unterschrift, was ich allerdings ablehnte. Das gefiel ihnen ganz und gar nicht. Plötzlich forderten sie mich auf, daß ich "direkt und sofort" die Polizeistation verlasse.

Sie konnten mich jetzt nicht schnell genug loswerden. Auf die Frage, weshalb ich keine Abschriften beziehungsweise Kopien für die Anzeigen erhalte, meinte ein Beamter: "Sie wollten ja nicht unterschreiben." Ich bestand ein weiteres Mal auf die Herausgabe einer Abschrift. "Nein, die bekommen sie nicht, müssen Sie über Anwalt machen, und jetzt gehen Sie endlich" herrschte er mich an.

Zudem wurde ich zu keinem Zeitpunkt meiner Rechte belehrt. Als ich vor 3 Wochen schon mal von der Polizei aus dem Zug eskortiert wurde (da ging ich noch artig und brav mit), hatte man mir zumindest noch meiner Rechte belehrt und alle Formulare zum Fall als Kopie überreicht, mit der Aussage des Polizisten "gut aufbewahren, diese Abschriften sind wichtig". Vermutlich war genau das der Grund, warum die Constellis-Angestellten mir diese Formulare nicht überreichen wollten.

Als ich anschließend den Rest des Weges mit der Bahn (natürlich ohne Maulkorb) nach Hause fuhr, waren viele Fahrgäste ebenfalls ohne Maske im Zug. Wenn diese Fahrgäste gewußt hätten, daß ich nur Minuten davor mit Handschellen aus der Bahn geschleift wurde.

Ein Tag in der Corona-Diktatur, den ich so schnell nicht vergessen werde. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Juli 2022: >>**Krieg gegen COMPACT: Auch Geschichtsausgabe bedroht**

*Von Jürgen Elsässer*

Offensichtlich eine konzertierte Kampagne: Innerhalb von einem Tag gleich zwei juristische Überfälle auf COMPACT. Zwei erfolgreiche Publikationen sollen verboten werden - der Schaden für uns geht in die Zehntausende. Wer die kriminalisierten Produkte vor einem etwaigen Verbot nächste Woche noch bekommen will, muß sich sputen ...

Die erste Kriegserklärung gegen COMPACT kam am gestrigen Donnerstag schon vormittags. Ich berichtete sofort hier auf dieser Webseite über die Abmahnung gegen den Verleger meiner Autobiographie "Ich bin Deutscher. Wie ein Linker zum Patrioten wurde". Er soll eine Unterlassungserklärung unterzeichnen und sich verpflichten, das Buch komplett vom Markt zu nehmen und alle Restexemplare "zum Zwecke der Vernichtung herauszugeben. ... Ein Entschädigungsanspruch besteht nicht."

Stichtag für die Abgabe der Unterlassungserklärung ist HEUTE, 8. Juli 2022. Doch mein mutiger Verleger wird sich der Erpressung nicht beugen, nichts unterschreiben. Die Gegenseite, ein Mediengigant und die weltgrößte Wirtschaftskanzlei, dürfte dann eine Einstweilige Verfügung beantragen, die im schlimmsten Fall schon am Dienstag wirksam werden könnte. Eine



Auslieferung können wir also nur noch bis kommenden Montag (11. Juli) garantieren, bis dahin brauchen wir Ihre Bestellung, oder es könnte zu spät sein ... Das heißt: Wer noch ein Exemplar von "Ich bin Deutscher" ergattern will, muß sich unbedingt beeilen.

Gestern Abend kommt dann der zweite Hammer: Per Email erhielten wir eine weitere Abmahnung, dieses Mal gegen COMPACT-Geschichte "Babylon Berlin. Historische Hintergründe der großen Kult-Serie". Auch diese Ausgabe wird von einem kompletten Verbot bedroht, Stichtag für die Abgabe unserer Unterlassungserklärung ist der kommende Dienstag (12. Juli).

### **Absurde Vorwürfe**

Vorwand für die Abmahnung ist die Behauptung der Produktionsfirma von "Babylon Berlin", durch die Verwendung von Fotos aus der Kultserie hätten wir ihr Copyright verletzt. Dabei ist es gang und gäbe, daß die Presse Filmfotos verwenden darf, wenn sie über den jeweiligen Film bzw. die jeweilige Serie berichtet - eine einfache Google-Suche ergibt hunderte von Zeitungsartikeln mit Fotos der Serie und mindestens zwei Bücher: "Babylon Berlin", Michael Töteberg (Herausgeber), Kiepenheuer & Witsch 2020 ... und "Das große Filmlexikon zu 'Babylon Berlin': Orte, Personen, Ereignisse von Claus Bernet (Autor), David Avramoff/Alan Nothnagle (Herausgeber), books on demand 2020 ...

Nichts anderes als über die Serie zu berichten haben wir in COMPACT-Geschichte "Babylon Berlin" gemacht: Die Ausgabe bietet eine Inhaltsangabe aller bisherigen Staffeln, stellt die Hauptdarsteller und die Drehorte vor und ergänzt dies durch historische Hintergründe, die man der Serie nicht entnehmen kann, etwa über den damaligen Berliner Polizeipräsidenten, Horst Wessel und die Finanziere der Nazi-Bewegung, die sogenannte Schwarze Reichswehr und die Rüstungszusammenarbeit Berlin-Moskau zum Unterlaufen des Versailler Vertrages, über Straßenkämpfe SA/Kommunisten.

Autor vieler Hintergrundartikel ist COMPACT-Historiker Jan von Flocken, viele Jahre lang Edelfeder bei "Welt" und "Focus" (bevor er zu unbequem wurde).

Wie absurd die Abmahnung ist, zeigt allein der Umstand, daß uns sogar der Titel unserer Ausgabe "Babylon Berlin" verboten werden soll, obwohl beide Begriffe nicht dem Copyright unterliegen KÖNNEN, da es sich um Städtenamen handelt.

Daß es bei der Verbotsdrohung gegen den COMPACT-Titel im Kern nicht um Copyright-Fragen, sondern um einen politisch motivierten Zensurvorstoß geht, zeigt sich auch ganz offen im Schreiben der gegnerischen Anwälte: "Die Produkte Ihres Verlages dienen und bedienen eine politische Strömung, die unsere Mandantin ausdrücklich ablehnt. Durch die Nutzung des Titels und der Fotos für Ihre Zwecke rücken Sie unsere Mandantin in das Umfeld einer Szene, deren Auffassung und Inhalte den Überzeugungen unserer Mandantin grundlegend widersprechen." Da liegt der Hase im Pfeffer: It's politics, stupid!

### **Ziel: COMPACT "die wirtschaftliche Existenzgrundlage zu entziehen"**

Im schlimmsten Fall wird auch unser Geschichtsheft "Babylon Berlin. Historische Hintergründe der großen Kult-Serie" ab Mitte nächster Woche per einstweiliger Verfügung verboten werden. Auch hier gilt: Wer die Ausgabe noch ergattern will, muß sich beeilen. ...

In beiden Fällen - sowohl beim zu befürchtenden Verbot meines Buches wie von "Babylon Berlin" droht die Gegenseite uns weitere Kosten an, sogenannte Schadensersatzansprüche.

Das BRD-Regime hat sich offensichtlich zum Ziel gesetzt, COMPACT zu ruinieren. Dieses Ziel war schon im Dezember 2021 durch Michael Götschenberg, sogenannter ARD-Experte für Terrorismus und Sicherheit, in Bezug auf die verschärfte Beobachtung von COMPACT durch den Inlandsgeheimdienst ganz offen formuliert worden:

"Zunächst gehe es auch darum, den Machern die wirtschaftliche Existenzgrundlage zu entziehen." (Deutschlandfunk, 14.12.2021) Bisher ist das Regime mit den Angriffen gegen COMPACT komplett auf die Nase gefallen: Ein Verbot ist ohnedies nicht möglich, selbst Vorstöße,

die Zeitschriftengroßhändler einzuschüchtern und COMPACT aus den Kiosken zu drängen, sind gescheitert.

Nun versucht man es offensichtlich mit Verbotsvorstößen gegen einzelne Produkte. Das gab es letztes Jahr schon in Bezug auf die COMPACT-Spezialausgabe "Antifa. die linke Macht im Untergrund". Das damalige Beispiel zeigt: Die juristischen Attacken - es gab meines Wissens mindestens acht Verfahren - haben COMPACT nicht geschwächt, sondern stärker gemacht - weil Sie, lieber Leser, zu uns gestanden sind und unseren Mut zur Wahrheit unterstützt haben. Darum bitten wir Sie auch jetzt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Juli 2022: >>**Oskar Lafontaine: "Öffnet endlich Nord Stream 2!"**

Aus gegebenem Anlaß dokumentieren wir einen Eintrag, den der frühere Bundesfinanzminister und SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine auf seinem Facebook-Profil veröffentlicht hat. Die Kriegstreiber stürzen Deutschland in den Abgrund. ...

Facebook-Eintrag von Oskar Lafontaine:

"Ich kann das Gejammere von Steinmeier, Scholz und anderen über die sozialen Verwerfungen, die entstehen werden, wenn der Gaspreis sich verdreifacht, nicht mehr hören. Wenn man nur von Staaten wie den USA, Saudi-Arabien oder Katar und Rußland, denen man völkerrechtswidrige Kriege vorwirft, Energie beziehen kann, dann sollte man den Lieferanten bevorzugen, der die beste und günstigste Ware hat. Das ist Rußland. Es wird zudem immer deutlicher, daß die deutsche Wirtschaft auch bei vielen anderen notwendigen Rohstoffen und Ersatzteilen eng mit Rußland verflochten ist.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Wenn man wegen Menschenrechtsverletzungen die Verbindungen zu einem Land abbricht, dann darf man mit den USA, die für die meisten Menschenrechtsverletzungen in der Welt verantwortlich sind, keinen Handel treiben.

Es war doch wirklich peinlich, mit anzusehen, wie Biden auf der Pressekonferenz mit Scholz in Washington diesem überdeutlich machte, wer bestimmt, ob die Ostseepipeline Nord Stream 2 in Betrieb genommen wird oder nicht.

**"Bis hierhin und nicht weiter"**

Wann wird es einen Bundeskanzler geben, der den Mut hat, Washington zu sagen, bis hierhin und nicht weiter. Woher kommt diese deutsche Sucht, sich zu unterwerfen, wenn man sieht, wie sich deutsche Journalisten und Politiker gegenüber Washington verhalten?

Wenn man an die eigene Bevölkerung denkt, gibt es nur eine Lösung: Öffnet Nord Stream 2, um das Schlimmste zu verhindern. De Gaulle wußte noch, Staaten haben keine Freunde, sondern Interessen. So wie die Amis seit 100 Jahren versuchen, das Zusammengehen deutscher Technik mit russischen Rohstoffen zu verhindern (George Friedman), so sollte die Bundesregierung endlich einsehen, daß die Sanktionen nicht Rußland und den USA schaden, sondern in erster Linie Deutschland und Europa.

**"Höhepunkt der Neocon-Bewegung"**

Bundesregierung und deutsche Medien können nicht länger leugnen, was ihnen der renommierte US-Ökonom Jeffrey Sachs kürzlich wieder ins Stammbuch geschrieben hat:

"Der Krieg in der Ukraine ist der Höhepunkt eines 30-jährigen Projekts der amerikanischen neokonservativen Bewegung (Neocons). In der Regierung Biden sitzen dieselben Neokonservativen, die sich für die Kriege der USA in Serbien (1999), Afghanistan (2001), Irak (2003), Syrien (2011) und Libyen (2011) stark gemacht und die den Einmarsch Rußlands in die Ukraine erst provoziert haben."

Wenn man einen großen Fehler gemacht hat, muß man den Mut haben, ihn zu korrigieren. Keine Bundesregierung hat das Recht, Millionen Deutsche ärmer zu machen und die deutsche Wirtschaft zu ruinieren." ...<<

**11.07.2022**

**BRD:** Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Juli 2022: >>**Die Eine-Welt-Religion des Great Reset**

Mit Lügen und falschen Versprechungen wollen die Globalisten eine neue Religion schaffen, die das Christentum überwindet. Dahinter offenbart sich die Fratze des Antichristen. ...

In seinem Beitrag "UN-Religion: Lucifer Trust & Invokationen in Davos" hat Jörg Wollschläger über die Bestrebungen von UNO, WEF & Co., eine neue One-World-Religion zu installieren, berichtet. Hierzu einige Anmerkungen und Ergänzungen, die zeigen, welche Geisteshaltung dahintersteckt.

**Gehirnwäsche Nr. 1: Eine neue Offenbarung bahnt sich an, Erscheinen des Weltenlehrers**

In unseren Tagen ist erneut eine große Annäherung Gottes zum Menschen, eine neue Offenbarung, möglich. Die Menschheit erwartet das Wiedererscheinen des Weltenlehrers, des Leiters der Geistigen Hierarchie, dem Westen als Christus und dem Osten als Maitreya bekannt, in den verschiedenen Weltreligionen unter vielen Bezeichnungen - Messias, Imam Mahdi, Zarathustra - anerkannt.

Anmerkung: Das ist die Ankündigung des Antichristen. Das ist der falsche Messias, denn unser Herr Jesus Christus tritt weder als Maitreya noch als Imam Mahdi oder sonstwie auf. Wir brauchen auch keine neue Offenbarung, denn in der Bibel ist alles für ewige Zeiten niedergelegt.

**Gehirnwäsche Nr. 2: Die Geistige Hierarchie des Planeten ist Verwalter des Göttlichen Plans**

Der Ursprung aller großen Weltreligionen und Philosophien ist die Geistige Hierarchie des Planeten, deren Mitglieder die Verwalter des göttlichen Plans genannt werden.

Anmerkung: Nein! Der Ursprung des Christentums ist unser Herr Jesus Christus selbst, der sich uns als Gott und Sohn Gottes offenbart hat. Die anderen Religionen (außer dem Judentum, das den Ursprung in Gottvater hat) haben ihren Ursprung in heidnischen Götzenreligionen oder beim Widersacher Christi selbst.

Die sogenannte Geistige Hierarchie des Planeten gehört zur Esoterik und ist eine Irrlehre. Es handelt sich bei diesen "aufgestiegenen Meistern" und ähnlichen Gestalten wie Aliens mit langen, blonden Engelshaaren, die angeblich UFOs steuern, um verkappte Dämonen, die sich das Aussehen von Lichtgestalten geben.

**Gehirnwäsche Nr. 3: Die Kirche hat versagt, daher ist eine neue Offenbarung notwendig**

Warum war die Kirche nicht imstande, wie es der letzte Weltkrieg gezeigt hat, der überwältigenden Macht des Übels Einhalt zu gebieten? Warum hat sich die Religion für die Bedürfnisse der Menschheit als unzulänglich erwiesen? Und unfähig, ihre Völker aus Armut, Hunger und erniedrigenden Lebensbedingungen herauszuführen

Warum weigern sich so viele junge Menschen zur Kirche zu gehen und zeigen kein Interesse, die Lehren anzunehmen, die ihnen als Religionen angeboten werden?

Anmerkung: Die Kirche hat tatsächlich versagt - aber nicht, weil ihre Lehre oder die christliche Offenbarung falsch oder unzulänglich wären, sondern weil der Widersacher Christi mit seinen Handlangern alle wichtigen Positionen besetzt und bewußt das Chaos herbeigeführt hat. In den Schulen findet ein glaubenszersetzender Religionsunterricht statt, da laue Bischöfe alles kopfnickend absegnen, was nichts taugt.

Die Eltern werden zum Tanz um das Goldene Kalb (= Konsum) mit aufdringlichster Werbung regelrecht gedrängt. Die Gesetzgebung fördert Ehebruch, außerehelichen Sex und Unmoral aller Art. Das ist typisch für den Widersacher Christi: sich überall einschleimen, die Babylon-Agenda fördern, Chaos anrichten, andere anklagen und dann eine Lösung parat haben - nämlich seine und diese dann zuerst anpreisen und dann aufdrücken.

Wir brauchen keine neue Offenbarung, denn die christliche Offenbarung in der Bibel, im Evangelium ist perfekt. Wir brauchen nur das Wort Gottes zu befolgen. Die überlieferte Lehre der Heiligen Kirche, auch niedergelegt im Katechismus, hilft uns dabei. Es kann nach dem Evangelium auch keine neue Offenbarung geben.

#### **Gehirnwäsche Nr. 4: Es gibt keine Hölle**

Niemand, der klares Urteilsvermögen besitzt, oder wirklich an einen Gott der Liebe glaubt, akzeptiert einen Himmel der Kirchenanhänger, noch möchte er dorthin kommen. Noch weniger wird er aber den "Pfuhl" akzeptieren, "der mit Feuer und Schwefel brennt" (Rev. XIX: 20) oder die ewige Pein, zu der ein Gott der Liebe angeblich all jene verdammt, die nicht an die theologischen Auslegungen des Mittelalters glauben.

Anmerkung: Gott ist Liebe, aber auch Gerechtigkeit. Er hat ganz klare Forderungen gestellt, daß wir seine Gebote zu beachten haben, anderenfalls kommen wir nicht in die Ewige Glückseligkeit bei IHM, wenn wir unbereut immer wieder dagegen verstoßen. Bei schweren Vergehen droht die Hölle, dann gibt es nicht einmal mehr das Fegefeuer als Reinigungsort.

Der heilige Paulus hat das auch ganz klar so gemeint in Galater 6, 7: "Der Mensch erntet, was er sät." Ganz sicher hat er damit nicht die buddhistische oder hinduistische Karmalehre gemeint, das Gesetz von Ursache und Wirkung als anonymes Weltgesetz ohne den Dreifaltigen Gott.

#### **Gehirnwäsche Nr. 5: Es bahnt sich eine neue Qualität in der Beziehung zu Gott an**

Die neue Weltreligion wird auf den Fundamenten aufgebaut, nach denen Gott existiert und es eine Beziehung zwischen den Menschen und der Göttlichkeit gibt. Sie gründet sich auf die Tatsache der Unsterblichkeit, der ständigen göttlichen Offenbarung und auf der Wahrheit, daß immer wieder Weltenlehrer aus dem göttlichen Zentrum in Erscheinung traten. Die Entwicklung der Wissenschaft von Invokation und Evokation ist Mittel und Methode der Annäherung an die Gottheit. Dies wird das ersetzen, was wir heute "Gebet" und "Gottesdienst" nennen.

Anmerkung: Invokation und Evokation sind nichts anderes als Mittel zur Herbeirufung von Dämonen. So entlarvt sich die neue Weltreligion als satanischen Ursprungs. Evokationen blockieren das Gebet und den Gottesdienst und sollen den Menschen von Gott, von der Heiligen Messe und vom wahren katholischen Glauben wegführen. Invokationen und Evokationen werden bereits praktiziert, zum Beispiel bei der Einweihungszeremonie des St.-Gotthard-Tunnels oder bei UNO und WEF.<<

**12.07.2022**

**BRD:** Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtet am 12. Juli 2022 über die Bekämpfung der Corona-Pandemie (x1.149/...): >>Während des Pandemie-Verlaufs sind in Deutschland offenbar so gut wie keine brauchbaren evaluierbaren Daten gesammelt worden. Weder unter Spahn noch unter Lauterbach. Ein Armutszeugnis. Auf welcher Basis will denn nun die Politik die Fortschreibung bzw. Novellierung des Infektionsschutzgesetzes stellen, wenn die bisherigen Maßnahmen nicht evaluiert sind und deren Wirksamkeit wissenschaftlich nicht umfänglich geprüft ist? Und welche Maßnahmen sollen das dann sein?

Von *Michael Fitz*

Im geltenden Infektionsschutzgesetz ist klar und eindeutig geregelt, daß vor einer Novellierung bzw. Verlängerung dieses Gesetzes, die ja - so Lauterbach bei Lanz - bereits interministerial besprochen und vorbereitet wird, die Wirksamkeit oder eben Nichtwirksamkeit der in den letzten beiden vergangenen Jahren zur Bekämpfung der Corona-Pandemie verordneten Maßnahmen wissenschaftlich evaluiert werden muß.

Das ist nur folgerichtig, denn mit den meisten dieser Maßnahmen ging eine bisher in diesem Land beispiellose Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte der Bürger einher. Bewegungsfreiheit, körperliche Unversehrtheit, Versammlungsfreiheit, freie Berufswahl - um nur die wichtigsten zu nennen.

Nun, nach über einem Jahr ehrenamtlicher Arbeit daran, liegt diese evaluierende Studie vor. Ihr Inhalt stellt den Verantwortlichen in Regierung und Ex-Regierung ein katastrophales Zeugnis aus. Und nicht nur das. Es hapert schon an der Zusammensetzung der Kommission, der man nicht genügend wissenschaftliche Expertise in Schlüsselbereichen beigeordnet hat. Keine Kinder-Psychologen, zu wenig Epidemiologen, keine Erziehungswissenschaftler usw. usw. ...

Vor allem viel zu wenig unabhängige Wissenschaftler und viel zu Viele, die ohnehin, hinlänglich bekannt, aus der Blase der "Berater" von Gesundheitsministerium und RKI und anderen regierungsnahen Instituten stammen, obgleich sich Herr Professor Drosten, der wohl Prominenteste unter ihnen, aus welchen Gründen auch immer, gleich zu Beginn ausgeklinkt hatte. Die Kommission war unterbesetzt, sie hat unter enormem Zeitdruck und auf der Basis einer so gut wie nicht vorhandenen Datenlage gearbeitet.

Wie zu erwarten war, wird dieser Skandal von den meisten Leitmedien heruntergespielt und relativiert.

Dabei soll hier das Fundament für ein weiteres Vorgehen gegen eine, zwar derzeit nicht vorhandene, aber im Herbst erwartete, jedoch derzeit bereits medial herbeigeredete, neuerliche epidemiologische Notlage von nationaler Tragweite gelegt werden.

Wie soll das gehen, ohne ausreichend erfaßte Daten und verlässliche Zahlen aller Aspekte der Epidemie? Diese Frage kommt nun einigen Politprominenten aus der Ampel-Koalition offenbar gerade recht.

Frau Göring-Eckardt von den Grünen fragt sich zum Beispiel: Was sollen wir denn mit so einer Studie anfangen? Wir wissen doch nach zwei Jahren Pandemie ohnehin schon selber ziemlich genau, was wirkt und was nicht!

Ah ja? Das Gegenteil ist der Fall. Wir wissen bis heute und auch nach Lektüre der Studie immer noch nicht, inwieweit Lockdowns, Abstandsregeln, Zugangsbeschränkungen oder Berufsverbote nach 2G oder 3G, Schulschließungen oder Impfzwang für viele Menschen irgendeinen Effekt haben und falls ja, welchen sie auf die Ausbreitung des Corona-Virus in all seinen, inzwischen zum "leichten Grippe-Virus" mutierten Mutationen haben.

All die zum Wohle der Volksgesundheit ersonnenen Folterinstrumente, die vor allem unsere Kinder, und beileibe nicht nur sie, in psychische und physische Ausnahmezustände gestürzt und überdies dafür gesorgt haben und sorgen werden, daß ganze Heerscharen von Freiberuflern, Solo-Selbstständigen und Gewerbetreibenden sich kurz vor dem finanziellen Ruin befinden. Leute, die vor Corona sicher nicht schlecht gelebt und Steuern bezahlt haben.

Der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes spricht diesbezüglich Bände und zeigt deutlich auf, welche Verwüstungen die Corona-Maßnahmen dieser und der vorherigen Bundesregierung in unserer Gesellschaft, insbesondere auch im Mittelstand, bereits hinterlassen haben und sicher noch hinterlassen werden.

Lanz fragte in seiner Sendung vom 5.7.2022 mit seiner zwar permanent, aber in dem Fall zu Recht zur Schau gestellten Dauer-Empörung den per Video-Schalte anwesenden Gesundheitsminister, warum man die Evaluierungs-Kommission denn nicht um das offenbar fehlende Experten-Personal erweitert hätte, das wäre doch sicher möglich gewesen. Erstaunlicherweise fragte er nicht, warum keine Daten vorhanden sind oder zu wenig. Lauterbach schiebt es auf den Vorgänger, der hatte die Kommission ja ins Leben gerufen und hätte dafür Sorge tragen können. So einfach ist das!

Hätte, hätte, Fahrradkette! Der Vorgänger hat's verbockt, nicht ich! Und nein, Lanz tut nicht das Naheliegendste, nein, er hakt hier nicht nach. Das unterscheidet eben den Talkmaster vom engagierten Journalisten. ... Schade, Gelegenheit verpaßt.

Er fragt auch nicht nach, warum Lauterbach, zumindest direkt nach seinem Amtsantritt, nicht Entsprechendes veranlaßt hat. Auch schade, denn vielleicht wüßten wir dann alle jetzt genau-

er, daß weder er noch sein Vorgänger Spahn möglicherweise echtes Interesse an einer wirklich wissenschaftlichen und vor allem unabhängigen Evaluierung der von ihnen mit zu verantwortenden staatlichen Maßnahmen gegen Corona haben und nie hatten.

Dann müßten die Herren und etliche andere Kabinetts- und Landeskollegen vielleicht zugeben, daß ihnen bei all dem Aktivismus hie und da grobe Fehler unterlaufen sind, die man dann auch noch zugeben müßte. Aber Fehler zugeben, das ist in der Politik schon seit längerem nicht mehr en vogue! Oder sich gar beim Wahlvolk mal dafür zu entschuldigen, z.B. bei den arg ausgegrenzten und diffamierten Ungeimpften.

Gut, erwiesen ist ja durch die Studie schon mal der Fehler, daß während des Pandemie-Verlaufs in Deutschland offenbar so gut wie keine brauchbaren evaluierbaren Daten gesammelt wurden. Weder unter Spahn noch unter Lauterbach. Ein Armutszeugnis für die Minister selbst und auch die ihnen nachgeordneten deutschen Gesundheitsbehörden. Wir wissen immer noch nicht, wie viele Menschen tatsächlich - geimpft oder ungeimpft - an Corona oder vielleicht auch nicht gestorben sind.

Wir wissen immer noch nicht genau, wieviel Schaden, abgesehen vom Nutzen, die Impfung mit mRNA-Impfstoffen in Form von allerlei unschönen und teilweise massiven Nebenwirkungen verursacht haben. Wir erfahren immer noch nicht, wie viele Menschen getestet werden oder wurden, um rechnerisch auf die tägliche Inzidenz zu kommen, die scheinbar immer noch die Basis aller Entscheidungen, Mutmaßungen und Befürchtungen ist, obwohl man sich doch längst auf die Hospitalisierungsrate als neue Zauberzahl geeinigt hatte ...

Laut DIVI-Register sind am 7.7.2022 bundesweit 1.044 Corona-Fälle auf Intensiv in Behandlung, davon 328 beatmet. Es stehen derzeit bundesweit 23.823 Intensivbetten zur Verfügung, die, genauso wie in den letzten Monaten - ob Corona-Welle oder nicht - immer zu gut 80 Prozent belegt sind, schon allein aus wirtschaftlichen Gründen.

Für Eventualitäten gibt es derzeit eine Reserve von 8.545 Notfallbetten.

Laut DKG-Bericht (Deutsche Krankenhausgesellschaft) waren am 6.7.2022 bundesweit 12.095 positiv auf COVID getestete Patienten in Normalbetten hospitalisiert und 1.045 Covidpatienten auf Intensivstation. Die Gesamtzahl der hospitalisierten COVID-Patienten entspricht also etwa 6,3 Promille der Gesamtbevölkerung. Soweit die Fakten. Mit welchem mathematischen Kunstgriff hier eine Hospitalisierungs-Quote von 5 bis 5,7 Prozent errechnet wird und mit welcher Bezugsgröße, kann mir vielleicht bei Gelegenheit ein Fachmann erklären ... man ist ja lernwillig.

Wie auch immer. Auf welcher Basis will denn nun unser Gesundheitsminister, unsere Politik und wollen unsere gewählten Volksvertreter die Fortschreibung bzw. Novellierung des Infektionsschutzgesetzes stellen, wenn die bisherigen Maßnahmen nicht evaluiert sind und deren Wirksamkeit wissenschaftlich nicht umfänglich geprüft ist?

Und welche Maßnahmen sollen das dann sein? Schnell gehen soll und muß es nun auch, sagt der Panikminister. Welche internationalen epidemiologischen Studien oder Rechenmodelle verraten denn Herrn Lauterbach all die Neuigkeiten über neue, gefährliche Virusmutanten und mögliche pandemische Entwicklungen, die ihn dazu bringen, uns permanent einen ganz, ganz schlimmen Corona-Herbst/Winter 2022/23 anzudrohen? Und was passiert dann? Na klar, weiter so wie gehabt, weil wir ja laut Frau Göring-Eckardt bereits wissen, was wirkt oder nicht wirkt, gell?

Was soll's: Wer braucht schon Grundrechte, wenn wir im kommenden Winter ohnehin solidarisch für die Ukraine frieren dürfen.<<

**13.07.2022**

**BRD:** Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Juli 2022:

**>>Wortbruch: Verzicht auf NATO-Osterweiterung**

Der Krieg in der Ukraine ist Resultat einer langen Reihe von Versprechen, die die NATO gegenüber Rußland gebrochen hat. Vor allem der Zusage, auf eine Osterweiterung zu verzichten. Mainstream-Medien bemühen sich um deren Relativierung oder gar Beschweigung. Dabei gab es diese Zusage nachweislich auf mehreren Ebenen. ...

Am 31. Januar 1990 erklärte der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher in einem Vortrag in der Akademie Tutzing:

"Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. Der Westen muß auch der Einsicht Rechnung tragen, daß der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungsprozeß nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen dürfen."

Dieser Rede, so der Jurist Frank Elbe, sei eine äußerst diplomatische Ära gefolgt:

"Genscher sprach wenige Tage danach mit Baker in Washington über diese Rede. Daraufhin hat sich dann (US-Außenminister James) Baker bereit erklärt, für dieses Konzept - Deutschland in der NATO, aber keine weitere Ausdehnung nach Osten - einzutreten. Damit ist Baker nach Moskau gefahren. Vorher hatte er sich noch mit dem französischen Außenminister Dumas und dem britischen Außenminister Hurd abgesprochen."

Am 2. Februar 1990, während der 2+4 Verhandlungen zur deutschen Einheit, verlautbarten der deutsche und der amerikanische Außenminister Genscher und Baker in Washington vor laufenden Kameras:

"Wir waren uns einig, daß nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszuweiten nach Osten. Das gilt übrigens nicht nur in Bezug auf die DDR, die wir nicht einverleiben wollen, sondern das gilt ganz generell."

Frank Elbe bestätigte, am 2. Februar 1990 hätten James Baker und Genscher in seinem Beisein in Bakers Arbeitszimmer ihr beiderseitiges Verständnis zum Ausdruck gebracht, daß es keine Ausdehnung der NATO jenseits der Elbe geben sollte.

Eine gleichbedeutende Aussage machten Genscher und Douglas Hurd bei einem Treffen am 6. Februar 1990. In den britischen Aufzeichnungen wurden Genschers Äußerungen festgehalten: "Die Russen müssen die Gewißheit haben, daß, wenn beispielsweise die polnische Regierung an einem Tag aus dem Warschauer Pakt austritt, sie am nächsten Tag nicht der NATO beitreten wird."

Der Interpretation, daß es sich nur um eine persönliche Erklärung gehandelt habe, widerspricht Elbe, der dies als Zusage für eine Erklärung der NATO verstand: Am 8./9. und 10. Februar 1990 hätten James Baker, Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher bei ihren Moskauer Gesprächen mit Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse das Versprechen gegeben, die NATO nicht nach Osten zu erweitern.

Entsprechend hätten sich damals auch andere Regierungsmitglieder und Diplomaten der USA, der Bundesrepublik Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens sowie der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner geäußert, gegenüber der Regierung in Moskau wie gegenüber Regierungen ost-/mitteleuropäischer Staaten wie Polen und der CSSR als auch öffentlich.

**Zusage auf höchster Ebene**

Frank Elbe bezieht sich auf ein offizielles Dokument, den Brief von US-Außenminister Baker, der am 7./8. Februar zu Gesprächen mit Gorbatschow in Moskau war, an Helmut Kohl, der einen Tag später, am 9. Februar nach Moskau reiste.

Baker schreibt Kohl, er habe Gorbatschow erklärt, daß die NATO sich keinen Zoll weiter nach Osten bewegen werde. Darauf hätte Gorbatschow relativ erstaunt reagiert, schreibt Baker, aber dann selbst auch wiederholt, daß dies natürlich niemals passieren dürfte, daß sich die NATO weiter nach Osten ausdehnt. Dieser Brief sei Kohl vor seiner Reise nach Moskau übergeben worden.

Der US-Politikwissenschaftlers Joshua Shiffrin fand im britischen Nationalarchiv die Aktennotiz über ein Gespräch hochrangiger Vertreter des deutschen, des britischen, des französischen und des US-Außenministeriums in Bonn am 6. März 1991. Darin heißt es wörtlich:

"(Staatssekretär und Diplomat Jürgen) Chrobog said we needed new ideas on how to provide for the Security of Central and East European Countries. We had made it clear during the 2+4 negotiations that we would not extend NATO beyond the Elbe (sic). We could not therefore offer membership of Nato to Poland and the others."

(Staatssekretär und Diplomat Jürgen) Chrobog sagte, wir brauchen neue Ideen, wie wir die Sicherheit der mittel- und osteuropäischen Staaten gewährleisten. Wir haben in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen deutlich gemacht, daß wir die NATO nicht über die Elbe hinaus ausdehnen wollen. Wir können deshalb nicht die Nato-Mitgliedschaft Polen und den anderen anbieten.)

Er meinte wahrscheinlich Oder statt Elbe. Von mehreren Seiten, auch auf höchster Ebene, gab es also diese Zusage an Rußland, keine NATO-Osterweiterung zuzulassen, sie war die Grundlage für den Abschluß des Zwei-Plus-Vier-Vertrages von 1991.

Es ist falsch, wenn Horst Teltschik, ein enger Berater Kohls, 2017 behauptete, es habe von Deutschland nie ein Versprechen über die Nato-Erweiterung gegeben, denn die Rede Genschers über dieses tatsächlich gegebene Versprechen ist noch als Video abrufbar. Diese Zusage war maßgeblich für das Zustandekommen des zwei-Plus-Vier-Vertrages von 1991, wurde aber nicht vertraglich und völkerrechtsverbindlich fixiert, da es beim Vertrag um die Zukunft Deutschlands ging.

Die Warschauer Pakt-Staaten existierten ja noch und keiner konnte sich damals eine Auflösung dieses Pakts vorstellen, obwohl die Weichen dafür gestellt wurden. Rußland hat sein Versprechen eingehalten und sich militärisch komplett aus der Ex-DDR zurückgezogen. Von daher ist es schon verständlich, daß Rußland dieses Versprechen des Westens anmahnt und es als Betrug ansieht, daß es nur sehr kurzfristig eingehalten wurde, weil sich die NATO dann in rasantem Tempo nach Osten ausdehnte.

### **Aufrüstung der Ukraine mit US-Geldern**

Innerhalb weniger Jahre traten ab 1999 alle weiteren Warschauer Pakt Staaten: Albanien, Bulgarien, Tschechoslowakei (heute Tschechien und Slowakei) Ungarn, Polen, Rumänien sowie die ehemaligen Sowjet-Republiken Estland, Lettland, Litauen der NATO sukzessive bei. Mit der Spaltung der Ukraine 2014 in einen pro-europäischen Westen und einen pro-russischen Osten wurde eine rote Linie überschritten, zumal unter Selenskyj sofort ein Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt wurde und auch die Waffenlieferungen der USA immer mehr zunahmen.

Nach eigenem Bekunden haben die USA inzwischen für 6 Milliarden Dollar Waffen an die Ukraine geliefert, davon schätzungsweise die knappe Hälfte schon vor dem Einmarsch der Russen. Für eine weitere Milliarde Dollar sollen nun nochmals US-Waffen geliefert werden. Rußland soll in die Knie gezwungen werden, zumal die USA an die wertvollen Bodenschätze in der Ukraine wollen:

Seltene Erden wie Lithium für Handys, Laptops und PCs. Dafür ist ihnen kein Preis zu hoch, weil sie dadurch im wirtschaftlichen Wettbewerb mit China gestärkt werden, die große eigene Lagerstätten haben und die Weltmarktpreise bestimmen können. Es gießt weiteres Öl ins Feuer, wenn die USA die Wirksamkeit ihrer Waffen im Ukrainekrieg loben. Die acht bisher gelie-



ferten Mehrfach-Raketenwerfer HIMARS (High Mobility Artillery Rocket System) sollen erhebliche Zerstörungen in russischen Munitionsdepots angerichtet haben, daher wollen sie vier weitere liefern.

Die abgefeuerten Präzisionsraketen M30/M32 haben eine Reichweite von 80 km, bei Wechsel der Munition bis zu 300 km. Die Eskalation ist also vorbereitet. ...<<

**14.07.2022**

**BRD:** Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Juli 2022:

**>>Great Reset: Putin und das letzte Gefecht**

Von *Jürgen Elsässer*

Der Kampf der Völker ist fürs Erste verloren, doch er kann im zweiten Schritt noch gewonnen werden, wenn die Menschheit den Transhumanismus besiegt. Und mit der russischen Offensive werden die Karten noch einmal neu gemischt. ...

Wir haben in COMPACT seit der Gründung immer die brennenden Fragen der Zeit aufgegriffen. Unser Metathema ist seit Beginn die nationale Souveränität Deutschlands, was sich bis 2014 hauptsächlich in Berichterstattung über militärische und finanzielle Angriffe der Globalisten niederschlug.

Nach der Grenzöffnung 2015 sahen wir die Islamisierung und die ungebremste Zuwanderung als Hauptgefahr, was innerhalb weniger Jahrzehnte zu einem Volksaustausch führen würde. Damit wäre nicht nur die Souveränität unseres Staates ausgelöscht, sondern auch seine ethnische Substanz - Deutschland wäre nur noch ein geographischer Begriff, dessen sich andere Völkerschaften bemächtigen, etwa in Form eines Kalifats oder einer afrikanischen Vorzivilisation.

### **Eine historische Zäsur**

Mit der Corona-Inszenierung ist für COMPACT eine neue Epoche angebrochen - weil für die gesamte Menschheit eine neue Epoche angebrochen ist. Es ist genau so, wie es Klaus Schwab, als Chef des Weltwirtschaftsforums einer der Drahtzieher der Corona-Diktatur, ganz offen 2020 einräumte:

"Die Coronavirus-Pandemie stellt einen grundlegenden Wendepunkt auf unserem globalen Kurs dar. Einige Analysten sprechen von einem Scheideweg, andere von einer tiefen Krise biblischen Ausmaßes, das Ergebnis ist jedoch gleich: Die Welt, wie wir sie in den ersten Monaten des Jahres 2020 kannten, gibt es nicht mehr, sie hat sich ... aufgelöst. Es kommen derart radikale Veränderungen auf uns zu, daß manche Experten bereits von der Zeit "vor Corona" (BC) und "nach Corona" (AC) sprechen."

Der Titel von Schwabs Buch, aus dem diese Sätze stammen, lautet *The Great Reset*. Und die Kürzel BC und AC werden im Englischen für "Before Christ" und "After Christ" verwendet, stehen also für die bis dato wichtigste Einteilung der Menschheitsgeschichte. Schwab und Co. planen offensichtlich mit dem Great Reset eine Zäsur, die mindestens ebenso einschneidend ist.

Mit der Corona-Inszenierung ist eine neue Epoche angebrochen.

Hat also der Patriotismus, den COMPACT und ich in den letzten zehn Jahren verteidigt haben, im letzten Gefecht keine Bedeutung mehr? Geht es nicht mehr um die Verteidigung von Volk und Vaterland, sondern nur noch um die Verteidigung der Gattung Homo sapiens? Vermutlich sind es solche Überlegungen, die manchen Rechten davon abhalten, sich in den Protest gegen die Impfpflicht und den Great Reset einzureihen. ...

Und doch: Begreift man den transhumanistischen Angriff allumfassend, wird schnell klar, daß die Rechte ein notwendiges Element ist, ohne das der Kampf nicht gewonnen werden kann. Die Kritik der Einschränkung von Freiheitsrechten und die Kritik am Raubtierkapitalismus der Herren Schwab, Musk, Bezos, Zuckerberg, Gates und Soros mag zwar zunächst als genuines Feld der Linken erscheinen.

Aber schon die Tatsache, daß sie in ihrer erdrückenden Mehrheit dieses Terrain preisgegeben haben und den Great Reset unterstützen, zeigt, daß ihr ursprünglicher antiautoritärer und anti-kapitalistischer Impuls nach 1968 überlagert wurde und heute ausgelöscht ist. Körper und Hirn über mRNA-Einspritzung oder Chip-Implantat entsprechend anzupassen. ...

Hat der Patriotismus im letzten Gefecht keine Bedeutung mehr?

Dagegen ist festzuhalten: Die Schöpfung ist wunderbar in ihrer Vielgestaltigkeit und darf deshalb nicht angetastet werden. Dieser identitäre Ansatz findet sich bei den Linken höchstens noch in Spurenelementen, dafür aber zumindest bei einem relevanten Teil der Rechten und Konservativen, vor allem aber bei den Frommen. Der Schöpfungsgedanke ist das wirksamste Antidot gegen den Transhumanismus.

Seit alten Zeiten haben sich unterschiedliche Typen des Homo sapiens herausgebildet; alle sind gleichwertig in ihrer Schönheit, obwohl sie ontologisch nicht gleich sind. Es gibt keine höherwertigen und minderwertigen Rassen; es gibt aber immerhin unterschiedliche Rassen. Mit Völkern und Geschlechtern verhält es sich ebenso. Wer den Angriff auf die Gattung ablehnt, weil dieser der Schöpfung widerspricht, wird deshalb über kurz oder lang darüber nachdenken, ob er nicht ebenso den Angriff auf die Völker, also den Multikulturalismus, und auf die Geschlechter, also den Genderismus, ablehnen müßte.

Im letzten Gefecht wird deswegen nicht nur dieses entschieden, sondern auch die früheren Fronten werden von Neuem eröffnet: Der Transhumanismus kann nur von Menschen zurückgeschlagen werden, die sich ihrer Identität als Menschen bewußt sind. Sie werden sich dann aber auch ihrer Identität als Mann oder Frau, als Deutscher oder Chinese, als Weißer oder Schwarzer wieder bewußt werden. ...

### **Putin: Das Aß im Ärmel**

Aber sind die militärischen Zwangsmittel des Regimes nicht übermächtig? Können wir, die Gewaltfreien, unter seiner eisernen Ferse nicht nach Belieben zerquetscht werden? ...

Meine vorläufige Meinung: Putin ist das Aß im Ärmel Gottes, um die Pläne von Klaus Schwab und Co. zu durchkreuzen. Zum Ersten hat seine Offensive die Globalisierung gestoppt, der weltweite Warenverkehr stockt. Zum Zweiten hat dieser stoffliche Prozeß Auswirkungen auf die Ideologie: Anstelle der Neuen Weltordnung, die seit 1990 propagiert wurde, tritt ein neuer West-Ost-Konflikt; das woke One-World-Geschmuse wird ersetzt durch knallharten Atlantizismus, in einigen Fällen - wie der Ukraine und Großbritannien - sogar durch positiven Bezug auf Nation und Vaterland. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Juli 2022: >>**Katastrophen-Inflation in Deutschland, EU und den USA**

Von *Sven Reuth*

Eine schlechte Nachricht gerade für die einkommensschwächeren Bürger: Sowohl in den USA wie auch in Deutschland wie auch in der EU bleibt die Inflation weiter extrem hoch. Die Kriegstreiber stürzen Deutschland in den Abgrund. ...

Es sind schockierende Zahlen, die in diesen Tagen von der Preisfront kommen. Gerade heute hat die EU-Kommission eine Erhöhung ihrer Inflationsprognose bekanntgegeben. Rechnete die Kommission bei ihrer Frühjahrsprognose im Mai noch mit einer Inflationsrate von 6,1 Prozent, so hat sie diesen Wert nun auf 7,6 Prozent im Euroraum und sogar auf 7,9 Prozent für Deutschland hochgesetzt. Gleichzeitig korrigierte die Brüsseler Behörde ihre Wachstumsprognose für die Euro-Zone von 2,7 auf 2,6 Prozent herunter.

### **Verdreifachung der Gaspreise**

Wie gestern schon das Statistische Bundesamt mitgeteilt hatte, lag die Inflation in Deutschland im Juni 2022 noch bei 7,6 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat, in dem noch 7,9 Prozent verzeichnet worden waren, ist das zwar ein leichter Rückgang, aber für den kommenden Herbst sind die Aussichten alles andere als rosig. Dann ist wegen der insbesondere in

Deutschland besonders stark steigenden Energiepreise mit neuen Rekorden bei der Inflation zu rechnen. Klaus Müller, der Präsident der Bundesnetzagentur, hat bereits vor einer Verdreifachung der Gaspreise gewarnt.

Es sei "absolut realistisch", daß Kunden, die derzeit 1500 Euro im Jahr für Gas bezahlen, künftig mit 4.500 Euro und mehr zur Kasse gebeten werden, sagte Müller weiter. Den Deutschen steht somit ein dramatischer Winter bevor, viele Haushalte dürften durch diese Preisentwicklung in die Insolvenz getrieben werden.

### **"Wohlstand ist weg"**

Auch aus den USA wurden gestern erneut Rekordwerte bei der Inflation gemeldet. Nach Angaben der US-Arbeitsstatistikbehörde BLS stieg die US-Inflationsrate im Juni 2022 auf 9,1 Prozent und damit auf den höchsten Stand seit mehr als 40 Jahren. In den USA gibt es aber wenigstens mit Blick auf die zukünftige Entwicklung Hoffnung, denn hier sinken mittlerweile nicht nur die Öl-, sondern auch schon die Gaspreise.

In Deutschland hingegen sind die Aussichten - man kann es nicht anders formulieren - fürchterlich. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger rechnet deshalb schon mit dem Schlimmsten. Gegenüber der Süddeutschen Zeitung äußerte er:

"Wir stehen vor der größten Krise, die das Land je hatte. Es sieht so aus, als ob Rußland das Gas stark verknappt oder auf Dauer gar nichts mehr liefert. Wir müssen uns ehrlich machen und sagen: Wir werden den Wohlstand, den wir jahrelang hatten, erst mal verlieren."

### **Energiewende für eine Kugel Eis?**

Man wird die Frage stellen müssen, wer für diese Katastrophe verantwortlich ist. Es sind ganz sicher diejenigen Politiker in allen etablierten Parteien, die sich von der Irrsinnsideologie der Grünen sowie der Kinderkreuzzügler von Fridays for Future treiben ließen, nach denen Deutschland mit einem Fingerschnippen und zu minimalen Kosten auf Erneuerbare Energien umsteigen kann.

So behauptete der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) noch im Jahr 2004, die durchschnittlichen Kosten der Energiewende würden pro Haushalt und Monat nur einen Euro betragen und damit so hoch sein wie eine Kugel Eis. Eigentlich unfassbar, daß die Grünen trotz derartig erschütternder Fehlleistungen ihres Spitzenpersonals bei den Wählern immer noch so gut dastehen.

Mit den Rußland-Sanktionen schädigt sich Deutschland selbst mehr als das rohstoffreiche Riesenland im Osten. Es droht die größte Wirtschaftskrise seit 1945 - Verelendung, wie sie die meisten von uns zu Lebzeiten nicht kannten.

### **Blackout - was der Staat plant**

Die Bundesregierung hat die Folgen eines Gas-Engpasses in einer Übung durchspielen lassen - mit schockierendem Ergebnis. Ein Übergreifen der Krise auf die Stromversorgung wurde vorsichtshalber ausgeblendet - dann käme alles noch schlimmer.

### **Die Hungermacher**

Nicht nur Gas, sondern auch Nickel, Dünger und Weizen: Die Welt ist in vielen Bereichen auf Rußland angewiesen. Jetzt droht eine globale Hungersnot, die einen erneuten Asyl-Tsunami auslösen könnte.

### **Die Not an der Küste**

Verzweiflung in Mecklenburg-Vorpommern: Nord Stream 2 ist beerdigt, Fischerei und Landwirtschaft ächzen unter den hohen Energiepreisen. Für Politik und Medien ist Rußland der Schuldige. Doch unter den Betroffenen sieht man das anders.

### **Jetzt helfe ich mir selbst**

Wenn es hart auf hart kommt, ist man auf sich gestellt. Nur gut, daß es Experten gibt, die einem zeigen können, wie man sicher durch die Krise kommt. ...<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 14 Juli 2022 (x1.153): >>>Gift aus der Spritze

Alles, was Kritiker der Corona-Impfstoffe vorhergesehen haben, ist eingetreten - und noch viel mehr.

Von *Felix Feistel*

Kritiker haben es schon von Anfang an gesagt, und mittlerweile zeigt es sich auch in allen Daten sowie den Meldungen vieler Medien: Die Impfung hat keinen Erfolg bei der Bekämpfung einer Pandemie, die es ohnehin nicht gegeben hat. Statt dessen richtet sie verheerende Schäden an und tötet Menschen. Das Ausmaß und die Langzeitschäden sind kaum zu überblicken, jedoch bereits jetzt so dramatisch, daß einige Wissenschaftler und Journalisten von einem Genozid sprechen. Trotzdem wird am Impfprogramm festgehalten und ein neuer Anlauf zur Einführung einer Impfpflicht genommen.

Daß die Impfung keinerlei Nutzen bringt, um eine Coronainfektion zu verhindern, mußte nicht nur der "mehrfachst" geimpfte Herbert Grönemeyer unlängst feststellen. Eigentlich ist dies schon seit mehr als einem Jahr bekannt und wird ebenso lang durch offizielle Daten belegt, mittlerweile sogar von BioNTech im Geschäftsbericht eingeräumt.

Anstatt eine Infektion mit Corona zu verhindern, oder zumindest schwere Verläufe zu verhindern, tritt das Gegenteil ein: Es sind gerade Geimpfte, die zunehmend erkranken und sterben. So steigen im hoch geimpften Israel die Infektionszahlen wieder an, wobei auch die Zahl der schwerwiegenden Fälle dramatisch zunimmt, so daß nun schon eine fünfte Dosis der Genspritze erwogen wird.

Dasselbe ist auch an offiziellen Daten in Deutschland erkennbar, aus denen sich ergibt, daß die "Impfung" zu einer erhöhten Sterblichkeit führt, und auch in den USA führen die Genspritzen zu einem Anstieg der Todesfälle. ...

So vermeldet das hoch durchgeimpfte Portugal einen Anstieg der Übersterblichkeit um durchschnittlich 25 Prozent, mit Spitzen von bis zu 42 Prozent, was aber nicht auf SARS-CoV-2 zurückzuführen ist. Auch in Südkorea, wo 90 Prozent der älteren Menschen "geimpft" sind, steigt die Übersterblichkeit sprunghaft an.

Nicht anders sieht es im hochgeimpften Neuseeland aus, wo die Anzahl der Geimpften, die an Corona erkranken, kontinuierlich steigt, wohingegen die Zahl der Ungeimpften im Krankenhaus sinkt. Am Beispiel dieses Landes zeigt sich, daß gerade der Booster zu einer Übersterblichkeit führt.

Und auch in Großbritannien wird immer deutlicher, daß mit jeder Impfung das Risiko, an Covid-19 zu erkranken und zu sterben, steigt, anstatt zu sinken. Zahlen aus Israel legen nahe, daß das Risiko der Gespritzten, an Covid zu erkranken, 3 bis 5 mal so hoch ist wie bei nicht Gespritzten. In deutschen Kliniken macht sich das an einem Personalmangel bemerkbar. Denn das geimpfte Personal fällt reihenweise aus, während gleichzeitig das Patientenaufkommen steigt.

Damit entpuppt die "Impfung" genannte Genspritze sich als vollkommen wirkungslos.

Sogar das RKI räumt ein, daß schon über 2 Millionen sogenannte "Impfdurchbrüche" registriert wurden. Jede mRNA-Spritze steigert sogar das Risiko für einen Krankenhausaufenthalt, wie eine neue Studie nahelegt. Nach dem neuen Wochenbericht des RKI sind 82 Prozent der an oder mit Corona auf den Intensivstationen liegenden Patienten mindestens zwei Mal "geimpft", 69,5 Prozent sogar dreimal "geimpft". Von einem Nutzen der Spritze kann hier also keine Rede sein.

Sieht man sich die Daten an, stellt man wenig überraschend fest, daß hohe Booster-Quoten zu hohen Inzidenzen führen. Deutlich wird das zum Beispiel anhand Deutschlands. Hier sind die Inzidenzen im weniger geimpften Ostdeutschland niedriger als im hoch geimpften Westdeutschland. Da man von einem Virus nicht annehmen kann, daß es die alte, inner-

deutsche Grenze kennt und noch heute die Überquerung fürchtet, kann der Grund eigentlich nur in den Genspritzen zu finden sein.

Es gibt erwiesenermaßen keinen Nutzen der Spritze im Hinblick auf Vireneindämmung oder einen irgendwie gearteten Schutz, nicht einmal, wie Gesundheitsminister Karl Lauterbach immer wieder als letzte Bastion der Impferzählung verlautbaren läßt, vor "Long Covid". Im Gegenteil, die Genspritzen richten unvorstellbare Schäden an und erhöhen das Risiko für Erkrankung, Krankenhausaufenthalt und den Tod.

Das untermauern auch Daten aus Kanada, nach denen fast 9 von 10 Todesfällen unter Genspritzten auftreten und 4 von 5 bei dreifach Genspritzten. Daten des Englischen Statistikamtes zeigen, daß zwischen Januar 2021 und März 2022 530.000 Geimpfte gestorben sind. Der Telegraph mußte unlängst ganz verwundert von einer Übersterblichkeit berichten, die nicht auf Corona zurückzuführen ist. Auch in Italien häufen sich die plötzlichen Todesfälle. Bis zu 100 davon sind binnen zwei Wochen zu verzeichnen, betroffen sind Frauen und Männer aller Altersgruppen, auch Kinder. Die Genspritze senkt nachweislich die Überlebenschancen bei schweren Erkrankungen.

### **Vielzahl von Schäden**

Doch nicht nur eine Erkrankung an Covid ist eine der häufigsten Folgeerscheinungen der Spritze. Es gibt eine Vielzahl anderer Erkrankungen, die dazu führen, daß vermehrt Menschen "plötzlich und unerwartet" versterben. Sehr deutlich zeigt sich das bei Profisportlern, die mit Herz-Kreislauf-Problemen zu kämpfen haben wie noch nie zuvor.

Die Sterberate unter Sportlern liegt seit Einführung der "Impfung" um 1.700 Prozent über den Erwartungen unter Normalbedingungen.

Seit die Coronaspritzen verteilt werden, ist es zu einer deutlichen Übersterblichkeit gerade in der mittleren Altersgruppe gekommen, die vorher, im angeblichen Pandemiejahr 2020, nicht auszumachen war, nun aber je nach Berechnung mit 20.000 bis 60.000 Toten angegeben wird. Dies ist gerade in Ländern zu beobachten, die sehr auf die "Impfung" gesetzt haben.

Der Trend der Impfschäden setzt sich nach wie vor ungebremst fort, und das, obwohl die Impfquote schon seit Monaten stagniert. 4,03 Millionen Meldungen von Nebenwirkungen und 23.338 Tote sind in der Datenbank der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu verzeichnen, und das bei einer Dunkelziffer, die irgendwo zwischen 60 und 99 Prozent rangiert.

Daß die WHO-Daten kein vollständiges Bild abgeben können, zeigt der Vergleich mit der Datenbank der Europäischen Arzneimittelagentur EMA, die allein für die EU bereits mindestens 25.000 Todesfälle meldet sowie knapp 2 Millionen Verdachtsfälle auf Nebenwirkungen, davon mindestens 1,3 Millionen "schwerwiegende" oder "ernste" Nebenwirkungen. Gemeldet wurden auch 151.037 Hospitalisierungen, 73.604 Behinderungen und 34.900 lebensbedrohliche Komplikationen. Möchte man sich das bildlich vor Augen führen, dann entspricht die Zahl der gemeldeten Nebenwirkungen ungefähr der Einwohnerzahl Hamburgs. Gemeldet wird allerdings nur die Minderheit der Fälle.

Ein ähnliches Bild bietet die US-amerikanische Datenbank VAERS. Hier ist von 29.000 Toten die Rede, 162.000 Krankenhausaufenthalten, beinahe 200.000 Arztbesuchen und beinahe 54.000 permanenten Behinderungen als direkte Folge der Spritze, die fälschlicherweise "Impfung" genannt wird. Zu berücksichtigen dabei ist, daß es sich bei VAERS um ein freiwilliges Meldesystem handelt, das schätzungsweise nur ein Prozent der Nebenwirkungen überhaupt erfaßt.

Trotzdem sind insgesamt mehr als 1,3 Millionen Schäden durch die "Impfung" gemeldet worden. Kaum überrascht es da, daß einer der größten Versicherungskonzerne der USA, Lincoln National, von um 163 Prozent gestiegenen Ausgaben berichtet. Die Ausgaben für Lebensversicherungen aus Gruppenlebensversicherungen stiegen von 500 Millionen Dollar im Jahr 2019 auf 1,4 Milliarden in 2022 in der Altersgruppe der 18- bis 64-Jährigen. Der Anstieg

im "Pandemiejahr" 2020 fällt dabei prozentual kaum ins Gewicht. Erst mit Beginn der Vergabe der Genspritze schießen sie in die Höhe.

Die Entlastung der Krankenhäuser, die als Ziel der Maßnahmen- und Impfgenda ausgegeben wurde, konnte demnach überhaupt nicht erreicht werden, ganz im Gegenteil. Gerade die Länder, die auf Zero-Covid und totalen Impfwang gesetzt haben, sind nun mit einer humanitären Katastrophe konfrontiert. Beispielhaft dafür stehen Neuseeland und Australien. Hier laufen die Krankenhäuser über, so daß die Pflegekräfte nicht mehr wissen, wo sie die Patienten noch unterbringen sollen. Auch gehen so viele Notrufe ein, daß nicht mehr ausreichend Krankenwagen bereitstehen.

Auch in Deutschland verschärft die Genspritze den Pflegenotstand, das Patientenaufkommen liegt bisweilen zu 45 Prozent über dem Durchschnitt - so berichtet es Hans-Peter Schlaudt, Geschäftsführer der Klinikum Hochrhein GmbH.

Vor allem junge Menschen werden vermehrt mit Herz-Kreislauf-Beschwerden sowie Thrombosen eingeliefert. Von den Medien wird dieses häufige Auftreten noch als "mysteriös" bezeichnet, und sogar ein neuer Name, "Sudden Adult Death Syndrom", kurz SADS, wird erfunden, um den Zusammenhang mit der "Impfung" zu verschleiern. Dazu häufen sich neurologische Erkrankungen und Störungen in vorher ungekannter Menge.

Welche Nebenwirkungen und Erkrankungen die Spritze mit sich bringt, wird immer deutlicher. Es ist eine schier unüberschaubare Vielfalt an Störungen, Krankheiten und Schäden, die durch die Spritze ausgelöst werden. Sie können daher nur beispielhaft aufgeführt werden.

### **Mütter und Kinder**

Naomi Wolf spricht nach der Auswertung eines Teils der 55.000 Seiten Dokumente, die von Pfizer herausgeklagt werden mußten, von einem Genozid. Über 3.000 Mediziner haben die Dokumente ausgewertet und schockierende Entdeckungen gemacht. Ihnen ist zu entnehmen, daß die Angestellten von Pfizer schon im Dezember 2020 wußten, daß die Spritzen nicht wirken und daß eine Covid-Erkrankung eine der häufigsten Folgen ist. Spätestens im Mai 2021 war Pfizer auch klar, daß die Spritzen die Herzen junger Menschen schädigen; nichtsdestotrotz hat die US-amerikanische Food And Drug Administration (FDA) die "Impfung" auch für Kinder und Jugendliche empfohlen.

Schon in den internen Studien gab es 42.000 Nebenwirkungen. 1.200 Menschen sind gestorben, vier davon noch am selben Tag, an dem sie die Genspritze erhielten.

Auch enthält die Spritze PEG, ein Erdölderivat, das so hoch allergen ist, daß es bei vielen Menschen schon in kleinsten Mengen ausreicht, um einen anaphylaktischen Schock auszulösen. PEG-Allergie gilt dennoch nicht als Kontraindikation für die Spritze, und betroffene Patienten wurden auch nicht informiert. Am erschreckendsten ist aber, daß die Reproduktion an sich Opfer dieser "Impfungen" ist. Denn die Nanopartikel, in denen die mRNA transportiert wird, dringen auch bis zum entstehenden Leben in der Gebärmutter vor, wo sie schweren Schaden anrichten.

Doch nicht nur das, die schädlichen Inhaltsstoffe wie Spike-Proteine gelangen auch in die Muttermilch und übertragen sich auf diese Weise beim Stillen auf das Kind. Hier kam es schon in den internen Tests von Pfizer zu Todesfällen durch Entzündungen beim Kind, aber auch zu schwerwiegenden Entwicklungsstörungen. Auch verfärbte sich die Muttermilch in vielen Fällen grünlich oder bläulich, während andere Mütter überhaupt keine Muttermilch mehr produzieren konnten. Große Mengen PEG wurden ebenfalls in der Muttermilch gefunden.

Zudem wandern die durch die "Impfung" massenhaft produzierten Zytokine (Botenstoffe) in die Muttermilch. Sie übertragen sich auf das Kind und lösen dort eine dauerhafte Übererregung des Immunsystems aus, was zu Krankheiten führt und auch das Gehirn schädigen

kann. Damit wird die gesunde Entwicklung des Kindes behindert, bis hin zu einem frühen Tod. Auch gibt es eine Korrelation zwischen einem hohen Zytokinspiegel bei Frauen und Fehlgeburten.

Da ist es schon ein auffälliger Zufall, daß die FDA Abbot, ein großer Hersteller von Babynahrung, die Fabrik geschlossen hat, während gleichzeitig Bill Gates, Mark Zuckerberg und Jeff Bezos - also jene Oligarchen, die uns auch mit dem COVID-Narrativ beglückt und/oder davon profitiert haben - ein Unternehmen namens Biomilq finanzieren, das Muttermilch aus Brustzellen im Labor produzieren soll. So werden Mütter, die ihre Babys nicht mehr stillen können, dazu gezwungen, Produkte von Biomilq zu kaufen. Das rücksichtslose Großkapital schafft sich auf diese Weise mit Gewalt einen Markt, für den zuvor niemals Bedarf bestand.

Die Lipid-Nanopartikel machen die Spritze zudem zusätzlich gefährlich, da sie anaphylaktische Schocks auslösen können, wie der Pathologe Ryan Cole erklärt. Demnach haben 80 Prozent der Bevölkerung bereits Antikörper gegen das in ihnen enthaltene Polyethylenglycol entwickelt. Dies sei der Grund, aus dem die Menschen in den Impfzentren tot umgefallen seien. Doch diese Lipid-Nanopartikel reichern sich in den Eierstöcken an. Hier behindern sie die natürliche Fortpflanzungsfähigkeit, was zu Unfruchtbarkeit oder schweren Mißbildungen bei den Babys sowie Fehlgeburten führen kann.

Wenig überraschend steigt zum Beispiel in Schottland die Säuglingssterblichkeit überproportional, was bedeutet, daß die "Impfung" kleine Kinder tötet. Auch im RamBam Hospital in Haifa, Israel, ist die Zahl der gestorbenen Säuglinge und der spontanen Fehlgeburten im Jahr 2021 um 34 Prozent gestiegen. Die VAERS-Datenbank der USA spricht von über 4.700 Fehlgeburten, die im direkten Zusammenhang mit der Genspritze stehen. Zu beachten ist erneut, daß es sich allein um die gemeldeten Fälle handelt. Die Dunkelziffer ist enorm.

Dem amerikanischen Gynäkologen James Thorp zufolge erhöhen die Spritzen die Anzahl der Mißbildungen bei Babys gar um das 100fache. Doch auch das kommt für ehemalige Pfizer-Mitarbeiter wenig überraschend.

Denn die Dokumente von Pfizer selbst zeigen, daß in den Studien 97 Prozent der Schwangeren ihre Babys durch die "Impfung" verloren haben. Alles in allem kann man den Dokumenten entnehmen, daß Pfizer eine Massenentvölkerung als Folge der Genspritze durchaus nicht ausschließen konnte. Das ist der Grund, weshalb Naomi Wolf von einem Völkermord spricht.

Die "Impfung" gefährdet nicht nur die Fruchtbarkeit von Müttern, sondern auch die Gesundheit von Kindern, die in der Gebärmutter und später über die Muttermilch geschädigt oder gar getötet werden können. Damit gefährdet die Spritze eindeutig die Reproduktionsfähigkeit der Menschheit im Allgemeinen, während sie gleichzeitig Menschen individuell schwer schädigt, unfruchtbar macht oder tötet.

Auch den Daten des Statistischen Bundesamtes über Lebendgeburten ist in den Jahren 2021/2022 ein Einbruch zu entnehmen. Sind im Januar der Jahre 2015 bis 2021 jeweils gut 60.000 Lebendgeburten zu verzeichnen, so ist diese Zahl für den Januar 2022 auf knapp 53.000 gesunken. Und auch wenn dies auf verschiedene Faktoren zurückführbar sein könnte, sollte es doch ein deutliches Warnsignal sein, das nähere Untersuchung erfordern würde, vor allem dann, wenn das größte medizinische Experiment der Geschichte großflächig durchgeführt wird. Auch Ungarns Geburtenrate ist um 20 Prozent eingebrochen – neun Monate nach Beginn der Impfkampagne.

Auch in Schweden ist die Geburtenrate landesweit ziemlich genau 9 Monate nach Beginn der Impfkampagne eingebrochen. Das Land widerlegt damit den Einwand der Propagandapresse, daß der Geburtenrückgang in Deutschland auf den Lockdown zurückzuführen sei, der zu einer

Vorverlagerung der Geburten in das Jahr 2021 geführt habe. Denn einen Lockdown hat es in Schweden nicht gegeben.

Ähnliche Tendenzen sind in Österreich, der Schweiz und sogar weltweit zu beobachten. In Island hat sie die Zahl der Totgeburten im Jahr 2021 fast verdoppelt. Auch das amerikanische Militär meldet für das Jahr 2021 einen Anstieg der Totgeburten unter Soldatinnen um satte 300 Prozent. Beide Länder begannen ihre "Impfkampagnen" bereits im Dezember 2020.

Zu der Gefährdung der weiblichen Fortpflanzungsfähigkeit gesellt sich noch eine ähnliche Auswirkung auf die männliche Fruchtbarkeit, wie eine Studie aus Israel, man möchte sagen wiederholt und zu allem Überfluß, festgestellt hat.

Wer sich fragt, wie all das möglich ist, der sollte sich vergegenwärtigen, daß es sich bei den "Impfstoffen" noch immer um experimentelle Stoffe handelt, die Substanzen enthalten, die explizit nicht zur Verwendung am Menschen geeignet sind. Solche Stoffe Schwangeren, stillenden Müttern oder kleinen Kindern in so ungezügelter Ausmaß zu verabreichen, ist eigentlich unverantwortlich und historisch wohl ein einmaliger Vorgang. Zudem sei hinzugefügt, daß selbst an Contergan länger geforscht wurde als an diesen Genspritzen. Nicht einmal der interne Bericht bei Pfizer, der viele Nebenwirkungen vorwegnahm, war dem Unternehmen Warnung genug, dieses Experiment einzustellen.

### **Schwerwiegende Krankheiten**

Es gibt aber auch eine ganze Reihe - normalerweise eher seltene - Erkrankungen wie die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit, die infolge der Genspritze auftreten können. Diese Krankheit ist vor allem aus dem Kontext des BSE-Skandals bekannt. Ursache sind falsch gefaltete Eiweiße, sogenannte Prione, die sich im Gehirn anlagern und zu einem Absterben von Hirngewebe führen. Diese Prione wurden auch auf dem Spike-Protein des Coronavirus gefunden, welches daher als Auslöser der Krankheit wahrscheinlich ist.

Interessant ist, daß diese Prionen-Region bei der Omikron-Variante nicht mehr vorhanden ist und daher keine Gefahr von ihr ausgeht. Auch bei den vorhergehenden Varianten war eine natürliche Infektion kaum mit einem Risiko verbunden, da die Spike-Proteine nur in besonders schweren Fällen überhaupt in die Blutbahn geraten und sich im Körper ausbreiten.

Anders ist es bei den "Impfungen", bei denen diese Proteine billionenfach im Körper produziert werden und sich verbreiten.

So steigt auch das Risiko für Creutzfeldt-Jakob. Dauert es normalerweise Jahre von der Infektion bis zu den ersten Symptomen, so geht das bei der "Impfung" viel schneller. Im Durchschnitt dauert es weniger als 12 Tage vom Zeitpunkt der "Impfung" bis zu ersten Symptomen, und auch der Tod tritt bereits kurz danach ein. Diese Geschwindigkeit läßt wenig Zweifel daran, daß die Spritze der Auslöser der Krankheit ist.

So, wie die Nanopartikel in die Gebärmutter eindringen können, durchdringen sie auch die Blut-Hirn-Schranke, was die Entstehung von Creutzfeldt-Jakob erklärt, ebenso wie anhaltende neurologische Schäden. Die Rede ist hier von Lähmungen, Hirnschlägen, Nervenschmerzen und vielen anderen Symptomen, gegen welche die vereinte Ärzteschaft machtlos zu sein scheint, wenn sie nicht gerade ihre Zeit damit verschwendet, die solchermaßen geschädigten Patienten zu diffamieren.

Diese Erkrankungen sind sehr ernst zu nehmen und schränken die von ihnen Betroffenen lange Zeit, wenn nicht gar lebenslang, schwer ein. Sie können auch zu dauerhaften Behinderungen und einem frühen Tod führen. Die Zerstörung von Neuronen im Gehirn kann somit ebenfalls eine Folge der Genspritzen sein. Solche Schäden kennt man von degenerativen Krankheiten wie Alzheimer.

Zudem schädigt die Spritze das angeborene, natürliche Immunsystem und führt zu einem Immunschwächesyndrom, das eine erschreckende Ähnlichkeit mit AIDS aufweist und daher als VAIDS, also Vakzin-induziertes Immunschwächesyndrom, bezeichnet wird. Daß dieses



Syndrom existiert und kein Mythos ist, wie manche der etablierten Medien noch immer zu erzählen versuchen, wurde unlängst von einer durch die Anwaltskanzlei Rogert und Ullbrich initiierten Blutuntersuchung Betroffener untermauert.

VAIDS hat zur Folge, daß bei einer Infektion zwar die Symptome nach einiger Zeit wieder verschwinden, die Viren jedoch weiterhin im Körper bleiben und dort schwere Schäden anrichten, was zu einer chronischen Krankheit, bei Corona eben zu "Long COVID", führt. Ebenso werden alle anderen Krankheiten, die mit der "Impfung" in Verbindung stehen, dadurch begünstigt.

So ist die Anzahl der AIDS-bedingten Erkrankungen nach Daten der amerikanischen Meldebank VAERS im Jahr 2021 um zwischen 1.145 und 33.715 Prozent im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. VAIDS führt zu einer drastischen Reduktion der Lebenserwartung der davon betroffenen Opfer. Auch Autoimmunerkrankungen, bei denen sich das Immunsystem gegen den eigenen Körper richtet, werden immer häufiger.

Daß die mRNA über Monate im Körper bleibt, insbesondere in den Lymphknoten, und nicht nach kurzer Zeit abgebaut wird, wurde schon vor Längerem bewiesen. Ebenso steht fest, daß die mRNA mittels Reverse Transkriptase in die DNA eingebaut wird, was das Spike-Protein zum dauerhaften Gast im menschlichen Körper macht und somit auch die potentielle Weitergabe an Nachkommen einschließt.

Die solchermaßen veränderten Zellen, die sich überall im Körper befinden können, auch in Organen und dem Gehirn, nehmen dann ihre eigentliche Funktion nicht mehr wahr, sondern bilden Spike-Proteine aus. Gehirnzellen, Leberzellen, Herzzellen werden auf diese Weise zu Spike-Fabriken, die den Körper mit diesem Toxin billionenfach überfluten.

Die sogenannte Impfung hat also das Potential, das Immunsystem zu zerstören und sollte daher gestoppt werden. Die Spike Proteine zirkulieren mindestens vier Monate im Organismus, wobei sie schwere Schäden anrichten. Denn es handelt sich dabei nachgewiesenermaßen um ein Toxin, einen giftigen Stoff. Zudem initiiert die Genspritze einen Antibody Dependant Enhancement-Effekt, kurz ADE-Effekt, der zu einer "Impfstoffsucht" führt, weil die Bildung von Antikörpern von der Zugabe der Stoffe abhängig ist.

Einmal gespritzte Menschen müssen also immer wieder gespritzt werden, um Antikörper zu entwickeln, die jedoch nur auf die erste Variante des Coronavirus zugeschnitten sind, was dazu führt, daß der Körper gegenüber anderen Varianten keine neutralisierenden Antikörper bildet und somit die Krankheit sogar noch begünstigt. Zudem wurden komplexe Infektionen bei Patienten beobachtet, die auch nach längerer Zeit und unter Einsatz schwerer Medikamente nicht in den Griff zu bekommen waren.

### **Herz-Kreislauf-Krankheiten**

Eine häufige Nebenwirkung der "Impfung" ist zudem eine Gerinnung des Blutes, die Thrombosen, Herzinfarkte, Schlaganfälle und Lungenembolien, aber durch Mikrothromben auch eine Vielzahl diffuserer Symptome, die mit Schädigungen von Organen und Blutgefäßen einhergehen, auslösen. Das spiegelt sich auch in zunehmenden Berichten über Herzinfarkte bei Piloten wider. Immer mehr Fälle von Herzinfarkten während des Fluges werden publik und lassen Schlimmes ahnen für die Sicherheit des Flugverkehrs.

Das derzeitige Chaos im Flugverkehr besteht damit zum Teil auch aufgrund hoher Infektionsraten unter Geimpften sowie anderer Erkrankungen wie Herzinfarkten unter dem Personal der Fluglinien. Aber natürlich ist auch der Straßen- und Bahnverkehr betroffen, was zu vielen Unfällen führen kann.

Wie gravierend dieses Problem der Blut- und Gefäßerkrankungen ist, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß für dieses Jahr fast alle Thrombolytika, welche die Blutgerinnung hemmen, bereits aufgebraucht sind. So hat der Hersteller Boehringer Ingelheim bereits im April ein Schreiben veröffentlicht, nach dem die dafür benötigten Wirkstoffe Acti-

lyse und Metalyse bis zum Jahresende 2022 kaum noch oder überhaupt nicht mehr lieferbar sind. Laut dem Unternehmen erhalten immer mehr Patienten eine thromboembolische Therapie.

Die Produktionskapazitäten seien diesem steigenden Bedarf noch nicht angepaßt. Dem Konzern zufolge wird die Versorgungslage noch die nächsten 2 Jahre "angespannt" bleiben. Gibt es diese Medikamente nicht mehr, ist die einzige Alternative, die Thrombosen aus den Patienten herauszuschneiden.

### **Krebs**

Eine weitere Folge der Genspritze ist Krebs. Dieser wird entweder durch die Spritze ausgelöst und kann sich an allen Stellen im Körper zeigen, oft auch direkt an der Einstichstelle, oder aber eine frühere Krebserkrankung, die gut unter Kontrolle war, bricht erneut aus. Auffällig ist, daß das Wachstum des Krebs stark beschleunigt ist, so daß Mediziner von einem Turbo-krebs sprechen.

Die Genspritze wird auch zum Problem bei Organtransplantationen. Denn die Organe, die von Impfpfern stammen, werden von den Wirtskörpern entweder schon gar nicht angenommen, oder aber gehen mit einem erhöhten Thromboserisiko einher. Ähnlich problematisch dürfte eine Blutspende von gespritzten Menschen sein. Denn da das Blut nicht nur die Spikeproteine enthält, sondern auch zur Verklumpung neigt, dürfte es in vielen Fällen gar nicht verwertbar sein. Dies könnte einen möglichen Grund für den derzeitigen Mangel an Blutkonserven darstellen.

Wie man sehen kann, schädigt die "Impfung" den Körper auf so vielfältige Art und Weise, daß diese giftige Substanz verboten gehört. Über 45 schwerwiegende lebensverändernde und tödliche Erkrankungen sind auf die Spritze zurückzuführen. Sie bringt schwere Gesundheitsrisiken mit sich, von denen die Verantwortlichen schon seit langer Zeit wissen.

Gerade deshalb liegt die Vermutung nahe, daß hier wesentlich ein Massenmord geschieht. Betroffene erhalten oft keine Unterstützung, weil die Ärzte entweder unfähig oder nicht willens sind zu helfen. Immerhin, die Uniklinik Marburg hat eine Spezialambulanz eingerichtet, deren Wartezeit derzeit mindestens 9 Monate beträgt, ein Hinweis auf die Ausmaße der Schäden.

### **Keine "Impfung", keine Nebenwirkungen**

Daß es sich bei dem Spike-Protein um ein Toxin, also einen Giftstoff, handelt, ist eigentlich schon lange bekannt, kann aber auch in mittlerweile über 500 wissenschaftlichen Arbeiten nachgelesen werden. Auch den offiziellen Daten von Pfizer ist das zu entnehmen. Das bedeutet, daß es sich bei der "Impfung" genannten Spritze nicht um eine solche handelt. Statt dessen wird den Menschen ein Genschnipsel injiziert, der für einen Giftstoff codiert, welcher sich dann im Körper ausbreitet und diesen auf vielfältige Weise schädigen kann.

Die "Nebenwirkungen" sind demnach auch keine Nebenwirkungen, sondern die Folgen der Vergiftung des Körpers und die einzige Wirkung dieser Spritzen. Denn sie schützen in keiner Weise gegen irgendeine Art von Krankheit, sondern richten im Gegenteil nichts als Schaden an.

Von all dem haben die Pharmakonzerne, die dieses Gift herstellen, gewußt. So haben in den internen Studien von Pfizer mindestens 800 Studienteilnehmer die Studie nicht abgeschlossen, weil sie entweder gestorben sind, durch das Gift verletzt wurden oder ihre Einwilligung zurückgezogen haben. Naomi Wolf und ihr Team sprechen sogar von 1.400 Toten.

Die Daten, welche der Konzern ursprünglich 75 Jahre lang geheim halten wollte und die nur mittels Klage ans Licht der Öffentlichkeit gelangt sind, nehmen all das, was wir derzeit in großem Maßstab erleben, bereits vorweg. Demzufolge müssen auch staatliche Behörden Kenntnis davon gehabt haben. Daß sie dieses Gift dennoch zugelassen und mittels Druck und

teilweise offener Nötigung in die Menschen hineingezwungen haben, ist eine Dimension von Kriminalität, die kaum zu ermessen ist.

### **Verschleierung**

Die staatlichen Behörden setzen derweil alles daran, das gesamte Ausmaß der Katastrophe zu verschleiern. Daten werden nicht oder nur unzureichend erfaßt oder gar nicht mehr veröffentlicht. Dennoch läßt sich berechnen, daß es in Deutschland, Großbritannien und Dänemark einen Toten pro 4.000 verabreichte Impfdosen geben könnte. Insgesamt könnten allein in Deutschland 45.000 Menschen Todesopfer der "Impfung" geworden sein.

Anderen Berichten zufolge ist in den USA von 250.000 Impftoten auszugehen, in Deutschland von 50.000 bis 75.000. Alles in allem war schon im vergangenen Jahr bekannt, daß die "Impfungen" 200 Menschen töten, um eine Person zu retten. Und auch diese vermeintliche Rettung ist von zweifelhafter Natur. Denn eine Wirksamkeit der "Impfung" läßt sich immer weniger nachweisen.

Aber die Dunkelziffer ist bei all diesen Datensätzen enorm, da die meisten Ärzte die Schäden nicht melden, wie Steven Kirsch, amerikanischer Informatiker und Unternehmer, in einem Vortrag darlegt. Er kommt zu dem Schluß, daß jeder tausendste "Geimpfte" an der "Impfung" stirbt. Bei bisher etwa 5 Milliarden "geimpften" Menschen wären das schon jetzt 5 Millionen Tote. Weltweit könnten also bereits mehr Menschen an einer als medizinisch ausgegebenen Maßnahme gestorben sein, als Berlin und Köln zusammengenommen an Einwohnern haben. Definitiv sind mehr Menschen an der Spritze gestorben als angeblich an Corona.

Schwere Nebenwirkungen dürften ungefähr bei einem Prozent, also jedem hundertsten "Geimpften" auftreten. Das deckt sich auch mit der Analyse, die Harald Matthes für die Charité Berlin erstellt hat und die daraufhin von dieser zurückgezogen wurde. Ein neues Papier der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) legt nahe, daß 4,7 Prozent der Geimpften nach der Spritze einen Arzt besuchen mußten.

Demnach gab es allein im Jahr 2021 mindestens 2,5 Millionen Menschen, die Impfnebenwirkungen zu beklagen hatten, wohingegen das Paul Ehrlich Institut für dasselbe Jahr nur 244.576 "Verdachtsfälle" auf Nebenwirkungen zu verzeichnen hat.

Diese Angaben mußte die KBV im Nachhinein sogar noch einmal nach oben korrigieren. Nun wird ein Arztbesuch pro 61 verabreichten Spritzen gezählt.

Dabei handelt es sich nicht, wie von Medien und Politik kommuniziert, um leichte, vorübergehende Nebenwirkungen. Denn wer geht schon wegen einer Rötung an der Einstichstelle oder leichter Schmerzen zum Arzt?

Es gibt unzählige Medienberichte und private Berichte, die natürlich nur einen winzigen Teil der tatsächlichen Ausmaße wiedergeben. Hier ist ein Einblick zu erhalten in die tatsächlichen, sogenannten Nebenwirkungen, deretwegen die Menschen gezwungen sind, einen Arzt aufzusuchen. Die Symptome ähneln sich stark, und viele der Opfer haben eines gemein: Sie werden allein gelassen.

All das beschreibt jedoch allein die kurzfristigen Auswirkungen, die sich jetzt schon zeigen. Was langfristig noch auf uns zukommt, ist überhaupt nicht abzusehen. Die sogenannte Covid-Impfung wird von einigen Ärzten und Wissenschaftlern bereits als Biowaffe oder medizinische Atomwaffe bezeichnet, die in den kommenden Jahren bis zu 700 Millionen Menschen töten, und noch viel mehr dauerhaft schädigen könnte.

Doch auch, wenn die Dunkelziffer schwer einzuschätzen ist, so genügen bereits die offiziellen Daten, um ein lautes Alarmsignal auszulösen, das eine sofortige Rücknahme der Zulassung der Stoffe sowie eine eingehende Untersuchung nach sich ziehen müßte. Dies geht aus einem Bericht der Bürgerorganisation "World Council for Health" hervor.

Die Organisation stellte in allen öffentlich zugänglichen Datenbanken fest, daß die Zahl der Berichte über unerwünschte Wirkungen von Arzneimitteln bei den Genspritzen um den Faktor

10 bis 169 höher ist als bei vergleichbaren Produkten. Mehr als 40.000 Todesfälle bringt der Bericht mit den Spritzen in Verbindung, und die meisten der Meldungen betreffen schwerwiegende Schäden.

Alles in allem gibt es allein in den gemeldeten Daten genug Hinweise, die einen Produktrückruf auslösen müßten. Dafür wäre es nicht einmal notwendig, eine Kausalität zwischen Spritze und schwerwiegenden Folgen nachzuweisen. Allein die Möglichkeit einer solchen Verbindung macht einen Rückruf notwendig. Dies soll der Sicherheit von Patienten dienen.

### **Zu wenig, zu spät**

Zaghafte berichten nun auch die öffentlich-rechtlichen Medien von den Impfkomplicationen, nachdem sie zuvor Wissenschaftler und Journalisten beschimpften, die vor diesen gewarnt hatten. Damit zeigt sich, daß auf diese Medien kein Verlaß ist. Seit Beginn der Corona-Erzählung haben sie sich hemmungslos gleichgeschaltet und jeden Kritiker beleidigt und diffamiert.

Nun, wenn der Schaden angerichtet ist, reiben sie sich verwundert die Augen und berichten über die Schädigungen, die hätten verhindert werden können, wären diese Medien ihrem Auftrag nachgekommen, anstatt mit aller Gewalt eine Ideologie durchzusetzen. Damit disqualifizieren sich diese sogenannten Journalisten selbst.

Zudem wird auch hier das ganze Ausmaß dieses, wie Naomi Wolf ihn nennt, Genozids kleingeredet und vertuscht. Statt schonungsloser Aufarbeitung wird nur das absolut Notwendigste eingeräumt, das wirklich überhaupt nicht mehr zu verheimlichen ist. Denn im Großen und Ganzen unterstützen die Medien die Verschleierung, indem sie beispielsweise berichten, daß die zunehmende Zahl der Thrombosen auf die Hitze zurückzuführen sei, oder indem sie von seltenen "Einzelfällen" reden. Damit wird das ganze Ausmaß der Katastrophe heruntergespielt.

Politik und Medien berichten derzeit von einer "Sommerwelle", und in der Tat sind die Krankenhäuser ungewöhnlich stark ausgelastet. Zudem kommt es auch zu einer extremen Steigerung von Rettungseinsätzen, so daß teilweise keine Rettungsfahrzeuge mehr zur Verfügung stehen. Grund dafür ist aber aller Wahrscheinlichkeit nach kein Coronavirus, denn dieses zirkuliert im Sommer überhaupt nicht.

Statt dessen ist die Impfung der Auslöser für diese, sowie auch jede weitere "Welle". Denn die Spritze zerstört, wie dargelegt, das Immunsystem der Gespritzten, macht sie damit anfällig für alle möglichen Erkrankungen, und führt ihrerseits zu verheerenden Störungen und Erkrankungen, die oftmals Krankenhausaufenthalte notwendig machen. Die Wahl des Begriffes "Coronawelle" ist daher nichts als ein Versuch, die immensen Schäden durch die Spritze zu verschleiern.

Trotz der mittlerweile unübersehbaren Verheerung, welche die Genspritzen angerichtet haben und noch immer anrichten, unternehmen die Bundesländer Bayern, Hessen und Baden-Württemberg einen erneuten Anlauf, um die Impfpflicht auf Bundesebene durchzusetzen. Mit einem weiteren Versuch, dies zu tun, ist auch im Herbst wieder zu rechnen, wenn die nichtsagenden Inzidenzzahlen wieder zu einer "Welle" hochstilisiert werden. Da das Bundesverfassungsgericht die einrichtungsbezogene Impfpflicht abgesegnet hat, ist die Hemmschwelle dafür nun um einiges niedriger als noch im April.

Schon jetzt betont der "Expertenrat" der Bundesregierung, daß für den kommenden Herbst und Winter wieder verschärft auf die "Impfung" gesetzt werden müsse. Auch die EU deckt sich in großem Maßstab mit weiteren Dosen des Giftes ein, um sie großflächig zu verteilen - angesichts der offensichtlichen Schäden eine kriminelle Ankündigung von Mord, Totschlag und Körperverletzung in Millionen von Fällen.

Die Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitsbereich ist immer noch in Kraft, ebenso wie die Duldungspflicht für Soldaten nun gerichtlich abgesegnet wurde. Auch das ist Mord und Körperverletzung in Tausenden Fällen.

Gleichzeitig wird die Impfung von Kindern und Babys vorangetrieben, trotz erwiesener Wirkungslosigkeit und erwiesenem Schaden.

So gibt es bereits jetzt Meldungen von Enzephalitis, schwerwiegenden Blutungen, anaphylaktischen Schocks oder anderen mitunter tödlichen Folgen bei Babys nach Verabreichung einer "Impfung", obwohl diese überhaupt noch nicht für Babys zugelassen ist. Booster werden mancherorts nun schon an Kinder verteilt, obwohl diese Gruppe von Corona überhaupt nicht betroffen ist.

Es ist ein krimineller Akt gegen das Leben. Und obwohl nach Verabreichung des neuen "Impfstoffes" Novavax erwiesenermaßen 6-mal mehr Herzerkrankungen auftreten als bei jenen Probanden, die diesen Stoff nicht erhalten, steht der neue Giftstoff vor der Zulassung durch die FDA. Was nun anstelle von weiteren Einschränkungen und weiteren Zwangsmaßnahmen folgen müsste, wäre eine rechtliche Aufarbeitung.

Es müßten Verfahren eröffnet werden wegen Mordes, Totschlags, Körperverletzung und vieler weiterer Delikte gegen die verantwortlichen Politiker, Journalisten, Ärzte, Pharmakonzerne und Impfzentren-Mitarbeiter, die durch moralisierenden Druck, ökonomischen Zwang, Betrug, Lügen oder durch Hetzkampagnen Menschen zu einer "Impfung" gedrängt haben, um eine Pandemie zu bekämpfen, die es nie gab. ...

*Felix Feistel, Jahrgang 1992, schreibt in vielfältiger Weise über die Idiotie dieser Welt und auch gegen diese an. In einer auf Zahlen und Daten reduzierten Welt, die ihm schon immer fremd war, sucht er nach Menschlichkeit und der Bedeutung des Lebens. Er versucht, seine Kräfte und Talente für die Gestaltung einer lebenswerten Welt einzusetzen, indem er sich gegen Ungerechtigkeit und Zerstörung wendet. Trotz des überall grassierenden Wahnsinns ist er nicht bereit, den Glauben an das Gute im Menschen und sein Potential, den Planeten in ein Paradies zu verwandeln, aufzugeben. Er ist Mitglied der Rubikon-Jugendredaktion und schreibt für die Kolumne "Junge Federn".<<*

**15.07.2022**

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/23067](https://www.klagemauer.tv/23067)" berichtet am 15. Juli 2022 (x1.150/...): >>**Interview mit Wirtschaftsexperte Peter König: Mit dem QR-Code zur absoluten Kontrolle**

Peter König ist Ökonom, geopolitischer Analyst und war über 30 Jahre bei der Weltbank tätig. Im Interview mit Kla.TV spricht Herr König über die aktuelle Finanzlage in der Schweiz, über den 'Great Reset' und in diesem Zusammenhang über die Kontrolle jedes Einzelnen. Dabei erläutert er, was es mit dem QR-Code auf sich hat. ...

"Dieser persönliche QR-Code, der wird dann eben ausgebreitet über oder weiter verwendet über ein App in deinem Cellphone (Mobiltelefon). Und diese App wird natürlich verbunden mit einer Zentrale, da können wir überhaupt nichts machen, die Telefone, diese Mobile Phones, die sind alle bereits so ausgerichtet, daß sie von überall her, selbst wenn man das GPS ausschaltet, wissen sie genau, daß es uns begleitet, auch ohne GPS - das ist mal ganz klar. Dann müßte man es wegschmeißen oder zuhause lassen."

"Deshalb wissen sie gar nicht, daß sie, bereits vermutlich ihren QR-Code irgendwo im Körper mit sich tragen.

Und die es noch nicht tun, die haben es auf ihrem Cellphone. Und da müssen wir irgend etwas dagegen machen."

Kla.TV: Peter König war als Ökonom über 30 Jahre bei der Weltbank tätig und hat Wasserprojekte in den Entwicklungsländern auf verschiedenen Kontinenten realisiert. Es freut mich,

Peter König bei Kla.TV begrüßen zu dürfen. Können Sie uns etwas über Ihre heutige Tätigkeit sagen?

Peter König: Erstens: Vielen Dank, daß ich bei Ihnen sein darf und mit Ihnen sprechen darf. Ich bin Ökonom und geopolitischer Analyst und versuche so gut wie möglich die sich immer verändernden "heutigen" und "morgigen" Lagen zu analysieren. Mit anderen Worten, die Punkte zu verbinden: die Punkte zwischen Covid, dem Ukrainekrieg, dem Reset, dem sich immer mehr aufdrängenden QR-Code, der geplanten "4. Industriellen Revolution" von Klaus Schwab. Diese beinhaltet den Plan der Digitalisierung von allem, inklusiv dem menschlichen Gehirn usw. usw.

Es gibt also jede Menge Punkte, die man verbinden kann und muß, um zu verstehen, was zur Zeit läuft und was geplant ist.

Wir müssen wissen, daß im Prinzip nichts stagniert ist und stagniert bleibt, außer dem großen Ziel im Moment: The Great Reset, UN-Agenda 2030, und die 4. Industrielle Revolution. Das sind verschiedene Beschreibungen für dasselbe Ziel. Das muß man wissen. Die sind vielleicht so gemacht worden, um zu verwirren. Aber im Prinzip ist es dasselbe.

Kla.TV: Wie würden Sie denn die heutige Finanzlage beschreiben? Für den Otto Normalverbraucher ist ja immer noch - ja - so alles einigermaßen im Lot. Es geht ihm ja eigentlich noch ganz gut.

Peter König: Ja, stimmt. Der Otto Normalverbraucher, der in der Schweiz lebt, dem geht's verhältnismäßig noch ganz gut. Aber auch hier in der Schweiz hat die Armut zugenommen, und zwar beträchtlich. Nur hier in der Schweiz redet man nicht davon. Es ist tabu, arm zu sein.

Die offiziellen Ziffern über Arbeitslosigkeit in der Schweiz waren im Mai dieses Jahres bei 2,1 %, im April noch 2,3 %, während Ende Dezember letzten Jahres war sie fast 5 %. Diese Zahlen sind meines Erachtens mächtig manipuliert. Das ist übrigens überall im Westen so.

Man müßte auch die Kriterien wissen: Was wird als Arbeitslosigkeit eingestuft und angesehen?

Wie wird Tagesarbeit, Teilzeitarbeit beurteilt? Wie werden die verschiedenen "Klassen" von Arbeiten - Bauarbeit, Büroarbeit, Management- / Elite-Arbeit usw. - wie werden die eingeschlossen in die Statistik? Die sind nicht uniform. Und ich nehme an, ich gehe davon aus, das wird eben auch nicht gesagt - diese Analysen sind zwar vorhanden, das ist ganz klar (in der Statistik) - aber die werden nie publiziert. Und es würde mich gar nicht verwundern, wenn sich eine ganze Menge Leute heute mit Teilarbeit beschäftigen müssen und die als Vollangestellte und als Vollarbeitende eingestuft würden.

In 2020 - die letzten Zahlen, die man offen finden kann - waren es offiziell 8,5 % der Leute, die arm waren. Wie wird Armut definiert? Eine vierköpfige Familie, die unter 4.000 Franken Einkommen im Monat hat, ist in der Schweiz arm. Dieses Kriterium wird aber in der Schweiz nicht offiziell angewandt. Inoffiziell ja. Aber es gibt, glaube ich, nur im Kanton Genf - seit Kurzem - wurde das als offizielle Zahl benannt.

Ich schätze heute - das ist meine Schätzung aufgrund vieler Beobachtungen - schätze ich, daß die Zahl mindestens 50 % ist, wenn man eben von der Manipulation absieht.

Kla.TV: Sie sagen, daß wir uns in der Endphase eines dämonischen Plans befinden. Sie setzen dies mit der UN-Agenda 2030, dem sogenannten 'Great Reset' oder eben der '4. Industriellen Revolution' gleich. Können Sie uns sagen, was Ihrer Meinung nach die Ziele dieses Plans oder eben vom 'Great Reset' sind?

Peter König: Ja, ich möchte ganz kurz vielleicht einleitend sagen: Der gesamte 'Great Reset' - der Ukraine-Krieg ist übrigens ein integraler Teil davon. Nur merkt man es nicht. Er ist typisch ein weiteres, ... - ein Menscheiteiler. Zwar kann der Krieg nie gerechtfertigt werden, so wenig wie irgendeine Art von Töten. Man kann aber erklären, wie es so weit gekommen ist:

Die stete Provokation der NATO, die sich gegen das Versprechen der Alliierten beim Kollaps der Sowjetunion "Not One Inch Further East than Berlin" - das hat der US-Secretary of State, damals James Baker, gesagt und eigentlich versprochen.

Und das hat niemand eingehalten. Dagegen, wenn man auch nur ein halbwärtiges Argument für Putin erwähnt, ist man verpönter und gehäßter Putin-Freund. Es gibt sogar Schweizer Offiziere, die das gemacht haben, die in der Ukraine gearbeitet haben, die bei der Nato waren und die Sache klar sehen. Die haben sich so geäußert. Die werden jetzt zensiert. Man muß sich das mal vorstellen. Man nennt das auch "Teilen und Herrschen".

Die Menschen spielen eine mächtige Rolle in der Indoktrination der Bevölkerung mit Lügen, ... während der letzten - mehr als zwei Jahre - sind sie sehr erfolgreich gewesen. Die werden buchstäblich mit Milliarden subventioniert, diese Lügen. Das heißt also, die Medien, die ich anspreche.

In Kürze, was der Westen, vor allem das Reich USA, schon immer wollte, ist eine Kontrolle über das größte und reichste Land der Welt. Mit weitaus den meisten Bodenschätzen der Welt. Alles Bodenschätze, die der Westen braucht, nicht zuletzt für die Kriegsindustrie. Die komplexen, die kleinen "rare earth" (seltene Erden), also das sind Metalle, die gebraucht werden vor allem in der Elektronik. Der größte Verbraucher in der Elektronik ist die Kriegsindustrie und natürlich unser westlicher Luxuslebensstil. Um den aufrecht zu erhalten, brauchen wir ebenfalls diese Rohmaterialien, die vorwiegend Rußland und China liefern können.

Der 'Great Reset' hat meines Erachtens drei gleichwertige und verheerende, aber verbundene Ziele:

Erstens: Depopulation: Das heißt massive Entvölkerung. Die Eugenisten sind am Werk. Das war schon vor 50 Jahren ein Plan des 'Club of Rome'. Und war klar ausgesprochen in ihrem Report "Limit to Growth" von 1972. Der war auch ein Teil der Unterlage für die ersten Formulierungen für die Europäische Union. Covid-19 war die gezielte und psychologische raffinierte Einschüchterungsmethode mit einem Virus, den man natürlich nicht sieht, der nie als solcher existiert. Ein neuer Virus, der nie identifiziert wurde.

Er ist grippeähnlich und hat eine Sterblichkeitsrate, die ungefähr derjenigen der jährlichen Grippe entspricht. Etwa 0,07 bis 0,1 Prozent der Infektionen. Und das betrifft vor allem ältere Personen, die ohnehin bereits unter anderen Co-Morbiditäten leiden. Aber die Angstmacherei hat bewirkt, daß sich meist unter Druck und Erpressung zwischen 60 und 80 % der westlichen Bevölkerung hat "impfen" lassen. Und ich setze also "Impfen" in Anführungszeichen, denn es ist ja keine Impfung.

Und deshalb nenne ich es eher, sie haben sich impfen lassen. Mit einer Substanz, oder verschiedenen Substanzen, die genetisch veränderbare Komponenten mRNA enthalten, plus verschiedene Giftstoffe, die die schweren Krankheiten wie Herzinfarkte, verschiedene Krebsarten, Nierenversagen und so weiter auslösen. Und in vielen Fällen, wie wir das gesehen haben, offensichtlich zum Tod führen.

In der Tat sind bis jetzt weit mehr Leute an den Folgen der sogenannten Impfung gestorben, als an den Folgen von Covid. Zudem gibt es nicht eine Impfung, es gibt verschiedene Injektionen mit verschiedenen biochemischen Zusammensetzungen. Und das müssen wir uns vor Augen halten: Es gibt nicht nur eine Impfung, eine Art von Chemikalien, die da eingespritzt werden, sondern verschiedene.

Ich glaube, Wissenschaftler haben mal darauf hingewiesen, daß es mindestens fünf verschiedene Arten gibt. Aber vermutlich noch mehr. Und zum Teil werden die auch gezielt eingesetzt in gewissen Ländern und gewissen Gesellschaften. Also Angst ist des Feindes größte und stärkste Waffe, das müssen wir uns immer vor Augen halten.

Zweitens: Also der zweite Grund, der dahinter steckt hinter dieser Trilogie, ist die Verschiebung von privatem und öffentlich-privatem Kapital, also die Kombination von öffentlich und

privat, von unten und der Mitte nach oben. Durch künstlich hervorgerufene Wirtschaftskrisen, Bankrotte usw., wird Kapital von unten und von der Mitte nach oben zu einer relativ dünnen Schicht von kontrollsüchtigen, ich würde sie sogar kriminellen Eliten nennen, verschoben. Man kann diese Gruppen auch einen Kult nennen. Und ich denke tatsächlich, die leben nach gewissen Normen eines Kults.

In den Kulturen werden ja gewisse Gewohnheiten und gewisse Gruppen von Leuten als Kult eingeteilt, weil sie eben diese Normen befolgen müssen, um Erfolg zu haben. Gemäß Forbes, also der ökonomische Analyst, gab es am 5. April dieses Jahres (2022) 2.668 Milliardäre. Ein Elon Musk ist scheinbar Nummer Eins mit 219 Milliarden. Man sieht klar, während die Weltbevölkerung ärmer geworden ist, hat sich der Reichtum der Reichen und vor allem der Superreichen vervielfacht.

Der Reichtum von Bill Gates, nur ein Beispiel, hat sich von 96 Milliarden in 2019 auf 129 Milliarden gesteigert im April dieses Jahres (Anmerkung: 2022). Das sind etwa 34 Prozent mehr. Während er teilweise verantwortlich für diese Pandemie ist - ich nenne sie Pandemie, weil die keine Pandemie, sondern eine geplante Pandemie war - für die er für zig-tausend Impftote verantwortlich ist. Vielleicht gibt es einmal ein Nürnberg 2 der einigermaßen Gerechtigkeit bringen würde, also so ein Prozeß. (Anmerkung: Nürnberger Prozeß).

Dazu kommen die Finanzgesellschaften wie BlackRock, Vanguard, State Street und auch Fidelity und noch viele andere. Und vor allem die ersten drei BlackRock, Vanguard und State Street, die als Co-Aktionäre miteinander verflochten sind - schätzungsweise kontrollieren sie etwa zwischen US\$ 20 und US\$ 25 Billionen (1 Billion = 1 mit 12 Nullen). Die haben eine "Leverage Power" - Hebel Kraft (Anmerkung: Hebelwirkung) von über 100 Billionen US\$. Dem entgegen gesetzt entspricht das Welt-Bruttosozialprodukt etwa US\$ 95 Billionen, das war am Ende letzten Jahres (Anmerkung: 2021).

Und mit dieser Macht können sie buchstäblich jedes Land, jede Regierung, jede Gesellschaft unter Druck setzen und erpressen. Und wir haben das schon gesehen. Wer da nicht mitmacht, wird sogenannten, neutralisiert. Es gibt schon einige davon, vor allem in Afrika. Das sind Leute oder Finanzorganisationen - zusammen mit anderen Milliardären - die man mit gutem Gewissen - ich würde sagen, krank nennen kann. Deshalb müssen sie, die über solche Kapitalmächte verfügen, ...- das gibt ihnen natürlich Macht über den Menschen, aber eigentlich, - das können wir uns nicht vorstellen, ich wenigstens nicht, - was das einem bringen kann.

Das ist die heutige Lage der Welt und wir sind erst am Anfang der Agenda 2030. Solange die Menschen, die Mehrheit der Menschen, unter sogenannter kognitiver Dissonanz leidet, werden wir weiterhin beherrscht und manipuliert werden, bis es zum nächsten Schritt kommt. Und das hat sich bis jetzt bewahrheitet. Es gibt so viele Leute, Psychologen sagen, daß diese Art von Affektion, also von Krankheit kann man es nennen, die die sogenannte kognitive Dissonanz, etwas vom Schlimmsten psychologisch ist, weil es kaum wegzubringen ist.

Kla.TV: Was ist Ihrer Meinung nach der nächste Schritt dann?

Peter König: Das ist genau der dritte Punkt dieser teuflischen Trilogie, des 'Resets'. Das ist die totale Digitalisierung. Geld, Mensch, Überwachung und Kontrolle von allem. Aus Menschen werden Transhumans. Das hat Klaus Schwab mal sogar schon in einem Interview und im westschweizerischen Fernsehen in 2016 gesagt. Dazu kommt noch - und deshalb brauchen wir in erster Linie den sogenannten QR-Code.

Und QR steht für "Quick Response", also schnelle Antwort. Und die dazugehörige Technologie, die es erlaubt, von jedem Individuum mindestens - bis jetzt, und das kann erhöht werden - mindestens bis jetzt 30.000 Daten zu speichern. Was und wo du bist, kaufst, wohin du gehst, mit wem du zirkulierst, mit wem du redest, dein Gesundheitsstatus, dein Bankkonto, dein Polizeirapport - alles, alles, alles unentweichlich wird gemächlich und langsam und immer wieder auf diesem QR-Code, den jeder hat, gespeichert.



Das wichtigste Instrument für die Volldigitalisierung ist 5G. Also wo wir schon überall Antennen finden. Und in gewissen Kantonen ist es bereits aktiv. Ich war neulich im Tessin, da hat es an meinem Telefon effektiv bereits 5G angezeigt. Hier in der Genfer Umgebung noch nicht. Und vermutlich kommt es auch bald zu 6G. Denn der einzige Grund, der weitaus größte Hauptgrund dafür ist eben die Digitalisierung von allem und vor allem des Menschen.

Die zentrale Kontrolle - also die Kontrolleure, der Kopf der Elite, ... so wie die zentralen Kontrolleure meist aus Algorithmen bestehen ... - kennen uns besser, als wir uns selber kennen. Leider kümmert sich kaum jemand um den heimlich über das Finanzsystem eingeschleusten QR-Code. Heute ist er überall. Aber selbst aufgeweckte Leute in der Schweiz und im übrigen Europa sehen offenbar keine Gefahr. Ich habe mit verschiedenen meiner Kollegen, die gleichdenkend darüber sind, geredet.

Die finden, es ist nicht schlimm, wenn ab dem 1. Oktober alle Banken - Zahlungen über Banken - über einen QR-Code laufen müssen. Ich finde, das ist eine Katastrophe. Und ich glaube auch - ich habe bis jetzt noch keine festen Beweise - ich glaube auch, daß das die Regierung über die Banken einführen will. Weil: wir hatten ja eine Abstimmung vor ein paar, ich glaube sechs, Jahren über die Einführung der sogenannten Agenda 2020. Das wäre eine Identifikation gemäß Bill Gates - und die wurde abgelehnt.

Also: der QR-Code und der daraus abgeleitete sogenannte VC - also der "Vaccine Code" oder "Vaccine-Certificate-code" ("Vaccination Certificate" auf englisch) sind das Gefährlichste, was uns droht, was uns bevorsteht, wenn wir nichts dagegen tun. Denn das bedeutet die totale Überwachung. Und wenn wir da sind, dann ist es sehr, sehr schwierig, da raus zu kommen.

Kla.TV: Aber ich sag mal: Der QR-Code ist ja heute aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Den haben wir halt überall. Und Sie sehen darin das Gefährlichste, was uns passieren kann. Können Sie uns die Gefahr von diesem QR-Code noch etwas näher beschreiben?

Peter König: Über den QR-Code können wir gar zum Verhungern verurteilt werden. Wieso? Dazu muß der QR-Code - oder sein Nachfolger, wie auch immer das genannt wird - auf eine Art den Menschen eingepflanzt werden. Und das hat ja schon Klaus Schwab damals in diesem kurzen Interview mit dem Schweiz-Französischen Fernsehen in Genf gesagt, und das vor sechs Jahren - hat er gesagt: Bei 2025 bis 2030 werden wir alle einen Chip entweder in unserer Kleidung tragen oder unter der Haut. Na, das war, das ist zwar vielleicht sein Traum, ich hoffe nicht, daß es so weit kommt, aber das hat er bereits angekündigt.

Und damit sind wir in einem elektro-, ... werden wir zu einem elektromagnetischen Feld. Wir Menschen. Es gibt bereits in Schweden Versuchsgruppen, Volontäre Versuchsgruppen, die haben so einen Chip in der Hand eingepflanzt, ungefähr die Größe eines Reiskorns. Im Moment sind das eben wie gesagt, nur Volontäre, die da mitwirken. Und die brauchen also diesen Code, also diesen Chip, vorwiegend für digitalen Zahlungsverkehr. Aber da kann natürlich erweitert werden, praktisch unbeschränkt. Nicht wahr?

Und das ist dann die Basis für eben diesen QR-Code, eingepflanzt im menschlichen Körper, und deshalb auch manipulierbar mit 5G oder 6G. Man kann sich also vorstellen, daß jemand, der sich nicht systemgetreu verhält, aus dem Zahlungsverkehr, das heißt Nahrungsmittel kaufen und mehr, ausgeschlossen werden kann. Man kann ihm auch sein digitales Bankkonto blockieren oder sein Guthaben konfiszieren.

Das macht der Westen ja bereits, das sehen wir, und zwar bis jetzt vielleicht weniger an Individuen - oder wenigsten noch nicht in Europa oder in der Schweiz - aber angetrieben von den USA findet das bereits statt, in dem eben die Regierung, die amerikanische Regierung gefolgt von der europäischen, von Brüssel und von all den Ländern die sich da anschließen - werden die Verhalten von Ländern - wie im Moment Rußland ist das beste Beispiel, aber es gibt jede andere Menge davon - die ... sanktioniert werden.

Das heißt also, es werden ihre Guthaben blockiert im Ausland, mit anderen Worten gestohlen, und dazu gehören China, Nordkorea, Iran, Venezuela, Syrien und so viel, usw. Also - aber Rußland im Moment am meisten.

Kla.TV: Herr König, Sie haben gesagt, daß einen QR-Code heute mittlerweile jeder hat, wie muß man das verstehen?

Peter König: Ja, also ich geh mal davon aus, daß jeder irgendeinmal eine Rechnung bezahlt hat, auf der ein QR-Code ist. Selbst wenn man den nicht braucht, um die Rechnung zu bezahlen, hat man doch den Namen, also seinen eigenen Namen mit diesem QR-Code in Verbindung gebracht, und die Rechnung bezahlt, denn das ist ein integraler Teil des Einzahlungsscheins, den man über die Bank bezahlt oder am Postschalter bezahlt.

Aber noch wichtiger ist, daß wahrscheinlich alle von uns - oder fast alle nehme ich mal an - einen PCR-Test gemacht haben, entweder weil sie reisen wollten oder weil sie irgendwo ein Theater besuchen wollten, oder irgend etwas ...

In den letzten zwei Jahren konnte man ja kaum in ein Restaurant gehen oder in viele Restaurants konnte man überhaupt nicht gehen hier in der Gegend, ohne entweder geimpft zu sein oder einen QR-Test zu haben. Da hat dann jeder, der irgend etwas brauchte einen PCR-Test, hat einen QR-Code, und zwar einen persönlichen QR-Code. Und dieser persönliche QR-Code, der wird dann eben ausgebreitet über oder weiter verwendet über eine App in deinem Cellphone.

Und diese App wird natürlich verbunden mit einer Zentrale, da können wir überhaupt nichts machen, die Telefone, diese Mobile Phones, die sind alle bereits so ausgerichtet, daß sie von überall her, selbst wenn man das GPS ausschaltet, wissen sie genau, daß es uns begleitet, auch ohne GPS - das ist mal ganz klar. Dann müßte man es wegschmeißen oder zuhause lassen. Und das machen die wenigsten.

Aber abgesehen davon: Irgendeinmal braucht man dieses Cellphone wieder und dann ist man mit dem verbunden, und wenn man eben wie gesagt, wir haben vorher von der Einspritzung gesprochen, die Graphenoxid enthält und Graphenoxid ist sehr, sehr elektronisch, elektromagnetisch, das ist die Substanz, die gebraucht wird, wahrscheinlich einer der Substanzen, vielleicht die wichtigste, die gebraucht wird, um uns zu manipulieren mit 5G, wenn das mal eingesetzt wird dafür. Und das muß nicht mehr lange dauern. Ich weiß nicht, wenn das geschieht, aber das kann ohne weiteres, ... vielleicht hat es schon begonnen für gewisse Leute.

Und dann, wenn das geschieht, dann haben wir praktisch diese Substanz eines QR-Codes bereits in unserem System eingebaut. So funktioniert das. Und da können wir dagegen nichts machen, wir wissen es gar nicht mehr.

Die meisten Leute ... - ich nehme an, die wenigsten wissen, daß sie mit einem Impfstoff, sogenannten Impfstoff, geimpft worden sind, der aus Graphenoxid besteht, aus einer hoch magnetisierbaren und elektronisch manipulierbaren Substanz, das wissen die wenigsten. Und deshalb wissen sie gar nicht, daß sie bereits vermutlich ihren QR-Code irgendwo im Körper mit sich tragen.

Und die es noch nicht tun, die haben es auf ihrem Cellphone. Und da müssen wir irgend etwas dagegen machen, ich glaube, das wäre, es gibt Leute, es gibt effektiv Leute, die sagen: Wir sollten versuchen, zurück zu gehen, kein Mobile Phone mehr zu brauchen, und Festlinien (= Festnetz-Telefone) zu brauchen und uns von dieser ganzen Elektronik entfernen.

Das ist heutzutage, das wurde so langsam ... - das heißt, es ist so gemächlich und so gescheit, klug, wurde das in unser Leben infiltriert, daß wir uns ein Leben, vor allem die jüngeren Leute, die jüngere Generation, ohne dieses Cellphone gar nicht mehr vorstellen können.

Die meisten finden diesen QR-Code, wenn ich mit Leuten spreche, vor allem mit Jüngeren, die finden den toll, weil damit bezahlt man mit dem Telefon direkt eine Rechnung im Supermarkt oder im Restaurant, fahren sie einfach drüber und die Rechnung ist bezahlt - die finden

das toll. Die haben gar keine Ahnung, was damit bezweckt wird, gar keine Ahnung, die wollen auch nicht zuhören. Wenn ich ihnen das erkläre, dann bin ich ein Spinner. Tut mir leid, das ist leider unsere Welt heute.

Und das wird natürlich voran getrieben mit einer unheimlichen Lügenpropaganda. Wenn sie wissen, wie viel selbst die Schweizer Regierung, die Medien, die Mainstream-Medien in der Schweiz subventionieren, sogenannten subventionieren oder kaufen oder korrumpieren mit Geld, mit wie viel Geld, das ist unglaublich.

Ich glaube in der Schweiz ist der Betrag pro Kopf - wir haben ja nur 8,4 Millionen Einwohner - bedeutend höher als in den USA. Also der Betrag. Ich habe mal von einer Zahl von 1,7 Milliarden Franken gehört über eine Periode, ich glaub von zwei bis drei Jahren, die den Medien zur Verfügung gestellt wird, eben damit sie sagen, was die Regierung und sehr wohl wahrscheinlich die WHO zu sagen hat.

Kla.TV: Wäre das so die Umwandlung von "human" zu "transhuman", wie es von Klaus Schwab irgendwo mit vorgegeben war oder auch von seinem diabolischen Top-Berater, dem Autor und Historiker Yuval Noah Harari, vorgeschrieben oder angepriesen wird? Harari redet davon, wie in Zukunft "humans" gehackt werden ...?

Peter König: Harari nennt uns Menschen buchstäblich "animals that can be hacked". Das sind seine Worte, also "Tiere, die gehackt werden können". "Gehackt" also im Sinne von "elektronisch infiltriert" und manipuliert werden können. "Tiere, die gehackt werden können" sind wir. Ich geh davon aus, daß diese arrogante Art der Unverschämtheit von Harari von Klaus Schwab ausgenützt, wahrscheinlich sogar aufgefordert wurde, um den Menschen Angst zu machen.

Erstes Motto der Abwendung, der Resistenz, ist keine Angst haben - NIE. Das habe ich schon gesagt und das wiederhole ich immer wieder. Keine Angst haben. Die Angst ist deren größte Waffe. Das ist das Schlimmste. Mit anderen Worten, viele der bereits Geimpften, also sogenannten Geimpften, die haben Graphenoxid gespritzt gekriegt. Und Graphenoxid funktioniert sehr gut als Material, um elektronisch manipuliert zu werden. Und bereits mit dieser Manipulation wird dann ein gewisser Transhumanismus vorbereitet, schon mit der Einspritzung.

Die meisten Leute wissen das gar nicht. Aber daraus kann man dann mit 5G ohne weiteres ferngesteuerte Transhumane machen. Das wäre die totale Versklavung der Überlebenden, und ich sage der Überlebenden, die eben die Reduktion der Weltbevölkerung überlebt haben. Von mir aus gesehen ein nicht mehr lebenswertes Leben, aber wir würden davon vermutlich kaum etwas spüren, denn wir sind im Banne von Artificial Intelligence (AI) (= Künstliche Intelligenz (KI)), Algorithmen oder eben wie Klaus Schwab das genannt hat "Du wirst nichts mehr besitzen, aber glücklich sein."

Das Ziel des dunklen Cabals oder Kults, wie ich das eben immer nenne, diesen Stand zu erreichen bei 2030, nach Erfüllung, nach Implementation der UN-Agenda 2030 - also es fehlen noch 8 Jahre - oder auch bei der Erfüllung vom 'Great Reset', oder der Erfüllung der '4. Industriellen-Revolution'. Wie schon vorher genannt, das sind eben Ziele, die sich identisch sind in den drei synonymen Programmen, die Terminologien sind eben verschieden, um uns zu verwirren.

Kla.TV: Ja, sehen Sie eine Möglichkeit, daß diese Ziele der totalen Versklavung noch verhindert werden können?

Peter König: Ja, es fehlt zwar noch einiges um die Menschen wirklich aufzuwecken, um die Großzahl aufzuwecken. Aber es muß dazu kommen. Wir müssen aufwachen. Und ich glaube, ich sehe Ansätze dazu, daß das geschieht. Wie lange die dauern, weiß ich leider nicht. Aber es muß geschehen und es wird kommen. Es ist unmöglich, daß sich die Natur von solchen Leuten - Ich kann sie kaum mehr Leute nennen, das sind ja nicht mehr Humane - einschüchtern läßt.

Also: Bewußtsein auf ein höheres Niveau setzen, um der Manipulation des dunklen Kults zu entgehen. Das ist eine Priorität. Um das zu bewerkstelligen, dürfen wir - deshalb wiederhole ich es, - dürfen wir keine Angst haben. Die Anerkennung der Lüge, der wir vermutlich ein ganzes Leben lang ausgesetzt waren, müssen wir akzeptieren. Denn das ist die Überwindung der sogenannten kognitiven Dissonanz. Und sehr wichtig, sehr wichtig ist, wir dürfen keinen Haß spüren oder ausdrücken gegenüber diesen Tätern.

Denn wenn wir das tun - das wollen die im Prinzip, wenn sie uns Angst machen oder uns einschüchtern, dann ist ihr Ziel, Haß zu verursachen. Dann setzen wir uns auf dasselbe tiefe Niveau, wie sie selber sind. Das dürfen wir nicht. Also nach dem Motto - "We shall overcome" - wir werden die Situation beherrschen - OHNE ANGST, ich wiederhole nochmal, OHNE ANGST, dem Licht entgegenleben und in Frieden für die Menschheit entscheiden. Und so können wir uns - ich bin überzeugt - retten.

Kla.TV: Ja, Peter König, Vielen Dank für das Interview. Vielen Dank für die Zeit die Sie sich genommen haben. Und ja, wir werden sie zusammen überwinden. Vielen Dank.

Peter König: Nichts zu danken. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mich auf Ihrem Programm haben sprechen lassen und hoffentlich erreicht diese Mitteilung einige, die bereit sind, da mitzumachen, - auch geistig mitzumachen. Vielen Dank.<<

**17.07.2022**

**Schweiz:** Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/23084" berichtet am 17. Juli 2022 (x1.150/...): >>Globale Hungerkatastrophe droht! - Zufall oder Plan?

Das Thema einer weltweiten Hungersnot wird plötzlich zum wichtigsten und alarmierendsten Thema auf der globalen Tagesordnung. Doch ist wirklich Rußland dafür verantwortlich? Oder gibt es ganz andere Hintergründe?

Seit Wochen werfen westliche Medien und Politiker Rußland vor, eine weltweite Hungersnot zu provozieren und Hunger als Waffe zu benutzen. Auch Rußland sieht eine globale Hungerkrise bis Ende des Jahres kommen - führt sie allerdings auf die hohen Preise für Getreide und Lebensmittel zurück, welche für die ärmsten Länder mittlerweile unbezahlbar sind.

Bis zum Sommer 2020 lag der Weizenpreis weltweit stabil bei etwa 200 Dollar pro Tonne. Mittlerweile liegt dieser bei 450 Dollar pro Tonne. Als Hauptgrund für diese enorme Preissteigerung sieht Rußland vor allem die unüberlegten wirtschaftlichen Maßnahmen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union - das Forcieren von grüner Energie und die Ablehnung von Nord Stream 2, die die europäischen Gaspreise in ungeahnte Höhen getrieben haben. Dadurch wurde Düngemittelproduktion unrentabel, so daß die Fabriken den Betrieb einstellen mußten.

Das Thema einer weltweiten Hungersnot wird plötzlich zum wichtigsten und alarmierendsten Thema auf der globalen Tagesordnung. Doch wer ist jetzt wirklich dafür verantwortlich? Oder gibt es noch ganz andere Hintergründe?

Hören Sie dazu die Analyse des deutschen Autors und Finanzexperten Ernst Wolff.

Ein Kommentar von *Ernst Wolff*

Die Welt steuert zur Zeit auf eine gigantische Hungerkatastrophe zu. Wer meint, das sei auf die Unfähigkeit oder Planlosigkeit von Politikern zurückzuführen, der sei an die Worte des US-Präsidenten Roosevelt erinnert, der vor über 80 Jahren gesagt hat: "In der Politik passiert nichts zufällig, wenn etwas passiert, können Sie wetten, daß es so geplant wurde." Eine Bestätigung für Roosevelts Aussage hat das sogenannte Lockstep-Papier der Rockefeller Stiftung aus dem Jahre 2010 geliefert, das die seit 2,5 Jahren weltweite anhaltende Gesundheitskrise vorweggenommen hat.

Ob Lockdowns, Impfungen oder die Einführung digitaler Zugangsbeschränkungen, all diese Maßnahmen wurden darin bereits mehr als zehn Jahre vor ihrer Einführung beschrieben. Zudem gab es im Oktober 2019 das Event 201, eines von der Johns Hopkins Universität, zu-

sammen mit dem World Economic Forum und der Bill & Melinda Gates Stiftung durchgeführtes Planspiel, in dem eine Pandemie simuliert und die aus der Sicht der Verantwortlichen zu ergreifenden Maßnahmen durchgespielt wurden. Nicht anders verhält es sich offenbar mit der aktuellen näherrückenden globalen Hungerkatastrophe.

Auch für sie wurde bereits ein Planspiel durchgeführt, und zwar vor 6,5 Jahren. Am 9. und 10. November 2015 nahmen 65 internationale Führungskräfte aus Politik und Privatwirtschaft in den Räumen des Washingtoner Hauptsitzes des World Wildlife Fund, WWF, an dem Event Food Chain Reaction, zu deutsch: Lebensmittelkettenreaktion teil, bei dem eine Krise im globalen Ernährungssystem simuliert wurde. Das Szenario wurde von einer Gruppe von Experten des US-Außenministeriums, der Weltbank und des Agrarkonzerns Cargill entworfen.

Durchgeführt wurde das Event von einer Unterabteilung der CMA Corporation, die im Auftrag des US-Ministeriums für Innere Sicherheit und der nationalen Koordinationsstelle für Katastrophenhilfe arbeitet. Für die Finanzierung sorgten der Konzern Cargill, der ein Viertel des US-amerikanischen Getreideexports kontrolliert, und der Süßwarenhersteller Mars.

Produziert wurde das Ganze vom World Wildlife Fund, zusammen mit dem Center for American Progress, einem 2003 von Bill Clintons Politikberater John Podesta gegründeten Think-tank. Er wird vom Lobbyisten Tom Dashley geführt, einem Spitzenpolitiker der Demokratischen Partei, der unter Barack Obama als Gesundheitsminister vorgesehen war, das Amt aber, wegen des Bekanntwerdens unsauberer Finanzgeschäfte, nicht antreten konnte.

Zwei Tage lang reagierten die Teilnehmer des Treffens auf ein Szenario, das eine globale Nahrungsmittelkrise für die Jahre von 2020 bis 2030 simulierte. Ausgelöst wurde es durch: "Schwankende Lebensmittelpreise, eine instabile Lebensmittelversorgung inmitten eines immer stärkeren Bevölkerungswachstums, eine schnelle Urbanisierung, heftige Wetterereignisse und soziale Unruhen". Der Ablauf der Krise wurde in vier Zeitabschnitte unterteilt. Runde eins erstreckt sich über die Jahre 2020 bis 2021.

Hier kommt es zu großen Dürren in Nordamerika, sozialen Unruhen in Süd-Ostasien und Afrika und einem Anstieg der Lebensmittelpreise auf 262 % der langfristigen Durchschnittswerte. In Runde zwei, von 2022 bis 2024, kommt es zu erheblichen Dürreperioden in den wichtigsten Anbaugebieten und einem dramatischen Anstieg der Ölpreise. Unruhen und Migration nehmen zu, ebenso Panikkäufe angesichts der wachsenden Unsicherheit. Die Lebensmittelpreise steigen von 262 auf 395 % der langfristigen Durchschnittswerte.

In Runde drei, von 2024 bis 2027, kommt es zu einer Erholung der Ernteproduktion in weiten Teilen der Welt, die den Druck auf die Märkte mildert. Während vereinzelt Dürren Unruhen in der Sahelzone verursachen, sinken die weltweiten Nahrungsmittelpreise von 395 auf 145 % der langfristigen Durchschnittswerte. In Runde vier kommt es zu Dürren in Brasilien, China und den Vereinigten Staaten, zu sozialen Unruhen in Indien und Protesten in westafrikanischen Städten, außerdem zu einem erneuten Anstieg der Lebensmittelpreise von 141 % auf 387 % der langfristigen Durchschnittswerte.

Skurril mutet das Ende des Planspiels an, bei dem es neben einer Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer zu unerwartet hohen Spenden aus aller Welt an das Ernährungsprogramm der Vereinten Nationen kommt. Dadurch sei: "die Welt gut gerüstet, um die Katastrophe in den Gegenden zu bewältigen, die von humanitären Organisationen erreicht werden können." So absurd das klingt, an dieser Stelle sollte einem das Lachen im Hals stecken bleiben.

Hinter dem Begriff humanitäre Organisationen verbergen sich nämlich zahlreiche NGO's und Stiftungen, wie die Open Society Stiftung von George Soros, die Bill & Melinda Gates Stiftung, das World Economic Forum oder Brot für die Welt der Katholischen Kirche.

Es sind genau diese Organisationen, die in unserer Zeit Tag für Tag an Macht und Einfluß gewinnen und die dafür sorgen, daß Krisen systematisch vorbereitet und genutzt werden, um die Herrschaft der globalen Elite zu sichern und zu festigen, indem man ihren Verlauf gene-

ralstabsmäßig plant und sie gegebenenfalls verschärft, egal ob dabei große Teile der Menschheit ins Verderben gerissen werden. Die Website der Veranstaltung Food Chain Reaction.org wurde übrigens inzwischen ohne Angabe von Gründen gelöscht. ...<<

**19.07.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Juli 2022: >>EU-Sanktionen: Nur Deutschland ist der große Verlierer**

EU-Sanktionen treffen hauptsächlich Deutschland. Biden kauft arabisches Öl und Saudi-Arabien russisches Öl.

Während Europa, besonders Deutschland, das russische Öl boykottiert, kaufen es andere Länder wie Saudi-Arabien verstärkt auf: 647.000 Tonnen Öl von April bis Juni, das sind 48.000 Faß pro Tag - verschifft über russische und estländische Häfen. Das ist die doppelte Menge ihres sonstigen Einkaufs.

Wie ist das zu erklären, da Saudi-Arabien weltweit am meisten Öl exportiert? Das russische Öl war schon immer etwas billiger als das eigene, aber wegen Europas Sanktionen muß Rußland sein Öl noch billiger als bislang üblich verkaufen: Ein Faß (159 Liter) ist derzeit 23 Dollar billiger als von der Konkurrenz aus der Nordsee und der Opec.

Ein Faß (Barrel) der Nordseesorte Brent kostete im Juni 2022 etwa 106 US-Dollar = 104,5 Euro, also 65 Cent pro Liter. Das bereits raffinierte, russische Öl ist mit 52 Cent pro Liter erheblich günstiger, zumal noch die zusätzlichen Kosten für die Weiterverarbeitung (Raffinierung) entfallen: Bei 48.000 Faß sind das Einsparungen von über 1,1 Millionen US-Dollar pro Tag.

Das Königreich Saudi-Arabien nutzt das günstig importierte, bereits raffinierte russische Öl, um Strom zu erzeugen und kann sein eigenes unraffiniertes Rohöl zu einem guten Preis weiter verkaufen. Im Sommer wird viel Strom benötigt für den Betrieb der Klimaanlage und der Kühlaggregate.

Mitte Juli war nun Präsident Biden auf Druck seiner Berater zu Besuch in Saudi-Arabien, um neues Öl für die USA locker zu machen, da Kronprinz bin Salman auf Telefonate aus Washington nicht reagiert hatte.

Der Empfang bei der Reise war daher kühl, denn Biden hatte zuvor den Kronprinzen als Drahtzieher am Mord des Journalisten Khashoggi bezichtigt und Saudi-Arabien als Schurkenstaat (Paria-Staat) bezeichnet. Die königliche Diplomatin hatte ihn daher wissen lassen, daß die Begegnung auf Augenhöhe stattzufinden habe.

Biden ließ in den Gesprächen das alte gemeinsame Feindbild Iran wiederaufleben und betonte seine Schutzmacht im Nahen Osten sowie die Bereitschaft zu Investitionen im Bereich der 4 G und 5 G Technologie. Das half insofern, als der Kronprinz eine Erhöhung der Fördermenge von 12 auf 13 Millionen Faß (Barrel) in Aussicht stellte.

Für wie blöd hält US-Biden uns eigentlich in Deutschland? Wir werden beknetet und über seine Vasallen gezwungen, kein russisches Gas mehr zu beziehen. Der Druck, die Gaspipeline Nord Stream 2, die einsatzbereit verlegt ist und uns genügend günstiges Gas, um das sich andere reißen, liefern könnte, niemals in Betrieb zu nehmen, geht doch von den USA aus: Es ginge gar nicht, von einem Schurkenstaat Gas und Öl zu beziehen. Und was machen sie selber? Genau das Gegenteil. Übrigens führte Saudi-Arabien auch Kriege wie den im Jemen, für es keine internationale Zustimmung gab.

Wieso bettelt denn Biden um Öl in Saudi-Arabien, wo sie doch selber genügend Fracking-Gas, dessen Fördermenge sie noch erhöhen wollen, haben? Weil sie ihr ökologisch schädliches Fracking-Gas in möglichst großen Mengen und maximal teuer nach Deutschland verschern wollen, um den größten Profit zu erzielen und für den eigenen Verbrauch selber große Mengen russisches Gas und Öl günstig bezogen haben, aber wegen der dauernden Spannungen nun nach Alternativen wie in Saudi-Arabien Ausschau halten.

Für uns kann das nur heißen: Raus aus der EU und der NATO, raus aus der US-amerikanischen Umklammerung, denn wir werden nur ausgesaugt. Auf ihren Schutz verzichteten wir großzügig, den leisten wir selber durch kluge Beziehungen mit unseren Nachbarstaaten. Ihre Militärstationen, die sie unter dem Deckmantel der NATO immer weiter ausgebaut haben, sind keine Schutzstationen, sondern Zementierung der Besatzung seit 1945.

Wir haben kein Interesse, den russischen Bären, mit dem man auskommen kann, weiter mit hirnrissigen Nadelstichen zu reizen, deren Folgen wir in Deutschland und Europa dann auch zu tragen hätten. Die defekte Gasturbine von Nordstream 1, die zwecks Reparatur nach Kanada gegeben wurde und seit Mitte Juni hätte zurückgegeben werden müssen, wurde von Trudeau im Rahmen der EU-Sanktionen zurückbehalten.

Die Gasturbine für Nordstream 1 sollte ursprünglich bis zum 21. Juli wieder eingebaut sein, was natürlich jetzt nicht mehr möglich ist, denn sie wurde nun endlich von Trudeau freigegeben und angeblich an die Firma Siemens übergeben, die sie so schnell wie möglich einbauen will.

Allerdings sagt Rußland, daß sie von Siemens bis jetzt keinen Termin erhalten haben.

Wer spielt denn hier mit gezinkten Karten? Da braucht sich niemand wundern, wenn Rußland uns gar kein Gas mehr liefern will. Sie haben zwar Verluste, weil sie Gas und Öl etwas billiger an andere verkaufen, haben aber immerhin derzeit bereits im 1. Halbjahr einen Handelsüberschuß von über 20 Milliarden Euro, stehen also gut da.

Die europäischen Sanktionen gegen Rußland sind hirnrissig und müssen sofort weg, zumal wir in Deutschland die Hauptleidtragenden sind, denn die gepriesene europäische Solidarität existiert gar nicht. Nicht nur bei den standhaften Ungarn, die gleich deutlich gemacht haben, daß sie dieses Theater nicht mitmachen werden, sondern auch nicht bei denen, die vordergründig den Sanktionskurs stützen, aber hintenherum ihn aufgrund nationaler Interessen unterlaufen: Frankreich kauft in großen Mengen günstiges russisches Öl und Gas. ...<<

**20.07.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Juli 2022:**

**>>Kaltmacher: Habeck auf den Spuren Morgenthau**

*Von Jürgen Elsässer*

Robert Habeck; mit ihm könnte den Grünen gelingen, was Churchill und Morgenthau versagt blieb: Die Vernichtung Deutschlands. ...

Die "Welt" verglich Habeck Ende Juni schon mit Winston Churchill. Einen "Churchill von der Nordsee" wollte auch die "Kleine Zeitung" aus Österreich gesichtet haben: "Robert Habeck zeigt, wie modernes Führen in der Krise geht." "Blut, Schweiß und Tränen" hatte der britische Premier gefordert, um das Letzte aus seinem Volk gegen die verhaßten Deutschen herauszuholen. Der Grüne macht es ihm nach, dieses Mal geht es gegen die verhaßten Russen - und dennoch werden auch bei ihm zuerst die Deutschen leiden.

"Wissen Sie, was ein harter, entbehrungsreicher Winter bedeuten kann? Daß Unternehmen ihre Produktion einstellen müssen, ihre Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen, daß Lieferketten zusammenbrechen, Leute sich verschulden, um ihre Heizrechnungen zu bezahlen, daß Menschen ärmer werden, daß Frust sich in unser Land frißt. ... Wir laufen in eine harte Zeit rein," skizzierte Habeck sein "Alptraum-Szenario" im "Spiegel". ...

Der manische Russenhaß des grünen Emporkömmlings wird noch durch seine notorische Blödheit in den Schatten gestellt, und gerade die Kombination beider Eigenschaften könnte Deutschland wieder einmal in den Untergang führen. Konkret: Die bisher für beide Seiten so gedeihliche Energiepartnerschaft mit Moskau zu zerstören, ist eine Sache. Aber das zu tun, ohne einen Plan B zu haben, ist der Gipfel. Wo soll denn der Ersatz für das russische Gas herkommen, dessen Bezug die Grünen durch immer weitere Kriegstreiberei und Sanktionsgedöns aufs Spiel setzen? ...

Robert Habeck nutzt die Ukraine-Eskalation, um endlich die Deindustrialisierung und Verarmung Deutschlands durchzusetzen. Dabei folgt er einem Plan der US-Besatzer von 1944/45 - dem berüchtigten Morgenthau-Plan. ...

Wer war dieser Henry Morgenthau? Im August 1944, als der Zusammenbruch des Dritten Reiches schon absehbar war, formulierte der US-amerikanische Finanzminister eine Agenda für die Zukunft des unterworfenen Feindstaates: "Dieses Programm ... soll Deutschland in ein Land mit vorwiegend agrarischem und ländlichem Charakter verwandeln."

Morgenthaus Überlegungen wurden im Folgemonat auf der alliierten Konferenz in Quebec von US-Präsident Franklin D. Roosevelt und dem britischen Premier Winston Churchill gebilligt. Dabei war selbst US-Kriegsminister Henry L. Stimson erschrocken über die Ausführungen seines Kabinettskollegen - nach seiner Schätzung würden mindestens 20 Millionen Deutsche in Folge des Morgenthau-Plans verhungern und erfrieren. Außenminister Cordell Hull rechnete vor, daß sogar rund 40 Prozent der Bevölkerung zu Grunde gehen würden. ...<<

Sven Korte berichtet am 20. Juli 2022 über die Grundpfeiler der Demokratie (x1.148): >>**Unsere Kinder sind es wert**

Wir mündigen Bürger sind freie Menschen. Zumindest sollten wir es laut Grundgesetz sein, doch leider ist das im besten Deutschland aller Zeiten nicht mehr der Fall.

Wir, der Souverän und der eigentliche Herrscher, werden am Nasenring durch die Manege gezogen, ohnmächtig gegenüber dem Handeln einer hochgradig kriminell agierenden politischen Kaste. Diese ändert, mißachtet oder ignoriert täglich sämtliche Gesetze und Bürgerrechte, geradeso als würden diese wichtigen Regeln für unser aller Zusammenleben überhaupt nicht mehr existent sein.

Im staatsrechtlichen Sinne funktioniert Hierzulande leider gar nichts mehr. Nicht das Geringste. Die Politik sowieso nicht, aber auch der letzte Grundpfeiler der Demokratie, die Justiz und die Justizbehörden, kommen ihrem Daseinszweck nicht mehr ausreichend nach. Eine Demokratie ohne Rechtsprechung kann es nicht geben, denn die Judikative ist eine tragende Säule eben dieser Demokratie.

Nur ist sie es in Deutschland nicht mehr, denn immer öfter handeln Richter am höchsten Gericht nicht mehr nach Gewissen oder Gesetzbuch, sondern nach den Direktiven, die sie sich z.B. beim Abendessen im Kanzleramt abholen. Geschähe dergleichen in einem beliebigen anderen Land der Welt, würden es die Medien sofort laut anprangern. Hier bei uns tun sie es nicht, denn auch die Medien wurden bereits "auf Linie" gebracht.

Und dennoch versuchen uns die Leitmedien den Eindruck zu vermitteln, die Bundesrepublik Deutschland sei als solche noch existent; als wäre die freiheitlich-demokratische Grundordnung noch von Belang; als wäre unser Land noch ein funktionierender Rechtsstaat, der solide und zuverlässig arbeitet und von ebenso grundehrlichen wie korrekten Politikern geführt wird. Wir alle wissen, daß das so nicht der Fall ist. Überhaupt nicht. Das Gegenteil trifft zu.

Die meisten Angehörigen der völlig verrotteten Politikerkaste scheinen komplett den Verstand verloren zu haben, denn sie vernichten kaltherzig und mit einem Lächeln auf den spöttisch verzogenen Lippen, die Lebensgrundlagen für Millionen von Menschen.

Tag für Tag gebärden sie sich wie irrsinnig, agieren mit Willkür, erzählen uns beinahe stündlich neue Lügengeschichten, überziehen uns mit einer exzessiv ausgelebten Ideologie, die man uns allen mit Gewalt und gegen unseren Willen aufzuzwingen versucht. Bei den Psychiatern im Lande müßte so ein auffälliges Verhalten eigentlich sämtliche Alarmglocken zum Schlingen bringen.

Jeden Tag fragt sich der Bürger, warum die Polizei nicht endlich tätig wird, um die offensichtliche Kriminalität der Politikerkaste strafrechtlich zu verfolgen. Ist den hunderttausenden von Polizeibeamten etwa die Gesetzesgrundlage fremd geworden? Erkennen sie denn ihre Aufgabe nicht mehr, die da lautet die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen? Haben



sie denn nicht einen Eid auf unser Grundgesetz geschworen? Oder ist es doch mehr eine Omertà auf die Regierung, so wie bei der Mafia?

Es läßt sich nicht mehr glaubhaft abstreiten, daß die Polizei der Bundesrepublik kläglich versagt hat. Diese nicht leichtfertig vorgetragene Anklage kann man mit hunderten Beispielen belegen. Im Prinzip müßte die Polizei selbst gegen sich ermitteln, denn sie läßt offenkundig kriminell agierende Politiker ganz nach Belieben schalten und walten.

Sie läßt Drogendealer, die in öffentlichen Parks ihren "Geschäften" nachgehen, völlig unbehelligt und läßt Vergewaltiger, die auf offener Straße über ein 13 Jahre altes Mädchen herfallen, sofort wieder laufen. Die Angehörigen krimineller Clans werden nur eher selten belästigt, weil das ja "rassistisch" wäre.

Man muß an dieser Stelle eine Lanze für unsere Polizeibeamten brechen, denn sie alle sind weisungsgebunden. Das bedeutet, wenn sie den Befehl erhalten, ein bestimmtes Klientel ab sofort in Ruhe zu lassen, dann müssen sie gehorchen oder ihren Job aufgeben. Remonstration lautet der Fachbegriff dafür.

Allerdings ist es für den Durchschnittsbürger nicht mehr zu vermitteln, warum auf der einen Seite offenkundige Straftäter nicht zu sehr behelligt werden dürfen, auf der anderen Seite jedoch mit äußerster Härte gegen Bürger vorgegangen wird, die während der Corona-Hochzeit ihre Staubschutzmaske nicht getragen haben oder Abstände nicht einhielten.

Auch bei öffentlichen Protesten wird ersichtlich, daß es gute und der Politik genehme Demonstrationen gibt, z.B. FFF, Black-Lives-Matter, Antifa, etc., deren Vertreter immer auf Unterstützung und Zustimmung durch Politik und Medien zählen können, egal ob sie dabei ganze Straßenzüge verwüsten oder in Brand setzen.

Geht jedoch der Durchschnittsbürger auf die Straße, um mit dem Grundgesetz in der Hand seinen Unmut über die Corona-Maßnahmen zu verkünden, dann wird die Polizei mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummiknüppeln gegen ältere Menschen und Kinder losgeschickt. Und wenn bei diesen teilweise sehr heftigen Zusammenstößen mit der Polizei dann mal ein Bürger sein Leben verliert, dann hat dieser Bürger eben Pech gehabt und wird zudem noch als rechter Nazi verunglimpft. Viel zu viele Polizisten haben dieses miese Spiel mitgemacht und nichts gesagt, als sie diese Befehle erhalten haben.

Überhaupt, was denkt sich der Bürger nur dabei, auf der Straße gegen die Regierung zu protestieren? Er kann doch von Zuhause, aus seinem eigenen Wohnzimmer, ebenso seinen Unmut verkünden. Innenministerin Nancy Faeser hat ja auf Twitter die Maßnahmen-Gegner dazu auffordert, ihre Meinung nicht mehr im öffentlichen Raum kundzutun, sondern einfach Daheim zu bleiben. So geht Demokratie heute, im besten Deutschland aller Zeiten!

Bei all diesem Wahnsinn fragt der normale Bürger sich, wo eigentlich die zahlreichen Bundesbehörden und deren Mitarbeiter abgeblieben sind? Wo sind die Leute, die in den Gesundheitsämtern, dem Verfassungsschutz, dem Bundesrechnungshof, den Fernseh- und Presse-Räten, der BaFin oder der Steuerfahndung arbeiten? Wo sind die Juristen und Rechtsanwälte? Wo sind die Ärzte und Apotheker? Erkennen Sie etwa nicht, daß unser großartiges Land völlig zerstört wird, wenn diesen Verbrechern innerhalb der Politikerkaste nicht mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates Einhalt geboten wird?

Sehen sie das etwa nicht?

Doch, sie sehen es. Sie alle. Sie wissen was kommt, sie alle wissen es. Und weil sie es wissen und nichts dagegen unternehmen, haben sie ebenfalls Schuld auf sich geladen und sind zu Straftätern geworden. Sie weigern sich, ihren vom Steuerzahler bezahlten Aufgaben nachzukommen, weil sie befürchten müssen, daß dieser Staat zusammenbricht, wenn diese "Politikerkaste" als das entlarvt wird was sie ist. Und doch wird unausweichlich jener Tag kommen, an dem auch der letzte Hinterwäldler erkennen muß, wie er in den letzten Jahren hinter die Fichte geführt wurde.

Bleibt die Frage offen, wer die von der Politik angerichteten Schäden straf- und zivilrechtlich aufarbeiten soll? Abgesehen von den zahlreichen anderen Verfehlungen, sind auch ganz besonders die Todesfälle sowie die gesundheitlichen Schäden und Beeinträchtigungen durch die "Impfung" hervorzuheben.

Diese sind niemals wiedergutzumachen, dazu ist es zu spät.

Die Politik steht mit dem Rücken zur Wand und sie weiß das auch. Sie sind verzweifelt. Und verzweifelte Menschen, die drauf und dran sind ihre Machtstellung zu verlieren, tun mitunter ziemlich dumme Dinge. Die Geschichte lehrt, daß solche dummen Dinge kein gutes Ende haben können, das ist schier unmöglich. Die Bevölkerung muß sich also auf das Schlimmste vorbereiten und das Beste hoffen.

Und diese Hoffnung ist wie der Sonnenstrahl, der durch die dunkle Wolkendecke bricht. Hoffnung, ist wie das erste Licht des neu anbrechenden Tages, ein Versprechen auf eine andere, eine bessere Zukunft. Laßt uns doch alle gemeinsam daran arbeiten, diese Hoffnung und dieses Versprechen in Realität umzuwandeln. Und wir können das schaffen!

Warum versucht die Politik wohl, uns in immer kleinere und miteinander im Streit liegende Gruppen zu spalten? Weil die da oben ganz genau wissen, über welche Macht wir als Volk verfügen. Und sie fürchten sich davor! Deshalb hetzen sie uns gegeneinander auf. Alt gegen jung, links gegen rechts, Mann gegen Frau, Kinder gegen ihre Eltern.

Es liegt an uns, dieses Spiel nicht mitzuspielen. Wenn wir es nur fertigbringen, über unseren eigenen Schatten zu springen und miteinander zu reden, dann werden wir mit Erstaunen feststellen, daß es viel mehr Dinge gibt die uns alle verbinden und daß die Dinge, die uns angeblich voneinander trennen, eigentlich gar nicht von Bedeutung sind.

Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Nationalität, all das kann man vernachlässigen, wenn man sich auf die wirklich wichtigen Dinge konzentriert.

Was könnte das sein, was uns allen gemein ist?

Nun, wir alle lieben unsere Kinder. Wir alle wollen unseren Kindern dabei zusehen, wie sie aufwachsen und eine glückliche Zukunft haben. Wir alle wollen einfach nur unser Leben in Frieden mit den Menschen verbringen, die wir lieben. Auf diesen Überlegungen können wir doch aufbauen und dann weitere Punkte finden, die uns allen gemein sind. Alleine mögen wir stark sein, aber gemeinsam sind wir um vieles stärker. Wenn wir alle zusammenarbeiten, gibt es kaum etwas, daß wir nicht schaffen können.

Wo keine Hoffnung ist, sind keine Kinder, sagt ein Sprichwort. Laßt uns gemeinsam die Zukunft erbauen, die wir unseren Kindern hinterlassen wollen.

Unsere Kinder sind es wert. ...<<

**23.07.2022**

**BRD: Die politische Webseite "Apolut" berichtet am 23. Juli 2022 (x1.151/...): >>The Wolff of Wall Street SPEZIAL: Great Reset & 3. Weltkrieg**

Von *Ernst Wolff*

Es ist Ende Juli 2022 und die Welt befindet sich in einem Umbruch von gewaltigen Dimensionen. Die Auswirkungen sind so immens, daß man sich die Frage stellen muß: Erleben wir möglicherweise nicht nur den Great Reset, sondern auch den Beginn des 3. Weltkriegs?

Sehen wir uns, um die Frage zu klären, die beiden anderen Weltkriege einmal an:

Der 1. Weltkrieg von 1914 bis 1918 war ein Kampf um die Nachfolge Großbritanniens als führender Weltmacht und um deren rohstoffreiche Kolonien. Anwärter für die Nachfolge waren das Deutsche Reich und die USA, die beide in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts einen gewaltigen Wirtschaftsaufschwung erlebt hatten.

Der große Verlierer am Ende des 1. Weltkriegs war das Deutsche Reich, das 1919 im Vertrag von Versailles zu hohen Reparationszahlungen, hauptsächlich an Großbritannien, Frankreich und Italien, verpflichtet wurde.

Der große Gewinner waren aber nicht die USA als Nation, sondern die Großbanken der Wall Street. Sie haben den Krieg zunächst durch die Vergabe von Krediten an die verschiedenen Kriegsparteien finanziert. Als Deutschland den Krieg zu gewinnen drohte, haben sie die Regierung in Washington, die sich drei Jahre lang aus dem Krieg herausgehalten hatte, 1917 erpreßt und zum Eingreifen gedrängt.

Auf diese Weise haben sie sich ihr Geld zuzüglich Zinsen über die Reparationszahlungen von den Regierungen in London, Paris und Rom zurückgeholt.

Man muß also feststellen: Während der vier Jahre, in denen 16 Millionen Menschen ihr Leben verloren haben, waren es die Großbanken der Wall Street, die den Krieg im Hintergrund finanziert, angetrieben und schlußendlich am meisten davon profitiert haben.

Im 2. Weltkrieg war das nicht anders. Er wird uns immer als ein Kampf der Demokratie gegen den Faschismus dargestellt. Das entspricht aber nicht der Wahrheit. Die Nationalsozialisten wären ohne die Geldpolitik der Wall Street niemals an die Macht gekommen. Es waren die US-Großbanken, die den Konsumrausch der Zwanziger Jahre durch massive Kreditvergabe ermöglicht und sein Ende durch den Crash von 1929 herbeigeführt haben. Die Massenarbeitslosigkeit, mit der die Grundlage für den Aufstieg der NSDAP gelegt wurde, war vor allem eine Folge dieses Crashes.

Während des Krieges haben sich die US-Banken dann durch finanzielle Unterstützung aller Seiten erneut als Kriegstreiber im Hintergrund betätigt. Am Ende wurden sie dafür sogar reichlich belohnt: Nachdem diesmal 66 Millionen Menschen ihr Leben verloren hatten, hat die Politik ihnen 1944 in Bretton Woods ein neues globales Finanzsystem auf den Leib geschneidert, durch das sie in den Folgejahren finanziell bis in den letzten Winkel der Erde vordringen konnten.

Inzwischen ist ein Dreivierteljahrhundert vergangen, in dem wir zuerst den Nachkriegsboom und dann die Deregulierung des Finanzsystems erlebt haben. Das Ergebnis beider Prozesse besteht darin, daß die Macht der Wall Street heute größer ist als jemals zuvor. Zudem hat sich im Hintergrund eine neue Kraft gebildet, die wesentlich stärker ist als einzelne Banken. Dabei handelt es sich um die großen Vermögensverwalter mit BlackRock und Vanguard an der Spitze. Sie zählen inzwischen bei allen Großbanken der Wall Street - ob JP Morgan, Citigroup, Bank of America oder Goldman Sachs - zu den Hauptaktionären und haben sich mittlerweile auch die wichtigsten Zentralbanken der Welt unterworfen.

Wir haben es also im Finanzsystem mit der größten Machtkonzentration aller Zeiten zu tun. Dazu kommt, daß mit den IT-Konzernen im Silicon Valley eine neue Branche entstanden ist, die inzwischen mit diesen Vermögensverwaltern verschmolzen ist. BlackRock, Vanguard und Co. sind nämlich auch die Hauptaktionäre von Alphabet, Amazon, Apple und Microsoft.

Dieses absolut gigantische Kartell aus Vermögensverwaltern und IT-Konzernen hat, weil es weltweit nicht nur das Geld, sondern auch die Daten beherrscht, mehr Macht als irgendeine Kraft in der gesamten Geschichte der Menschheit an sich gerissen. Es hat allerdings auch ein historisches Problem:

Die auf Rekordhöhe getriebenen Finanzmärkte verlangen nach immer neuem Geld und immer niedrigeren Zinsen. Da wir bei den Zinsen aber 2020 bei null angekommen sind und sie nicht ins Negative gedrückt werden können, bleibt nur noch die Geldschöpfung. Die aber führt in die Geldentwertung. Um die wiederum einzugrenzen, muß man die Zinsen erhöhen. Das aber erschwert die Rückzahlung von Krediten, und die befinden sich zurzeit auf einem Allzeithoch. Zudem driftet die Welt gerade in eine Rezession, also eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung.

Der digital-finanzielle Komplex sitzt daher in einer historischen Klemme. Was also tun?

Nun, Kriege sorgen für steigende Kurse der Rüstungskonzerne, treiben die Finanzmärkte an, erhöhen die Kreditnachfrage wegen der Umstellung von der Friedens- auf die Kriegswirt-

schaft und schaffen nach der Zerstörung durch den Wiederaufbau massenweise Arbeitsplätze. Kriege sind ein gewaltiger Wirtschaftstreiber.

Kriege sind aber auch ein hervorragendes Ablenkungsmittel von den wahren Problemen der Zeit. Durch die Schaffung von Feindbildern läßt sich die Mehrheit der Bevölkerung sehr leicht in die Irre führen.

Betrachtet man die aktuelle Situation ganz nüchtern, dann muß man feststellen: All das, was Kriege bewirken, ist momentan in höchstem Maße gefragt.

Was läge für die Mächtigen in dieser Situation also näher als auf Krieg zu setzen und die vorhandenen Konfliktherde entweder - wie in der Ukraine bereits geschehen - zu entzünden oder - wie vor Taiwan oder im Nahen Osten - ständig vor sich hinköcheln zu lassen, um sie bei Bedarf ebenfalls in Brand zu setzen?

Wenn uns der 1. und der 2. Weltkrieg etwas gelehrt haben, dann dies: Entscheidend sind nicht die Politiker. Es nützt in unseren Tagen nichts, auf Scholz, Macron, Biden, Putin oder Xi Jinping zu schauen. Deren Funktion besteht darin, uns alle abzulenken, uns in die Irre zu führen und so der Agenda einer anderen Kraft den Weg zu bereiten. Wenn wir wissen wollen, was uns droht, müssen wir auf diese andere Kraft im Hintergrund schauen, und dann stellen wir fest:

Sämtliche Voraussetzungen für einen 3. Weltkrieg sind zurzeit erfüllt. Und die Politik zeigt bereits in der Ukraine, daß sie wieder einmal keine Hemmungen hat, sich der Agenda im Hintergrund zu unterwerfen und Menschen in den Tod zu schicken.

Das alles sind keine guten Aussichten, aber wir sollten uns immer wieder ins Gedächtnis rufen: Die Mehrheit der Menschen läßt das alles nur deshalb geschehen, weil sie die Hintergründe nicht durchschaut und der Politik und auch den Medien vertraut.

Dieses Vertrauen aber ist in den vergangenen zweieinhalb Jahren bereits heftig erschüttert worden und wird in den vor uns liegenden Wochen und Monaten noch stärker erschüttert werden. Der digital-finanzielle Komplex hält nämlich nur aus einem Grund eisern an seiner kompromißlosen Strategie fest: Weil es für ihn keine andere Möglichkeit gibt, seine Macht zu erhalten.

Das aber heißt nichts anders, als daß sich uns allen ein historisches Zeitfenster eröffnet, in dem Aufklärung auf fruchtbaren Boden treffen, vielen die Augen öffnen und damit möglicherweise eine historische Wende einleiten kann. ...<<

**25.07.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Juli 2022: >>Wladimir Putin über die kommende neue Weltordnung**

\_ Übersetzung von *Thomas Röper*

In einer am 21. Juli dieses Jahres gehaltenen Rede äußerte sich der russische Präsident Wladimir Putin zur kommenden Weltordnung und der "goldenen Milliarde", aus der wir hier einen Auszug veröffentlichen. ...

"Der Mechanismus dieses Wettbewerbs wird den Herausforderungen unserer inneren Entwicklung und unserer Zeit gerecht, in der wirklich revolutionäre Umwälzungen immer mehr an Dynamik und Kraft gewinnen. Diese gewaltigen Veränderungen sind natürlich unumkehrbar. Und sowohl auf nationaler als auch auf globaler Ebene werden die Grundlagen und Prinzipien einer harmonischen, gerechteren, sozialeren und sichereren Weltordnung erarbeitet - eine Alternative zur bestehenden oder, wie man sagen kann, unipolaren Weltordnung, die ihrem Charakter entsprechend zu einer Bremse für die Entwicklung der Zivilisation wird.

**"Totale Dominanz der goldenen Milliarde"**

Das Modell der totalen Dominanz durch die sogenannte goldene Milliarde ist ungerecht. Warum sollte diese "goldene Milliarde" die gesamte Weltbevölkerung dominieren und ihr ihre eigenen Verhaltensregeln auferlegen, die auf der Illusion der eigenen Ausschließlichkeit beru-

hen? Sie teilt die Menschen der Welt in Völker erster und eine zweiter Klasse ein und ist daher ihrem Wesen nach rassistisch und neokolonial. Und die ihr zugrunde liegende globalistische, angeblich liberale Ideologie nimmt immer mehr Züge des Totalitarismus an, der die kreative Suche, das freie historische Schaffen einschränkt.

Es entsteht der Eindruck, daß der Westen der Welt einfach kein Zukunftsmodell anbieten kann. Ja, natürlich ist diese "goldene Milliarde" nicht zufällig "golden" geworden, sie hat viel erreicht. Aber sie hat ihre Positionen nicht aufgrund irgendwelcher verwirklichten Ideen eingenommen - zum größten Teil hat sie ihre Position durch das Ausrauben anderer Nationen in Asien und Afrika eingenommen. Wie sonst? So war es: Wie sehr wurde Indien ausgeplündert. Deshalb haben die Eliten dieser "goldenen Milliarde" heute auch so eine panische Angst davor, daß andere Zentren der Welt ihre Varianten der Entwicklung einführen könnten.

### **"Ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte steht bevor"**

Doch so sehr die westlichen und supranationalen Eliten auch versuchen, die bestehende Ordnung zu bewahren, es entsteht eine neue Epoche, ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte. Und nur wirklich souveräne Staaten können eine hohe Wachstumsdynamik gewährleisten und ein Beispiel für andere Standards und die Lebensqualität der Menschen, den Schutz traditioneller Werte und hoher humanistischer Ideale sein, und Entwicklungsmodelle, in denen der Mensch nicht Mittel, sondern das höchsten Ziel ist, anbieten.

Souveränität ist die Freiheit der nationalen Entwicklung und damit die Freiheit jedes Einzelnen: Die Kompetenz des Staates in Technologie, Kultur, Intellekt und Bildung, das ist Souveränität. Und natürlich ist die wichtigste Komponente der Souveränität eine verantwortungsbewußte, aktive und national denkende, national orientierte Zivilgesellschaft." ...<<

**30.07.2022**

**BRD:** Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Juli 2022:

### **>>Impfärztin bringt sich um - Krokodilstränen in der Politik**

Von *Karel Meissner*

Eine österreichische Impfärztin beging Selbstmord. Angeblich wegen zahlreicher Drohungen. Politiker und Mainstream erheben die Verstorbene zur Märtyrerin. Dabei sind sie die wahren Schuldigen.

Die Spaltung der Gesellschaft, angezettelt durch diktatorische Corona-Maßnahmen, hat einen traurigen Höhepunkt erreicht. Die in Seewalchen am Attersee (Oberösterreich) tätige Impfärztin Lisa Maria Kellermayr hat vor Tagen Selbstmord begangen. Kurz zuvor mußte sie ihre Praxis schließen.

In Interviews mit österreichischen Medien nannte sie als Grund: seit sieben Monaten beschössen Impf-Kritiker sie mit Beschimpfungen ("Massenmörderin") und Morddrohungen. Eine tägliche Polizeistreife biete zu wenig Schutz, also rüstete sie ihre Praxis mit Sicherheitstechnik auf und engagierte einen privaten Wachschutz.

Allerdings überstiegen diese Maßnahmen (100.000 Euro) Kellermayrs Budget. Die 36jährige schloß ihre Ordination. Fortan erhielt sie Unterstützung durch den Staatsschutz, während Hackergruppen beim Aufspüren der Drohbrieftschreiber halfen. Ihr Ziel: Die Wiedereröffnung der Praxis. Jetzt plötzlich der Selbstmord.

Für die Mainstream-Medien ein gefundenes Fressen. Endlich hat die Impf-Lobby ihre Märtyrerin: "Von Impfgegnern bedrohte Medizinerin nimmt sich das Leben", schlagzeilte die dpa. Gäbe es eine Heuchel-Hitparade, Österreichs grüner Gesundheitsminister Johannes Rauch käme als Anwärter für den Spitzenplatz in Frage. Auf Twitter schrieb er:

"Morddrohungen gegen sie und ihre Mitarbeitenden waren brutale Realität. Haß gegen Menschen ist unentschuldig. Dieser Haß muß endlich aufhören."

Natürlich ist Frau Kellermayrs Suizid eine Katastrophe. Natürlich sind die Haß- und Droh-Mails an sie ein No go. Ebenso wie Haß-Attacken und Drohungen gegen Oppositionelle und Querdenker, die vom Mainstream und den Machthabern mit stillem Grinsen geduldet werden. Auffallend ist, daß die Drohwelle gegen Frau Kellermayr vor sieben Monaten startete. In jener Zeitspanne, als in Österreich die allgemeine Impfpflicht beschlossen wurde:

Der Besuch beim Impfarzt sollte nicht länger aus freiem Entschluß, sondern unter Zwang erfolgen. Dieses Gesetz machte Impfärzte wie Frau Kellermayr aus der Perspektive der Impfskeptiker zu Kollaborateuren, zu Vollstreckern, zu Henkern.

Tatsächlich forderte die Österreichische Ärztekammer seit längerem den Schutz von Impfärzten. An ihnen tobt sich der Haß aus, der eigentlich der Regierung gilt, die unter dem damaligen Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein das barbarische Gesetz beschloß. Auch nach dessen Aufhebung wird nur langsam Ruhe einkehren. Die Machthaber haben ihre faschistoide Fratze gezeigt. Hier liegt die Ursache für die Spaltung, den Haß und den Suizid von Frau Kellermayr.

Ihre Abschiedsbriefe sollen übrigens nicht veröffentlicht werden. Warum eigentlich nicht? Es scheint, daß sie für Staatspropaganda nicht geeignet sind. ...<<

**01.08.2022**

**BRD:** Willy Klages (1953\*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. August 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: Rückkehr zur Vernunft oder planmäßig in den kollektiven Untergang**

Sehr geehrte Damen und Herren!

**In 5 Monaten sollen die letzten Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.**

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke (ohne Gas) für die Grund-, Mittel- und Spitzenlast zur Verfügung.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2023 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken. Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen kommen kann.

**Wiederaufbau einer konventionellen stabilen Grund- und Mittellaststromerzeugung**

Notwehr ist nicht verboten.

*Spruchwort aus Deutschland*

**Wir benötigen endlich** eine sachliche Energiepolitik, die wieder auf Effizienz und die Innovationskraft von Forschern, Ingenieuren und Unternehmern setzt.

Am Ende des 20. Jahrhunderts besaßen die Deutschen aufgrund der grandiosen Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen noch die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die sicherste Stromversorgung der Welt. E.ON, der ehemals größte deutsche Stromerzeuger, zählte damals international zu den besten privaten Energieunternehmen, welches weltweit über beachtliche Beteiligungen verfügte. E.ON verkaufte infolge der Energiewende schließlich bereits im Jahre 2018 sämtliche deutschen Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke (alle konventionellen Kraftwerke, außer den Kernkraftwerken) an den finnischen Staatskonzern Fortum (Hauptaktionär des Energieversorgers Uniper).

Angesichts der katastrophalen Folgen von Netzzusammenbrüchen muß die seit Jahren kra-

chend gescheiterte Energiewende sofort beendet werden. Ohne eine stabile Grund- und Mittel-laststromerzeugung sind vermutlich ab 2023 flächendeckende Zusammenbrüche des nationalen deutschen Stromnetzes nicht mehr zu verhindern, deshalb muß der Wiederaufbau der bewährten konventionellen stabilen Grund-, Mittel- und Spitzenlaststromerzeugung unverzüglich beginnen.

Um zukünftig eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten, sind folgende Maßnahmen zu realisieren:

### **1. 15jährige Laufzeitverlängerung für die letzten noch in Betrieb befindlichen 3 Kernkraftwerke**

Die sogenannten "abgebrannten" Brennelemente verfügen noch über erhebliche Leistungsreserven die durch "Streckbetrieb" im Winter 2022/23 genutzt werden können. Jedenfalls läßt sich durch die Neuordnung der vorhandenen "abgebrannten" Brennelemente noch sehr viel Strom erzeugen.

### **2. Wiederinbetriebnahme und 15jährige Laufzeitverlängerung für die 4 Kernkraftwerke, die in den Jahren 2019-2021 abgeschaltet wurden**

### **3. Rückgängigmachung des Kohleausstiegs**

Die deutsche Bundesregierung beschloß per Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020, die letzten Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 stillzulegen.

Deutschland besitzt außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen, deshalb muß das unsinnige Kohleausstiegsgesetz vom 3. Juli 2020 umgehend storniert werden.

Der Weiterbetrieb aller noch in Betrieb befindlichen Kohlekraftwerke und die Wiederinbetriebnahme aller noch einsatzfähigen Kohlekraftwerke sind durch staatliche Fördermaßnahmen zu gewährleisten, bis sie durch Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" (DFR) ersetzt werden können.

Angesichts der dramatischen Preiserhöhungen für Öl und Gas sollte die stoffliche Nutzung der Braunkohle in West- und Mitteldeutschland nicht voreilig gesetzlich ausgeschlossen werden. Die Braunkohle ist für die chemische und petrochemische Industrie ein wertvoller Rohstoff und könnte die Importabhängigkeit von Öl und Gas drastisch verringern. Falls die Preise für Öl und Gas weiter steigen, könnte die Braunkohle bis 2030 etwa 30 Prozent der Chemierohstoffe in Deutschland stellen und wesentlich zur Versorgungssicherheit Deutschlands beitragen.

### **4. Inbetriebnahme von Nordstream 2 (1.234 km lange Erdgaspipeline von Rußland nach Deutschland)**

In der Bundesrepublik Deutschland fehlen ab 2023 ständig etwa **50.000 Megawatt Strom**, um die Stromnachfrage zu decken.

Langanhaltende flächendeckende Stromausfälle sind nur zu verhindern, wenn alle vorhandenen deutschen Gaskraftwerke eingesetzt werden können, denn nur diese konventionellen Gaskraftwerke sind in der Lage, die erforderlichen Spitzenlast-Kapazitäten zu erzeugen.

### **5. Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Rußland**

Wir können den kommenden Winter 2022/23 nur überstehen, wenn wir über genügend Kohle- und Gasvorräte verfügen. Da gegenwärtig und zukünftig nur Rußland in der Lage ist, diese Brennstoffe zu liefern, müssen sofort Verhandlungen beginnen, um den selbstmörderischen Wirtschaftskrieg gegen Rußland zu beenden.

Während die USA weiterhin günstiges russisches Gas, Öl und andere Rohstoffe für sich beziehen, wurde die Europäische Union auf Anweisung der NATO beauftragt, Wirtschaftssanktionen gegen Rußland zu verhängen.

Mit diesen irrsinnigen Sanktionen gegen Rußland zerstören die fremdbestimmten EU-Länder seit Monaten ihre Wirtschaft und plündern gewissenlos ihre Bevölkerung aus.

Die von den kriminellen US-Globalisten angeordneten Waffenlieferungen und Sanktionen unterstützen in erster Linie die großen Rüstungskonzerne, die multinationalen Konzerne und die globalen Finanzunternehmen, während die Ukrainer tagein und tagaus sterben und man die westeuropäische Bevölkerung systematisch von ihrem Eigentum "befreit" und Millionen in die Verschuldung treibt.

## **6. Sofortiger Baustopp für Windkraftwerke und Solaranlagen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen**

Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, denn der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Die Windkraftwerke können gegenwärtig und zukünftig keine sichere Stromversorgung garantieren, denn in den letzten Jahrzehnten ist die Speichertechnik keinen Schritt weitergekommen. In der Bundesrepublik Deutschland wird es auch in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben. Von den z.B. mindestens benötigten 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 36 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden.

Während der sogenannten Dunkelflauten (Windstille und Nebel) erzeugen die Windkraft- und Photovoltaikanlagen keinen Strom, **deshalb existieren diese Stromerzeuger eigentlich überhaupt nicht.**

Windkraftanlagen sind außerdem nicht klimaneutral und umweltfreundlich, denn für den Bau und den Betrieb von Windenergieanlagen werden z.B. seltene Erden, Tropenholz, tonnenweise Beton und kostbare Flächen gebraucht.

Während die törichten Schildbürger wenigstens nach einer gewissen Zeit ihre Fehler erkannten und korrigierten, sind die offensichtlich total verblödeten Gutmenschen und bösartigen Klimaretter nicht bereit, ihr systematisch geplantes epochales Zerstörungswerk einzustellen.

Obleich die Energiewende schon seit Jahren krachend gescheitert ist, wird die Umweltzerstörung, die der Bau von über 31.000 Windkraftanlagen und Solarparks bereits verursachte, unbeirrt fortgesetzt. Zukünftig sollen mindestens weitere 90.000 Windkraftanlagen errichtet werden.

Anscheinend müssen erst sämtliche landwirtschaftlichen Nutzflächen betoniert, alle Vögel, Fledermäuse und Insekten durch Windräder getötet sowie der gesamte Industriestandort Deutschland vernichtet werden, um zu erkennen, daß Windkraft- und Photovoltaikanlagen ohne entsprechende Speicher niemals eine stabile Stromversorgung gewährleisten können.

## **7. Bau von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV"**

Der neuartige Dual Fluid Reaktor wurde von Physikern des "Instituts für Festkörper-Kernphysik zur Förderung der Forschung mit beschränkter Haftung" (IFK) in Berlin entwickelt.

Die neuartigen Dual-Fluid-Reaktoren sind extrem kompakt, physikalisch sicher und produzieren keine hochradioaktiven Abfälle. Sie können ferner relativ preisgünstig und schnell gebaut werden. Die Baukosten für einen Dual Fluid Reaktor (DFR) mit 1.500 Megawatt elektrischer Leistung und 3.000 Megawatt thermischer Leistung betragen gegenwärtig etwa 1,5 Milliarden Euro.

Der DFR-Flüssigsalzreaktor zählt zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Der Dual Fluid Reaktor nutzt als Brennstoff Natururan, abgereichertes Uran, Thorium und abgebrannte Brennelemente, das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus den deutschen Zwischenlagern könnten nach der Wiederaufarbeitung als Brennstoff genutzt werden und würden jahrzehntelang die inländische Stromerzeugung gewährleisten.

Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von



Dual Fluid Reaktoren genutzt würden, wären keine neuen Stromleitungen erforderlich. Aufgrund der Wiederaufarbeitung und Verwertung der hochradioaktiven Abfälle wäre auch die unendliche Suche nach einem geeigneten Lager für die jahrtausendlange Entsorgung von abgebrannten Brennelementen beendet.

### **Mögliche Ursachen für einen flächendeckenden Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes**

Not lehrt beten.

*Spruchwort aus Deutschland*

Eine im Winter typische Dunkelflaute genügt bereits, um zukünftig einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Beispiel: Mitte Januar 2023 herrschen in Mitteleuropa 5-10 Grad Kälte und starke Schneefälle. In Deutschland ist es seit Tagen windstill und neblig. Die Sonne ist nur selten zu sehen. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen fällt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse (starke Schneefälle, Windstille und Nebel verursachen tagelange Dunkelflauten) fast komplett aus.

Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes in eine äußerst bedrohliche Situation, denn Deutschland benötigt wesentlich mehr Strom, als es selbst produzieren kann.

Weil die bisherigen Stromlieferanten Frankreich, Belgien, Schweiz und Österreich vor allem mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom selbst und können während der Kältephase den dringend benötigten Strom von mehr als 50.000 Megawatt Strom nicht nach Deutschland liefern. Die meisten kurzfristig reaktivierten deutschen Kohlekraftwerke müssen außerdem wegen fehlender Kohlevorräte abgeschaltet werden. Alle Speicherbecken der 36 deutschen Pumpspeicherkraftwerke sind längst leer.

Da viele Deutsche wegen des Gasmangels mit Strom heizen, steigt die Stromnachfrage auf über 80.000 Megawatt, so daß die Lage in Deutschland immer aussichtloser wird, die normale Netzfrequenz bei 50 Hertz zu halten. Falls die Netzfrequenz wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung unter 47,5 Hertz sinkt, kommt es zwangsläufig zu Stromausfällen. Die dringend erforderlichen konventionellen Reservekraftwerke zum Ausgleich von Netzschwankungen gibt es nicht mehr, deshalb werden sofort große Industrieunternehmen und Hunderttausende von Privathaushalten vom Netz genommen, um die Gefahr eines nationalen Netzzusammenbruches (Blackouts) zu verhindern.

Diese Notabschaltungen der Stromverbraucher genügen jedoch wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung nicht, um die Netzstabilität zu erhalten. Die Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes sinkt unaufhaltsam unter 47,5 Hertz, so daß es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall im gesamten Land kommt.

### **Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes**

*Not und Tod kommen zu Alten und Jungen.*

*Spruchwort aus Deutschland*

Längere flächendeckende Stromausfälle lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands wird zwangsläufig kollabieren. Innerhalb weniger Stunden werden alle Gesellschaftsstrukturen einstürzen und chaotische Zustände herrschen. Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes würde sich zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören.

**Bereits 24 Stunden nach einem nationalen Stromausfall** beginnt in den deutschen Mastbetrieben das Massensterben von Millionen Kühen, Schweinen, Hühnern, Puten, Gänsen usw., weil sie nicht mehr versorgt werden können.

**Schon 48 Stunden nach einem nationalen Stromausfall** besteht Seuchengefahr wegen feh-

lender Tierkadaver-, Müll- und Wasserentsorgung.

**72 Stunden nach einem nationalen Stromausfall** ziehen vermutlich schon viele Plünderer aufgrund ungenügender Wasser- und Lebensmittelreserven durch die Städte.

**Etwa 8 Tage nach einem nationalen Stromausfall** droht in den Abklingbecken von sieben Kernkraftwerken die gefürchtete Kernschmelze und damit der Super-GAU, falls die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen.

### **Entscheidungskampf um Sein oder Nichtsein**

Wer vor der Gefahr nicht fliehen kann, stehe tapfer seinen Mann.

*Sprichwort aus Deutschland*

Angesichts der aktuellen Stellungnahmen der deutschen Bundesregierung muß man leider davon ausgehen, daß diese fremdbestimmten Politiker ihre verhängnisvollen Aufträge bis zum bitteren Ende konsequent abwickeln werden.

Da die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht über die lebensgefährlichen Folgen der sogenannten Energiewende informiert ist, muß die Bevölkerung endlich umfassend aufgeklärt werden, bevor es zu spät ist.

Die Menschen müssen endlich erkennen, daß sie durch fremdbestimmte Politiker, durch gleichgeschaltete Massenmedien und durch allmächtige Lobby-Organisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" werden.

Die Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise, Klimakrise, Corona-Krise und der Ukraine-Konflikt waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Geheimkrieges abzuweichen.

In diesem geheimen Krieg der globalen NWO-Finanzeliten gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland zu zerstören.

### **Wenn Lügen und Betrug, Angst und Schrecken, Unrecht und Unfreiheit das tägliche Leben bestimmen, wird ziviler Widerstand zur ersten Bürgerpflicht**

Der Apostel Paulus schrieb in seinem Brief an die Galater 5, 1 über den herausragenden Wert der Freiheit: >>Zur Freiheit hat uns Jesus Christus befreit! So steht nun fest und laßt euch nicht wieder das Joch der Knechtschaft auflegen!<<

Als Christen sind wir verpflichtet, zu vergeben, aber wir sind nicht verpflichtet, ideologische Lügen und Halbwahrheiten widerstandslos zu akzeptieren. Seit Jahrtausenden zählt es zu den natürlichen Pflichten der Menschen, künftigen Generationen nach Möglichkeit bessere Lebensmöglichkeiten zu hinterlassen, deshalb muß dieser "staatlich" angeordnete kollektive Untergang sofort gestoppt werden.

Wer seine Augen vor den Naturgesetzen und vor den Tatsachen verschließt, unterstützt stets gefährliche Ideologien und wahnhaftige Illusionen. Die Naturgesetze und die Wirklichkeit waren bisher immer stärker als menschlicher Größenwahn und Menschenverachtung.

Wenn die vernünftigen Menschen, die noch nicht der jahrzehntelangen Gehirnwäsche zum Opfer gefallen sind, es nicht schaffen, die gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der gemeingefährlichen NWO-Psychopathen zu stoppen, werden wir alles verlieren und unser Land wird schon bald nicht mehr existieren.

Möge Gott uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht verleihen, damit es doch noch gelingt, die menschenverachtenden Pläne der gemeingefährlichen Gutmenschen, Klimaschützer, Migrationsbefürworter, Genderisten, Genexperten, Eugeniker und Transhumanisten zu vereiteln.

# GOTT MIT UNS...<<

**14.08.2022**

**BRD:** Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. August 2022:

**>>Wird nun der Morgenthau-Plan vollstreckt?**

Im August 1944, als abzusehen war, daß Deutschland den Krieg gegen die Alliierten verlieren würde, legte Henry Morgenthau, Berater des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, den Plan zur Umwandlung Deutschlands von einem Industriestaat in einen Agrarstaat vor. Könnte es sein, daß der Plan jetzt final realisiert wird?

Ricarda Lang (Vorsitzende B90/die Grünen) ließ wissen:

"Wir haben ein Gasproblem, kein Stromproblem!"

Stimmt nicht, denn es wird durchaus Gas verstromt und mit der Weigerung die fertig gebaute Gaspipeline Nordstream 2 mit günstigem russischen Gas zu öffnen, bekommen wir nicht nur ein Gasproblem, sondern auch ein Stromproblem.

Mit ihrer Äußerung will Lang offensichtlich ihrem Parteigenossen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sekundieren, der eine hohe Gasumlage fürs zahlende Volk fordert, die voraussichtlich Mehrkosten von mehreren Hundert Euro pro Monat verursachen wird. Wie sehen denn die Fakten aus?

Der Großteil des Stroms für Öffentlichkeit und Privathaushalte kommt von erneuerbaren Energien: Wind (26,0 Prozent, 75,4 Terawatt-Stunde (das sind eine Milliarde kWh), Sonne (13,2 Prozent, 38,3 TWh) und andere nachhaltige Energieträger machen zusammen einen Anteil von 51,5 Prozent (149,2 TWh) aus. Mit Braun- und Steinkohle wurden demnach bisher 30,9 Prozent (89,4 TWh) erzeugt. Mit 10,1 Prozent (29,3 TWh) ist Erdgas am Strom aus der Steckdose beteiligt.

Die bisher von Kernkraft im Jahr 2022 erzeugten 18,5 TWh würden für den Stromverbrauch von mehr als vier Millionen solcher Haushalte reichen, wenn man davon ausgeht, daß ein Vier-Personen-Haushalt jährlich im Schnitt 4.085 kWh verbraucht.

So läge es nahe, die noch laufenden Atom-Kraftwerke nicht im Dezember 2022 - wie geplant - stillzulegen, sondern eine begrenzte Zeit weiterlaufen zu lassen. Da auch Brennstäbe wieder aufbereitet werden müßten, wären nach Expertenmeinung 3 bis 5 Jahre zu veranschlagen. Alle drei sind seit 1988 in Betrieb: Emsland (Niedersachsen), Neckarwestheim 2 (Baden-Württemberg) und Isar 2 (Bayern).

**Der TÜV ist für den Betrieb der Atomkraftwerke**

Joachim Bühler, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des TÜV-Verbands, würde es befürworten, den drei Atom-Kraftwerken, die im Jahre 2021 stillgelegt worden sind, die Wiederinbetriebnahme durch ein politisches Votum zu ermöglichen, da diese in einem ausgezeichneten Zustand seien und in kurzer Frist wieder hochgefahren werden und ans Netz genommen werden könnten.

Der TÜV schätzt die Kernkraftwerke Brokdorf in Schleswig-Holstein, Grohnde in Niedersachsen und Gundremmingen C in Bayern als sicherheitstechnisch immer noch im exzellenten Zustand und stuft sie als Kraftwerke ein, die zu sichersten und technisch besten Anlagen gehören. Trotzdem fehlt der politische Wille der Bundesregierung, die drei laufenden Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen und die drei stillgelegten AKW's von 2021 wieder hochzufahren, auch wenn keine energetischen Alternativen in Sicht sind.

Fest steht, daß wir ohne das Weiterlaufen der AKW's und ohne russisches Gas in eine massive Energiekrise mit explodierenden Preisen rutschen, zumal Nordstream 1 auch nur noch 20 Prozent der ursprünglichen Menge im Streit um die Gasturbine liefert.

Die EU-Länder sind uneins beim Gasnotfallplan.

Der EU-Notfallplan für die Gaskrise sieht vor, daß von August bis März beim nationalen Konsum 15 % eingespart werden soll. Das trifft aber bei einigen EU-Ländern auf Widerstand.

"Wenn Deutschland Gas sparen möchte, dann möge es doch bitte seine Atomkraftwerke weiterlaufen lassen", sagte der slowakische Wirtschaftsminister Richard Sulik.

Ungarn, Rumänien und Frankreich, die überdies gewaltige Mengen russisches Gas kaufen, sehen das genauso, zumal zuletzt die deutschen AKW's mit ca. 15 % zur Energieversorgung beigetragen hätten.

Mit explodierenden Energiekosten ist die deutsche Wirtschaft nicht konkurrenzfähig. Wolfgang Grupp senior, Chef der Textilwerke Burladingen in Baden-Württemberg, ein Vorzeige-Unternehmer, gab bekannt, daß seine monatlichen Energiekosten zum Betreiben der Fabrik von 100.000 Euro auf 700.000 Euro gestiegen wären, was nicht lange durchgehalten werden könnte, dann käme es unausweichlich zu Massen-Entlassungen.

Dabei sind die jetzigen Preissteigerungen erst der Anfang: ab Oktober dürfen die Händler die gestiegenen Kosten zu 90 % an die Endverbraucher weitergeben. Der Finanzexperte Ernst Wolff sieht den deutschen Mittelstand in Gefahr, der nach seiner Ansicht genauso wie die deutsche Wirtschaft ausgemerzt werden soll.

Warum soll eigentlich der deutsche Steuerzahler die konfuse Politik der Regierung mit immer neuen Steuer-Geldern wie der Gasumlage bezahlen und bis zum Limit ausgesaugt werden?<<  
**19.08.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. August 2022:**

**>>Janichs Welt \_ Der endgültige Beweis**

Ist denn das böse Märchen nie zu Ende? Jetzt hat also selbst eine von der Regierung eingesetzte Kommission bescheinigt, daß es keinerlei Beweise dafür gibt, daß irgendeine Corona-Maßnahme nennenswerten Nutzen gebracht hat. Trotzdem schürt Bundesklabauterbach weiterhin Panik und fordert wieder die gleichen diktatorischen Anordnungen für den Herbst wie bei seinem letzten Manöver.

Jenseits von allem, was der Mainstream so kolportiert oder ignoriert, ist der Bericht des Sachverständigenausschusses erstaunlich deutlich: "Insgesamt ist ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Inzidenz und der Maßnahmenstärke nicht erkennbar." Und weiter: "Die Wirksamkeit der Impfung als Maßnahme zur Bekämpfung des Sars-CoV-2 kann aus Gründen der Komplexität nicht behandelt werden, dies schließt auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht ... mit ein."

Die Experten beklagen sich über die mangelnde Datenerhebung, allerdings gibt es genügend Fakten aus aller Herren Länder. Das erschütternde Ergebnis ist überall das gleiche: mehr Impfungen, höhere Inzidenzen, mehr Tote. Die immensen Impfschäden, die jetzt sogar hin und wieder im Mainstream behandelt werden, umschiffet der Bericht mit obigem Statement feige. COMPACT hat oft genug darüber berichtet, wie auch erneut in dieser Ausgabe (siehe "Die Horror-Bilanz der Corona-Impfungen"). ...

Die eigentliche Frage lautet nun: Was muß noch alles passieren, damit eine offensichtlich durch und durch korrupte Politikerkaste endlich einlenkt? Es gibt darauf nur eine Antwort: Sie muß die Folgen ihres Handelns spüren. Eigentlich wäre ein internationales Menschenrechts-tribunal zuständig, aber das ist weit und breit nicht in Sicht. Denn natürlich sind alle Instanzen, die das durchführen könnten und müßten, unter der Kontrolle der Globalisten und der ihnen angeschlossenen Pharmaindustrie.

Wenn einer unter uns jemals Zweifel daran gehegt hat, daß eine weltweite Verschwörung gegen die Interessen der Völker existiert - jetzt ist diese eindeutig bewiesen. Tausende kritische Mediziner und Forscher versuchen seit zwei Jahren ohne Erfolg, sich Gehör zu verschaffen - Presse und Fernsehen sind folglich integraler Bestandteil dieser Verschwörung.

Das ist für Aufgewachte wenig überraschend. Es ist leicht nachweisbar, daß sich die großen Medien in jedem Land in den Händen einiger weniger befinden. Wenn es, wie in der BRD, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten gibt, die angeblich als Gegenpol zu privaten Medien-

konzernen funktionieren sollten, ist die Propaganda noch weit heftiger als in Ländern ohne nennenswerten Staatsfunk.

In starkem Kontrast zu diesem Phänomen stehen natürlich unabhängige Medien wie COMPACT oder freie Journalisten im Internet, in dem aber die zentralistisch-globalistische Kontrolle über die großen Netzwerke wie Youtube, Facebook und Co. nahezu total ist. Einer, der das versucht aufzubrechen, ist mit Elon Musk ausgerechnet der prominenteste Vertreter des Transhumanismus.

Die Proteste auf der Straße sind mit den zwischenzeitlichen Lockerungen leider etwas eingeschlafen. Jetzt gilt es, sich bereits auf Themen vorzubereiten, die die nächsten Jahre dominieren werden, wie zum Beispiel die ausufernde Inflation und der Zusammenbruch des Weltfinanzsystems.

Nicht nur vor diesem Hintergrund ist zu hoffen, daß der Ukraine-Konflikt so bald wie möglich beendet wird, damit die Medien sämtliche Probleme nicht weiterhin auf Putin schieben können. Das dürfte mit ein Grund dafür sein, warum die Globalisten gar nicht so sehr an einer Beendigung, sondern vielmehr an einer Eskalation des Krieges interessiert sind.

Eine gute Chance wäre, wenn Prominente, deren Familien vom "plötzlichen Todessyndrom" - sprich von den Folgen der Giftspritze - befallen worden sind, endlich einmal in einer Livesendung, von denen es vermutlich kaum noch echte gibt, den Mund aufmachen würden.

*\_ Oliver Janich, lange Jahre Autor bei "Focus Money" und wegen seiner Recherchen zu 9/11 in Ungnade gefallen, lebt heute auf den Philippinen und hat eine große Fangemeinde in den digitalen Netzwerken.*

*Investigativ-Journalist und Star-Vlogger Oliver Janich wurde (am 17.08.2022) in seiner Wahlheimat, den Philippinen, verhaftet. Ihm droht die Auslieferung nach Deutschland, wo man ihm zwei Online-Aussagen zur Last legt. Eins davon läßt sich bereits als Satire einordnen. ... Aus diesem Anlaß veröffentlicht COMPACT-Online Oliver Janichs Kolumne aus der aktuellen COMPACT 08/2022<<*

**Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/23393" berichtet am 19. August 2022 (x1.150/...): >>>Die Verbrechen der Finanzelite auf ihrem Weg zur Macht (Nach Analysen des Finanzexperten Ernst Wolff)**

Unser Finanzsystem hat sich zur weltweit stärksten Macht entwickelt. Aktuell besitzen 1 % der Weltbevölkerung mehr als der gesamte Rest. Doch das ist kein Zufall. Kla.TV zeigt auf, wie mächtige Banker die Kontrolle über die Geldschöpfung erhielten und auf diese Weise die Regierungen nach Belieben steuern.

Laut dem Finanzexperten Ernst Wolff hat sich unser Finanzsystem im vergangenen halben Jahrhundert zur weltweit stärksten Macht entwickelt, die unser gesamtes Leben bis ins kleinste Detail hinein beeinflusst. Inzwischen besitzt 1 % der Weltbevölkerung mehr als der gesamte Rest und diese Kluft zwischen Arm und Reich wird Jahr für Jahr größer.

Die Wurzel oder Keimzelle, aus der heraus sich dieses System entwickelt hat, ist die Geldschöpfung, d.h. die Erschaffung von neuem Geld aus dem Nichts, was im Wesentlichen ein Privileg der Zentralbanken ist. Laut dem Finanzexperten Ernst Wolff haben sich zu Beginn reiche Banker und Kaufleute dieses Recht erkaufte, indem sie die Regierungen mit Geld z.B. zur Kriegsführung versorgten.

Auf diese Weise hatte Nathan Mayer Rothschild bereits Anfang des 19. Jahrhunderts die Herrschaft über die Bank of England (Zentralbank von England) und damit auch über das Britische Empire gewonnen. Als es dann 1907 aufgrund eines bewußt herbeigeführten Finanz- und Wirtschaftscrashs zur Gründung der US-amerikanischen Bank, der Federal Reserve Bank (Fed) kam, gelang es acht mächtigen Bankiersfamilien die Kontrolle über die einflußreichste Zentralbank der Welt an sich zu reißen.

Diese befindet sich auch heute noch mehrheitlich im Besitz von Rothschild, Goldman Sachs, Rockefeller, Lehman und Kuhn Loeb, Warburg, Lazard und Israel Moses Seif. Indem sie die Kontrolle über die Geldschöpfung gewannen, haben sich laut Ernst Wolff mächtige Banker eine Organisation erschaffen, durch die sie die Regierungen nach Belieben steuern und beherrschen.

Folgende Beispiele aus den Analysen von Ernst Wolff zeigen nicht nur die kriminellen Machenschaften der Finanzeliten auf, sondern auch, wie die Regierungen immer wieder ganz im Sinne dieser Finanzeliten handeln und trotz haarsträubender Fehlentwicklungen im Finanzsystem nicht regulierend einschreiten.

### 1. Der Kriegseintritt der USA im 1. Weltkrieg

Der wahre Charakter der US-amerikanischen Zentralbank Fed und die Macht, die sie über die US-Politik hat, zeigte sich bereits wenige Jahre nach ihrer Gründung im Jahr 1913 im Ersten Weltkrieg. Während sich der damalige US-Präsident Woodrow Wilson als Antikriegs-Präsident wählen ließ, unterstützten die Fed und die Großbanken der Wall Street vor allem Großbritannien, Frankreich und Italien mit Krediten. Als es dann aussah, als könnten die US-Banker durch einen Sieg Deutschlands ihr Geld verlieren, wendete sich laut Wolff die US-Regierung um 180 Grad.

Es wurde u.a. mit der geschickt eingefädelten Versenkung des Kreuzfahrtschiffs Lusitania ein Grund für den Kriegseintritt der USA herbeigeführt, wodurch Deutschland den Krieg verlor. Damit war auch die Rückzahlung der Kredite wieder gewährleistet. Der Preis für diese Aktion waren ca. 323.000 amerikanische Tote, während zum Beispiel J. D. Rockefeller daraus zusätzlich 200 Mio. Dollar Profit zog, was heute etwa 1,9 Mrd. Dollar wären.

### 2. Die Deregulierung der Finanzmärkte

Als in den 1970er Jahren die Wirtschaft abkühlte, ging gleichzeitig das Geschäft der Banken zurück, da weniger Kredite benötigt wurden. Daher nutzten insbesondere die amerikanischen und britischen Banken - d.h. die Wall Street und die City of London - ihre Machtstellung aus und drängten die Politik, ihnen mehr Spielraum zu geben. Mit Hilfe von US-Präsident Ronald Reagan und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher wurden dann schrittweise die staatlichen Vorschriften und Regelungen abgebaut, die zum Schutz des Finanzsystems und der Bankkunden erlassen worden waren.

So wurde der Handlungsspielraum der Banken immer mehr ausgeweitet, was schließlich zu einer kompletten Deregulierung der weltweiten Finanzmärkte führte. Die Folge war, daß Geld, das zuvor in die industrielle Produktion investiert wurde, in immer größeren Mengen zur Spekulation in die Finanzmärkte floß. Inzwischen dienen mehr als 95 % aller Finanztransaktionen weltweit der Spekulation, so daß das globale Finanzsystem einem riesigen Spielkasino gleicht.

Profitiert haben von dieser Entwicklung im Wesentlichen jedoch nur die Ultrareichen, die sich seitdem in kaum vorstellbarer Weise bereichern, während durch den Geldentzug die Realwirtschaft zunehmend verkümmert und die Weltbevölkerung verarmt.

### 3. Die Weltwirtschaftskrise und die Eurokrise

Die exzessive Spekulation der Finanzelite führte dann im Jahre 2007 und 2008 zur Weltfinanzkrise und anschließend zur Eurokrise. Um das Finanzsystem vor dem Kollaps zu bewahren, retteten dann anfangs u.a. die Regierungen mit Steuergeldern die kleine Gruppe von Großinvestoren und Finanzspekulanten.

Aufgrund der dadurch entstandenen Überschuldung einiger Staaten im Euroraum drohte diesen dann der Staatsbankrott, der u.a. mit Zahlungen und Bürgschaften in Milliardenhöhe anderer EU-Staaten verhindert wurde. Das Geld floß jedoch nicht an die betroffenen Länder, sondern umgehend an die Gläubigerbanken in der EU und den USA. Das heißt, die internationa-

len Finanzspekulanten, die die Krise verursacht hatten, wurden gerettet, während gleichzeitig vor allem die arbeitende Bevölkerung die Last zu tragen hatte.

Um die Staatsschulden zurückzahlen zu können, haben die Regierungen Renten gekürzt, Sozialleistungen gestrichen, Mindestlöhne gesenkt und Steuern und Abgaben erhöht. Die Folge war eine weltweite Explosion der sozialen Ungleichheit. Der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung sank, während die Ultrareichen aufgrund der Rettungsaktionen riesige Gewinne einstrichen, so daß ihr Vermögen schneller wuchs als je zuvor.

Diese aufgeführten Zusammenhänge verdeutlichen, daß unser jetziges Finanzsystem ein Unrechtssystem ist. Es hat zu einer weltweiten Diktatur des Geldes geführt, in der eine kleine Elite ihre Macht zur grenzenlosen Bereicherung und Ausbeutung der Völker auf kriminelle Weise mißbraucht. Um dieses Verbrechen zu beenden, ist es von größter Wichtigkeit, daß unser Finanzsystem nicht länger von privaten Interessen bestimmt wird.

Dagegen muß jedes weitere Regierungshandeln zugunsten weniger Superreicher schonungslos aufgedeckt werden. Nur so kann den Strippenziehern hinter diesem Unrechtssystem die Quelle ihrer Macht - die Geldschöpfung - entzogen und ein Finanzsystem errichtet werden, welches dem Wohl aller dient.

*Quellen/Links: Buch "Wolff of Wall Street: Ernst Wolff erklärt das globale Finanzsystem" ...<<*

**20.08.2022**

**Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/23399" berichtet am 20. August 2022 (x1.150/...): >>Bargeldabschaffung: Ist sie noch aufzuhalten?**

Interview mit *Richard Koller und Adrian Müller* zur CH-Volksinitiative "Bargeld ist Freiheit" Die Entwicklung der letzten Jahre, zeigt einen starken Trend hin zu einer bargeldlosen Gesellschaft. Bargeld wird immer mehr in den Hintergrund gedrängt und dafür die Kreditkartenzahlung gefördert. Derzeit werden in der Schweiz Unterschriften gesammelt für die Volksinitiative "Bargeld ist Freiheit", die den Erhalt des Bargeldes sicherstellen will.

Die beiden Mitinitianten Richard Koller und Adrian Müller erklären in diesem Interview nicht nur, warum diese Initiative in Europa einzigartig ist. Sie weisen auch auf die Gefahren einer bargeldlosen Gesellschaft hin und zeigen Wege auf, wie jeder persönlich gegensteuern kann, um die Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren.

Interviewer: Wir begrüßen bei uns im Studio Richard Koller und Adrian Müller. Sie sind beide Mitinitianten der eidgenössischen Volksinitiative "Bargeld ist Freiheit". Diese ist am 17.8.2021 in der Schweiz gestartet. Das heutige Interview steht also ganz im Zeichen von Bargeld. Herr Koller, Herr Müller, würden Sie sich bitte kurz vorstellen?

Richard Koller: Mein Name ist Richard Koller, ich bin Präsident der "Freiheitlichen Bewegung Schweiz". Der Verein wurde 2018 gegründet. Wir wehren uns gegen den Klimawandel, (Anmerkung der Redaktion: gegen den von Menschen verursachten Klimawandel), im Bereich der Impfung haben wir uns engagiert und wir engagieren uns sehr stark jetzt im Bereich für das Bargeld, für den Erhalt des Bargeldes und haben diese Volksinitiative deshalb auch im letzten Jahr initialisiert.

Interviewer: Ja, danke sehr.

Adrian Müller: Mein Name ist Adrian Müller. Ich habe Betriebswirtschaft studiert und beschäftige mich schon fast 15 Jahre mit dem Thema Geld, Geldgeschichte und bin in diesem Zusammenhang auch mit Richard in Kontakt getreten.

Interviewer: Ja, sehr gut. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt einen starken Trend hin zu einer bargeldlosen Gesellschaft. Das Bargeld wird eigentlich immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Das sieht man daran, daß zum Beispiel bei den Kassen zum selber Scannen, daß man dort oft gar nicht mehr mit Bargeld bezahlen kann. Oder man sieht auch, daß Veranstaltungen bargeldlos durchgeführt werden. Und jetzt kommt ja auch bald auf uns zu, daß wir

Einzahlungen nur noch mit diesem QR-Code machen können. Wie beurteilen Sie eigentlich diese Entwicklung?

Richard Koller: Ja, in den letzten Jahren ist die Entwicklung rasant fortgeschritten, wir haben immer mehr Kassensysteme, die verschwinden. Wir haben Bankomaten, die auch abgebaut werden, und wir haben natürlich sehr viel Bewegung auch für die Kreditkartenzahlung. Man kann ein Beispiel nennen, daß man heute nicht mehr für 40 Franken ohne den Code einzugeben bezahlen kann, sondern das wurde dann einfach auf 80 Franken erhöht und da ist doch sehr, sehr viel Goodwill von der Wirtschaft und Politik für die Kreditkarte zu verspüren. Ich denke, gerade Adrian hat da einen sehr hohen Fundus an Wissen, wie es in Europa aussieht und ich denke, er kann da besser darüber etwas berichten.

Adrian Müller: Ja, ich denke, bei dieser Entwicklung sollte man nicht vergessen, daß man halt auch die ältere Gesellschaftsschicht bis zu einem gewissen Teil vom gesellschaftlichen Leben ausschließt. Es gibt sehr viele Menschen im gesetzten Alter, die haben noch kein E-Banking, die möchten nicht mit der Karte bezahlen, nicht digital bezahlen, und wenn dann das Bargeld immer mehr aus dem normalen Leben verdrängt wird, dann können die vielleicht nicht mehr an Festen teilnehmen. ...

Richard Koller: Das ist ein ganz wichtiges Thema, dieses cashless Bezahlen. Da entstehen Firmen, die das heute praktisch diesen Festbetreibern anbieten. Und man muß schon sagen, daß man das zwar gesetzlich darf, wenn das ein Unternehmen in den allgemeinen Bestimmungen verankert hat, daß man das Bargeld nicht mehr annehmen will.

Interviewer: Da gab es doch diese Gesetzesänderung, oder?

Richard Koller: Ja, es ist nicht eine Gesetzesänderung, sondern es ergibt sich eigentlich aus dem Gesetz per se. Wir haben ja auf der einen Seite das Gesetz über die Währungen, dort in Artikel 3 ist eigentlich die Bargeldannahme verankert, also, daß man das Bargeld annehmen muß. Wir haben aber auch das Vertragsrecht in der Schweiz und das Vertragsrecht und die Freiheit im Vertragsrecht sagt natürlich auch, daß man, wenn man Verträge schließt ...

Interviewer: (fällt ins Wort) Könnte man auch sagen, daß man Bargeld nicht annehmen möchte?

Richard Koller: Genau, daß man das eben so bestimmen muß. Da hat es 2010 eine Wandlung gegeben in der EU, also nicht gesetzmäßig, sondern einfach als Maßnahme, als Comment (Kommentar) im Grunde genommen, daß man gesagt hat, Bargeldannahme ist zwar Pflicht, aber wir denken, daß es der Wirtschaft überlassen werden soll, ob sie jetzt das Bargeld annehmen oder nicht.

Interviewer: Also ich kann frei entscheiden?

Richard Koller: Richtig, die können frei entscheiden. Das ist mehr so im Tenor gewesen, wir würden das zulassen. Und die Banken, die europäischen Banken, also vor allem die Zentralbanken, auch die Deutsche Bundesbank, haben dann das eigentlich so übernommen und gesagt, für uns ist das in Ordnung. Also weder Politik noch die Bankenwelt haben da Gesetze erlassen, sondern man hat es der freien Marktwirtschaft überlassen.

Interviewer: Was gibt es sonst noch für Befürchtungen? Also, wenn das Bargeld jetzt weg ist, was kommt auf uns zu? Also, was sind da die negativen Folgen?

Adrian Müller: Genau, also es ist natürlich auch so, daß jede Transaktion, die digital von staten geht mit Gebühren verbunden ist. Schon heute, je nach Kreditkarte, je nach Anbieter, bezahlen die Geschäfte zwei, drei Prozent. Es ist natürlich so, wenn die Konkurrenz vom Bargeld nicht mehr da ist, können diese Gebühren fast beliebig ausgeweitet werden. Man hat keine Fluchtmöglichkeit, es gibt dann nur noch die Konkurrenz innerhalb von diesen verschiedenen Anbietern der digitalen Zahlungsmöglichkeiten. Ist natürlich auch so ...

Interviewer: Das zahlen aber die Geschäfte, das zahlt nicht der private Kunde?



Adrian Müller: Letztendlich bezahlt es trotzdem der Kunde. Das Geschäft wird nicht ewig auf höheren Kosten sitzen, weil ...

Interviewer: Also, sie erhöhen dann die Preise?

Adrian Müller: Irgendwie wird das weitergegeben, sei es vielleicht mit weniger guter Qualität oder mit höheren Preisen. Aber es ist sicherlich nicht so, daß man einfach die Unternehmen besteuern kann und das keine Auswirkung auf den Endkunden hat. Das ist sicher ein wichtiger Punkt. Weiter ist es auch so, daß die Banken stetig die Gebühren für die Kontoführung oder auch Negativzinsen erhöhen können. Es gibt auch dort keine Fluchtmöglichkeit mehr, wenn die Bank einen Negativzins von minus zwei, drei, vier Prozent einführt, würden die meisten Leute das Geld auf dem Konto abheben, irgendwo in ein Schließfach legen und können sich diesem Raub entziehen und mit der Bargeldabschaffung ist es natürlich nicht mehr möglich.

Interviewer: Also, die Banken können einfach Negativzinsen einführen, und wir können uns nicht mehr wehren, weil wir können das Bargeld ja nicht mehr runterholen (abheben). Wir haben es nicht mehr in unserer eigenen Hand, das ist ein Hauptproblem. Gibt es noch andere Punkte, die dann auf uns zukommen?

Adrian Müller: Ja, ich meine, es ist natürlich auch so, daß, wenn es kein Bargeld mehr gibt, sind wir total abhängig von Strom, abhängig von funktionierenden Zahlungssystemen. Zahlungssysteme können gehackt werden, Zahlungssysteme können sich aufhängen. Es gibt technisch gesehen sehr viele Störfaktoren, die dann einfach plötzlich das komplette Zahlungssystem lahmlegen können und dann funktioniert nichts mehr. Das gab es neulich auch in Schweden, als über mehrere Tage in einer Supermarktkette die Zahlungssysteme nicht mehr funktionierten, und das ist natürlich eine absolute Abhängigkeit, die es eigentlich nicht braucht, die nicht intelligent ist.

Interviewer: Ja, man hat es ja teilweise auch schon mal erlebt, daß, wenn irgendwo das System ausgefallen ist, dann kann man nur noch bar bezahlen. Gibt es noch weitere Punkte?

Adrian Müller: Ja, ich denke als Letztes würde ich auch noch sicherlich erwähnenswert finden, daß mit der Abschaffung des Bargelds natürlich auch eine Totalüberwachung der Bürger einhergeht. Also, es ist ganz klar, daß dann einfach jede Transaktion digital nachschaubar ist, d.h. man kann genau sehen, was man kauft. Das führt letztlich auch dazu, daß eine Opposition im Keim erstickt werden kann. Wir haben das ja gesehen.

Interviewer: Wie kann das passieren?

Adrian Müller: Ich würde mal das Beispiel von Kanada mit Trudeau und diesen Truckern aufführen. Das war ja so: Die Trucker, die demonstriert haben, wurden durch Spenden aus der breiten Bevölkerung unterstützt. Und dann hat man einfach die Konten eingefroren, sogar von den Leuten, die einfach nur gespendet haben. Also ich meine, so kann man natürlich alles lahmlegen, das einem nicht in den Kram paßt, und es gibt eine unglaubliche Macht einem Staat, wo es einfach gefährlich wird.

Richard Koller: Ich möchte vielleicht dazu noch ergänzen: Wir erleben das auch jetzt gerade, oder? Ich meine, da werden einfach russische Gelder auf den Banken per Knopfdruck ausgeschaltet, da hat man keinen Zugriff mehr. Man kann es nicht mehr abheben, oder? Natürlich ist das jetzt mit einem Krieg vielleicht für den normalen Bürger, so wie er im Alltag lebt, erklärbar, daß man sagt: "Ja, die sollen das Bargeld, ... oder das Geld darf ihnen nicht mehr zur Verfügung stehen." Auf der anderen Seite ist das ein Eingriff in eine Persönlichkeit.

Geld von einem Menschen einfach zu sperren, weil halt das Land Krieg führt, das ist eben die Tendenz, die man sieht, die sich dann ergibt mit dem Bargeld, das nicht mehr zur Verfügung steht.

Interviewer: Das würde sich dann noch auswachsen, also wenn jetzt eine Opposition da ist, die werden dem System gefährlich, kann das System die Konten einfach ausschalten! Die

können nichts mehr kaufen, die können nichts mehr. Nicht mal mehr was zu Essen kaufen und dann werden sie natürlich gefügig gemacht damit.

Richard Koller: Richtig. Dazu kann man noch ergänzen, ich meine das mit dem Verlust des Bargeldes ist auch sehr gefährlich, weil wir ja wissen, wenn wir kein Bargeld mehr haben, ist jede Transaktion digital gespeichert. Also das geht ...

Interviewer: Wie die E-Mails eigentlich auch?

Richard Koller: Wie die E-Mails oder überhaupt alles. Das geht an die Freiheit, in die Persönlichkeit hinein. Da ist alles gespeichert vom ersten Moment, wenn ich auf die Welt komme, bis dann, wenn der Deckel zufällt, mit dem letzten Sargnagel. Da ist alles gespeichert, und wer da noch sagt, daß die Bargeldabschaffung cool ist, daß nur noch die Kreditkarte gefördert werden muß, der hat eine gefährliche Vorstellung von der Welt.

Wir wissen nicht, was da in Zukunft für eine politische Situation herrscht. Wir hatten in den letzten hundert Jahren doch verschiedene politische Situationen, und wenn da ein System auf einmal die Macht ergreift, das ein bißchen restriktiver ist, dann wissen wir nicht, was da geschehen wird.

Interviewer: Der Datenschutz ist ja dann auch weg. In einigen Ländern ist ja das Bargeld sogar schon fast vollständig abgeschafft, zum Beispiel eben in Finnland oder in Schweden. Wer treibt eigentlich diese Bargeldabschaffung voran, sind das die Banken, sind das die Regierungen, und wie sieht es eigentlich hier im deutschsprachigen Raum aus?

Adrian Müller: Ich würde mal so anfangen, die weltweite Verschuldung ist so hoch wie noch nie. Wir sind im Moment weltweit bei 305 Billionen US-Dollar Verschuldung von Haushalten, also privaten Haushalten, von Banken, von Unternehmen und von Staaten. Das entspricht dem dreieinhalbfachen Bruttoinlandsprodukt der ganzen Welt.

Also ums kurz auszudrücken, die ganze Welt müsse dreieinhalb Jahre arbeiten, produzieren, Dienstleistungen bringen, um die Schulden zurückzubezahlen und dabei nichts konsumieren, sondern nur abgeben. Es ist klar, daß so eine hohe Schuldenlast eigentlich kaum, bis gar nie mehr, rückzahlbar ist. Und die Zentralbanker und Zentralplaner haben natürlich jetzt einen einfachen Ausweg für sich ausgedacht: Wir inflationieren diese Schulden weg, auf Kosten der Bürger. Wir entwerten das Geld, wir führen Negativzinsen ein, wo wir diese Schuldenlast abbauen können.

Interviewer: Wieso baut das die Schuldenlast ab?

Adrian Müller: Die Negativzinsen?

Interviewer: Ja.

Adrian Müller: Weil es ja Geld vernichtend ist. Also, man erhält weniger Geld, als man ausleiht, und das führt dazu, daß die Geldmenge oder die Schuld ...

Interviewer: Dadurch werden die Schulden auch gesenkt?

Adrian Müller: Genau, ja. Also wenn ich von dir 1.000 Euro aufnehme und ich dir am Schluß 900 zurückgebe, habe ich weniger Schulden. Das ist ja der Effekt von Negativzinsen. Du nimmst Geld an dich und gibst weniger zurück. So pervers klingt es, aber es ist so. Und das ist ganz klar formuliert in zum Beispiel zwei IWF- Papieren, wo offen darüber diskutiert oder vorgeschlagen wird, wie wir dahin gehen können, daß man sehr tiefe Negativzinsen, - also da sprechen wir von weit mehr als 4 % Negativzinsen.

Interviewer: Also das ist eigentlich schon geplant vom IWF?

Adrian Müller: Das ist geplant, das ist nicht irgendwie eine Theorie, das ist Fakt, das kann man nachlesen. Sie haben in diesen Papieren, die von 2017 und 2019 sind, detailliert aufgezeigt, wie man dorthin gehen kann. Sie zeigen auf, daß es in der Gesellschaft sicher nicht gut ankommt, wenn man eine Bargeldabschaffung zu abrupt macht, weil letztlich das immer noch der Hinderungsgrund ist. Die Existenz vom Bargeld hindert die Zentralbanken, daß sie die Zinsen sehr tief senken können, wie wir vorher schon besprochen haben.

Interviewer: Die Leute würden das Geld einfach runternehmen von der Bank.

Adrian Müller: Genau, man kann immer noch fliehen vor Negativzinsen. Sie haben PR-Aktionen vorgeschlagen, wie man die Leute auf die Bargeldabschaffung oder das bargeldlose Bezahlen ein bißchen stimulieren kann. Ich denke, die "Better Than Cash Alliance" ist vielleicht so ein PR-Instrument, wurde auch gegründet ...

Interviewer: Was ist das: "Better Than Cash Alliance"?

Adrian Müller: Die wurde gegründet von der Bill und Melinda Gates-Stiftung. Die Visa Kreditkartenfirma ist mit dabei, die Citibank ist dabei, die Ford Foundation, also die üblichen Verdächtigen, die das vorantreiben wollen, daß in gewissen Ländern einfach - vor allem Dritte-Welt-Länder - direkt schon diese bargeldlose Zivilgesellschaft eingeführt wird. Und ich denke, das kann man so unter diesem Mechanismus von PR-Instrumenten, die der IWF vorschlägt, deuten.

Interviewer: Das ist ein Instrument, das der IWF in diesem Paper vorschlägt, das Sie erwähnt haben?

Adrian Müller: Genau. Weiter wird auch vorgeschlagen, daß man es immer Schritt für Schritt macht. Daß man zum Beispiel anfängt die hohen Nominalwerte, also die hohen Geldscheine, einzustellen, oder zu verbieten, oder nicht mehr zu produzieren. Das haben wir jüngst gesehen beim 500 Euro Schein, der wird seit 2019 nicht mehr produziert. Er ist zwar noch im Umlauf, aber sobald man ihn einzahlt bei der Bank wird er vernichtet. Und es gibt überall Bargeldobergrenzen, diese werden auch in diesem Papier gefordert.

Ich glaube, in Europa sind's mittlerweile 18 Länder, die eine Bargeld Obergrenze kennen und das ist eben diese Salami-Taktik, wo man einfach den Leuten langsam immer mehr Freiheit entzieht, und sie's akzeptieren, als wenn man gleich von vornherein sagt: "So und jetzt nehmen wir euch alles weg." Dann würde der Widerstand viel zu hoch sein.

Richard Koller: Also, ich möchte da vielleicht noch ergänzen, weil das sehr wichtig ist. Der Deutsche Bundestag hatte eine Studie in Auftrag gegeben und da wurde, aufgrund dieser prä-sentierten Studie, Prof. Dr. Walter Krüger interviewt. Und er hat etwas Interessantes gesagt, und das muß man als Bürger auch mal ein bißchen verstehen. Er hat gesagt:

Wenn der Prozentsatz des Volumens des Bargeldes unter 30/25 % fällt, dann ist es für die Wirtschaft absolut nicht mehr haltbar, daß man das Bargeld noch fördert. Wir haben zwar ein Volumen der Transaktionen, das heißt, wie oft mit Bargeld im Verhältnis zu Giralgeld (Buchgeld) oder digitalem Geld bezahlt wird. Das ist immer noch 60 %.

Und das Volumen aller Transaktionen, also wie groß der Wert ist, der liegt heute in der EU (also 2020 muß man sagen) bei etwa 32-33 %. Und wenn man sich jetzt das vorstellt, dann sieht man, wie gefährlich die ganze Sache ist. Weil viele Transaktionen, das heißt, wenn viele Menschen mit kleinen Beträgen noch mit Bargeld bezahlen, ist das für die Wirtschaft absolut nicht rentabel.

Die Hürde, also das Geld, also die Obergrenze wurde nach unten gesenkt, das heißt, große Beträge darf man ja gar nicht mehr mit Bargeld bezahlen, das sind aber die Transaktionen, die wenig Geld kosten und für die Unternehmen viel Rendite bringen, und wenn man diese beiden miteinander in Beziehung setzt, dann bedeutet das, daß wir genau jetzt darauf hinsteuern. Wir haben immer noch viele Transaktionen, aber das Volumen sinkt, und der Professor von der Technischen Hochschule Aschaffenburg hat das so dargestellt, daß, wenn das unter 30 % fällt, dann muß sich das Unternehmen Gedanken darüber machen, Bargeldkassen abzuschaffen.

Interviewer: Warum? Warum würde sich das nicht mehr lohnen?

Richard Koller: Weil die Transaktion Geld kostet. Jedes Mal, wenn ein kleiner Betrag bezahlt wird, kostet das Geld, das verarbeitet werden muß, das muß abgerechnet werden, das muß buchhalterisch erfaßt werden, das kostet alles Geld, diese Transaktionen. Und deshalb, wenn das Volumen dann höher wird - oder tiefer wird, besser gesagt - dann ist es gefährlich, und

dann wird eine Migros (schweizerisches Unternehmen) oder ein Coop (schweizerisches Unternehmen) sagen: Für uns rentiert es nicht mehr Bargeldkassen einzusetzen, weil die Person, die dahinter sitzt und tippt, die kostet auch Geld.

Und wenn wir das transaktionslos machen können in Zukunft, viel mehr grad mit Kreditkarte bezahlen, oder in Zukunft sogar noch mit dem Chip im Handgelenk - was ja auch angedacht ist - dann ist natürlich ein solches Unternehmen gefordert, sich solche Gedanken zu machen. Dann wird das Bargeld verschwinden. In dieser Studie hat er das ganz klar so ausgeführt, daß das eine Tendenz ist.

Interviewer: Und wenn jetzt 2020 der Anteil bei 32 % war, sind wir eigentlich kurz davor, wenn's jetzt weiter fällt, diese Grenze zu unterschreiten.

Richard Koller: Genau. Also in der EU muß man sagen ist das Bargeld eigentlich nicht mehr rettbar. Also, da gibt es sehr, sehr namhafte Leute, die das hier auch sagen: "Im Grunde genommen kann man in der EU das Bargeld nicht mehr retten, das ist über die Zeit (die Zeit dafür ist so gut wie abgelaufen), mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit wird das wegfallen."

Interviewer: Warum? Wegen der Grenze, die unterschritten ist?

Richard Koller: Ja, die Grenzen, die Teuerungen natürlich auch. Es gibt natürlich sehr sehr viele Aktivitäten. Wir haben's jetzt in der Schweiz auch. In der EU, in Berlin beispielsweise gibt es schon Ketten, die haben keine Bargeldsysteme mehr, also da ist alles digital.

Interviewer: Welche sind es?

Richard Koller: Ich kenne sie nicht auswendig, kann ich jetzt nicht sagen, aber es gibt solche, das habe ich schon gehört. Vielleicht weißt du das, welche das sind?

Adrian Müller: Ich kann jetzt auch keine Namen nennen. Aber es ist natürlich so, die Infrastruktur, ein Kassensystem aufrechtzuerhalten, das kostet ziemlich viel Geld. Also man muß da jeden Tag einen Geldtransporter organisieren, der Scheine abholt, der wieder Münzen bringt, das ist mit sehr vielen Kosten verbunden. Das lohnt sich zu einem gewissen Maß, aber wenn eben am Schluß dann nur noch fünf oder zehn Prozent der Transaktionen in Bargeld abgeschlossen werden, sind die Kosten in keinem Verhältnis mehr. Weil es sind die Fixkosten, und die variablen Kosten sind natürlich eher klein.

Interviewer: Ja. Okay, also das heißt, man kann sagen, das ist jetzt keine Verschwörungstheorie, daß das Bargeld abgeschafft wird. Sondern es ist einmal der IWF, das ist ja auch eine richtige Institution, eine mächtige Institution, die plant das, und man sieht eigentlich auch an der Realität, daß dieser Plan umgesetzt wird.

Adrian Müller: Ich würde auch sagen, die jüngere Generation ist ja auch das beste Beispiel. Also die Jüngeren brauchen fast gar nie mehr Bargeld, ich habe sehr viele Freunde und Kollegen, die haben eigentlich nie irgendwie Bargeld, sei es Münzen oder Banknoten, in der Tasche, die haben - wenn überhaupt - noch eine Karte, viele haben nur noch das Handy.

Also das ist halt einfach diese ganze Entwicklung, diese ganze, wie soll ich sagen, nicht gerade Brainwash, aber diese Medienmacht/-manipulation, wo einfach dazu geführt hat, daß die Leute sehr bequem werden und sich nicht über ihre Konsequenzen oder vom Handeln bewußt sind.

Interviewer: Und Sie haben jetzt gesagt, in der EU ist das Bargeld eigentlich verloren?

Richard Koller: Das ist richtig: Also eigentlich - das sag nicht ich, das sagen beispielsweise Leute, die sich schon lange mit Bargeld beschäftigen, wie der Hansjörg Stützle, der das Buch geschrieben hat: "Das Bargeld-Komplott". Sie sagen, es ist nicht mehr möglich, weil keine Gesetze möglich sind in den Ländern, weil der Euro eine Währung der ganzen Europäischen Gesellschaft ist.

Und da müßten eigentlich alle Länder sagen, wir machen ein Gesetz, daß wir das Bargeld schützen können, und das wird es nicht geben, das ist unwahrscheinlich. Da muß man einfach realistisch bleiben, daß das so nicht geschehen wird. Und so wird es auch wahrscheinlich dann

weitergeführt, daß das Bargeld, eben grad mit IWF im Rücken; da gibt es aber auch andere Institute, Better Than Cash Alliance usw.

Die sind wirklich dran, mit enormen Marketing-Summen, die Abschaffung des Bargeldes zu fördern. Das haben wir auch in der Schweiz, beispielsweise gibt es jetzt eine Kreditkarte, die ist als Konkurrenzkreditkarte zur Cumulus-Kreditkarte gekommen, heißt Certo. Certo, was macht Certo? Certo zahlt bei jedem Einkauf 1 % zurück, also man spart 1 %.

Bei solchen Maßnahmen sagt sich oftmals eine Hausfrau natürlich: "Ich zahle mit der Karte, kostet mich nicht 100, kostet mich nur 99 Franken, das Ganze was ich eingekauft habe!" Das sind Maßnahmen, die wirken wirklich direkt auf den Bürger und fördern natürlich die Bargeldabschaffung.

Interviewer: Sie haben ja vorhin auch die ganzen negativen Folgen beleuchtet, was es bedeutet, eine bargeldlose Gesellschaft. Kann denn diese Entwicklung überhaupt aufgehalten werden, und was gibt's auch für rechtliche Möglichkeiten in dem Bereich?

Richard Koller: Ja, da gibt es Gott sei Dank die Schweiz! Können wir heute so sagen! Nein, es ist wirklich so, wir sind ein bißchen in eine Situation gerutscht, daß wir fast eine Leuchtturm-Funktion bekommen haben, eine Vorreiter-Funktion, weil wir durch die direkte Demokratie die Möglichkeit haben, eben Gesetze zu machen. Und das ist möglich in unserer Verfassung, wo wir den Rahmen definieren. Und das ist auch die Bargeld-Initiative, die wir dazu lanciert haben:

"Bargeld ist Freiheit". Das sind genau die Gesetze, die jetzt gemacht werden müssen, damit in der Schweiz das Bargeld nicht abgeschafft werden kann, darf und soll. Und diese Initiative, die läuft jetzt und wir haben jetzt auch schon gut gesammelt seit August 2021.

Interviewer: Was ist das Ziel dieser Bargeld-Initiative?

Richard Koller: Das Ziel der Bargeld-Initiative ist, daß der Bund Münzen und Banknoten zur Verfügung stellen muß, und daß er nicht in eine andere Währung wechseln darf, also ohne daß er das Volk fragt. Er muß das Volk und Ständen zur Verfügung stellen. Das ist die Initiative "Bargeld ist Freiheit". Das verhindert an und für sich nicht direkt was die Wirtschaft macht. Aber es bindet (verpflichtet) den Bund mal dazu, wenn die Menschen das Bargeld brauchen, daß er nicht von sich aus handeln darf und das Bargeld abschaffen darf.

Interviewer: Wie lange läuft eigentlich die erste Initiative schon, also die "Bargeld ist Freiheit"? Wie viele Unterschriften haben Sie dort schon zusammen und wie kann man Sie unterstützen beim Sammeln der Unterschriften?

Richard Koller: Die Initiative läuft jetzt ziemlich genau ein Jahr, Mitte August ist ein Jahr rum, 12 Monate. Wir sind jetzt bei 73.000 Unterschriften, die wir bereits gesammelt haben. Also wir liegen da absolut im Rahmen, wenn man denkt, daß wir jetzt noch eine Winter- und eine Sommerpause dazwischen haben. Das sind immer Zeiten, in denen die Sammlung ein bißchen harzig ist. Wir starten jetzt im August eine große Kampagne. Wir machen wieder drei nationale Sammeltage, wo sich jeder Mensch bei uns in der Organisation melden kann, daran teilhaben kann und sagen kann: "Da würde ich auch gerne mitmachen."

Interviewer: Läuft das über die Webseite?

Richard Koller: Das findet man auf der Webseite. Man kann uns auch anrufen, man kann uns sehr gut übers E-Mail erreichen. Wir haben Leute, die diese Sammlungen koordinieren und organisieren. Dann sind wir im Moment recht viel unterwegs mit "AUFBRUCH-JETZT", wo wir das Bargeld auch thematisieren und sagen, was man da tun kann. Uns unterstützen ist einfach, bestellt bei uns Unterschriftenbogen, unsere Nummer 0840 123 456 ist sehr einfach, laßt sie unterschreiben, sendet sie uns so schnell wie möglich zurück, damit wir das so schnell wie möglich zusammenkriegen und wieder einreichen können.

Interviewer: Sehr gut, sehr gut. Wunderbar. Das heißt, Sie machen jetzt noch Vorträge, Sie machen jetzt ein Programm, Sie sind jetzt unterwegs. Und da gibt's wahrscheinlich auch eine

Webseite, Veranstaltungen, wo man auch dazukommen kann und vielleicht mit Ihnen reden kann?

Richard Koller: Absolut, jederzeit gerne.

Interviewer: Ab wann ist das, ab wann sind Sie da unterwegs?

Richard Koller: Wir sind ab 14. August wieder unterwegs. Am 14. August sind wir in Boswil und dann überall in der ganzen Schweiz, immer wieder praktisch wöchentlich mindestens einmal, wenn nicht sogar zwei- bis dreimal. Es sind noch neue Veranstaltungen geplant, die sind noch nicht ganz fix. Da werden wir jetzt sehr, sehr aktiv durch die Schweiz reisen und über die Themen, die interessieren, Bargeld, aber auch anderes natürlich, informieren.

Interviewer: Gut, aber das heißt ja, daß jetzt im September, Oktober eigentlich genau die Zeit ist, wo man jetzt richtig Gas geben kann, um für diese Initiative zu sammeln, da kann man Sie am besten unterstützen.

Interviewer: Dann haben Sie noch eine zweite Bargeld-Initiative, oder? Was kann man denn dazu den Zuschauern schon erzählen?

Richard Koller: Die zweite Bargeld-Initiative, die haben wir jetzt eigentlich sehr stark auch beleuchtet. Weil, Adrian hat das sehr gut gesagt, es ist ja die Wirtschaft, die das Bargeld abschafft. Wir haben ja das so thematisiert: Grundsätzlich gibt es ja keine direkte Bargeldabschaffung von der Politik her gesteuert, oder von den Banken.

Sondern man hat das im Grunde genommen, indem man eigentlich die Bargeldannahme ausgehebelt hat mit dem Vertragsrecht, hat man es eigentlich der Wirtschaft jetzt überlassen, darüber zu entscheiden, wie das Bargeld sich in Zukunft entwickelt. Natürlich wird das, vielleicht als Zusammenfassung nochmals, oder generell, von sehr hohen Budgets, Marketingbudgets für die Kreditkarte, ein bißchen gesteuert, also mit Abgaben, mit Benefits (Vorteilen) usw.

Und die zweite Initiative setzt genau dort an. Weil wir gemerkt haben, daß wir in diesem Bereich, damit wir das Bargeld wirklich sichern, auch Gesetze machen müssen, haben wir diese zweite Bargeld-Initiative ausgearbeitet. Und dort geht es darum, daß wir darin fordern, daß jeder die Bargeldannahme machen muß.

Also jeder muß Bargeld annehmen. Wenn jemand mit Bargeld bezahlen will, vor allem in den öffentlichen Verkehrsmitteln, aber auch auf den Gemeinden, also in den öffentlichen Verwaltungen oder bei den Detaillisten oder wo man direkt etwas bezieht und auch bezahlt, dort muß jemand das Bargeld annehmen. Das ist nachher Gesetz.

Interviewer: Also die Wirtschaft kann nachher nicht sagen, es lohnt sich für uns nicht mehr, wir schaffen die Kassensysteme ab. Sie sind gesetzlich verpflichtet, das Bargeld anzunehmen.

Richard Koller: Genau, das ist verpflichtend nachher. Und es gibt dann natürlich auch noch Erweiterungen, die wir in dieses Gesetz genommen haben. Beispielsweise darf jemand, der mit Bargeld bezahlen will, nicht schlechter behandelt werden wie jemand, der mit Kreditkarte bezahlt.

Also, auch da muß man Gleichbehandlung hintun, also das heißt auch, man darf beispielsweise nicht sagen, wenn du mit Kreditkarte bezahlst, hast du bei mir 2 % Rabatt, mit Bargeld nicht, das wäre eine Bevorzugung. All diese Sachen sind in diesem Gesetz geregelt. Es ist geregelt, daß man alle zwei Kilometer in einer Stadt eine Bargeldbezugsmöglichkeit haben muß.

Interviewer: Was auch wichtig ist für die älteren Leute ...

Richard Koller: Ja genau, oder in jeder Gemeinde mit mehr als 1.000 Einwohnern muß eine Bargeldbezugsmöglichkeit sein.

Interviewer: Und für Leute ohne Autos auch ...

Richard Koller: Richtig. Und zusätzlich ist noch drin erwähnt, daß auch in sehr dünn besiedelten Gebieten innerhalb von 15 Minuten ein Bargeldautomat erreicht werden muß. Solche Sachen, daß Bargeld Eigentum des Trägers ist, daß es nicht digital verfolgbar sei, also Bargeld darf keine digitale Erfassungsmöglichkeit haben, beispielsweise einen RFID oder so was, wo

man dann sieht, wo ist das Bargeld, wer bezahlt damit, und dies auch nachvollziehen könnte. Das ist geregelt darin. Es sind ganz, ganz wichtige Dinge geregelt, so daß man sagen kann: Der Mensch, der Bargeld bei sich trägt, der mit Bargeld bezahlen will, ist absolut frei. Und die Wirtschaft ist auch frei, beides anzunehmen, sie darf nicht mitarbeiten bei der Bargeldabschaffung. Und die Banken, ist ganz klar, Bank und Bund, natürlich sind die auch geregelt in dieser zweiten Volksinitiative.

Diese zweite Volksinitiative starten wir wahrscheinlich im September. Wir müssen wahrscheinlich terminieren (einplanen), daß die erste grad so fertig ist mit der Sammlung, September, Oktober, damit nicht eine große Verwirrtheit dann stattfindet: Habe ich sie schon unterschrieben, habe ich sie nicht unterschrieben. Aber es ist für mich die wichtigste Initiative der nächsten Jahre.

Denn wenn wir das Bargeld verlieren, da kann ich nur den Adrian, was er gesagt hat, nochmals abschließend zitieren in diesem Bereich: wenn wir das Bargeld verlieren, dann ist Willkür von irgendwelchen Leuten, die das wollen, die uns kontrollieren wollen, die uns steuern wollen, nicht mehr aufzuhalten. Es ist wirklich dann vorbei, weil auf Knopfdruck jeder Mensch ausgeschaltet werden kann, wenn sich jemand wehrt, oder hier sitzt, wie ich jetzt und das dem Staat dann nicht paßt.

Dann lebe ich unter der Brücke, weil ich kann mir dann nicht einmal mehr ein Brötchen kaufen. Wenn die mir den Zugriff auf das Konto sperren und es kein Bargeld mehr gibt, dann kann ich mir kein Brötchen mehr kaufen, dann lebe ich wirklich unter der Brücke. Und das muß sich jeder Mensch irgendwann mal in seinen Kopf hineinbringen: Bargeld ist der Weg in die Freiheit, Bargeld ist Unabhängigkeit, Bargeld ist auch Kultur und wir Schweizer sind ja ein Bargeld-Kultur-Land im Grunde genommen. Wir haben sehr viel Bargeld eigentlich pro Person auf uns, nach wie vor noch. Und wir ...

Interviewer: Im Vergleich zu anderen Ländern ...

Richard Koller: Ja. Zum Beispiel in Schweden, wo man gar kein Geld mehr bei sich trägt, kein Bargeld mehr. Und man muß sich im Klaren sein, daß das alle anderen Initiativen, alle anderen politischen Aktivitäten absolut umkehren würde, wenn wir kein Bargeld mehr haben.

Interviewer: Also Sie sagen, es ist eigentlich ein Fundament ...

Richard Koller: Das ist ein Fundament ...

Interviewer: Wenn wir das nicht mehr haben, dann können wir auch gar keine Opposition mehr machen?

Richard Koller: Was wollen wir? Wir können nicht mehr demonstrieren, weil, wenn die uns aufnehmen mit einer Kamera, dann heißt es: "Oh, das Gesicht habe ich doch gesehen an der letzten Demo. Der geht nicht mehr an die Demo, der bekommt noch zehn Liter Most (Benzin oder Diesel) pro Monat." Benzin wird auf zehn Liter beschränkt. Wie fährt denn der nach Bern, wenn er dann den Zug auch nicht mehr besteigen kann, weil er kein Ticket mehr lösen kann?

Das sind einfach Tendenzen. Die müssen nicht eintreten. Das sage ich nicht, daß das so eintreten wird, aber man muß sich als Bürger einfach mal klar werden, daß die Gefahr besteht. Und wenn wir das verhindern wollen, dann gibt es nur eines: Wir müssen das Bargeldthema gesetzlich so verankern, daß wir jederzeit das Bargeld für uns als rechtmäßige Menschen benutzen können. Das ist Freiheit.

Interviewer: Also die erste Initiative konzentriert sich mehr auf den Bund und die zweite ist fokussiert auf die Wirtschaft. Aber beide Initiativen sind eigentlich essentiell, um das Bargeld zu schützen, zu retten?

Richard Koller: Genau. Weil, es wird tendenziell ganz klar ersichtlich, das Bargeld wird abgeschafft werden wollen.

Interviewer: Zum Schluß: Wie kann jeder persönlich im Alltag mithelfen, Gegensteuer geben, daß das Bargeld uns als Gesellschaft erhalten bleibt und damit eben auch, wie Sie ja schon erklärt haben, ein bedeutender Teil von unserer Freiheit und unserer Unabhängigkeit?

Adrian Müller: Als Erstes liegt es natürlich auf der Hand, daß man versucht, möglichst oft mit Bargeld zu bezahlen. Ich denke, das ist ein kleiner Aufwand für jedermann, wo man einfach darauf bedacht ist und immer versucht mit Bargeld zu bezahlen. Es geht genau um diese Anzahl Transaktionen, um dieses Volumen, daß es einfach erhalten bleibt, daß die Argumente für eine Bargeldabschaffung nicht mehr so da sind, einfacher Punkt.

Selbstverständlich ist es auch so, daß man versuchen sollte, mit Freunden das Thema anzusprechen. Ich habe oft den Fall, daß, wenn wir gemeinsam irgendwo hingehen, dann bezahlt einer die Rechnung: "Ah, kann ich es dir twinten?", oder so. "Nein, ich habe kein Twint (schweizerisches Zahlungssystem), du kannst es mir gerne bar geben", und das führt dann zu Diskussionen, weshalb, wieso, und dann kann man es einfach. ...

Interviewer: Also auch Aufklärung im Freundeskreis betreiben?

Adrian Müller: Genau. Aber nicht irgendwie von oben herab, sondern einfach: "Du mußt dir bewußt sein, wenn wir das Bargeld dann nicht mehr haben, hat es gewisse Konsequenzen, die es nach sich zieht." Und ich versuche es einfach immer nebenbei so ein bißchen den Leuten ins Gedächtnis zu rufen, was es eigentlich bedeuten würde, hätten wir diese Münzen und Scheine nicht mehr. Das finde ich einen sehr hilfreichen Tip, vielleicht für manche Leute, daß man das einfach so ansprechen kann.

Weiter ist natürlich ein großer Punkt, daß man jetzt nochmal Gas geben kann bei der Sammlung der Unterschriften. Wir benötigen rund 120.000 Unterschriften, damit wir ein gewisses Polster haben, falls ein paar Unterschriften nicht gültig sind. Die Sammelfrist läuft noch bis im Februar 2023, und da gilt es jetzt sicher auch nochmal die Freunde und die Tante und wer auch immer, nochmal anzustupsen, um zu sagen: "Hast du schon unterschrieben?", und die Unterschriften sammeln.

Interviewer: Sehr gut.

Richard Koller: Ja. Also, da kann man sicher sagen, wichtig ist, was man tun kann ist, wie er schon gesagt hat, mit den Leuten das Thema aufgreifen. Und wirklich mal nicht zu sparen, auch mal die Argumente durchzudiskutieren, ist ein interessantes Thema. Und natürlich Bargeld in der Tasche halten. Weil, das wissen noch viele nicht oder sind sich dessen gar nicht bewußt, vielleicht Jüngere: Wenn man Bargeld in der Tasche hat, gibt man nur die Hälfte aus. Weil Studien haben ergeben, daß, wenn man mit einer Kreditkarte auf ein Fest geht, daß man zum Teil 100 % mehr ausgibt. Weil es halt einfach lockerer ist, man nimmt die Kreditkarte, und man bezahlt etwas ...

Interviewer: Man hat den Bezug nicht ...

Richard Koller: Man hat keinen Bezug, genau. Und deshalb würde ich mal jungen Leuten den Vorschlag machen: Geht auf ein Fest, packt Bargeld ein und schaut mal, wieviel ihr ausgegeben habt. Weil das eine oder andere, was ihr vielleicht einfach so zahlt, weil es über die Kreditkarte geht. Wenn man Bargeld hat, da ist ein echter Bezug noch zu etwas, was man ausgibt.

Interviewer: Also es lohnt sich bar zu zahlen?

Richard Koller: Es lohnt sich bar zu zahlen, ja, man wird schneller reich, wenn man es so sagt. Bleibt bei uns, unterstützt die Freiheitliche Bewegung Schweiz mit allem was ihr könnt. Wir brauchen auch Geld für die Sammlung. Es ist teuer eine Sammlung durchzuführen. Kostet 120.000 CHF, also da brauchen wir halt einfach Unterstützung. Also wenn jemand denkt, okay, denen gebe ich mal etwas, einen kleinen Batzen, um uns zu unterstützen, da sind wir auch immer froh, selbstverständlich.

Interviewer: Gibt es noch von Ihrer Seite etwas zum Abschluß, was Sie sehr gerne sagen möchten?



Adrian Müller: Ich würde gerne den Punkt aufnehmen, den Richard vorhin angesprochen hat, daß wir so eine Vorreiterrolle haben. Ich denke, das ist extrem wichtig nochmal zu betonen: Wir können halt von dieser kleinen Schweiz aus evtl. sogar zu einem gewissen Teil die Welt verändern oder als gutes Beispiel vorangehen. Die Fehler von anderen aufzeigen, weil es eben noch ein anderes System gibt, daß Bargeld erhalten bleibt. Ich denke, das sind wir auch unserer Geschichte schuldig. Die Schweiz hat sich immer eingesetzt, unsere Vorfahren, für die Unabhängigkeit, für die Freiheit, das ist ein jahrhundertelanger Kampf.

Das ist der Grund, oder mit ein Grund, weshalb wir heute in so einer wohlhabenden Gesellschaft leben dürfen, wo wir nicht viel dazu beigetragen haben. Wir sind einfach glücklich, daß wir hier sind, aber ich denke, das ist auch eine gewisse Pflicht, die damit einhergeht, daß man hier aufgewachsen ist oder hier leben darf. Und auch, daß man die Freiheit und Unabhängigkeit auch für unsere Kinder bewahren kann. Das ist extrem wichtig, daß man jetzt diese Chance, diese Gelegenheit nutzt und, wie gesagt, mit einem guten Beispiel vorangeht und die Freiheit bewahrt.

Interviewer: Wunderbar, schönes Abschlußwort! Dann wünsche ich Ihnen ganz viel Erfolg bei den zwei Initiativen und vielen Dank, daß Sie hier bei uns waren.

Richard Koller: Gerne, besten Dank.

Adrian Müller: Besten Dank.<<

**21.08.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. August 2022:**  
**>>Attentat: Alexander Dugins Tochter ermordet**

*Von Karel Meissner*

Am Samstag starb Darya Dugina in einem explodierenden Auto. Zuvor hatten Unbekannte einen Sprengsatz eingebaut. Der Anschlag galt aber ihrem Vater, dem Widerstands-Denker Alexander Dugin.

Als COMPACT-Online gestern über die "Köpfung" der Opposition berichtete, war das noch symbolisch gemeint, bezog sich auf den sozialen Tod: die Widerstands-Ikone Michael Ballweg und der Investigativ-Journalist Oliver Janich wurden jüngst verhaftet. Ken Jensen hatte schon im vergangenen Jahr - wegen zunehmenden Druck - seine digitalen Zelte abgebaut.

Ein Potsdamer Politologe behauptete jüngst, COMPACT gefährde den "Weltfrieden" (!). Der Verfassungsschutz verkündet, er wolle COMPACT wirtschaftlich austrocknen: Kurz darauf startet ein Verbotsverfahren gegen Jürgen Elsässers Autobiographie (aus fadenscheinigen Gründen).

Jetzt traf es den russischen Philosophen Alexander Dugin. Als führender Kopf im internationalen Widerstand, setzte er Amerikas NWO ein eurasisches Bündnis souveräner Staaten, die Vision einer multipolaren Welt entgegen. Laut Dugin müssen die Völker dem Great Reset-Diktat mit einem Großen Erwachen antworten.

Nein, Dugin ließ sich nicht mit sozialem Tod bestrafen: schließlich wohnte er in Moskau. Die Verleumdungen westlicher Mainstream-Medien konnten ihm nichts anhaben. Also setzten Aufgehetzte auf seine physische Vernichtung. Am Samstagabend besuchte Alexander Dugin mit seiner 29jährigen Tochter Darya Dugina das patriotische Festival "Tradition". Laut Interfax war geplant, daß Vater und Tochter die Veranstaltung gemeinsam verlassen würden.

Wie ihr Vater gilt auch Darya Dugina als Befürworterin der russischen Intervention in der Ukraine. In Großbritannien steht sie wegen Verbreitung angeblicher Fake-News über Putin auf der Sanktionsliste. Es gab also genug Interessen, alle beide - Vater wie Tochter - auszuschalten.

Entgegen vorheriger Planung stieg Darya Dugina allein ins Auto, das während der Fahrt in einem Moskauer Vorort explodierte. In den Netzwerken machten Fotos von dem brennenden Fahrzeug die Runde. Die DPA berichtet:

"Nach ersten Erkenntnissen war demnach an dem Fahrzeug ein Sprengsatz montiert, der detonierte."

Die Ermittlungen gehen in verschiedene Richtungen. Auf Telegram empörte sich der Anführer der Separatistenhochburg Donezk, Denis Puschilin:

"Die Terroristen des ukrainischen Regimes haben versucht, Alexander Dugin zu liquidieren und haben seine Tochter in die Luft gesprengt ... im Auto".

Darya Dugina bleibe als "echtes russisches Mädchen" in Erinnerung. Andere Kommentatoren bezweifeln einen ukrainischen Ursprung des Anschlags. Tatsächlich wären auch westliche Auftraggeber kaum auszuschließen: dämonisieren Medien den Philosophen Dugin doch seit Jahren als "Einflüsterer" Putins - als dessen Rasputin. Mit ihm sollte womöglich ein weiterer prominenter Widerständler ausgeschaltet werden. Statt dessen verlor eine 29jährige ihr Leben.<<

**22.08.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. August 2022: >>Dugin-Attentat: Terror oder CIA-Mord?**

Von *Valentina Schacht*

Eine unbekannte Terrorgruppe hat sich zu dem Anschlag auf Dugin-Tochter Darja bekannt. Der verlängerte Arm des ukrainischen Geheimdiensts und der CIA? In seinem neuen Buch "Eurasische Mission" skizziert Alexander Dugin eine neue multipolare Weltordnung ohne US-Dominanz.

Eine bislang nicht in Erscheinung getretene russische Untergrundgruppe hat sich zu dem Anschlag bekannt, bei dem Darja Dugina, die Tochter des Geopolitik-Experten Alexander Dugin, am vergangenen Samstag ums Leben kam. Dies hat zumindest der Putin-Gegner Ilja Ponomarjow am Sonntagabend in einem von ihm mitgegründeten TV-Sender behauptet. Eine sogenannte Nationale Republikanische Armee (NRA) habe ihn ermächtigt, eine Erklärung abzugeben, so Ponomarjow.

In der Erklärung heißt es:

"Wir erklären Präsident Putin zu einem illegitimen Anwärtler der Macht und einen Kriegsverbrecher, der die Verfassung geändert, einen Bruderkrieg zwischen slawischen Völkern entfesselt und russische Soldaten in den sicheren und sinnlosen Tod geschickt hat."

Die NRA - das Kürzel wurde offenbar in Anlehnung an die irische IRA gewählt - wolle das "Putin-Regime" stürzen, heißt es in der Stellungnahme weiter.

Der Journalist Thomas Röper (Anti-Spiegel.ru) hingegen hat die Überlegung angestellt, daß der ukrainische Geheimdienst oder westliche Dienste hinter dem Autobombenanschlag, der vermutlich Dugin selbst und nicht seiner Tochter galt, stecken könnte. Röper schreibt:

"Daß der ukrainische Geheimdienst SBU von der CIA gelenkt und kontrolliert wird, ist kein Geheimnis. In letzter Zeit wird das sogar im Westen recht offen berichtet, wenn es um die Weitergabe von militärischen Aufklärungsdaten der CIA an die Ukraine geht. Die CIA hat ihre Leute in Kiew, und Insider berichten, die CIA habe schon vor Jahren eine ganze Etage im Gebäude des SBU in Beschlag genommen."

Und weiter:

"Ukrainische Youtube-Kanäle melden erfreut, Darja sei 'liquidiert' worden. Der ukrainische Sender espresso.tv, der den westlichen Medien seinerzeit die gewünschten Bilder vom Maidan geliefert hat, meldet den Tod der 29-jährigen Darja unter der Überschrift 'Dugin unter Schock, und das ist gut so'.

Espresso.tv wurde im November 2013 gleichzeitig mit dem Beginn des Maidan gegründet und ausschließlich von westlichen Ländern und George Soros finanziert, wie ich in meinem Buch über die Ukraine-Krise anhand von deren Jahresbericht gezeigt habe, der die Finanzierung offengelegt hat. ...

Heute ist espresso.tv ein Propagandainstrument der ukrainischen Regierung, weshalb man die Überschrift der Meldung durchaus auch als Statement der ukrainischen Regierung verstehen kann, die den Mord an einer jungen Journalistin gutheißt. Da der SBU von der CIA gelenkt wird, würde eine Täterschaft des SBU bedeuten, daß die CIA den Mord zumindest gutheißt, wenn nicht sogar initiiert hat."

Kiew hat dementiert, in die Tat verwickelt zu sein. Die Ukraine habe damit nichts zu tun, erklärte Präsidentenberater Mychajlo Podoljak am Sonntag. "Denn wir sind kein krimineller Staat, das ist die Russische Föderation. Und noch weniger sind wir ein terroristischer Staat", so Podoljak. ...<<

**24.08.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. August 2022:**  
>>**Zivilisation und Nation: Dugins multipolare Weltordnung**

Von *Valentina Schacht*

Der russische Philosoph und Geopolitik-Experte Alexander Dugin, dessen Tochter Darja unlängst bei einem nach wie vor ungeklärten Anschlag getötet wurde, strebt eine vollkommen neue Weltordnung an. Ist der Krieg in der Ukraine der Auftakt? In seinem aktuellen Buch "Eurasische Mission" schreibt Alexander Dugin, wie eine neue multipolare Weltordnung ohne US-Dominanz ermöglicht werden kann. ...

Alexander Dugins Werk "Grundlagen der Geopolitik" (1997) gilt an russischen Militärakademien als Standardlektüre. Der Philosoph und Politologe, der einen Lehrstuhl für Soziologie der Internationalen Beziehungen an der Moskauer Lomonossow-Universität innehatte, unterteilt darin die Erde geopolitisch in drei große Hauptregionen: die Weltinsel (USA und Großbritannien), Eurasien (Mitteleuropa, Rußland und Asien) und das Randland (die Staaten zwischen den beiden zuvor genannten Großräumen).

Seine Überlegungen gründen auf dem Eurasismus, einer philosophisch-geopolitischen Denkschule, die in den 1920er Jahren von russischen Exilanten um Nikolai Trubetzkoy entwickelt wurde und in deren Zentrum die Vorstellung von einem fundamentalen Gegensatz zwischen der Kontinentalmacht Rußland und den angelsächsischen Seemächten steht.

Nach Dugin, der den Eurasismus aktualisiert hat, bestand und besteht ein fortdauernder Konflikt zwischen beiden Polen in geostrategischer, aber auch ideologischer Hinsicht: Globalisierung und Universalismus versus multipolare Weltordnung und Bewahrung der jeweils kulturellen Eigenarten.

### **Abschied vom Nationalstaat?**

Im Zentrum von Dugins Kritik steht der globale Führungsanspruch des westlichen Liberalismus (und Kapitalismus), den er - hier ist er sich mit seinem zeitweiligen Weggefährten Alain de Benoist einig - als größte Bedrohung für die Völker bzw. "Hauptfeind" ansieht.

Washington sei bestrebt, diesen Führungsanspruch entweder mit Verlockungen, subversiven Methoden wie "Farbenrevolution" oder mit offener militärischer Gewalt weltweit durchzusetzen. Wer sich dem Diktat des Finanzkapitals, der Freihandelsdoktrin oder Vorstellungen wie Gender Mainstreaming nicht freiwillig unterwerfe, werde mit inszenierten Volksaufständen und Krieg überzogen, so Dugin mit Blick.

Als Alternative zur Globalisierung skizziert Dugin seine ethnopluralistische, nicht auf den russisch-asiatischen Raum beschränkte "Eurasische Idee", die erklärtermaßen vom Großraumkonzept Carl Schmitts inspiriert ist. Hierzu schreibt er:

"Die Eurasische Idee verbindet in sich alle globalisierungskritischen Ansätze. Der Eurasismus lehnt das westliche Weltbild, wonach der Planet in ein Zentrum (Angelsächsische Welt und Europa) und abgelegene Außengebiete (Südamerika, Afrika, Asien) gegliedert ist, strikt ab. Statt dessen sieht die Eurasische Idee die Welt als eine Sammlung gänzlich verschiedener politisch-kultureller und wirtschaftlicher Lebensräume, die miteinander korrespondieren."

Dugin hält die internationale Ordnung mit den Nationalstaaten als souveränen politischen Akteuren, das "System des Westfälischen Friedens", für obsolet. Faktisch läge die wirkliche Macht schon längst bei ganz anderen - überstaatlichen oder auch ökonomischen - Strukturen. Da er diese Ordnung auch für nicht mehr reinstallierbar hält, plädiert er für ein System der internationalen Beziehungen mit "Zivilisationen" (den Begriff übernimmt er von Samuel Huntington, deutet ihn jedoch gemäß seiner Sicht um) als neuen Akteuren.

Oft als "großrussischer Nationalist" verschrien, hat sich Dugin schon vor Jahren vom Nationalismus abgegrenzt:

"Ich selbst bin kein Nationalist, sondern Traditionalist."

Und weiter: "Es gibt eine geopolitische Notwendigkeit für eine wie auch immer zu gestaltende europäische Föderation oder Allianz, wenn der Kontinent in Zukunft eine Rolle spielen will."

In seinen "Grundlagen der Geopolitik" schreibt er sogar:

"Die multipolare Welt betrachtet die Souveränität der existierenden Nationalstaaten nicht als heilige Kuh, weil diese Souveränität auf rein juristischer Grundlage basiert und durch kein ausreichend starkes militärisches und politisches Potential gestützt wird."

Wirkliche Souveränität könne unter den gegebenen Umständen "einzig und allein ein Block oder eine Koalition von Staaten beanspruchen".

### **Miteinander statt gegeneinander**

Neben der westlichen "Zivilisation" (Nordamerika und Westeuropa) identifiziert Dugin sechs weitere, nämlich die orthodoxe bzw. eurasische (die Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie Teile Ost- und Südeuropas), die islamische (Nordafrika, West- und Zentralasien sowie Teile der Pazifikregion), die chinesische (China, Taiwan und die ASEAN-Staaten), die indische (Indien, Nepal und Mauritius), die lateinamerikanische (Süd- und Mittelamerika) und die japanische (Japan).

Nicht berücksichtigt ist in diesem Modell Afrika, das Dugin als "potentielle Zivilisation" ansieht, die noch Zeit brauche, um sich voll zu entwickeln und die weltpolitische Bühne zu betreten.

Für die "Zivilisationen", die neuen "Pole der multipolaren Welt", hält er dabei fest, daß sie souverän und "von formalem juristischem Standpunkt aus" mit einem legalen Machtzentrum versehen sein müßten. Und er schreibt:

"Die Zone, in der eine Zivilisation ihre Herrschaftsgewalt ausübt und die geltenden Spielregeln festhält, muß differenziert sein und die ethnische und konfessionelle Zusammensetzung ihrer Bevölkerung angemessen berücksichtigen."

Neben den konfessionellen Gruppen müßten auch die sozialen Schichten in der jeweiligen "Zivilisation" angemessen repräsentiert und "legal vertreten" sein. Sein Ziel ist letztendlich ein Neben- und Miteinander statt eines Gegeneinanders der Zivilisationen und auch der Bevölkerungsgruppen innerhalb einer Zivilisation.

Einen idealen Einstieg in das Denken Alexander Dugins bietet sein neues Buch "Eurasische Mission". Der russische Geopolitik-Experte geht darin von der politischen Theorie in die politische Praxis - und zeigt auf, wie Eurasien und eine neue multipolare Weltordnung konkret aussehen können. ...<<

**26.08.2022**

**BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. August 2022: >>Westen sät weltweit Unfrieden - Putin-Rede vom 16.08.**

Während die Mainstream-Medien jegliche Kritik an hiesigen Staatslenkern eingestellt haben, ihnen nur noch zujubeln, jeden Mißgriff verteidigen und unterstützen, präsentiert Putins Rede vom 16.08. eine gegenteilige Perspektive: Der Westen als neo-imperialer Aggressor, der seine eigenen Bürger in die Armut stürzt. COMPACT-Online publiziert diese Rede ungekürzt.

## **Rede Putins vom 16. 08. 2022**

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte ausländische Gäste!

Ich begrüße Sie zum zehnten Jubiläum der Moskauer Konferenz für internationale Sicherheit! Während des letzten Jahrzehnts wurde unser repräsentatives Forum eine bedeutsame Plattform für Diskussionen der drängendsten militärpolitischen Probleme.

Gegenwärtig ist eine solch offene Diskussion besonders aktuell. Die Lage in der Welt ändert sich auf dynamische Art und Weise, es formieren sich Konturen einer multipolaren Weltordnung. Immer mehr Länder und Völker wählen den Weg einer freien und souveränen Entwicklung mit dem Rückhalt ihrer Ursprünglichkeit, Traditionen und Werte.

Diesen objektiven Prozessen wirken die westlichen globalistischen Eliten entgegen, indem sie Chaos provozieren, althergebrachte oder neue Konflikte anheizen, eine Politik der sogenannten Eindämmung (siehe Policy of Containment; Truman-Doktrin Anmerkung des Übersetzers) umsetzen, im wesentlichen jedoch einer Untergrabung jedweder alternativer, souveräner Wege der Entwicklung.

Damit versuchen sie mit allen Kräften die aus ihren Händen geglittene Hegemonie und Macht zu erhalten, versuchen sie Länder und Völker in den Zwingen einer vom Charakter her neokolonialen Ordnung zu halten. Ihre Hegemonie bedeutet Stagnation für die ganze Welt, für die ganze Zivilisation, Verdunkelung und Aushebelung der Kultur und neoliberalen Totalitarismus.

Dafür sind alle Mittel recht. Die USA und ihre Vasallen mischen sich rüde in innere Angelegenheiten souveräner Staaten ein: sie organisieren Provokationen, Staatsstreiche, Bürgerkriege. Mit Drohungen, Erpressung und Druck versuchen sie, unabhängige Staaten ihrem Willen unterzuordnen und nach ihnen fremden Regeln zu leben. Und all dies wird mit einem Ziel getan, die eigene Dominanz zu erhalten, jenes Paradigma, welches erlaubt, auf der ganzen Welt zu schmarotzen, wie es bisher Jahrhunderte gewesen ist, aber ein solches Paradigma kann man nur mit Gewalt aufrechterhalten.

Das ist es, weswegen die westliche Gemeinschaft, die sogenannte westliche Gemeinschaft, das System der europäischen Sicherheit gezielt zugrunde richtet und ganz neue militärische Bündnisse schmiedet. Der NATO-Block bewegt sich nach Osten, vergrößert seine militärische Infrastruktur, er plaziert mitunter Raketenabwehrsysteme und erhöht die Angriffsmöglichkeiten von Offensivkräften.

In Worten wird dies heuchlerisch mit der Notwendigkeit der Stärkung der Sicherheit in Europa erklärt, praktisch jedoch kommt gerade das Gegenteil dabei heraus. Dabei sind die durch Rußland im Dezember vergangenen Jahres aufgestellten Vorschläge über Maßnahmen gegenseitiger Sicherheit zum wiederholten Male einfach ignoriert worden.

Zur Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie brauchen sie Konflikte. Gerade deswegen bereiteten sie dem Volk der Ukraine das Schicksal von Kanonenfutter, setzten das Projekt vom "Anti-Rußland" um, verschlossen die Augen vor der Verbreitung neonazistischer Ideologie, der massenhaften Ermordung von Bürgern des Donbass, pumpten und pumpen weiterhin das Kiewer Regime mit Waffen voll, mitunter auch mit schweren.

Unter diesen Bedingungen trafen wir die Entscheidung über die Durchführung einer speziellen Militäroperation in der Ukraine in voller Übereinstimmung mit den Statuten der UNO. Die Ziele dieser Operation sind klar und deutlich festgelegt - sie sind die Gewährleistung der Sicherheit Rußlands und unserer Grenzen, die Bewahrung der Bürger des Donbass vor Genozid. Die Situation in der Ukraine zeigt, daß die USA versuchen, diesen Konflikt hinauszuzögern. Und genauso handeln sie, wenn sie Konfliktpotential in Asien, Afrika und Lateinamerika anfachen. Wie bekannt, versuchten die USA zum wiederholten Male, absichtlich Öl ins Feuer zu gießen und die Lage im asiatisch-pazifischen Raum in Schwung zu bringen.

Das amerikanische Abenteuer bezüglich Taiwans ist nicht einfach eine Fahrt einer einzelnen verantwortungslosen Politikerin, sondern Teil einer gezielten, absichtlichen Strategie der USA zur Destabilisierung und Chaotisierung des Umfelds in der Region und in der Welt, eine abgefeimte Demonstration von Geringschätzung der Souveränität anderer Länder und ihrer internationalen Verpflichtungen.

Wir sehen darin eine säuberlich geplante Provokation. Es ist offensichtlich, daß mit Hilfe derartiger Aktionen die westlichen globalistischen Eliten unter anderem versuchen, die Aufmerksamkeit ihrer eigenen Staatsbürger von den akuten sozioökonomischen Problemen abzulenken - vom Rückgang des Lebensniveaus, von Arbeitslosigkeit, von Armut, von der Deindustrialisierung, - eigene Mißerfolge auf andere Länder abzuwälzen - auf Rußland, auf China, welche ihren Standpunkt behaupten und eine souveräne Entwicklungspolitik aufbauen, indem sie sich nicht dem Diktat der supranationalen Eliten unterwerfen.

Ebenso sehen wir, daß die westliche Gemeinschaft darnach strebt, ihr Blocksystem in Analogie mit der NATO in Europa auf den asiatisch-pazifischen Raum auszudehnen. Mit diesem Ziel formieren sich aggressive militärpolitische Bündnisse, solche wie AUKUS und andere. Es ist offensichtlich, daß man nur über den Weg der grundsätzlichen Festigung des Systems der gegenwärtigen multipolaren Welt Spannung in der Welt abbauen, Bedrohungen und Risiken in der militärpolitischen Sphäre beseitigen, das Vertrauensniveau zwischen den Ländern erhöhen und ihre stabile Entwicklung sicherstellen kann.

Erneut wiederhole ich, die Epoche der monopolaren Weltordnung tritt in die Vergangenheit ab. Wie sich auch die Nutznießer des derzeitigen globalistischen Modells an die althergebrachte Lage der Dinge klammern mögen, es ist verloren. Die geopolitischen Veränderungen von historischem Ausmaß gehen in eine völlig andere Richtung.

Und auf jeden Fall dient Ihre Konferenz noch der einen wichtigen Bekräftigung der objektiven Prozesse der Festigung der Multipolarität in der Welt, indem sie Vertreter aus vielen Ländern versammelt, welche auf Augenhöhe Fragen in der Sphäre der Sicherheit diskutieren und einen Dialog führen wollen, in welchem die Interessen aller Seiten ohne Ausnahme Berücksichtigung finden.

Ich betone, gerade eine multipolare Welt, die auf internationalem Recht und auf gerechteren Verhältnissen errichtet ist, eröffnet neue Möglichkeiten für den Kampf gegen allgemeine Gefahren. Unten sie fallen regionale Konflikte und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus und Cyber-Kriminalität. All diese Herausforderungen tragen globalen Charakter und ohne den Zusammenschluß von Anstrengungen und Potentialen aller Staaten sind sie nicht zu bewältigen.

Wie auch zuvor wird Rußland aktiv und engagiert in einer solchen koordinierten gemeinsamen Arbeit teilnehmen, zusammen mit seinen Verbündeten, Partnern und Gleichgesinnten die wirkenden Mechanismen internationaler Sicherheit vervollkommen und neue schaffen, sukzessiv die nationalen Streitkräfte und andere Sicherheitsstrukturen stärken, indem es ihre Ausstattung durch moderne Waffen und Militärtechnik erhöht, seine nationalen Interessen sicherstellen, aber auch auf ebenbürtige Weise den Schutz unserer Verbündeten und andere Schritte zur Errichtung einer demokratischeren Welt unternehmen, wo die Rechte aller Völker und die kultur-zivilisatorische Vielfalt garantiert wird.

Wir müssen die Achtung gegenüber dem internationalen Recht wiederherstellen, gegenüber seinen maßgeblichen Normen und Prinzipien. Und freilich ist es wichtig, die Positionen solcher universellen durch alle Länder anerkannten Strukturen wie die UNO und andere internationale Dialogplattformen zu stärken.

Der Sicherheitsrat und die Generalversammlung der UNO, wie das auch ursprünglich geplant gewesen ist, müssen als effektive Instrumente zur Verringerung internationaler Spannung und

Verhinderung von Konflikten dienen und zur Gewähr zuverlässiger Sicherheit und des Wohlergehens von Ländern und Völkern beitragen.

Zum Abschluß möchte ich den Organisatoren der Konferenz für die großartige Vorbereitungsarbeit danken und allen Teilnehmern Begegnungen mit gehaltvollen Diskussionen wünschen. Ich bin sicher, daß das Forum auch fernerhin einen gewichtigen Beitrag in die Stärkung des Friedens und der Stabilität auf unserem Planeten einbringen und aktiv zur Entwicklung eines konstruktiven Dialogs und einer konstruktiven Partnerschaft beitragen wird.

Ich danke Ihnen für Ihrer Aufmerksamkeit. ...<<

Die AfD veröffentlicht am 26. August 2022 folgende Stellungnahme des AfD-Bundesvorstandes zum Entwurf des geänderten Infektionsschutzgesetzes: >>  
**1. Keine Impfpflicht durch die Hintertür**

Gesundheitsminister Lauterbach drängt die Bürger, sich immer wieder gegen Covid-19 impfen zu lassen. Der Nutzen bleibt unklar. Die AfD lehnt ein lebenslanges Impf-Abo ab. Das gilt ganz besonders, da es sich um nur bedingt zugelassene Impfstoffe handelt, deren Wirkmechanismen nicht in Gänze verstanden sind, die aber bisher zu unzähligen von Gesundheitsschäden geführt haben.

Wohlweislich haben sich die Impfstoffhersteller daher von der Produkthaftung befreien lassen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Impfstoffhersteller müssen verpflichtend den Nachweis erbringen, daß gravierende Nebenwirkungen nahezu ausgeschlossen bzw. der Schwere der Krankheit angemessen und damit vertretbar sind.

Vor diesem Hintergrund lehnt die AfD jede Diskriminierung von Personen ab, die auf weitere oder jegliche Impfungen gegen Covid-19 verzichten wollen. Das gilt auch für den Einsatz neuer und wenig erprobter Impfstoffe, die einem weiteren Experiment am lebenden Menschen gleichkommen.

Obwohl mittlerweile eine Vielzahl von Impfnebenwirkungen und -schäden belegt sind, werden sie von staatlichen Stellen ignoriert und heruntergespielt. Deshalb brauchen wir zwingend eine Aufklärungskampagne über Impfschäden, damit Ärzten und Patienten endlich die Augen geöffnet werden.

## **2. Keine unsinnige Masken- und Testpflicht**

Wir lehnen jegliche Masken- und Testpflicht ab. Diese würde eine erneute Nötigung zur Impfung darstellen. Masken schützen erwiesenermaßen nur unzureichend vor Infektionen - das gilt für den Träger wie für das Umfeld. Dafür enthalten sie Inhaltsstoffe, die den Träger bei Dauergebrauch massiv schädigen können.

Das gilt auch und ganz besonders für Kinder und Jugendliche, die durch das dauerhafte Tragen von Masken in ihrer psychosozialen Entwicklung beeinträchtigt werden. Übrigens darf laut Arbeitsrecht eine FFP2-Maske ohnehin nur maximal 75 Minuten am Stück getragen werden. Jeder soll das Recht haben, eine Maske tragen zu dürfen - allerdings nur, wenn er über Risiken und Gefahren vorab aufgeklärt wird. Die AfD wendet sich auch gegen verpflichtende Coronatests bei Menschen ohne Symptome.

Diese Tests sind epidemiologisch und infektiologisch unsinnig. Sie dienen einzig den wirtschaftlichen Interessen der Betreiber von Testzentren, laden zu Betrug ein und verschlingen dabei Steuergelder und Krankenversicherungsbeiträge. Hinzu kommt: nach wie vor wird ein positiver PCR-Test fälschlicherweise mit einer Infektion gleichgesetzt.

## **3. Keine willkürlichen Abstandsregeln**

Abstandsregeln scheinen vor allem dem Verbot von legitimen Demonstrationen zu dienen. Im Entwurf zum neuen Infektionsschutzgesetz greift Lauterbach auf Begriffe wie "Winterreifen- und "Schneeketten-Phasen" zurück. Diese dokumentieren eine hochgradig infantilisierte und ideologisierte Politik, die den Menschen die Alternativlosigkeit der Regierungspläne vorgau-

keln soll und diese harmlos darstellt. Tatsächlich gibt die Gesetzesänderung den Ländern freie Hand bei der Wahl möglicher totalitärer Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürger.

Sogar der Evaluationsbericht des Bundesgesundheitsministeriums legt schonungslos offen, daß es keine belastbaren Daten und Fakten gab, die die gravierenden Corona-Maßnahmen hätten rechtfertigen können. Der Bericht bestätigt damit die Positionen der AfD.

#### **4. Lauterbach muß zurücktreten**

Das neue Infektionsschutzgesetz will die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ohne Masken nur noch frisch Geimpften ermöglichen und ist somit nichts weiter als der Versuch, die im Bundestag mit klarer Mehrheit - unter Federführung der AfD - abgeschmetterte Impfpflicht doch noch über die Hintertür einzuführen.

Offenbar geht es unter anderem auch darum, die in grenzenloser Verantwortungslosigkeit für Milliarden von Steuergeldern eingekauften Impf-Serien an bzw. in die Bürger zu bringen. Unsere Forderung: Karl Lauterbach muß als Minister umgehend zurücktreten. Er hat sich immer wieder nicht nur als unfähig, sondern aufgrund seines Impf-Fanatismus auch als gefährlich erwiesen.

Das Gesundheitswesen war zu keiner Zeit in Gefahr, überlastet zu werden. Hier knüpft die Regierung wieder an eine alte Lüge an: Wenn es zu wenig Krankenhausbetten gibt, dann nur, weil ein Abbau der Betten vom Staat subventioniert wird.

#### **5. Im Zweifel für die Freiheit**

Die Entscheidungskompetenz und Verfügungsgewalt über unsere Gesundheit liegen zunächst bei jedem einzelnen Bürger. Allenfalls unsere nationalen Behörden und Ministerien sollen hier zu unserem Schutz eingreifen dürfen. Eine Verlagerung auf supranationale Organisationen (z.B. WHO) ohne eine demokratische Legitimierung durch unsere Bürger kommt für uns nicht in Frage.

Die AfD möchte alle Mitbürger vor einem Experiment mit ungewissem Ausgang warnen und bewahren und statt dessen die Freiheit und Selbstbestimmung wieder herstellen - was in unseren europäischen Nachbarländern längst erfolgt ist.

Berlin, 26. August 2022<<

**29.08.2022**

**BRD:** Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. August 2022:

**>>Impfkonzern: Herzrhythmusstörung ist die neue Epidemie**

Von *Karel Meissner*

Der Pharma-Riese Johnson & Johnson erklärt das Vorhofflimmern zur neuen Epidemie. Ein neuer Markt mit den Nebenwirkungen der Corona-Impfbrühe?

Kennen Sie schon die Epidemie der Zukunft? Nein, die Affenpocken sind (wahrscheinlich) aus dem Rennen. Aber was dann? ... Sie kommen nicht darauf. Aber der Pharmakonzern Johnson & Johnson weiß es. Aus diesem Grunde hat er eigens eine Stellenanzeige aufgegeben. Lesen Sie selbst:

"Vorhofflimmern - die neue Epidemie! Bis zum Jahr 2030 wird die Zahl der Menschen mit Vorhofflimmern voraussichtlich um bis zu 70 Prozent ansteigen und das Schlaganfallrisiko erhöhen. Möchten Sie mithelfen, Herzrhythmusstörungen zu heilen und etwas zu bewirken? Dann werden Sie Teil unseres Biosense Webster-Teams bei Johnson & Johnson!"

Anmerkung: Besagter Geschäftsbereich Biosense Webster ist laut J & J "weltweit als führend auf dem Gebiet der Diagnose und Behandlung von Herzrhythmusstörungen anerkannt und ist einer der am schnellsten wachsenden Geschäftsbereiche innerhalb der Johnson & Johnson MEDICAL GmbH."

Halten wir fest: der am schnellsten wachsende Geschäftsbereich von J & J liegt im Bereich der Herzrhythmus-Störungen. Und diese Erkrankung soll in acht Jahren (so die Prognose) epidemische Ausmaße angenommen haben? Richtig. Nun gehören Herzrhythmusstörungen



eindeutig zu den Nebenwirkungen der Corona-Impfbrühe. Und die stiegen laut Konzern-Auskunft bis zu 70 Prozent an. Entwickelt J & J also jetzt Mittel und Behandlungsmethoden gegen die Nebenwirkungen seines eigenen Impfstoffes?

Nicht ganz. Laut dem Paul Ehrlich Institut traten Schlaganfälle und Vorhofflimmern in einer Gruppe von 26 Personen nur bei Patienten auf, die - bis auf zwei unbekannte Ausnahmen - mit Comirnaty (der mRNA-Brühe) traktiert wurden. Der Impfstoff von Johnson & Johnson basiert jedoch auf der Vektoren-Technik.

Auch der Epidemiologe Timo Ulrichs empfahl einem Zuschauer auf n-tv, der nach zweifacher Impfung an Vorhofflimmern litt, sich anstelle einer dritten mRNA-Impfung lieber einen Vektoren-Booster von J & J reinzuziehen.

Kurzum, nicht die Vektoren-Brühe, sondern die Gen-Impfung gefährdet nach aktuellem Forschungsstand den Herz-Rhythmus. Und J & J schaufelt künftig seine Milliarden nicht mit der Reparatur von Schäden, die seine eigene Vektoren-Brühe, sondern die der Biontech-Impfstoff angerichtet hat. Wenn das kein Teamwork ist.

Aber Vorsicht: nur weil J & Js Vektoren-Brühe womöglich keine Herzrhythmusstörungen auslöst, ist sie keinesfalls harmlos. Zu den potentiellen Nebenwirkungen zählt das Guillain-Barré-Syndrom, eine entzündliche neurologische Erkrankung, die zu Muskelschwäche und Lähmungen führen kann. Braucht man auch nicht unbedingt, oder? ...<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.10.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x026/79) = Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Seite 79.

x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.

## Internet

x859	<a href="http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm">http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm</a> - Oktober 2015.
x870	<a href="http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/">http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/</a> - Juli 2016.
x903	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergruende-der-europaischen-integrationsbewegung/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergruende-der-europaischen-integrationsbewegung/</a> - Januar 2019
x1.018	<a href="https://blackout-news.de/aktuelles/katastrophenschutz-bei-blackout-wird-in-deutschland-komplett-versagen/">https://blackout-news.de/aktuelles/katastrophenschutz-bei-blackout-wird-in-deutschland-komplett-versagen/</a> - August 2021
x1.021	<a href="https://ulrich-von-kusserow.de/images/Beitraege/Arbeitskreise/GBE/Energiewende-_Gau_im_Illusions-Reaktor.pdf">https://ulrich-von-kusserow.de/images/Beitraege/Arbeitskreise/GBE/Energiewende-_Gau_im_Illusions-Reaktor.pdf</a> - September 2021
x1.048	<a href="https://www.gegenwind-saarland.de/Klimawandel/171009-KONJUNKTION---Wie-die-grossen-Oelfirmen-die-Umweltschutzbewegung-erschufen--mrkd.pdf">https://www.gegenwind-saarland.de/Klimawandel/171009-KONJUNKTION---Wie-die-grossen-Oelfirmen-die-Umweltschutzbewegung-erschufen--mrkd.pdf</a> - Januar 2022
x1.049	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - Februar 2022
x1.059	<a href="https://www.rubikon.news/artikel/der-reuige-erfinder">https://www.rubikon.news/artikel/der-reuige-erfinder</a> – Januar 2022
x1.066	<a href="https://dserver.bundestag.de/btd/17/056/1705672.pdf">https://dserver.bundestag.de/btd/17/056/1705672.pdf</a> – Januar 2022

x1.071	<a href="https://www.heise.de/tp/features/Was-die-Querdenker-eint-6351309.html?seite=all">https://www.heise.de/tp/features/Was-die-Querdenker-eint-6351309.html?seite=all</a> – März 2022
x1.073	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - März 2022
x1.081	<a href="https://eike-klima-energie.eu/2021/06/23/flaute-ueber-deutschland-windkraft-ohne-wind-photovoltaik-ohne-sonne/">https://eike-klima-energie.eu/2021/06/23/flaute-ueber-deutschland-windkraft-ohne-wind-photovoltaik-ohne-sonne/</a> - März 2022
x1.083	<a href="https://eike-klima-energie.eu/2022/02/01/europaweiter-blackout-nur-noch-eine-frage-der-zeit/Europaweiter Blackout: Nur noch eine Frage der Zeit?">https://eike-klima-energie.eu/2022/02/01/europaweiter-blackout-nur-noch-eine-frage-der-zeit/Europaweiter Blackout: Nur noch eine Frage der Zeit?</a> - März 2022
x1.085	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - März 2022
x1.100	<a href="https://horst-koch.de/wer-gruen-waehlt-waehlt-krieg-j-elsaesser/">https://horst-koch.de/wer-gruen-waehlt-waehlt-krieg-j-elsaesser/</a> - April 2022
x1.123	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/03/15/impfpflicht-die-totalitare-uberwältigung-des-menschen/#more-8908">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/03/15/impfpflicht-die-totalitare-uberwältigung-des-menschen/#more-8908</a> - April 2022
x1.124	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/04/06/kritische-richter-und-staatsanwalte-mit-impfpflicht-totet-der-staat-vorsatzlich-menschen/#more-9048">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/04/06/kritische-richter-und-staatsanwalte-mit-impfpflicht-totet-der-staat-vorsatzlich-menschen/#more-9048</a> - April 2022
x1.125	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/03/07/die-verleugnung-der-gewaltigen-impfnebenwirkungen-ist-das-paul-ehrlich-institut-ehrlich-oder-kriminell/#more-8826">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/03/07/die-verleugnung-der-gewaltigen-impfnebenwirkungen-ist-das-paul-ehrlich-institut-ehrlich-oder-kriminell/#more-8826</a> - April 2022
x1.126	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/02/11/intellektuelle-prostitution-und-demagogie-von-ursprung-und-wesen-des-herrschenden-journalismus/#more-8426">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/02/11/intellektuelle-prostitution-und-demagogie-von-ursprung-und-wesen-des-herrschenden-journalismus/#more-8426</a> - April 2022
x1.128	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/03/11/die-bedeutung-der-ukraine-auf-dem-geostrategischen-schachbrett-des-us-imperialismus/#more-8869">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/03/11/die-bedeutung-der-ukraine-auf-dem-geostrategischen-schachbrett-des-us-imperialismus/#more-8869</a> - April 2022
x1.129	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/04/08/der-mensch-als-maschine-die-materialistische-ideologie-der-schulmedizin-und-ihre-auswirkungen/#more-9029">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/04/08/der-mensch-als-maschine-die-materialistische-ideologie-der-schulmedizin-und-ihre-auswirkungen/#more-9029</a> - April 2022
x1.131	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/03/20/dunkle-tage-fur-europa-die-mitverantwortung-des-westens-an-der-eskalation-in-der-ukraine/#more-8875">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/03/20/dunkle-tage-fur-europa-die-mitverantwortung-des-westens-an-der-eskalation-in-der-ukraine/#more-8875</a> - April 2022
x1.132	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/04/21/die-staatlich-gelenkte-gesellschaft-als-maschine/#more-9121">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/04/21/die-staatlich-gelenkte-gesellschaft-als-maschine/#more-9121</a> - April 2022
x1.134	<a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=82791">https://www.nachdenkseiten.de/?p=82791</a> - April 2022
x1.135	<a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=82754">https://www.nachdenkseiten.de/?p=82754</a> - April 2022
x1.136	<a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=82448">https://www.nachdenkseiten.de/?p=82448</a> - April 2022
x1.137	<a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=81236">https://www.nachdenkseiten.de/?p=81236</a> - April 2022
x1.138	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - April 2022
x1.139	<a href="https://aktuelle-nachrichten.app/schanghai-lockdown-und-russland-sanktionen-wieder-westen-zusammenbrechen-wird/">https://aktuelle-nachrichten.app/schanghai-lockdown-und-russland-sanktionen-wieder-westen-zusammenbrechen-wird/</a> - April 2022
x1.140	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - Mai 2022
x1.141	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/05/11/plutokraten-transformieren-die-welt-in-einen-internationalen-totalitarismus/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/05/11/plutokraten-transformieren-die-welt-in-einen-internationalen-totalitarismus/</a> - Mai 2022
x1.144	<a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=84498">https://www.nachdenkseiten.de/?p=84498</a> - Juni 2022
x1.145	<a href="https://www.achgut.com/artikel/europa_kann_den_winter_nicht_ueberleben">https://www.achgut.com/artikel/europa_kann_den_winter_nicht_ueberleben</a> - Juni 2022
x1.146	<a href="https://www.achgut.com/artikel/keine_hilfe_im_winter_moeglich_scholz_und_hab_ecks_dreiste_akw_luege">https://www.achgut.com/artikel/keine_hilfe_im_winter_moeglich_scholz_und_hab_ecks_dreiste_akw_luege</a> - Juni 2022
x1.148	<a href="https://www.facebook.com/hallomeinung/videos/unsere-kinder-sind-es-wert/-1073172576953104">https://www.facebook.com/hallomeinung/videos/unsere-kinder-sind-es-wert/-1073172576953104</a> - Juli 2022
x1.149	<a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=85746">https://www.nachdenkseiten.de/?p=85746</a> - Juli 2022

x1.150	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - August 2022
x1.151	<a href="https://apolut.net/the-wolff-of-wall-street-spezial-great-reset-3-weltkrieg/">https://apolut.net/the-wolff-of-wall-street-spezial-great-reset-3-weltkrieg/</a> - August 2022
x1.152	<a href="https://www.achgut.com/artikel/zukunftsmusik_salzschmelz_reaktor">https://www.achgut.com/artikel/zukunftsmusik_salzschmelz_reaktor</a> – August 2022
x1.153	<a href="https://www.rubikon.news/artikel/gift-aus-der-spritze">https://www.rubikon.news/artikel/gift-aus-der-spritze</a> – September 2022

### **Bildnachweis**

#### **Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)**

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

#### **Bundesadler des Deutschen Bundestages**

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

#### **Bundesadler des Deutschen Bundestages**

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014